Visual Library Portal

Inhouse-Digitalisierung

# Reichstagsreden 1920 - 1922

Helfferich, Karl

Berlin, 1922

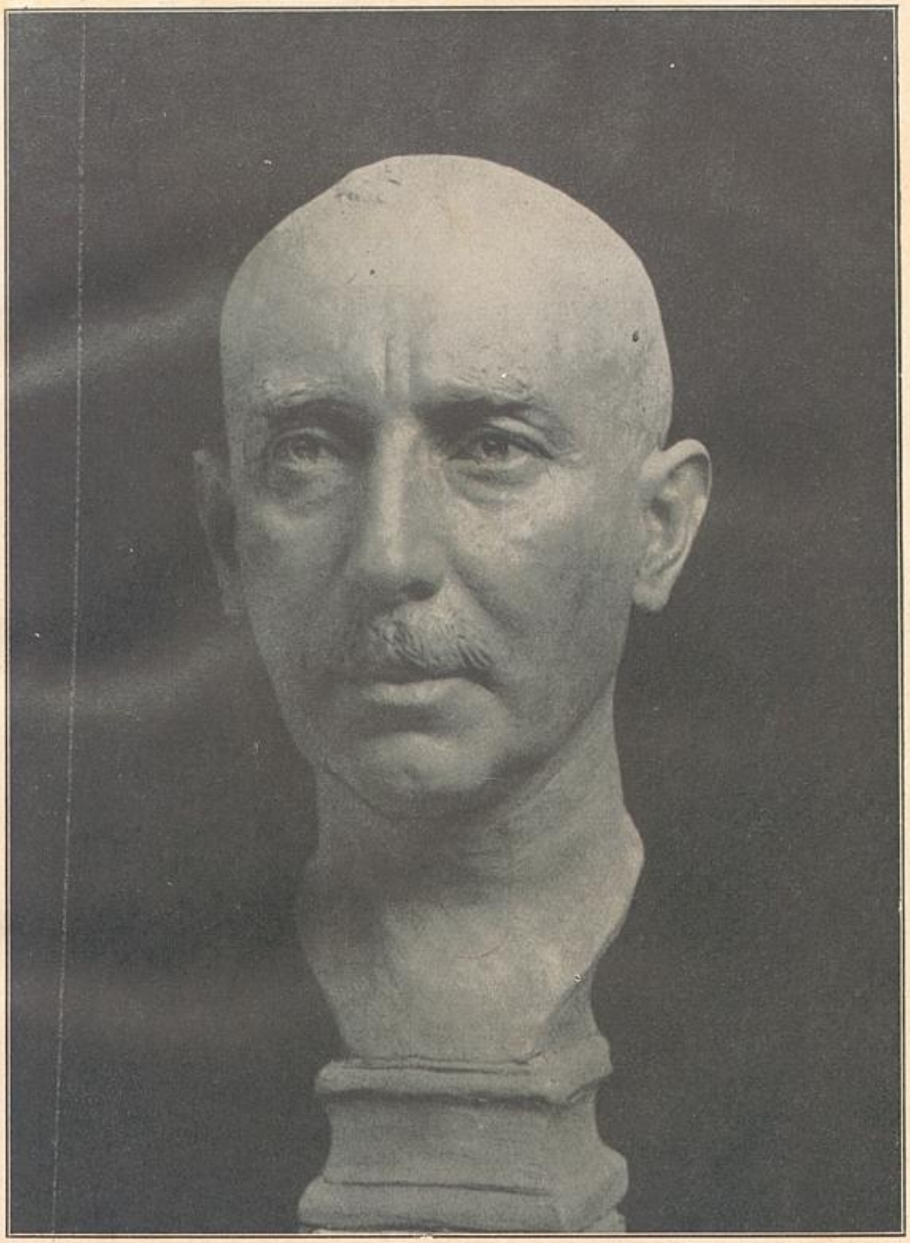
urn:nbn:de:s2w-1055

Visual Library

# Reichstagsreden
# 192.–22

# Helfferich





Staatsminister Dr. Helfferich
Mitglied des Reichstags

Nach der Bronzebüste von Max Bezner

# Reichstagsreden 1920-1922

Mit einem Anhang:

Reden vom 12. und 14. November 1919 vor dem Untersuchungsausschuß der Nationalversammlung

von

**Dr. Helfferich**
Staatsminister
M. d. R.

1922

Brunnen-Verlag Karl Winckler, Berlin SW 11

Alle Rechte vorbehalten

Copyright 1922 by Brunnen-Verlag Karl Winckler, Berlin

# Vorwort.

Von den zahlreichen Reden, die in den letzten Jahren in unseren Parlamenten gehalten wurden, haben die von Helfferich im In- und Auslande den stärksten Widerhall und die größte Beachtung gefunden. Aus jedem Satze spricht und mahnt ein Mann, der mit glühendem Herzen sein Volk und Vaterland liebt, aber auch ein Sachverständiger in allen volkswirtschaftlichen und Finanzfragen und deren Auswirkungen auf In- und Auslandspolitik. Immer wieder versucht er, sich dem in den Abgrund rollenden Reichswagen entgegenzustemmen. Seine gewaltigste Rede ist die vom 23. Juni 1922. Ihre unmittelbare Auswirkung wurde durch die Ermordung Rathenaus gehemmt; ihre Dauerwirkung kann nicht verloren gehen.

Auf Wunsch zahlreicher Freunde stellen wir in diesem Bande die wichtigsten Reichstagsreden Helfferichs zusammen. Sie geben in ihrem Zusammenhang ein erschütterndes Bild davon, wie das Schicksal des deutschen Volkes sich in den letzten Jahren abgerollt hat, geleitet von Regierungen, die sich darauf versteiften, das Unmögliche möglich zu machen, und die sich den Mahnungen derer verschlossen, deren Urteil und Voraussicht der Gang der Dinge so furchtbar bestätigt hat.

Wir haben den Reichstagsreden Helfferichs, vielfachen Wünschen folgend, auch seine Reden vom 12. und 14. November 1919 vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß beigefügt, jene Reden, in denen er mit mutiger Hand den Schleier zerriß, der über den angeblichen Friedensbemühungen Wilsons lag und die der Anfang vom Ende des mit so großem Pomp angekündigten Untersuchungsausschusses waren. Sie dürfen nicht in den Akten des Untersuchungsausschusses begraben sein.

Das Buch wird Künder sein, daß es noch deutsche Führer gibt, die Volk und Vaterland aus diesem Elend, diesen Sumpf zu führen fähig sind!

**Der Verlag.**

# Inhalt.


Vorwort . . . . . 3

Rede vom 2. Juli 1920 . . . . . 7
Das Kabinett Fehrenbach. — Die Wirtschafts- und Finanzlage des Reichs. — Spaa und die Auswärtige Politik.

Rede vom 4. November 1920 . . . . . 56
Abrechnung mit der Linken. — Entwaffnung und Zerstörung der Dieselmotoren. — Reichshaushalt 1920. — Staatsbankrott und Volksbankrott. — Rezepte aus der russischen Apotheke. — Klassenkampf und Sozialisierung der Gesinnung.

Rede vom 27. April 1921 . . . . . 111
Deutscher Militarismus und deutscher Friedenswille. — Die Schuld am Kriege und das Versailler Diktat. — Amerika und die Schuld am Frieden. — Das Vermittlungsgesuch an den Präsidenten Harding. — Pariser Diktat, Londoner Angebot, „schallende Ohrfeige". — Die Politik des Nachbetens. — Der Geist Ludwig XIV. — 1807 und 1921.

Rede vom 6. Juli 1921 . . . . . 144
Deutschland und Karthago. — Reichsetat und Ultimatum. — Papierbilanz und Goldbilanz des Reichs. — Goldzahlungen und Sachleistungen. — Valuta und Erfüllungskrisis. — Das Ultimatum ist nicht erfüllbar. — Kapitalistische Fremdherrschaft als Folge des Erfüllungversuchs. — Meine Herren von der Regierung, sagen Sie die Wahrheit!

Rede vom 7. November 1921 . . . . . 172
Der Finanzminister im Nebenamt. — Finanzielle Lage und finanzielle Perspektiven. — Das „Budget der Kontributionen". — Das Wiesbadener Abkommen. — 400 Milliarden jährliche Reichsausgaben = 35 000 Mark durchschnittliche Belastung der Familie. — Die neuen Verbrauchs- und Besitzsteuern. — Die „Erfassung der Sachwerte". — Der Bankerott der Erfüllungspolitik. — Die „Kredithilfe der Industrie". — Politik der Katastrophe und Politik der Rettung.

Rede vom 16. März 1922 . . . . . 222
Steuerkompromiß. — Opposition und positive Mitarbeit. — Fata morgana des Budget-Gleichgewichtes. — Voraussetzung für die Ordnung der Reichsfinanzen: Wiederherstellung der Staatsautorität und Regelung der Kontributionsfrage. — Die Illusionen des Herrn Dr. Wirth. — Deutschland das höchstbesteuerte Land der Welt. — Das Dogma der Unentbehrlichkeit der Sozialdemokratie. — Die Zwangsanleihe als Voraussetzung der Fortsetzung der Erfüllungspolitik. — Bis hierher und nicht weiter.

Rede vom 20. März 1922 . . . . . 260
Die Steuerpolitik der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei. — Die Zwangsanleihe als Instrument der Erfüllungspolitik. — Die Zwangsanleihe als Preis für das Weiterregieren der Sozialdemokratie. — Die Theorie vom „kleineren Uebel". — Nationale Opposition und positive Mitarbeit. — Die Rettung des Kabinett Wirth durch die Deutsche Volkspartei. — Das positive Finanzpro-

gramm der Deutschnationalen. — Kritik an der Reichsvermögenssteuer. — Das deutsche Volk als Objekt der Vivisektion. — Wo bleibt der Reichskanzler?

Rede vom 4. April 1922 . . . . . 291

Das „Mantelgesetz" als Hülle für Parteikompromisse. — Der Rechtsschutz des Versailler Diktats: Keine Haftung des deutschen Privateigentums für Reparationen. — Unterschied zwischen Besteuerung und Konfiskation. — Die Unantastbarkeit des Privateigentums der letzte Schutzwall gegen völlige Versklavung. — Die Zwangsanleihe schlägt Bresche in diesen Schutzwall. — Die Illusion der auswärtigen Anleihe. — Verpfändung der deutschen Wirtschaft bedeutet Zwangsvollstreckung an dem deutschen Privateigentum. — Appel an die Regierung: Klarheit, Mut und Entschlossenheit für Genua!

Zwei Reden am 23. Juni 1922 . . . . . 302

Erste Rede: Deutschlands Not. — Das geachtete und gefürchtete deutsche Kaiserreich. — Vergewaltigung des Saargebietes und Oberschlesiens. — Die Abkommen von Wiesbaden, Berlin und Paris über Sachleistungen. — Intermezzo: Herr Stampfer und Herr von Oldenburg. — Der Leidensweg der Erfüllungspolitik. — Der „Stern von Genua". — Die neue Kapitulation. — Das Scheitern der auswärtigen Anleihe. — Protest gegen den Blankowechsel der Regierung auf Steuern und Konfiskationen. — Protest gegen die Finanzkontrolle. — Welcher Notentext gilt, der der deutsche oder der französische? — Die Kosten der Besatzung und der Kontrollkommissionen: ruchloseste Satrapenwirtschaft. — Will die Regierung die Erfüllungspolitik fortsetzen? — Forderung der sofortigen Einstellung der Devisenkäufe für Kontributionszwecke. — Das Programm von „Ruinen und Tod". — Der Weg zur Rettung. — Erklärung von Dr. Hermes.

Zweite Rede: Wo bleibt der Reichskanzler? — Nochmals die Frage 351
der Ueberweisung der deutschen und der französischen Texte des Notenwechsels mit der Reparationskommission. — Die Noten der Reichsregierung vom 9. und 28. Mai bleiben protestierte Wechsel. — Helfferich über seine politische „Vergangenheit": seine Stellungnahme als Schatzsekretär zur Frage der Kriegsentschädigung und als Vizekanzler zum U-Bootkrieg.

Rede vom 17. Juli 1922 . . . . . 362

Grundsätzlicher Widerspruch gegen die Zwangsanleihe. — Positive Mitarbeit an der Verbesserung der Einzelbestimmungen. — Die drohende Geldknappheit — Geldknappheit und „Inflation". — Geldknappheit und „Ueberfremdung". — Verschärfung der Gefahren durch die Zwangsanleihe. — Der übertriebene hohe und unsoziale Tarif. — Die Zwangsanleihe als Eingriff in die Vermögenssubstanz für Kontributionszwecke. — Anträge: Kombination freiwilliger und Pflichtzeichnungen; Verbot der Devisenankäufe für Kontributionszwecke, solange der Dollarkurs einen bestimmten Satz übersteigt. Einverständnis mit Dr. Rathenau über letzteren Vorschlag und über die Notwendigkeit einer nationalen Opposition. — Das Ceterum censeo der Revision des Versailler Diktats und des Londoner Ultimatums. — Wo bleibt in dem inneren Wirrwarr die auswärtige Politik?

Anhang: Zwei Reden vor dem parlamentarischen Untersuchungs-Ausschuß über den U-bootkrieg und den Friedensschritt Wilsons. 12. und 14. November 1919 . . . . . 379

I.

# Rede vom 2. Juli 1920.

## Das Kabinett Fehrenbach. — Die Wirtschafts- und Finanzlage des Reichs. — Spaa und die Auswärtige Politik.

### Vorbemerkung.

Die Reichstagswahlen vom 6. Juni 1920 hatten die aus den Mehrheitssozialisten, dem Zentrum und den Demokraten bestehende Nationalversammlungsmehrheit zertrümmert und damit den Fortbestand des Kabinetts Hermann Müller, das nach dem Kapp-Putsch das Kabinett Bauer abgelöst hatte, unmöglich gemacht. Die Neubildung der Regierung stieß auf große Schwierigkeiten. Schließlich kam nach mehrwöchigen Verhandlungen zwischen den Parteien unter dem Druck der unmittelbar bevorstehenden Konferenz von Spaa das Kabinett Fehrenbach zustande, an dem sich außer dem Zentrum und den Demokraten auch die Deutsche Volkspartei durch Dr. Heinze als Vizekanzler und Dr. Scholz als Reichswirtschaftsminister beteiligte, während die Mehrheitssozialisten trotz aller Bemühungen um ihre Mitwirkung den Eintritt in das neue Kabinett ablehnten. Als Minister des Auswärtigen gehörte dem neuen Kabinett Dr. Simons an.

Am 28. Juni stellte Herr Fehrenbach als Reichskanzler das neue Kabinett dem Reichstage vor und legte sein Programm dar. In der sich im Anschluß daran entwickelnden Debatte sprachen auch der Reichswehrminister, der Minister des Auswärtigen, der Reichsfinanzminister und der Reichsernährungsminister, ferner die Führer der sämtlichen Fraktionen, für die Deutschnationalen der Abgeordnete Hergt.

Am vierten Tag der Erörterungen kam Dr. Helfferich mit nachstehenden Ausführungen zum Wort.

* *
*

Abgeordneter Dr. Helfferich:

Meine Damen und Herren! Der Herr Reichsminister des Auswärtigen hat durch die Erklärung, die er soeben abgegeben hat, das Bild unserer Lage in einem sehr wichtigen Punkte, in einem Einzelpunkte, der aber bezeichnend ist für unsere ganze Situation*), ergänzt. Dasselbe ist vorhin auf einem anderen Felde geschehen durch die Ausführungen des Herrn Reichsernährungsministers; und das gleiche wiederum auf einem anderen Felde gestern durch die Darlegungen des Herrn Reichsfinanzministers, die den Rahmen unserer ganzen Debatte sehr erheblich und in einer, wir mir scheint, sehr erwünschten Weise erweitert haben.

Aus den Darlegungen des Herrn Reichsernährungsministers haben Sie entnommen, wie schwer bedroht unsere Ernährungssituation ist, wie wir aber auch die Hoffnung haben können, bei vernünftiger Wirtschaft dieser Schwierigkeiten einigermaßen Herr zu werden. Die Erklärungen des Herrn Reichsfinanzministers dagegen, meine Damen und Herren, sind allerdings für alle, die Zahlen zu hören und zu lesen verstehen, von einem, ich kann nicht anders sagen, geradezu niederschmetternden Eindruck. Wir sehen hier auf dem Gebiete der öffentlichen Finanzen in harten und unerbittlichen Zahlen den ganzen Verfall unseres deutschen Gemeinwesens, den ganzen Jammer, in den unser deutsches Volk versunken ist, den ganzen Ernst der Zukunft, die unserem Volke bevorsteht. (Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Alles durch Helfferich!)

Lassen sie mich doch reden, vielleicht haben Sie mehr Schuld daran als ich. (Lachen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich spreche über so ernste Dinge, daß Sie mich mit Ruhe und namentlich ohne Heiterkeit anhören könnten. (Rufe rechts: Ruhe! — Zuruf bei den Unabhängigen Sozialdemokraten: Der Angeklagte hat das Wort!)

Sind Sie der Staatsanwalt? (Erneute Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Meine Damen und Herren! Ich wiederhole: Die Lage ist von einem solchen Ernst, daß ich Sie dringend darum bitte, daß Sie das, was ich als Mitglied des hohen Hauses zu sagen habe, mit

*) Es handelte sich um polnische Uebergriffe.

Ruhe anhören. — Unser deutsches Volk, ein Volk von mehr als 60 Millionen ist von dem elendesten Untergange bedroht, der beispiellos ist in der Geschichte aller Zeiten. (Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Durch Ihre Schuld! — Zurufe rechts: Geben Sie doch endlich Ruhe!)

Das deutsche Volk hat sich vor dem Kriege ausgezeichnet durch eine wundervolle Kraft. In dieser wundervollen Kraft ist das deutsche Volk in den 43 Friedensjahren vorwärts gekommen in einem Maße wie kaum ein anderes Volk auf der ganzen Erde. Diese Kraft ist durch den Krieg und die Revolution auf das schwerste beeinträchtigt. (Lachen und Zurufe bei den Sozialdemokraten und den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Diese Kraft wird durch einen Frieden der Vergewaltigung und der Verstümmelung unter einen Druck gestellt, wie er niemals einem großen Volke auferlegt worden ist, unter einen Druck, der tödlich wirken muß, wenn es nicht gelingt, ihn durch die äußerste Anspannung aller guten Kräfte, über die das deutsche Volk noch verfügt, zu brechen und zu überwinden. (Lebhafte Zustimmung bei den Deutschnationalen.)

Was wir heute erleben, sind die Leiden und die Zuckungen eines Volkes, dem ein unerhört schweres Schicksal einen Teil seiner Daseinsbedingungen genommen hat. (Wiederholte Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten und den Sozialdemokraten: Durch Ihre Schuld!)

Seien Sie doch endlich ruhig mit diesen sinnlosen Zwischenrufen. Ich weiß ja längst, daß Sie glauben, ich habe die Schuld. (Erneute stürmische Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten und den Sozialdemokraten. — Abgeordneter Seeger: Einen so belasteten Menschen dürfte man hier nicht auftreten lassen! Wenn Sie Anstand hätten, ließen Sie einen solchen Mann nicht auftreten! — Stürmische Gegenrufe von den Deutschnationalen: Gehen Sie doch raus! Schande! — Große Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Meine Damen und Herren! Es war zu erwarten, daß der Wahlkampf hier einen lebhaften Widerhall finden würde. Aber die Zwischenrufe dürfen nicht so weit gehen, daß der Redner an der Ausübung seines Rechtes gehindert wird. (Stür-

mische Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten und den Sozialdemokraten.)

Ich bitte, ihn zu Worte kommen zu lassen.

Dr. Helfferich: Meine Damen und Herren! Darauf, daß uns ein Teil der Existenzgrundlagen unseres Volkes von immer noch 60 Millionen genommen worden ist, geht letzten Endes ein großer Teil von alledem zurück, was wir heute im großen und kleinen an Jammer und an Elend sehen. Wir werden es erleben, daß unsere Bevölkerung von heute 60 Millionen auf die Hälfte und noch weniger zurückgepreßt wird, wenn wir in der inneren Zerfahrenheit weiter schreiten, wenn wir das uns auferlegte Schicksal, statt mit gesammelter Kraft dagegen anzukämpfen, durch Kräftezersplitterung und Selbstzerstörung zum unentrinnbaren Verhängnis machen. (Stürmische Zustimmung bei den Deutschnationalen. — Andauernde Zurufe und Unterbrechungen von den Unabhängigen Sozialdemokraten und den Sozialdemokraten.)

Ich bitte Sie noch einmal, diese Zwischenrufe zu unterlassen. — (Stürmische Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten und den Sozialdemokraten: Nein!)

Ich wiederhole: Ich bin davon überzeugt, daß Sie mir die Schuld zumessen. Das ist mir gleichgültig. (Lebhafte Rufe: Oho! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und den Sozialdemokraten. — Gegenrufe von den Deutschnationalen.)

Meine Damen und Herren! Wer unser Volk lieb hat und wer das dunkle Schicksal Tag und Nacht vor Augen sieht, der kann die Vorgänge, die dieses hohe Haus in dieser Tagung zuerst beschäftigt haben, die Vorgänge, die auf Grund der Neuwahlen zum Reichstage zu der

**Bildung der neuen Regierung**

geführt haben, nicht ohne Schmerz und nicht ohne ernste Sorge betrachten. (Stürmische Zustimmung bei den Deutschnationalen. Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Kapp-Putsch!)

Wir werden in Spaa vor die schwersten Entscheidungen gestellt werden, vor die das deutsche Volk seit der Unterzeichnung des Friedensvertrages von Versailles gestellt worden ist. Der Termin stand schon nahe vor der Tür, als die Wahlen erfolgten.

Aber die Parteien haben nahezu drei Wochen darauf verwandt, um größtenteils über parteipolitische Zwirnsfäden zu stolpern. (Lebhafte Zustimmung bei den Deutschnationalen. — Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten und den Sozialdemokraten.)

Meine Damen und Herren! Der Ausfall der Wahlen hat doch gerade für diejenigen Parteien, die auf dem Boden der demokratischen Staatsauffassung stehen, nach meiner Ansicht klar genug gesprochen. Die große Mehrheit des deutschen Volks hat ganz deutlich bekundet, daß sie vor allem wieder Ordnung und Ruhe haben will. (Zurufe und Unterbrechungen von den Unabhängigen Sozialdemokraten und den Sozialdemokraten.)

Den Sozialismus, (Zurufe von den Sozialdemokraten und den Unabhängigen Sozialdemokraten: Davon verstehen Sie nichts!) wie ihn die Sozialdemokratie beider Richtungen versteht, hat die Mehrheit des deutschen Volks in den Wahlen klar und deutlich abgelehnt. (Stürmische Zustimmung bei den Deutschnationalen. —Widerspruch und Lachen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und den Sozialdemokraten.)

Die große Mehrheit des deutschen Volks hat den Sozialismus — ich wiederhole (nach links:), wie Sie ihn verstehen — bei den Wahlen zum Reichstag noch klarer und deutlicher abgelehnt als bei den Wahlen zur Nationalversammlung. (Erneute stürmische Zustimmung bei den Deutschnationalen. — Lachen und Zurufe von den Sozialdemokraten und den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Vergleichen Sie nur das jetzige Wahlergebnis mit den Wahlen zur Nationalversammlung. Bei den Wahlen zur Nationalversammlung ergab sich ja auch eine nichtsozialdemokratische Mehrheit, aber diese Mehrheit war nur etwa ein Fünftel größer als die Stimmen der sozialdemokratischen Parteien. Diesmal ist die nichtsozialdemokratische Majorität ganz erheblich größer geworden, (sehr richtig! rechts.) sie ist jetzt nahezu um ein Drittel der Stimmen größer als die Stimmenzahl der beiden sozialdemokratischen Parteien zusammengenommen, zuzüglich der Kommunisten. Ich glaube, wer in diesen Zahlen zu lesen versteht, wird mir zustimmen, wenn ich sage: Das Volk hat mit dem Ausfall dieser Wahl bewiesen, daß es von dem Sozialismus und den sozialistischen Experimenten, wie Sie (nach links) sie verstehen, nichts wissen will. (Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Die beiden Rechtsparteien haben durch den Wahlausfall eine Verdoppelung ihrer Stimmenzahl erfahren, (Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Durch Verdoppelung ihres Geldes! — Lachen rechts) die der Deutschen Volkspartei, wie ich ohne weiteres anerkenne, noch mehr zugute gekommen ist als uns. Ich nehme unsern Zuwachs als ein Zeichen dafür, daß die Gedanken, für die wir gemeinschaftlich gekämpft haben, marschieren. (Lebhafte Zustimmung bei den Deutschnationalen. — Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Dann geht die Welt zugrunde! — Heiterkeit.)

Dieser Wahlausfall gibt uns ein verstärktes Recht, bei der Gestaltung der deutschen Geschicke mitzusprechen. (Sehr wahr! bei den Deutschnationalen.)

Der Stimmenzuwachs, den wir erlebt haben, ist nicht groß genug, um uns die Entscheidung in die Hand zu geben. (Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Ein wahres Glück! — Heiterkeit.)

Wir sind genug Realpolitiker, und wir haben genug Vaterlandsliebe im Herzen — (Stürmische Unterbrechungen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und den Sozialdemokraten. — Gegenrufe rechts. — Wiederholte Zurufe links: Geldbeutel! — Große Unruhe.)

Ich sage: weil wir genug Realpolitiker sind, und weil wir genug Vaterlandsliebe im Herzen haben, (erneute Unterbrechungen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und Sozialdemokraten) deshalb hat mein Fraktionskollege Hergt, wie ich hier noch einmal mit aller Deutlichkeit unterstreichen will, hier mitgeteilt, daß sich meine Partei von Anfang an bereit erklärt hat, unter Zurückstellung unserer verfassungspolitischen Wünsche an dem Wiederaufbau Deutschlands praktisch mitzuarbeiten. (Sehr richtig! bei den Deuschnationalen.)

Hätten die andern Parteien, die von sich behaupten, daß sie auf dem Boden der von ihnen selbst geschaffenen Verfassung stehen, sich ebenso loyal dieser Entscheidung des Volkes gefügt wie wir, wären sie angesichts der bevorstehenden Entscheidung in Spa ebenso bereit gewesen wie wir, parteipolitische Doktrinen und Wünsche zurücktreten zu lassen, ich glaube, in wenigen Tagen hätte Deutschland eine Regierung gehabt, (Zuruf bei den Unabhängigen

Sozialdemokraten: Mit Helfferich!) die der Welt das Bild der Geschlossenheit und des einheitlichen Willens zum Leben gezeigt hätte. (Lebhafte Zustimmung bei den Deutschnationalen. — Unruhe links.)

Wir haben diesen Weg gewiesen, (Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Helfferich mußte nach Spaa!) und es ist nicht unsere Schuld, wenn dieser Weg nicht gegangen worden ist. (Erneute lebhafte Zustimmung bei den Deutschnationalen. — Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Sie unschuldsvoller Engel! — Unruhe.)

Es ist nicht unsere Schuld, wenn die Welt statt des Bildes der Geschlossenheit ein Bild der Zerfahrenheit gesehen hat, (sehr richtig! bei den Deutschnationalen) wenn die Welt statt des Bildes eines großen Volkes, das geschlossen und entschlossen auch im Unglück dasteht, (Zuruf links: Hetzer!) gesehen hat, daß auch jetzt gegenüber den bevorstehenden schweren Entscheidungen in Spaa das deutsche Volk die Zerrissenheit in parteipolitische Kirchturmsinteressen nicht überwinden kann. (Sehr wahr! bei den Deutschnationalen.)

In die Auseinandersetzungen zwischen den beiden feindlichen Brüdern, die da jetzt auf dieser Seite des Hauses (nach links) so einheitlich gegen mich zusammenstehen, will ich mich selbstverständlich nicht einmischen. (Zurufe von den Sozialdemokraten und den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Seitdem die Herren nicht mehr in gemeinschaftlichen Parteitagen zusammensitzen, scheinen sie den Reichstag zu dem Kampffeld ihrer Auseinandersetzungen gewählt zu haben. (Sehr gut! rechts. — Lärm und Zurufe von den Sozialdemokraten und den Unabhängigen Sozialdemokraten: Das geht Sie nichts an!)

Als Mitglied des Reichsags geht es mich auch etwas an! — (Rufe links: Nein!)

Ich ziehe aus dem, was wir erlebt haben, aus den Auseinandersetzungen, deren Zeugen wir gewesen sind, nur die praktische Schlußfolgerung für unsere innerpolitische Lage, und diese Schlußfolgerung ist, daß die Unabhängige Sozialdemokratische Partei die einzige Partei ist — die einzige! —, die sich weigert, sich vorbehaltlos auf den Boden der Verfassung zu stellen und sich zu verpflichten, für ihre Ideen, die auf eine Abänderung

der Verfassung hinausgehen, nur auf verfassungsmäßigem Boden, nur mit gesetzmäßigen Mitteln zu kämpfen. (Zurufe: Kapp-Putsch! Pharisäer! — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter Crispien, der Zuruf „Pharisäer" widerspricht der Ordnung des Hauses. (Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten: Das ist aber die Wahrheit! — Unruhe.)

Dr. Helfferich: Meine Damen und Herren! Davon haben sich ja auch die Herren Mehrheitssozialisten bei ihren Verhandlungen überzeugen müssen. Ich habe keine Veranlassung, das hier noch einmal vorzutragen, was der Herr Abgeordnete Müller (Franken) hier namens der mehrheitssozialistischen Fraktion Ihnen gegenüber ausgeführt hat. (Zuruf bei den Unabhängigen Sozialdemokraten: Ist das ein Kronzeuge für Sie?)

Immerhin ist er der Führer der mehrheitssozialistischen Partei und als solcher wohl kompetent. Die Herren Mehrheitssozialisten haben auf die Erklärung des Herrn Abgeordneten Crispien hin, die so richtig von ihnen gewürdigt worden ist, eine meiner Ansicht nach falsche Konsequenz gezogen. Aber auch da will ich mich nicht hineinmischen, das ist Ihre Angelegenheit. Ich ziehe hier nur die Konsequenz, die für uns in Betracht kommt: Sie haben sich selbst entschlossen auf die Seite gestellt, Sie haben erklärt: Wenn die Unabhängigen nicht mittun, dann setzen Sie sich auch mit den anderen Parteien nicht an einen Tisch, dann gehen Sie weder in eine große Koalition noch in eine kleine, weder in die alte Koalition noch in eine neue, sondern bleiben unter allen Umständen draußen.

Der Herr Abgeordnete Müller hat gestern versucht, die Gründe dafür hier zu entwickeln. Diese Gründe gingen dahin, daß die alte Koalition zu schwach geworden sei, um zu regieren, und daß man weiter nach rechts — von uns will ich gar nicht reden — bis zu der Deutschen Volkspartei nicht gehen wollte. Er hat das unter anderem, abgesehen von sachlichen Gründen, damit motiviert, daß er zwar ohne Empfindlichkeit sei, aber immerhin doch darauf hinweisen müßte, was im Wahlkampf vorgekommen sei, und wie die Mehrheitssozialisten von den Rechtsparteien behandelt worden seien. Meine Damen und Herren! Ich bin über diese

Empfindlichkeit, offen gestanden, etwas erstaunt. (Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten und Heiterkeit.)

Sie haben besonders den Rechtsparteien vorgeworfen, daß man Sie als Kleber im Amte hingestellt habe, daß man Ihnen die „Futterkrippe" zum Vorwurf gemacht habe. Herr Müller, wenn Sie das besonders erbost, so ist Ihnen wohl etwas nicht im Gedächtnis, was mir in dem Gedächtnis geblieben ist. Denn gewisse Empfindungen pflege ich auch zu haben. Sie entsinnen sich vielleicht, daß Sie bei der Reichskonferenz der Sozialdemokratischen Partei, die zu Beginn des Wahlkampfes hier getagt hat, gesagt haben, das Regieren sei heutzutage kein Vergnügen. Nach unwidersprochen gebliebenen Zeitungsnotizen haben Sie hinzugefügt: „Das war es vielleicht einmal, als die Helfferiche noch an der Krippe saßen". (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Da haben Sie m i r den von Ihnen so beanstandeten Vorwurf des Sitzens an der Futterkrippe gemacht. (Zuruf von den Sozialdemokraten.)

Ich habe gegen Sie keinen solchen Vorwurf erhoben, und Sie haben keine Berechtigung, einen derartigen Vorwurf gegen mich zu erheben. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Ich hätte mich gehütet, als amtierender Reichskanzler oder als stellvertretender Reichskanzler ein so hohes Amt als Futterkrippe zu bezeichnen. Ich hätte mich gehütet, und gerade mir gegenüber haben Sie kein Recht zu einem solchen Vorwurfe. (Zurufe bei den Sozialdemokraten: Sie sind der Führer der Partei! Sie sind verantwortlich für die ganze Kampfesweise!)

Gestern haben sich die Herren hier über die angeblich mangelnde Opferwilligkeit bei Leuten aus der Industrie und der kommerziellen Welt beschwert, weil diese sich geweigert hätten, wegen der geringen Gehälter Aemter zu übernehmen. Ich habe seinerzeit, als ich gerufen wurde, das materielle Opfer gebracht. (Lachen bei den Sozialdemokraten und Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Für mich war mein Amt keine Futterkrippe!

Meine Damen und Herren! Ich komme zur Sache zurück nach dieser kurzen persönlichen Auseinandersetzung, die, glaube ich, notwendig war.

Ich muß nun zunächst feststellen, daß auch der weitere Verlauf der Debatte lediglich bestätigt hat, was mein Fraktionskollege

Hergt hier schon festgestellt hat: Auch, nachdem die Herren Mehrheitssozialisten in so kategorischer Form abgelehnt haben, sich an irgendeiner Regierungsbildung zu beteiligen, haben die anderen Parteien, die heute die Koalition darstellen, sich fortgesetzt und immer wieder um die Mitwirkung der Mehrheitssozialdemokraten in der stärksten Weise bemüht. Herr Schiffer hat es sich verbeten, daß man das als „Liebeswerben" bezeichnet. Nehmen Sie es mir nicht übel, Herr Abgeordneter Schiffer, ich habe dabei an die Geschichte von der Lehrerin in einer Höheren Töchterschule gedacht, von der erzählt wird, sie habe in der Literaturgeschichte von „Kabale und Neigung" gesprochen, statt von „Kabale und Liebe". (Heiterkeit. — Sehr gut! bei den Deutschnationalen. — Zuruf von den Sozialdemokraten: Au! Soll das ein Witz sein? — Heiterkeit.)

In der Sache sind wir wohl einig, und zwar um so mehr, als Herr Schiffer selbst erklärt hat, die Koalition beruhe auf der Voraussetzung, daß die Sozialdemokratie, auch wenn sie draußen bleibt, die Regierung positiv unterstützt. Ja, glauben Sie denn, daß diese Unterstützung umsonst sein wird? In meiner Heimat in der Pfalz, gibt es ein Sprichwort. Da sagt man: „Umsonst ist der Tod, und der kostet das Leben". (Heiterkeit.)

Denn, daß die Sozialdemokraten sich ihre Unterstützung bezahlen lassen werden, auch wenn sie draußen sind, und doppelt bezahlen lassen werden, gerade wenn sie draußen sind, — ich glaube, dafür liegen gewisse Erfahrungen vor. (Zuruf von den Sozialdemokraten: Wollen Sie es umsonst machen? — Heiterkeit links.)

Denken Sie an das Kabinett Hertling, bei dem die Sozialdemokraten sich weigerten, einzutreten, und Ihren Fraktionsfreund (zu den Deutschen Demokraten) Herrn v. Payer als ihren Vertreter hineingeschickt haben. Denken Sie an die Schwierigkeiten, die sich daraus ergaben, und denken Sie an die Auseinandersetzung, die sich dann hier in diesem Hause zwischen Herrn v. Payer und dem damaligen Führer der sozialdemokratischen Fraktion, Herrn Scheidemann, über dieses Verhalten entsponnen hat.

Herr Trimborn — (Der Abgeordnete Trimborn erhebt sich von seinem Platz — große Heiterkeit.) Herr Trimborn ist nicht so weit gegangen wie Herr Schiffer. Aber Herr Trimborn hat, wenn ich ihn recht verstanden habe, sich dahin ausgesprochen, die Sozi-

aldemokraten hätten es in der Hand, die Koalition und die Regierung lahmzulegen. Das war doch wohl Ihre Meinung? (Abgeordneter Trimborn: Ja!)

Ich frage Herrn Trimborn: Aus welchem Grunde? Doch nur deshalb, weil man sich mit uns „bösen Deutschnationalen" nicht an einen Tisch setzen wollte. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten und bei den Sozialdemokraten. — Heiterkeit bei den Deutschnationalen.)

Nachdem die Unabhängigen sich durch ihre Erklärung außerhalb der Verfassung gestellt hatten, (Lachen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten) — stehen Sie doch zu Ihren Worten, Sie wollen sich doch die Gewalt aneignen, nicht auf parlamentarischem Wege, sondern auf anderem Wege; das haben Sie doch erklärt! — nachdem weiter die Herren Mehrheitssozialdemokraten erklärt haben, daß sie unter keinen Umständen mittun, da gab es nur eine einzige Möglichkeit der Mehrheitsbildung, die doch Ihren eigenen parlamentarischen Grundsätzen eigentlich allein entsprechen würde. (Zurufe von den Sozialdemokraten.)

Das ist keine Sehnsucht, das ist nur eine Feststellung von Tatsachen. — Die einzige noch mögliche parlamentarische Lösung war der sogenannte bürgerliche Block. Ich gebrauche das Wort „bürgerlich" in diesem Sinne gar nicht gern. Ich gebrauche es deshalb nicht gern, weil wir auch unter uns Gott sei Dank Vertreter der Arbeiterschaft haben, (sehr richtig! bei den Deutschnationalen; Lachen bei den Sozialdemokraten und den Unabhängigen Sozialdemokraten) die ebenso gut sind, (Rufe von den Deutschnationalen: besser!) denen die Interessen der Arbeiterschaft mindestens ebenso sehr am Herzen liegen wie Ihnen. Dasselbe gilt auch vom Zentrum, dasselbe gilt von der Deutschen Volkspartei. Sie alle werden mir zugeben, Sie sind doch gleichfalls stolz darauf, daß Sie Vertreter der Arbeiterschaft in Ihren Reihen haben. (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Und wenn Sie sich als „bürgerlich" bezeichnen, dann geschieht das nicht im Gegensatz zu den Arbeitern, dann geschieht das im Gegensatz zu der Partei der Sozialdemokraten. (Lebhafte Zustimmung bei den Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei.)

So liegen die Dinge.

Woran ist nun dieser große, nichtsozialdemokratische Block

gescheitert? — Nicht an uns. Wir haben uns von Anfang an wiederholt zur praktischen Mitarbeit unter Zurückstellung unserer verfassungspolitischen Ziele bereit erklärt. Wo war also der Trennungsstrich? Nur darin, daß die heutigen Koalitionsparteien unsere Mitarbeit nicht wollten. Der Herr Reichskanzler, der leider nicht hier ist, hat von der „ehrlich dargebotenen Rechten" gesprochen, in die jeder aufrichtige Mann einschlagen könne. Meine Damen und Herren! Die Rechte hat sich ehrlich dargeboten, aber wir haben den aufrichtigen Mann vermißt, der eingeschlagen hat. (Bravo! und Heiterkeit bei den Deutschnationalen.)

Jetzt will es allerdings niemand so recht gewesen sein. Wir haben Erklärungen von Herrn Trimborn und Herrn Stresemann gehört. Wir haben daraus entnommen, daß in den Besprechungen die Herren Demokraten diejenigen gewesen seien, welche die scharfe Ablehnung aussprachen. Aber die Herren Demokraten selbst haben durch Herrn Schiffer erklärt, sie seien überhaupt nicht gefragt worden.

Herr Stresemann hat sich sachlich auf den Standpunkt meines Fraktionskollegen Hergt gestellt. Auch er hätte den Mehrheitsblock vorgezogen. Aber er hat sich an der kategorischen Ablehnung, der ausgesprochenen oder nicht ausgesprochenen, der Demokraten gestoßen. Deswegen ist die Deutsche Volkspartei, nachdem ihr Vertreter bei den Sozialdemokraten eine Ablehnung erhalten hatte, überhaupt gar nicht erst mit uns in Verbindung getreten. Auch nachher, als die Herren Trimborn und Fehrenbach die Kabinettsbildung in die Hand genommen haben, hat die Deutsche Volkspartei sich nicht erneut an uns gewandt. Herr Stresemann sagt, er habe einen Wechsel auf unsere Loyalität gezogen und habe geglaubt, das tun zu können. Meine Damen und Herren! Das ehrt uns. In der Tat, ein besseres Zeugnis kann uns von der Deutschen Volkspartei gar nicht ausgestellt werden, (sehr gut! bei den Deutschnationalen) als daß unsere Loyalität etwas so Selbstverständliches ist, daß man einen derartigen Wechsel auf unsere Loyalität ziehen darf, ohne den Bezogenen vorher überhaupt zu benachrichtigen. (Heiterkeit und Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Wir quittieren also über die Ehrenerklärung, die in diesen Ausführungen des Herrn Abgeordneten Stresemann liegt mit Dank.

Meine Damen und Herren! Zu der alten Koalition standen wir in der schärfsten Opposition, nicht in einer unfruchtbaren. Dem möchte ich hier widersprechen, obwohl und weil ich der alten deutschnationalen Fraktion nicht angehört, sondern die Dinge von außen beobachtet habe. Wir standen nicht in einer unfruchtbaren Opposition. Das werden alle diejenigen, die dort mitgetan haben, wo Arbeit geleistet worden ist, in den Kommissionen, auch in der Verfassungskommission, bestätigen können, daß unsere Mitglieder wertvolle Mitarbeit geleistet haben. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

Aber zu den Grundsätzen, nach denen in der alten Koalition Deutschland regiert worden ist, zu diesen Grundsätzen mußte meine Partei allerdings oft genug scharf Stellung nehmen. Die alte Regierung wollte es auch gar nicht anders, mindestens in sehr erheblichen ihrer Bestandteile. Ich erinnere an das Wort eines ihrer Mitglieder, das sich damit gerühmt hat, daß es die Rechtsparteien, nicht nur uns, sondern auch die Deutsche Volkspartei in die Opposition gedrängt habe. Heute hören wir ganz andere Töne, und das freut uns. Nicht nur das, was das Zentrum, sondern auch das, was Herr Schiffer ausgeführt hat, war — das erkenne ich an — auf einen wesentlich anderen Ton gestimmt als die Laute, die in der alten Nationalversammlung zu hören waren. Aber wir lassen uns durch schöne Worte nicht bestricken. (Lachen bei den Deutschen Demokraten.)

Ebensowenig allerdings werden wir, wenn das Wohl des Vaterlandes auf dem Spiele steht, irgendwelchen parteipolitischen Empfindlichkeiten Raum geben. (Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Sie und das Wohl des Vaterlandes!)

Von diesem Gesichtspunkt der Ablehnung irgendwelcher parteipolitischen Empfindlichkeiten aus lassen Sie mich in Ergänzung der Ausführungen meines Freundes und Kollegen Hergt einige Worte zu den

**programmatischen Erklärungen des Herrn Reichskanzlers,**

zu den Ausführungen namentlich auch des Herrn Finanzministers und der Redner aus dem Hause sagen, die zwischen Herrn Hergt und mir gesprochen haben.

Meine Damen und Herren! Das allererste, was wir brauchen — und darin sind wir Gott sei Dank, wie ich aus den Erklärungen

der Redner entnehme, mit der Koalition, die heute die Regierung stützt, einig —, ist die Wiederherstellung und Sicherung von Recht und Ordnung mit allen Konsequenzen, die wir daraus ziehen müssen, auch für die Machtmittel, die für die Sicherung von Recht und Ordnung heutzutage mehr denn je nötig sind. (Widerspruch und Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Maschinengewehre, damit der zweite Kapp-Putsch besser gelingt!)

Meine Damen und Herren! Wir brauchen aber nicht nur die Sicherung der nötigen Machtmittel, um Ruhe und Ordnung zu erhalten, sondern — nun lassen Sie mich über einen anderen Punkt ein ernstes Wort sagen —: ich bedaure, wenn der Versuch gemacht wird, in Zeiten, in denen die Begriffe ohnedies in Verwirrung sind, in die Sphäre des Rechts und vor allen Dingen der Rechtspflege einzugreifen. (Zuruf links.)

Jawohl, ich meine Marburg; von diesem Gesichtspunkt aus bedaure ich die Interpellation wegen Marburg. (Sehr richtig! rechts. — Zurufe von den Sozialdemokraten und Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Sie wissen, daß das Verfahren noch schwebt, daß es deshalb bedenklich, ja unmöglich für die Regierung ist, darüber Rede und Antwort zu stehen, und Sie wissen, daß es für die Parteien ebensowenig möglich ist. (Zurufe links.)

Aber gerade deshalb, weil hier das gerichtliche Verfahren noch schwebt, muß ich Verwahrung gegen die Aeußerungen einlegen, die der Abgeordnete Scheidemann getan hat, dagegen, daß er, während dieses Verfahren im Gange ist, von der „Schmach von Marburg" gesprochen hat. (Zurufe von den Sozialdemokraten und Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Meine Damen und Herren! Ich vertrete den Wahlkreis, in dem Marburg gelegen ist, (Rufe bei den Sozialdemokraten und Unabhängigen Sozialdemokraten: Aha!) und schon aus diesem Grunde habe ich eingehende Erkundigungen über den Sachverhalt eingezogen. (Zurufe links: Von wem?)

Ich habe vor allem die Gerichtsverhandlungen aufs genaueste verfolgt, insbesondere die eidlichen Zeugenaussagen. Ich will für meine Person nicht so weit gehen, in ein schwebendes Verfahren einzugreifen; aber ich will feststellen, daß die Gerichtsverhandlung

und die eidlichen Aussagen, dir mir bekannt geworden sind, keinerlei Anhalt dafür geben, von einer Pflichtverletzung der Marburger Studenten, geschweige denn von einer „Schmach von Marburg" zu sprechen. (Lebhafte Zurufe von den Sozialdemokraten und Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wohin kommen wir, wenn sich Leute, die sich auf den Ruf der Regierung — so war es doch — zur Verfügung gestellt haben, (Abgeordneter Dr. Haas [Baden]: Warum keine Untersuchungshaft? — Rufe rechts: Ruhe!)

Das können Sie mit der Regierung ausmachen, Herr Dr. Haas; ich spreche jetzt nicht von dem, was die Regierung getan hat, sondern von den jungen Leuten, die sich auf den Ruf der Regierung (lebhafte Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Mörder!) unter Einsetzung ihres Lebens zur Verfügung gestellt haben. (Erregte Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten und Sozialdemokraten.)

Meine Damen und Herren! Ich komme nunmehr zu dem

**finanziellen und wirtschaftlichen Teil**

meiner Ausführungen, und zwar beginne ich mit dem, was gestern in so ausführlicher Weise von dem Herrn Reichsfinanzminister, den ich leider nicht hier sehe, behandelt worden ist. (Zuruf vom Ministertisch: Da ist er! — Große Heiterkeit.)

Es freut mich sehr; er ist nur etwas zu weit weg. (Reichsfinanzminister Dr. Wirth: Ich möchte Distanz wahren!)

Vielleicht beruht das auf Gegenseitigkeit. (Heiterkeit und Sehr richtig! rechts.)

Der Herr Reichsfinanzminister hat gestern erklärt, es sei gefährlich den Leu zu wecken. (Zuruf von den Deutschen Demokraten: Sie sind kein Leu!)

Ich habe mich auch nie dafür gehalten. (Heiterkeit.)

Der Herr Reichsfinanzminister hat trotzdem mit einigen Wendungen begonnen — er kommt ja doch jetzt näher —, (große Heiterkeit) die ich als eine Polemik gegen mich und meine Finanzpolitik doch wohl mit Recht angesehen habe. Ich brauchte dazu nicht erst das „Berliner Tageblatt" von heute morgen zu lesen, soviel verstehe ich ja selbst. Ich sehe einen Angriff gegen meine frühere Politik vor allen Dingen in den Eingangsausführungen,

in denen er feststellte, daß schon im Finanzjahre 1916 — das ist nicht etwa das Jahr, in dem ich in das Schatzamt eingetreten bin, sondern das Jahr, in dessen ersten Hälfte ich es verlassen habe —, (hört! hört! rechts) wir uns steuerpolitisch auf der schiefen Ebene befunden hätten. (Zuruf des Abgeordneten Keil.)

Nur Geduld, Herr Abgeordneter Keil ich komme gleich darauf, ich habe auch Geduld. (Sehr gut! rechts.)

Ich sehe den Vorwurf hier wieder aufgenommen, der in der Oeffentlichkeit so oft gegen mich erhoben worden ist und der mich auf das allerungerechteste trifft, (Lachen links) den Vorwurf, daß es an mir liege, wenn keine Kriegssteuern gemacht worden seien. (Sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten.)

Meine Damen und Herren! Ich appelliere an diejenigen, die hier in diesem hohen Hause an den Steuern mitgearbeitet haben. (Zuruf des Abgeordneten Keil.)

Herr Keil, Sie gehören nicht dazu. Die Sozialdemokraten haben sich damals von den interfraktionellen Besprechungen ausgeschlossen, weil sie prinzipielle Gegner jeder indirekten Steuern seien. (Hört! Hört! rechts. — Zurufe von den Sozialdemokraten.)

Ich berufe mich auf die Vertreter der anderen Parteien. Wir haben hier tagelang zusammengesessen. Wir haben Sie aufgefordert, und Sie haben erklärt, daß Sie prinzipiell indirekte Steuern nicht mitmachen würden. (Zuruf des Abgeordneten Keil.)

Die Sachlage war die: Ich habe das Reichsschatzamt nicht zu Beginn des Krieges übernommen, sondern ein halbes Jahr später, im Februar 1915. Ich fand einen fertigen Etat zur Einbringung vor; Steuern waren nicht vorgesehen. Ich habe noch im März die Finanzminister der Einzelstaaten besucht und berufe mich insbesondere auf den württembergischen Finanzminister Pistorius, der darüber das Nötige vor einiger Zeit veröffentlicht hat, daß ich schon bei diesen ersten Verhandlungen darauf aufmerksam gemacht habe: wenn der Krieg länger dauert als bis zum Herbst, kommen wir um eine Kriegssteuergesetzgebung nicht herum. (Hört! Hört! rechts.)

Ich habe, sobald es möglich war, die Finanzminister der Bundesstaaten hierher eingeladen, und der Herr Reichsfinanzminister kann sich in den Akten seines Ministeriums darüber vergewissern, daß in dieser Besprechung, die Anfang Juli stattfand,

ich den Herren erklärt habe: wenn der Krieg nicht im Laufe des Sommers oder des Herbstes zu Ende geht, kommen wir um Kriegssteuern, so unbequem sie sein mögen, nicht herum. (Lebhafte Rufe rechts: Hört! Hört!)

Ich habe erklärt, daß ich nur ungern für die bevorstehende Tagung, die im August bevorstand, meinerseits auf die Einbringung von Kriegssteuervorlagen verzichten würde, (hört! hört!) wegen der großen Widerstände — ich brauche sie nicht näher zu beschreiben —, die sich gegen diese Kriegssteuern geltend machten. (Sehr richtig rechts. — Zuruf von den Sozialdemokraten.)

Ich berufe mich erst recht auf Mitglieder dieses Hauses. Wo saßen die Widerstände? Nicht nur bei meinen eigenen Kollegen, nicht nur beim Bundesrat, sondern auch hier im Hause saßen solche Widerstände. (Zurufe von den Sozialdemokraten.)

Ich werde gleich Namen nennen, wenn es Ihnen paßt. Ich berufe mich auf den Abgeordneten Dr. Spahn, der bestätigen wird, daß ein einflußreiches Mitglied seiner Partei sich auf den Standpunkt gestellt hat, daß Kriegssteuern unter allen Umständen vermieden werden müßten. (Lebhafte Rufe rechts: Hört! Hört! — Zurufe links: Namen nennen!)

Ich brauche den Namen nicht zu nennen — (Rufe links: Aha!) er heißt Erzberger, wenn Sie es absolut wissen wollen. (Große Heiterkeit rechts. — Zurufe von den Deutschen Demokraten: Jetzt ist er bei seinem Thema! — Heiterkeit links.)

Ich berufe mich auf den Herrn Abgeordneten Dr. Spahn, der in Moabit unter seinem Eid ausgesagt hat, daß der Abgeordnete Erzberger erklärt hat, daß während des Krieges auch die Zinsen der Kriegsanleihen auf neue Anleihen genommen werden müßten und nicht durch Steuern gedeckt werden sollten. (Lebhafte Rufe rechts: Hört! Hört!)

Ich berufe mich auf den Abgeordneten Haußmann und frage ihn, ob ihm der Brief im Gedächtnis ist, den er mir am 23. Mai 1916 geschrieben hat, in dem steht:

> Ihnen und nur Ihnen persönlich ist es gelungen, den hochbeladenen Heuwagen der Steuergesetze durch das Scheunentor des Kompromisses zu bringen.

(Lebhafte Rufe rechts: Hört! Hört! — Heiterkeit und Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Nun komme ich zum Herrn Abgeordneten Schiffer. Ich komme zu einer Zeit, in der ich lange nicht mehr Reichsschatzsekretär war. Ich komme zu der Reichstagssitzung vom 28. Februar 1917. In dieser Reichstagssitzung standen die Steuerprojekte meines Nachfolgers, des Grafen Roedern, die ich, auf das energischste im Staatsministerium und in dem Bundesrat unterstützt habe, auf der Tagesordnung, und da hat der Herr Abgeordnete Schiffer erklärt, man könne zweifelhaft sein, ob es überhaupt richtig sei, mit einer neuen Kriegssteuervorlage zu kommen, ob angesichts der ungeheuren Beträge, um die es sich im ganzen Kriege handele, selbst der erhebliche Betrag — es waren über 2 Milliarden — neue Steuervorlagen rechtfertige; „ob es nicht doch richtiger wäre, alles auf die Anleihen zu übernehmen, (lebhafte Rufe rechts: Hört! Hört!) das lasse er dahingestellt." (Abgeordneter Schiffer: Lasse ich dahingestellt! — Heiterkeit rechts.)

Sie ließen also, Herr Schiffer, die Frage mit dem Ausdruck eines gelinden Zweifels offen, die heute als damals schon ganz selbstverständlich entschieden gegen mich ausgebeutet wird. (Sehr richtig! rechts. — Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Und der Bericht verzeichnet dazu — das muß ich auch hinzusetzen — ein „Hört! Hört! im Zentrum". (Hört! Hört! rechts.)

Meine Damen und Herren! Nachdem ich festgestellt habe, daß der Vorwurf, ich hätte keine Steuervorlagen an den Reichstag gebracht, zu Unrecht erhoben wird, nachdem ich festgestellt habe, daß ich gegen starke Widerstände aus diesem Hause die ersten Steuervorlagen in diesem Kriege durchgesetzt habe, komme ich zu einem anderen Punkt. Der Herr Reichsfinanzminister hat gestern geglaubt, eine Bilanz über das Kriegsjahr 1916 aufmachen zu können, offenbar um mir nachzuweisen, daß es auch bei mir schon ein Defizit gegeben habe. Wenn es im Kriege bei mir ein Defizit gegeben hätte, so würde ich das nicht als einen Makel empfinden. Aber es hat gar keines gegeben. (Ohorufe links.)

Ich rede vom Jahre 1916! Warten Sie doch ab! Es hat Sie doch anscheinend einigermaßen interessiert, was ich vorhin vorgetragen habe, und es kommt vielleicht auch noch mancherlei anderes. (Heiterkeit und Zurufe.)

Der Herr Reichsfinanzminister hat gestern für das Jahr 1916 vorgetragen:

> Würde nicht ein Teil der Ausgaben des ordentlichen Kriegsetats auf den Kriegsfonds geworfen worden sein, so würde der Gesamtbedarf des Jahres 1916 an laufenden Ausgaben sich auf rund 5 Milliarden Mark gestellt haben.

Ich betone das „würde". —

> Die Einnahmen des genannten Jahres aber betrugen, wenn man von den Anleiheeinnahmen absieht, alles in allem kaum 2 Milliarden Mark. Es bestand also damals bereits ein Defizit von drei Milliarden Mark, ungerechnet die Summen, die man ausgeben mußte für Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene.

Ich habe hier die Denkschrift des Reichsfinanzministers Schiffer vom 12. März 1919 vor mir. Sie stammt also bereits aus der Zeit der Revolution. Dort ist über dasselbe Rechnungsjahr 1916 gesagt:

> Infolge der auf 2 590,7 Millionen Mark gestiegenen Ausgaben für die Reichsschuld entstand im ordentlichen Haushalt des Jahres 1916 ein Fehlbetrag in Höhe von 1 104,5 Millionen Mark,

— also nicht drei Milliarden —

> der aus den im Rechnungsjahr 1917 eingegangenen Einnahmen der außerordentlichen Kriegsabgabe abgedeckt worden ist.

(Hört! Hört! rechts.)

Im Dispositiv für die außerordentliche Kriegsabgabe stand ausdrücklich, daß sie zur Schuldentilgung verwendet werden solle, soweit sie nicht zur Abdeckung des Fehlbetrages im ordentlichen Haushalt notwendig sei. Also auch, wenn das ganze Defizit des Finanzminister bestanden hätte, wäre es gedeckt worden, allerdings unter Zuhilfenahme der außerordentlichen Einnahmen aus der von mir im Reichstage eingebrachten und durchgesetzten Kriegsgewinnsteuer. (Zurufe von den Sozialdemokraten.)

Der Herr Reichsfinanzminister beruft sich vielleicht darauf, daß einmalige Einnahmen nicht zur Deckung des ordentlichen Etats verwendet werden dürften. Ich stimme ihm in diesem Grund-

satz bei; aber er hat gestern selbst dagegen gesündigt. Er hat sich hier gerühmt, daß er „zum ersten Male seit der Vorkriegszeit wieder ein Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben im ordentlichen Haushalt erzielt" habe. (Zuruf vom Ministertisch.)

Dieselbe Manipulation, die wir unter dem Druck des Krieges vorgenommen haben, nehmen auch Sie jetzt vor. Auch Sie decken 3 Milliarden Ihrer ordentlichen Ausgaben durch einmalige Einnahmen. Nur habe ich nicht den Versuch gemacht, dem Reichstage irgendwie ein falsches Bild zu geben. Ich habe damals ausdrücklich ausgeführt, daß dieser Etat ein Papieretat sei, und daß man nicht wissen könne, wie die Dinge in Wirklichkeit sich abwickeln werden. Eines stehe fest: die Zahlen, die hier im Etat stehen, würden sich nicht verwirklichen. Aber Sie glauben dem Hause sagen zu können, daß Sie den ersten Etat vorlegen, bei dem Einnahmen und Ausgaben balanzieren. Das ist der Unterschied zwischen Ihrer Aufmachung und der meinigen. (Sehr gut! rechts.)

Ich komme damit zu dem Bilde, das uns der Herr Reichsfinanzminister über die jetzige Finanzwirtschaft enthüllt hat. Meine Damen und Herren! Wenn der Herr Reichsfinanzminister auf so schwachen Grundlagen, wie ich sie eben dargelegt habe, von einem Balancierendes ordentlichen Etats gesprochen hat, so ist das kein Trost für mich. Der Etat gibt in Wirklichkeit ein Defizit von rund 30 Milliarden Mark. (Lebhafte Rufe rechts: Hört! Hört!)

Das ist die Tatsache, mit der wir rechnen müssen, wenn wir die Zahlen, die uns hier vorgetragen worden sind, zusammenstellen und jeden Beiwerks entkleiden. Dabei sind Einnahmen eingestellt — ich habe das schon bemerkt —, von denen ein großer Teil mit Sicherheit nicht eingehen wird. Der Herr Reichsfinanzminister wird das leider bestätigen müssen. Ich vermisse aber weiter eine Uebersicht, eine übersichtliche Gliederung alles dessen, was uns bisher über die Reichsfinanzwirtschaft gesagt worden ist, nicht nur gestern in den Ausführungen des Reichsfinanzministers, sondern in allem und jedem, was seit der Revolution überhaupt von amtlicher Seite über die Reichsfinanzwirtschaft mitgeteilt worden ist. (Lebhafte Zustimmung rechts.)

Gewiß, was uns jetzt vorliegt, ist ein Notetat, und der Notetat kann nicht spezifiziert werden. Das ist richtig. Aber, meine

Damen und Herren, wir stehen jetzt im Monat Juli, wir bewilligen einen Notetat, der bis zum Oktober hinausgeht, und wenn ich dem Finanzministerium auch alle Schwierigkeiten zugute halte, die auch mit der Neubildung der Regierung zu überwinden waren — auch ich habe seinerzeit, als ich mein Amt übernahm, einen Etat vorgefunden, und ich habe diesen Etat ganz kurze Zeit darauf beim Reichstag eingebracht —, so glaube ich doch: was im Kriege möglich war, hätte sich auch hier müssen erreichen lassen; und wenn es nicht möglich war, trotz der fortgesetzten gewaltigen Vermehrung der Zahl der Beamten, so kann ich darin ein gutes Zeichen für die Reichsfinanzverwaltung nicht erblicken. Wir kommen auf diese Weise dazu, daß wir schließlich, nur um den Tatbestand mit der formalen Ordnung in Einklang zu bringen, veranlaßt werden, eine Abänderung der Reichsverfassung vorzuschlagen, eine Abänderung dahingehend: der Haushaltsvoranschlag des Reiches wird nach Ablauf des Rechnungsjahres festgestellt. (Große Heiterkeit.)

Aber abgesehen von der formalen Unübersichtlichkeit, die ich bedauern muß, kann ich nicht umhin, die innere Zerrüttung sowohl unserer Einnahme- wie unserer Ausgabewirtschaft zu beklagen. (Lebhafte Zustimmung rechts. — Zurufe links.)

Man hat mir während des Krieges zum Vorwurf gemacht — außerhalb des Hauses vor allen Dingen und sehr törichterweise —, ich hätte keine systematische Finanzreform in Angriff genommen. Ich glaube, es gibt heute niemand mehr, der es für möglich hält, daß man im Jahre 1915 eine systematische Finanzreform hätte in Angriff nehmen können. (Zuruf von den Sozialdemokraten: Lloyd George!)

Der hat auch keine systematische Finanzreform gemacht! Er hatte es außerdem viel leichter. (Erneute Zurufe.)

Erstens mal hatte er keinen Bundesstaat, sondern einen Einheitsstaat. Bei uns haben die Einzelstaaten ihre direkten Steuern erhöht, wofür ich in Preußen zugeredet und gestimmt habe. Außerdem lagen die Verhältnisse zwischen Parlament und Regierung damals in England erheblich anders als bei uns. (Wiederholte Zurufe von den Sozialdemokraten.)

Vor allen Dingen aber berücksichtigen Sie den Hauptunterschied nicht, Herr Keil: wir waren die belagerte Festung in diesem Kriege; einen großen Teil der Einnahmequellen, die wir bei einer

systematischen Finanzreform hätten erschließen müssen, konnten wir deshalb nicht erschließen. Nehmen Sie nur die enormen Summen, die England aus seinen Importartikeln, aus Kaffee, Kakao, Tee, vom „Frühstückstisch des kleinen Mannes" — wie man damals in England sagte — gezogen hat, außerdem aus Bier und Branntwein. Wie sollten wir Kaffee, Tee und ähnliche Dinge besteuern? Wir bekamen sie ja auch ohne Steuern nicht herein! (Erneute Zurufe von den Sozialdemokraten.)

Wie sollten wir Bier und Branntwein besteuern? — Wir mußten ja ihre Herstellung einschränken und verbieten! (Zurufe von den Sozialdemokraten: Kriegsgewinne!)

Wir haben ja zu meiner Zeit als Schatzsekretär eine Kriegsgewinnsteuer gemacht, die einen Ertrag von 6 Milliarden gebracht hat; und die großen Kriegsgewinne — um das auch einmal zu erwähnen — liegen nicht zu meiner Zeit als Finanzminister, die sind erst später entstanden, vom Herbst 1916 an! (Erneute Zurufe von den Sozialdemokraten.)

Ich bin schon im Mai 1916 aus dem Schatzamt ausgeschieden.

Jedenfalls stehen wir jetzt in der Einnahmewirtschaft vor einem Steuersystem, das Stück für Stück der Nationalversammlung vorgelegt worden ist, das keinen organischen Zusammenhalt hat — das wird doch niemand behaupten können —, das ein solches Maß von Unübersichtlichkeit aufweist, das in sich so stark kollidiert, daß nicht einmal die Finanzämter über die Durchführung Bescheid wissen, — ein Finanzsystem, das so kompliziert geworden ist, daß es nach meiner Ansicht überhaupt nicht durchgeführt werden kann. Sie werden alle noch mithelfen, daß wir diese Steuergesetze in einen Schmelztigel werfen und völlig umschmelzen, damit sie überhaupt durchführbar werden. (Sehr wahr! bei den Deutschnationalen.)

Dazu kommt die Zerrüttung der Ausgabewirtschaft. Ich brauche garnicht in stärkeren Ausdrücken zu sprechen, als es von den Rednern der Koalitionsparteien geschehen ist. Ich brauche nur an das Wort von der „Verbeamtung" zu erinnern, daran, daß heute noch in der Verwaltung Pauschquanten bestehen, daß an allen Ecken und Kanten mit Pauschquanten gewirtschaftet wird, und daß da und dort immer noch aus diesen Pauschquanten — das sind Mitteilungen, die unwidersprochen durch die Zeitungen

gegangen sind — Ausgaben geleistet werden, für die offenbar eine etatmäßige Bewilligung garnicht vorliegt. (Hört! hört! bei den Deutschnationalen.)

Das hängt zum Teil mit den Kriegsgesellschaften zusammen, denen ja nun endlich der Hals umgedreht werden soll. (Zurufe bei den Sozialdemokraten und den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Im Kriege waren sie notwendig. Aber wir sind doch jetzt mehr als anderthalb Jahre über den Krieg hinaus und werden doch hoffentlich allmählich alle zu der Ueberzeugung gekommen sein, daß der Zustand, wie er bisher bestanden hat, nicht weitergehen kann.

Das Schlimmste aber, das Allerschlimmste ist die Entwicklung, die unsere reichseigenen Betriebe genommen haben. Allein schon die Tatsache, daß der Herr Reichsfinanzminister gestern von einem Defizit der Eisenbahnverwaltung von 15 Milliarden gesprochen hat, sollte uns doch alle nachdenklich stimmen. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Und an den Krieg erinnern!)

Es erinnert uns gewiß an den Krieg: es erinnert auch mich an den Krieg. Aber der Krieg ist nicht allein die Schuld. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten und den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Das behauptet auch der Herr Finanzminister nicht. Wieweit der Krieg Schuld ist, sollte einmal klargestellt werden. Ich habe in der Budgetkommission dahingehende Wünsche geäußert, und wir behalten uns vor, Anträge zu formulieren. Wir wollen eine klare Trennung, die uns zeigt: was sind die Retablissementskosten, was muß gegeben werden, um die Eisenbahnen wieder in ihren früheren Zustand zu versetzen? Und welches sind die Kosten, die unsern Eisenbahnetat dauernd belasten? Niemand von Ihnen — auch ich nicht — ist heute imstande, zu übersehen, wie die Lage der Reichseisenbahnen ist. Vor dem Kriege sind mustergültige Ausweise über unsere Eisenbahnen veröffentlicht worden. Vor dem Kriege hatte die preußisch-hessische Eisenbahnverwaltung die strengsten Bestimmungen darüber, was auf Anlagekonto genommen werden darf, welcher Teil den allgemeinen Staatseinnahmen zugeführt werden kann. Das alles ist abhanden ge-

kommen, und es ist höchste Zeit, anderthalb Jahre nach dem Kriege, daß in der Eisenbahnverwaltung zu einer vernünftigen Wirtschaft zurückgekehrt wird. Solange das nicht geschieht, ist gar kein Mensch in der Lage, auch nur einen Rat zu geben, zu sagen: packt an diesem oder jenem Ende an! Das einzige, was feststeht, ist folgendes: Der Krieg hat zweifellos durch den Verschleiß des rollenden Materials und des Bahnkörpers enorm zu diesem Defizit beigetragen. Aber das ist es nicht allein, was das ungeheure Defizit hervorgerufen hat. Dazu kommen alle anderen Umstände, die noch genauer von einer parlamentarischen oder Sachverständigenkommission — oder wie immer Sie beschließen wollen — aufgeklärt werden müssen. Wir wollen doch heraus aus diesen Zuständen. Wir wollen doch nicht zugrunde gehen. Wir wollen doch nicht, daß das Reich ein Eisenbahndefizit von 15 Milliarden oder, wie der Herr Reichsfinanzminister in der Kommission angedeutet hat, von 20 Milliarden Mark dauernd zu tragen hat. Das liegt doch flach auf der Hand! Wie unübersichtlich die Dinge sind, geht daraus hervor, wie sich das Defizit entwickelt hat. Vor Jahr und Tag hat es geheißen, es handle sich um 2 Milliarden; dann hieß es 4 Milliarden, dann 10, 12, 14, 15, 16 Milliarden, und nun sind wir bei 20 Milliarden angekommen. (Zuruf bei den Deutschen Demokraten: Seit wann gibt es Reichseisenbahnen?)

Die Zerrüttung hat gewiß nicht erst bei den Reichseisenbahnen angefangen, sondern schon vor dem Uebergang der einzelstaatlichen Eisenbahnen auf das Reich.

Aber nun komme ich gerade zu einem Punkt, wo sich die preußisch-hessische und die anderen Eisenbahnverwaltungen mit den Reichseisenbahnen sehr intim berühren. Ich habe gegen die Reichsregierung den Vorwurf zu erheben, daß die Verhandlungen über die Umwandlung der Staatseisenbahnen in Reichseisenbahnen nicht mit der erforderlichen Sorgfalt geführt worden sind. Was gestern der Herr Finanzminister vorgetragen hat, müßte eigentlich jedem die Augen geöffnet haben. Der Herr Reichsfinanzminister hat von einem „Unglück" gesprochen, das passiert sei. Ein solches Unglück, das Milliarden gekostet hat, wäre bei einer sorgfältigen Behandlung der Dinge nicht passiert. (Zuruf vom Regierungstisch.)

Gewiß, auch bei der allgemeinen Besoldungsordnung ist ein

„Unglück" passiert. Aber dasselbe Unglück ist doch auch bei den Eisenbahnen vorgekommen, und ich glaube, in der Budgetkommission haben Sie gerade darauf das Wort „Unglück" angewendet.

Jedenfalls ist bei der Umwandlung der Staatseisenbahnen in Reicheisenbahnen folgendes passiert: Während verhandelt wurde, zu einer Zeit, als bereits feststand, daß die Ueberführung auf das Reich stattfinden solle, haben die Einzelstaaten noch rasch Aenderungen in der Besoldungsordnung durchgeführt, ohne das Reich davon vorher in Kenntnis zu setzen, und heute soll nun das Reich die Folgen dieser von den Einzelstaaten vorgenommenen Aenderungen ihrer Besoldungsordnungen tragen. Das kostet nach den Erklärungen des Herrn Reichsfinanzministers Milliarden und vermehrt das Defizit weiter.

Ich frage, wie ist es möglich, daß, während zwei Parteien über eine derartige gewaltige Transaktion verhandeln — das Reich zahlt rund 40 Milliarden für die Eisenbahnen, die heute in der Defizitwirtschaft stecken —, wie ist es möglich, daß da die eine der verhandelnden Parteien ohne Rücksicht auf die andere eigenmächtige Aenderungen durchführt, die die Substanz des Verhandlungsgegenstandes berühren und seine Rentabilität noch weiter in Frage stellen? Das ist einfach unerhört! Und da trifft die Verantwortung nicht die Einzelstaaten allein. Das Reichsverkehrsministerium ist doch zu dem Zweck geschaffen worden, um für eine einheitliche Behandlung zu sorgen. Daran hat es gefehlt. Das ist ein Vorwurf, um den Sie nicht herumkommen. Das hätte nicht passieren dürfen. (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Dann weiter die Eisenbahnverwaltung selbst. Was sollen wir dazu sagen, wenn wir vom Reichsfinanzminister oder von einem Herrn aus dem Reichsverkehrsministerium hören: man verhandelt jetzt über einen Tarifvertrag mit den Eisenbahnern, und da stellt sich heraus, daß ein Schaffneranwärter 3000 Mark Jahresgehalt mehr bekommt als ein etatsmäßiger Schaffner selbst? (Zurufe rechts: Unerhört! — Rufe von den Sozialdemokraten: Hungerlöhne!)

Auch früher war der Andrang von Leuten zur Eisenbahnverwaltung so groß, daß ich glaube, die Meinung über die elende Besoldung der Eisenbahnbeamten war doch nicht so allgemein. (Zu-

ruf von den Sozialdemokraten: Sie haben die Leute verhungern lassen!)

Jedenfalls ist es nicht möglich, daß ein Anwärter 3000 Mark mehr bekommt als der Inhaber der Stelle selbst. Das bedeutet, daß Sie in kürzester Zeit die Besoldungsordnung wieder ändern müssen, daß höhere Gehälter eingeführt werden müssen. Solche Verhandlungen können nicht mit der rechten Hand geführt werden, ohne daß die linke etwas davon weiß. Das sind Dinge, die nicht weiter so gehen können.

Meine Damen und Herren! Der Herr Reichsfinanzminister soll — ich weiß nicht, ob es stimmt, aber jedenfalls stand es so in den Zeitungen — einige Wochen vor den Wahlen das Wort ausgesprochen haben: Wenn es bei den Reichseisenbahnen weiter so geht wie jetzt, wenn diese Defizitwirtschaft nicht abgestellt werden kann, muß der Gedanke in Erwägung gezogen werden, den Betrieb unserer reichseigenen Verwaltung an fremde Kapitalgesellschaften zu übertragen. (Hört! Hört! bei den Deutschnationalen.) Das stand in den Zeitungen. (Reichsfinanzminister Dr. Wirth: In den Zeitungen steht viel!) Aber ich glaube, daß ein solcher Zeitungsausschnitt der Regierung vorgelegt wird und wert ist, daß diese Nachricht dementiert wird. (Reichsfinanzminister Dr. Wirth: Ich habe das in meiner großen Etatsrede erwähnt!) Es freut mich, wenn es dementiert ist.

Vor dem Kriege waren wir diejenigen, die draußen in der Welt den Ruf genossen, daß unser Eisenbahnbetrieb musterhaft organisiert ist. Vertreter anderer Nationen sind zu uns gekommen und haben unsere Betriebe studiert, und diese Stellung in der Welt wollen wir uns doch wiedererkämpfen. (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Wir wollen doch wieder heraufkommen auf die alte Höhe der Leistungen. Das ist aber unmöglich, wie die Dinge jetzt liegen. Wenn hier nicht gründlich Abhilfe geschaffen wird, sind wir auf dem Wege zum Bankrott unseres Staatsbahnsystems, und das würde ich aufs tiefste bedauern. Ich habe es immer für ein großes Glück gehalten, daß eine Volkswirtschaft wie die deutsche einen so großen Staatsbetrieb organisch in sich trägt, und ich möchte, daß dieses große Gebilde wieder leistungsfähig gemacht wird. Ich würde es aufs tiefste bedauern, wenn auf dem Wege, den Bismarck

mit der Schaffung des Staatsbahnsystems eingeschlagen hat, eine Umkehr erfolgen müßte, — und das alles aus dem Unvermögen der Staatsverwaltung heraus, diesen Betrieb ordentlich zu führen. (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Meine Damen und Herren! Das schlimmste war für mich in der Rede des Herrn Reichsfinanzministers die Trostlosigkeit des Ausblicks. Die Rede des Herrn Reichsfinanzministers war eine Schilderung der furchtbaren Lage, in der wir uns befinden; aber ich habe mich vergebens bemüht, darin ein Wort darüber festzustellen, nach welcher Richtung sich nun die Regierung anstrengt, um über diese Lage Herr zu werden. (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Ich habe daraus einen Quietismus entnommen, der mich erschreckt hat. Wir sind in einer Lage, die uns nicht gestattet, ruhig dazusitzen und Darstellungen mit anzuhören: das Reichseisenbahndefizit beträgt soundsoviel, das Defizit für diese und jene Betriebe beträgt soundsoviel, für die Post eine Milliarde, für die Eisenbahnen 15 bis 20 Milliarden, für das Reich 50 Milliarden; die Zahlungen an die Entente betragen soundsoviel, wir brauchen soundsoviel für die Abwicklungen, die noch aus dem Kriege herstammen, und ähnliche Dinge. Es ist Sache der Regierung, hier einen Ausweg zu suchen und zu finden. Ich muß sagen: wenn heute von mir verlangt würde, Vorschläge zu machen, müßte ich das ablehnen. Aus dem Handgelenk ist das nicht möglich. Ohne eine vollständige Offenlegung der Verhältnisse bis in die Einzelheiten wird auch der beste Fachmann nicht in der Lage sein, zu sagen: hier oder dort mußt du den Hebel ansetzen und eingreifen. Wir, die wir draußen stehen, haben in die Finanzgebarung und überhaupt in das innere Räderwerk jetzt keinen Einblick und können nur in dem einen oder anderen Falle, wenn Mißstände zu unserer Kenntnis gekommen sind, den Finger daraufiegen; aber Vorschläge zu machen, die für eine gründliche Reform notwendig sind, ist Aufgabe der Regierung. Ich muß sagen: wenn ich Reichsfinanzminister wäre, und ich würde mir sagen müssen, daß ich gegenüber dieser Entwicklung gänzlich ratlos dastehe, daß ich nicht weiß, was ich tun soll, dann würde ich aufhören, Reichsfinanzminister zu sein. (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen. — Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wir werden beantragen, daß vor allen Dingen die Verhältnisse bei der Betriebsverwaltung der Eisenbahnen, die das schlimmste Loch in unseren Staatssäckel reißen, auf das eingehendste untersucht werden. Wir beraten in der Fraktion noch darüber, welche Gestalt wir dem Antrage geben sollen; denn die Klarlegung der Tatsachen ist die erste Voraussetzung für die Abhilfe. (Zustimmung bei den Deutschnationalen. — Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten: Ueberschußbetrieb wie früher!)

Ich hoffe, daß wir mindestens einmal wieder zu einem selbsterhaltenden Betrieb kommen werden. Das ist auch Ihr eigenstes Interesse. Denn, meine Damen und Herren, bilden Sie sich doch nicht ein, daß dieses Defizit für Sie und für das arbeitende Volk gleichgültig ist, weil es der Staat bezahlt. Womit bezahlt es denn der Staat? — Mit Papier! — Man spricht immer vom Stillegen der Notenpresse. Glauben Sie denn, daß die Notenpresse ganz nach Belieben stillgelegt werden kann? Das ist ganz ausgeschlossen. Wenn bei diesem Defizit in den Eisenbahnen, bei diesem Ueberwiegen der Reichsausgaben über die Reichseinnahmen einfach die Banknotenpresse stillgelegt werden soll, dann muß das Reich in wenigen Tagen seine Kassen schließen. Das ist der Erfolg davon. Die Notenpresse ist doch nichts Selbsttätiges, die Notenpresse ist nur der Ausdruck der gesamten Finanzwirtschaft des Reiches. Das Reich ist es doch, das für seine Ausgaben, wenn ihnen nicht die genügenden Einnahmen gegenüberstehen, die Notenpresse in Anspruch nimmt. Und wer trägt schließlich die Folgen der Notenpresse? Das bleibt doch nicht an dem über den Wolken schwebenden Staate hängen. Wir sind diejenigen, die die Folgen tragen müssen, wir alle und ganz besonders die breite Masse der Bevölkerung. (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Ich komme darauf noch einmal zurück.

Das, was ich über gewisse allgemeine Richtlinien sagen kann — das deckt sich auch mit den Intensionen, die bei der Regierung bestehen, hoffentlich bestehen —, ist folgendes: Wir müssen auf die tunlichste Vereinfachung der Verwaltung hinwirken. (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Ich höre mit Schrecken und Staunen, wie z. B. das Reichswirtschaftsministerium sich seit der Zeit, in der es von

mir aus der Hand gegeben wurde, ausgewachsen hat. Ich glaube nicht, daß damals in der Abteilung, aus der das Reichswirtschaftsministerium gebildet worden ist, mehr als 40 Beamte saßen. Heute sind es mehr als 1000. (Lebhafte Rufe: Hört! hört! bei den Deutschnationalen.)

Neulich ist mir gesagt worden, daß 1600 Beamte und außerdem noch 400 Privatangestellte dort beschäftigt sind. (Lebhafte Rufe: Hört! hört! bei den Deutschnationalen. — Zurufe von den Sozialdemokraten.)

Ich will es nicht glauben, und ich kann es nicht kontrollieren; ich kann es mir garnicht erklären, wie es überhaupt möglich sein könnte, daß das Reichswirtschaftsministerium sich zu einem solchen Wasserkopf ausgewachsen hat. (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen. — Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten und den Sozialdemokraten.)

Das trifft nicht mich; das ist eine Entwicklung, die nach meiner Zeit liegt. — Also tunlichste Vereinfachung der Verwaltung! Dann die allergrößte Sparsamkeit in allen Dingen. Dazu gehört, so hart es manchmal sein mag, Widerstandskraft und Festigkeit gegenüber Forderungen, die nicht unbedingt aus der dringendsten Notlage heraus bewilligt werden müssen. (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Sorgen Sie auf der Ausgabenseite endlich wieder für peinliche Genauigkeit und strengstes Verantwortungsgefühl! Dann erleichtern Sie sich und uns die Aufgabe auf der Einnahmeseite.

Aber, meine Damen und Herren, ich gebe zu, rein aus sich selbst heraus kann natürlich unsere Finanzwirtschaft nicht kuriert werden. Die Wurzeln des Uebels sitzen tiefer; sie sitzen in unseren ganzen wirtschaftlichen Verhältnissen. Der französische Finanzminister Necker hat Ludwig XVI. gesagt: Sire, machen Sie gute Politik, dann mache ich Ihnen gute Finanzen! (Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Das hätten Sie Wilhelm II. auch sagen sollen! — Heiterkeit.)

Der Herr Reichsfinanzminister kann heute zu seinem Kollegen vom Reichswirtschaftsministerium auch sagen: Machen Sie gute Wirtschaft, dann werde ich mich bemühen, gute Finanzen zu machen! (Sehr gut! bei den Deutschnationalen.)

Das Grundübel, an dem unsere Wirtschaft krankt — darüber

sind wir ja alle einig; die Herren auf der Linken sprechen es nur nicht gern aus, aber alle anderen geben es zu —: es wird bei uns mehr verbraucht, als erzeugt wird. Das ist das Grundübel. (Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Weil Sie die Arbeitskraft des deutschen Volkes durch Ihren Krieg ruiniert haben!)

Es war nicht mein Krieg, es war der Krieg des deutschen Volkes! (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen. — Stürmischer Widerspruch und Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten: Der Krieg der Alldeutschen! Kriegsverlängerer! — Andauernde Unruhe!)

Sie haben ja keine Ahnung, wie ich während des ganzen Krieges Tag und Nacht einen für uns annehmbaren Frieden herbeigesehnt habe. (Abgeordneter Ledebour: Gearbeitet haben Sie gegen den Frieden! — Unruhe.)

Das wissen Sie ja garnicht! (Abgeordneter Ledebour: Ich war ja dabei, als Sie Amerika in den Krieg hineingehetzt haben! Sie waren der Hauptschieber dabei!)

Ich verbitte mir diese Bezeichnung! (Andauernde große Unruhe. — Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Ins Zuchthaus!)

Lassen Sie diese unerhörten Zurufe beiseite. Es ist wichtiger, daß wir über die Fragen, die uns heute drücken, (aha! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten) hinweg zu besseren Verhältnissen kommen. (Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Von Ihnen Belehrungen annehmen zu müssen, ist eine Beleidigung!)

Das souveräne Volk hat mich so gut hierher geschickt wie Sie! (Lebhafte Zustimmung bei den Deutschnationalen. — Lärm bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Ins Zuchthaus!)

Ich wierderhole: Beschäftigen wir uns mit der Frage: wie kommen wir aus den schweren Verhältnissen heraus, in denen wir heute stecken. (Lebhafte Zustimmung bei den Deutschnationalen. — Erneute Unterbrechungen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wenn wir feststellen, daß das Grundübel ist, daß das deutsche Volk mehr verbraucht als erzeugt — — (Andauernde große Unruhe links. — Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Dietrich (Prenzlau): Ich bitte um Ruhe! (Wiederholte Zurufe.)

Ich bitte, den Redner nicht weiter zu unterbrechen und insbesondere so unpassende Ausdrücke, wie sie von der linken Seite gefallen sind, zu unterlassen; sie beeinträchtigen in hohem Maße die Würde der Versammlung! (Bravo! — Lachen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Dr. Helfferich: Meine Damen und Herren! Ich weiß so genau wie Sie wohl, daß es sehr schwer sein wird, durch vermehrte Sparsamkeit den Ausgleich zwischen Verbrauch und Erzeugung herbeizuführen. (Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Machen Sie doch damit den Anfang!)

Sie wissen ja garnicht, wie ich mich einschränke und mich während des ganzen Kriegs eingeschränkt habe! — Deshalb, weil eine Beschränkung des Verbrauchs nur in engen Grenzen möglich ist, ist es doppelt notwendig, die Gütererzeugung zu erhöhen. (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen. — Wiederholte Zurufe links.)

Es ist auch für mich begreiflich, daß der einzelne und die einzelnen Organisationen sich dem ehernen Druck dieser Notwendigkeit zu entziehen suchen. Es ist begreiflich, daß die einzlnen durch Lohnforderungen usw. ihre Bezüge, ihren Lohn und ihr Gehalt, mit den Bedürfnissen ihres Lebens, wie sie sich im Frieden herausgebildet haben, in Einklang zu bringen versuchen. Das ist begreiflich. Aber, meine Damen und Herren, es ist nicht nur so, daß wir mehr verbrauchen, als erzeugt wird, sondern bei der Herabminderung der Arbeitskraft des deutschen Volkes, bei der Beeinträchtigung unseres ganzen wirtschaftlichen Apparates kommt noch ein anderes hinzu. (Zurufe von den Sozialdemokraten.)

Ein Sozialdemokrat ist es, der es gesagt hat: Wir werden unseren Verbrauch um 25 Prozent einschränken und unsere Arbeitsleistung um 25 Prozent erhöhen müssen! Und ich glaube sogar, der Herr hat noch zu optimistisch geurteilt. (Unruhe links.)

Was heute vorliegt, ist nicht nur das Auseinanderklaffen zwischen Verbrauch und Erzeugung, sondern auf Grundlage der heutigen ungenügenden Ausgiebigkeit der Arbeit ein Auseinanderklaffen zwischen Arbeitsleistung und dem Arbeitsentgelt. (Sehr richtig!)

Vorhin hat der Ernährungsminister in ähnlicher Weise wie auch der Herr Reichskanzler von der drohenden Gefahr einer wirtschaftlichen Krisis gesprochen, von der Gefahr, daß Betriebe stillgelegt werden müssen, weil sie nicht aufrechterhalten werden können, auch dort nicht, wo der Unternehmer bereit ist, Opfer zu bringen und mit Verlust zu arbeiten. (Zurufe bei den Sozialdemokraten und Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Gewiß, es gibt solche sehr wohl. Sie haben wohl noch nie von einem Unternehmer oder von einer Aktiengesellschaft gehört, die mit erheblichen Verlusten gearbeitet haben? Ich leider oft genug. — Meine Damen und Herren! Das notwendige Ende eines dauernden Auseinanderklaffens von Arbeitsleistung und Arbeitsentgelt ist die Stillegung der Betriebe. Die Betriebe können über eine gewisse Verlustgrenze hinaus nicht weiter geführt werden. Das gilt nicht nur für die Betriebe, die in den Händen von Privatunternehmern sind, sondern auch für kommunale Betriebe, wie die kommunalen Straßenbahnen. In wie vielen Städten haben heute schon die Straßenbahnen stillgelegt werden müssen, weil sie nicht das einbringen, was die Lohnbezahlung und die Materialbeschaffung erfordert! Da sehen Sie die Wirkung bei den kommunalisierten Betrieben, wo das Privatkapital überhaupt keine Rolle spielt. Der Privatunternehmer kann natürlich ebensowenig, wie die Kommune unbeschränkt Mittel zur Verfügung stellen. Wenn es nicht gelingt, Arbeitsleistung und Arbeitsentgelt wieder in Einklang zu bringen, wird deshalb in Deutschland ein Betrieb nach dem anderen eingehen. Wir stehen heute schon vor dem unsinnigen Zustand, daß gleichzeitig die Arbeitslosigkeit zunimmt und der Bevölkerung die nötigen Erzeugnisse fehlen. Solche Zustände zu verhüten, haben Sie dasselbe Interesse wie wir. (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Nun nehmen Sie den Staat. Der Staat gilt als allmächtig. Ihm kann man alles zumuten. Wir sprachen vorhin von dem größten Staatsbetrieb, von den Reichseisenbahnen. Die Reichseisenbahnen haben ein Defizit von 20 Milliarden. Das Reich — so denkt man — kann es tragen. Es hat das Hilfsmittel, das Private und Kommune nicht haben: es druckt Papiergeld. Aber, meine Damen und Herren, dieses Drucken von Papiergeld, um die

Kluft zu überbrücken, ist das schlimmste Mittel, das überhaupt angewendet werden kann. Denn dieses Mittel faßt das Uebel nicht an der Wurzel, sondern es verschlimmert das Uebel. Je mehr Papiergeld ausgegeben wird, desto mehr entwertet sich das Geld, desto höher werden die Preise, desto höher müssen die Löhne werden. Das ist die Schraube ohne Ende. So geht es nicht! Vor allen Dingen heißt es — nehmen Sie es mir es nicht übel —, (Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten: Arbeiten!) unserer deutschen Bevölkerung die Kenntnis unserer furchtbaren Lage beizubringen, ihr Verständnis für das Notwendige zu wecken. (Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten: Das wissen die Arbeiter schon!)

Das ist bisher nicht genügend geschehen. Vor allem nicht von Ihnen! Im Gegenteil, den Arbeitern ist zu oft vorerzählt worden, daß, wenn Sie (nach links) erst am Ruder sind, alle weniger arbeiten brauchen und besser leben können. (Zustimmung bei den Deutschnationalen.)

Das sitzt den Leuten heute in den Köpfen! (Stürmische Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten: Im Wahlkampf hieß es: Willst Du Brot, so wähle Helfferich! — Wer hat das gesagt: Wenn der Sozialismus ans Ruder kommt, muß weniger gearbeitet werden? — Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Dietrich (Prenzlau): Herr Abgeordneter Dr. Rosenfeld, Sie haben nicht das Wort!

Dr. Helfferich: — Das sagt Bebel in seinem Buche über die Frau; ich habe meine Bibliothek nicht in der Tasche, ich kann es Ihnen daher nicht vorlesen. (Zuruf bei den Sozialdemokraten.)

Ja, wenn Sie nicht einmal Bebel gelesen haben, dann weiß ich nicht, wie Sie zu den Sozialdemokraten kommen.

Meine Damen und Herren! Ich wiederhole: die Erkenntnis der wirklichen Lage muß in unser Volk hineinkommen. Dann werden wir auch dahinkommen, daß nicht starre Dogmen aufgestellt werden, an denen Deutschland zugrunde geht. Hören Sie, was neulich der Staatssekretär im Verkehrsministerium, Herr Stieler, gesagt hat. Er hat erklärt, daß der Achtstundentag, wie er jetzt eingeführt worden ist, für die Reichseisenbahn einfach undurchführbar ist. (Lebhafte Zustimmung bei den Deutschnationalen. —

Lachen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und Zuruf: Die Volkskraft ganz ausschöpfen!)

So kommen wir nicht weiter, unter keinen Umständen! (Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Sagen Sie das einmal in Ihren Wahlversammlungen!)

Das, was ich hier sage, habe ich auch in den Volksversammlungen gesagt, bei denen Unabhängige, also Ihre Parteigenossen, vertreten waren! (Lachen und Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Was wir weiter brauchen, das ist die möglichste Entwicklung der Technik und der Organisation, und dazu brauchen wir vor allen Dingen den geistigen Arbeiter und auch den Unternehmer, (sehr richtig! bei den Deutschnationalen; aha! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten) die allein die Handarbeit wieder ergiebiger gestalten können. Wenn der geistige Arbeiter, wenn der Unternehmer unter den Schlitten kommt, dann ist die Verbesserung der Technik und Organisation nicht möglich, die Deutschland braucht, um wieder hochzukommen.

Schließlich brauchen wir noch ein anderes. Dazu sind wir, Gott sei Dank, nach den Erklärungen des Herrn Ernährungsministers auf dem Wege. Die Arbeit muß befreit werden von den Fesseln der Zwangswirtschaft, die man ihr auferlegt hat. Die Arbeit braucht diejenige Freiheit, die notwendig ist, um dem großen Motor des wirtschaftlichen Organismus den notwendigen Impuls zu geben. Ich bin nicht der Ansicht, daß damit alle sozialen Rücksichten über Bord geworfen werden dürfen. (Lachen und Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten: Aber die meisten!)

Im Gegenteil, ich stehe auf dem Standpunkt und habe immer auf dem Standpunkt gestanden, daß die Sozialpolitik weitergeführt und ausgebaut werden muß. (Zuruf bei den Unabhängigen Sozialdemokraten: Aber sie darf nichts kosten!)

Es darf dasjenige kosten, was die Gesamtheit tragen kann. (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Meine Damen und Herren! Weil auch die Befreiung der Arbeit mit zu den Notwendigkeiten der Wiederaufrichtung unseres Wirtschaftslebens gehört, (Lachen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten) deswegen begrüße ich die Erklärungen, die der Herr

Ernährungsminister über die Zwangswirtschaft abgegeben hat. (Sehr gut! bei den Deutschnationalen.)

Ich freue mich, daraus zu entnehmen, daß, wenn er vielleicht auch unserem Antrage, die Zwangswirtschaft bis auf Brotgetreide und Milch aufzuheben, jetzt noch nicht im vollen Umfange stattgibt, er doch auf dem Wege zu diesem Ziele ist und ich hoffe, daß dieses Ziel bald erreicht werden kann. (Bravo! bei den Deutschnationalen.)

Aber ich möchte darum bitten, daß auf den Gebieten, auf denen die Zwangswirtschaft aufrechterhalten bleibt, auf denen die staatliche Bevormundung noch weiter in Kraft bleibt, die staatliche Bevormundung wenigstens vernünftig gehandhabt wird. (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Was wir vorhin gehört haben, die Antwort auf die Anfrage Nr. 1, spricht nicht für eine solche vernünftige Handhabung. (Sehr wahr! bei den Deutschnationalen.)

Die Antwort, die der Herr Regierungsvertreter gegeben hat, war ja sehr lang und sehr kompliziert, aber sie kam doch darauf hinaus und hat doch klipp und klar demjenigen, der zuhörte, bestätigt, daß in einer Zeit, in der das Syndikat der deutschen Tuchfabrikanten große Lieferungen anbietet, um Aufträge bittet, um Arbeit für seine Arbeiter bittet, ein Auftrag von 400 000 Metern nicht an das Syndikat der deutschen Tuchfabrikanten vergeben wird, die 170 Mark pro Meter verlangen, sondern daß dieser Auftrag in einer geradezu unbegreiflichen Weise zu einem Preise von 275 Mark, also zu 105 Mark mehr, nach England gegeben wird. Das sind 42 Millionen Mark Mehrkosten für das Reich, ganz abgesehen davon, daß unsere Fabriken feiern dürfen, während wir den Engländern Arbeit zuführen. (Lebhafte Rufe bei den Deutschnationalen: Hört! Hört!)

Das sind Dinge, die unter allen Umständen unmöglich sein müßten. (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen. — Zuruf von der Bayerischen Volkspartei: 10 Prozent machen 8 Millionen!)

Dann noch etwas anderes. Ich höre, daß, während die Teigwarenfabriken in Deutschland, die Tausende von deutschen Arbeitern beschäftigen, stilliegen und nicht die Erlaubnis bekommen, das Mehl einzuführen, das für die Fabrikation notwendig ist, jetzt im großem Umfange ausländische Teig-

waren eingeführt werden sollen. (Hört! Hört! bei den Deutschnationalen.)

Daß heißt auch, das Pferd am Schwanze aufzäumen. Wenn wir jetzt vor Arbeitslosigkeit stehen — und ich meine, darin können Sie (zu den Unabhängigen Sozialdemokraten) mir ausnahmsweise zustimmen —, so muß dafür gesorgt werden, daß Rohprodukte eingeführt werden, nicht Fabrikate; es muß dafür gesorgt werden, daß die deutschen Arbeiter Arbeit bekommen, nicht das Ausland. (Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Sobald Sie für die Sache eintreten, ist sie diskreditiert! — Unruhe.)

Ich fasse mich über das Wirtschaftliche dahin zusammen: das, was wir zunächst brauchen, um wieder hochzukommen, ist die Einsicht in unsere furchtbare Lage, die Einsicht in die Notwendigkeiten, die sich aus dieser furchtbaren Lage ergeben, auch bei den Arbeitermassen und gerade bei den Arbeitermassen, und auf dieser Grundlage die Steigerung der Arbeitswilligkeit. Das ist weiter die Nutzbarmachung jeder technischen Möglichkeit, die Ergiebigkeit der Arbeit zu steigern. Ferner die tunlichste Verbesserung unserer gesamten volkswirtschaftlichen Organisation im Sinne der Verringerung der Kosten der Gütererzeugung und -verteilung. Das ist schließlich die Freiheit der Betätigung und namentlich der Initiative des Unternehmungsgeistes, die allein den Motor unserer Wirtschaft wieder in normalen Gang setzen kann. (Lachen und Zuruf bei den Unabhängigen Sozialdemokraten: Dividende!)

Die Dividende ist mir gleichgültig. Die kommt noch lange nicht! Zuerst kommt die Erhaltung des deutschen Volkes, dann kommt noch lange nichts, und dann kommt die Dividende. (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen. — Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Wenn es keine Dividende gibt, dann liegen die Betriebe still! — Weiterer Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Sie wollen Ihre Dividenden!)

Was wissen Sie davon? — Ich bin aus dem Reichsdienst gegangen mit einem Vermögen, das fast ausschließlich aus deutscher Kriegsanleihe bestanden hat, und das geringer war als das Vermögen, mit dem ich in den Reichsdienst hineingegangen bin, Herr Dittmann! (Hört! Hört! bei den Deutschnationalen: — Zuruf von den Deutschnationalen: Was versteht Dittmann davon?)

Aber, meine Damen und Herren, so ernst unsere innere wirtschaftliche Lage ist, alles wird noch überschattet durch das, was uns jetzt in Spaa bevorsteht. Damit komme ich zu der Frage unserer

**auswärtigen Politik.**

Da schicke ich ein Wort voraus. Herr Müller hat bei der Behandlung unserer auswärtigen Politik das Wort ausgesprochen: wir sind Kosmopoliten. Ich möchte ein anderes Wort dem entgegenstellen, ich möchte sagen: Wir sind Deutsche, (lebhafter Beifall bei den Deutschnationalen) wir bleiben Deutsche. (Abg. Müller [Franken]: Das habe ich auch gesagt!)

Herr Müller hat weiter von Hoffnungen auf die Ententesozialisten gesprochen. Wenn sie uns helfen, sie sollen auch mir willkommen sein. (Andauernde Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Auf die französischen Sozialisten werden auch Sie keine allzu großen Hoffnungen setzen. (Erneute Zurufe und große Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Dietrich (Prenzlau): Meine Damen und Herren! Es ist letzthin von dieser Stelle aus gesagt worden, daß die parlamentarischen Verhandlungssitten einem Wandel unterworfen sind. Ich denke aber, diese Ausdehnung der Zwischenrufe, die sich zu ausgedehnten Sätzen verlängern, Ihre Unruhe und der Lärm im Hause ist so außerordentlich groß, daß gewisse Beschränkungen auch in dieser Entwicklung notwendig sind. (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Ich bitte sehr darum, daß die Ruhe mehr gewahrt wird, und daß Sie sich mit den Zwischenrufen Beschränkung auferlegen. (Unruhe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Dr. Helfferich: Meine Damen und Herren! Wenn ich von der auswärtigen Politik spreche, so kann ich nicht umhin, die Erklärung, die vorhin der Herr Reichsminister des Auswärtigen zu den verschiedenen Fragen abgegeben hat, in denen wir von den Polen in einer so unerhörten Weise gequält werden, zu begrüßen. Ich habe darin einen Ton gehört, den ich gern höre, einen Ton, der allein möglich ist auch für ein Volk, das so schwach ist wie heute das deutsche, den Ton der Würde. (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Ich unterstreiche dies gerade jetzt, wo der Herr Reichsminister des Auswärtigen sich anschickt, mit dem Herrn Reichskanzler und den anderen Herren nach Spaa zu reisen. (Zurufe von den Sozialdemokraten: Es wäre besser, wenn Sie nichts sagten!)

Ueberlassen Sie das, bitte, meinem Urteil. — Wir werden in Spaa vor die schwersten Probleme gestellt werden. Ich hoffe, daß das, was der Herr Reichskanzler angedeutet hat, daß das, was die Herren Redner der Koalitionsparteien ausgeführt haben, namentlich Herr Trimborn und Herr Stresemann, wahrgemacht wird, daß wir vor allen Dingen auch in der Frage der Wehrkraft uns nicht unter das Maß dessen herabdrücken lassen, was zu der Erhaltung von Ruhe und Ordnung, d. h. für die Erhaltung unseres staatlichen Lebens unbedingt notwendig ist. (Lebhafte Zustimmung bei den Deutschnationalen. — Unruhe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Was die wirtschaftlichen Fragen anbelangt, so glaube ich folgendes sagen zu können. Ich würde es an sich für erwünscht halten, wenn unsere nach dem Versailler Vertrage ungemessenen Leistungen eine Begrenzung finden können, wenn wir endlich einmal in die Lage kämen, für unsere Zukunft, soweit der Versailler Vertrag in finanzieller und wirtschaftlicher Beziehung in Betracht kommt, mit sicheren Zahlen zu rechnen; denn das Rechnen mit sicheren Zahlen ist die erste Voraussetzung für jede planmäßige Wirtschaft überhaupt. Solange die Zahlen und das Maß der Leistungen nicht festgesetzt sind, wird das deutsche Volk ja ewig unter dem Druck stehen, daß ihm alles, was es erarbeitet, wenn es einmal wieder in die Lage kommt, etwas über seinen unmittelbaren Verbrauch hinaus zu erarbeiten, zugunsten der Ententeländer weggenommen wird. Aber, meine Damen und Herren, dieses Drängen nach einer festen Zahl und einem festen Maß hat eine Grenze: es darf nicht wieder dahin kommen, daß Undurchführbares unterschrieben wird. (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Wir haben das bei dem Frieden von Versailles gesehen. Dort haben wir etwas unterschrieben, was nach unser aller Ueberzeugung undurchführbar ist. Damit haben wir das, was vorher reine Vergewaltigung war, zu einem mit unserer Unterschrift versehenen

Recht der Feinde gemacht. Das muß vermieden werden, das darf nicht zum zweiten Male vorkommen.

Nun kommt noch ein Drittes. Ich möchte den dringenden Wunsch aussprechen, allen Versuchen unserer Feinde, über den Rahmen des Vertrages von Versailles hinaus die deutschen Hoheitsrechte einzuschränken, Kontrollen aller Art, Finanzkontrollen, Wirtschaftskontrollen, einzuführen, sich irgendwelche neuen „Pfänder" und „Sicherheiten„ aushändigen zu lassen, die im Versailler Vertrage nicht vorgesehen sind, — sich allen solchen weiteren Einschränkungen unserer Hoheitsrechte mit Entschiedenheit zu widersetzen. Denn auch das ist eine Schraube ohne Ende. Wenn hier über das ohnehin so weit bemessene Maß des Versailler Vertrages hinausgegangen wird, gibt es keine Grenze und kein Halten mehr.

Nun komme ich auf die Frage der Verhandlungsmethoden. Ich habe vorhin schon das Wort „Würde" ausgesprochen. Es wird erlaubt sein für einen Deutschen, von Würde zu sprechen, wenn ein Engländer und ein so kompetenter Mann wie Herr Keynes, ein Mann, der die Verhandlungen mitgemacht hat, sich öffentlich darüber geäußert hat, wie Clemenceau über die Deutschen denkt, — ich will es lieber nicht zitieren — (Zuruf von den Sozialdemokraten: Ueber Sie!) — über die Leute, mit denen er zu verhandeln gehabt hat, und dazu gehöre ich nicht, — — (Abg. Ledebour: Wenn er Sie erst kennengelernt hätte! — Heiterkeit.)

Und weiter lesen Sie nach, was Herr Keynes sagt über die Antwort, die wir am 29. Mai vorigen Jahres auf die Friedensbedingungen der Entente gegeben haben! Er lobt sie und sagt, daß der Inhalt sachlich ausgezeichnet war. Aber er fügt hinzu, es habe einigermaßen der große Zug gefehlt, die hohe Würde und die tiefe Leidenschaft, die der Sachlage angemessen gewesen wären. (Hört! Hört! rechts.)

Ich glaube, ein solches Urteil eines Engländers wird man hier zitieren dürfen, und ich glaube, man wird noch ein anderes Urteil zitieren dürfen. Herr Keynes stellt fest, daß die Entente uns gegenüber durch die Abmachungen, die dem Waffenstillstand in unserm Notenwechsel mit dem Präsidenten Wilson vorhergingen, gebunden war, daß es sich hier um eine der heiligsten Abmachungen in der ganzen Weltgeschichte handelte,

daß Deutschland sich hilflos gemacht hatte im Vertrauen auf diese Abmachung und daß infolgedessen es eine Ehrenpflicht für die Entente gewesen wäre, auch dort, wo die Auslegung dieser Abmachung hätte zweifelhaft sein können, die Auslegung nicht zuungunsten Deutschlands zu treffen. Er stellt aber weiter fest, daß nicht nur das nicht eingetreten ist, sondern daß diese Abmachungen in den wichtigsten Punkten gebrochen worden sind. Er fügt hinzu: er spreche dieses Urteil aus, nachdem er den Sachverhalt, den er von Anfang bis zu Ende aufs genaueste kenne, eingehend geprüft habe. Ich glaube, es wird erlaubt sein, das Urteil eines Engländers, der so kompetent ist, im Deutschen Reichstage anzuführen. (Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Wie haben Sie sonst das englische Urteil verpönt!)

Nun, meine Damen und Herren, komme ich zu einem Punkt, der mich nicht erst seit gestern und heute, sondern seit längerer Zeit in dem Gefühl bestärkt hat, daß auch damals schon während der Verhandlungen von Versailles mit größerer Festigkeit vielleicht doch ein besseres Resultat zu erreichen gewesen wäre. (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Ich habe mich darüber geäußert zu Beginn des Wahlkampfes in einer Versammlung in Hannover. Ich habe dabei auf die Veröffentlichung von Keynes verwiesen. Keynes sagt an einer bestimmten Stelle, daß die Entscheidung, nicht mit uns zu diskutieren, eine „eleventh hour's decision" — eine Entscheidung der elften Stunde — gewesen sei. Ich habe ferner, bezugnehmend auf die Veröffentlichungen von Tardieu in der Pariser Zeitschrift „L'Illustration", festgestellt, wie in den wesentlichsten Punkten das ursprüngliche Programm der Alliierten Frankreichs aussah; ich habe die Bedingungen dieses ursprünglichen Programms verglichen mit dem, was unterzeichnet worden ist. Worauf ich in meinen hannoverschen Ausführungen insbesondere hingewiesen habe, das war, daß es in dem ursprünglichen Programm geheißen hat:

Keine französische Besetzung deutschen Gebietes von längerer Dauer als 18 Monaten, (hört! hört! rechts) keine Abtretung der Saargruben an Frankreich! (Hört! Hört! rechts.)

Und schließlich die Zusicherung, daß Deutschland auf alle Fälle

nach dreißig Jahren seiner finanziellen Verpflichtungen an die Entente ledig sein solle. (Hört! Hört! rechts.)

Meine Damen und Herren! Diese Feststellung hat der Reichsregierung zu einem allerdings etwas spät erfolgten Dementi Veranlassung gegeben. Die Aeußerung habe ich getan am 21. April in Hannover, und fast sechs Wochen später, am 30. Mai, kurz vor Abschluß des Wahlkampfes, hat das Wolffsche Bureau ein Dementi verbreitet, das sich auf diese meine Mitteilung der in Deutschland nicht bekanntgewordenen oder kaum bekanntgewordenen Ausführungen von Tardieu bezog. In diesem Dementi, das sich ausdrücklich als „amtlich" bezeichnet, heißt es:

> In seiner Rede in Hannover hat der frühere Staatsminister Helfferich und nach ihm zahlreiche Redner der Deutschnationalen Volkspartei, als letzter der frühere Staatsminister Dr. Hergt in München, die Behauptung aufgestellt, daß die Entente außer dem inzwischen unterschriebenen Friedensvertrag noch einen zweiten, weit milderen, in Vorbereitung gehabt hätte. Dieser letztere hätte unter anderem eine Besetzung im Westen nur auf 18 Monate (hört! hört! rechts) und keinerlei Besitzergreifung des Saargebiets vorgesehen. Helfferich hat als Quelle dieser Neuigkeit das Mitglied des Ministeriums Clemenceau Herrn Tardieu angegeben. Es wird hiermit festgestellt, daß keine Publikationen, weder von Herrn Tardieu noch einem anderen Mitglied eines Entente-Ministeriums, existieren, in denen das Märchen von einem solchen zweiten Friedensvertrag erzählt wird, daß also die ganze Geschichte in das Reich der Wahlfabeln gehört.

Meine Damen und Herren! Ich stelle fest: von einem „zweiten Friedensvertrag" habe ich in Hannover überhaupt mit keinem Worte gesprochen, (Zurufe von den Sozialdemokraten) sondern ausdrücklich von dem ursprünglichen Programm der Alliierten. (Wiederholte Zurufe bei den Sozialdemokraten.)

Das steht in dem stenographischen Bericht, der über Hannover publiziert worden ist und den ich auf den Tisch des Hauses niederlegen kann. (Zuruf aus dem Zentrum.)

Ich habe keine Zeitung gesehen, in der von einem „zweiten

Friedensvertrag" die Rede war; ich habe jedenfalls nie von einem zweiten Friedensvertrag gesprochen.

Nun ist aber gestern der Herr Abgeordnete Müller (Franken) auf diesen Punkt zu sprechen gekommen und hat erklärt, es habe sich nur um das ursprüngliche Friedensprogramm gehandelt; das sei aber längst abgetan gewesen, in ganz kurzer Zeit, ehe es überhaupt zur Möglichkeit von Verhandlungen gekommen wäre. Der frühere Gehilfe des Herrn Müller, Herr Ulrich Rauscher, dessen Beurlaubung vielleicht nicht allzu bedauernswert ist, (sehr richtig! bei den Deutschnationalen) Herr Ulrich Rauscher unterstützt heute Herrn Müller im „Vorwärts", indem er seine Weisheit zum besten gibt; er spricht auch jetzt wieder von dem „Märchen des zweiten Friedensvertrags", das auf mich zurückgehe, und sagt:

> Das Ungeheuerliche eines solchen Angriffs auf einem Gebiete, das für demagogische Verhetzungen keinen Raum bieten dürfte, ist von uns in zahlreichen Wahlversammlungen gebrandmarkt worden.

Ich möchte Herrn Ulrich Rauscher nicht brandmarken, ich sehe von seiner Person ab. (Zuruf rechts.)

Ich halte mich an Herrn Tardieu, und was Herrn Tardieu anlangt, so stelle ich zunächst fest, daß Herr Tardieu wie auf Bestellung — neulich in der französischen Kammer wörtlich das bestätigt hat, was ich am 21. April in Hannover vorgetragen habe. (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen. — Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

Ja, wenn Sie es wünschen, kann ich es auch verlesen. Ich werde Ihnen den Gefallen tun und werde die Erklärung des Herrn Tardieu vor der französischen Kammer hiermit dem stenographischen Bericht des Reichstags einverleiben.

Nach einem amtlichen Wolffschen Telegramm hat Herr Tardieu in der Kammersitzung vom 25. Juni erklärt, daß zu Beginn der Friedensverhandlungen im Januar 1919 als Friedensbedingungen für Deutschland hätten aufgestellt werden sollen:

> Sofortige Zulassung Deutschlands zum Völkerbund. Keine interalliierte Besetzung der Rheinlande, höchstens eine französische Besetzung für die Dauer von 18 Monaten. (Hört! Hört! bei den Deutschnationalen.)

Die Kohlengruben im Saargebiet sollten nicht in den Besitz Frankreichs übergehen. Auch die Bevölkerung im Saargebiet sollte keinem besonderen Regime unterworfen werden, (hört! hört! rechts.) Deutschland sollte nur 40 vom Hundert des Schadens an Menschen und Gütern zahlen. Nach 30 Jahren sollte es frei sein von allen Lasten. Außerdem sollte ihm die Berechtigung zugestanden werden, die Hälfte der Entschädigungssumme in Papier zu zahlen. (Hört! Hört! rechts.)
Oesterreich sollte darüber Beschluß fassen können, ob es sich mit Deutschland vereinigen wolle. — Das alles habe Herr Clemenceau verhindert. (Hört! Hört! rechts. — Zuruf aus dem Zentrum.)

Das alles habe Herr Clemenceau verhindert. — Auch das zitiere ich, um vollständig zu sein. (Zuruf von den Sozialdemokraten: Schwindel!)

Das Wort Schwindel ist ja offenbar parlamentsfähig geworden. (Lebhafte Zurufe von den Sozialdemokraten. — Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Dietrich (Prenzlau): Ich darf den Herrn Redner einen Augenblick in seinen Ausführungen unterbrechen. Ich bitte nochmals, die ausführlichen Zwischenreden von der Linken her zu unterlassen; das trägt zur Abkürzung der Rede nicht bei. Vielleicht ist es auch nicht immer nötig, daß der Herr Redner auf alle Zwischenrufe eingeht, die von dieser Seite (links) fallen.

Ich bitte ihn, nunmehr fortzufahren.

Dr. Helfferich: Ich komme nun auf die Bemerkung des Herrn Müller, daß dies nur ein Anfangsprogramm sei. Daß es, wie ich in Hannover behauptet habe, das ursprüngliche Programm der Alliierten Frankreichs gewesen ist, steht ja nun wohl außer Zweifel. (Lebhafter Widerspruch bei den Sozialdemokraten und Zurufe von den Sozialdemokraten: Unwahrheit!)

Nun komme ich auf die weiteren Ausführungen des Herrn Tardieu und damit auf die weitere Entwicklung der Dinge zurück. Tardieu stellt fest, daß die Alliierten Frankreichs gegen die Forderungen Clemenceaus Tag für Tag den stärksten Einspruch erhoben haben. Er stellt fest, daß, als am 14. März Herr Wilson in Paris eintraf, Herr Wilson sich auf den Boden der

Auffassung der Alliierten Frankreichs gestellt hat, gegen Frankreich Stellung genommen hat. (Hört! Hört! rechts.)

Das deckt sich auch mit der Schilderung von Keynes. Er stellt weiter fest, daß nur in zähester Arbeit es Clemenceau gelungen ist, Schritt für Schritt allmählich Terrain zu gewinnen. (Zuruf des Abgeordneten Dr. David.)

Warten Sie doch, Herr David. — Er stellt weiter fest, daß am 20. April — so spät erst — Clemenceau ein Zugeständnis von Herrn Wilson und darauf ein Zugeständnis von Lloyd George erreicht hat. Dieses Zugeständnis, auf das sich auch Herr Rauscher beruft, war, wie die Schilderung von Tardieu ergibt, kein definitives. Es war nur die Grundlage zur Ausarbeitung der Friedensbedingungen, die dann am 7. Mai überreicht worden sind. Dann vergingen Wochen, und am 29. Mai, als Herr Graf Brockdorff-Rantzau endlich die Antwortnote übergab — das Urteil von Keynes über die Antwortnote habe ich schon mitgeteilt, daß es der nötigen Würde und Festigkeit und tiefen Leidenschaftlichkeit entbehrt hätte, die man in einem solchen Fall erwarten mußte —, als diese Antwort überreicht wurde, so stellt Tardieu weiter fest, „da war bei den Alliierten überall die Nervosität groß, und überall fragte man sich: Wird Deutschland unterzeichnen oder nicht!" Tardieu setzt hinzu: „Für den Fall, daß es nicht unterzeichnete, war man nicht einig über die Mittel, es dazu zu zwingen." (Lebhafte Rufe rechts: Hört! Hört!)

Er sagt, daß die Alliierten die Frage fortgesetzt wieder aufs Tapet gebracht haben, und zwar nicht nur einmal oder zweimal, sondern zehnmal, — er sagt also weiter, daß Clemenceau in dieser Lage erklärt hat: „Il y a deux systemes: Les uns veulent faire des concessions. Nous pensons, nous, qu'il faut brusquer." — Also noch im Juni, nicht nur zu Anfang des Jahres 1919, verlangten Frankreichs Verbündete Konzessionen, während Clemenceau die Sache „brüskieren" wollte. Tardieu stellt fest, daß in dieser erneuten Diskussion zu Anfang Juni von seiten der Alliierten Frankreichs Zugeständnisse speziell hinsichtlich der Okkupation der Rheinlande, als die „erreur capitale" — der Grundirrtum der Friedensbedingungen bezeichnet wurde. Er stellt weiter fest, daß erst am 13. Juni es Clemenceau gelungen ist, die vorbehaltlose Zustimmung seiner Partner zu bekommen. (Zurufe: Also!)

Da haben Sie das genaue Datum, am 13. Juni, nach fünfmonatigen Verhandlungen zwischen den Alliierten, neun Tage vor unserem Entschluß zur bedingungslosen Unterzeichnung! — Und warum, meine Damen und Herren?

Wir haben alle erlebt, was damals in Deutschland vorging. Kann man verlangen, daß die Alliierten Frankreichs, unsere Gegner im blutigsten Kriege der Weltgeschichte, die deutschen Interessen besser vertreten, als es von deutscher Seite geschehen ist? (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Wenn aus Deutschland immer wieder nach Frankreich hinüberklang: Deutschland wird sich nicht ernstlich zur Wehr setzen; wenn das versucht werden sollte, wird man dafür sorgen, daß die Regierung verschwindet und daß eine andere kommt, die dann den Friedensvertrag unbedingt unterzeichnet, — kann man sich da wundern, wenn in jener letzten Stunde, in jener 11. Stunde, wie Keynes schreibt, die Alliierten Frankreichs ihren Widerstand aufgegeben haben? Ich berufe mich nicht gern auf das „Berliner Tageblatt" und nicht gern auf Herrn Theodor Wolff. Aber Herr Theodor Wolff, der auch die französischen und die internationalen Verhältnisse einigermaßen kennt, der ein Pazifist ist, dem gewiß niemand zuschreiben wird, daß er in Hurra-Patriotismus und „Kraftmeierei" macht, hat vor einigen Tagen über jene Zeit geschrieben — es handelt sich um die verhängnisvollen Tage im Juni —:

> Schwankende journalistische Gestalten, kokett auf der Suche nach einer „selbständigen Meinung", gehorchten gläubig diesen Winken. Aus den Kreisen der Unabhängigen kam eine große Gefolgschaft, Erzberger und seine Leute gaben zu verstehen, daß unterzeichnet werden würde und daß am Endresultat gar nicht zu zweifeln sei. (Hört! Hört! rechts.)
> Sie alle zusammen zerbrachen die Einigkeit, die es uns möglich gemacht hätte, ganz andere, bessere Friedensbedingungen (hört! hört! rechts.)
> zu erlangen, und die tausend Delegierten und Agenten konnten nach Paris berichten, die Gefahr, daß Deutschland Unmäßiges zurückweisen würde, bestehe nicht mehr.

(Lebhafte Rufe rechts: Hört! Hört! — Zurufe von den Unab-

hängigen Sozialdemokraten: Wie wollten Sie es denn zurückweisen? Wollten Sie einen neuen Krieg?)

Ich glaube, es wäre nicht zu einem neuen Kriege gekommen. Aber das, was ich unter keinen Umständen wollte, was auch andere nicht wollten, ist die allmähliche Verelendung des deutschen Volkes durch den Vertrag von Versailles und durch das, was jetzt vielleicht noch Schlimmeres darauf folgt. (Zurufe links.)

Erstens habe ich Ihnen (nach links) keine Rechenschaft zu geben, und zweitens erkläre ich — nicht Ihnen, sondern dem Hause —, daß ich der Ansicht bin, gestützt auf die Bekundungen von Keynes und Tardieu, daß, wenn die deutsche Regierung damals die notwendige Festigkeit gezeigt hätte, wenn das deutsche Volk sich geschlossen hinter die deutsche Regierung gestellt hätte, wir einen besseren Frieden bekommen hätten als den Frieden von Versailles. (Lebhafter Widerspruch links. — Gegenrufe und lebhafte Bravorufe rechts. — Abgeordneter Ledebour: Wir waren doch wehrlos! — Große Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Dietrich (Prenzlau): Herr Abgeordneter Ledebour, Sie haben nicht das Wort!

Dr. Helfferich: Meine Damen und Herren! Ich sage das alles nicht, um Streitigkeiten aufzuwühlen. (Große Heiterkeit links.)

Das liegt mir ganz fern. Aber das deutsche Volk hat einen Anspruch, in diesen Dingen klar zu sehen und daraus zu lernen für die Zukunft, schon für die allernächste Zukunft. — Auch die Regierung — — (Erneute stürmische Unterbrechungen. — Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Dietrich (Prenzlau): Ich richte noch einmal an das Haus die Bitte, die Würde des Hauses zu wahren, diesen Szenen ein Ende zu machen und den Herrn Redner ohne unnötige Ueberanstrengung zu Ende kommen zu lassen.

Dr. Helfferich: Ich komme bald zum Schluß. — Meine Damen und Herren! Ich mache diese historische Feststellung und überlasse es der neuen Regierung, welche Konsequenzen sie ziehen will. Ich glaubte aber, daß es zeitgemäß wäre, an diese Vorgänge zu erinnern. (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Weiter gehe ich nicht, als daß ich in Anknüpfung an die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Müller (Franken) von

gestern diese historische Feststellung aus Bekundungen unserer Feinde mache.

Wenn ich dies tue, wenn ich mich enthalte, in diesem Augenblick weiter irgendwie in die Verhandlungsfreiheit unserer Regierung für Spaa einzugreifen — im Gegensatz zu dem Herrn Abgeordneten Henke, wie ich hier unterstreichen möchte —, so steht das im Einklang mit der Gesamthaltung meiner Partei zu der Regierung. Meine Partei hat die schweren Mühen der Regierungsbildung — das werden Sie alle bestätigen müssen — in keiner Weise gestört. Wir werden auch der Regierung, wie sie jetzt zustande gekommen ist, das Leben und das Arbeiten nicht unmöglich machen. (Große Unruhe links. — Zuruf: Das zeigt Ihre heutige Rede!)

Eine Verantwortung für die Zusammensetzung und für die Taten dieser Regierung können wir natürlich nicht übernehmen. (Zuruf von den Deutschen Demokraten.)

Es wird nicht von uns verlangt, aber lassen Sie es mich hier zur genauen Abgrenzung unseres Standpunktes konstatieren. Wir erkennen an, daß die neue Regierung, wenn sie auch von unseren Wünschen noch erheblich entfernt ist, immerhin gegenüber der alten Koalitionsregierung einige wesentliche Verbesserungen aufweist. (Zuruf links: Welche denn?)

Zum Beispiel die allerdings noch viel zu geringe Zahl der Fachminister, die in die Regierung hineingekommen sind. — Wir sind aber nicht an dieser Regierung beteiligt. Wir haben auf ihr Verhalten von innen heraus keinen Einfluß. Ihren Erklärungen können wir, namentlich soweit sie sich auf den Wiederaufbau beziehen, größtenteils zustimmen, namentlich nach den Reden, die wir vorgestern aus dem Munde der Vertreter der beiden größeren unter den Regierungsparteien gehört haben. Aber, meine Damen und Herren, Worte sind Worte; auf die Taten kommt es an. (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Auf bloße Worte hin können und wollen wir nach den Erfahrungen der Vergangenheit kein Vertrauen aussprechen. Wir können an diese Worte nur die Erwartung knüpfen, daß die neue Regierung den rechten Kurs einhalten, (Lachen bei den Sozialdemokraten und Unabhängigen Sozialdemokraten) daß sie Recht und Ordnung, Leben und Eigentum schützen wird, daß sie die dringenden

Aufgaben des Wiederaufbaues unter Zurückstellung aller Parteipolitik mit Nachdruck in Angriff nehmen, daß sie schließlich auf den bevorstehenden Verhandlungen in Spaa, die von so ungeheurer Bedeutung für unser Schicksal werden können, die Würde und die Interessen des deutschen Volkes mit Festigkeit vertreten wird. (Bravo! bei den Deutschnationalen. — Erregte Zurufe von den Sozialdemokraten und Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Meine Damen und Herren! Es liegt Ihnen in der Frage des Verhaltens des hohen Hauses zur Regierung ein Antrag der Unabhängigen Sozialdemokratie vor, der Regierung das Vertrauen zu versagen, ihr ein Mißtrauensvotum zu geben. Wir werden gegen diesen Antrag stimmen. (Lachen und Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Gott sei Dank!)

Es liegt Ihnen weiter ein Antrag vor, gestellt von den Herren Trimborn, Dr. Stresemann, Schiffer und Leicht. Wir haben uns noch heute vormittag bereit erklärt, mit den Parteien, die diesen Antrag gemeinschaftlich unterzeichnet haben, darüber zu verhandeln, ob diese Erklärung in einer Weise modifiziert werden könne, die uns den unbedingten Beitritt ermögliche. Diese Verhandlungen haben nicht stattgefunden. Wenn keine Vereinbarung auf einer ganz breiten, gemeinschaftlichen Plattform zustande kommt, so sind wir auch in diesem Falle nicht diejenigen, an denen das scheitert. Wir haben nun, nachdem diese Verhandlungen nicht stattgefunden haben, einen eigenen Antrag eingebracht. Ich weiß nicht, ob er inzwischen schon verteilt ist. (Lebhafte Rufe: Ja!)

Dann brauche ich ihn nicht zu verlesen! Er deckt sich im wesentlichen mit dem, was ich soeben über unser Verhalten der neuen Regierung gegenüber mir auszuführen erlaubt habe.

Nun ein kurzes Wort zum Schluß, meine Damen und Herren! Die furchtbar schwere Lage, vor der wir stehen, muß das deutsche Volk in möglichster Geschlossenheit finden. (Stürmische Zustimmung rechts. — Erregte Zurufe von den Sozialdemokraten und Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Darauf haben wir hingearbeitet; an uns hat es nicht gefehlt und soll es auch in Zukunft nicht fehlen. (Erneuter Beifall rechts. — Lachen links.)

Wir stellen das Ganze über die Partei, wir dienen einzig und allein dem Vaterlande. (Erneutes Lachen links und Zurufe: Niemals!)

Wer dem Vaterlande mit ganzem Herzen und mit heißer Liebe dient, der wird uns, einerlei wie er sich parteimäßig nennen mag, an seiner Seite finden. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen bei den Deutschnationalen. — Zischen bei den Sozialdemokraten und den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Pfui-Rufe auf der äußersten Linken. — Wiederholter stürmischer Beifall und Händeklatschen rechts. — Erneutes Zischen und vereinzelte Pfui-Rufe auf der äußersten Linken.)

Vizepräsident Dietrich (Prenzlau): Während der Rede des Herrn Abgeordneten Dr. Helfferich sind mehrfach beleidigende und die Würde des Hauses beeinträchtigende Zurufe gefallen. Es hat sich nicht feststellen lassen, wer der Autor des Ausspruches war, daß der Redner ins Zuchthaus gehöre. (Erregte Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Es ist die Vermutung ausgesprochen worden, daß der Herr Abgeordnete Henke diesen Ausspruch getan hat. (Abgeordneter Henke: Darauf pfeife ich! — Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Wir alle!)

Dann rufe ich Sie zur Ordnung.

Nach dem Wortlaut des Stenogramms hat der Herr Abgeordnete Ledebour in bezug auf den Redner das Wort „Hauptschieber" gebraucht. Ich rufe ihn dieserhalb zur Ordnung.

II.

# Rede vom 4. November 1920.

**Abrechnung mit der Linken. — Entwaffnung und Zerstörung der Dieselmotoren. — Reichshaushalt 1920. — Staatsbankrott und Volksbankrott. — Friedensvertrag und Steuerkraft. — Rezepte aus der russischen Apotheke. — Klassenkampf und Sozialisierung der Gesinnung.**

## Vorbemerkung.

Auf der Tagesordnung stand die Fortsetzung der am 27. Oktober durch eine Rede des Reichskanzlers Fehrenbach und des Reichsfinanzministers Dr. Wirth eingeleitete erste Beratung des Reichshaushaltsplanes für 1920, die im weiteren Verlauf mit der Besprechung von Interpellationen über die Entwaffnung der Bevölkerung und über die von der Entente angeordnete Vernichtung von Dieselmotoren verbunden worden war.

Auf der Konferenz von Spaa im Juli 1920 hatte die deutsche Regierung in der Entwaffnungsfrage und Kohlenfrage unter dem Druck der Drohung des Einmarsches alliierter Truppen in das Ruhrgebiet die weitestgehenden Zugeständnisse gemacht. Man hatte gehofft, durch diese Zugeständnisse eine günstige „Atmosphäre" für die Regelung der gleichfalls auf der Tagesordnung stehenden „Reparationsfrage" zu schaffen. Aber die Konferenz von Spaa ging auseinander, ohne sich mit der „Reparationsfrage" überhaupt zu befassen. Die für die Beratung dieser Frage in Aussicht genommene besondere Konferenz, die in Genf stattfinden sollte, wurde von Monat zu Monat verschoben. Erst im Herbst kam es zu einer vom Völkerbund einberufenen Finanzkonferenz in Brüssel, die jedoch das eigentliche Reparationsthema nicht erörtern durfte. So blieb die für die Reichsfinanzen wichtigste Frage in einem unerträglichen Schwebezustand, den der Reichsminister des Auswärtigen Dr. Simons am 29. Oktober im Reichstag zutreffend mit den Worten charakterisierte:

> „Bis wir dahin (zu einer Verständigung in der Reparationsfrage) kommen, ist jedes Budget, das in Deutschland aufgestellt wird, unmöglich."

Für die Deutschnationale Fraktion sprach in der Debatte als erster Redner der Abgeordnete Graf Westarp (am 26. Oktober). Auf die Gegenausführungen des Reichsministers des Auswärtigen und einer Anzahl von Rednern aus dem Hause antwortete am 4. November der Abgeordnete Dr. Helfferich.

* * *

Präsident: Das Wort in der wieder eröffneten Beratung hat der Herr Abgeordnete Dr. Helfferich.

Abgeordneter Dr. Helfferich:

Meine Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Dr. Schiffer hat neulich mit Recht darauf hingewiesen, daß es auch für das Parlament eine Sparsamkeit gibt, eine Sparsamkeit, die allerdings ebensowenig beliebt ist wie die Sparsamkeit im allgemeinen. Er hat empfohlen die Sparsamkeit in Worten. Wer wie ich die Ehre gehabt hat, einmal einer deutschen Regierung anzugehören, der kann diesen Wunsch nur begrüßen; denn er weiß, wie außerordentlich schwierig, ja wie geradezu unmöglich es für die Herren von der Regierung ist, tagelang hier im hohen Hause anwesend sein zu müssen, sehr oft, ohne daß Dinge, die sie eigentlich berühren, überhaupt zur Sprache kommen. Ich werde mich deshalb bemühen, meinerseits dem Rate des Herrn Abgeordneten Dr. Schiffer nach Möglichkeit zu folgen. Ich werde deshalb nicht eingehen auf die an sich ja sehr interessanten und wichtigen Ausführungen, die der Herr Abgeordnete Schiffer über die Justizreform gemacht hat, sondern ich werde es einem meiner Freunde überlassen, bei Gelegenheit des Reichsjustizetats über diesen wichtigen Punkt zu sprechen.

Dagegen bedaure ich, daß mich einige Ausführungen — um nicht zu sagen: Ausfälle — der Herren, die vor mir gesprochen haben, zu einigen

**abwehrenden und richtigstellenden Bemerkungen**

zwingen, ehe ich auf den eigentlichen Gegenstand der Tagesordnung, auf den Etat selbst eingehen kann. Der Herr Abgeordnete Dr. Schiffer hat einen Teil der Ausführungen meines Parteifreundes, des Grafen Westarp, sehr scharf kritisiert, er hat geglaubt, sie dahin kennzeichnen zu sollen: er sehe in diesen Aus-

führungen wohl die Kritik, aber nicht das Verantwortungsgefühl, das mit der Kritik verbunden sein müsse. Wir haben auch aus den Ausführungen des Herrn Reichsministers des Auswärtigen eine ähnliche Note herausgehört. Ich weise eine solche Zensur zurück. (Beifall bei den Deutschnationalen.)

Die Zensur ist durchaus unberechtigt. Der Herr Abgeordnete Schiffer hat an die Ausführungen des Herrn Grafen v. Westarp über Oberschlesien angeknüpft. Er hat geglaubt, es so darstellen zu können, als ob der Mangel an Verantwortungsgefühl bei uns darin zutage trete, daß wir auf diese Dinge, wie sie dort nun einmal stehen, mit aller Deutlichkeit hingewiesen haben. Er hat geglaubt, sagen zu können, daß diese Ausführungen geeignet seien, die im Reich selbst lebenden Oberschlesier abzuhalten, zur Abstimmung nach Oberschlesien zu gehen. Ich weiß wirklich nicht, wo die Abschreckung eigentlich liegt, ob bei denjenigen, die die Zustände haben entstehen lassen, ohne das nach unserer Ansicht Notwendige und Mögliche dagegen zu tun, oder ob der Mangel an Verantwortlichkeitsgefühl bei denjenigen liegt, die auf diese Zustände hingewiesen und noch rechtzeitig Abhilfe verlangt haben. (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Auch was die uns in Aussicht gestellte Autonomievorlage anlangt, so entspringt unsere Kritik gerade unserem Verantwortlichkeitsgefühl für Preußen und für das Deutsche Reich. Aus weiten Kreisen, von zahlreichen Freunden, die unmittelbar an den oberschlesischen Dingen interessiert sind, die mitten darin stehen, haben wir die Mitteilung bekommen, daß gerade die Ankündigung der Autonomievorlage auf das tiefste entmutigt habe, daß man darin ein Signal sieht, daß man bereit sei, Oberschlesien aufzugeben, daß man gewissermaßen die Fahne niederhole, daß infolgedessen Zahlreiche die Folgerung ziehen, nun lohne es sich garnicht mehr, noch nach Oberschlesien zu gehen, um dort abzustimmen. Gerade deshalb haben wir hier auf diese Dinge hingewiesen, und, Sie können überzeugt sein, wir werden alles tun, was in unseren Kräften steht, um unsere Freunde bis auf den letzten Mann auf die Schanzen zu bringen. (Bravo! bei den Deutschnationalen. — Abgeordneter Ledebour: Wo? In Oberschlesien oder hier? — Heiterkeit links.)

In Oberschlesien, an Ort und Stelle. Unsere Freunde sind

dort, wo gekämpft wird, Herr Ledebour. (Heiterkeit links. — Abgeordneter Ledebour: Sie sagten eben, es lohnte sich nicht mehr!)

Sie haben mich, wie gewöhnlich, falsch verstanden.

Ich wende mich nun an den Herrn Reichsminister Dr. Simons. Herr Dr. Simons hat, wenn ich ihn richtig verstanden habe, aus den Reden, die auf unserem Parteitag in Hannover gehalten worden sind, den Vorwurf hergeleitet, daß dort so etwas wie nationalistische Hetze getrieben worden sei. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Hier wird „sehr richtig!" gerufen; ich kann nur sagen: sehr unrichtig! Die Herren waren nicht dort, sie haben die Ausführungen nicht gehört und vielleicht auch zum Teil nicht gelesen, (Zuruf links) — vielleicht nicht richtig gelesen. Meine Freunde, Graf v. Westarp und v. Graefe, haben bereits selbst, soweit sie persönlich berührt sind, in persönlichen Bemerkungen den Vorwurf des Reichsministers des Auswärtigen zurückgewiesen. Ich habe hier aber einen neuen Beleg dafür, daß es besser wäre, solche Vorwürfe gegen uns nicht zu erheben. Wenn ich richtig verstanden habe, hat der Herr Reichsminister des Auswärtigen das, was er nationalistische Hetze nennt, und die Folgen, die er ihr zuschreibt, mit dem sogenannten Hamburger Fall begründet, der uns bis dahin gänzlich unbekannt war und den er auf unser Schuldkonto buchen möchte. Meine Damen und Herren! Den Hamburger Fall brauche ich von unseren Rockschößen nicht erst abzuschütteln; das haben bereits andere getan, die uns im übrigen garnicht besonders nahestehen. Ich verweise auf die „Vossische Zeitung". Die „Vossische Zeitung" — ein gewiß unverdächtiger Zeuge — hat sich aus Hamburg nach der Rede des Reichsministers des Auswärtigen telegraphieren lassen, daß der Hamburger Fall sich nicht als ein politischer Zwischenfall, sondern als ein Wirtshausrenkontre charakterisiere; daß die beteiligten Franzosen auf der Polizeiwache selbst darum gebeten hätten, von diesem Falle der Presse keine Mitteilung zu machen. (Lebhafte Rufe bei den Deutschnationalen: Hört! Hört!)

So liegen die Dinge. Der Fall ist nur dadurch, daß ihn der Herr Reichsminister hier zur Sprache gebracht hat, wenn Sie wollen, zu einem politischen Fall geworden. Ich kann aber den Beruf des Herrn Ministers des Auswärtigen nicht darin erblicken,

politische Zwischenfälle zu schaffen; davon haben wir genug und übergenug. (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Ich glaube, Aufgabe des Reichsministers des Auswärtigen ist es — das wird er selbst anerkennen —, politische Zwischenfälle, wenn sie unliebsamerweise auftreten, zu erledigen und zu beseitigen mit möglichst wenig Geräusch. (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Ich will mich mit dem Herrn Reichsminister des Auswärtigen heute nicht eingehender über die am Schlusse seiner Rede proklamierte Auffassung auseinandersetzen, die ungefähr darauf hinausging, der deutsche Gedanke könne nur dann seine Berechtigung beweisen, wenn er nicht nur auf das Deutsche Reich sich beschränke, sondern auch den anderen Völkern etwas bringe. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Auch wenn Sie „sehr richtig!" rufen, denke ich, wir haben mit uns in Deutschland genug zu tun; (sehr richtig! rechts) wir haben zuviel mit uns zu tun, um andere beglücken zu können. Ich möchte dem Herrn Reichsminister Dr. Simons ein Goethesches Wort entgegenhalten:

Tu' nur das Rechte in deinen Sachen!
Das andre wird sich von selber machen,

(sehr gut! rechts) oder wenn den Herren ein englisches Wort lieber ist, dann halte ich es mit dem Engländer, der sagt: „Wrigth or wrong — my country." (Erneute lebhafte Zustimmung rechts. — Lebhafte Zurufe von den Sozialdemokraten.)

Der Herr Reichsminister des Auswärtigen hat in demselben Zusammenhang eine Wendung gebraucht, die ich gleichfalls bedauern muß, eine Wendung, die sich auf Polen bezog, auf dasjenige, was von den Polen an Unrecht und Gewalt uns gegenüber verübt wird. Er meinte, wir möchten den Polen gegenüber nicht Böses mit Bösem vergelten. Meine Parteifreunde sind die allerletzten, die dazu auffordern, daß etwa die deutsche Bevölkerung von sich aus zu Repressalien greift, daß sie in dem Sinne des Herrn Reichsministers Böses mit Bösem vergilt. Wir sind durchaus gegen solche Gewaltakte. Das einzige, was wir verlangen, ist, daß die dazu berufenen Organe, nämlich unsere

Regierung, die angemessenen Maßnahmen ergreift und, wenn es nötig ist, auch durchschlagende Repressalien anwendet.

In dieser Verbindung komme ich zurück auf eine Mitteilung, die mein Parteifreund Graf Westarp neulich schon hier gemacht hat, daß in Bromberg in der letzten Woche nicht weniger als 11 Deutsche, zum Teil Reichsdeutsche, verhaftet worden sind, weil sie an der Spitze von irgendwelchen deutschen Organisationen stehen. (Lebhafte Rufe: Hört! Hört! rechts.)

Ich möchte mir erlauben, an den Herrn Reichsminister des Auswärtigen die Frage zu richten, ob ihm von diesem Fall irgendetwas bekannt geworden ist — ich nehme an, das ist der Fall —, und was geschehen ist, um diese neuen, unerhörten Vergewaltigungen rückgängig zu machen und für Remedur zu sorgen.

Meine Damen und Herren! Eine scharfe Verwahrung muß ich einlegen gegen die Ausführungen des Herrn Müller (Franken). Der Herr Abgeordnete Müller hat sich — ich weiß nicht, aus welchem Grunde — veranlaßt gesehen, hier furchtbare Drohungen auszustoßen gegen Leute, die zum Kriege hetzen — mit dem Blick herüber zu uns. Wer hetzt denn bei uns zum Kriege? (Sehr gut! rechts. — Lachen und Zurufe von den Sozialdemokraten.)

Es gibt niemanden, der bei uns zum Kriege hetzt. Das hat Graf Westarp deutlich genug zum Ausdruck gebracht. (Lebhafte Zustimmung rechts.)

Der Herr Abgeordnete Müller hat hinzugefügt, die deutsche Arbeiterschaft werde jeden neuen Krieg verhindern und sabotieren. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Ich frage: was soll diese durch nichts provozierte Kundgebung? Will der Herr Abgeordnete Müller es in der Tat als unumstößlichen Grundsatz für Deutschland aufstellen, daß das deutsche Volk für alle Zeiten ohne einen Versuch einer Gegenwehr sich jede Gewalt gefallen lassen muß? (Sehr gut! rechts. — Aha! bei den Sozialdemokraten.)

Meine Damen und Herren! So schwach wir heute sind: ich warne vor solchen unverantwortlichen Reden. Eine solche Erklärung — ich kann sie nicht anders auffassen — wirkt nach außen wie eine neue Uebergabe auf Gnade und Ungnade, sie wirkt geradezu wie eine Einladung zu neuer Gewalt, sie ist ein Freibrief für

jeden Rechtsbruch. Ein Volk, das erklärt, daß es sich unter keinen Umständen, wie immer sie sein mögen, zur Wehr setzen will, ein solches Volk ist reif für die Sklaverei. (Lebhafte Zustimmung rechts.)

Leider muß ich mich mit dem Herrn Abgeordneten Müller (Franken) noch über einen anderen Punkt auseinandersetzen. (Zurufe von den Sozialdemokraten.)

Verzeihung, meine Herren, wenn wir etwas sagen, was Ihnen nicht gefällt, dann lassen Sie sich auch nicht den Mund verbieten! Gestatten Sie mir also die bescheidene Gegenwehr, die ich hier ausübe. — Der Herr Abgeordnete Müller (Franken) hat an seinem Fraktionsfreunde Scheidemann eine Ehrenrettung versucht. Er hat sich zugunsten des Herrn Abgeordneten Scheidemann darauf berufen, daß der Kaiser bekanntlich seine Beamten und Offiziere vom Treueid entbunden habe. Er wollte damit den Vorwurf entkräften, daß Herr Scheidemann als kaiserlicher Staatssekretär die Republik proklamiert habe. Er hat dabei einen Ausfall an unsere Adresse geknüpft, auf den ich nicht weiter eingehe — aus Gründen des guten Geschmacks.

Ich möchte aber folgendes feststellen. Der Herr Abgeordnete Müller (Franken) hat ganz recht. Der Kaiser hat seine Beamten und Offiziere des Treueides entbunden. Der Herr Abgeordnete Müller hat nur ein kleines, aber entscheidendes Detail vergessen. Der kaiserliche Staatssekretär Scheidemann hat die Republik am 9. November, nachmittags 2 Uhr, proklamiert, und die Entbindung der Beamten, Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften von ihrem Treueid ist erfolgt nach längeren Verhandlungen am 28. November. (Hört! Hört! und sehr gut! rechts. — Zuruf links: Wann ist der Kaiser geflohen?)

Warten Sie nur ab, es wird Ihnen nichts geschenkt! — Es bleibt also dabei, daß der Abgeordnete Scheidemann das Recht verwirkt hat, andere des Treubruches und Eidbruches zu bezichtigen. (Sehr richtig! rechts.)

Meine Damen und Herren! Nicht besser gegangen ist es dem Abgeordneten Müller (Franken) mit einer anderen Ehrenrettung, die er für Herrn Scheidemann versucht hat. Die empörende Aeußerung — ich kann kein anderes Wort gebrauchen — die empörende Aeußerung: Die Offiziere könnten froh sein, daß sie am 9. No-

vember — — (Zuruf links: Nicht die Offiziere!) — „Die Offiziere" hat er gesagt! (Lebhafter Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

Wer trägt denn Kokarden? Wer trägt denn Achselstücke? Das Zivil trägt keine Kokarden und — nur der Offizier trägt Achselstücke. Der Herr Abgeordnete Müller (Franken) hat nun den Versuch gemacht, diese Aeußerung damit zu beschönigen, daß er sagte, es sei doch eine historische Tatsache, daß in jenen Novembertagen die Monarchie, oder richtiger die Monarchien verschwunden seien, ohne daß die auf dem Boden der Monarchie stehenden Offiziere auch nur einen Versuch einer Gegenwehr gemacht hätten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Sie sagen: „sehr richtig!" — und diese Bemerkung gibt mir eben Veranlassung, über diese Dinge — sie greifen auch uns ans Herz — hier einige Worte zu sagen, einige Worte, die einmal gesagt werden müssen. Ich spreche es hier offen aus: Weite Kreise in unseren Reihen, weite Kreise überzeugter Monarchisten empfinden es schwer, daß in jenen Tagen Kaisertum und Königtum ohne den ernsthaften Versuch einer Gegenwehr von einer Revolution hinweggefegt worden sind, die niemand treffender charakterisiert hat als Ihr Parteifreund Noske. Wir denken an jenen Zusammenbruch mit ähnlichen Gefühlen, mit denen preußische und deutsche Patrioten vor hundert Jahren den inneren moralischen Zusammenbruch nach dem Tage von Jena betrachtet haben mögen. Aber, meine Damen und Herren, suchen Sie die Schuld nicht an der falschen Stelle, suchen Sie die Schuld nicht bei unserem Offizierkorps. Die Schuld liegt anderswo. (Zuruf links: Wo denn?)

Ich werde nie vergessen, wie am Freitag, dem 8. November 1918, am Tage vor der Revolution, Tausende von Offizieren, darunter solche mit zerschossenem Arm und zerschossenem Bein, sich auf der Kommandantur gemeldet und zur Verfügung gestellt haben, um den Thron zu verteidigen. (Hört! Hört! rechts.)

Die Offiziere sind nach Hause geschickt worden. Es wurde die Parole ausgegeben: „Gebraucht werden 100 k.v.-Offiziere für Berlin, 50 für Potsdam; die anderen Herren können nach Hause gehen." Es ist keinen Bemühungen gelungen, die leitenden Stellen von dem Ernst der Lage zu überzeugen, die leitenden Stellen zu veranlassen, daß sie von dem freiwilligen Angebot dieser Tausende

von Offizieren einen Gebrauch gemacht hätten. (Hört! Hört! rechts — Zuruf bei den Sozialdemokraten: Was wäre geändert worden?)

Am nächsten Morgen, am 9. November, war der erste Akt der Regierung das Schießverbot, und der zweite Akt war die falsche Kundmachung von der angeblich erfolgten Abdankung des Kaisers. Meine Damen und Herren! Ich habe es selbst mit angesehen, wie die Gardeschützen mit Tränen der Wut in den Augen, nachdem ihnen das Schießverbot mitgeteilt war, ihre Maschinengewehre und ihre Karabiner in den Landwehrkanal geworfen haben. Schießverbot und Kaiserabdankung — — (Zuruf von den Sozialdemokraten: Linsingen!)

Nein, Linsingen hat das Schießverbot nicht erlassen! (Zuruf von den Sozialdemokraten: Wer denn?)

Soweit ich orientiert bin, hat das Kabinett das Schießverbot beschlossen. — Schießverbot und Kaiserabdankung, ausgehend von einer Regierung, in deren Händen die Verteidigung der Staatsordnung und damit der Monarchie lag, das ist das Charakteristikum des Revolutionstages. Die Revolution saß in der Regierung selbst. (Sehr richtig! rechts. — Zurufe von den Sozialdemokraten.)

Das macht manches erklärlich und läßt manches verzeihen. Unsere Offiziere waren in alter Tradition zu sehr an Disziplin gewöhnt, um den Widerstand auf eigene Faust und gegen die erteilten Befehle zu organisieren. (Sehr richtig! rechts.)

So hatte die Revolution leichtes Spiel. Die Revolutionäre wußten, daß sie nichts riskierten. Die Revolution, die wir erlebt haben, ist in der Weltgeschichte die erste Revolution mit Lebensversicherung für die Herren Revolutionäre. (Sehr gut! rechts. — Lachen und Zurufe von den Sozialdemokraten: Da können Sie ja froh sein!)

Ob froh oder nicht froh, darum handelt es sich nicht. Ich bin sehr traurig über diese Vorgänge, Herr Bernstein. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Wo waren denn Sie?)

Ich habe meine Uniform angezogen und mich auf der Kommandantur gemeldet; ich habe gebeten, mich in Reih und Glied einzustellen. —

Herr Abgeordneter Müller (Franken) hat dann versucht, einen Gegenstoß zu führen in Form einer Invektive gegen den

Kaiser. Respekt vor dem Mut gegenüber Wehrlosen und Unglücklichen habe ich nie besessen. (Sehr gut! rechts.)

Die Meinungen darüber, ob es richtig war, daß der Kaiser nach Holland gegangen ist, sind auch in unseren Kreisen geteilt. Ueber den Hergang selbst und über die Motive für den Entschluß des Kaisers, nach Holland zu gehen, könnte jeder, der aufgeklärt sein will, sich aufklären; denn es existiert darüber ein umfangreiches, bis in alle Einzelheiten gehendes Protokoll, das von den Beteiligten aufgesetzt und unterschrieben worden ist. Daraus ergibt sich, daß der Kaiser dem Rat, dem dringenden Rat seiner Umgebung, nach Holland zu gehen, nur gefolgt ist, um dem schwer geprüften deutschen Volk den Bürgerkrieg zu ersparen. (Sehr richtig! rechts.)

Der Herr Abgeordnete Müller (Franken) hat allerdings gesagt, der Kaiser hätte sich an die Spitze seiner Garde stellen und den Tod suchen sollen. (Abgeordneter Müller (Franken): Ich habe nur gesagt: Ob Friedrich II. ebenso gehandelt hätte!)

Ihre Schwärmerei für den großen König ist mir neu; ich begegne ihr zum erstenmal. — Nachdem Sie sich aber, Herr Müller (Franken), zu solchem Heroismus entwickelt haben, darf ich Ihnen die entscheidende Stelle aus dem Protokoll verlesen:

> Da der Abschluß des Waffenstillstands unmittelbar bevorstand, und die zu diesem Zweck entsandte deutsche Kommission bereits am 7. November die französischen Linien überschritten hatte, so wäre auch für jeden Truppenteil, zu dem sich Seine Majestät am 9. November begeben hätte, nicht mehr der Kampf mit dem Feind, sondern nur der sofortige Rückmarsch in die Heimat in Frage gekommen. (Hört! Hört! rechts.)

Ich kann nicht verstehen, wie man, um den Kaiser zu beschimpfen, seine Motive in der Weise des Herrn Müller (Franken) darstellen kann. (Sehr richtig! rechts.)

Ich kann es gerade von dem Herrn Abgeordneten Müller (Franken) nicht verstehen; er hat doch die Möglichkeit, sich aus eigener Erfahrung in gewisse Situationen zu versetzen. Mit dem Worte „Deserteur" in Anwendung auf den Kaiser sollten Sie doch besonders vorsichtig sein. Ich billige Ihnen die besten Motive zu,

ja, ich billige Ihnen zu, daß Sie nur, um Ihre wertvolle Person dem Vaterlande zu erhalten, es vorgezogen haben, am 13. März*) Berlin aus einiger Entfernung sich anzusehen. Aber dann sprechen Sie bitte nicht mehr von „Deserteuren". (Große Heiterkeit und sehr gut! rechts. — Zuruf von den Sozialdemokraten.)

Meine Damen und Herren! Ich schließe damit diese Gegenbemerkungen, die ich hier nicht gern gemacht habe, und wende mich einem Gegenstande zu, der unmittelbar auf der Tagesordnung steht, nämlich zu der Interpellation über die

**Entwaffnung.**

Wir sind erfreut über die guten Resultate der freiwilligen Waffenabgabe. Ich stehe nicht an, zu erklären, daß die Zahlen, die veröffentlicht worden sind, unsere Erwartungen in mancher Beziehung übertroffen haben. Der Reichskommissar für Entwaffnung hat den zweiten Teil seiner Aktion, die zwangsweise Erfassung der noch vorhandenen Waffen, angekündigt. Wir verlangen und erwarten, daß bei dieser Aktion der Reichskommissar zunächst dort zugreift, wo sich noch Waffen in den Händen von Leuten befinden, die nach ihrem eigenen Bekenntnis — solche Bekenntnisse haben wir sogar von dieser Stelle gehört — einen neuen gewaltsamen Umsturz zum Zweck der Errichtung der sogenannten Diktatur des Proletariats erstreben. (Sehr wahr! bei den Deutschnationalen. — Lachen bei der U.S.P.)

Wir verlangen und erwarten weiter, daß nach den ganz klaren Vorschriften des Gesetzes mit der Entwaffnung gegen einzeln gelegene Gehöfte und Wohnstätten erst dann vorgegangen wird, wenn für einen ausreichenden Schutz dieser Gehöfte und Wohnstätten gesorgt ist. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten und der U.S.P.)

Ja, meine Damen und Herren, zwischen Ihnen und uns besteht eben der Unterschied, daß wir auf dem Boden des Gesetzes stehen und Sie nicht! (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten und bei der U.S.P.)

Meine Damen und Herren! Wenn Sie bestreiten wollen, daß auf Ihrer Seite die Gewalt gepredigt und auf Waffen hinge-

*) Am Tage des Kapp-Putsches hatte Herr Müller, damals Reichsminister des Auswärtigen, mit den meisten anderen Mitgliedern der Reichsregierung Berlin verlassen.

wiesen wird, so kann ich Ihnen ja doch dienen. Der Herr Abgeordnete Däumig, der doch auf Ihren Bänken sitzt, hat nach einem Bericht der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" vom 14. Oktober auf dem Parteitag der Unabhängigen in Halle folgendes ausgeführt:

> Noch jetzt schleppen Proletarier, auch Kommunisten, ihre Waffen zu den Ablieferungsstellen. Wir brauchen eine Partei, die ihre Leute so zusammenhält, daß keiner es wagt, solchen Verrat an dem Proletariat vorzunehmen. (Lebhafte Rufe rechts: Hört! Hört!)

In vielen Städten des Reiches ist an den Anschlagsäulen zu lesen:

> Proletarier! Der Büttel der Räuberentente, die deutsche konterrevolutionäre Regierung, will Euch entwaffnen. Proletarier! Gebt auf keinen Fall die Waffen heraus! Die Auslieferung der Waffen ist Euer Tod!
>
> Unterschrift: Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands. (Zuruf von den Sozialdemokraten: Orgesch! — Was macht denn die bayerische Einwohnerwehr in München?)

Die bayerische Einwohnerwehr in München? Ich weiß nicht, ob die bayerische Einwohnerwehr überhaupt Waffen führt. (Große Unruhe und erregte Zurufe von den Sozialdemokraten und der U.S.P.)

Ihr Parteifreund Lauffenberg — — (Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Ich bitte um Ruhe!

Dr. Helfferich: Ihr Parteifreund Lauffenberg hat in Frankfurt erklärt:

> Waffen sind genug vorhanden. Die Verteilung wird frühzeitig erfolgen, nachdem das Zeichen zum Losschlagen gegeben ist. Unabhängige, Kommunisten, Syndikalisten und alle anderen revolutionären Arbeiter müssen diesmal ganze Sache machen, um endlich die Vorherrschaft des Proletariats zu sichern. (Hört! Hört! bei den Deutschnationalen.)

Meine Damen und Herren! Es ist mir vorhin das Wort „Orgesch" zugerufen worden. Es war ja wohl die Absicht der

Interpellation der Herren Sozialdemokraten, den Orgeschrummel hier von neuem aufzuwühlen. (Zuruf von den Sozialdemokraten: Das ist das einzig richtige Wort dafür! — Heiterkeit.)

Die Situation ist inzwischen durch das Gutachten des preußischen Justizministers und durch den Erlaß des preußischen Ministers des Innern in ein neues Stadium getreten. Der preußische Justizminister hat auf Grund des ihm von dem Minister des Innern zur Verfügung gestellten Materials — und ich nehme doch an, daß der preußische Minister des Innern alles belastende Material, das er besaß, auch zur Verfügung gestellt hat — nach eingehender Prüfung der Sach- und Rechtslage sich dahin geäußert, daß das Verbot der Orgesch gegenüber dem Art. 124 des Reichsvereinsgesetzes nicht gerechtfertigt sei. Weder die §§ 127 und 128 des Strafgesetzbuches seien durch die Orgesch verletzt, noch finde das Verbot in der Verfügung über Organisationen und Vereinigungen oder in der Verfügung über die Entwaffnung der Einwohnerwehren irgendeine Stütze. (Zuruf von den Sozialdemokraten: Das ist ein schlechter Jurist!)

Ich erkenne ja ohne weiteres an, Herr Kollege Hildenbrand, daß Sie ein viel besserer preußischer Justizminister wären als der Zentrumsabgeordnete am Zehnhoff, der den Fehler hat, Jurist zu sein. (Heiterkeit.)

Sie haben vielleicht Chancen, nächstens preußischer Justizminister zu werden. — Das Votum des preußischen Justizministers, der doch Kollege der sozialdemokratischen Minister in Preußen ist, ist am 11. Oktober abgegeben worden. Der Minister des Innern hat es in seinen Geheimakten verschwinden lassen. Als es am 1. November in der Presse veröffentlicht wurde, antwortete der preußische Minister des Innern, Herr Severing, mit einem neuen Verbot der Orgesch und mit der Androhung sofortigen Einschreitens. Wir erheben gegen diesen rechtswidrigen Akt des preußischen Ministers des Innern den allerentschiedensten Widerspruch. (Lebhafte Zustimmung rechts.)

Wir richten an die Reichsregierung die dringende Aufforderung, der Reichsverfassung und dem Reichsvereinsgesetz gegenüber dem Gewaltakt des preußischen Ministers des Innern Achtung und Geltung zu verschaffen. Wir verlangen weiter, daß das Material, das gegen die Orgesch vorliegt, der Oeffentlichkeit

unterbreitet wird. Ich glaube (nach links) diesem Wunsche können Sie sich anschließen. (Lebhafte Zustimmung rechts.)

In diesen Dingen müssen wir alle klar sehen. Aber, meine Damen und Herren, wir werden auch unsererseits dafür sorgen, daß den Stellen, die in Betracht kommen, das Material vorgelegt wird, das besteht über die Bewaffnung auf der anderen Seite, über die Bildung der Roten Armee. (Zuruf bei der U.S.P.)

Die Spitzel überlassen wir Ihnen.

Meine Damen und Herren! Ich wende mich vor allem an die Regierung. Die Situation ist ganz außerordentlich ernst. (Sehr richtig! rechts.)

Ich warne davor, das, was ich hier sage, zu unterschätzen. Wir stehen vor der Gefahr eines neuen Aufruhrversuchs, wir stehen vor der Gefahr, daß revolutionäre Elemente in Deutschland den letzten Augenblick dazu benutzen wollen, um sich doch noch die Herrschaft zu verschaffen. Wir wissen, daß nach wie vor — — (Zuruf bei der U.S.P.: Kapp-Putsch Nr. 2!)

Einen Kapp-Putsch Nr. 2 brauchen Sie nicht zu fürchten!

Wir wissen, daß noch immerfort die Fäden nach Rußland hinüberlaufen. (Sehr richtig! rechts.)

Wenn jemand glaubt, daß es sich da um „Handelsbeziehungen" handle, dann ist das eine leere Täuschung. Handelsbeziehungen mit Sowjetrußland gibt es nicht; denn Sowjetrußland hat nichts zu handeln. Das ist nicht erst heute so. Das war schon vor zwei Jahren so. Davon habe ich mich im Sommer 1918 in Moskau in den allerersten Tagen überzeugen können. (Zuruf links: Sie sind ja ausgerissen!)

Ich verbitte mir derartige Bemerkungen. (Lachen links. Erneute Zurufe.)

Ich habe zunächst gegen den Auftrag, den ich von Berlin hatte, im Falle der persönlichen Gefahr die Botschaft zu verlegen, Einspruch erhoben. Ich habe zwei- oder dreimal an das Auswärtige Amt telegraphiert, daß ich allein aus Gründen persönlicher Sicherheit die Botschaft nicht verlegen würde. Ich bin aus Moskau abgereist auf die Weisung des Staatssekretärs v. Hintze, sofort nach Berlin zur persönlichen Berichterstattung zu kommen. Erst nachdem ich diesen mir sehr unangenehmen Befehl erhalten hatte, nachdem also meine persönliche Sicherheit ganz

aus dem Spiel war, habe ich die Botschaft nach Petersburg verlegt, nicht etwa nach Pleskau. Nach Pleskau, hinter die deutsche Linie, ist die Botschaft weiter verlegt worden auf direkten Befehl des Staatssekretärs v. Hintze, ehe ich in Berlin eingetroffen war. Das ist seinerzeit auf meine Veranlassung durch den Staatssekretär v. Hintze selbst amtlich festgestellt worden durch das Wolffsche Telegraphenbureau. Ich bezeichne jeden als Verleumder, der es wagt, wie es noch fortgesetzt geschieht, mir vorzuwerfen, ich sei aus Moskau ausgerissen. (Bravo! rechts.)

Meine Damen und Herren! Ich bin damals zurückgekommen und habe gewarnt. Ich habe den Herren gesagt: Paßt auf! Habt ein Auge auf Joffe! Ich habe darauf hingewiesen, daß es kommen müßte, wie es tatsächlich gekommen ist. Man hat auf meine Vorstellungen nicht gehört. Ich habe damals im Auswärtigen Amt erklärt: der einzige Exportartikel Rußlands ist die Revolution. (Zuruf links: Ist aber gut!)

Nach Ihrem Geschmack, Herr Koenen!

Ich wende mich nun zu dem Gegenstande der zweiten Interpellation, zu der Frage der

**Dieselmotoren.**

Ich kann mich hier mit wenigen Worten begnügen. Was der Herr Reichsminister des Auswärtigen, Herr Dr. Simons, hierüber ausgeführt hat, war ausgezeichnet und vollständig. Es bedarf gar keiner Ergänzung, höchstens einer Unterstreichung. Der Dieselmotor ist für Deutschland die Maschine des Wiederaufbaus. Wir erwarten, daß die Regierung unter allen Umständen sich den unsinnigen, mörderischen Anforderungen der Entente widersetzt. Und ich bin der Ueberzeugung, die Regierung wird darin Erfolg haben, wenn der Stärke der Argumentation des Herrn Reichsministers die Stärke des Willens der Reichsregierung entspricht.

Nun, meine Damen und Herren, bitte ich um Entschuldigung, daß ich bei Gelegenheit der ersten Lesung des Reichshaushalts von einem Gegenstande spreche, an dem die meisten der Herren Vorredner vorübergegangen sind, nämlich von dem

**Reichshaushalt**

selbst. Sie brauchen aber nicht zu fürchten, daß ich, um in der Sprache des Herrn Reichsfinanzministers zu reden, erneut das

„Zahlenheer des Etats an Ihnen vorüberrauschen lassen werde", wie das der Herr Reichsfinanzminister unter der gespanntesten Unaufmerksamkeit des hohen Hauses getan hat. (Sehr gut! rechts.)

Ich nehme wohl mit Recht an, daß Sie die beiden dicken Bände des Reichshaushalts mit derselben Aufmerksamkeit gelesen haben wie ich, (Heiterkeit) daß Ihnen die Zahlen ebenso gegenwärtig sind wie mir, und daß ich infolgedessen mich darauf beschränken kann, da und dort ein Licht — richtiger einen Schatten — aufzusetzen, ohne Sie mit langen Zahlen zu ermüden.

Der uns vorgelegte Entwurf enthält nun allerdings in einem Punkt eine grundstürzende Neuerung. Wenn Sie den Etat der einzelnen Aemter zur Hand nehmen, so finden Sie das unterste zu oberst gekehrt. Früher stand in einem solchen Etat an der ersten Stelle der Minister oder Staatssekretär oder, wenn es sich um die Reichskanzlei und den Reichskanzler handelte, der Reichskanzler. Wenn Sie jetzt den Etat aufschlagen, so fängt der Etat der einzelnen Behörden mit den Kanzleidienern an, heute „Ministerialamtsgehilfen" genannt, (Zurufe von den Sozialdemokraten) ganz unten am Schluß heißt es: „ein Minister" und beim Etat des Reichsministeriums „ein Reichskanzler". (Heiterkeit.)

Wenn ich darauf hier aufmerksam mache, so geschieht es nicht, weil ich irgend etwas an den Ministerialamtsgehilfen auszusetzen hätte. Ich habe an diese Beamten die allerbeste Erinnerung. Ich kenne manchen Ministerialamtsgehilfen, der mir lieber ist als mancher Reichskanzler. (Sehr gut! rechts und Heiterkeit.)

Ich erwähne es nur, weil mir der Etat mit dieser kleinen Aeußerlichkeit zu entsprechen scheint dem Geist der Autorität von unten, der da berufen zu sein scheint, den Geist des „veralteten Obrigkeitsstaates" zu ersetzen. (Sehr gut! rechts.)

Aber auch in einem anderen noch wichtigeren Punkte ist der neue Etat epochemachend: er überschreitet zum erstenmal in Ausgaben und Einnahmen, wenn man Pump und Notendruck Einnahmen nennen kann, die Summe von 100 Milliarden. (Zuruf von den Sozialdemokraten.)

Man sieht es ihm auf den ersten Blick nicht an, man muß schon etwas tiefer schürfen. Wenn Sie die Zusammenfassung auf S. 39 zur Hand nehmen, dann lesen Sie unten als Summe

des ordentlichen und außerordentlichen Etats den Betrag von 92 470 Millionen Mark. Aber das ist, wie ich annehme, nur der Ausfluß der übergroßen Bescheidenheit des Herrn Reichsfinanzministers. Ich nehme an, daß er den Rekord der 100 Milliarden seinem Nachfolger überlassen will.

Bei dieser Aufstellung fehlen unter den 92 Milliarden die 18 Milliarden Defizit der Betriebsverwaltungen. (Zuruf vom Regierungstisch: Der Etat der Betriebsverwaltungen kommt erst noch!)

Gewiß, der kommt erst! — Aber die Fehlbeträge gehören doch mit zum Reichshaushaltsetat. Wenn Sie auch mit dem Etat der Betriebsverwaltungen noch nicht fertig sind, so müssen wir die 18 Milliarden Defizit leider doch bezahlen. — Diese rechne ich also hinzu und komme dann auf 110 bis 111 Milliarden. Wenn ich davon die 9½ Milliarden abziehe, die aus den Steuereinnahmen an die Länder und Gemeinden vergütet werden, die für das Reich nur ein Durchgangsposten sind, dann bleibt die Summe von 101 Milliarden übrig. Die 100 Milliarden sind also in der Tat in diesem Etat überschritten.

Gedeckt erscheinen die Ausgaben des sogenannten ordentlichen Haushalts — man kann ja nur mit Schmerz das Wort „ordentlicher Haushalt" überhaupt noch von einem solchen Etat gebrauchen — durch angebliche Einnahmen in Höhe von 30½ Milliarden. Der Reichsfinanzminister hat neulich vorsichtigerweise hinzugefügt: „auf dem Papier". Er scheint also selbst starke Zweifel zu haben, ob diese Deckung auf dem Papier in der rauhen Wirklichkeit auch vorhanden sein wird. Im Reichsrat hat Anfang Oktober der Etatberichterstatter, Ministerialdirektor Sachs, ausdrücklich erklärt: „Der Zweifel, ob sich hier das Gleichgewicht zwischen Ausgaben und Einnahmen tatsächlich wird herstellen lassen, erscheint nicht unbegründet, insbesondere der Zweifel, ob nicht die Einnahmen aus den neuen Steuern zu hoch veranschlagt worden sind. Jedenfalls — so hat er hinzugefügt — ist von der Finanzverwaltung bereits eingeräumt worden, daß eine Reihe der veranschlagten Milliardeneinnahmen im Rechnungsjahr 1920 nicht eingehen wird." — Nehmen Sie hinzu, daß der Reichsfinanzminister uns hier mitgeteilt hat, daß der uns vorliegende Haushaltsplan die Wirkungen der neuen, besser gesagt: der neuesten

Besoldungsordnung, die auf nahezu eine Milliarde veranschlagt werden, noch nicht enthält, und daß nach seinen Mitteilungen ferner mit erheblich größeren Zuschüssen zur Beschaffung ausländischen Getreides gerechnet werden muß, so ist klar, daß in der Tat das Gleichgewicht zwischen Einnahme und Ausgabe des sogenannten ordentlichen Etats nur auf dem Papier steht und daß sich der Reichsfinanzminister im Juli dieses Jahres etwas voreilig gerühmt hat, zum ersten Mal seit der Vorkriegszeit einen Etat vorzulegen, bei dem im Ordinarium Einnahmen und Ausgaben sich decken.

Beim außerordentlichen Etat sind netto 50 Milliarden Mark ungedeckt. Dazu kommt dann der Fehlbetrag bei den Betriebsverwaltungen mit 18 Milliarden Mark, sodaß der Fehlbetrag insgesamt die himmelschreiende Höhe von 68 Milliarden Mark erreicht. Auf dem Papier! In Wirklichkeit wird der Fehlbetrag die Summe von 70 Milliarden zweifellos beträchtlich übersteigen. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Durch den verlorenen Krieg!)

Meine Damen und Herren! So sieht, befreit von allen Retuschen, das Bild unseres Reichshaushalts in Wirklichkeit aus: mehr als 100 Milliarden Ausgaben, die in Wirklichkeit noch übertroffen werden; knapp 30 Milliarden Einnahmen, die zum erheblichen Teil auf dem Papier stehen; rund 70 Milliarden — wahrscheinlich sehr viel mehr — Fehlbetrag, für den es eine Deckung weder in Einnahmen noch in Anleihen gibt, ein Fehlbetrag, für den infolgedessen die Notenpresse allein die Mittel wird liefern müssen. Also neues gewaltiges Anwachsen der Hochflut des Papiergeldes und damit neue Entwertung des Papiergeldes im Inland und Ausland!

In seinen etwas pathetischen Schlußworten hat uns der Herr Reichsfinanzminister zwar mit Goethe zugerufen, wir müßten über die Gräber hinweg dem Licht und der Freiheit entgegenschreiten. Aber einen Lichtblick hat uns der Herr Finanzminister leider nicht gezeigt. Im Gegenteil: er hat uns darauf vorbereitet, daß es im nächsten Jahr noch schlimmer sein wird als in diesem; er hat uns mitgeteilt, daß heute schon für das nächste Jahr im ordentlichen Budget ein Mehrbetrag von 4,5 Milliarden zu übersehen ist, dazu eine weitere Milliarde Fehlbetrag für Eisenbahn und Post, macht

5,5 Milliarden. Dabei scheint der Herr Reichsfinanzminister noch übersehen zu haben, daß auch die Reichsschuld im nächsten Jahre ein erhebliches Mehr erfordern wird. Da der Fehlbetrag von 70 Milliarden eine entsprechende Vermehrung der Schatzanweisungen, die durch die Reichsbank diskontiert werden, zur Folge haben wird, wird auch das Defizit der Reichsschuld ein erhebliches Plus an Zinsen bedingen, wenn auch ein Teil durch die Beteiligung des Reichs bei der Reichsbank wieder hereinkommt.

Man fragt sich mit Entsetzen: Wo soll das hinaus? (Sehr wahr! rechts. — Zuruf bei den Sozialdemokraten: Das hätten Sie früher fragen sollen!)

Auf das Frühere komme ich, wenn es Ihnen so sehr erwünscht erscheint, auch zurück; aber vorläufig bleibe ich hier bei demjenigen, was ich Ihnen zunächst vortragen will. Ein Blick nach rückwärts zeigt uns, in welcher rasenden Fahrt wir dem Abgrund zusteuern. Unsere Reichsschuld betrug (Unruhe und Zurufe bei den Sozialdemokraten: Daran sind Sie schuld!) — seien Sie doch nur zufrieden, Herr Abgeordneter Dittmann; darauf komme ich schon. Unsere Reichsschuld betrug bei Kriegsausbruch rund 5 Milliarden. Ich nenne nun das Datum, an dem ich das Schatzamt verlassen habe, weil es die Herren besonders interessiert: Als ich Ende Mai 1916 vom Reichsschatzamt wegging, betrug unsere Reichsschuld, und zwar so gut wie ausschließlich bestehend in konsolidierten Anleihen, rund 40 Milliarden. (Zurufe bei den Sozialdemokraten.)

Nein, ich habe das Reichsschatzamt nur bis zum Ende Mai 1916 geführt; am 1. Juni 1916 habe ich das Reichsamt des Innern übernommen. (Sehr richtig! rechts. — Zuruf bei den Sozialdemokraten: Trotzdem haben Sie es verwaltet!)

Tun Sie doch dem Grafen Roedern nicht den Tort an, zu sagen, daß ich das Schatzamt verwaltet hätte, als Graf Roedern Reichsschatzsekretär war. Das hätte sich Graf Roedern nicht gefallen lassen. (Unruhe und erneute Zurufe bei den Sozialdemokraten.)

Als ich das Schatzamt verließ, betrug unsere Reichsschuld 40 Milliarden. (Lebhafte Zurufe bei den Deutschen Demokraten: Goldmark!)

Damals waren es keine Goldmark mehr, wenn auch die Valuta nicht so tief stand wie heute. Im November 1918 betrug die

Reichsschuld 140 Milliarden Mark, heute im November 1920 rund 290 Milliarden. (Lebhafte Rufe rechts: Hört! hört! — Unruhe und Zurufe bei den Deutschen Demokraten und den Sozialdemokraten.)

Die frühere Goldmark hat sich doch auch für das Reich in Papiermark verwandelt. Die Differenz von 250 Milliarden Mark ist seit Juni 1916, die Differenz von 150 Milliarden Mark seit November 1918 zu dem Schuldenbetrage hinzugekommen, mit dem ich das Reichsschatzamt verlassen habe. (Lebhafte Zurufe bei den Deutschen Demokraten und den Sozialdemokraten.)

Wenn Sie nicht rechnen können, so tut es mir leid; ich kann Ihnen hier keinen Unterricht im Addieren und Subtrahieren erteilen. (Zuruf bei den Deutschen Demokraten: Sie können nicht denken!)

Das überlassen Sie mir! Das Denken besorge ich schon selbst. — Rund 290 Milliarden Mark ist der Stand der Reichsschuld, den uns der Herr Reichsfinanzminister neulich angegeben hat, und nach den weiteren Zahlen, die er genannt hat, müssen wir damit rechnen, daß am Schlusse des Rechnungsjahres, am 31. März 1921, die Reichsschuld 320 Milliarden Mark betragen wird. (Hört! Hört! bei den Deutschnationalen.)

Der Umlauf von Banknoten und Darlehnskassenscheinen stellte sich am 30. Juni 1914 auf 2,4 Milliarden Mark, Ende Mai 1916 — ich nenne immer wieder das bei Ihnen (nach links) so beliebte Datum meines Ausscheidens aus dem Reichsschatzamt — auf rund 8 Milliarden Mark, denen gegenüber doch immerhin noch die sehr erhebliche Goldreserve von 2½ Milliarden stand. (Zuruf von den Deutschen Demokraten: 1918 war der Krieg zu Ende!)

Ende Mai 1916 waren es 8 Milliarden! Im November 1918, Herr Dernburg, war, wie ich ebenso gut weiß wie Sie, der Krieg zu Ende. (Zuruf bei den Deutschen Demokraten: Aber nicht 1916!)

Im November 1918 betrug der Notenumlauf 25 Milliarden, (hört! hört! bei den Deutschnationalen) und heute, im November 1920, zwei Jahre nach dem Waffenstillstand, sind wir von 25 auf 75 Milliarden in die Höhe gegangen. (Hört! Hört! bei den Deutschnationalen. — Zuruf im Zentrum: Wissen Sie ein Mittel zur Abhilfe?)

Meine Damen und Herren! Von Leuten, die diese Zahlen nicht nur kennen, sondern auch überdenken — und die sind ja leider selten genug —, ist mir oft genug die Frage vorgelegt worden: haben wir denn einen

**Staatsbankerott**

zu fürchten, oder können wir denn überhaupt einen Staatsbankerott vermeiden? (Zuruf von der U.S.P. [Linke]: Wir sind mitten darin!)

Lassen Sie mich über diese Frage ein offenes Wort sprechen. Vertuschen hilft nichts. Wir sind in einer Lage, die schlimmer ist als der Staatsbankerott. (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen und bei der U.S.P.)

Der Bankerott kann für den überschuldeten Schuldner eine Wohltat werden. Der überschuldete Schuldner stellt seine Zahlungen ein; er hat die Möglichkeit, sich durch die Hergabe dessen, was er hat, für die Zukunft von seinen Verpflichtungen zu befreien. (Lebhafter Widerspruch im Zentrum. — Heiterkeit.)

Er kann, wenn er den Konkurs über sich hat ergehen lassen, ein neues Leben anfangen. Seine Arbeitskraft bleibt. Er kann sie frei machen — (Zuruf von den Deutschen Demokraten: Seine Schulden bleiben! — Heiterkeit.) — Sie haben mich doch ganz gut verstanden, Herr Abgeordneter Waldstein! Sie wissen ganz genau, worin der Kern liegt.

Von welchen Verbindlichkeiten kann sich heute das Reich durch den Staatsbankerott und einen Zwangsvergleich befreien? Uebersehen Sie den Reichshaushalt, dann sehen Sie rund 12 Milliarden für Verzinsung und Tilgung der Reichsschuld. Wenn Sie durch diese Verpflichtung einen Strich machen, wenn also das Reich seine Schuldverpflichtungen überhaupt nicht mehr anerkennt, so spart das Reich von den mehr als 100 Milliarden, die es heute ausgeben muß, rund 12 Milliarden ein, und es bleiben rund 90 Milliarden jährliche Verpflichtungen über. Woraus bestehen sie? Kann irgendein Bankerott das Reich von der Verpflichtung befreien, die Milliarden, die an Kriegshinterbliebene und Kriegsverstümmelte zu zahlen sind, zu zahlen? Kein Mensch wird daran denken wollen. Kann irgendeine Bankerotterklärung das Reich von der Verpflichtung befreien, seine Beamten zu bezahlen? Kann

das Reich seine Betriebe einstellen, wie eine Privatfirma, und die Beamten einfach hinaussetzen? Kann irgendeine Bankerotterklärung das Reich von der Notwendigkeit befreien, seine Betriebsverwaltungen, Eisenbahn, Post usw., fortzuführen? Kann das Reich einfach die Postschalter und Bahnhöfe schließen? Daran ist gar nicht zu denken.

Und wird die Entente irgendeine Bankerotterklärung des Reiches ihr gegenüber als in bezug auf ihre Ansprüche wirksam anerkennen? Werden die mehr als 40 Milliarden, die in diesem Etat als Verpflichtung zur Durchführung des Friedensvertrages stehen, irgendwie durch eine Bankerotterklärung des Reiches aus der Welt geschafft werden können? Davon ist gar keine Rede, und deswegen sage ich: durch eine Bankerotterklärung des Reiches würden wir das Reich höchstens um 12 Milliarden von den mehr als 100 Milliarden Ausgaben entlasten können, die Last von 90 Milliarden würde unter allen Umständen bleiben. Diese Last von 90 Milliarden kann das Reich ebensowenig tragen, wie es die 100 Milliarden tragen kann. Wenn eine Last von 500 Kilogramm genügt, um einen Menschen zu erdrücken, so ist es ganz egal, ob ich ihm 1000 oder 1200 Kilo auferlege; er ist in beiden Fällen ganz gleichmäßig tot. (Sehr gut! und Heiterkeit.)

Alle diese Fragen, meine Damen und Herren, beantworten sich, glaube ich, von selbst. (Zuruf von den Deutschen Demokraten: Was nun?)

Unsere Lage ist also dermaßen schlimm, daß uns nicht einmal der offene und erklärte Bankerott eine Erleichterung, geschweige denn eine Rettung bringen kann. (Zustimmung rechts. — Zuruf von den Deutschen Demokraten: Was machen?)

Warten Sie doch ruhig ab! — Statt des offenen und erklärten Bankerotts haben wir den latenten und chronischen Auflösungsprozeß, bestehend aus dem Schwund unseres Geldwertes und dem Hinübergleiten unserer nationalen Produktionsmittel in ausländische Hände. (Sehr richtig! rechts.)

Der Schwund unseres Geldwertes hat eine doppelte Erscheinung, eine äußere und eine innere.

Die äußere tritt zutage in dem Rückgang des Kurses der Mark in den ausländischen Valuten. Wie sich das gestaltet hat, dafür auch einige Zahlen!

Bei Kriegsausbruch hat die Mark in der Schweiz auf Pari gestanden, auf ungefähr 124 Centimes. Im Oktober 1918 war sie heruntergegangen auf 70 Centimes, also während des Laufes des Krieges von 124 bis auf 70. Am 23. Juni 1919, also in den Tagen, als über die Unterzeichnung des Friedens entschieden wurde, stand die Mark in Zürich auf ungefähr 50 Centimes, und heute steht sie auf weniger als 8 Centimes, auf 7,25. Wir waren schon einmal auf nahezu 5 Centimes herunter. Das war in den letzten Tagen des Vorgängers des jetzigen Herrn Reichsfinanzministers. (Heiterkeit.)

Dann ist eine Erholung bis auf ungefähr 15 Centimes eingetreten. Der Höhepunkt lag in diesem Sommer. Und in den letzten Wochen ist ein erneuter, unaufhaltsam scheinender Rückgang eingetreten.

Ich habe im Januar 1919 bei den Nationalversammlungswahlen Gelegenheit gehabt, in einer ganzen Reihe von Versammlungen zu sprechen. Damals stand die Mark noch auf ungefähr 60 in der Schweiz. Wenn ich damals auf dieses Thema kam, habe ich den Hörern gesagt: wenn die Dinge so weiter treiben wie bisher, ist über Jahr und Tag die Mark im Auslande keine 10 Pfennige mehr wert. Ich wurde damals ausgelacht, und gute Freunde haben mir gesagt: „machen Sie keine solchen Uebertreibungen, sonst nimmt Sie niemand ernst". Sie waren sehr erstaunt, wenn ich sagte: das ist meine ehrliche Ueberzeugung, daß es dahin kommen wird. Und wir sind nicht nur auf 10 Pfennige gekommen, sondern wir sind auch noch unter die 10 Pfennige heruntergekommen. (Zuruf links: Sie sind immer ein guter Prophet gewesen!)

Die Propheten suche ich im anderen Lager. (Heiterkeit rechts.)

Ich will auch heute nicht prophezeien. Sie werden sich ja selbst ein Bild davon machen, wie die Mark über Jahr und Tag stehen wird, wenn die Dinge so weitergehen wie bisher.

Die andere Seite der Geldentwertung, das innere Gesicht der Geldentwertung ist das ewige, mit schweren Kämpfen verbundene Wettrennen zwischen Löhnen und Preisen, das unsere ganze Volkswirtschaft nicht zur Ruhe kommen läßt, das das ganze Gebäude unserer Gesellschaft in seinen Grundfesten erschüttert. Dazu die Zerreibung des Kapitals, nicht nur des großen, sondern auch des mittleren und des kleinen Kapitals, die Zerrei-

bung auch des Sparkapitals, das das Ergebnis eines arbeitsreichen Lebens, die Daseinsgrundlage breiter und außerordentlich wertvoller Schichten unseres Volkes bildet.

Die Not ist heute in Deutschland am größten bei den sogenannten Kleinrentnern und bei den Pensionären. (Lebhafte Zustimmung rechts und bei den Deutschen Demokraten.)

Die Not, die dort besteht, schreit zum Himmel. Sie ist viel größer als irgendwo in der Arbeiterschaft. (Erneute lebhafte Zustimmung.)

Die Leute, die zu alt sind, um eine Erwerbstätigkeit neu aufzunehmen, und andere, die durch die Ereignisse aus ihrer Laufbahn, für die sie vorbereitet und geschult sind, herausgeworfen sind, die nun nirgends oder nur sehr schwer eine Beschäftigung finden, die mit knappen Pensionen hinausgesetzt worden sind, diese Leute stehen wehrlos dem Verhängnis der Geldentwertung gegenüber. Sie sind buchstäblich dem Verhungern ausgesetzt. (Wiederholte Zustimmung.)

Sie verkaufen nach und nach alles, was sie haben, ihre Zimmereinrichtungen, ihre Mäntel, ihre Kleider, den letzten Rock und schließlich das Hemd.

In dieser Schicht wird der ganze Mittelstand getroffen. Eine Schicht wird hier getroffen, in der der Staat und der Staatsgedanke das festeste Fundament gehabt haben, ein Schicht, die die Brücke zwischen den sozialen Gegensätzen bildete, eine Schicht, die der noch breiteren Schicht der Handarbeiter die Möglichkeit des sozialen Aufstiegs gab, eine Schicht, die unsere deutsche Kultur und Bildung durch die Jahrhunderte getragen und der breiten Masse des Volkes vermittelt hat, (sehr richtig! rechts) eine Schicht, aus der die edelsten und besten Blüten deutscher Kultur und deutschen Geistes hervorgegangen sind. Es sind unersetzliche nationale, gesellschaftliche und kulturelle Werte, die hier vor unseren Augen zertrümmert und zerstört werden.

Diese Gefahr wird noch verstärkt durch die Steuergesetzgebung. Ich muß das in diesem Zusammenhang erwähnen: die Einkommensteuer mit einem für diese Schichten ganz ungenügenden Existenzminimum, die Kapitalertragsteuer, die im besten Fall ein Jahr später, wenn es den Leuten nicht mehr viel hilft, zurückerstattet wird, müssen das Zermahlen der Schicht, von der ich eben

sprach, geradezu beschleunigen und befördern. Wir richten an den Reichsfinanzminister den dringenden Appell — wir haben ja Anträge in der Richtung gestellt —, dieser Angelegenheit sein Augenmerk zu schenken und so bald wie möglich hier mit Milderungen vorzugehen. Wir sind in der letzten Stunde. Es geht nicht so weiter. Es muß etwas geschehen, um diesen Aermsten der Armen zu helfen. (Zustimmung.)

Die andere Erscheinungsform dieses Auflösungsprozesses ist die sogenannte Ueberfremdung unserer Wirtschaft. Der fortgesetzte Rückgang unserer Valuta erleichtert es dem Ausland, dem gegnerischen und dem neutralen Ausland, aus Deutschland alles herauszuziehen, was ihm irgendwie begehrenswert erscheint; nicht nur Dinge, die wir laufend produzieren, nicht nur bewegliche Gebrauchsgegenstände, nicht nur Luxusgegenstände und Kunstwerke, die sich in den Jahrzehnten deutschen Aufstiegs in den Händen deutscher Staatsbürger angesammelt haben; wir exportieren heute unsere Bergwerke, unsere Fabriken, wir exportieren unsere Hausgrundstücke und wir exportieren unseren Ackerboden. (Sehr richtig rechts. — Zuruf links: Das sind die Nationalen, die das tun!)

Ich komme gleich darauf. — Wir exportieren unsere nationalen Produktionsmittel in der Weise, daß sie rapide in den Besitz des Auslandes und in das Eigentum des Auslandes übergehen; in den Besitz des Auslandes, das bei dem niedrigen Valutakurse diese unsere Produktionsmittel sich zu Schleuderpreisen, für ein Butterbrot und ein Ei aneignen kann. — Sie sagten, das sei die Schuld der Herren hier (nach rechts). — Es ist sehr billig, hier Steine zu werfen. Es ist ebenso billig wie ungerecht. Die wenigsten der Verkäufer sind heute freiwillige Verkäufer. Die meisten sind infolge der Entwertung des Geldes, einfach um ihr Leben zu bestreiten, gezwungen, sich von ihrem Besitz zu trennen. Durch das Reichsnotopfer, die Kriegsvermögenszuwachssteuer, durch die hohen Einkommensteuern, durch die Erbschaftssteuer usw. zwingen Sie ja denjenigen, der aus nationalen Gründen an seinem Besitz festhalten will, sich eines großen Teils seines Besitzes zu entäußern. Wie soll denn das Reichsnotopfer bis zu 65 Prozent gezahlt werden — die Zahlung soll ja jetzt noch beschleunigt werden —, ohne daß sogar die Wohlhabendsten unter den Wohlhabenden gezwungen werden, einen Teil ihres Besitzes zu liquidieren? Und

dieser Besitz liegt ja nicht in Goldbarren da, in Goldstücken, die ohne weiteres übertragen werden können, er ist auch nicht durchweg in Reichsanleihen und ähnlichem angelegt, die das Reich benutzen kann, um seine Schulden zu verringern, sondern ein großer Teil dieses Besitzes ist investiert in Grund und Boden, in landwirtschaftlich genutzten Grundstücken, in Fabriken und Werkstätten, in Bergwerken, Aktien, G. m. b. H.-Anteilen, persönlichen Beteiligungen usw.

Meine Damen und Herren! Gegen diese Ueberfremdung, zu der die Steuergesetzgebung in Verbindung mit der sinkenden Valuta ganz unausweichlich führt, kann sich der einzelne garnicht wehren und anstemmen. Sie sehen das Problem viel zu klein an, wenn Sie es auf den Eigennutz des einzelnen zurückführen. Unter der bitteren Notwendigkeit müssen die Dinge, wie sie heute stehen, zu dieser Ueberfremdung führen, und diese Ueberfremdung der deutschen Wirtschaft, dieses Hinübergleiten unserer nationalen Produktionsmittel in die Hände des Auslandes bedeutet rettungslos Arbeitssklaverei für unser ganzes deutsches Volk. (Lebhafte Zustimmung.)

Durch die in die Form eines friedlichen Geschäftsverkehrs gekleideten Mittel des Kapitalismus wird dasselbe erreicht, was die Völker des Altertums auf direkterem und brutalerem Wege erreichten, wenn der Sieger die Angehörigen des besiegten Volksstammes einfach als Sklaven hinwegführte oder als Sklaven und Heloten unter sich brachte und auf ihrer Scholle beließ. Aus den Zerstörungen, die im Ausgang des Altertums stattfanden, stammt das Wort „Vandalismus". Das, was wir heute unter dem Eindruck des uns von der Entente aufgezwungenen Versailler Friedensvertrages sehen, das ist moderner Vandalismus. Nennen Sie es Ententismus! (Abgeordneter Dr. Levi: Germanismus, denken Sie an Brest-Litowsk!)

Beschimpfen Sie doch nicht fortgesetzt das eigene Vaterland. Der Friede von Brest-Litowsk war mild und großmütig im Vergleich zu dem von Versailles, den uns die Entente auferlegt hat. (Abgeordneter Dr. Levi: Und Bukarest?)

Auch der Friede von Bukarest war im Vergleich zu dem von Versailles noch außerordentlich milde.

Meine Damen und Herren! Sie sehen: wir haben an Stelle

eines Staatsbankerotts etwas Schlimmeres, nämlich den Volksbankerott, wir haben einen dauernden Ausverkauf unserer nationalen Produktionsmittel und im Hintergrund die Zwangsarbeit für das Ausland. (Zuruf von der U.S.P.: Dank Ihrer Politik!)

Lassen Sie doch diese billigen Zwischenrufe! (Beifall rechts.) Ich kann sie ja auswendig.

Diese verhängnisvolle Entwicklung hat zum großen Teil ihre Wurzeln in den Lasten, die uns der Friedensvertrag von Versailles auferlegt hat, ein Friedensvertrag, der in der Tat nur die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln ist, (sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten) mit den Mitteln der völligen Aussaugung und Ausplünderung Deutschlands. Nehmen Sie den Haushaltsplan zur Hand! Kap. XVIIa ist betitelt:

**Haushalt für die Ausführung des Friedensvertrags.**

Da haben Sie die Schreckenskammer in dem fürchterlichen Gebäude des Etats, das der Herr Finanzminister vor uns hingestellt hat. (Sehr gut! rechts.)

Dieser Haushalt umfaßt nicht weniger als 41 Milliarden Ausgaben, denen keine Einnahmen gegenüberstehen. Die Hauptkosten sind 15 Milliarden für die Unterhaltung der alliierten und assoziierten Truppen in den Rheinlanden (hört! hört! bei den Deutschnationalen) und 25 Milliarden für die allgemeinen Ausgaben in Ausführung des Friedensvertrags. (Hört! Hört!)

Sie rufen „Hört! Hört!"; aber wir wissen heute schon, daß die 15 Milliarden den Ansprüchen unserer Peiniger und Bedrücker noch nicht entfernt genügen. Es war geradezu entsetzlich und niederschmetternd, den Verhandlungen im Haushaltsausschuß in den letzten Tagen beizuwohnen, wo uns Aufklärung darüber gegeben wurde, wie die Dinge in Wirklichkeit liegen. Wir wissen heute, daß nach den Zahlen, die Herr Loucheur, der französische Berichterstatter über das Budget, der Kammer vorgelegt hat, unsere Zahlung für die Besatzung bis zum 1. Mai 1921 auf vier Milliarden Goldmark berechnet wird, das heißt, mehr als 50 Milliarden Papiermark für zwei Jahre; das sind auf das Jahr berechnet nicht 15 Milliarden, sondern 25 Milliarden. Und dabei wissen wir noch

nicht einmal, ob das für Frankreich allein gedacht ist oder für sämtliche Okkupationsmächte zusammengenommen.

Und nun die Einzelheiten! Da ist eine Summe von 8 Millionen Mark eingesetzt für den Bau einer Kaserne in Ludwigshafen. Wir wissen, daß diese 8 Millionen nicht genügen, und daß der Herr Reichsschatzminister beantragen mußte, den Posten für diese eine Kaserne auf 42 Millionen Mark zu erhöhen. (Hört! Hört!)

Wir wissen, daß bei einer ganzen Reihe von anderen Positionen ähnliche Erhöhungen vorgekommen sind, daß der Posten für den sogenannten „Hohen Ausschuß" — meine Damen und Herren, weisen wir doch das Wort „Hoher Ausschuß" ab, sagen wir in Zukunft „Oberausschuß". (Sehr richtig! rechts.)

Ich begrüße die Anregung eines Kollegen, der nicht bei uns sitzt, sondern auf einer anderen Seite; denn was die Franzosen ‚Haute Commission' nennen, heißt: „Oberausschuß"; sagen wir also in Gottes Namen „Oberausschuß!" (Zuruf von den Deutschen Demokraten!)

Ja, Herr Gothein, wenn es für Sie der „Hohe Ausschuß" ist, können Sie ihn ja so nennen! — Ich bedaure, daß in der amtlichen Uebersetzung des Friedensvertrags von Versailles das Wort „Hoher Ausschuß" steht. Aber lassen wir diesen Streit um Worte! Die Stunde ist wirklich zu ernst.

Für diesen Oberausschuß sind eingesetzt 20 Millionen. Der Herr Reichsschatzminister hat eine Erhöhung gegenüber seinem eigenen Voranschlage auf 40 Millionen vorgeschlagen, zum Teil für einen Zweck, dem wir unsere Zustimmung unter keinen Umständen geben können. Aus dieser Erhöhung auf 40 Millionen sollen die Kosten für die Delegierten des Oberausschusses bestritten werden, die in dem Rheinlandabkommen überhaupt gar keine Rechtsgrundlage haben. Es sind jetzt nahezu hundert Delegierte tätig, jeder einzelne mit einem großen Stab von Offizieren und Beamten, über das ganze besetzte Gebiet verteilt. Das ist der Beginn dessen, was die Franzosen „pénération pacifique" nennen. Im Rheinlandabkommen hat diese Forderung keine Rechtsgrundlage. Deshalb haben wir im Ausschuß gegen die Mehrforderung gestimmt und werden auch im Plenum dagegen stimmen; denn wir sehen nicht ein, daß wir der Entente Mittel

bewilligen sollen für eine Einrichtung, die zur endgültigen Losreißung des Rheinlandes von Deutschland bestimmt ist und die keinen Rechtsboden im Versailler Vertrag hat. (Sehr wahr!)

Wir müssen aber jedenfalls damit rechnen, daß diese enormen Summen, die hier angefordert werden, noch ganz erheblich überschritten werden, daß die 41 Milliarden nicht entfernt ausreichen.

Mit Grauen muß man daran denken, welche Illusionen sich die Franzosen heute über das machen, was Deutschland zahlen soll. Herr Loucheur hat in dem Berichte an die französische Kammer, von dem ich vorhin sprach, ausgeführt, daß wir für die Wiederherstellung, nicht etwa für Familienpensionen, Renten für Kriegshinterbliebene und Verstümmelte, die wir auch bezahlen sollen, sondern allein für die Wiederherstellung der zerstörten Gebiete 120 Milliarden französische Francs zahlen sollen, das heißt, allein für Frankreich nach dem heutigen Kurs rund 500 Milliarden Papiermark. Stellen Sie den 120 Milliarden Francs des Herrn Loucheur das gegenüber, was Herr Keynes in seinem Buch als Gegenwert der zerstörten Gebiete schätzt. Er kommt dort auf 16 Milliarden Goldmark. Das sieht erheblich anders aus. Da sieht man, wie weit die Differenz ist zwischen dem, was die Franzosen verlangen, und was ein Mann wie Keynes für richtig hält und was unsere Regierung in Genf äußerstenfalls vielleicht wird bewilligen können.

Meine Damen und Herren! Die Lasten, die in diesem Kapitel stehen und leider noch zu gering darin stehen, sind für das deutsche Volk und Deutsche Reich schlechthin untragbar. (Sehr richtig!)

Das durch den verlorenen Krieg und die Revolution auf das schwerste erschütterte deutsche Volk ist heute weder finanziell noch wirtschaftlich imstande, seinen eigenen Lebensbedürfnissen überhaupt zu genügen.

Finanziell ist unsere

**Steuerkraft**

bis über die Grenzen des wirtschaftlich Erträglichen hinaus angespannt. Ein großer Teil der Steuern, die heute schon von den deutschen Steuerpflichtigen verlangt werden, um die gewaltig gestiegenen laufenden Ausgaben des sogenannten ordentlichen Etats zu bestreiten, kann der Steuerpflichtige nicht mehr aus seinem Ein-

kommen entnehmen; er ist gezwungen, im weitesten Umfang auf Vermögenssubstanz zurückzugreifen. Der schwedische Nationalökonom Cassel, einer der kenntnisreichsten und vorurteilslosesten Sachverständigen der Brüsseler Konferenz, hat dort die elementare Wahrheit unterstrichen, daß ein Volk auf die Dauer seine Steuern nur aus seinem laufenden Einkommen entnehmen kann, wenn es nicht zugrunde gehen soll. Sehen Sie einmal unsere Steuerlast von heute nach diesem richtigen und fundamentalen Grundsatz einer jeden Finanzpolitik an!

Die sogenannte Kriegsvermögenszuwachssteuer schöpft in der Hauptsache aus der Vermögenssubstanz; denn der scheinbare Vermögenszuwachs, der ja geradezu konfisziert wird, ist ja in den meisten Fällen nichts anderes als das Spiegelbild der Geldentwertung. Es ist kein wirklicher Vermögenszuwachs, kein Zuwachs von realem Wert, sondern ein Zuwachs im Spiegelbild eines Wertmessers, der kein Wertmesser mehr ist, der immer kleiner und kleiner geworden ist. (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Das Reichsnotopfer schöpft ausschließlich und programmgemäß aus der Vermögenssubstanz. Man wollte ja diese wirtschaftlich hochbedenkliche Kapitalentziehung dadurch erträglich machen, daß man die Zahlung des Reichsnotopfers auf 30 Jahre und, soweit es auf landwirtschaftlich genutzten Besitz entfällt, sogar auf 50 Jahre verteilte. Man hat anerkannt, daß eine sofortige zwangsweise Einziehung eines irgendwie erheblichen Teils bei den Sätzen, mit denen das Reichsnotopfer schon die mittleren und erst recht die größeren Vermögen trifft, ohne schwerste wirtschaftliche Schädigungen für den einzelnen und die Gesamtheit überhaupt nicht möglich ist.

Jetzt hat uns der Reichsfinanzminister eine Novelle zum Reichsnotopfer in Aussicht gestellt, die bestimmt sein soll, einen sehr erheblichen Teil des Reichsnotopfers sofort in bar einzuziehen. Jetzt unter dem Druck des Defizits kommt eine solche Ankündigung von der Seite des Reichsfinanzministeriums. Wir werden uns später noch darüber unterhalten müssen. Ich gehe deshalb heute auf die Einzelheiten nicht ein. Ich will nur unterstreichen: auch wenn es möglich wäre, das ganze Notopfer sofort einzuziehen, so kämen wir nicht einmal für das eine laufende Jahr auch nur dahin,

den Fehlbetrag auch nur annähernd zu decken. (Hört! Hört! bei den Deutschnationalen.)

Der Fehlbetrag übersteigt 70 Milliarden; der Ertrag des Reichsnotopfers, das bis zu 65 Prozent der Vermögen geht, wird auf 45 Milliarden geschätzt. Also, wenn Sie heute, Herr Reichsfinanzminister, das ganze Reichsnotopfer auf den Tisch bekommen, können Sie mit ihm nicht einmal das Loch des Defizits dieses einzigen Jahres zustopfen. Und was wollen Sie im nächsten Jahre machen? Wollen Sie das Reichsnotopfer noch einmal erheben? Sie scheitern an der blanken und baren Unmöglichkeit. Ein Mann kann so reich sein wie er will — auch der reichste Mann kann schließlich nur 100 Prozent von seinem Vermögen bezahlen. Aber zweimal 65 ist 130, und auch der reichste Mann ist nicht imstande, 130 Prozent von seinem Vermögen abzugeben! Die Sache scheitert also in sich selbst. Ich darf aber hier auch verlesen und zur Kenntnis bringen, was der Berichterstatter im Reichsrat zu dieser Frage der sofortigen Einziehung eines erheblichen Teiles des Reichsnotopfers bemerkt hat. Der Berichterstatter hat dort ausgeführt:

> Lohnt es sich, einen so schweren Eingriff wie das Reichsnotopfer in das Wirtschaftsleben zu machen, wenn dadurch doch keine gründliche Besserung der Finanzlage erzielt wird, ja nicht einmal der Fehlbetrag eines einzelnen Haushaltsjahres gedeckt werden kann?

Ich komme zur Erbschaftssteuer. Die Erbschaftssteuer schöpft gleichfalls ausschließlich aus der Vermögenssubstanz. Und mit welchen Sätzen! Ich bin überzeugt, daß nur dem kleinsten Teil im deutschen Volke heute ein Licht darüber aufgegangen ist, mit welchen Sätzen die Vermögen durch die Erbschaftssteuer erfaßt werden. Die Erbschaftssteuer ist sogar für Ehegatten und Kinder bis zu 35 Prozent durchgestaffelt. Dazu kommt die Bestimmung, daß, wenn bei den Erben bereits Vermögen vorhanden ist, zu diesen Sätzen, die bis zu 35 Prozent durchgestaffelt sind, noch Zuschläge erhoben werden, Zuschläge, die bis zum gleichen Satz gehen können wie die 35 Prozent, sodaß zu den 35 Prozent nochmals 35 Prozent hinzukommen. Wenn also Vermögen bei den Erben bereits vorhanden ist, dann kann selbst bei Kindern und Ehegatten die Erbschaftssteuer steigen bis zu einem Durchstaffelungssatz von 70 Prozent. Bei entfernteren Verwandten des Hinter-

lassenden kann die Steuer gehen bis zu 90 Prozent. Ich wiederhole: die wenigsten in Deutschland haben begriffen, was das bedeutet. Es bedeutet in Verbindung mit dem Notopfer, in Verbindung mit der Kriegsvermögenszuwachssteuer eine völlige Zermalmung der größeren Vermögen, einen tödlichen Schlag für die mittleren und eine schwere Beeinträchtigung für die kleineren Vermögen. Das mag man begrüßen, wenn man, wie die Herrschaften auf der äußersten Linken, auf dem Boden der kommunistischen Weltanschauung steht, wenn man das Privateigentum mit Stumpf und Stiel ausrotten will. Wer aber in dem Privateigentum die Grundlage einer jeden entwicklungsfähigen Wirtschaftsordnung sieht, der kann dieser Sozialisierung auf dem Steuerwege nur mit den allerschwersten Sorgen entgegensehen. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Und was haben Sie für Mittel?)

Nun nehmen Sie dazu noch die Einkommensteuer, die bis zu 60 Prozent durchgestaffelt ist, die Stempelsteuern, die Umsatzsteuer, dann haben Sie eine Häufung — ich sage absichtlich nicht ein System —, eine Häufung von Steuern auf Besitz und Einkommen, die in der Welt nirgends ihresgleichen hat, eine Häufung, die einer Steigerung mit irgendwie erheblichen, auch nur momentanen Mehrerträgnissen nicht fähig ist, eine Häufung von Steuern, die, sobald es irgendmöglich ist, einen Abbau verlangt, wenn anders nicht durch die Steuern ein fortgesetzt größerer Teil unseres nationalen Kapitals aufgezehrt werden soll.

Und, meine Damen und Herren, was haben wir mit dieser gigantischen, unsere Kraft bereits weit übersteigenden Anspannung erreicht? Nicht einmal die Deckung der Ausgaben unseres ordentlichen Haushalts, geschweige denn die Deckung der außerordentlichen Ausgaben für den inneren Bedarf, erst recht nicht die Deckung von 18 Milliarden Defizit für unsere Staatsbetriebe. Wie sollen wir da jemals aus Steuern und Abgaben die noch viel größeren Lasten des Friedensvertrages decken können? Wir stehen vor einer baren und blanken Unmöglichkeit.

Und diese finanzielle Unmöglichkeit des Friedensvertrages ist ja nur ein Spiegelbild der

**wirtschaftlichen Unmöglichkeit der Erfüllung des Friedensvertrages.**

(Sehr richtig! rechts.)

Die Arbeitskraft unseres Volkes ist durch die Leiden und Entbehrungen des Krieges erschüttert. Die Seele unserer Arbeiter krankt noch an den Zuckungen der Revolution. (Zuruf links: Und des Krieges!)

Vom Krieg habe ich ja bereits gesprochen! Ich bin eben objektiv, objektiver als Sie. — Die Ergiebigkeit der Arbeit ist aber auch weiter vermindert durch den Verlust wichtiger Hilfsmittel unserer Arbeit, die in unserer Vergangenheit die Arbeitsergiebigkeit, dem Arbeiter selbst unbewußt, erheblich gesteigert haben. Die Arbeitsergiebigkeit ist beeinträchtigt durch den Verlust unserer Kolonien und überseeischen Niederlassungen aller Art, beeinträchtigt durch den Verlust unserer Handelsflotte, wie durch den Verlust der Erträgnisse unserer auswärtigen Kapitalanlagen. Das alles sind Dinge, die uns den Bezug von Rohstoffen und Nahrungsmitteln erleichterten und verbilligten, die uns die vorteilhafte Verwertung der Erzeugnisse unserer Arbeit ermöglichten und dadurch die Ergiebigkeit, den Ertrag unserer Arbeit steigerten. Nicht nur der unmittelbar interessierte Kapitalist, auch die Gesamtheit des handarbeitenden Volkes ist durch diese Verluste aufs allerschwerste getroffen. (Lebhafte Zustimmung rechts.)

Was wir an Erzeugnissen unserer Arbeit für die Ausfuhr verfügbar haben, reicht heute nicht entfernt aus, um auch nur die allernotwendigste Einfuhr zu decken. Von der Ausfuhr entfällt ein großer Teil auf Dinge, die wir der Entente ohne Entgelt für das Reparationskonto zur Verfügung stellen müssen, Kohlen, Farben, Ammoniak usw. Ohne auswärtige Kredite — das muß nachdrücklich unterstrichen werden — können wir heute die lebensnotwendigen Einfuhren für das deutsche Volk nicht decken. Wo sind da die Güter, mit denen wir die monatlichen Milliarden decken sollen, die die Entente von uns verlangt? Sie sind einfach nicht da und werden auch in den nächsten Jahren nicht da sein. Jetzt zahlen wir noch mit Gegenwerten, die zur Verrechnung kommen für unsere geraubte Handelsflotte, für unsere konfiszierten ausländischen Vermögensobjekte. Wenn der Liquidationsprozeß dieser Werte erst vorbei ist, dann werden wir überhaupt nur noch mit den inländischen Produktionsmitteln, mit unseren Bergwerken, Fabriken, Häusern und Grundstücken zahlen können, und dann — dieser Augenblick

ist nahe — beginnt für das deutsche Volk das Weißbluten. (Lebhafte Zustimmung rechts.)

Diese verzweifelte Lage muß dem deutschen Volke, das immer noch nicht sein Schicksal begriffen hat, vor Augen gehalten werden; sie muß aber auch der Welt, unseren Freunden draußen wie unseren Feinden, mit allem Nachdruck vor Augen gestellt werden; denn auch die Welt hat noch nicht begriffen, wie es um uns steht.

Was tut nun aber unsere Regierung? — Der Herr Reichsminister des Auswärtigen sagt, wir sollten doch aufhören, über die Undurchführbarkeit des Friedensvertrages zu klagen, und sollten lieber seine Undurchführbarkeit beweisen, indem wir ihn auszuführen versuchen. Und der Herr Reichsfinanzminister? Der Herr Reichsfinanzminister — ich nehme doch an, daß Herr Staatssekretär Bergmann unter seiner, des Reichsfinanzministers, Verantwortlichkeit und auf seine Instruktionen hin in Brüssel gehandelt hat — läßt durch den Staatssekretär Bergmann dort ein Exposé vorlegen, das rosarot gefärbt ist und zu dem Schlusse kommt, daß unsere Lage nicht verzweifelt sei. Ich weiß wirklich nicht, welcher Ideengang hier geherrscht hat. Ich kann mir doch nicht denken, daß irgend jemand im Reichsfinanzministerium sich vorgestellt haben soll, durch solches Färben unserer Reichsbilanz sich einen Kredit vom Auslande erschleichen zu können. Davon kann keine Rede sein. Die Leute, die für eine solche Kreditgewährung in Betracht kommen, kennen die Situation und lassen sich gewiß keinen blauen Dunst vormachen. Da kommt man mit Aufrichtigkeit am weitesten.

Dazu kommt die Handelsstatistik. Ich gehe darauf ein, weil der Herr Reichsminister des Auswärtigen geglaubt hat, die Sache sei in Ordnung, da ja in einer Anmerkung zu der offiziell in Brüssel überreichten Statistik stehe, bei den Ausfuhrzahlen seien die „Wiedergutmachungen" einbegriffen. Mit solche Anmerkungen ist es eine eigene Sache. Beachten Sie doch, wie die Presse von solchen Zahlen Gebrauch macht. Ich habe hier das „Berliner Tageblatt", das in der Lage war, an demselben Tage, an dem die Statistik in Brüssel vorgelegt wurde, dem Publikum — und das Publikum des „Berliner Tageblatts" geht ja leider weit über die deutschen Grenzen hinaus — die Zahlen zu vermitteln. Sehen Sie

einmal nach, ob von dieser Anmerkung irgendwo die Rede ist. Sie fehlt, und wer diese Zahlen nun liest, muß zu dem Eindruck kommen, unsere Handelsbilanz ist im Begriff aktiv zu werden. Es sind nicht nur die sogenannten „Wiedergutmachungen", die Ausfuhren für das Wiederherstellungskonto, nicht abgesetzt worden; der größte Fehler ist, daß die Einfuhrwaren, bei denen eine Wertdeklaration nicht notwendig ist, mit viel zu geringen Werten eingesetzt sind, daß die Einfuhrwerte ein wohl Vielfaches der Zahlen betragen haben, mit denen Sie operieren. Das müßte eigentlich jeder Laie wissen, daß die Dinge sich so verhalten; und da kommt ein Mann in amtlicher Stellung, der Staatssekretär Hirsch vom Reichswirtschaftsministerium, und erklärt, Zeitungsnachrichten zufolge, am 26. Juni im Reichswirtschaftsrat: das Gleichgewicht zwischen Ein- und Ausfuhr sei bereits nahezu erreicht; nach der Außenhandelsstatistik habe im Monat Mai 1920 einer Einfuhr von 4 Milliarden Mark eine Ausfuhr von ebenfalls 4 Milliarden Mark gegenübergestanden. (Hört! Hört! rechts.)

Da haben Sie von einer amtlichen Stelle ohne Einschränkung die Behauptung, daß unsere Zahlungsbilanz im Begriffe stehe, wieder aktiv zu werden. Ich frage: was soll dieser Unfug?

Ich muß an die Herren von der Regierung den Appell richten: haben Sie doch endlich den Mut, die Dinge zu sehen, wie sie in Wirklichkeit sind, und daraus die einzig mögliche Folgerung für das deutsche Volk und die Entente zu ziehen! Die Dinge liegen so, daß wir Jahre der Erholung brauchen, ehe wir wieder auf eigenen Füßen stehen und arbeitsfähig sind. Wir werden für Jahre Kredit brauchen, Kredit, den allerdings nicht das Reich, sondern nur unsere privaten Unternehmungen bekommen werden. Zahlungen können wir für die Wiederherstellung nicht leisten, es sei denn auf Kosten unseres Lebens und unserer Freiheit. (Sehr richtig! rechts.)

Suchen Sie eine Grundlage für eine Verständigung, wie durch gemeinsame Leistungen dem gemeinsamen Uebel und der gemeinsamen Not, die ja — ich erkenne das an — auch auf anderen Staaten lastet, abgeholfen werden kann; eine Verständigung, die uns aber zuerst die Möglichkeit von Leistungen schaffen muß. Nur auf einer solchen Grundlage ist eine Einigung möglich. Wenn Sie in Genf über eine feste Summe verhandeln, dann unterschreiben Sie, bitte, nicht wieder etwas, was Sie nicht durchführen können!

Ich bin der erste, der anerkennt, daß man für den Reichshaushaltsetat mit festen Zahlen rechnen muß. Aber das allerschlimmste ist eine neue feste Verpflichtung, die wir nicht erfüllen können, eine neue Unterschrift, die wir nicht honorieren können. (Sehr richtig! rechts.)

Meine Damen und Herren! Der Engländer Keynes, den ich wiederholt zitiert habe, schreibt über die Bestimmungen des Friedensvertrags:

> Diese Bestimmungen ziehen Deutschland Jahr für Jahr ins Unendliche bei lebendigem Leib die Haut ab. So geschickt und umsichtig diese Operation auch ausgeführt werden mag und mit welcher Rücksicht dabei das Leben des Patienten behandelt werden mag, ist das eine Politik, die das Urteil der Welt bald für eine der scheußlichsten Handlungen erklären wird, die grausame Sieger in der Geschichte der Kulturwelt jemals begangen haben.

(Hört! Hört! rechts.)

Welche deutsche Verwaltung wird sich zum Helfershelfer, ja ich sage zum Henkersknecht dieser scheußlichsten Politik, die nach dem Urteil dieses Engländers jemals in der Weltgeschichte begangen worden ist, hergeben? (Sehr gut! rechts.)

Ich komme nunmehr zu unseren

**inneren Sorgen.**

Der Fehlbetrag von 18 Milliarden bei den Reichseisenbahnen ist geradezu ein Skandal. Auch der Herr Reichsfinanzminister hat proklamiert: „Es geht nicht an, daß solche Fehlbeträge noch länger geduldet werden." Das sind die Worte des Reichsfinanzministers. Sie fragen mich, was ich vorschlage. Ich frage den Herrn Reichsfinanzminister, was er getan hat, um das Wachsen der Fehlbeträge zu verhindern. Er ist doch Träger der Verantwortung! (Zuruf von den Sozialdemokraten: Das sind die Folgen des Krieges!)

Darauf komme ich noch. — Meine Parteifreunde haben aus Anlaß der Situation der Eisenbahnen, die sich immer mehr verschlimmert hat, bei der Beratung des sogenannten Notetats den Antrag gestellt, es möge eine Kommission aus Abgeordneten und Sachverständigen eingesetzt werden, um die Lage der Eisenbahnen

in technischer und finanzieller Beziehung zu prüfen, damit wir Klarheit bekommen. Wir wissen noch nicht, was von den 18 Milliarden auf das sogenannte Retablissementskonto der Eisenbahnen kommt. Ich habe mich vergeblich bemüht, ein klares Bild darüber zu bekommen. Der Vertreter des Reichsverkehrsministers hat geantwortet, daß von den 18 Milliarden — wenn ich mich recht erinnere — etwa 4 bis 5 Milliarden auf das Retablissementskonto kämen; aber wie gesagt, wir sehen nicht klar. Ich glaube, es wäre am Platze gewesen, dem Antrage, den wir gestellt haben, sofort Folge zu geben. Es sind inzwischen Monate vergangen, und heute zum erstenmal tritt diese Kommission zusammen. Etwas mehr Eile wäre nach meiner Ansicht in diesem Punkte entschieden geboten gewesen.

Ich kann nun aus den Ausführungen des Herrn Reichsfinanzministers nicht das Vertrauen gewinnen, daß er dieser so überaus wichtigen Frage, die über das Schicksal unserer Finanzen entscheidet, mit der vollen Objektivität gegenübersteht, die wir wünschen müßten. Ich habe aus seinen Ausführungen einen Gegenstoß herausgehört, den er gegen die deutsche Schwerindustrie zu führen versuchte. Er hat im Tone des Vorwurfs darauf hingewiesen, daß die Preise für Kohlen auf das 21 fache, der Schienen auf das 27½ fache, der Schwellen, glaube ich, auf das 29½ fache gestiegen sind. Ich nehme an, daß es dem Herrn Reichsminister der Finanzen doch wohl auch nicht unbekannt ist, was im Reichswirtschaftsministerium vorgeht; es ist ihm also wohl nicht unbekannt, daß die Schwerindustrie nicht aus eigener Machtvollkommenheit die Preise so heraufgesetzt hat. Unter der Mitwirkung der Regierung ist doch ein Selbstverwaltungskörper gebildet worden, der in bezug auf die Preisfestsetzung maßgebend ist. In diesem Selbstverwaltungskörper sind Erzeuger, Händler und Verbraucher, und unter den Erzeugern Arbeitgeber und Arbeitnehmer paritätisch vertreten. Dieser Selbstverwaltungskörper, der für die Festsetzung der Preise maßgebend ist, steht unter der Kontrolle und dem Einfluß des Herrn Reichswirtschaftsministers. Ohne Mitwirkung des Reichswirtschaftsministeriums hätten also solche Preiserhöhungen gar nicht zustande kommen können. Sie müssen also doch wohl als notwendig anerkannt worden sein.

Meine Damen und Herren! So hoch aber auch die Mehrauf-

wendungen für das Material sein mögen, so liegt die Hauptursache des Defizits der Betriebsverwaltungen meiner Ansicht nach zu einem weit größeren Teile an den Mehraufwendungen für das Personal. Sie sind an sich genau ebenso notwendig wie die Gehaltserhöhungen in den anderen Ressorts es waren; aber sie wären nicht in solchem Umfang notwendig, wenn nicht in den Betriebsverwaltungen, insbesondere in dem Betriebe der Eisenbahnwerkstätten, nach dem allgemeinen Urteil aller Herren, die sich darüber überhaupt ein Urteil erlauben können, schlechter gearbeitet und schlechter mit dem Material umgegangen würde als an anderen Orten; wenn nicht durch die schematische Durchführung des Achtstundentages, die unmögliche Beseitigung eines jeden Anreizes für eine volle Arbeit — es ist ja inzwischen einiges besser geworden, aber noch nicht genug — die Ergiebigkeit der Arbeit auf das Schwerste beeinträchtigt worden wäre, wenn nicht Hunderttausende — ich glaube, ich sage nicht zu viel — von Arbeitskräften heute noch in diesen Betrieben beschäftigt wären, die überflüssig sind und die andere an einer ordentlichen Arbeit schlechterdings hindern. Es wird Sache der Kommission sein, die jetzt endlich tagt, diese Verhältnisse zu beleuchten und Vorschläge für eine Besserung zu machen. Wir können den Herren von der Regierung nur den Wunsch aussprechen, endlich Dampf dahinter zu machen, damit wir bald zu Vorschlägen kommen, die das Uebel an der Wurzel fassen. Darunter mögen sich dann auch Tariferhöhungen befinden, wenn es gar nicht anders geht; aber nur dann und nur soweit es nicht anders geht. Ich warne vor der Auffassung des Ministers, der hier ausgeführt hat, wenn heute die Eisenbahntarife auf das 25- bis 30fache der Friedenssätze gebracht würden, dann wäre das Defizit verschwunden, und die Betriebsverwaltungen würden im Geld schwimmen. Aus dem Hause ist zu diesen Ausführungen leider „sehr richtig!" gerufen worden. Ich muß sagen: das ist sehr unrichtig. (Zuruf vom Regierungstisch: Das war von rechts!)

Dann kann es nur ironisch gemeint worden sein; dann haben Sie den Unterton nicht gehört. — Wenn Sie heute die Tarife auch nur annähernd auf das 25fache erhöhen, dann wird bald über der letzten Eisenbahnschiene in Deutschland Gras gewachsen sein. (Zuruf vom Regierungstisch.)

Wenn Sie das nicht wünschen, dann möchte ich mir doch die Bemerkung erlauben, Herr Reichsfinanzminister: mit solchen Dingen soll man auch nicht spielen!

Meine Damen und Herren! Noch ein Wort zu den 30 Milliarden des ordentlichen Haushalts und ihrer Deckung. Daß das auch hier tatsächlich vorhandene Defizit, wenn es auch im Etat nicht in die Erscheinung tritt, nicht mit neuen Steuern und Steuererhöhungen gedeckt werden kann, das geht, glaube ich, aus den Ausführungen, die ich mir vorhin in anderem Zusammenhange zu machen erlaubt habe, bereits hervor. Dagegen bedarf die gesamte überhetzte und teilweise verhängnisvolle Steuergesetzgebung der Nationalversammlung einer eingehenden Revision. Die angekündigte neue Novelle zum Reichsnotopfer, mit der die Regierung den größten Stein in diesem Steuergebäude selbst anrührt, wird meinen Freunden Veranlassung geben, die Frage der Revision unserer Steuergesetzgebung aufzurollen und Vorschläge zu machen. Ich kann heute schon sagen, daß wir eine wesentliche Vereinfachung der Steuergesetzgebung unter allen Umständen erreichen müssen, (sehr richtig! rechts) um überhaupt die Möglichkeit der Durchführung der Steuern zu schaffen. Wie es damit heute im argen liegt, das ergeben die uns von dem Herrn Reichsfinanzminister vorgelegten Denkschriften über die Organisation der Steuerverwaltung und über die Veranlagung der Steuern für jeden, der lesen kann. Wir können dem Herrn Reichsfinanzminister und der verflossenen Nationalversammlung den schweren Vorwurf nicht ersparen, daß sie in dem Bestreben nach Zentralisation der Steuerverwaltung die Steuerverwaltung der Einzelstaaten zerschlagen hat, ohne daß man bisher in der Lage war, an die Stelle dieser einzelstaatlichen Steuerverwaltung eine auch nur einigermaßen ausreichende und gut funktionierende Reichssteuerverwaltung zu setzen. (Sehr wahr! rechts.)

Das ist ein Kapitel, über das bei dem Haushalt des Reichsfinanzministers noch mancherlei zu sagen sein wird. Ich stelle heute nur fest, daß die Folge des Schwabenstreichs der Zerschlagung der einzelstaatlichen Finanzverwaltung eine Stockung der Steuererhebung auf der ganzen Linie gewesen ist in einer Zeit, in der Reich, Einzelstaaten und Kommunen dringender denn je die Steuererträgnisse brauchten. (Sehr wahr! rechts.)

Weiter war die Folge dieses Schwabenstreichs der Zerschlagung der einzelstaatlichen Steuerorganisation eine völlige Verwirrung und Zerfahrenheit in den Finanzbehörden selbst. Es ist doch sogar vorgekommen, daß Finanzämter die Annahme von Geldern aus dem Lohnabzug und der Kapitalertragssteuer verweigerten, einfach weil sie nicht wußten, was sie mit diesen Geldern anfangen sollten, die ihnen auf den Tisch gelegt worden sind. Diese Gelder haben Stellen der Landesfinanzämter zurückgewiesen, weil sie ohne Instruktionen waren, weil sie sich gegenüber dem Gelde, das ihnen gebracht wurde, sich nicht zu helfen wußten. Jetzt ruft der Herr Reichsfinanzminister die Landesverwaltungen, vom Regierungspräsidenten und Landrat bis zu den Magistraten und den Amtsvorstehern wieder zu Hilfe, weil die Finanzämter einfach ohne die Hilfe der lokalen Verwaltungsbehörden, die früher die Sache in der Hand hatten, nicht mehr ein- und auswissen. (Sehr richtig!)

Wir müssen weiter von dem Herrn Reichsminister verlangen, daß er bei der Durchführung der Steuergesetze dem Grundsatz von Treu und Glauben besser Rechnung trägt, als das augenblicklich der Fall zu sein scheint. In bezug auf die Kriegsanleihe ist den Zeichnern der Kriegsanleihe formell zugesagt worden — das ist ein Punkt, der auch mich persönlich betrifft, da ich als Reichsschatzsekretär im Einverständnis mit dem Reichstag zuerst diese Zusage gegeben habe —, daß die selbstgezeichneten Anleihen bei späteren Kriegssteuern zu Pari angenommen werden sollen. Es ist eine ganz kleinliche Schikane und eine kleinliche Durchbrechung dieser Zusage, wenn jetzt die Kapitalertragssteuer auf die seit dem 1. Januar laufenden Zinsscheine erst noch abgezogen wird. (Hört! Hört! rechts.)

Das ist im Wortlaut und Geist des Reichsnotopfergesetzes und auch des Gesetzes über die Kriegsvermögenszuwachssteuer nicht begründet. Und es ist der Bruch der Zusage die seinerzeit von den Vorgängern des gegenwärtigen Reichsfinanzministers gegeben worden ist.

Die Sache ist besonders kraß bei der Kriegsvermögenszuwachssteuer. Für die Kriegsvermögenszuwachssteuer sind ja Ratenzahlungen ohne Zinsen vorgesehen. Wenn aber selbstgezeichnete Reichskriegsanleihe in Zahlung gegeben wird, wird sie nur unter

Abzug der seit 1. Januar 1920 aufgelaufenen Zinsen angenommen. Außerdem wird dem Steuerzahler mitgeteilt, daß die nicht selbstgezeichnete Kriegsanleihe zum Steuerkurs unter Zinsabzug angenommen werde. Der Kundige weiß, daß er besser steht, wenn er diese nicht selbstgezeichnete Kriegsanleihe auf der Börse verkauft, er bekommt dann einen besseren Kurs und erspart sich den Zinsabzug. Wenn sich hier jemand auf Mitteilungen der Behörde verläßt, wird er nach meiner Berechnung um 6 bis 7 Prozent durch die Mitteilung der offiziellen Steuererhebungsstelle gegen Treu und Glauben geschädigt.

Eine Verletzung von Treu und Glauben muß ich auch erblicken in den Richtlinien, die das Reichsfinanzministerium hinausgegeben hat, über die Bewertungsgrundsätze für die Veranlagung des Reichsnotopfers. (Sehr richtig! rechts.)

Das bezieht sich auf landwirtschaftliche Grundstücke, aber auch auf industrielle Werte. Für landwirtschaftliche Grundstücke ist die Sache absolut klar. Die Vorschrift, daß bei der Bewertung nur der Ertrag während der Kriegsjahre, seit 1. Januar 1914, berücksichtigt werden dürfe, hat weder im Gesetz einen Grund, noch ist sie in Einklang zu bringen mit den ausdrücklichen Zusagen, die von den Vertretern der Regierungen bei der Beratung des Notopfergesetzes abgegeben worden sind. Es geht nicht an, daß sich heute der Reichsfinanzminister auf den Standpunkt stellt, daß solche Erklärungen, die in der Kommission abgegeben worden sind, nicht verbindlich seien. So könnte im schlimmsten Fall im Prozeß vom Richter entschieden werden; aber ein Minister, dessen Vertreter solche Erklärungen abgegeben hat, ist in seiner Verwaltung nach meiner Ansicht von Treu und Glauben an diese Erklärung gebunden. (Sehr richtig! rechts.)

Sie verlangen Treu und Glauben vom Steuerzahler, und mit Recht. Es muß alles geschehen, um die Ehrlichkeit der Steuerzahler zu stärken. Aber wenn Sie das wollen, Herr Reichsfinanzminister — und wir werden Ihnen dabei helfen —, so werden Sie es wirksam nur dann tun können, wenn nirgends ein Zweifel darüber besteht, daß auch auf der anderen Seite, auf Seiten des Reichsfinanzministeriums, gegenüber den Steuerzahlern Treu und Glauben, in vollem, in weitherzigen Umfange gewahrt wird. (Sehr gut! bei den Deutschnationalen.)

Wir haben weiter Kritik an der Behandlung der Besoldungsfrage zu üben. Lesen Sie die Begründung zum Entwurf des neuen Besoldungsgesetzes auf Nr. 601 der Drucksachen! Es ist das eine — oder ich muß schon sagen: es wäre das eine wahre Komödie der Irrungen, was darin verzeichnet steht, wenn es nicht für die Reichsfinanzen und die Beamtenschaft einfach eine Tragödie wäre. Da sehen Sie am Anfang die Betonung des Grundsatzes, von dem man bei der Schaffung des Reichsbesoldungsgesetzes vom 30. April 1920 ausging, daß „wesentliche Unterschiede zwischen den Besoldungen der Reichs-, Landes- und Gemeindebeamten nicht bestehen dürfen". Sie sehen aber schon im nächsten Absatz, wie dieser Grundsatz durchbrochen worden ist, wie vielfach den Landesbeamten vor den Reichsbeamten durch die Paragraphen der Besoldungsgesetze Vergünstigungen eingeräumt worden sind, wie besonders die Länder vielfach ihre Beamten wesentlich günstiger in die Gruppen der Besoldungsordnung eingestuft haben als das Reich. Ich frage: wo war da das Reichsfinanzministerium? — Es glänzte durch Abwesenheit, sagen wir: durch Geistesabwesenheit. (Heiterkeit.)

Da lesen Sie weiter, wie die Post ihre eigene Personalreform durchgeführt hat ohne Zusammenhang mit den anderen Ressorts, eine Personalreform, aus der sich dann — ich zitiere das Wort, das in der Denkschrift steht — „zwingende Rückwirkungen" für eine Reihe von Beamtengattungen der Reichsverkehrsverwaltung ergaben. Da lesen Sie weiter, wie die Reichsfinanzverwaltung selbst bei der Einreihung der von ihr übernommenen Landesbeamten sich vor offenbar nicht geprüfte Situationen gestellt sah und Höherstufungen vorgenommen hat, was dann natürlich wieder „zwingende Rückwirkungen" auf die anderen Ressorts haben mußte. Die ganze Besoldungsfrage, bei der neben einer jährlichen Milliardenausgabe vor allem die Berufs- und Arbeitsfreudigkeit der gesamten Beamtenschaft auf dem Spiele steht, ist mit einer Zerfahrenheit und Zusammenhanglosigkeit behandelt worden, die ihresgleichen sucht.

Bezeichnend für diese Zustände ist ein Vorgang im Hauptausschuß, den ich selbst miterlebt habe. Eine Anzahl von Abgeordneten verschiedener Parteien brachte einen Antrag auf Besserstellung von gewissen Beamtenkategorien der Reichspostverwal-

tung ein. Der Antrag wird angenommen. Am nächsten Tage erscheint der Reichsfinanzminister und erklärt, der Antrag sei ihm gänzlich unverständlich, er sei auch undurchführbar. Der Antrag müsse nochmals zur Abstimmung gebracht werden. Da steht einer der Antragsteller auf und erklärt: ich verstehe den Reichsfinanzminister nicht, dieser Antrag ist ja auf Anregung des Reichspostministers eingebracht worden. (Hört! Hört!)

Jetzt kommt der Reichsfinanzminister und kündigt sehr stolz Maßnahmen gegen diesen Unfug — verzeihen Sie das harte Wort! — an. Jetzt wird angekündigt, daß die einzelnen Ressorts, nachdem sie in dieser Weise selbständig vorgegangen sind und dadurch die ganze Besoldungsreform verpfuscht haben, auch in ihrer psychologischen Wirkung auf die Beamtenschaft verpfuscht haben, in Zukunft nicht mehr so vorgehen dürften. Nun kommt der Herr Reichsfinanzminister und kündigt ein Sperrgesetz an. Am Schwanz statt am Kopf wird das Pferd da aufgezäumt!

Aber, meine Damen und Herren, das Allerschlimmste im Kreise dieser Maßnahmen der Reichsfinanzverwaltung ist die Art und Weise, wie sich die Reichsfinanzverwaltung zu dem verhalten hat, was der Herr Reichsfinanzminister selbst die „Ueberorganisation" der Reichsfinanzverwaltung und das Uebermaß von Reichsbeamten genannt hat. Im neuen Etat werden nach der Zusammenstellung am Schluß — die aber nicht vollständig zu sein scheint — bei der Uebersicht mehr als 18 000 neue Stellen angefordert. Nach den Mitteilungen des Ministerialdirektors Sachs im Reichsrat beträgt die Zahl der neuen Stellen 24 852. Sie werden gefordert, und wenn Sie nachsehen, ob Sie in der Lage sind, diese neuen Forderungen abzulehnen, dann stoßen Sie auf eine eherne Wand; denn in dem Etat, der vorliegt, stoßen Sie bei den weitaus meisten dieser neuen Stellen auf die trockene Bemerkung: „die angeforderten Stellen sind bereits durch das Gesetz vom 6. August 1920 — das ist der berühmte Notetat — bewilligt". Meine Damen und Herren! Wir haben gegen die Art der Behandlung des Notetats in der Kommission fortgesetzt die schärfste Verwahrung eingelegt mit dem Effekt, daß die Vertreter des Reichsfinanzministers gegen uns aufgetreten sind und der Herr Kollege Bauer von den Mehrheitssozialisten uns „Sabotage"

des Notetats vorgeworfen hat. Wir haben einen Antrag eingebracht, der folgendermaßen lautete:

Der Ausschuß wolle beschließen:

> Die Beratung der in der Ergänzung zum Nothaushaltsetat von 1920 angeforderten Stellen auszusetzen und die Regierung aufzufordern, die Ergänzung zum Nothaushalt 1920 einer Prüfung darauf zu unterziehen, welche der neu angeforderten Stellen vor der Bewilligung des Hauptetats unter allen Umständen als planmäßige Stellen erforderlich sind, und dem Reichstag mit dem Hauptetat 1920 eine Uebersicht über die Organisation der einzelnen Reichsministerien als Grundlage für die angeforderten Stellen vorzulegen.

Diese Resolution ist von dem Vertreter des Reichsfinanzministers bekämpft worden, (hört! hört! rechts) diese Resolution, die eine nochmalige Nachprüfung der Notwendigkeit der Stellen fordert. Sie ist nicht nur gegen die Stimmen meiner Partei — es gab auch in anderen Parteien vernünftige Leute —, sie ist, ich glaube, gegen neun Stimmen abgelehnt worden. Und jetzt, nachdem man uns diesen Nachtragsetat in dieser Weise über den Kopf gestülpt hat — ich finde keinen anderen Ausdruck dafür —, nachdem rund 25 000 neue Stellen bewilligt worden sind, ohne daß es dem Reichstag richtig zum Bewußtsein kam — ich habe damals den Ausdruck gebraucht: es wird uns die Katze im Sack angedreht —, nachdem dies geschehen ist, nachdem jeder Versuch einer Nachprüfung unter der Mitwirkung des Reichsfinanzministers zum Scheitern gebracht worden ist, kommt der Reichsfinanzminister und proklamiert, daß gegen die Ueberorganisation der Behörden vorgegangen werden müsse. (Zuruf vom Regierungstisch.)

Nein, das waren neue Stellen, die im Notetat bewilligt worden sind. — Jetzt, wo es zu spät ist, soll abgebaut werden. (Zuruf vom Regierungstisch: Das haben Sie nicht genau nachgesehen!)

Ich habe das ganz genau nachgesehen! Was soll es angesichts einer solchen Situation nützen, wenn der Herr Reichsfinanzminister sich neulich in seiner Rede auch über diese Mißstände beschwert hat, wenn er darauf aufmerksam gemacht hat: „Allein an der

Grenze sollen elf Organisationen polizeilicher Natur tätig sein"? — Sollen! Ja, wozu ist der Herr Reichsfinanzminister da? Statt beim Reichstag Beschwerde zu führen, hätte er für Ordnung sorgen sollen. Da sagt uns der Reichsfinanzminister: „Der Ueberorganisation muß unbedingt ein Riegel vorgeschoben werden." Das ist das, was wir vor Monaten verlangt haben. Aber der Reichsfinanzminister hat sich durch die Vorlage des Notetats, in dem nicht nur 25 000 neue Stellen geschaffen worden sind, sondern eine ganz neue Ueberorganisation geschaffen worden ist, die ganzen Reichsbehörden auf eine breitere Organisationsgrundlage gestellt worden sind, an der Schaffung der Ueberorganisation selbst beteiligt. — Er hat weiter ausgeführt: „Wir müssen — ich kann Ihnen das Wort nicht ersparen — zu einem systematischen Abbau des ordentlichen Haushalts kommen. Ohne Abbau kommen wir nicht voran; neue Stellen sollen grundsätzlich nicht mehr bewilligt werden . . . Ebenso sollen neue Organisationen grundsätzlich nicht mehr geschaffen werden." — Man wäre versucht, zu sagen: das sind goldene Worte! Aber entsprechend dem Stande unseres Geldwesens sind es leider nur papierne Worte, und ich kann versichern, auch der Kurs, den diese Worte bei uns haben, entspricht dem Werte unseres Papiergeldes. Diese Worte haben bei uns einen Kurs von heute 0,07925. (Heiterkeit.)

Sie sehen, es gibt genug Punkte, wo schon längst hätte eingesetzt werden müssen, und Punkte, wo noch heute eingesetzt werden kann. Ich bin überzeugt, daß bei einer vernünftigen, weniger zerfahrenen, pflichtgemäßen Wirtschaft es möglich sein muß, bei der enormen Anspannung der neuen Steuern, auch wenn die Steuern so zusammengefaßt werden, daß sie tragbar sind, die Last, die der ordentliche Haushalt für uns bringt, zu decken. Ich bin weiter überzeugt, daß bei vernünftigen und durchgreifenden Reformen der Betriebsverwaltungen wir dahin kommen können, daß auch die Betriebsverwaltungen wieder mit ihren Einnahmen ihre Ausgaben decken. (Zuruf bei den Sozialdemokraten.)

Ich habe gesagt, daß wir uns erlauben werden, das Thema zu behandeln, wenn der Herr Reichsfinanzminister uns die Novelle zum Reichsnotopfer vorlegen wird. Ich glaube, die Mängel der Steuergesetzgebung sind derartig zutage liegend, und ich bin überzeugt, daß Ihnen selbst, Herr Abgeordneter Keil, soviel Be-

schwerden zugehen, daß es nicht allzuschwer ist, die Punkte zu erkennen, wo bei einer erträglichen Gestaltung der Steuern eingesetzt werden muß. (Zuruf bei den Sozialdemokraten.)

Reden Sie doch nicht immer von meinen Versäumnissen. Ich habe mich mit Ihnen das letzte Mal darüber auseinandergesetzt; ich lasse mich auf weitere Auseinandersetzungen jetzt nicht mehr ein. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Der Feind wird alles bezahlen!)

Solche Torheiten habe ich selbstverständlich niemals gesagt! (Lebhafter Widerspruch bei den Sozialdemokraten und der U.S.P.)

Ich habe allerdings gehofft, daß uns die Feinde einen Teil der Lasten abnehmen werden. Ich habe aber gegenüber den verbündeten Regierungen schon im Juli 1915 darauf aufmerksam gemacht, daß, wenn wir auch auf einen günstigen Ausgang des Krieges hofften, wir gezwungen sein würden, einen erheblichen Teil der Kriegskosten aus eigenem zu decken. Im selben Sinne habe ich mich bei der ersten Vorlage zur Vorbereitung der Kriegsgewinnsteuer im Dezember 1916 im Hauptausschuß ganz eingehend geäußert. — (Zuruf von den Sozialdemokraten: Und im Plenum?)

Auch im Plenum! Ich verzichte darauf, diese Diskussion nach rückwärts weiter fortzusetzen. (Zuruf von der U.S.P.: Das ist wohl sehr unbequem?)

Meine Damen und Herren! Die finanzielle Notlage, in der wir sind, ist ja nur eine Teilerscheinung der gesamten wirtschaftlichen Notlage. Es ist eine falsche Vorstellung, daß man die Besserung der Valuta mit rein valutatechnischen Mitteln im Wege der Steuergesetzgebung überhaupt herbeiführen könne. Wenn wir nicht wieder zu einer gesunden Wirtschaft kommen, werden wir niemals zu gesunden Finanzen kommen können. (Sehr wahr! rechts.)

Und da kann ich allerdings nur mit dem Kopf schütteln, wenn ich neulich von der äußersten Linken, von Herrn Däumig, hörte, man möge doch nicht mit den alten Redensarten, mit den Rezepten aus der alten Apotheke kommen, mit den Rezepten: Ordnung, Sparsamkeit und Arbeit. Ich weiß nicht, meine Herren, welche neuen Rezepte Sie (nach links) zu präsentieren haben. Etwa das Gegenteil? Unordnung? — Davon haben wir genug! (Sehr gut! rechts.)

Streik? — Davon haben wir auch genug! (Beifall rechts.) Und Verschwendung? — Davon haben wir abermals genug! (Zurufe von der U.S.P.: Aussperrungen! Betriebsstillegungen!)

Gehen Sie den Ursachen nach! Wer hat bei Borsig den Betrieb stillgelegt? (Zuruf von der U.S.P.: Borsig! — Lachen rechts.)

Jawohl, eine kleine Zahl streikender Arbeiter macht eine Führung des Betriebes unmöglich! Das wissen Sie doch so gut wie ich. Verschonen Sie mich doch mit solchen Einwänden.

Also für die Rezepte aus der russischen Apotheke, die uns dort angepriesen werden, bedanken wir uns. (Zustimmung rechts und Heiterkeit.)

Der Herr Abgeordnete Koenen hat sich neulich gerühmt, wie glänzend diese russische Apotheke funktioniere. Er hat darauf hingewiesen, in Petersburg sei die Wohnungsfrage geradezu glänzend gelöst. (Heiterkeit.)

Ja, meine Damen und Herren, einige Zahlen dafür! Die Bevölkerung Petersburg vor dem Kriege betrug weit mehr als 2 Millionen. Heute kommen die optimistischsten Angaben auf 800 000, (hört! hört! rechts) ich habe Angaben von 400 000 gehört. Aber nehmen Sie selbst 800 000 an. Ich glaube, der Herr Abgeordnete Dittmann, der ja in Rußland war und sich über all diese Dinge zu orientieren versucht hat, wird sicher meine Ausführungen bestätigen. (Abgeordneter Hoffmann [Berlin]: Das ist ihm ganz recht! — Heiterkeit.)

Worauf ist es zurückzuführen? Hunderttausende sind (Zuruf von der U.S.P.: Im Krieg!) — nein, nicht im Krieg, sind in der bolschewistischen Revolution totgeschlagen worden. (Erneuter Zuruf von der U.S.P.: Und im Krieg!)

Weitere Hunderttausende sind im Gefolge der bolschewistischen Revolution an Cholera und anderen Krankheiten zugrunde gegangen, andere sind abgewandert. — Meine Herren, Deutschland ist im Verhältnis zu Rußland eine einzige Großstadt, und wenn Sie Ihre russischen Rezepte auf Deutschland anwenden, dann steuern Sie allerdings auch bei uns der Wohnungsnot, aber wie! Dann wird es dahin kommen, wie es im 30jährigen Kriege mit unserem armen Vaterlande gekommen ist, daß die Bevölkerung auf ein Viertel ihres Bestandes unter den unglaublichsten Leiden

und Zuckungen heruntergedrückt wird. (Abgeordneter Hoffmann [Berlin]: Sie haben es dahin gebracht! Sie sind der Hauptverbrecher! — Lachen bei den Deutschnationalen. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter Hoffmann (Berlin), dieser Zuruf widerspricht der parlamentarischen Ordnug; ich rüge ihn. (Abgeordneter Hoffmann (Berlin): Aber wahr ist er!)

Ich bitte, eine solche Wiederholung nicht auszusprechen.

Dr. Helfferich: Meine Damen und Herren! Mit diesem russischen Rezept brauchen wir uns also nicht mehr zu befassen, sondern Sie können überzeugt sein, wir werden alles tun, was in unseren Kräften steht — natürlich auf verfassungsmäßigem Boden — um der Anwendung dieses Reptes entgegenzuwirken. (Beifall bei den Deutschnationalen.)

Wir halten es mit den Rezepten aus der alten Apotheke, und wir bleiben dabei, daß allein Arbeit, Ordnung und Sparsamkeit dem deutschen Volke helfen können. (Zustimmung rechts.)

Wir wissen, daß das mit Worten nicht getan ist. Wir wissen, daß, um die Ordnung aufrechtzuerhalten oder wiederherzustellen, um der Verschwendungssucht zu steuern, aber vor allem, um der Arbeit wieder zu ihrem Recht zu verhelfen, — wir wissen, daß nach dieser Richtung hin die größten Anforderungen an das deutsche Volk, an seine Gesetzgeber und an seine Regierung gestellt werden.

Aber, meine Damen und Herren, auch mit den anderen Rezepten, die uns von den Herren Mehrheitssozialisten — ich weiß nicht, ob auch von den Rechtsunabhängigen — angeboten werden, können wir uns nicht befreunden; ich meine die Sozialisierungsidee. Die ganze Sozialisierung ist in erster Linie ein Verlegenheitsmittel der Mehrheitssozialisten, um ihre Partei zusammenzuhalten. (Lebhafte Zustimmung bei den Deutschnationalen.)

Die Herren sind vom Himmel des Erfurter Programms abgerutscht und sind mit den Füßen immer noch nicht auf der festen Erde der praktischen und positiven Arbeit angelangt, (sehr richtig! und Heiterkeit rechts) und nun schweben sie zwischen Himmel und Erde und hüllen sich in den blauen Dunst der Sozialisierung. (Zuruf von den Sozialdemokraten: Das ist Ihnen sehr unangenehm!)

Ja, nun werde ich Ihnen unangenehm werden; verzeihen Sie, wenn ich mich revanchiere. (Heiterkeit rechts.)

Die ernsthaften Leute bei Ihnen wissen ja ganz genau, wie es mit der Sozialisierung steht. (Sehr richtig! rechts.)

Sie nehmen doch Herrn Kautsky ernst. Herr Kautsky hat vor einigen Monaten — und ich sehe nicht, was seit einigen Monaten sich grundlegend geändert hat — in der „Wiener Arbeiterzeitung" einen ungewöhnlich vernünftigen Artikel, selbst für Herrn Kautsky ungewöhnlich vernünftigen Artikel publiziert, in dem es heißt:

> Der furchtbare Krieg mit den wahnsinnigen Friedensbedingungen der Entente hat den Produktionsprozeß aufs tiefste erschüttert. Ihn aufs rascheste in Gang zu bringen, ist das dringendste Gebot. Sozialistische Produktion ist aber nicht von heute auf morgen durchführbar. Darüber ist sich jeder klar, der eine Ahnung von ökonomischen Dingen hat. (Sehr gut! und Heiterkeit rechts.) Sofortige Wiederherstellung der Produktion heißt daher zunächst sofortige Wiederherstellung der kapitalistischen Produktion. (Hört! Hört! rechts.) Daran kann auch das stärkste sozialistische Wollen nicht ändern. (Zuruf von der U.S.P.: Abwarten!)

Das ist Herr Kautsky!

Und nun kommt ein Mann, den ich auch als Kronzeugen hier anführen möchte, obwohl ich es nicht übermäßig gern tue, Herr Scheidemann. Herr Scheidemann hat nach der „Wiesbadener Volksstimme" in einer Wahlrede in Wiesbaden ausgeführt — Ich stehe hier vor einem kleinen Naturwunder. In der Regel nehmen die Herren vor den Wahlen den Mund sehr voll, sind während der Wahlen sehr unvernünftig mit ihren Reden und werden erst im Parlament etwas ruhiger, gießen etwas Wasser in den Wein. Herr Scheidemann scheint damals während der Wahlen eine Anwandlung von Vernunft gehabt zu haben, die ihn jetzt ganz im Stich gelassen hat. — Er hat in dieser Wiesbadener Rede ausgeführt:

> Wenn der Kapitalismus auf der höchsten Stufe steht, wenn überall Wohlstand ist, dann ist es leicht, den Sozialismus einzuführen. Aber ein zusammenbrechendes Land kann keinen Sozialismus einführen, der Sozialismus wird dann nicht aus dem Bankerott herauskommen. (Hört! Hört! rechts.)

Und Ihr (nach links) Sozialismus wird uns in den vollen Bankrott hineinführen — das setze ich hinzu.

Trotz dieser besseren Erkenntnis wollen Sie unserer Wirtschaft die Sozialisierung aufzwingen.

Wir lehnen die Sozialisierung der verschiedenen Schattierungen ab. Wie die Schattierungen hier in diesem Hause vertreten sind, werden wir ja erfahren, wenn eine Vorlage vorliegt. Vorläufig kann ich die allerverschiedensten unterschieden, die sich ja um die Vorlagen der Sozialisierungskommission, um die Namen Lederer und Rathenau gruppieren. Wir halten beide für unmöglich und undurchführbar. Wir sehen in diesen beiden Vorschlägen nur einen Versuch, unser Wirtschaftsleben vollends zu mechanisieren und bureaukratisieren. (Lebhafte Zustimmung bei den Deutschnationalen.)

Wir sehen nur einen Versuch darin, den privaten Unternehmungsgeist, den wir dringend benötigen, um wieder hochzukommen, der schon genug zu Boden gedrückt ist, ganz und gar niederzuknütteln; wir sehen darin die brennende Gefahr eines weiteren Produktionsrückgangs. Und dagegen wehren wir uns mit Leibeskräften.

Wir wehren uns mit Recht dagegen, daß immer noch in unserer Arbeiterschaft, die ja Gott sei Dank nicht identisch ist mit der Sozialdemokratie, (sehr richtig! bei den Deutschnationalen; Lachen links) die Irrlehre des Klassenkampfes verbreitet wird. Wir haben wahrhaftig genug äußere Feinde, wir haben es dringend nötig, den Kampf im Innern nach jeder Möglichkeit zu beschränken. (Zurufe von den Sozialdmokraten.)

Ich kann nur aus meinem deutschen Herzen heraus an die Herren den Appell richten: überlegen Sie sich immer und immer wieder diese furchtbare Parole des Klassenkampfes. (Zuruf links: Ihre Reden tragen dazu bei!)

Nein, wir proklamieren nicht den Klassenkampf, sondern das genaue Gegenteil: Wir wollen die soziale Versöhnung. (Lebhafte Zustimmung bei den Deutschnationalen. — Lachen links.)

Wir bekämpfen den Wahn, daß es für den Arbeiter überhaupt möglich sei, im Kampfe gegen das Kapital seine Lebenshaltung irgendwie zu verbessern. (Sehr gut! bei den Deutschnationalen.)

Es gibt ja darüber Erhebungen, sie sind Ihnen auch bekannt, soweit Sie gewissenhaft sind, und das sind Sie doch alle. (Heiterkeit rechts.)

Nehmen Sie die Statistiken zur Hand, nehmen Sie die Statistik, die jetzt über den Kohlenbergbau im Ruhrgebiet aufgestellt wurde; es sind einwandfreie Zahlen, an den Bilanzen können Sie die einzelnen Zahlen nachkontrollieren. Wie stellt sich da heute das Verhältnis der Arbeiterlöhne und Angestelltengehälter in dem Kohlenbergbau zur Ausbeute? (Abgeordneter Hoffmann-Berlin: Der Mann, der soviel auf dem Gewissen hat, redet von Gewissen!)

Herr Hoffmann, mit Ihnen rede ich nicht von Gewissen. (Lebhafte Zustimmung rechts. — Wiederholte Zurufe links: Sie waren immer gewissenlos! Sie haben ja kein Gewissen!)

Ich rede nicht von Ihrem Gewissen. Das Thema ist mir zu tief. Ich rede jetzt von den Arbeitslöhnen, von den Angestelltengehältern, die im Ruhrkohlenbergbau im Jahre 1919 gezahlt worden sind, und von der Ausbeute, die an die sogenannten Kapitalisten verteilt worden ist. Die Löhne und Gehälter betrugen 2 Milliarden 161½ Millionen Mark, und die Ausbeute, die Verteilung an die „Kapitalisten" betrug 79,4 Millionen. Die Ausbeute betrug rund 3½ Prozent der gezahlten Löhne und Gehälter. (Zuruf von der U.S.P.: Versteckte Dividenden!)

Wenn versteckte Dividenden da sind, sind es stille Reserven; die kommen doch nicht nur den Aktionären und Kapitalisten zugute, die sind doch heute notwendiger denn je für die Aufrechterhaltung der Betriebsfähigkeit der Werke, die werden doch auch zugunsten der Arbeiter zurückgestellt. Nur ein gewissenloser Unternehmer kann diejenigen Reserven, die notwendig gebraucht werden, um das Werk betriebsfähig zu halten, um nach dem Raubbau des Krieges und der Revolutionszeit das Werk wieder herzustellen, an die Aktionäre ausschütten. Ich rechne es dem deutschen Unternehmer hoch an, daß nirgends in der ganzen Welt das vom kapitalistischen Standpunkt aus uneigennützige System der stillen Reserven so entwickelt worden ist wie bei uns. (Zuruf von der U.S.P. [Linke]: Uneigennützig?)

Ja, das uneigennützige System der stillen Reserven!

Meine Damen und Herren! Sie sehen durch diese Zahlen — und ich könnte diese Zahlen ergänzen —, was im Klassenkampf von dem Arbeiter dem sogenannten Kapitalisten abgezwungen werden kann. Auf diesem Wege kommen Sie nicht weiter, und Sie können sich darauf verlassen, wir werden alles tun, was wir können, um unsere Arbeitermassen, soweit sie noch im sozialdemokratischen Lager stehen, von diesem Zusammenhängen zu überzeugen. (Zuruf links: Da werden Sie nicht viel erreichen!)

Das wollen wir abwarten. Ich habe in die Zukunft des deutschen Vaterlandes ein besseres Vertrauen als Sie.

Meine Damen und Herren! Wir wissen ja ganz genau, daß die Kritik, die ich an Ihnen übe, nicht allein genügt. Wir wissen ganz genau, daß wir die Hände nicht in den Schoß legen dürfen und es den Dingen nicht selbst überlassen dürfen, daß sie besser werden. (Zuruf von der U.S.P. [Linke]: Wir legen die Hände auch nicht in den Schoß!)

Das weiß ich. Sie legen die Hände an andere Dinge. (Heiterkeit.)

Wir wissen ganz genau, daß wir die Augen offen halten müssen, um zu sehen, was Sie tun und vorhaben, aber auch, um aus der Vergangenheit und aus den jetzigen Zuständen zu lernen und daraus die praktischen Folgerungen zu ziehen. (Zuruf von der U.S.P. [Linke]: Sie haben wohl als Manuskript einen Spiegel da?)

Ich bin nicht so eitel wie Sie, Herr Hoffmann. Ich pflege meine Haare glatt zu scheren. — (Heiterkeit. — Abgeordneter Hoffmann [Berlin]: Der Neid der Besitzlosen!)

Meine Damen und Herren! Wir geben uns volle Rechenschaft darüber, daß es zur Zerklüftung unseres Volkes, zu der es gekommen ist und die heute noch besteht, nur hat kommen können, weil nicht alles so war, wie es hätte sein sollen. Wir fragen uns in allem Ernst — und, bitte, tun Sie das auch —, wie in den Jahrzehnten des größten materiellen Aufstiegs unseres Volkes, in den Jahrzehnten, die auch die stärkste Besserung in der Lebenshaltung der handarbeitenden Klassen brachten, ein solcher

**Riß im deutschen Volke**

hat entstehen können. (Zuruf von der U.S.P. [Linke]: Durch Ihre Gewissenlosigkeit!)

Wir sind stolz darauf, daß in bezug auf Sozialpolitik das deutsche Volk an der Spitze aller Kulturnationen marschierte, ausgehend von der kaiserlichen Botschaft Wilhelms I., die die soziale Gesetzgebung einleitete. (Beifall rechts.)

Wir haben den anderen Ländern zum Vorbild gedient. Ich glaube, daß wir hinter keinem Lande zurückgeblieben sind, sondern in dieser Beziehung den anderen die Wege gezeigt haben. Aber wir stehen vor der traurigen Tatsache, daß auch diese weitherzige Sozialpolitik, die ein Ruhmestitel des kaiserlichen Deutschlands ist und bleiben wird, (lebhafte Zustimmung rechts) das Entstehen des Risses im deutschen Volk nicht hat verhindern können. In materiellen Momenten kann also die Ursache kaum liegen. Sie liegt wohl in ideellen Momenten. Sie liegt darin, daß der Mensch schließlich vom Brot allein nicht lebt. Sie liegt darin, daß unsere ganze großindustrielle Entwicklung den Arbeiter innerlich immer weiter von seiner Arbeit abgedrängt hat; und dafür war es ein mangelhafter Ersatz, daß es ihm besser ging, daß er mehr Brot, mehr Fleisch und Bier und Tabak konsumieren, sich besser kleiden konnte als früher und für Alter, Krankheit und Erwerbsunfähigkeit eine Versorgung hatte. Deshalb sehen wir es als unsere Aufgabe an, den ideellen Imponderabilien, die in der Vergangenheit nicht genügend beachtet worden sind, zur Geltung zu verhelfen. Auf diesem Boden kann jeder, der ehrlich mitarbeiten will, unserer Hilfe und Unterstützung sicher sein. (Zuruf von der U.S.P. [Linke]: Was verstehen Sie denn darunter?)

Was wir darunter verstehen, darüber gestatten Sie mir auch noch ein Wort! Wir wissen ganz genau, daß, um das zu verwirklichen, was ich eben aussprach, neue Formen des Zusammenwirkens von Kapital und Arbeit, von Unternehmertum, geistiger und körperlicher Arbeit notwendig sind. Solche neuen Formen sind im Werden. Solchen neuen Formen muß der Weg geebnet werden, nicht durch die Sozialisierung, die eine Mechanisierung und Bureaukratisierung herbeiführt, sondern in der Weise, daß die individuelle Gestaltung dieser Formen den allerweitesten und freiesten Spielraum erhält. Es kommt Kapitalbeteiligung in Frage, es kommt die Gewinnbeteiligung in Frage, und es kommt die Anregung des Herrn Dr. Heim wegen einer Beteiligung am Bruttoertrag in Frage. Ich

möchte Sie — auch die Herren auf der Linken! — ausdrücklich auf das verweisen, was jetzt in England vor sich gegangen ist bei der Beilegung des großen Kohlenarbeiterstreiks. Es gibt in diesem Hause wohl niemand, der den Engländern den common sense, den gesunden Menschenverstand, abspricht und der behauptet, daß der englische Arbeiter einen kleineren sozialen Stolz und ein schlechteres Arbeitergewissen hätte als irgendein Arbeiter bei uns. Dort ist eine Lösung gefunden worden, die die englische Arbeiterschaft befriedigt hat, Radikale und Ultraradikale gibt es natürlich auch dort, aber die große Masse der englischen Bergarbeiter ist befriedigt worden durch Zugeständnisse, die die Arbeiterschaft interessieren an einer Mehrproduktion, die der englischen Arbeiterschaft mehr Lohn zusprechen für den Fall, daß der englische Kohlenexport sich erhöht, und zwar mehr Lohn je nach dem Grade der Erhöhung. Ich glaube, in diesem Falle können wir von den Engländern lernen. Wir sollten die Ansätze zu der Besserung, von der ich eben sprach, auch bei uns in Deutschland pflegen, ihnen die Bahn frei machen und sie mit allen Kräften unterstützen. Mit dem Gesetz allein geht es nicht. (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Mit Sozialisierung von toten Stoffen, von Erz und Kohle, geht es auch nicht. Das Wichtigste ist die Sozialisierung der Gesinnung — auf beiden Seiten. (Lebhafte Zustimmung bei den Deutschnationalen. — Zurufe links.)

Sie ist bei den Arbeitern, die in Ihrem Lager (zu den Sozialdemokraten) stehen, ebenso nötig wie bei anderen. (Zuruf bei der U.S.P. [Linke]: Bei Ihnen ist sie am nötigsten!)

Bei uns ist sie im Gange, ist sie da. Kommen Sie uns auf diesem Weg entgegen! (Abgeordneter Hoffmann [Berlin]: Der Not gehorchend, nicht dem eignen Triebe!)

Der Not des Vaterlandes gehorchend — Sie haben ganz recht, Herr Hoffmann — und dem Triebe unseres deutschen Gewissens! (Bravo! bei den Deutschnationalen.)

Meine Damen und Herren! Die Lösung wird sich nicht aus dem Aermel schütteln lassen, so wenig wie eine große Reform in vergangenen Zeiten. Aber das eine steht fest: der Weg, der zur Lösung führt, geht nicht durch die marxistische Sozialdemokratie; der Weg ist die Ueberwindung der marxistischen Sozialdemokratie;

der Weg heißt nicht Klassenkampf, er heißt soziale Versöhnung. (Lebhafter Beifall rechts.)

Aus dieser sozialen Versöhnung wird das neue Deutschland erwachsen. Diese soziale Versöhnung, die wir erstreben und die, wie ich hoffe, in nicht allzu langer Zeit der überwiegende Teil der Arbeiterschaft, auch soweit sie noch in Ihrem Lager (zu den Sozialdemokraten) steht, Hand in Hand mit uns erstreben wird, ist auch die erste Voraussetzung für die Wiedererweckung des Gedankens der nationalen Gemeinschaft und damit für die Wiedererstehung unseres deutschen Vaterlandes. Für diesen sozialen und nationalen Gedanken arbeiten und kämpfen wir mit allen unsern Kräften. Wir lassen uns darin nicht irre machen, darauf können Sie sich verlassen. (Lebhafter Beifall bei den Deutschnationalen.)

III.

# Rede vom 27. April 1921.

**Deutscher Militarismus und deutscher Friedenswille. — Die Schuld am Kriege und das Versailler Diktat. — Amerika und die Schuld am Frieden. — Das Vermittlungsgesuch an den Präsidenten Harding. — Pariser Diktat, Londoner Angebot, „schallende Ohrfeige". — Die Politik des Nachbetens. — Der Geist Ludwigs XIV. — 1807 und 1921.**

## Vorbemerkung:

Die Bemühungen des deutschen Außenministers Dr. Simons um eine sich in den Grenzen der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit Deutschlands haltende Regelung des Kontributions-Problems waren gescheitert. Die im Juli 1920 beim vorzeitigen Auseinandergehen der Konferenz von Spaa in Aussicht genommenen Beratungen der „Reparationsfrage" durch Sachverständige hatten zwar endlich im Laufe des Monats Dezember in Brüssel begonnen, waren aber nicht zu Ende geführt worden. Dafür hatten die leitenden Staatsmänner der Entente sich im Januar 1921 in Paris ohne Zuziehung deutscher Vertreter über ein Deutschland aufzuerlegendes Diktat geeinigt. Die Bedingungen dieses Diktates waren so hart, daß der Reichsaußenminister Dr. Simons die „wirtschaftliche Versklavung des deutschen Volkes" als die notwendige Folge ihrer Annahme bezeichnete und daß der Führer der Mehrheitssozialisten Hermann Müller erklärte: „Eine deutsche Regierung, die bereit wäre, diese Vorschläge als ausführbar zu erklären, wird sich nicht finden." (Reichstagssitzung vom 2. Februar 1921.)

Für Anfang März wurde der deutsche Außenminister zu einer Konferenz in London eingeladen, die endgültig über die Deutschland aufzuerlegenden „Reparationen" entscheiden sollte. Obwohl Dr. Simons Gegenvorschläge mitnahm, die weit über das von den befragten deutschen Sachverständigen für erfüllbar erklärte Maß hinaus-

gingen, und obwohl er im Laufe der Londoner Besprechungen mit seinen Zugeständnissen die Grenze der ihm von der Reichsregierung gegebenen Instruktionen überschritt, scheiterten die Verhandlungen an der Unnachgiebigkeit der Ententestaatsmänner. Dem Abbruch der Verhandlungen folgte die Durchführung der für diesen Fall angedrohten „Sanktionen" auf dem Fuße: am 8. März wurde Düsseldorf, Ruhrort, Duisburg, und die umliegenden Gebiete von Ententetruppen besetzt und eine Zollgrenze zwischen dem besetzten Gebiet und dem übrigen Deutschland errichtet. Der Reichstag sprach am 12. März mit einer alle Parteien außer den Unabhängigen und Kommunisten umfassenden Mehrheit der Regierung die Billigung dafür aus, daß sie sich geweigert hatte, unerfüllbare Verpflichtungen zu übernehmen.

Um den Weg für neue Verhandlungen frei zu machen, wandte sich die deutsche Regierung in der zweiten Hälfte des April an den neugewählten Präsidenten der Vereinigten Staaten, Herrn Harding; sie ging soweit, daß sie sich einem von ihm gefällten Schiedsspruche „ohne Einschränkungen und Vorbehalt" unterwerfen zu wollen bereit erklärte. Bekanntlich hat Präsident Harding Schiedsspruch und Vermittlung abgelehnt. Am 5. Mai stellten die Ententemächte der deutschen Regierung das „Londoner Ultimatum" zu. Das Kabinett Fehrenbach trat zurück. An der neuen Regierung beteiligten sich neben dem Zentrum und den Demokraten die im Juli 1920 ausgeschiedenen Mehrheitssozialdemokraten, während die deutsche Volkspartei an der Neubildung des Kabinetts nicht teilnahm. Die neue Regierung mit dem bisherigen Reichsfinanzminister Dr. Wirth an der Spitze nahm das Londoner Ultimatum an und proklamierte die „Politik der Erfüllung".

Während diese Entwicklung im Zuge war, führte eine deutschnationale Interpellation, die am 25. April von dem Abg. Dr. Hoetzsch begründet wurde, eine Erörterung über den Gang der auswärtigen Politik herbei. Nachdem der Reichsminister des Auswärtigen am 26. April die Interpellation beantwortet hatte, kam in der Besprechung der Interpellation am 27. April nach dem Wortführer der Regierungsparteien Dr. Rießer und nach einer Rede des sozialdemokratischen Führers Hermann Müller Dr. Helfferich zum Worte.

* * *

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Helfferich. (Ah!-Ah!-Rufe links.)

Dr. Helfferich: Meine Damen und Herren! In diesem Hause habe ich schon manches Mal in schwerer Stunde gesprochen, früher als Staatssekretär und dann als Abgeordneter. Aber ich muß sagen, mit schwererem Herzen als heute bin ich die Treppe zu der Rednertribüne kaum jemals hinaufgestiegen. (Lachen und Zurufe links.)

Denn ich bin mir der Verantwortung der Stunde bewußt. (Erneutes Lachen und Zurufe links.)

Ich glaube, ein Verantwortungsgefühl zu besitzen, das dem Herrn Vorredner offenbar vollständig abgeht. (Entrüstung bei den Sozialdemokraten. — Fortgesetzte Zurufe links.)

Ich glaube, es ist der Gipfel der Unverantwortlichkeit, wenn in dieser Stunde der Führer einer großen Partei des Reichstags nichts anderes zu sagen weiß als Dinge, die, mag er es wollen oder nicht, dazu geeignet sind, die Verantwortung für die furchtbare Lage, in der heute das deutsche Volk sich befindet, auf das deutsche Volk selbst und seine Regierung zu wälzen. (Erneute Zurufe von den Sozialdemokraten. — Große Unruhe.)

Damit besorgen Sie, ob Sie es wollen oder nicht, die Geschäfte des Herrn Briand. (Lebhafte Zustimmung rechts. — Lachen und Zurufe links.)

Herr Abgeordneter Müller, Sie haben für die Lage, in der wir heute stehen, den

**„eroberungssüchtigen deutschen Militarismus"**

verantwortlich gemacht. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Sie haben ihn verantwortlich gemacht für den Ausbruch des Krieges, für die Verlängerung des Krieges und für das Ende des Krieges. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Sie sagen „Sehr richtig!". Ich sage, das, was Sie hier gesagt haben, ist das Gegenteil der Wahrheit. (Lebhafte Zustimmung rechts. — Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Sie brauchen diese Behauptung, Sie haben diese Behauptung nötig, um das größte Verbrechen, das in der deutschen Geschichte jemals begangen worden ist, die Revolution vom 9. November, zu rechtfertigen. Aber es wird Ihnen nichts nützen. (Stürmische Rufe links: Unverfrorenheit! Unverschämtheit! Mörder! — Andauernde große Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Ich möchte aber doch bitten, sich in den Zwischenrufen etwas zu mäßigen. (Abgeordneter Hoch: Wenn solch ein Verbrecher dasteht!)

Herr Abgeordneter Hoch, ich rufe Sie zur Ordnung!

Dr. Helfferich: Im deutschen Volke, erfreulicherweise auch im Auslande, beginnt die Wahrheit allmählich zu dämmern, beginnt die Sonne der Wahrheit durch die Wolken und Nebelschleier zu brechen. Aber Sie (nach links) stellen sich vor die Sonne, damit die Wahrheit nicht hindurchkommt. (Erneute Zurufe links.)

Meine Damen und Herren! Das kaiserliche Deutschland war die friedlichste Macht der Welt. (Lachen und Widerspruch links.)

Wenn Sie mir nicht glauben — — (Zurufe links: Das ist die Unwahrheit!) — wenn Sie mir nicht glauben, dann nehmen Sie Zeugen zur Hand, Zeugen, die über den Gang der Dinge mit prophetischem Blick vorausgesagt haben, ehe die Dinge sich abspielten. Nehmen Sie den größten Staatsmann des abgelaufenen Jahrhunderts, nehmen Sie den Fürsten Bismarck, der erklärt hat, der „cauchemar des coalitions", der Alpdruck der Koalitionen, mache ihm schlaflose Nächte, der erklärt hat: Deutschland ist die einzige Großmacht in Europa, die ihre Ziele auf friedlichem Wege erreichen kann, die keine Ziele verfolgt als solche, die auf friedlichem Wege zu erreichen sind, während die Nachbarmächte Deutschlands — — (fortgesetzte Rufe links: Wann hat er das gesagt?) Das hat Bismarck gesagt. Bezweifeln Sie es? (Erneute Rufe links: Wann?)

In seinen „Gedanken und Erinnerungen" hat er es gesagt; aber die brauchen Sie (nach links) freilich nicht zu kennen! — Er hat hinzugefügt: Die Gefahr für den Weltfrieden besteht darin, daß die Nachbarn Deutschlands offen oder versteckt Ziele verfolgen, die nur durch Krieg zu verwirklichen sind. (Lebhafte Zustimmung rechts.)

In diesem Satze Bismarcks, da liegt die Wurzel des Weltkrieges offen. (Sehr richtig! rechts.)

Meine Damen und Herren! Nehmen Sie die Vorgeschichte des Weltkrieges. Ich will mich auf das Zeugnis eines Engländers berufen, der Ihnen (zu den Sozialdemokraten) nahe steht oder richtiger noch den Unabhängigen oder Kommunisten, auf das Zeugnis des Herrn Morel, der Ihnen wohl bekannt ist und dessen Buch über „die Wahrheit und den Krieg" Ihnen wohl auch bekannt sein wird. In diesem Buch finden Sie einen Brief, den Herr Morel noch während des Krieges, im Jahre 1915, an

den Präsidenten Wilson gerichtet hat. In diesem Briefe schreibt er:

> Die solide Tatsache besteht, daß die mächtige deutsche Nation 44 Jahre lang den Frieden gehalten hat. Keine andere Nation kann sich eines solchen Rekords rühmen. Deutschland hat sein Schwert in der Scheide behalten, während seine Nachbarn das ihrige gezogen und sehr heftig geschwungen haben. Deutschland hat allerdings oft genug laut mit dem Säbel gerasselt, besonders dann, wenn Deutschland um seine Stellung im Gleichgewicht der Mächte besorgt geworden ist.

(Sehr richtig! rechts. — Zuruf links.)

Er hat hinzugefügt:

> Aber dieses Deutschland, das mitunter mit dem Säbel gerasselt hat, es hat den Säbel nicht aus der Scheide gezogen.

(Hört! Hört! rechts.)

> Es hätte sein Schwert mit aller Aussicht auf Erfolg immer und immer wieder ziehen können in den Jahren, in denen es militärisch jeder möglichen gegnerischen Kombination überlegen war, — wenn die Absicht seiner Herrscher die Unterwerfung von Europa oder auch nur eines Teiles von Europa gewesen wäre.

(Hört! Hört! rechts.)

> Der persönliche Einfluß seiner Herrscher ist immer wieder, wie die hervorragendsten Politiker und Schriftsteller in den Ländern seiner heutigen Feinde —
>
> Herr Morel schrieb das im Jahre 1915 —
>
> bezeugt haben, für die Sache des Friedens ausgeübt worden.

(Hört! Hört! rechts.)

> Während dieser Zeit,
>
> so führt Herr Morel aus, —
>
> hat jede einzelne der jetzt mit Deutschland im Kriege liegenden Großmächte das Schwert gezogen und die blutigsten Eroberungskriege geführt. Während seine Nachbarn Kriege führten, hat Deutschland ein bewundernswertes industriewirtschaftliches Gebäude aufgebaut, das alles durch einen Krieg zu verlieren hatte.

(Sehr richtig! und Zuruf rechts: Warum so ruhig da drüben?)

Das war nach vorurteilsfreiem englischen Zeugnis der „eroberungssüchtige deutsche Militarismus" vor dem Kriege.

Und nun der deutsche Militarismus im Kriege, geführt von dem Kaiser. Ich kann mich auf Herrn Scheidemann berufen, der ja jetzt eine Broschüre veröffentlicht hat. Ich halte es nicht für übermäßig taktvoll, was alles darin steht, mit Rücksicht auf Ueberlegungen, die sich mit dem berühren, was gestern der Reichsminister des Aeußern über die Publikationen der „Germania" gesagt hat. (Sehr wahr! rechts.)

Aber es steht eines darin, für dessen Veröffentlichung ich Herrn Scheidemann dankbar bin. Es ist aktenkundig hier festgelegt — ich nehme an, die Akten sind echt — die Unterredung des Nuntius Pacelli mit dem Kaiser vom Juni 1917. Wer kann den Bericht über diese Unterredung lesen, ohne mit der tiefsten Erschütterung zu sehen, in welchem Maße der Kaiser davon überzeugt war, daß, sobald wir Bedingungen bekommen, die irgend für das deutsche Volk annehmbar sind, der Frieden gemacht werden muß! Wer will nach diesem Dokument, das kein anderer als Scheidemann an das Licht des Tages gezogen hat, von einem eroberungssüchtigen kaiserlichen Deutschland reden? (Sehr wahr! rechts. — Zurufe links.)

Ich kann aus eigener Kenntnis einiges hinzufügen. Als dann später, im September 1917, das vielbesprochene Schriftstück, der Brief des Nuntius Pacelli, nach Deutschland kam, haben der Staatssekretär v. Kühlmann und der Kanzler Michaelis den Kaiser veranlaßt, einen Kronrat abzuhalten. In diesem Kronrat ist über die Einzelheiten, die vorlagen, über die Seite, von der die Anregung zu Friedensverhandlungen ausging, das strengste Stillschweigen beobachtet worden; aber der Kronrat war auf Grund der Mitteilungen und Andeutungen Kühlmanns mit dem Kaiser der Ansicht, daß Belgien kein Friedenshindernis bilden dürfe. Von den Militärs kamen allerdings Einwendungen, die aus Gründen der künftigen Sicherheit Deutschlands erhoben wurden. (Lebhafte Rufe links: Aha!)

Warten Sie doch ab! — Einwendungen, die von den Militärs vom Standpunkt der von ihnen wahrzunehmenden Interessen eben-

so pflichtgemäß gemacht worden sind, wie Moltke im Jahre 1871 auf Metz und anfangs sogar auf Belfort bestanden hat.

Aber das Wichtigste, das Ausschlaggebende ist, daß der Kaiser in seiner Entscheidung über diese Einwendungen der Militärs hinweggegangen ist. (Hört! Hört! rechts.)

Der Kaiser hat damals dem Staatssekretär v. Kühlmann gesagt, und der Staatssekretär v. Kühlmann hat das in einem Prozeß, in dem er von mir als Zeuge benannt war, auf seinen Eid bestätigt — der Kaiser hat dem Staatssekretär v. Kühlmann am Ende des Kronrats gesagt: „Jetzt haben Sie freie Bahn, jetzt zeigen Sie, was Sie können, und sorgen Sie, daß das deutsche Volk bis Weihnachten den Frieden hat!" (Lebhafte Rufe rechts: Hört! Hört! — Zurufe links: Und welche Rolle hat Helfferich dabei gespielt?)

Welche Rolle ich dabei gespielt habe? Auch ich habe die Ansicht vertreten, daß Belgien kein Friedenshindernis bilden dürfe; auch ich habe — (Zuruf links: eine ganz traurige Rolle!)

Sie haben ja keine Ahnung von den Dingen und meiner Haltung! Reden Sie doch nicht über Dinge, von denen Sie nichts wissen! (Erneute Zurufe und Unruhe links.)

Meine Damen und Herren! Herr Müller (Franken) macht in diesem Augenblick nicht nur den Versuch das kaiserliche Deutschland für den Krieg und seine Verlängerung verantwortlich zu machen. Das ist ihm nicht genug. Er geht weiter. Er belädt auch das heutige nichtkaiserliche Deutschland mit Schuld und Verantwortung für die Lage, in der wir heute sind. (Widerspruch links.)

Welchen Sinn soll es denn haben, in diesem Augenblick die Entwaffnungsfrage hier in einer Weise aufzurollen, wie es neulich von Herrn Dißmann und heute von Herrn Müller geschehen ist? Wenn Sie hier in der Entwaffnungsfrage Vorwürfe gegen die Regierung und große Teile des deutschen Volkes erheben, dann tun Sie etwas, was uns nach außen hin nur aufs schwerste schädigen kann. (Sehr richtig! rechts.)

Sie sprechen von der Entwaffnung des deutschen Volkes. Aber was Sie tun, ist die Bewaffnung unserer Feinde — (Sehr richtig! rechts. — Große Unruhe und lebhafte Zurufe links.)

Die Bewaffnung unserer Feinde mit Argumenten für ihre Ge-

waltpolitik! Sie gehen ja mit Ihren Angriffen auf die deutsche Regierung noch über die Engländer hinaus! Lesen Sie doch, was Lloyd George nicht nur einmal, sondern wiederholt erklärt hat: es sei eine staunenswerte Leistung, die Deutschland mit der Entwaffnung vollbracht habe. (Hört! Hört! rechts.)

Sie (nach links) gehen ja über Lloyd George hinaus bis zur Höhe der Vernichtungswut eines Briand! Berücksichtigen Sie doch ein wenig den Umstand, daß die Regierung bei der Entwaffnung teilweise noch über die schauderhaften Verpflichtungen des Versailler Vertrags hinausgegangen ist! Sie lesen doch in den Noten der deutschen Regierung an die Alliierten, daß der Friedensvertrag Deutschland das einwandfreie Recht gibt, die Festungen im Osten und Süden in ihrer Armierung auf dem Stande vom 10. Januar 1921, dem Tage der Ratifizierung des Friedensvertrags, zu lassen; trotzdem sind wir in unserer Entwaffnung darüber hinausgegangen, wir haben einen großen Teil der Armierung dieser Festungen ausgeliefert. Sie können weiter in den französischen Kammerberichten vom vorigen Jahre nachlesen, daß Clémenceau angegriffen worden ist, daß er Deutschland aus Unachtsamkeit die Geschütze in den Ost- und Südfestungen gelassen habe; darauf hat er geantwortet: nein, das war keine Unachtsamkeit, das war wohlüberlegt; wir haben den Deutschen die Geschütze gelassen, weil die Deutschen vom Osten her von den russischen Bolschewisten schwer bedroht sind und auch in unserem Interesse in der Lage sein müssen, sich dagegen zu wehren. (Hört! Hört! rechts.)

Da muß ich hier den französischen Ministerpräsidenten Clémenceau zitieren gegenüber dem Abgeordneten Müller (Franken), einem früheren deutschen Reichskanzler! (Lebhafte Zurufe und Zustimmung rechts.)

Ueber das, was Herr Müller über das Begräbnis der Kaiserin gesagt hat, und über seine Behauptung, daß die Deutschnationalen die Leiche der Kaiserin ausgenutzt hätten, um parteipolitische Geschäfte zu machen, verliere ich keine weiteres Wort. (Lebhafte Pfui-Rufe rechts.)

Das zeugt von einer solchen Niedrigkeit der Gesinnung, daß ich es ablehne, darüber überhaupt zu diskutieren. (Lebhafter Beifall rechts. — Große Unruhe links.)

Meine Damen und Herren! Nach dieser Einleitung (Lachen links) — ja, das war nur eine Einleitung, Sie werden noch anderes zu hören bekommen! — nach dieser Einleitung, zu der mich die Rede eines früheren deutschen Reichskanzlers gezwungen hat — sehr gegen meine Absicht —, komme ich zu denjenigen Ausführungen, die ich hier zu machen mir ursprünglich vorgenommen hatte. Zunächst zur Frage der **Schuld am Kriege**, auf das ja das ganze Versailler Diktat mit seinen „Reparationen" aufgebaut ist. Sie können überzeugt sein, diese Ausführungen werden getragen sein von dem ganzen Verantwortungsgefühl, das nach meiner Ansicht in jedem wach sein sollte, der heute hier spricht. (Lachen und lebhafte Zurufe links. — Gegenrufe rechts.)

Meine Freunde gehen nicht blind durch die Welt. Sie verhüllen ihr Auge nicht vor der ungeheuren Schwere der Lage, in der sich Deutschland befindet. Wehrlos, wie es ist — durch wessen Schuld, will ich heute nicht weiter erörtern; die Erörterung liegt nahe, ich verschiebe sie auf ein anderes Mal —, wehrlos einem rachsüchtigen und vernichtungswütigen Gegner preisgegeben, der bewaffnet ist bis an die Zähne, — das ist die Lage Deutschlands. Und weil wir diese Lage kennen, deswegen sind auch meine Freunde bereit, Opfer zu bringen, schwere Opfer zu bringen. (Stürmische Zurufe links.)

Meine Herren, Sie täten besser, Ihre Plätze einzunehmen und mich ruhig anzuhören. Das würde der Würde des Hauses mehr entsprechen, und vielleicht könnten Sie sogar etwas dabei lernen. (Lebhafte Rufe und Gegenrufe. — Große Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Ich richte diese Mahnung, die Plätze einzunehmen, an alle Damen und Herren.

Dr. Helfferich: Meine Damen und Herren! Ich sage: Weil meine politischen Freunde die volle Schwere der Lage Deutschlands vor Augen haben, deswegen sind auch sie bereit, Opfer, schwere Opfer zu bringen, um, wenn es möglich ist, mit unseren Gegnern zu einer Verständigung in der

**Reparationsfrage**

zu kommen. Das ist der Grund unserer Opferbereitschaft, daß wir wissen, wie schwer und verzweifelt die Lage des deutschen Volkes ist; aber nicht ist der Grund irgendein Gefühl einer moralischen Verpflichtung. (Sehr richtig! rechts. — Zurufe links.)

Das ist es, was wir an den Ausführungen des Herrn Reichsaußenministers bedauern, daß aus ihnen immer ein Unterton herausklingt, als ob er selbst davon überzeugt sei, daß Deutschland hier moralisch etwas gutzumachen habe, daß Deutschland moralisch den anderen Ländern etwas schuldig sei. (Zuruf links: Selbstverständlich!)

Sie sagen „selbstverständlich", (Zuruf links: ja!) und damit tun Sie wieder das, was mich und alle guten Deutschen an Ihnen empört, Sie liefern den andern die Waffen! (Lebhafte Zurufe links.)

Das hängt ja zusammen mit der Schuldfrage, von der ich vorhin gesprochen habe. Wir müssen darauf bestehen, daß vor allen Dingen und mit dem größten Nachdruck die moralische Reinigung Deutschlands vorgenommen wird. (Bravo! rechts. — Stürmische Zurufe links.)

Ich habe den Dingen näher gestanden als die meisten aus diesem Hause, (Zuruf links: Leider!) und ich glaube, gerade weil ich den Dingen näher stand, weil ich in vieles hineingesehen habe, was anderen verborgen ist, weil ich an manchem mitgewirkt habe, worüber heute noch Dunkel schwebt, deswegen bin ich mehr als mancher andere berufen, in dieser Sache mitzusprechen. (Lebhafte Zurufe links.)

Ich kann Zeugnis ablegen und werde Zeugnis ablegen, (Zuruf links: Aber falsches! — stürmische Zurufe rechts) freimütig und offen Zeugnis ablegen, wo immer ich kann, für die Motive, die Deutschland vor dem Kriege und während des Krieges geleitet haben.

Der Herr Reichsminister des Auswärtigen hat eine glänzende Gelegenheit vorbeigehen lassen, endlich einmal Auge in Auge mit unseren Gegnern über diese Frage zu sprechen. Bisher hat man immer aus der Distanz gekämpft. Meine Damen und Herren! Lloyd George, der im Dezember vorigen Jahres ausdrücklich festgestellt hat, daß es im moralischen Sinne keine Kriegsschuldigen

gibt, der ausdrücklich festgestellt hat: Je mehr er die Erinnerungen derjenigen gelesen habe, die an den Ereignissen beteiligt waren und die von den Ereignissen Kenntnis haben, destomehr habe er sich davon überzeugen müssen, daß niemand diesen Krieg mit Willen und Wissen herbeigeführt habe, daß man allerseits in den Krieg hineingetaumelt und hineingestrauchelt sei, — derselbe Mann, der diese Worte ausgesprochen hat — ich nehme sie ihm nicht ohne weiteres ab, nach meiner festen Ueberzeugung gibt es allerdings Leute, aber nicht in Deutschland, die diesen Krieg bewußt herbeigeführt haben —, (Lachen links) derselbe Mann saß dem Herrn Reichsminister des Auswärtigen in London gegenüber, und derselbe Mann, der wenige Wochen zuvor diesen Ausspruch getan hatte, (Zustimmung rechts) der eine ganz deutliche Preisgabe der Schuldlüge ist, (wiederholte Zustimmung rechts) derselbe Mann sagt dem Herrn Reichsminister des Auswärtigen: Das Anerkenntnis der Kriegsschuld Deutschlands ist das Fundament des Versailler Vertrags. (Hört! Hört! rechts. — Zuruf von den Sozialdemokraten: Hat er nicht gesagt!)

Er hat erklärt: Deutschland hat im Versailler Vertrag seine Verantwortlichkeit für den Krieg anerkannt, (Widerspruch bei den Sozialdemokraten; Zuruf rechts: Doch!)

Deutschland ist verpflichtet, die volle Verantwortung zu tragen; wenn Deutschland seine Schuld am Kriege bestreiten will, so rührt es damit an das Fundament des ganzen Versailler Vertrages. (Sehr wahr! rechts.)

Meine Damen und Herren! Das war eigentlich von Lloyd George geradezu eine Einladung an unseren Reichsminister des Auswärtigen, (sehr richtig! rechts) nun zu sagen: Jawohl, die Schuldlüge ist die Grundlage des ganzen Versailler Vertrags, und dieser Schuldlüge treten wir entgegen. Mit einer Erörterung der Schuldlüge kommen wir dazu, daß wir hoffentlich auch euch Engländer und vielleicht auch einmal euch Franzosen dazu bringen, daß ihr anerkennt: Der Versailler Vertrag ist aufgebaut auf der ungeheuerlichsten und ruchlosesten Lüge, auf der jemals in der Weltgeschichte ein Vertrag aufgebaut worden ist. (Lebhafte Zustimmung rechts. — Zurufe links.)

Aber, meine Damen und Herren, in derselben Sitzung, in der das vorgebracht wurde in einer Weise, die eine sofortige Antwort erforderte, hat der Herr Reichsminister des Auswärtigen geschwiegen; er hat in einer späteren Sitzung nach mehreren Tagen in einer — nach meiner Ansicht — so ungenügenden, so lahmen, so entschuldigenden Weise geantwortet, daß Deutschland ja nicht allein schuld sei, daß es auch noch andere gäbe, daß damit auf der Konferenz und in der Welt natürlich kein Eindruck gemacht werden konnte. (Sehr wahr! rechts. — Zurufe links.)

So spricht niemand, der sich seines guten Rechts bewußt ist und entschlossen ist, sein gutes Recht zur Geltung zu bringen. (Sehr richtig! rechts.)

Ich will nicht sagen: so spricht jemand, der ein schlechtes Gewissen hat. Ich weiß, der Herr Reichsminister des Auswärtigen hat kein schlechtes Gewissen, und das deutsche Volk, für das er sprach, hat erst recht kein schlechtes Gewissen. Aber so spricht allerdings jemand, der nicht die volle, in diesem Augenblick notwendige Entschlossenheit und Tatkraft besitzt, sein gutes Recht zur Geltung zu bringen. Und der Eindruck, meine Damen und Herren, auf den es doch ankommt, der Eindruck, der im Ausland in der Tat erweckt wurde, der war: da sitzt der arme Sünder! (Abgeordneter Müller [Franken]: Er hat zweimal von dem durch Deutschland provozierten Krieg gesprochen; Sie lügen ununterbrochen! — Erregte Rufe rechts: Pfui! — Große Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter Müller (Franken), ich rufe Sie für diesen Zwischenruf zur Ordnung!

Dr. Helfferich: Meine Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Müller (Franken) scheint kein übermäßig feines Auffassungsvermögen zu besitzen. Wenn Lloyd George zweimal von dem durch Deutschland provozierten Krieg gesprochen hat, dann hat er zweimal davon gesprochen, daß Deutschland die Schuld am Kriege trägt. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Nein!)

Wenn ich einen Krieg provoziere, bin ich doch schuld am Kriege! Aber ich will es dem Herrn Abgeordneten Müller überlassen, nachher zu explizieren, was er gemeint hat. Niemand im ganzen Hause hat es offenbar verstanden, und er scheint es selbst nicht zu wissen.

Meine Damen und Herren! Es gibt aber nicht nur eine Schuld am Kriege, die heute allerdings in den Augen eines großen Teiles der Bewohner des Erdballes auf uns liegt und von der wir uns zu reinigen haben, wenn wir eine Aenderung herbeiführen wollen. Es gibt auch eine Schuld am Frieden. (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Ueber diese Schuld am Frieden werde ich in anderem Zusammenhange sprechen, wenn ich auf unsere Beziehungen zu Amerika eingehe. Darüber wird dann einiges zu sagen sein. Ich bleibe im Augenblick bei der Situation, wie sie heute vor uns steht, und erkläre nochmals: Auch wir sind überzeugt, daß auf dem Weg, den heute die internationale Politik geht, Europa einer ungeheuren, nahezu unaufhaltsamen Katastrophe zurollt. Auch wir sind bereit, auf Grund des Versailler Vertrages Opfer zu bringen, um diese Katastrophe im letzten Augenblick abzuwenden. Aber wir sind nicht bereit, Opfer zu bringen, die das deutsche Volk versklaven und vernichten. (Sehr richtig! rechts.)

Wir wollen unsere Freiheit behalten, wir wollen frei arbeiten und schaffen können, wir wollen in unseren eigenen Angelegenheiten selbst bestimmen, wir wollen keine Knechte und Bettler sein. Wir wollen nicht behandelt werden wie Halbwilde, die Vormundschaft brauchen, um zu höheren Kulturstufen geführt zu werden. Wir wollen nicht behandelt werden wie Kolonialvölker und auch manche Volksteile in Europa, die für ihre Herren nur Ausbeutungsobjekte sind. Da hat unser Entgegenkommen, da hat unsere Opferbereitschaft eine Grenze!

Meine Damen und Herren! Wenn ich nun an der

**Führung unserer auswärtigen Politik**

in diesen letzten Monaten Kritik übe, so will ich zunächst von dieser Kritik eines ausschließen. Ich möchte nicht das Mißverständnis aufkommen lassen, als ob wir den Versuch beanstanden und tadeln wollten, der von unserer Regierung gemacht worden ist, die Vereinigten Staaten von Amerika an einer friedlichen Verständigung über das Reparationsproblem zu interessieren. (Zustimmung rechts.)

Diesen Weg kritisieren wir nicht nur nicht, sondern diesen

Weg halten wir an sich für richtig. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Aber Ihre Presse hetzt dagegen!)

Sie lesen unsere Presse so ungenau, daß Sie nicht wissen, was darin steht. (Sehr richtig! rechts.)

Sie lesen sie eben mit sozialdemokratischen Augen, die alles falsch sehen. — (Zustimmung rechts.)

Meine Damen und Herren! Wir halten diesen Weg an sich für richtig, weil einmal Amerika in der Tat erst in einem späteren Stadium in den Krieg eingetreten ist und weil man vielleicht die Hoffnung hegen kann, daß die Leidenschaft dort nicht die Siedehitze erreicht, wie wir sie vor allem in Frankreich sehen.

Wir halten es aber auch aus materiellen Gründen für richtig. Denn Amerika hat für seinen Handel, für seine Produktion und für seine ganze Volkswirtschaft das brennendste Interesse daran, daß Europa endlich wieder konsumfähig gemacht wird. Der Mangel der Konsumfähigkeit in Europa ist ja der Grund der ganzen Weltwirtschaftskrise, die nicht nur die europäischen Länder trifft, sondern auch auf die Vereinigten Staaten übergreift und die sich steigern wird in einem Maße — und hier stimme ich ausnahmsweise Herrn Dißmann in dem bei, was er neulich gesagt hat —, von dem die wenigsten sich heute überhaupt eine Vorstellung und einen Begriff machen. Wir hoffen darauf, daß in Amerika in weiteren Kreisen, als es in anderen Ländern, als es namentlich in Frankreich der Fall ist, die Einsicht in diese ökonomischen Zusammenhänge besteht, und daß man auch aus diesem Grunde bereit sein wird, dazu beizutragen, das Reparationsproblem im Wege einer freundlichen Vermittlung zu entwirren. Ja, ich gehe weiter: ohne die tätige Mitwirkung der Vereinigten Staaten sind die furchtbaren wirtschaftlichen und finanziellen Probleme, die der Krieg und der Versailler Frieden hinterlassen haben, überhaupt nicht zu lösen.

Aber es kommt noch ein Drittes hinzu, das wir nicht vergessen dürfen. Meine Damen und Herren! Ich sprach vorhin schon von der Schuld am Frieden. Die Schuld, daß der Friede so ausgefallen ist, daß er zu einem Frieden der schonungslosesten, der erpresserischsten Gewalt geworden ist, die Schuld daran trägt vor

allem — (Zuruf links: Helfferich!) natürlich, bei Ihnen muß es immer ein Deutscher sein. (Erneute Zurufe links: Sie sind es!)

Ich sage, die Schuld daran trägt vor allen Dingen ein Mann, der von der anderen Seite des Atlantischen Ozeans herübergekommen ist mit einem großen Koffer, der voll der wunderbarsten Ideale war, (sehr richtig! bei den Deutschnationalen) ein Mann, der einen Frieden der Gerechtigkeit und der Versöhnung, der Völkerverbrüderung verheißen hat, ein Mann, dessen Charakterstärke und vielleicht auch Intelligenz jedoch nicht ausgereicht haben, um diese Versprechungen zu verwirklichen. (Erneute Zustimmung bei den Deutschnationalen.)

Sie (nach links) können vielleicht sagen: Es ist diplomatisch unklug — Sie sind ja so große Diplomaten —, (Heiterkeit rechts) jetzt, wo wir mit Amerika in Verhandlungen stehen, über diesen Punkt zu sprechen. Kleine diplomatische Klugheiten und Unklugheiten dürfen nach meiner Ansicht in dieser Schicksalsstunde keine Rolle spielen. Jetzt heißt es Offenheit und Klarheit! Wir haben ein Recht, von diesen Dingen zu sprechen, und wir haben eine Pflicht, in dieser Stunde darüber zu sprechen. Wenn wir uns nach einer besonderen Legitimation für dieses Recht umsehen wollten, so ist auch diese vorhanden. Wer hat Wilson nach Paris begleitet? Sein Staatssekretär Lansing. Herr Lansing hat vor kurzem ein Buch veröffentlicht über die Vorverhandlungen der feindlichen Mächte zum Versailler Frieden, das die allerschärfsten Anklagen gegen den Präsidenten Wilson enthält, das mit allerschärfsten Ausdrücken die Politik des Präsidenten Wilson in Versailles kennzeichnet und brandmarkt; ein Buch, in dem er dem Präsidenten Wilson mit glatten Worten vorwirft, daß er um des verrückten Phantoms seines falschen Völkerbundes willen seine Grundsätze einen nach dem andern verraten, verschachert und verkauft hat, daß er schuld ist an den Zuständen, in denen sich heute Europa krümmt und windet.

Auch der Engländer Keynes hat auf diese Zusammenhänge hingewiesen. Auch er hat darauf aufmerksam gemacht, daß Deutschland auf Grund einer der feierlichsten Versprechen, die in der Weltgeschichte jemals abgegeben worden sind, den Waffenstillstandsvertrag unterzeichnet und seine Waffen niedergelegt hat, —

auf Grund eines der feierlichsten Versprechen der Weltgeschichte! — und daß dieses Versprechen in der schnödesten Weise gebrochen worden ist. Damit hat er durchaus Recht; denn der Präsident Wilson hatte sich auf unsere Anfrage an die Alliierten gewandt und nach Gedanken- und Meinungsaustausch mit den Alliierten schließlich seine endgültige Antwort gegeben — ich glaube, sie war vom 4. November. In dieser Antwort sprach er nicht nur für sich, sondern er sprach für die sämtlichen zahlreichen mit uns Krieg führenden Nationen als deren Wortführer und Garant. Er legt sich und die Alliierten darin fest auf die bekannten 14 Punkte seiner Botschaft vom Januar 1918, mit zwei Vorbehalten, die hier keine entscheidende Rolle spielen.

Was ist von diesen 14 Punkten verwirklicht worden?

Nichts und weniger als nichts! Ich will den Vergleich von Versprechen und Halten heute nicht im einzelnen ziehen. Aber der Mann, der in der feierlichsten Weise sein Wort verpfändet hat und von diesem Wort nichts, aber auch gar nichts gehalten hat, ist von der anderen Seite des Atlantischen Ozeans herübergekommen. Es liegt mir fern, das amerikanische Volk für das verantwortlich zu machen, was hier am deutschen Volk gesündigt worden ist. Das amerikanische Volk hat bei der letzten Wahl sein Urteil über Wilson und seine Politik gesprochen. Wenn das amerikanische Volk das Verhalten Wilsons gebilligt hätte, dann wäre er heute noch Präsident. Wir haben Gott sei Dank in dem Präsidenten der Vereinigten Staaten es jetzt mit einem neuen Mann zu tun, der nach Wilson und im Kampf mit Wilson die Präsidentenschaft erlangt hat. Aber immerhin glaube ich, es ist nicht unnütz auf diese Dinge hinzuweisen, und ich wenigstens habe das Gefühl: Kein Deutscher ist überhaupt in der Lage, diese Gedankengänge jemals aus seinem Herzen zu entfernen. (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Meine Damen und Herren! Wir hätten es für richtig gehalten, wenn vor jenem unmittelbaren **Schritt unserer Regierung bei dem Präsidenten Harding** mit der Regierung der Vereinigten Staaten, mit denen wir uns heute noch im formellen Kriegszustand befinden, vorher eine Fühlung genommen worden wäre, um festzustellen: können wir überhaupt mit Amerika vorankommen, und

in welcher Richtung, und wie können wir mit Amerika vorankommen?

Der Herr Reichsminister des Auswärtigen hat uns mitgeteilt, daß ein solcher Versuch in der Tat gemacht worden ist. Der Versuch ist etwas spät gemacht worden. Der Gedanke, daß Amerika an diesen Problemen interessiert sei und interessiert werden müsse, ist doch etwas älteren Ursprungs als von vorgestern. Ich gebe zu, es war schwer, solange Wilson Präsident war, offiziell mit Amerika in Fühlung zu treten. Aber es stand doch nahezu sicher fest, daß die demokratische Partei in den Vereinigten Staaten durch die republikanische abgelöst werden würde, und ich glaube, da hätte Vorarbeit geleistet werden können, die leider Gottes versäumt worden zu sein scheint. Mir ist wenigstens von solcher Vorarbeit nichts bekannt. Einerlei, wie dem sei, der Versuch wurde jetzt, nach dem Scheitern der Londoner Konferenz, vom Auswärtigen Amt gemacht über eine dritte neutrale Stelle, die der Reichsminister des Auswärtigen gestern nicht näher bezeichnet hat, obwohl sie in aller Munde ist. Ich scheue mich nicht, auszusprechen, was alle wissen, daß es der Vatikan war. Wer es nicht gewußt hat, hat es gestern erraten. Der Versuch ist gescheitert unter den betrübenden Umständen, von denen gestern der Herr Reichsminister des Aeußern gesprochen hat. Meine Damen und Herren! Ich, der ich die Ereignisse während des Krieges miterlebt habe, bin durch dieses Trauerspiel erinnert worden — das sage ich auf die Gefahr hin, hier wieder mit gröblichen Zurufen bedacht zu werden — an die Vorgänge, die sich im Juni 1917 abspielten. (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Damals war die einzige ernste Friedensmöglichkeit, und wir sehen jetzt mit Schrecken und Entsetzen, daß dieselbe Seite, von der nach meiner Ueberzeugung damals diese einzige Friedensmöglichkeit vernichtet worden ist, im Keime erstickt worden ist, auch jetzt wieder die Möglichkeit, vor der Absendung eines offiziellen Telegramms mit Amerika durch eine neutrale Instanz in Verbindung zu treten, sabotiert hat, um dieses üble Wort zu gebrauchen. (Sehr wahr! bei den Deutschnationalen. — Zurufe bei den Sozialdemokraten.)

Meine Damen und Herren! Wir haben es also mit der Tatsache zu tun, daß es nicht möglich gewesen ist, mit dem Präsidenten

Harding vor Absendung des offiziellen Telegramms in Fühlung zu treten. Aber auch in dieser Lage kann ich und können meine Freunde und, ich glaube, sagen zu können, können die weitesten Kreise draußen im Lande, Kreise, die weit über die Grenze unserer Partei hinausgehen, nicht begreifen und verstehen, wie ein solches Telegramm hat abgeschickt werden können. (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Wir haben dieses Telegramm nicht nur zu beanstanden, soweit es die Form betrifft. Wir haben vor allem den Geist, der darin liegt, zu beanstanden. Man kann heute über diesen Teil der Angelegenheit ruhig und in aller Offenheit sprechen; denn derjenige Teil des Telegramms ist abgetan, den wir beanstanden: der Schiedsspruch des Präsidenten Harding. Ich kann es verstehen und begreifen, wenn Völker in ihrem Verkehr untereinander Fragen zweiter und dritter Ordnung, bei denen es nicht um Leben und Sterben geht, in die Hand eines Schiedsgerichts legen. Das ist ein Gedanke, den ich begreife und sogar begrüße. Aber ich kann nicht verstehen, wie Männer, die für Leben und Sterben eines Landes verantwortlich sind, in einer Frage, bei der es um Leben und Sterben dieses Landes geht, die volle Entscheidung bedingungslos und vorbehaltlos einem Dritten überantworten. (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Das ist es, was draußen im deutschen Volk so gut wie niemand überhaupt begriffen hat. (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen. — Zuruf bei den Sozialdemokraten: Sie begreifen überhaupt nichts!)

Auf solche törichten Zurufe gestatten Sie mir, nicht zu antworten. (Sehr gut! rechts.)

Meine Damen und Herren! Der Präsident Harding hat offenbar — das muß ich hier aussprechen — mehr Gefühl für nationale Würde und auch mehr Gefühl für Verantwortlichkeit leitender Staatsmänner gehabt als diejenigen Männer unserer Regierung, die für die Abfassung dieses Telegramms verantwortlich sind. (Unruhe bei den Regierungsparteien. — Zuruf: Das ist ein Deutscher, der so etwas sagt!)

Ja, ich bin ein Deutscher; und gerade deshalb sage ich, was gesagt werden muß. — Präsident Harding hat es abgelehnt, auf dieses Kernstück, — richtiger: auf diesen einzigen Inhalt des deut-

schen Vorschlags einzugehen. Er hat in seiner Antwort einen anderen Weg anheimgegeben, den Weg, auf dem wir uns jetzt befinden und dessen vorläufig letzte Etappe das Angebot ist, das gestern der Herr Außenminister Dr. Simons verlesen hat.

Meine Damen und Herren! Ich hätte es gut verstanden, wenn der Herr Reichsminister des Auswärtigen diesem Angebot nicht einen so ausführlichen Kommentar beigegeben hätte, wie das geschehen ist. Das Angebot ist abgeschossen. Die Kugel ist aus dem Lauf. Wir können im Augenblick an diesem Angebot nichts ändern, ob wir ihm zustimmen oder nicht. Infolgedessen wäre es, glaube ich, besser gewesen, wenn eine so ausführliche Kommentierung, wie sie gestern erfolgt ist und wie sie zweifellos nicht in allen Teilen geeignet war, dem Angebot die Wege zu bereiten, nicht erfolgt wäre. Wir unsererseits wünschen nicht, heute in eine ausführliche Kritik dieses Angebots einzugehen. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Das haben Sie schon gemacht!)

Verzeihen Sie, auf das Angebot, das gestern verlesen worden ist, bin ich noch nicht eingegangen, und wir wünschen das heute auch nicht zu tun. Wir sind vorher nicht gehört und gefragt worden; wir tragen für die Lage, wie sie sich aus dem Schritt bei dem Präsidenten Harding entwickelt hat, keine Verantwortung; wir wollen heute diese verwickelte und kompromittierte Lage unsererseits nicht weiter verwickeln und kompromittieren; deshalb warten wir die Antwort des Präsidenten Harding ab und begnügen uns, nur eins festzustellen: dieses Angebot geht zweifellos über das, was man die Grenze der deutschen Leistungsfähigkeit nennt, sehr erheblich hinaus. (Sehr wahr! bei den Deutschnationalen.)

Lassen Sie mich mit diesem einen Wort dieses Kapitel schließen, bis wir gezwungen sein werden, auf Grund der Antwort des Präsidenten Harding den Faden der Kritik wieder aufzunehmen.

Aber, meine Damen und Herren, wenn wir uns Rechenschaft geben wollen über die Situation. in der wir uns befinden, auch über das, was weiter zu geschehen hat — für alle Eventualitäten —, so müssen wir uns klar werden über die ganze Politik, wie sie im Laufe der letzten Monate verfolgt worden ist. Ich brauche Ihnen die verzweifelte Lage Deutschlands, von der ich

vorhin sprach, nicht noch einmal ins Gedächtnis zurückzurufen. Aber immerhin bildet sie den Untergrund für alles, was geschehen ist, und für alles, was zu geschehen hat. Es gibt in dieser Lage, wenn sie von draußen her auf das äußerste getrieben wird, schließlich nur eine Alternative: das ist die bedingungslose Unterwerfung oder das, was gestern sogar der Herr Reichsminister des Auswärtigen mit den Worten angedeutet hat: „Jede Gewalt hat schließlich eine Grenze, wo kein Volk sie mehr ertragen kann." Ein Volk, das in einer so furchtbaren Lage ist wie wir, muß von seinen Führern verlangen, daß sie sich über diese Alternative und über die äußerste Grenze dessen, was ein Volk schließlich ertragen kann, rechtzeitig klar werden und daß sie dementsprechend einen klaren Kurs halten. Das, was wir an unserer deutschen Politik bedauern, und das, wovon wir wünschen, daß es endlich ein Ende finden möchte, ist der Mangel an dieser Klarheit, das Schwanken hin und her. (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Meine Damen und Herren! Als die Pariser Beschlüsse bekannt wurden, hat nicht nur der Herr Reichsminister des Auswärtigen, haben nicht nur die Deutschnationalen, da hat der Herr Hermann Müller, da hat Herr Wels, da haben andere, die deutschnationaler Parteigesinnung unverdächtig sind, hier Reden gehalten, in denen sie die Pariser Forderungen als gänzlich unannehmbar, als gänzlich unerfüllbar, als gänzlich indiskutabel bezeichneten. Der Herr Reichsminister des Auswärtigen ist damals im Lande herumgereist, hat vor allem in Süddeutschland eine ganze Anzahl von Reden gehalten, die jeder vernünftige Mensch nur dahin auffassen konnte: „In dem, was wir in London vorschlagen werden, ist die äußerste Grenze des Möglichen erreicht. Ich suche jetzt beim deutschen Volke die Rückendeckung. Die ganze Welt soll wissen, daß, wenn das dem Gegner nicht genügt, dann der Punkt gekommen ist, an dem die Welle sich überschlagen muß." — So mußten doch die Reden des Herrn Dr. Simons vor London aufgefaßt werden. Der Reichsminister des Auswärtigen ist dann nach London gegangen. Die Parteiführer wurden am Abend vor seiner Abreise zusammengerufen. Ich muß sagen, ich war erschüttert darüber, wie weit unsere Gegenvorschläge gegangen sind. Ich habe mir nicht erklären

können, wie diese Gegenvorschläge, von denen ich annahm, daß sie wochenlang mit den Sachverständigen beraten worden seien, eine solche Gestalt haben annehmen können. Ich habe auch aus den Ausführungen des Herrn Reichsminister des Auswärtigen damals den Eindruck gehabt — es hat sich später als falsch herausgestellt, wir haben uns damals offenbar falsch verstanden —, daß die Sachverständigen ihrerseits sich ursprünglich auf ein konkretes Projekt nicht hätten einigen können, daß aber dann eine kleine Kommission der Sachverständigen diesen Vorschlag ausgearbeitet habe, und daß die Sachverständigen schließlich in ihrer großen Mehrheit damit einverstanden gewesen seien.

Er hat das nicht mit klaren Worten ausgesprochen; aber ich habe mich bei anderen Teilnehmern an der Versammlung erkundigt, und alle, mit denen ich gesprochen habe, standen unter dem Eindruck, daß diese Vorschläge schließlich doch die Billigung der Sachverständigen oder wenigstens eines erheblichen Teils der Sachverständigen gefunden hätten. Ich habe nachher keinen Sachverständigen entdeckt, der mir gesagt hätte: ich bin überzeugt, daß wir das erfüllen können, — und der mir gesagt hätte: wir haben dem Reichsminister des Auswärtigen erklärt, daß wir mit der Uebermittlung solcher Vorschläge einverstanden sind. Das, was mir die Sachverständigen genannt haben als die von ihnen bezeichnete äußerste Grenze, liegt erheblich unter dem Londoner Angebot. Kein Sachverständiger, den ich gesprochen habe, will eine Mitverantwortung für unser Londoner Angebot nach Form und Inhalt übernehmen!

Meine Damen und Herren! Der Reichsminister des Auswärtigen trägt vor dem deutschen Volke und vor der Geschichte die heute noch nicht abgeschlossene Verantwortung für dieses Angebot und für das, was sich daraus entwickelte. Er ist nach London gegangen, er hat dieses Angebot vorgelegt, und er hat es doch schließlich mit einer Begründung vorgelegt, aus der man entnehmen konnte: das deutsche Volk macht hier seine äußerste Anstrengung. Er hat auch davon gesprochen, daß er über die Sachverständigen, wenigstens über einen Teil der Sachverständigen, hinausgegangen sei. Das konnte doch nur heißen: Nun hat die deutsche Regierung in schwerster Sorge und Gewissensnot schließlich die äußerste Linie gezogen; nun gibt es kein Mehr!

Meine Damen und Herren! Was folgte? Es folgte die

unwillige, die ungebärdige und hochfahrende Rede von Lloyd George. Auf diese Rede folgte nicht etwa eine Antwort unseres Reichsministers, sondern es folgte eine Vertagung. Dann folgten Verhandlungen unter der Hand, die dann einige Tage später wieder zu einer öffentlichen Sitzung führten. In diesen abseits der Konferenz geführten Besprechungen hat sich der Herr Minister des Auswärtigen breitschlagen lassen, Vorschläge zu machen, die noch erheblich über das nach London mitgebrachte Angebot hinausgingen, (hört! hört! bei den Deutschnationalen) die nicht nur darüber hinausgingen, sondern — der Herr Minister des Auswärtigen hat auch von London mit Berlin Fühlung genommen — die auch, wie er ja selbst zugegeben hat, über die Instruktionen, über die äußersten Grenzen hinausgegangen sind, die ihm von dem Berliner Kabinett auf seine Rückfrage von London aus bezeichnet worden sind. Trotz dieses Drauflegens: Abbruch der Verhandlungen; denn auch das war den anderen noch nicht genug. Es ist nicht so, als ob Herr Minister Dr. Simons die Verhandlungen in London abgebrochen hätte. Die anderen haben sie abgebrochen, haben uns mit den „Sanktionen" bedroht, haben die „Sanktionen", die Vergewaltigungen über uns verhängt. (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Und nun hören wir unmittelbar nachher den Reichsminister des Auswärtigen von dieser Tribüne aus sagen: Das, was uns da widerfahren ist, ist eine schallende Ohrfeige; es kann kein Gedanke daran sein, daß wir, nachdem wir diese Ohrfeige bekommen haben, unsererseits den Faden der Verhandlungen wieder aufnehmen. Es war im Auswärtigen Ausschuß ausführlich von diesen Dingen die Rede. Da war ein Streit, ob Deutschland überhaupt verhandeln solle, ob es verhandeln dürfe, solange die „Sanktionen" bestehen, solange sie nicht aufgehoben seien. Wir waren dieser Ansicht, andere dachten anders. Aber ich habe keine Stimme gehört, die erklärte: wir müssen, auch wenn die „Sanktionen" weiter bestehen, nun unsererseits sofort wieder den in London abgebrochenen Faden aus unserer Initiative heraus aufnehmen. Der Herr Minister des Auswärtigen hat sich gestern gewissermaßen zu entschuldigen versucht, indem er sagte, er hätte das ja nicht sofort getan. Meine Damen und Herren! Das macht im Eindruck auf In- und Ausland durchaus keinen Unterschied.

Wer sagt, wir dürften, solange die Sanktionen bestehen, unsererseits die Hand nicht wieder ausstrecken, wir dürften, nachdem wir diese Ohrfeige erhalten haben, aus unserer Initiative heraus Verhandlungen nicht wieder in Fluß bringen, der kann es auch nicht mehr. (Abgeordneter Haußmann: Was würden Sie getan haben?)

Herr Haußmann, darüber bin ich Ihnen hier keine Auskunft schuldig. (Sehr gut! bei den Deutschnationalen. — Lachen und Zurufe bei den Deutschen Demokraten und links.)

Ich könnte Sie ja fragen, was Sie in derselben Situation getan haben würden. Sie gehören ja zu den Regierungsparteien. Vielleicht geben Sie die richtige Antwort! (Sehr gut! bei den Deutschnationalen.)

Ich fahre weiter fort: Nun wurden Vorschläge gesucht und ausgearbeitet, die ich aus den vorhin angedeuteten Gründen heute im einzelnen nicht kritisieren will, die aber doch über das, was in London von Herrn Dr. Simons zuletzt angeboten worden ist, nun wieder in gewissen Punkten hinausgingen; vor allen Dingen in einem Pukte, der sich finanziell nicht ausdrücken läßt, der aber politisch und moralisch ganz ungeheuer schwer wiegt. Das ist der Punkt X des Angebots, mit dem wir uns bereit erklären, für jede Art von Kredit, den man uns gewähren will, jede Art von Garantie aus unserem öffentlichen Eigentum und unseren öffentlichen Einkünften zu geben. — Meine Damen und Herren! Die anderen mögen so etwas von uns verlangen. Schlimm genug, wenn es geschieht; und es ist ja in gewissem Umfange geschehen. In so lapidarem Umfange ist es, soweit ich sehe, bisher noch nicht geschehen. Es liegen sogar Dokumente von der gegnerischen Seite vor, die gerade das Gegenteil besagen. Ich erinnere an die Verhandlungen von Versailles, nachdem die Friedensbedingungen überreicht waren, an die Sorgen, die man damals bei uns hatte, auf die damals auch die alliierten Regierungen aufmerksam geworden sind, daß die finanziellen Bedingungen des Vertrages schließlich eine finanzielle und wirtschaftliche Kontrolle über Deutschland bedeuten würden. Es ist damals von der gegnerischen Seite bestritten worden, daß solche Absichten vorlägen. Jetzt bieten wir selbst eine solche Kontrolle mit unserer eigenen Hand an, und damit gehen wir abermals weiter als alles, was bisher von uns angeboten worden ist.

Meine Damen und Herren! Was ist die Wirkung einer solchen Politik des Sichselbstüberbietens? — Ich bin fest überzeugt: der Herr Reichsminister Dr. Simons ist genau von derselben Sorge für unser deutsches Volk beseelt wie wir; ich bin fest überzeugt: er hat den besten Willen, einen Weg aus der furchtbaren Lage zu suchen, in der wir uns befinden; ich bin fest überzeugt: er hat den ernstlichsten Willen, eine Verständigung mit den andern herbeizuführen. Aber ich behaupte: je weiter er in dieser Politik geht, desto mehr entfernt er sich und uns von der Möglichkeit einer Verständigung. (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Draußen im Auslande hat jetzt niemand — der Herr Reichsminister des Auswärtigen hat sich selbst darüber beklagt — Vertrauen darin, daß Deutschland aufrichtig bis zur Grenze seiner Leistungsfähigkeit gehen wolle. Kann dieses Vertrauen bestehen, wenn wir in Etappen fortgesetzt sagen: das ist unser letztes Angebot, die äußerste Grenze unserer Leistungsfähigkeit, und wenn wir dann, sobald der Druck von der gegnerischen Seite, die gewalttätigen Redensarten und schließlich die „Sanktionen" kommen, eben doch weiter gehen! (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Solange der Feind nicht die äußerste Grenze unserer Leistungsfähigkeit deutlich von uns gezogen sieht — eine Grenze, die nicht von uns überschritten werden wird, die Grenze, bei der wir tatsächlich sagen: komme, was da wolle, weiter gehen wir nicht! —, (lebhafte Zustimmung bei den Deutschnationalen) so lange sind wir bei dem Ende dieses Verhandelns und Schacherns nicht angelangt. (Erneute Zustimmung rechts.)

Diese äußerste Grenze der Leistungsfähigkeit hätte längst als unverrückbar aufgezeigt werden müssen, auf ihr hätte die Regierung festzustehen und nicht um Fußes Breite zurückzuweichen! So weichen wir Schritt für Schritt zurück; sobald der andere, der vor uns mit geballter Faust steht, sie über unserem Kopfe schwingt, da sinken wir in die Knie, — und die Faust saust doch auf uns nieder! (Zustimmung bei den Deutschnationalen.)

Was ist die Wirkung dieser Politik des Zurückweichens und Nachbietens? Haben Sie eine größere Versöhnlichkeit bei den anderen bemerkt, vor allem bei denen, die heute das Schwert in Europa führen, bei den Franzosen? Ich muß sagen:

je mehr wir zurückgewichen sind, je mehr wir auf frühere Angebote daraufgelegt haben, desto unerhörter ist die Sprache des Herrn Briand geworden. (Lebhafte Rufe rechts: Sehr richtig!)

Meine Herren! Man hat sich früher aufgeregt, wenn einmal ein starkes Wort bei uns gefallen ist. — Worte, wie wir sie jetzt jeden Tag von Paris zu hören bekommen, sind von deutscher Seite nie gesprochen worden. (Lebhafte Zustimmung.)

Wenn Herr Briand jetzt fortgesetzt von der Faust spricht, die auf Deutschland niedersausen werde, mit der er Deutschland am Kragen packen und zum Zahlen zwingen werde, wenn er vom „Gerichtsvollzieher" und „Gendarmen" spricht, den er schicken will, — wenn er auf unserem Rücken üble Wortspiele sich leistet, wenn er sagt: le seul point, der einzige Punkt, über den er mit sich sprechen läßt, c'est le poing, das ist die Faust! — (Hört! Hört! rechts. — Abgeordneter Hildenbrand: Die gepanzerte Faust!)

Sprechen Sie nur von der „gepanzerten Faust". Ich nehme das Wort auf, das der Kaiser nach der Ermordung unseres Gesandten in China durch die Boxerbanden in berechtigter Entrüstung gesprochen hat. Ich spreche es ruhig aus: Worte, wie sie früher aus dem Munde des Kaisers gefallen sind in Lagen, die Herr Morel, den ich vorhin zitiert habe, zutreffend geschildert hat, in Lagen, in denen uns andere bedrohten, — solche Worte glaubte der Kaiser sprechen zu müssen, um den andern zu zeigen, daß Deutschland ein starkes Schwert habe. Hinter diesem Schwert aber stand der Wille zum Frieden und die Gefahr, in die der Friede von den andern gebracht wurde. Hinter diesen Worten stand eine Gefahr — (sehr richtig! und Unruhe links) der Kaiser war sich bewußt, was es bedeute, mit schwer gerüsteten, in der Zahl überlegenen Gegnern auf Leben und Tod kämpfen zu müssen! — Aber was steht heute bei Herrn Briand hinter der geballten Faust? — Für mich ist es das Verächtlichste, was es auf der ganzen Welt gibt, gegenüber einem Wehrlosen fortgesetzt mit der Gewalt zu drohen, gegen einen Wehrlosen die Faust zu schwingen! (Stürmische Zustimmung rechts. — Zuruf rechts: Jämmerlich feig! — Zurufe links.)

Es scheint ja, daß Herr Briand hier auf dieser Seite des Hauses (nach links) Beifall findet. (Zurufe links.)

Herr Müller (Franken) hat ja vorhin auch bereits Herrn

Briand nachgeahmt, der vorgestern in der französischen Kammer den Geschmack gehabt hat, von einem „gewissen Leichenbegängnis" in ähnlichen Worten zu sprechen, wie es Herr Müller hier getan hat. Der Ruhm des Herrn Briand hat auch in diesem Punkte Herrn Müller offenbar nicht ruhen lassen. (Zurufe.)

Meine Damen und Herren! Der Herr Reichsminister des Auswärtigen mag sich aus diesem Erfolg der bisherigen Politik des Zurückweichens und Drauflegens überzeugen, daß wir damit nur noch immer tiefer ins Unglück hineinkommen. Es ist die letzte Stunde, diese Politik zu ändern und zu sagen: bis hierher und nicht weiter! (Zustimmung rechts.)

Darum halte ich es geradezu für unglaublich, wenn heute im „Vorwärts" zu lesen steht: wenn die deutschen Vorschläge nicht genügen, müssen sie geändert werden, bis die Entente sie akzeptiert! (Große Unruhe und Zurufe rechts.)

Das ist doch geradezu eine Aufforderung an die Entente: verlangt mehr, dann wird euch mehr bewilligt! (Lebhafte Zustimmung rechts.)

Meine Damen und Herren! Ich versuche, den Reichsminister Simons und seine Politik aus seinem Innern heraus zu begreifen. Ich kenne ihn nicht erst seit heute oder gestern, sondern seit langer Zeit. Ich habe amtlich und persönlich früher jahrelang mit ihm zu tun gehabt. Ich habe ihn immer hoch geachtet, ich habe sein Können, seine Sachlichkeit, seine Rechtlichkeit und seinen Charakter geschätzt. (Zurufe links.)

Nein, meine Herren, ich sage das, um Ihnen zu zeigen, es fällt mir schwer, in der Weise an ihm Kritik zu üben, wie ich es heute tun muß, und ich sage es auch, um das zu begründen, was ich jetzt ausführen will. Ich weiß, daß der Herr Reichsminister Dr. Simons der rechtlichste Mann auf der ganzen Welt ist, ein Mann, beseelt von einem Glauben an die Gerechtigkeit und an die Macht der Gerechtigkeit, wie es kaum einen zweiten gibt, ein Mann, der mehr an die Gerechtigkeit glaubt, der mehr das Rechte und die Gerechtigkeit will als irgendein anderer Staatsmann in der Welt. (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Aber, meine Damen und Herren, es ist leider nicht so; die Gerechtigkeit gibt leider nicht den Ausschlag in der Welt! Herr

Abgeordneter Müller hat heute die Unvorsichtigkeit begangen, daß er das „Weltgewissen" ironisierte. Er hat gesagt, wenn wir an das Weltgewissen appellierten, würden wir nur wieder Frechheiten zu hören bekommen. Er hat 1918 über das „Weltgewissen" zu unserem Unglück anders gesprochen und — wie ich annehme — anders gedacht. (Lebhafte Zustimmung rechts.)

Wer hat damals an das „Weltgewissen" appelliert? Da waren es gerade die Herrschaften, die um Herrn Müller herum sitzen, die nicht laut genug an das Weltgewissen appellieren konnten. Die einzige Hoffnung, die man haben kann, daß die furchtbaren Erfahrungen, die damals mit dem Appell an das Weltgewissen gemacht worden sind, wenigstens gewisse Köpfe erleuchten würden, daß es auch bei Ihnen (zu den Sozialdemokraten) Leute gäbe, die aus diesen Erfahrungen lernen könnten, diese einzige Hoffnung müssen wir preisgeben, wenn solche Reden gehalten werden, wie sie neulich der Herr Abgeordnete Dißmann und heute der Herr Abgeordnete Müller hier gehalten haben. (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Aus seinem Gerechtigkeitsgefühl heraus ist es nach unserer Ansicht dem Herrn Reichsminister Dr. Simons außerordentlich schwer, die Staatsmänner der Gegner anders zu beurteilen, als er selbst ist. Er traut den anderen Staatsmännern, mit denen er zu verhandeln hat, dasselbe Maß von Gerechtigkeitsgefühl zu, das er selbst hat, und darin befindet er sich in einem Kardinalirrtum. (Lebhafte Zustimmung bei den Deutschnationalen.)

Das hätte er allein schon aus den Reden Briands hören können. Diese Reden kommen doch nicht von ungefähr. Politik kann nur treiben, wer die Geschichte kennt. (Unruhe und Zurufe bei den Sozialdemokraten.)

Sie brauchen allerdings die Geschichte nicht, und ihre Politik ist auch danach! (Zustimmung rechts. — Erneute Zurufe bei den Sozialdemokraten.)

Aber Politik kann in der Tat nur der treiben, der die Geschichte kennt. Wenn man, wie Sie (nach links), alle Erfahrungen, die in der Politik zu machen sind, alle Erfahrungen, die wir aus der Geschichte lernen können, das Volk am eigenen Leibe durchmachen lassen will, dann geht das Volk daran zugrunde. (Zustimmung rechts. — Unruhe und Zurufe bei den Sozialdemokraten.)

Wir sind darauf angewiesen, aus der Politik früherer Jahrzehnte und Jahrhunderte zu lernen. Das gilt vor allen Dingen gegenüber Frankreich.

Es ist ja doch ein ganz ödes und blödes Märchen, als ob Frankreich durch den Frieden von Frankfurt irgendeinen Grund gehabt hätte, eine solche Weltkatastrophe heraufzubeschwören. Was müßte dann erst dem Versailler Frieden folgen! (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Frankreich konnte sich mit dem Zustand von 1871 abfinden; es blieb eine große Nation, es behielt die Grundlage für eine große Entwicklung, es behielt seine große Stellung unter den Völkern der Erde. Aber Frankreich wollte nicht. Es ist auch nicht Elsaß-Lothringen, das, wie oft behauptet wird, einzig und allein, zwischen den beiden großen Völkern gestanden hätte. (Sehr richtig! rechts.)

Es ist zweierlei: einmal die Verletzung des französischen Prestiges durch den verlorenen Krieg, und andererseits die Sucht Frankreichs, um jeden Preis sich des Rheines zu bemächtigen. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Die Schuld Bismarcks.)

Gewiß, Bismarck ist mit schuld daran, daß die Franzosen den Krieg von 1870—71 verloren haben. Wollen Sie ihm das als Verbrechen anrechnen? — Aber, meine Damen und Herren, nicht der Fürst Bismarck, der Geschichtsschreiber Ranke, der vielleicht bei Herrn Dr. Breitscheid eine bessere Nummer hat als der Fürst Bismarck (Abgeordneter Dr. Breitscheid: Ich habe gar kein Wort gesagt!) — das ist ein seltener Fall, verzeihen Sie, wenn ich Sie mit Herrn Dittmann verwechselt habe — (Abgeordneter Dittmann: Ich habe auch nichts gesagt!) — dann bringen Sie bitte auch Ihre anderen Herren zum Schweigen —, Ranke hat in einem Brief an Thiers einmal das Wort gebraucht: wir in Deutschland kämpfen heute noch mit Ludwig XIV.! (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Dieses Wort ist heute noch wahr; wir kämpfen auch heute noch mit Ludwig XIV. (Zuruf bei den Unabhängigen Sozialdemokraten: Wer hat Straßburg an Frankreich verraten?)

Wenn Sie heute den Verräter spielen wollen, steht es Ihnen ja frei. (Sehr gut! rechts. — Große Unruhe und Zurufe links.)

Wir haben die Wiederaufnahme der Politik Ludwigs XIV. in den Revolutionskriegen und den Napoleonischen Kriegen erlebt,

in dem Vernichtungskampf, den Napoleon gegen Deutschland führte. Später hat Bismarck mit Frankreich in leidlichen Beziehungen gestanden, solange Napoleon III. des Glaubens war, durch einen Schacher mit Bismarck die Rheinpfalz, Luxemburg und andere Gebiete zu bekommen. (Unruhe und Zurufe links.)

In dem Augenblick, wo Louis Napoleon sah: Bismarck macht die Einigung Deutschlands, und Deutschland hält den Rhein, den deutschen Rhein, — in diesem Augenblick war das gute Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich zu Ende, in diesem Augenblick war der Krieg unvermeidlich. (Erneute Zurufe links.)

Diese säkulare Tendenz der französischen Politik ist es auch heute wieder, die die Franzosen beherrscht. Es ist ein Irrtum, wenn man glaubt, daß es den Franzosen in erster Linie auf das Bezahlen ankommt. (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Gewiß: es gibt auch Franzosen, denen es vor allem auf das Bezahlen ankommt. Aber die Politik, die in Paris gemacht wird, wird weniger vom Drang nach dem Golde diktiert als von dem Drang nach dem Rhein und über den Rhein. (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen. — Unruhe und Zurufe links.)

Darauf müßten Sie (zu der Regierungsbank) sich einstellen. Wir tun es; und weil wir es tun, deswegen sehen wir die Situation so außerordentlich schwer an; aber deswegen sind wir auch überzeugt: wenn es überhaupt einen Ausweg aus dieser Situation gibt, dann ist es der, auch den anderen das Wort begreiflich zu machen, das der Herr Reichsminister gestern am Schluß seiner Rede gesagt hat — nicht mit dem nötigen Nachdruck, aber das er immerhin ausgesprochen hat —, ein Wort, an das ich heute wiederholt erinnert habe: Die Gewalt hat eine Grenze. (Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Das hat Ludendorff auch erfahren! Und Sie auch!)

Ich weiß nicht, ob der Herr Abgeordnete Dittmann gesonnen ist, dem deutschen Volk zu raten, sich wehrlos allem und jedem zu unterwerfen? Dann allerdings, wenn ein großer Teil unseres Volkes so denken sollte, würde der Vernichtungswille der Entente unser Verhängnis werden. (Zurufe auf der äußersten Linken.)

Wenn Sie glauben, das tun zu können, dann laden Sie zu aller Verantwortung und Schuld, die Sie schon tragen, eine weitere

ungeheure Verantwortung und eine weitere ungeheure Schuld gegenüber dem deutschen Volke auf sich! (Lebhafte Zustimmung rechts.)

Glauben Sie nur nicht, daß diese Frage des Bezahlens, die in den Vordergrund gestellt wird — — (Zurufe links: Sie sind der Typ des Gewaltpolitikers! — Große Heiterkeit rechts.)

Glauben Sie nicht, daß diese Frage des Bezahlens etwa nur eine Frage der reichen Leute sei. Das können Sie leicht in Ihren Volksversammlungen draußen den Leuten einreden. (Zuruf von den Sozialdemokraten: Das sagt kein Mensch!)

Mir ist noch bei der letzten Wahlkampagne oft genug von sozialdemokratischer, unabhängiger und kommunistischer Seite gesagt worden: bezahlt Ihr nur, uns geht das nichts an. (Zuruf von den Sozialdemokraten: Das stimmt nicht! — Ruf von der äußersten Linken: Bezahlt mal! — Heiterkeit bei den Vereinigten Kommunisten und bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Da hören Sie es ja auch hier in diesem Hause! Meine Damen und Herren, was das bezahlen in diesem Falle bedeutet — davon nur ein Wort. Von diesem „Bezahlen" werden nicht nur diejenigen betroffen, die Sie Kapitalisten nennen, sondern das ganze deutsche Volk. Das hat der Herr Reichsminister Dr. Simons gestern bereits angedeutet. Er hat selbst erklärt: wenn wir jetzt auch eine Anleihe aufnehmen könnten, so wird doch unter allen Umständen von den 50 Milliarden, die wir anbieten, eine große Restsumme bleiben, und ich weiß nicht, wie sie aufgebracht werden soll. Er hat erklärt, da ist ein weiterer Eingriff in die schon so zusammengeschrumpfte Substanz des deutschen Volksvermögens nötig. — Was bedeutet das? Es bedeutet die Ausantwortung unseres Produktivvermögens, unserer Produktionsmittel an die Entente. (Sehr wahr! bei den Deutschnationalen.)

Ist das gleichgültig für den Arbeiter? (Zuruf von den Sozialdemokraten: Nein!)

Der Arbeiter tut mir leid, der daran glaubt. (Zuruf von den Sozialdemokraten: Wir werden es auch bezahlen müssen!)

Nehmen Sie zum Vergleich die Zustände in Irland. Da haben Sie den Kapitalismus in schärfster Form, verbunden mit Fremdherrschaft; da haben Sie den sogenannten Absentismus!

Und unter dieser Herrschaft ist Irland in seiner Bevölkerung im vorigen Jahrhundert von 8 Millionen Einwohnern auf 4 Millionen Einwohner heruntergegangen. (Lebhafte Rufe rechts: Hört! Hört!)

Wer die Hand dazu gibt, ein solches Regime über Deutschland zu bringen, der hilft Clemenceau das Wort wahr machen: es gibt in Deutschland 20 Millionen zuviel! (Lebhafte Zustimmung rechts. — Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Das hat Gruber auch gesagt! — Gegenrufe rechts.)

Weil wir wissen, daß auf der anderen Seite der Wille der Vernichtung und der Wille der Ausräuberung besteht, deswegen ist unsere Hoffnung so gering, im Wege der gütlichen Verständigung etwas zu erreichen; und unsere Hoffnung ist null, wenn unsere Regierung nicht endlich sagt: bis hierher und nicht weiter. (Lebhafter Beifall rechts. — Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Was dann?)

Was dann? Ich habe mehr Respekt vor unserm Volk als Sie. Sie können sich wohl nur gegen die eigene Regierung aufbäumen, nicht gegen die Fremdherrschaft! Auch für das deutsche Volk gibt es die Grenze der Gewalt, und wenn es schließlich mit Zähnen und Nägeln sich wehren muß! (Erneute Zurufe der äußersten Linken: Was dann?)

Sie wollen wissen, was dann? — Ich sage Ihnen darauf nur eins: was den 36 Millionen Engländern gegenüber den 4 Millionen Iren bis heute nicht gelungen ist, das wird auch den 40 Millionen Franzosen gegenüber den 60 Millionen Deutschen nicht gelingen — (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen. — Zuruf links: Das ist kein Trost!) — nicht gelingen unter einer Voraussetzung: daß keine Leute, wie Herr Dittmann und die anderen, die hier Zurufe machen, bei uns das große Wort zu führen haben. (Lebhafter Beifall rechts.)

Denn eine solche Versklavung des deutschen Volks ist nur möglich, wenn Deutsche selbst die Hand dazu bieten. Nur wenn wir selbst unsere eigene Verwaltung, unseren eigenen Apparat, unsere eigenen Leute dem Vernichtungs- und Versklavungswillen unserer Feinde zur Verfügung stellen, nur wenn wir selbst dazu die Hand bieten, freiwillig das auszuliefern, was uns die andern abnehmen wollen, nur dann kann der Zustand herbeigeführt werden,

daß unser Volk von 60 Millionen unterdrückt, geknechtet und versklavt wird von den 40 Millionen Franzosen. (Zurufe links.)

Meine Damen und Herren! Die Lage, in der wir sind, ist ungeheuerlich, aber sie ist nicht beispiellos. Das deutsche Volk hat in seiner Geschichte schon ähnliche Lagen durchgemacht, und das deutsche Volk hat sich immer wieder herausgerissen. Aber es scheint in der Tat, als ob das deutsche Volk eine solche Züchtigung des Schicksals von Jahrhundert zu Jahrhundert nötig hätte, um sich immer wieder auf sich selbst zu besinnen. Ich spiele nicht nur auf die Vorgänge an, die sich am Ende des Krieges abgespielt haben, auf den Höhepunkt der Revolution, (Beifall rechts) sondern ich denke auch an Verhältnisse, die der Herr Abgeordnete Müller vorhin erwähnt hat; in diesem Punkte kann ich ihm ausnahmsweise zustimmen. Wenn man heute durch Berlin geht, dann hat man den Eindruck: nach dieser beispiellosen Note an den Präsidenten Harding, die doch jedermann die Augen öffnen müßte, amüsiert sich ein gewisser Teil des Volkes genau so gut, wie er sich früher amüsiert hat. (Stürmische Zurufe links: Ihre Kreise! — Große Unruhe rechts.)

Die Kreise, die wir zu uns rechnen, trauern in Sack und Asche. (Lautes Lachen und fortgesetzte Zurufe links.)

Die Kreise, die heute Feste feiern und sich amüsieren, gehören nicht zu uns! Das sind Leute, die kein deutsches Gefühl und kein deutsches Gewissen haben. (Lebhafte Zustimmung rechts.)

Wir müssen aus dem Sumpf dieser nationalen und sittlichen Verwilderung heraus, sonst verdient das deutsche Volk das Schicksal, das ihm jetzt ein Briand bereiten will. (Lebhafte Zustimmung rechts. Unruhe links.)

Ich habe eben erwähnt: so ungeheuerlich die Lage ist, sie ist nicht beispiellos. Ich will Ihnen mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten zum Schlusse meiner Ausführungen vorlesen, was Treitschke in seiner „Deutschen Geschichte" über den Zustand nach dem Frieden von Tilsit geschrieben hat. Es trifft mutatis mutandis, mit wenigen Aenderungen, auf die heutige Situation zu. Treitschke schreibt dort:

> Einige Monate lang tat Stein seinem heißen Zorn Gewalt an. Er gewann es über sich, nachgiebig, fast unterwürfig mit den Franzosen zu unterhandeln, da die versprochene

Räumung des Landes um jeden Preis erlangt werden mußte. Napoleon dagegen wollte den Aufenthalt seiner Truppen ins Ungemessene verlängern, die zu Tilsit nur halbgelungene Vernichtung des preußischen Staates jetzt im Frieden vollenden.

— Genau wie heute! —

Auf alle Bitten der Preußen hieß es kurzab: Die gegenwärtige Lage gefällt dem Kaiser, nichts drängt ihn, sie zu ändern. Daru —

— das war der Generalintendant Napoleons,

Daru aber meinte trocken, die Kriegskostenrechnung sei eine Frage der Politik, nicht der Arithmetik; im übrigen bleibe der Wille des Kaisers unabänderlich wie das Fatum,

— heute ist es der Wille der Herren Briand und Loucheur —

auch glaube man gar nicht, was ein Land alles aushalten könne.

(Hört! Hört! rechts.)

Vergeblich ging Prinz Wilhelm nach Paris, vergeblich erbot er sich, samt seiner edlen Gemahlin als Geisel in französischer Haft zu bleiben bis zur Abtragung der Kriegsschuld. Der Imperator sagte dem Prinzen drohend: ich weiß, daß alle Preußen mich hassen — und ließ seine Intendanten hausen wie in Feindesland. Während der zwei Jahre der Okkupation wurden dem verarmten Lande an Kontributionen, Verpflegung und Lieferungen 1129 Millionen Francs abgepreßt, etwa der sechzehnfache Jahresbetrag der gesamten Roheinnahmen des Staates. Nie und nirgends wurde ein gesittetes Volk grausamer mißhandelt.

(Lebhafte Rufe rechts: Hört! Hört!)

So beschreibt Treitschke den Zustand im Jahre 1807, und mit ihm den Zustand von 1921. — Aber, meine Damen und Herren: die Weltgeschichte war mit dem Jahre 1807 nicht zu Ende, sie wird auch mit dem Jahre 1921 nicht zu Ende sein! (Stürmischer Beifall und Händeklatschen rechts. — Händeklatschen auf der Tribüne. — Große Unruhe und Zurufe links. — Glocke des Präsidenten.)

IV.

# Rede vom 6. Juli 1921.

**Deutschland und Karthago. — Reichsetat und Ultimatum. — Papierbilanz und Goldbilanz des Reichs. — Goldzahlungen und Sachleistungen. — Valuta und Erfüllungskrises. — Das Ultimatum ist nicht erfüllbar. — Kapitalistische Fremdherrschaft als Folge des Erfüllungsversuchs. — Meine Herren von der Regierung, sagen Sie die Wahrheit!**

## Vorbemerkung.

Bei der dritten Beratung des Nachtrages zum Reichshaushaltplan für 1921 am 6. Juli wurde die allgemeine Aussprache durch den Reichskanzler eröffnet, dessen Ausführungen hier im Auszuge wiedergegeben seien.

## Auszug aus der Rede des Reichskanzlers und Reichsfinanzministers Dr. Wirth.

Reichskanzler Dr. Wirth: Der ordentliche Haushalt weist 48,5 Milliarden Ausgaben auf, darunter 35,8 für eigentliche Reichszwecke, der außerordentliche Haushalt 59 Milliarden, darunter 26,6 für Ausführung des Friedensvertrages. Das andere geht an Zuschüsse für die Betriebsverwaltungen, Lebensmittelzuschüsse usw. Dieser außerordentliche Etat muß so rasch wie möglich abgebaut werden.

Was die 26,6 Milliarden zur Ausführung des Friedensvertrages anlangt, so muß diese Summe zum größten Teil in den Etat der Kontributionen übergehen, der in Zukunft einen laufenden Posten ausmachen wird. Nur soweit wir Entschädigungen zu leisten haben, sind diese als außerordentliche einmalige Ausgaben zu behandeln.

Der dritte Teil des Haushalts, der der Kontributionen, interessiert besonders. Das ist leider keine bestimmte Größe. Wir haben da zwei Unsicherheitsfaktoren, die 26prozentige Abgabe von der

deutschen Ausfuhr und dann die Schwankungen der deutschen Valuta. Es ist heute nicht meine Aufgabe, das Reparationsproblem in allen seinen Einzelheiten besonders zu erörtern, ich lasse auch die politisch bedeutsame Frage beiseite, wie wir uns die Goldmark beschaffen werden, die wir als Verpflichtung aus dem Ultimatum abliefern. Aber darüber wird sich doch die ganze Welt klar sein, daß jede Finanzpolitik und Steuerpolitik in dem Augenblick ad absurdum geführt wird, wo die deutsche Reichsmark dauernd dem Abgrund zustürzt (Zustimmung). Da braucht man keinen Finanzminister mehr, sondern einfach einen Referenten aus irgendeiner Kommission, der die Druckpresse in Bewegung setzt. Mit Rücksicht auf das Schwanken der deutschen Valuta sind gerade unsere Leistungen mit großem Vorbehalt zu beurteilen.

Die Reparationsleistungen sind gegenwärtig gleich 3,3 Milliarden Goldmark zu bewerten. Die Kosten der Besatzung sind auch unsicher. Als Belastung für die deutsche Finanzwirtschaft sind für das laufende Jahr rund 15 Papiermilliarden in den Etat eingestellt. Wie hoch sich die Kosten tatsächlich belaufen werden — es kommen dazu auch noch die Requisitionen in den besetzten Gebieten — wird erst die Entwicklung zeigen. Eine Festsetzung der Besatzungskosten auf eine erträgliche Höhe muß ein Ziel sein, das nicht nur wir anzustreben haben, sondern das die ganze Welt anstreben müßte (Zustimmung). Auch auf der Gegenseite ist ja anerkannt worden, daß die Besatzungskosten einzuschränken sind.

Nun kommt die Umrechnung des Kontributionsetats in Papiermark. Sie kann nur mit größtem Vorbehalt gemacht werden. Zurzeit dürfen wir wohl mit einem Verhältnis von 1 : 10 rechnen. Unter der Voraussetzung, daß der Geldwert im Innern auf der gegenwärtigen Basis eine gewisse Stabilisierung erfahren wird, daß im Laufe der Zeit der Außenwert des Geldes an den Innenwert heranwachsen wird, wird sich vielleicht alles zusammen jährlich auf 3,3 Milliarden Goldmark, d. h. auf 40—45 Milliarden Papiermark stellen, wobei die Besatzungskosten eingeschlossen sind. Im außerordentlichen Etat bleiben zur Erfüllung des Friedensvertrages 5 Milliarden. 21 Milliarden von 26 sind auf den ordenlichen Haushalt der Kontributionen übernommen.

Nun ist die Frage: Wie soll Deckung gefunden werden? Das grundsätzliche Ziel ist, daß die laufenden Kontributionen aus den laufenden Einnahmen zu decken sind. Das ist das Ziel, dem wir zustreben müssen, und um dessentwegen wir auch vor einer neuen Besteuerung nicht zurückschrecken dürfen. Wir stehen jetzt vor der zweiten Phase der deutschen Finanzreform. In der ersten galt es der Durchführung des Gleichgewichts im inneren ordentlichen Etat. Diese Phase ist gekennzeichnet durch eine Reform der direkten Besteuerung. Nun kommt die Sorge für den Reparationsetat, und hier müssen auch die indirekten Steuern systematisch durchgebaut werden. Trotz der hohen Belastung für das ganze Volk wird man doch mit allem Nachdruck versuchen müssen, auch die indirekten Steuern zu verwollkommnen und aus-

zubauen an den Punkten, wo sie noch ausbaufähig sind. Es muß auf diese Weise möglichstes Gleichgewicht zwischen direkter und indirekter Besteuerung herbeigeführt werden, damit die Gesamtheit der Steuern für das deutsche Volk tragbar erscheint.

Was die direkten Steuern, die sogenannten Besitzsteuern anlangt, so handelt es sich um folgendes: Wir müssen zunächst sehen, aus der neuen Einkommensteuer möglichst hohe Erträge herauszuwirtschaften durch Verbesserung der Technik, der Hebung und der Kontrolle.

Weiter ist gedacht an eine „Veredelung" des Reichsnotopfers. Dazu tritt der Ausbau anderer Steuerarten, so eine starke Erhöhung der Kapitalertragssteuer, eine Aenderung der Besteuerung der Versicherungen und ein Ausbau der Kraftfahrzeugsteuer, auch eine Wettrennsteuer ist vorgesehen. Unter den indirekten Steuern steht voran die Erhöhung von Zöllen und der Ausbau bestehender indirekten Steuern, so der Kohlen-, Zucker-, Tabak- und Biersteuer, weiter der Ausbau des Branntweinmonopols, der Mineralwassersteuer, der Zündholzsteuer und die Schaffung eines Schießstoffmonopols. Die Veredelung des Reichsnotopfers ist unbedingt erforderlich. Auf diese Weise wird am einfachsten und sachgemäßesten die Besteuerung der Realwerte gestaltet werden.

Nun kommt die Frage des Ertrages eines solchen Umbaues des Reichsnotopfers. Die Schätzungen sind außerordentlich schwer. Jedenfalls dürfen wir, wenn wir vorsichtig schätzen, mit mindestens 7—8 Milliarden jährlich rechnen.

Vor einigen Monaten ist das Problem aufgetaucht — das darf ich in diesem Zusammenhang erwähnen — von der Beteiligung der öffentlichen Körperschaften, insbesondere des Reiches, an der Industrie. Dieser Gedanke unterliegt zurzeit in der Reichsregierung der Durcharbeit und Erörterung. Zunächst ist der Teil in Angriff genommen worden, der die Beteiligung an größeren Unternehmungen vorsieht. Diese Beteiligung soll durch Anfall eines Teils der Dividende gesichert werden. Weiter kommt in Frage in diesem Zusammenhang die Besteuerung des Vermögenszuwachses, der allerdings schon durch die frühere Kriegsabgabe und durch das Reichsnotopfer und die Einkommensteuer erfaßt ist. Aber es erscheint doch geboten, den nach dem 31. Juli 1919 oder wenigstens nach dem 31. Dezember 1919 entstandenen Vermögenszuwachs noch durch eine einmalige große Abgabe zu erfassen. Eine sehr bedeutende Vermehrung der Einkommen- und Besitzsteuer erwartet die Finanzverwaltung von einer erheblichen Verbesserung der Steuertechnik. Von der Verbesserung der Veranlagungstechnik erwarten wir ein Mehr von 8 Milliarden gegen das Vorjahr, was zur Voraussetzung hat, daß das Wirtschaftsleben nicht weiteren Störungen ausgesetzt wird und keine weiteren großen Schwankungen im Geldwert eintreten. Eine vorläufige Uebersicht des Reichsfinanzministeriums ergibt, daß nach Durchführung der Steuergesetze wir nach vorsichtiger

Schätzung mit etwa 80 Milliarden Gesamtsteuereinnahme rechnen können.

Zwischen den Steuereinnahmen und dem dauernden Bedarf der nächsten Jahre ergibt sich eine nicht unwesentliche Spannung. Diese muß ausgefüllt werden, indem die Kohle nutzbar gemacht wird und andererseits die Frage der steuerlichen Spannung zwischen den Inlandswerten und Auslandswerten praktisch aufgerollt wird. Man wird um die entsprechende Lösung dieser Frage schwer herumkommen. Der Grundsatz ist: es soll ein Höchstmaß des Ertrages herausgeholt werden, das ohne Störung der Wirtschaft möglich ist. (Lachen rechts.)

Nach meiner vorsichtigen und vorläufigen Schätzung werden sich die laufenden direkten Steuern insgesamt für die nächsten Jahre auf 40½ Milliarden stellen. Dazu kommen die einmaligen Einnahmen vom Vermögenszuwachs und von den Nachkriegsgewinnen, für welch letztere vorsichtig eine Milliarde angenommen sind. Die indirekten Steuern sollen 36¼ Milliarden ergeben. Nach diesem Programm werden sich 54½ Prozent der Einnahmen aus den direkten Steuern ergeben. Zu beachten ist aber auch die Belastung des Besitzes in Ländern und Gemeinden, die vier Milliarden oder noch erheblich höher sein würde. Wir wollen die sozialen Gesichtspunkte und die volkswirtschaftliche Tragfähigkeit berücksichtigen. Gelingt es, die große Mehreinnahme zu schaffen, so ist die Voraussetzung für die dritte Etappe der Finanzreform gegeben, die aber erst in späteren Jahren kommt mit dem Problem der geldlichen Stabilisierung und der Währungsreform.

Das Programm steht erst in großen Umrissen fest. Einzelberatungen werden erst die nächsten Wochen bringen. Dem Reichstag wird die Entscheidung zufallen. Das Ziel ist gegeben, nämlich, daß wir auch den Reparationsetat, soweit in unseren Kräften steht, in geordnete Bahnen lenken. Denn die Inflation ist für die Volkswirtschaft schädlicher, als selbst die schwersten indirekten Steuern. Gerade die schwachen Schultern leiden am schärfsten unter der Entwertung des Geldes.

Wir haben den Willen — und ich nehme an, alle Kreise des deutschen Volkes, die eine Rettung unseres Volkes und unseres Staates ernsthaft ins Auge fassen, sind bereitwillig an die Arbeit gegangen — durch Ausbau unseres Steuersystems in Reich, Ländern und Gemeinden Grundlagen zu schaffen für unser eigenes Dasein und für die Verpflichtungen, die uns aufgelegt sind. Aber diese Arbeit muß getragen werden von gewissen Voraussetzungen. Diese liegen in einer pfleglichen Behandlung des deutschen Volkes als Staatswesen und der deutschen Wirtschaft (Beifall). Die Garantiekommission hat in einer Note uns geschrieben: „Das Garantiekomitee erkennt die volle Bedeutung an, die eine Festigung der Valuta für die Ausführung der Verpflichtungen gegen die Alliierten hat. Es gibt einen doppelten Faktor zur Befestigung der Mark: Das Gleichgewicht des Budgets und die Einstellungen der Ausgaben von ungedeckten Banknoten (Heiterkeit). Das Garantiekomitee verkennt nicht die Schwierigkeiten, in denen sich die

deutsche Regierung befindet; aber es ist der Ansicht, daß die Lage des Budgets eine noch durchgreifendere Reform erfordert, als die mitgeteilten Pläne vorsehen. Die deutsche Regierung muß diese Mittel finden; wenn nicht noch durchgreifendere Reformen vorgenommen werden, so müßten die gegenwärtigen Maßnahmen der Alliierten geändert werden." Das ist eine klare Warnung. Wir wollen sie beachten, aber wir dürfen fragen, ob nun auch von der andern Seite jene „Sanktionen" oder besser Pressionen zum Abbau kommen, die so große Wunden in unsere Volkswirtschaft seit Monaten hineingetragen haben. Ist es nicht geradezu etwas geschichtlich Merkwürdiges, daß man uns große Reformen zuschiebt, während diese Pressionen am Rhein den deutschen Volkskörper schwächen und das Loch im Westen wieder geöffnet wird für Schieberwaren aller Art? Wäre es nicht notwendig, in dem Augenblick, in dem man an uns mit einer solchen Note herantritt, daß man die Wunden verschließt, die man unserm Volkskörper geschlagen hat? Die Politik der „Sanktionen" der vorigen Monate war geeignet über jede freudige Arbeit einen Mehltau der Erschlaffung und Lähmung zu legen. Soll das deutsche Volk sich am Wiederaufbau der europäischen Wirtschaft beteiligen, gebe man ihm freien Raum zu ehrlichem Spiel und zur Betätigung seiner Kräfte. Wir haben den ehrlichen Willen; wir erwarten die Antwort von der Gegenseite. (Beifall und Händeklatschen.)

Vizepräsident Dr. Bell: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Helfferich.

Dr. Helfferich: Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß es in dem hohen Hause niemand gibt, der nicht den letzten Worten des Herrn Reichskanzlers voll zugestimmt hat. Die Zustimmung wäre vielleicht noch größer gewesen, wenn der Ton noch um einige Grade stärker und schärfer gewesen wäre. (Widerspruch links und bei den Deutschen Demokraten.) Es ist nicht nur, wie der Herr Reichskanzler gesagt hat, eine „geschichtlich merkwürdige Situation", daß man uns gleichzeitig mit den sogenannten „Sanktionen", ich sage: mit den unerhörtesten Erpressungen, die die Weltgeschichte je gesehen hat, geißelt und peitscht, und daß man gleichzeitig das Höchstmaß von Leistungen von uns verlangt. (Lebhafte Zurufe links: die Folgen Ihrer Politik! Unruhe und Gegenrufe rechts.) Das ist nicht nur „geschichtlich merkwürdig", sondern das ist in der ganzen Weltgeschichte seit der Vernichtung Karthagos unerhört. (Stürmische Zwischenrufe links.) Ich wiederhole: Das Bild ist nicht nur „merkwürdig", — — (Andauernde stürmische Unterbrechungen. — Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Dr. Bell: Meine Herren! Ich bitte um Ruhe. Sie können ja Ihre Gegenäußerungen nachher bei der Aussprache vorbringen. (Stürmische Zurufe links.)

Dr. Helfferich: Das Bild ist nicht nur „merkwürdig", sondern was dem deutschen Volke geschieht, ist unerhört und unerträglich; und daß wir diese Lage als unerhört und unerträglich empfinden — — (Andauernder großer Lärm und Zurufe links. — Glocke des Präsidenten.) Daß wir unsere Lage als unerhört und unerträglich empfinden, das rufe ich hier laut in die ganze Welt hinaus! (Andauernde erregte Zurufe links. — Gegenrufe rechts. — Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Dr. Bell: Meine Herren, ich muß bitten, doch Ihre Plätze einzunehmen. Es muß hier jede Partei das Recht haben, zu sprechen. (Erregte Zurufe links.) — Nachher kommen Sie ja ebenfalls zum Wort. (Abgeordneter Vogtherr: Der gehört ins Zuchthaus und nicht in den Reichstag!) — Herr Abgeordneter Vogtherr, wegen dieser Aeußerung rufe ich Sie zur Ordnung.

Dr. Helfferich: Meine Damen und Herren! Sie werden diesen unerhörten Zustand nicht ändern durch Ihre Zurufe, im Gegenteil! (Erneute Zurufe und große Unruhe links. — Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Dr. Bell: Meine Herren, so können wir unmöglich fortfahren und die Geschäfte weiterführen. Das widerspricht jedem parlamentarischen System, einen Redner nicht zu Worte kommen zu lassen. (Andauernde Unterbrechungen links.) — Sie müssen den Herrn Abgeordneten Helfferich genau so reden lassen wie jeden anderen Redner. (Erregte Rufe links: Nein! Abtreten! — Gegenrufe rechts: Das ist die Freiheit! — Zuruf links: Vor den Staatsgerichtshof! — Große Unruhe und Gegenrufe rechts. — Glocke des Präsidenten.) Jeder Abgeordnete steht hier unter dem Schutze des Präsidenten, sonst ist die Geschäftsführung unmöglich. Ich muß deshalb dringend ersuchen, den Herrn Abgeordneten reden zu lassen. (Andauernde erregte Zurufe links: Kriegsverbrecher! Er muß unter Ihrem Schutze hängen!) — Ich bitte dringend, die unparlamentarischen Zwischenrufe zu unterlassen. Sie kommen nachher ebenfalls zum Wort und haben das Recht, sich gegenüber dem Herrn Abgeordneten Helfferich aus-

zulassen, aber nicht jetzt in der Form von Zwischenrufen. (Zurufe links: Der hat nichts zu sagen!)

Dr. Helfferich: Meine Damen und Herren! Der Zustand, den der Herr Reichskanzler beklagt hat und den jeder Deutsche mitbeklagen muß, (Zurufe links: Heuchler! — Unruhe.) wird sich erst ändern, wenn das Ausland sieht, daß das gesamte deutsche Volk, daß auch Sie (nach links) diesen Zustand für unerträglich halten. (Große Unruhe und andauernde Zurufe links: Runter mit ihm! — Gegenrufe rechts. — Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Dr. Bell: Meine Damen und Herren! Ich bitte doch dringend um Ruhe. (Ruhe links: Nein!) Es ist unmöglich, so die parlamentarischen Arbeiten weiterzuführen. Bedenken Sie doch: die Augen des gesamten Auslandes sind jetzt auf uns gerichtet. So können wir doch nicht weiterarbeiten!

Dr. Helfferich: Meine Damen und Herren! (Andauernde Zurufe links.) Ich komme zu einem Thema, (erneute Unterbrechungen links; — Rufe rechts: Ruhe!) das die Herren wohl weniger aufregen wird. Ich wende mich zu den Zahlen, die der Herr Reichsfinanzminister — der Reichskanzler hat ja als Reichsfinanzminister gesprochen — hier vorgetragen hat. Die Zahlen geben in der Tat ein erschütterndes Bild. (Zurufe links: Daran sind Sie schuld!) Aber so erschütternd dieses Bild auch sein mag, so geben diese Zahlen noch nicht einmal den vollen Umfang der Finanzmisere, in der wir sind und in die wir weiter und weiter kommen werden durch das Ultimatum. (Andauernde stürmische Zurufe links: Ihre Schuld! — Unruhe rechts. — Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Dr. Bell: Meine Herren, das können Sie ja alles nachher bei der Aussprache sagen. (Stürmischer Widerspruch links.) — Dasselbe Recht, das Sie für sich in Anspruch nehmen, müssen Sie auch jeder andern Partei unter dem parlamentarischen System zubilligen.

Herr Abgeordneter Dr. Helfferich, ich bitte, fortzufahren.

Dr. Helfferich: Der Herr Reichskanzler hat die Ausgaben des Reichsetats, wie er sich auf Grund des jetzt zur dritten Lesung stehenden Nachtragsetats stellt, auf rund 108 Milliarden — die Zahl wird wohl stimmen — beziffert. Von diesen 108 Milliarden Mark entfallen nach den Zahlen, die der Herr

Reichskanzler genannt hat, 26 Milliarden auf die Durchführung des Friedensvertrages. Ich habe mir 23 Milliarden herausgerechnet. Aber es kommt bei der Lage, in der wir sind, leider Gottes auf eine Hand voll Milliarden kaum mehr an; sagen wir also 26 Milliarden! Es bleibt dann für den sogenannten „inneren Etat", von dem in der letzten Zeit soviel die Rede ist, also für die Befriedigung der inneren Bedürfnisse des Reiches ohne Ausführung des Friedensvertrages, eine Ausgabesumme von 82 Milliarden Mark übrig. (Zuruf links: Durch Ihre Schuld! — Lachen und Gegenrufe rechts.)

Diesen Ausgaben stehen gegenüber Einnahmen im ordentlichen Etat von etwas mehr als 44 Milliarden Mark und im außerordentlichen Etat etwas über 10 Milliarden; — Hauptposten: das Reichsnotopfer! Das sind zusammen nahezu 55 Milliarden Mark. Wenn Sie diese 55 Milliarden von den 108 Milliarden Mark herunterrechnen, so kommen Sie auf ein Defizit von 53 Milliarden Mark. So stellt sich heute auf Grund des Nachtragsetats, der Ihnen vorliegt, mit wenigen Zahlen die Bilanz des Deutschen Reiches.

Und nun bitte ich Sie, zu beachten, welche Steigerung diese Ausgaben durch das Londoner Ultimatum erfahren. Da kann ich dem Herrn Reichskanzler und Reichsfinanzminister nicht ganz folgen. Herr Reichskanzler, ich bitte mich zu kontrollieren und mich eventuell richtig zu stellen, wenn ich irre. (Zurufe links.) Das Ultimatum legt uns als Dauerleistungen auf: 2 Milliarden in Goldmark an fester Annuität, dazu die bekannten 26 Prozent der Ausfuhr, die bei dem jetzigen Stande der Ausfuhr etwa 1,3 Milliarden ausmachen, zusammen 3,3 Milliarden Goldmark; und das nicht für einmal, nicht für eine beschränkte Zahl von Jahren, sondern für eine Zeit, die kaum abzumessen ist. Wenn nicht durch eine Steigerung der Ausfuhr diese an sich schon gewaltige Last von 3,3 Milliarden Goldmark automatisch noch eine Steigerung erfährt, so werden wir, um die 132 Milliarden Goldmark Kapitalschuld abzutragen, rund 100 Jahre an diesen Abzahlungen zu tragen haben. (Hört! Hört! rechts. — Zurufe links.)

Der Herr Reichsfinanzminister hat also vollkommen recht, wenn er sagt: das sind Ausgaben, die wir für die Zukunft in den

ordentlichen Etat einstellen müssen, für die wir sofort Deckung schaffen müssen.

Zu den 3,3 Milliarden Goldmark kommen hinzu die Besatzungskosten. Diese stellen sich nach dem Voranschlag auf, ich glaube, etwas mehr als 8 Milliarden Papiermark für dieses Jahr. Ich habe mich gewundert darüber, daß sie so niedrig beziffert worden sind. Im vorigen Jahr waren 15 Milliarden eingesetzt. Wir haben ja noch nicht den Rechnungsabschluß; aber nach allem, was wir gehört haben, sind diese 15 Milliarden erheblich überschritten worden. Ich fürchte — und ich glaube, der Herr Reichsfinanzminister wird nicht widersprechen —: die 8 Milliarden in diesem Jahre werden erst recht erheblich überschritten werden, insbesondere dann, wenn die Entente das verwirklicht, was sie angekündigt hat, nämlich uns nicht nur für die Kosten der Okkupation von Düsseldorf, Ruhrort usw. haftbar zu machen, sondern auch für die Kosten des Aufstandes in Oberschlesien. (Hört! Hört! rechts.) Dann werden die 8 Milliarden auch nicht zur Hälfte ausreichen, ja nicht einmal zu einem Drittel, um diesen Posten zu decken.

Es sind seinerzeit bei den Vorverhandlungen zwischen den Alliierten in Versailles nach dem Buche, das Herr Tardieu vor einiger Zeit über den Frieden veröffentlicht hat, zwischen Engländern, Amerikanern, Italienern und Franzosen bindende Abmachungen getroffen worden, daß, wenn Deutschland den Friedensvertrag unterzeichnet hat und die Friedensbedingungen ausführt, die Besatzungskosten auf 12 Millionen Pfund jährlich reduziert werden sollen. (Hört! Hört! rechts.) Das sind 240 Millionen Goldmark pro Jahr, beim Kurse von 15 Papiermark für eine Goldmark 3,6 Milliarden Papiermark. (Hört! Hört! bei den Deutschnationalen.) Statt dessen haben wir Leistungen für die Besatzung zu bewirken, die vielleicht an das Zehnfache, jedenfalls an das Sieben- bis Achtfache dieser Summen herankommen. (Hört! Hört! rechts.) Ich möchte die Reichsregierung bitten, mit allen Mitteln, die ihr zur Verfügung stehen, wenigstens in diesem Punkt den Standpunkt, den ihr das Ultimatum gegenüber den Alliierten gegeben hat, auszunützen. Ich möchte Sie bitten, von den Alliierten zu verlangen, daß die Besatzungskosten mindestens auf dieses Maß, das immer noch eine horrende Summe für das aus-

geplünderte und ausgesogene deutsche Volk bedeutet, auf diese Zahl, die schon vor mehr als zwei Jahren unter den Alliierten vereinbart worden ist, endlich herabgesetzt werden. (Sehr richtig! rechts.) Solange das aber nicht geschehen ist, werden wir für Besatzungskosten in unsere Bilanz eine Milliarde Goldmark, wie ich fürchte, einstellen müssen.

Dazu kommt ein weiterer Posten: die Zahlungen des Reiches aus dem Ausgleichsverkehr. Ich habe mir erlaubt, im Hauptausschuß an die Vertreter des Wiederaufbauministeriums die Frage zu richten, wie hoch diese Ausgleichszahlungen sind? Sie sind gegenwärtig pauschaliert auf Grund einer Abmachung mit den Alliierten. Sie betragen jetzt Monat für Monat und wohl noch für lange Zeit 2 Millionen Pfund Sterling. Das sind im Jahre 24 Millionen Pfund Sterling, also rund eine halbe Milliarde Goldmark.

Aus den drei Posten: 3,3 Milliarden Annuitäten aus dem Ultimatum, eine Milliarde Besatzungskosten, eine halbe Milliarde für Ausgleichszahlungen komme ich auf 4,8 Milliarden Goldmark Jahresbelastung. Wenn ich mit 15 multipliziere — und der Kurs von 15 Papiermark gleich einer Goldmark ist noch zu gering; nach dem heutigen Dollarkurs wären 17—18 Papiermark gleich einer Goldmark —, so ergibt sich

**für die Durchführung des Friedensvertrags und des Ultimatums eine jährliche Belastung von nicht weniger als 72 Milliarden Papiermark.**

(Hört! Hört! rechts.)

Diese stelle ich den 40 bis 45 Milliarden Papiermark gegenüber, von denen der Herr Reichskanzler gesprochen hat. Wenn wir vor uns selbst ehrlich sein wollen, wenn wir uns selbst ein klares Bild machen wollen, müssen wir nicht 40 bis 45 Milliarden, sondern nach meiner Ansicht rund 70 Milliarden, 72 Milliarden Papiermark einsetzen. (Zuruf vom Regierungstisch.) — Die Ausgleichszahlungen gehen noch einige Jahre weiter, und wir wollen uns zunächst einmal an das nächste halten. Dieser Posten wird später in Wegfall kommen; das wird dann eine gewisse Erleichterung bedeuten; aber zunächst müssen wir damit rechnen, daß die Aus-

führung des Friedensvertrages, das Budget der Reparationen, wie es der Herr Reichskanzler genannt hat, unserm inneren Etat, den ich vorhin auf 82 Milliarden beziffert habe, noch mindestens 72 Milliarden Ausgaben hinzugefügt. Damit kommen wir zu

**einer Gesamtlast der Jahresausgaben des Reichs von rund 155 Milliarden Papiermark**

(hört! hört! rechts) — immer unter der unwahrscheinlichen Voraussetzung, daß der Kurs unserer Papiermark nicht noch weiter zurückgeht. Unsere gesamten Einnahmen, einschließlich des Notopfers, von dem sehr erhebliche Beträge jetzt infolge der Beschleunigung der Einzahlungen eingegangen sind, beziffern sich heute — ich erwähnte die Zahl vorhin — auf 55 Milliarden Papiermark. Das ist nicht viel mehr als ein Drittel dessen, was in Zukunft zu beschaffen sein wird, was für die nächsten Jahre zu beschaffen sein wird. Vorläufig stellt sich das Defizit des Reichsetats auf rund 100 Milliarden Mark.

Das ist eine Seite der Frage; das ist **Papierbilanz**, wie ich sie einmal nennen will. Und schon die Durchführung dieser Papierbilanz erachte ich für eine Unmöglichkeit. (Sehr richtig! rechts.)

Der Herr Reichskanzler hat dann von den neuen Steuern gesprochen, die er schaffen will. Ich weiß nicht, ob er neue und alte Steuern zusammengerechnet hat; es war nicht so schnell mitzukommen, er hat heute auch etwas schneller gesprochen als sonst. Ich weiß also nicht, ob die 80 Milliarden, die er genannt hat, das sein sollen, was neu hinzukommt oder das Gesamtaufkommen. (Zuruf vom Ministertisch.) — Das künftige Gesamtaufkommen einschließlich der bestehenden Steuern? (Zustimmung vom Ministertisch.) Dieses Gesamtaufkommen von 80 Milliarden einschließlich der bestehenden Steuern würde also in Zukunft einem Ausgabebedarf von rund 155 Milliarden gegenüberstehen, also ein

**Defizit von ungefähr 75 Milliarden**

hinterlassen. Und, meine Damen und Herren, das ist kein Wunder. Keine direkten und keine indirekten Steuern — wenn nicht eine noch weitere Entwertung der Mark eintritt, der wir dann

nachlaufen müssen, die die Sache nicht bessert, sondern verschlimmert — kein Anziehen der Steuerschraube kann aus dem deutschen Volke den Betrag von 155 Milliarden oder auch nur einen annähernden Betrag herauspressen. Das ist einfach nicht möglich.

Nehmen Sie zunächst die direkten Steuern! Ich will gar nicht auf die Einzelheiten eingehen, von denen der Herr Reichskanzler sprach. Der Herr Abgeordnete Trimborn hat durchaus das Richtige getroffen: über so weitgehende Steuervorlagen kann man erst urteilen, wenn man sie genau vor sich sieht, wenn man genau weiß, was vorgeschlagen wird. Trotzdem ist es wichtig, daß wir uns heute über diese Dinge unterhalten. Denn wenn wir jetzt in die Ferien gehen, so nehme ich an, daß wir alle — darin werden auch Sie (nach links) mir zustimmen — bedrückt hinausgehen, bedrückt über die ungeheure Last, die auf unserm Volke liegt. (Zurufe und Unruhe links.) Auch Sie werden Ihren Kopf anstrengen müssen. (Lebhafte Zurufe links: Sie haben es verschuldet! Die Kriegsschulden muß der Verlierer nach sich tragen! Bleigewicht!) Ich für meine Person mache mir folgenden Gedankengang zurecht und ich glaube nicht, daß diesem Gedankengang widersprochen werden kann.

Die 55 Milliarden, die wir heute einschließlich der außerordentlichen Einnahmen im Reiche aufbringen, bestehen zu einem ganz großen Teil bereits heute aus direkten Steuern. Im letzten Jahre sind, wenn ich die Zahlen recht im Gedächtnis habe, rund 33 Milliarden aus direkten Steuern und Verkehrssteuern aufgekommen; aus direkten Steuern einschließlich der Reichsstempelabgabe, aber ohne Umsatzsteuern und ähnliches, rund 25 Milliarden, gegen rund 13 Milliarden aus Verbrauchssteuern und Zöllen, einschließlich der Ausfuhrabgaben. Also heute schon eine Anspannung der direkten Steuern, die ja auch den Herrn Reichskanzler vor einem halben Jahre zu dem Ausspruch veranlaßt hat, daß hier ein weiteres Anziehen der Steuerschraube nicht möglich sei, daß in gewisser Beziehung eine Revision, ein Abbau stattfinden müsse. Er hat auch eingesetzt. Wir haben uns genötigt gesehen, für die kleineren und mittleren Einkommen — für das, was man heute noch kleine und mittlere Einkommen nennt! — Entlastungen eintreten zu lassen. — Also heute schon 25 Milliarden direkter Steuern!

Und wie zustandegekommen? Durch Steuersätze, die auf eine irgendwie längere Dauer für kein Volk erträglich sind. Jede Steuer ist schließlich tragbar, solange sie aus dem Einkommen, das Jahr für Jahr erzielt wird, bezahlt werden kann und solange dann noch soviel übrig bleibt, daß eine Neubildung von Kapital möglich ist, die dem natürlichen Zuwachs eines Volks entspricht. (Sehr wahr! rechts.) Diese Grenze ist bei uns heute schon überschritten. (Sehr richtig! rechts.) Das Notopfer ist durchgestaffelt bis zu 65 Prozent der Vermögen. Die Einkommensteuer ist durchgestaffelt bis 60 Prozent der Einkommen. Die Erbschaftssteuer ist schon für Kinder und Ehegatten durchgestaffelt anscheinend nur bis 35 Prozent, in Wirklichkeit ist sie durchgestaffelt bis 70 Prozent. Denn wenn der Erbe bereits Vermögen besitzt, dann kommen Zuschläge hinzu, die sehr bald den vollen Betrag der eigentlichen Steuer erreichen, also einer Verdoppelung gleichkommen. (Zuruf von den Sozialdemokraten: In diesem Falle ist sie volkswirtschaftlich nützlich!) — Das ist Ihre Ansicht, Herr Abgeordneter Keil! Ueber diese Ansicht werde ich ein anderes mal gern mit Ihnen diskutieren. Heute handelt es sich nur um ein objektives Bild von der ganzen Sachlage; und da stelle ich fest, daß heute schon die Erbanfallsteuer, die nach einer Andeutung des Herrn Reichskanzlers noch weiter ausgebaut werden soll, sogar bei Kindern und Ehegatten bis auf 70 Prozent der Erbschaften durchgestaffelt ist.

Meine Damen und Herren, Sie können gewiß das Notopfer noch weiter schrauben, können die Einkommensteuer noch weiter erhöhen, auch die Erbschaftssteuer noch weiter hinaufsetzen. Was Sie damit für ein volkswirtschaftliches Unglück anrichten, darüber wollen wir, wie gesagt, heute nicht diskutieren. Aber eins ist sicher: Sie können das Notopfer nicht verdoppeln, denn 130 Prozent von seinem Vermögen kann auch der reichste Mann nicht bezahlen. (Sehr richtig! und Heiterkeit rechts.) Sie können die Erbschaftssteuer nicht verdoppeln, denn 140 Prozent von der Erbschaft kann abermals der reichste Mann nicht bezahlen. (Erneute Zustimmung und Heiterkeit rechts. — Zuruf rechts: Ein sozialdemokratischer Antrag lag vor!) — Ja, dann nehmen die Herren das aus dem Blau des Himmels heraus, wenn es ihnen auf der Erde fehlt. — Sie können die Einkommensteuer, wenn Sie nicht über

eine Konfiskation der Einkommen noch hinausgehen wollen, gleichfalls nicht verdoppeln. Wenn Sie 120 Prozent vom Einkommen erheben, hat erstens der Mann nichts zum Leben, und zweitens wird seine Vermögenssubstanz angegriffen und sehr bald aufgezehrt.

Ich überlasse es dem Urteil der Herren hier (zur Linken), ob Sie glauben, daß unsere indirekten Steuern ohne die schwersten Schädigungen von 12 bis 13 Milliarden, die sie heute erbringen, auf den Betrag von nahezu 40 Milliarden hinaufgebracht werden können, von dem heute der Herr Reichsfinanzminister sprach. Machen Sie die Division mit 60 Millionen deutschen Einwohnern, sehen Sie, was auf den Kopf kommt! (Zuruf von der äußersten Linken: Sie kritisieren Ihre eigene Politik! Sie sind an allem schuld!) — Sie sagen immer dasselbe! Ich dachte hier im Deutschen Reichstag, nicht in einem Papageihaus zu sein. (Zuruf links und Gegenrufe rechts.)

Meine Damen und Herren, nehmen Sie eine andere Relation, aus der Sie die Unmöglichkeit ersehen werden, hier zu Rande zu kommen. Nicht ein deutscher Sachverständiger, sondern, soviel ich weiß, die alliierten Sachverständigen haben das durchschnittliche Einkommen in Deutschland pro Kopf der Bevölkerung bei der Brüsseler Konferenz im Dezember letzten Jahres auf 3900 Mark geschätzt. Machen Sie die Multiplikation mit 60 Millionen Köpfen, dann kommen Sie auf **ein Volkseinkommen von ungefähr 230 Milliarden.** Von diesen 230 Milliarden sollen — nur für das Reich! — 155 Milliarden Steuern, also zwei Drittel! — erhoben und zum großen Teil an die Entente abgeführt werden. Ist das eine Möglichkeit? (Lebhafte Rufe rechts: Nein!)

Das ist für das deutsche Volk unmöglich! Das wäre auch für jedes andere Volk unmöglich! Denn das, was übrig bliebe, wenn nach den richtigen und vernünftigen Grundsätzen, die der Herr Reichsfinanzminister aufgestellt hat, die dauernden Lasten durch laufende Steuern erhoben werden, — was dann dem deutschen Volke übrig bliebe, das ist nicht genug zum leben, ist aber gerade genug zum sterben. (Lebhafte Zustimmung rechts. — Zurufe links.)

Ich sage also: **schon die Papierbilanz des Reichs beweist, daß an die Durchführung dieser Steuern, an die Deckung des Ultimatums aus Einnahmen des deutschen Volkes überhaupt nicht zu denken ist.**

(Zuruf links: Bitte geben Sie andere Mittel an!) — Lassen Sie mich ruhig zu Ende reden. (Zuruf rechts: Es gibt eben keine anderen Mittel!) — Sie (nach links) hätten vielleicht schon gehört, was ich zu diesem Punkte zu sagen habe, wenn Sie mich vorhin nicht fortgesetzt unterbrochen hätten. Also zügeln Sie, bitte, Ihre Ungeduld. —

Ich fahre im Text dessen, was ich auszuführen habe, weiter fort. (Zuruf links: Milchmädchenrechnung!) — Wir wären alle sehr glücklich, wenn es sich nur um eine Milchmädchenrechnung handeln würde. —

Meine Damen und Herren! Wie sieht nun aber

**die Goldbilanz**

aus, in der die wahren Ziffern des „Budgets der Reparationen" stehen? — Einmal die Goldbilanz des Deutschen Reiches, unserer staatlichen Organisation. Da muß ich auf Zahlen zurückgreifen, die ich vorhin nannte: zunächst 3,3 Milliarden Jahreszahlung für das Ultimatum; dann die Besatzungskosten, die ich augenblicklich nicht niedriger als eine Milliarde im Jahr veranschlagen kann. Ich will annehmen, daß davon für Sold und ähnliches, was an die Alliierten in bar zu zahlen ist, 300 Millionen Goldmark gezahlt werden müssen; das ist niedrig veranschlagt; es ist in Wirklichkeit wahrscheinlich erheblich mehr. Dann kommen wir auf 3,6 Milliarden. Dazu kommen die rund 500 Millionen Goldmark für die Ausgleichszahlungen. So gelangen wir auf **mehr als 4 Milliarden Goldmark,** die das Deutsche Reich in Ausführung des Friedensvertrages heute und wenigstens noch für einige Zeit an die Alliierten zu zahlen hat. Das ist die Goldbilanz des Reiches.

Aber zu dieser Goldbilanz des Reiches kommt für das deutsche Volk und seine Wirtschaft noch ein anderer Posten hinzu. Zu dieser Goldbilanz des Reiches kommt noch der Passivsaldo der Zahlungsbilanz der deutschen

Volkswirtschaft. Wie sieht dieser Passivsaldo aus? Unsere Ausfuhr stellt sich nach der letzten Zahl, die bekannt ist, auf rund 5 Milliarden Goldmark; unsere Einfuhr kommt auf 7,5 Milliarden Goldmark. Unsere Handelsbilanz ergibt also ein Defizit von 2½ Milliarden Goldmark. Aber damit nicht genug. Wir waren vor dem Kriege ein Gläubigerland. Wir bezogen aus dem Auslande Zinsen aus fremden Wertpapieren, Erträgnisse aus Kapitalanlagen im Auslande und ähnlichen Dingen mehr. Wir bezogen sehr erhebliche Einkünfte, mehrere Hundert Millionen Mark, aus unserer Schiffahrt, die verschwunden ist. Alle diese Aktivposten unserer Zahlungsbilanz sind durch den Frieden von Versailles weggelöscht. Dazu kommt ein weiteres. Schon im Kriege hat sich die deutsche Volkswirtschaft an die ausländischen Volkswirtschaften verschulden müssen. Das hat nach dem Kriege, in der Revolution und bis zum heutigen Tage Fortschritte gemacht und macht jeden Tag weitere Fortschritte. Womit bezahlen wir heute den Fehlbetrag unserer Handelsbilanz? Wir bezahlen ihn durch Schulden. (Zuruf links: Wie Sie im Kriege!) Das ist, wenn man sich auf einen Dauerzustand von 100 Jahren einrichtet, eine Unmöglichkeit. (Sehr richtig! rechts!) Wir müssen damit rechnen, daß heute bereits unsere Verschuldung nach dem Auslande — und ich glaube auch hier nicht, daß der Herr Reichsfinanzminister mir widerspricht — beträchtlich mehr als 20 Milliarden Goldmark beträgt. (Reichsfinanzminister Dr. Wirth: Das ist schwer zu schätzen!) — Gewiß, es ist schwer zu schätzen; aber ich weise darauf hin: es handelt sich nicht nur um die gewaltigen Kredite, die wir im Auslande aufgenommen haben, sondern es sind auch ungeheure Beträge, die in Form von ausländischen Krediten in den verschiedensten Formen heute schon im Inlande bestehen und für deren Verzinsung und eventuelle Rückzahlung die Gegenwerte in ausländischen Devisen, d. h. in Gold, nach dem Auslande remittiert werden müssen. Ich mache aufmerksam auf den Bericht einer unserer Großbanken, auf den Bericht der Dresdner Bank, in dem ausgeführt wird, daß von den Kreditoren dieses Instituts, die mehr als 11 Milliarden Papiermark betragen, mehr als ein Viertel auf ausländische Gläubiger entfällt. Ich glaube nicht, daß die Dresdner Bank das hervorgehoben hätte, wenn sie der Ueberzeugung wäre, daß diese Zahl

aus dem Rahmen herausfällt. Diese Dinge bezeichnen den Zustand unserer ganzen Wirtschaft. Deswegen glaube ich: der Betrag von 20 Milliarden Goldmark Verschuldung an das Ausland ist nicht zu hoch, sondern eher zu niedrig gegriffen. Wenn Sie nun davon nur 5 Prozent Zinsen rechnen, so ist das eine Belastung unserer Zahlungsbilanz um eine weitere Milliarde Goldmark. Wenn Sie sich aber erkundigen, wieviel Zinsen heute an das Ausland tatsächlich gezahlt werden müssen, so kommen wir leicht auf den doppelten Betrag. Ich will nur eine Milliarde zuschlagen. Rechnen Sie das hinzu, schlagen Sie das zu den 2½ Milliarden Defizit unserer Handelsbilanz, das heute besteht, so kommen Sie auf 3½ Milliarden; und diese Summe hinzugerechnet zu den 4 Milliarden der vom Reiche an die Ententestaaten zu bewirkenden Goldleistungen, ergibt einen **Gesamtfehlbetrag der deutschen Goldbilanz von jährlich 7½ Milliarden Goldmark.** Da frage ich: Wo ist der Zauberstab, mit dem das Papier, das Sie allein auch mit der schärfsten Anziehung der Steuerschraube aus Deutschland noch herausholen können, — wo ist der Zauberstab, der dieses Papier in Gold umwandelt? Ich kenne diesen Zauberstab nicht.

Meine Damen und Herren! Wir wollen doch auch in diesem Punkte absolut klar sehen; und weil wir das wollen, deshalb bedaure ich gewisse Veröffentlichungen, die in letzter Zeit hinausgegangen sind und die über diese wichtige Frage eine starke Unklarheit verbreitet haben; natürlich nicht absichtlich, das nehme ich nicht an.

Ich komme damit auf die augenblickliche Situation und die Frage, wie es überhaupt in der nächsten Zeit mit

**unseren Goldzahlungen an das Ausland**

werden soll. Den Damen und Herren ist bekannt, daß wir bei Unterzeichnung des Ultimatums innerhalb einer ganz kurzen Frist einen Wechsel auf eine Milliarde Goldmark an die Ententestaaten gegeben haben, der am 31. August dieses Jahres fällig ist und eingelöst werden muß. Dann kommen vom Ende dieses Jahres ab die regelmäßigen Zahlungen, die wir in acht von den zwölf Monaten des Jahres zu erfüllen haben. Sie betragen am 15. November zum erstenmal ein Viertel der

26 prozentigen Exportabgabe, also ungefähr 330 Millionen Mark. Es kommt dann am 15. Januar 1922 zum erstenmal eine Zahlung von 500 Millionen Goldmark, ein Viertel der festen Annuität von 2 Milliarden Goldmark; dann am 15. Februar wieder ein Viertel der Exportabgabe mit 330 Millionen Gold. Dann kommen am 15. April wieder die 500 Millionen Gold. Und so wickelt sich das Monat für Monat weiter ab. In jedem Jahre werden wir in acht Monaten diese gewaltigen Goldzahlungen an das Ausland aufzubringen haben, — soweit nicht Sachleistungen eintreten, soweit nicht Sachleistungen einen Teil der Goldleistungen ablösen.

Und da wollen wir uns einmal ein ungeschminktes Bild machen, wie die Dinge aussehen. In der Oeffentlichkeit begegne ich immer dem Eindruck, die erste Milliarde, die wir nach dem Ultimatum für den 31. August dieses Jahres schulden, sei bereits bezahlt. Das steht sogar in dem Communiqué der Garantiekommission. Ja, bezahlt ist sie durch die Hingabe von Wechseln, die am 31. August d. J. fällig werden. (Zuruf von den Deutschen Demokraten: So sagt jeder Kaufmann!) — Ja, so sagt jeder Kaufmann, und der Kaufmann versteht es richtig. Aber Sie werden mir zugeben, Herr Kollege Petersen: für das große Publikum ist das mißverständlich; und daß ein Mißverständnis auch bei vielen Leuten besteht, die kaufmännisch denken können, davon habe ich in den letzten Wochen oft Gelegenheit gehabt, mich zu überzeugen. In Wirklichkeit ist bisher dieser Betrag von einer Milliarde Goldmark, der am 31. August fällig ist, nur mit 244 Millionen Gold bezahlt. Also von dieser einen Milliarde, die in der Vorstellung unseres Publikums bezahlt ist, müssen bis zum Verfalltage, dem 31. August, noch 756 Millionen Goldmark beschafft werden. (Hört! Hört! rechts.) Es ist heute von der Unterzeichnung des Ultimatums an bis zum 31. August ungefähr die Hälfte der Zeit verflossen, und trotzdem sind erst 244 Millionen auf die Milliarde abgedeckt, also nur ein Viertel. Die übrigen drei Viertel haben wir in der zweiten Hälfte der Zeit noch aufzubringen.

Nun stand bereits in den Zeitungen zu lesen: wenn diese Milliarde bezahlt sei, würden wir bis zum 1. Mai nächsten Jahres nur noch 300 Millionen Goldmark weiter aufzubringen haben,

das übrige werde durch Sachleistungen abgedeckt werden. Die ersten Nachrichten lauteten sehr bestimmt, die folgenden brachten dann schon die Einschränkung, das verstehe sich unter der Voraussetzung, daß der Rest durch Sachleistungen gedeckt werde. Nun werden Sie zugeben, daß es für eine Regierung nichts Gefährlicheres gibt, als draußen solche Vorstellungen zu erwecken, die sehr bald in die Brüche gehen müssen. (Sehr richtig! rechts.) Deswegen möchte ich gerade in diesem Punkte den Herrn Reichsfinanzminister um eine ergänzende Aufklärung bitten. Meine Rechnung ist folgende:

Wir haben insgesamt bis zum 1. Mai nächsten Jahres, „dem ersten Reparationsjahre", wie die Garantiekommission sagt, aufzubringen: 2660 Millionen Goldmark. Davon sind bisher in bar gezahlt 244 Millionen, aber ich will einmal annehmen, die erste Milliarde sei bereits voll gezahlt oder ihre Zahlung sei sichergestellt; dann würden sich die 2660 Millionen Goldmark auf 1660 Millionen verringern. Wenn auf diese 1660 Millionen nur noch eine Goldzahlung von 30 Millionen erforderlich sein soll, dann müßten also durch Sachleistungen abgedeckt werden 1360 Millionen Mark.

Nun frage ich: Wo sind die Sachleistungen, die diesen Betrag abdecken könnten? (Zuruf vom Regierungstisch.) Der weitaus wichtigste Posten ist die Kohle. Zwei Millionen Tonnen pro Monat sollen geliefert werden, das macht 24 Millionen Tonnen im Jahre; und wenn ich einen Preis von 20 Goldmark für die Tonne, der wohl eher zu hoch als zu niedrig gegriffen ist, zugrunde lege, so würde das auf 480 Millionen oder rund 500 Millionen Goldmark hinauslaufen. Diese 500 Millionen will ich abrechnen von den 1360 Millionen. Dann bleibt immer noch ein ungedeckter Fehlbetrag von 860 Millionen. Ich sehe nicht, woher die Deckung für diesen Fehlbetrag kommen soll.

„Die Exportabgabe von England" wurde mir vorhin zugerufen. Das sind die 26 Prozent, die England von unserer Ausfuhr nach England erhebt. Wir haben nun alle in der Presse gelesen — auch in der englischen Presse steht es —, daß seit Einführung dieser Importabgabe der Wert der deutschen Einfuhr nach England ganz außerordentlich zurückgegangen ist. Wenn nun aber

diese Einfuhrabgabe in England tatsächlich nahezu eine Milliarde Goldmark ergeben sollte, dann würde das ja heißen, daß unser Export allein nach England dem Betrag von 4 Milliarden Goldmark nahekommen müßte bei einem Gesamtexport von 5 Milliarden im letzten Jahre! Das ist natürlich nicht möglich. Also hier kann die Abdeckung auch nicht gefunden werden.

Es fragt sich nun, welche anderen Sachleistungen möglich sind. Damit komme ich auf das sehr traurige Kapitel der Sachleistungen. Ich schicke voraus: — Man mag zu der Frage der Annahme des Ultimatums stehen, wie man will. Aber nachdem es angenommen ist — das bekenne ich ausdrücklich, — haben wir alle die Pflicht und Schuldigkeit zu tun, was wir können, um zu zeigen, daß wir guten Willen haben. Ich bin von der Unmöglichkeit, das Ultimatum auch nur für irgendwelche längere Zeit zu erfüllen, überzeugt. Aber in bezug auf die Notwendigkeit, den guten Willen zu zeigen, besteht im Hause, glaube ich, keine Meinungsverschiedenheit. Guten Willen können wir nicht zeigen mit Gold, das wir nicht haben. Die Alchemie ist noch nicht soweit vorgeschritten, daß wir unser Papier in Gold verwandeln können. Guten Willen können wir nur zeigen in Sachleistungen. Was ist nun da erreicht worden?

Die Sachleistungen sind nicht nur von unserem guten Willen abhängig, sondern auch von dem guten Willen der anderen. (Sehr richtig!) Und was ist das Produkt des zweifellosen guten Willens bei uns und des Willens auf der anderen Seite, den ich durch kein Prädikat näher bezeichnen will? Was ist die Resultante aus diesem Kräfteparallelogramm?

Der Friedensvertrag sieht vor, daß die Entente ihre Warenforderungen bei uns in Form von Listen anmelden soll. Diese Listen sind auch eingereicht worden. Der Gesamtwert der Objekte, die da von der Entente gefordert wurden, betrug mehr als 10 Milliarden Goldmark. Aber als die Liste hier in Bearbeitung genommen wurde, stellte sich heraus, daß die verlangten Sachen zum großen Teil nicht lieferbar waren. Mir ist gesagt worden, daß Dinge verlangt worden sind wie etwa „7000 Meter Transmissionen". (Heiterkeit.) Ich bitte die Herren, die einigermaßen in der Technik Bescheid wissen, zu sagen, was sie sich darunter vorstellen sollen. Weiter wurden Dinge verlangt, wie große

Mengen von Baumwolle, Kupfer und ähnlichen Sachen, die wir garnicht liefern können. Als die Sichtung vollendet war, konnte unser Wiederaufbauministerium nur Vorschläge im Werte von 10 Milliarden Papiermark, nicht Goldmark, machen. (Hört! Hört! rechts.) Was ist nun aus den Verhandlungen, die darüber geführt worden sind, herausgekommen? — Bis jetzt im ganzen Bestellungen in Höhe von nur 500 Millionen Papiermark! (Hört! Hört! rechts.) Und was ist bisher davon ausgeführt worden? Nur für 100 Millionen Papiermark; und wenn Sie hier die Umrechnung in Goldmark zum heutigen Kurse vornehmen, so sind danach bisher **knapp 6 Millionen Goldmark im Wege dieser Sachleistungen** erfüllt worden, — außer Kohle, wie ich schon gesagt habe, und vielleicht Holz. Das ist eine Summe, die nur einen ganz verschwindenden Teil, noch nicht einmal ein Fünftel Prozent dessen ausmacht, was wir jährlich zu leisten haben!

Ich spreche die Hoffnung aus, daß es in den Verhandlungen, die jetzt eingeleitet sind, endlich gelingen möchte, diese Frage der Sachlieferungen in Fluß zu bringen. Aber wenn auch mit Herrn Dr. Rathenau ein Engel vom Himmel heruntergestiegen wäre, das wird er nicht zu Wege bringen nach allem, was wir bisher erlebt haben, daß in der kurzen Zeit, die bis 1. Mai zur Verfügung steht, nicht nur Verträge abgeschlossen, sondern auch Lieferungen bewirkt werden in dem Werte, wie er uns in den von mir bezeichneten Veröffentlichungen als wahrscheinlich bereits gedeckt präsentiert worden ist. Das halte ich für gänzlich ausgeschlossen. Darum wäre ich dankbar, wenn uns über diesen Punkt, der von außerordentlicher Wichtigkeit ist, Mitteilungen gemacht werden würden.

Alle diese Fragen stehen in engstem Zusammenhang mit der

**Entwicklung unseres Devisenmarktes.**

Der Herr Reichskanzler hat mit Recht hervorgehoben, daß alles davon abhängt, daß es endlich gelingt, die Mark zu stabilisieren. Er hat darauf hingewiesen, daß die Garantiekommission selbst anerkannt hat, daß dasjenige, was man von Deutschland verlangt, garnicht erfüllbar ist, wenn die Mark ihren

Rückgang fortsetzt. Er hat darauf hingewiesen, daß daraus die Reparationskommission gewisse Anforderungen sehr weitgehender Art an Deutschland herleitet. Das ist begreiflich, ist jedenfalls nicht verwunderlich. Als über das Ultimatum beraten wurde, haben wir die schwere Besorgnis gehabt, daß sehr bald auf die Annahme des Ultimatums der Kurs der deutschen Mark, der vorher in einen gewissen Gleichgewichtszustand gekommen war, wieder ins Rutschen kommen würde. Damals ist uns von Regierungsseite erklärt worden, das sei eine Täuschung; die Annahme des Ultimatums werde eine solche Entlastung der ganzen Welt bedeuten, auch in wirtschaftlicher Beziehung, daß dann eine Hebung des Markkurses die notwendige Folge sein werde. Unserer Besorgnis gegenüber ist damals das mir unbegreifliche Wort von dem „Fettpolster an Devisen" gesprochen worden, das wir uns anschaffen könnten, (hört! hört! rechts) das uns in den Stand setzen würde, uns gegen diese Gefahren zu panzern.

Meine Damen und Herren! Wie ist die tatsächliche Entwicklung? Der Kurs der Mark in amerikanischer Währung stellte sich am 26. April auf 64,7 Mark pro Dollar. Es ist dann allerdings eine vorübergehende Besserung eingetreten, wie das natürlich war. Als das Ultimatum unterzeichnet war, fanden sich natürlich Leute, die vorher à la baisse spekuliert hatten und jetzt rasch zur Deckung griffen. Es trat eine Besserung ein bis auf 58 Mark pro Dollar. Aber wie ist heute der Kurs? Heute ist er 74½ bis 74¾, (hört! hört! rechts) schlimmer als er seit langer Zeit gestanden hat. Man hat das dadurch zu erklären gesucht, daß man sagte, die Alliierten hätten die Torheit begangen, daß sie die Reparationszahlung ausschließlich in Dollars verlangt hätten; es würde eine Erleichterung eintreten, wenn auch die Zahlung in französischen Franken und englischen Pfund Sterling zugelassen würde. Gewiß liegt darin etwas; aber es trifft nicht den Kern der Sache. Wie wenig das der Fall ist, mögen die Herren aus der Kursentwicklung des Pfund Sterling und des französischen Franken am Berliner Markte ersehen.

Am 26. April stand das Pfund Sterling in Berlin auf 255 Mark, nach dem Kurse von gestern abend auf 277 Mark. (Hört! Hört! rechts.) Der Kurs auf Paris stand am 26. April auf 481,50, heute steht er auf 594,40 Mark. (Hört! Hört! rechts.) Die Stei-

gerung des französischen Franken ist stärker als die Steigerung des amerikanischen Dollars. Deswegen wird die Hoffnung, hier mit devisentechnischen Mitteln eine Entlastung zu bewirken, indem man statt Dollars Pfund Sterling und Franken kauft, täuschen. In dem Kurse unserer Mark drückt sich die Möglichkeit aus, das Ultimatum zu erfüllen. Das Herabgehen des Kurses deutet das Herannahen einer Krisis an, die ich als

**die Krisis der Erfüllung**

bezeichnen möchte. Diese Krisis kommt erheblich schneller heran, als die meisten im deutschen Volke glauben. (Sehr wahr! rechts.)

Meine Damen und Herren! Es ist mir vorhin zugerufen worden, ich solle zeigen, auf welchem Wege das Ultimatum erfüllt werden kann. (Sehr richtig! links.) Ich gebe Ihnen jetzt die Antwort. Ich sage Ihnen dasselbe, was wir Ihnen nicht aus Uebermut, nicht aus nationalistischem Geiste heraus, sondern aus schwerer, peinlicher, sorgfältiger, gewissenhafter Ueberlegung vor der Annahme des Ultimatums gesagt haben:

**Das Ultimatum ist nicht erfüllbar.**

(Sehr wahr! rechts.) Es wird niemand die Möglichkeit finden, dieses Ultimatum zu erfüllen, weder Sie, noch ich, noch irgendjemand! (Sehr richtig! rechts.) Der Weg, den jetzt der Herr Reichskanzler vorschlägt — das haben wir vorhin an den Zahlen gesehen, die Sie (zum Reichskanzler gewendet) uns gegeben haben — auch dieses gigantische Steuerprogramm, das über die Kraft des deutschen Volkes weit hinausgeht, auch dieses Programm erfüllt das Ultimatum nicht. Von den 155 Milliarden Papiermark Ausgaben bleibt immer noch ein Defizit von 75 Milliarden.

So stehen die Dinge!

Lassen Sie mich über dieses Steuerprogramm, Herr Reichskanzler, ohne daß ich mich auf Einzelheiten einlasse, kurz ein Wort sagen.

Auch Sie werden nicht bestreiten wollen, daß dieses Steuerprogramm nicht nur den Jahresertrag der deutschen Volkswirtschaft erfaßt, sondern weit darüber hinaus in die

eingreift. (Sehr richtig! rechts.) Das geht schon aus Ihrem — ich will nicht kritisieren, sondern nur Tatsachen feststellen — — Gedanken hervor, daß jetzt nach der Kriegsbesteuerung des Vermögenszuwachses — ich weiß nicht, ob ich sagen soll, in der Form einer Friedens- oder Nachkriegssteuer — der Vermögenszuwachs seit dem Notopfer erneut besteuert werden soll. Dieser Vermögenszuwachs ist bei der deutschen Volkswirtschaft in ihrer Gesamtheit einfach nicht da. Der Vermögensschwund, die Schwindsucht des deutschen Volksvermögens geht weiter. Was heute als Vermögenszuwachs erscheint, das ist — abgesehen von seltenen Ausnahmefällen —, ein Zuwachs, gesehen durch das Vexierglas der Geldentwertung. (Sehr richtig! rechts.)

Herr Reichskanzler, ich will einmal radikaler sein, als Sie sein wollen, in der Theorie selbstverständlich — in der Praxis sind Sie ja radikaler als ich, darüber sind wir uns einig, — ich will nur demonstrandi causa radikaler sein, als Sie selbst. Ich will einmal annehmen, Herr Reichskanzler, Sie wollten jetzt den gesamten Scheinzuwachs hinwegsteuern, namentlich auch den Zuwachs, den Sie auf die Realwerte berechnen. Was heißt das anders als: es darf in Deutschland zukünftig, in Papier ausgedrückt, niemand ein größeres Vermögen besitzen, als er am 1. Januar 1914 Vermögen besessen hat, in Gold ausgedrückt. Es darf also niemand ein Vermögen besitzen, das dem Realwert nach mehr als der fünfzehnte Teil seines früheren Vermögens ist. (Sehr richtig! rechts.)

Da sich das Volksvermögen aus den Vermögen der Einzelnen zusammensetzt, heißt das, daß das Gesamtvermögen der deutschen Volkswirtschaft heruntergedrückt wird auf den fünfzehnten Teil seines früheren Vermögens. Damit kann das deutsche Volk nicht nur nicht arbeiten, sondern damit kann es auch nicht leben. (Sehr richtig! rechts.) Sie holen die Steuern aus der Substanz heraus; sie essen die Substanz auf; nicht wie ein Butterbrot, gewiß nicht, obwohl auch im Innern manches von dieser Substanz verzehrt wird, was erhalten bleiben müßte. Was geschieht

mit der Substanz, die Sie erfassen? Der ganze Zweck ist: Zahlen an die Entente! Herr Reichskanzler, Sie haben ja selbst in Essen ein Wort gesagt, von dem ich Ihnen wünschte, daß Sie es im Interesse des deutschen Volkes wahrmachen könnten. Sie haben gesagt: „Für mich ist der Gedanke geradezu unfaßbar, daß wir deutsche Substanz, deutsches Vermögen nach dem Auslande verlieren sollten, um uns über ein paar Jahre hinüberzuretten." Aber Herr Reichskanzler, wenn Sie im Amt bleiben, und wenn Sie der Meinung bleiben, Sie könnten das Ultimatum durchführen, wenn Sie es wirklich durchführen wollen, dann werden Sie, ob Sie wollen oder nicht, die Substanz des deutschen Volkes Schritt für Schritt, Monat für Monat, Jahr für Jahr in die Hände der Entente überführen. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Das ist unvermeidlich! Wie sollen die Leute einen Teil der Realwerte abgeben? Mit dem Grund und Boden, mit den Maschinen, mit den Gebäuden ist nicht gedient. Sie sollen diese Werte veräußern, vielleicht an das Reich. Ich weiß nicht, ob das Reich wieder auf den Gedanken der Reichsvermögensbank zurückkommen will. Auch das würde nichts nützen. Wenn das Reich keine solchen Veranstaltungen trifft, würde der Zustand eintreten, daß die Besitzer der Realwerte, daß diejenigen, die in Deutschland nicht nur produktives Vermögen besitzen, sondern mit diesem produktiven Vermögen arbeiten, und Güter erzeugen — — (Zurufe von den Sozialdemokraten: die andern arbeiten lassen!) — Jawohl, arbeiten und arbeiten lassen! — Ich weiß nicht, Herr Bernstein, ob Sie den Zwischenruf gemacht haben. Ich hätte Sie für ernsthafter gehalten. (Zurufe von den Sozialdemokraten: Nein, nicht Bernstein.) Ich denke, die Stunde ist wirklich so ernst, daß Sie mich — ich weiß nicht, wer der Herr war — mit solchen wirklich abgegriffenen Zurufen verschonen könnten. — Ich komme auf den Faden zurück und sage:

Herr Reichskanzler, in diesem Augenblick, wo eine Besteuerung Platz greift, wie Sie angekündigt haben, wird es in Deutschland, von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, die es verstehen werden, durch irgendwelche Maschen Ihres Steuernetzes hindurchzuschlüpfen, nur noch Verkäufer unserer Realwerte und keine Käufer mehr geben. Die Käufer werden die Ausländer sein. Das Ausland wird

kommen und wird die Realwerte — ich möchte nicht einmal sagen für ein Butterbrot, sondern für ein Stück trocken Brot uns abkaufen, die Realwerte, die wir auf den Markt werfen müssen, um die Steuern zu bezahlen, die Sie verlangen. Auf diesem Umwege werden Sie durch Ihre Besteuerung die Vermögenssubstanz, die Realwerte, die Produktivmittel des deutschen Volkes in die Hände der Entente überführen. (Sehr wahr! rechts.) Daraus werden alle die Konsequenzen entstehen, die bei den Beratungen über die Annahme des Ultimatums auch auf der Linken anerkannt worden sind. Meine Damen und Herren! Ich habe manchmal den Eindruck — ich will nicht verallgemeinern —, aber aus einzelnen Aeußerungen der Linken habe ich doch manchmal den Eindruck, daß es dort Leute gäbe, die mit einer gewissen Schadenfreude diesem ungeheuren Schicksal zusehen würden, (Zurufe und Widerspruch bei den Sozialdemokraten) die sagen würden: jetzt haben wir die „Besitzer von Realwerten" in der Zange, und jetzt kommt auf diesem Wege die große soziale Enteignung. (Lebhafte Zurufe von den Sozialdemokraten.) Meine Damen und Herren! Das erinnert mich an diejenigen, die über den Niederbruch des deutschen Militarismus triumphiert und dafür jetzt den Ententemilitarismus bekommen haben! (Lebhafte Zustimmung rechts.) Sie werden mit dieser Steuergesetzgebung den sogenannten Kapitalismus, d. h. das deutsche produktive Volksvermögen, zerstören. Sie werden es in die Hände der Entente überführen, und sie werden mit dieser sogenannten Sozialisierung, mit dieser Expropriation — — (lebhafte Zurufe von den Sozialdemokraten: Phantasie!) Sehen Sie doch in Ihrem eigenen Blätterwalde nach, Herr Abgeordneter Müller, dann werden Sie mit Ihren Zurufen vorsichtiger sein! — Mit dieser Expropriation — denn eine Expropriation ist es — werden Sie den Kapitalismus nicht beseitigen, sondern Sie werden alle die Fehler, die der Kapitalismus wie alle menschlichen Einrichtungen an sich hat, kumulieren, steigern durch die **Fremdherrschaft.** (Sehr richtig! rechts.) Das ist das Schicksal, das Sie dem deutschen Volke bereiten werden! (Zurufe links.)

Nun komme ich zum Schluß. (Wiederholte Zurufe von den Sozialdemokraten: Was tun?!) — Darauf habe ich die Antwort vorhin schon gegeben! — (Widerspruch.) Ich habe vorhin bereits erklärt: Das Ultimatum ist nicht durchführbar, und weder ich — — (erneute Zurufe von links) — lassen Sie mich doch weiterreden, ich bin ja gleich am Ende! — weder ich, noch ein anderer kann irgendein Mittel angeben, wie das Ultimatum durchgeführt werden kann. Es gibt kein Mittel der Erfüllung! (Erneute Zurufe links.) Aber ich sage folgendes: Ich stimme gewissen Ideen, wie sie von der Regierungsbank, von den Persönlichkeiten der Regierung in letzter Zeit ausgesprochen worden sind, durchaus bei: das Schicksal Deutschlands ist nicht nur das Schicksal Deutschlands, sondern das Schicksal Europas und darüber hinaus das Schicksal der zivilisierten Welt! (Lebhafte Zustimmung.) Wir haben alles Interesse daran, daß das begriffen wird, alles Interesse daran, daß die Unausführbarkeit des Ultimatums in Deutschland, aber auch draußen in der Welt begriffen wird. (Lebhafte Zustimmung.)

**Der Weg der Rettung des deutschen Volkes ist nicht das Programm der Erfüllung, sondern dieser Weg ist die Revision des Ultimatums, die Befreiung vom Ultimatum.**

(Erneute lebhafte Zustimmung rechts. Erregte Zurufe links:) Sie können sich beruhigen! Sie brauchen nicht zu fürchten, ich würde gleich ein Maschinengewehr aus meiner Westentasche ziehen! (Heiterkeit rechts.) Ich habe keines! So töricht, wie Sie denken, bin ich denn doch nicht! Aber, meine Damen und Herren (nach links), helfen Sie an dem mit, was wir tun müssen, um zur Revision des Ultimatums zu kommen, um das deutsche Volk zu retten! Aber nicht mit solchen Szenen, wie Sie sie vorhin aufgeführt haben und wie Sie sie stets gerne aufführen, wenn jemand hier vor Sie hintritt und die Wahrheit sagt. (Erneute Zurufe links. Zuruf von den Deutschen Demokraten: Da haben Sie schuld gehabt!) Meine Damen und Herren, helfen Sie bei dem, was wir tun müssen, bitte mit, indem auch Sie überall, wo Sie können, jeder in seinem Kreise, jeder zu denen, zu welchen er Beziehungen hat, zu denen, die auf ihn hören, darauf hinweist, wie

undurchführbar das Ultimatum ist, und in wie naher Zeit wir in die Erfüllungskrisis hineinkommen!

Und damit wende ich mich noch einmal an die Regierung. Meine Damen und Herren! Diesem Bestreben, dahin zu wirken, daß die Welt einsieht, das Ultimatum ist eine Unmöglichkeit, kann nur dann draußen in der Welt die Bahn gebrochen werden, wenn zu allererst das deutsche Volk das einsieht und sich dazu bekennt. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Aber dagegen richten Sie einen Damm auf, wenn es vorkommen kann, daß hier von Regierungsseite erklärt wird: das Ultimatum ist erfüllbar, wir können erfüllen, wenn wir nur wollen! — Das ist das Gegenteil der Politik, die richtig ist. (Lebhafte Zustimmung rechts.)

Und es ist auch das Gegenteil der Wahrheit! Herr Reichskanzler! Ich richte an Sie den Appell: Unterlassen Sie solche Aeußerungen und sorgen Sie dafür, daß von jedem Mitglied der Regierung in Zukunft solche Aeußerungen unterlassen werden. Ich bin fest überzeugt, es kann niemand auf der Regierungsbank geben, der im Ernste glaubt, daß das Ultimatum auf irgendwelche längere Dauer erfüllbar sei. Aber Sie glauben in Taktik machen zu müssen zugunsten des deutschen Volkes, indem Sie das Ultimatum als erfüllbar hinstellen. Diese Taktik ist grundfalsch, ist grundverkehrt! Meine Herren von der Regierung, **sagen Sie die Wahrheit! Das ist die beste Taktik! Das ist die einzige Rettung!** (Stürmischer Beifall und Händeklatschen rechts. Erregter Widerspruch und vereinzeltes Zischen links. Wiederholte Bravorufe rechts. Andauernde Zurufe von den Sozialdemokraten und auf der äußersten Linken: Wo bleiben die Steuerpläne?! Erneuter Beifall und Händeklatschen rechts. Andauernde große Unruhe links und Zurufe: Urteutone.)

V.

# Rede vom 7. November 1921.

**Der Finanzminister im Nebenamt. — Finanzielle Lage und finanzielle Perspektiven. — Das „Budget der Kontributionen". — Das Wiesbadener Abkommen. — 400 Milliarden jährliche Reichsausgaben = 35 000 Mark durchschnittliche Belastung der Familie. — Die neuen Verbrauchs- und Besitzsteuern. — Die „Erfassung der Sachwerte". — Der Bankerott der Erfüllungspolitik. — Die „Kredithilfe der Industrie". — Politik der Katastrophe und Politik der Rettung.**

## Vorbemerkung.

Im Herbst 1921 wurden dem Reichstag die Steuergesetze vorgelegt, die der Reichskanzler Dr. Wirth in seiner oben auszugsweise abgedruckten Rede vom 6. Juli 1921 als notwendig für die Erfüllung des Londoner Ultimatums in Aussicht gestellt hatte. Ihre erste Beratung wurde für den 7. November auf die Tagesordnung des Reichstags gesetzt. Sie wurde verbunden mit einer deutschnationalen Interpellation, die den infolge der „Erfüllungspolitik" eingetretenen Sturz der Valuta — der Dollar war seit der Annahme des Londoner Ultimatums von etwa 60 M. auf mehr als 300 M. gestiegen — zum Gegenstand hatte. Die von dem Abgeordneten Edlen von Braun begründete Interpellation wurde von dem Reichswirtschaftsminister Schmidt beantwortet, nach dessen Ausführungen Dr. Helfferich die Tribüne bestieg.

* * *

Vizepräsident Dietrich (Prenzlau): Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Helfferich. (Zuruf links.)

Dr. Helfferich: Der Herr stellvertretende Reichsminister der Finanzen hat am Freitag den Versuch gemacht, dem Hause einen Ueberblick über die Finanzlage des Reiches und die

dem Reichstag jetzt vorliegenden 15 Steuergesetzentwürfe zu geben. Er hat dabei zutreffend die Steuervorlagen die „ungeheuerlichste Belastung" genannt, „die je einem Volke zugemutet worden ist". Er hätte hinzufügen können, daß die finanzielle Situation, über die er referierte, die ungeheuerlichste Lage ist, in der sich je ein Volk befunden hat.

Es ist bezeichnend für die Regierungsverhältnisse des parlamentarischen und republikanischen Deutschlands, daß in so ungeheuerlicher Lage und angesichts dieser ungeheuerlichen Steuerprojekte der Deutsche Reichstag und das Deutsche Volk sich einem Finanzminister gegenübersehen, der dieses Amt voll schwerster Arbeit und Verantwortlichkeit als Stellvertreter und im Nebenberuf versieht. (Sehr richtig rechts.)

Dieser Zustand ist ja nicht neu. Er datiert ja nicht erst seit dem zweiten Kabinett Wirth, sondern war bereits in dem ersten Kabinett Wirth vorhanden. Damals war der Reichskanzler in Person im Nebenberuf auch Reichsfinanzminister, so wie er heute im Nebenberuf die kleinen und unbedeutenden Geschäfte des Auswärtigen Amtes versieht. (Zuruf links: Genau so wie Bismarck! — Gelächter rechts.)

Das ist ein kleiner historischer Irrtum, wie er auf dieser Seite des Hauses vorzukommen pflegt. (Wiederholte Zurufe links.)

Der Fürst Bismarck hat als Reichskanzler einen Staatssekretär des Auswärtigen neben sich gehabt. Heute sind wir ja weniger bescheiden, da nennen wir die Staatssekretäre: „Reichsminister". Aber dieser Wortunterschied ändert die Sache nicht: ein Bismarck hat sich in leichteren Zeiten — und weiß Gott, auch die schwersten Zeiten eines Bismarck waren leichter als die heutigen — solche doppelten Kräfte nicht zugetraut. (Wiederholte Zurufe links.)

Aber allerdings, wenn die Lobesversicherung auf Gegenseitigkeit zwischen Ministerkollegen, wie sie die staunende Mitwelt zwischen den Herren Dr. Wirth und Dr. Rathenau erlebt, noch eine Weile weitergeht, dann wird Bismarck hinter dem Riesen Wirth allmählich zum kleinen unbedeutenden Zwerg zusammenschrumpfen. (Große Heiterkeit rechts. — Erregte Zurufe von den Sozialdemokraten: Hätten Sie Bismarcks Werk nicht kaputt gemacht!)

Herr Abgeordneter Müller (Franken), es steht Ihnen frei, sich

nachher zum Wort zu melden und Ihre erleuchteten Gedanken von der Tribüne zum Besten zu geben. (Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Meine Freunde können sich jedenfalls auch im neuen Deutschland noch nicht an den Gedanken gewöhnen, daß, wenn der Reichspräsident einem Minister ein doppeltes Amt gibt, dann der liebe Gott verpflichtet sein soll, ihm auch einen doppelten Verstand zu geben. (Ironische Zurufe auf der äußersten Linken.)

Ohne persönliche Spitze gegen den Herrn Reichsminister Dr. Hermes — persönliche Spitzen liegen uns ja überhaupt fern — (Lachen und Zurufe links) spreche ich deshalb namens meiner Freunde mit allem Nachdruck den Wunsch aus, daß der Herr Reichsfinanzminister in diesen Zeiten der schwersten Finanznot endlich aufhöre, nur im Nebenberuf und nur als ein Provisorium zu existieren, und daß möglichst bald ein ganzer Mann mit seiner vollen Arbeitskraft sich dem schweren verantwortlichen Geschäfte des Reichsfinanzministeriums widme. (Zuruf links: Helfferich!)

Nein, meine Herren, bei dieser Majorität würde ich mich für das Amt bedanken! — (Lachen bei den Sozialdemokraten und auf der äußersten Linken.)

Das eine glaube ich sagen zu können: ein Zustand, wie wir ihn seit dem Beginn der Aera Wirth erleben, würde in jedem anderen Lande, einerlei ob demokratische Republik oder absolute Monarchie, völlig undenkbar sein. Kein Volk und kein Parlament würden sich einen solchen Zustand gefallen lassen, und kein Monarch würde einen solchen Zustand vor seinem Gewissen und vor seinem Volke verantworten wollen. (Sehr richtig! rechts. — Andauernde Zwischenrufe links.)

Mich wundern diese aufgeregten Zwischenrufe auf der Linken; denn im Grunde genommen führe ich doch in der Sache nur dasselbe aus, was in persönlicher Zuspitzung vor mir der Herr Abgeordnete Braun (Franken) ausgeführt hat. Er war es ja, der mit persönlichen Spitzen gegen den gegenwärtig amtierenden Stellvertreter des Reichsfinanzministers diese Zustände rügte. Aber allerdings spreche ich Ihnen, Herr Abgeordneter Braun (Franken), das Recht einer solchen Kritik ab. Sie sind Vertreter einer Regierungspartei. Die Vertreter Ihrer Partei sitzen in der Regierung und saßen schon im letzten Kabinett Wirth in der Regierung.

Wenn es Ihnen ernst ist mit Ihrer Kritik, dann hätten Sie vorher für Abhilfe sorgen müssen. (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen. — Zuruf links.)

Der Herr Reichsminister Dr. Hermes hat zum Beginn seiner Ausführungen Bezug genommen auf eine Rede, die der damalige Reichskanzler und Reichsfinanzminister Dr. Wirth nach Annahme des Ultimatums hier über

**die sich aus der Unterwerfung unter das Ultimatum ergebende finanzielle Lage**

gehalten hat. Lassen Sie mich an die Auseinandersetzungen erinnern, die unmittelbar vor dem Auseinandergehen des Reichstags im Sommer, am 6. Juli, zwischen dem Herrn Reichskanzler Dr. Wirt und mir über

**die finanzielle Situation und die finanziellen Perspektiven**

stattgefunden haben. Damals war Herr Dr. Wirth — um seine etwas vollönende Sprache zu reden — nicht nur von dem Willen der Erfüllung, sondern auch von dem Optimismus der Erfüllung durchdrungen. Er veranschlagte damals am 6. Juli — es ist also noch nicht so sehr lange her — die Gesamtausgaben des Deutschen Reichs im laufenden Rechnungsjahr auf rund 108 Milliarden Mark, davon 40 bis 45 Milliarden für das Budget der Kontributionen, wobei, wie er ausdrücklich bemerkte, die feindlichen Besatzungskosten eingeschlossen sein sollten. Ich habe damals im Gegensatz zu Herrn Dr. Wirth unseren gesamten Ausgabebedarf für das laufende Rechnungsjahr auf 155 Milliarden Mark berechnet, davon 72 für das „Budget der Kontributionen". Ich bin bei den Herren auf der Regierungsbank auf Kopfschütteln, Unglauben und überlegenen Spott gestoßen; und nicht nur bei den Herren der Regierungsbank, sondern auch bei den Herren hier im Hause. Heute verkündet uns Herr Dr. Hermes, daß nach dem uns demnächst zugehenden dritten Nachtragsetat unsere Ausgaben sich stellen werden auf — — ja, da kommt ein Fragezeichen! Am meisten aufgefallen ist mir bei der Rede des Herrn Dr. Hermes, die ich aufmerksam angehört und dann auch in der Presse im ausführlichen Bericht gelesen habe, daß er die Schlußsumme unserer Ausgaben überhaupt gar nicht genannt

hat. Ich habe die Schlußsumme mit Mühe herausgerechnet und bin dabei gekommen auf eine

**Gesamtausgabe von nicht weniger als 182 Milliarden Mark.**

(Hört! Hört! bei den Deutschnationalen.)

Der Herr Minister Schmidt hat durchaus recht, auch mein Pessimismus ist durch diese Gestaltung der Dinge noch übertroffen worden; aber das scheint mir kein Beweis zu sein, daß der Optimismus der Herren auf der Regierungsbank berechtigt war. (Heiterkeit rechts.)

Dabei ist die von Herrn Minister Hermes vorgetragene Veranschlagung nach meiner Ansicht noch um ebensoviel zu rosig, als es vor vier Monaten die Berechnungen des Herrn Dr. Wirth gewesen sind.

Das ergibt sich, wenn Sie versuchen, die von Herrn Dr. Hermes vorgetragenen Zahlen nach großen Gruppen zu ordnen.

Wenn ich alles, was die Zahlungen an die Entente betrifft, beiseite lasse und zunächst nur den sogenannten „inneren Etat" vornehme, wenn ich auch die 19,7 Milliarden beiseite lasse, die das Reich jetzt auf Grund des Nachtragsetat an die Einzelstaaten für die Ueberlassung der Eisenbahnen als Abzahlung zu leisten hat — das ist ja nur eine Uebertragung von einem Schuldkonto des Reichs auf ein anderes —, wenn ich das alles abziehe, dann komme ich — ich bitte den Herrn Reichsfinanzminister, mich zu berichtigen, wenn die Zahlen nicht stimmen — für den inneren Etat im Ordinarium auf mehr als 59 Milliarden und im Extraordinarium auf mehr als 44 Milliarden, zusammen auf rund 104 Milliarden. Die Einnahmen, die dem gegenüberstehen, werden auf 72 Milliarden veranschlagt; es bleibt also ein Defizit von 32 Milliarden Mark; davon kommen allein 21 Milliarden Mark auf die Betriebsverwaltungen bei Eisenbahnen und Post. (Zurufe links.)

Glaubt irgend jemand im Hause, daß es bei diesen Ausgaben und diesen Fehlbeträgen sein Bewenden haben wird? Ich glaube es nicht. Der Herr Minister glaubt es auch nicht. Der Herr Minister hat selbst erklärt, daß der Mehrbedarf, der durch die Erhöhung der Beamtenbezüge usw. noch erwartet werde, in seinen Zahlen noch keine Berücksichtigung gefunden habe. Es bleibt

also unserer Phantasie überlassen, welche Zuschläge wir zu den ungeheuren Zahlen, die ich genannt habe, noch machen müssen. Nach meiner Ansicht werden wir gut tun, wenn wir schon für das laufende Rechnungsjahr uns auf mindestens 110 Milliarden Ausgaben im inneren Etat gefaßt machen, denen, wie gesagt, nicht viel mehr als 70 Milliarden an Einnahmen gegenüberstehen. Für die Zukunft müssen wir zweifellos mit weiteren Erhöhungen rechnen, schon weil die Aufbesserung in der Besoldung usw. mit all ihren Konsequenzen sich erst im kommenden Rechnungsjahr voll auswirken wird.

Es ist mir deshalb nicht ganz verständlich, wie der Herr Minister Dr. Hermes die Ausgaben des inneren Etats für 1922 auf nur 93 Milliarden veranschlagen kann, 69 im Ordinarium und 24 im Extraordinarium; das wäre gegenüber seinen Angaben für 1921 ein Rückgang von 11 Milliarden, gegenüber meiner Schätzung ein Rückgang von 17 Milliarden Mark. Wir haben noch jedesmal seit drei Jahren erlebt, daß in bestimmte Aussicht gestellt wurde, die Ausgaben für das kommende Jahr würden niedriger sein; wir haben jedesmal erlebt, daß die Ausgaben für das kommende Jahr beträchtlich höher geworden sind. (Zustimmung rechts.)

Ich bin der Ueberzeugung, daß bei einer Berücksichtigung der vollen Wirkung der jetzt geplanten Gehaltserhöhungen usw. — von weiteren Aufbesserungen, die unvermeidlich kommen werden, ganz abgesehen — die Ausgaben des inneren Etats sich für 1922 auf mindestens 120 Milliarden stellen werden. Ich glaube, daß sie näher bei 130 als bei 120 Milliarden liegen werden.*)

Diesen Ausgaben des inneren Etats von 120 bis 130 Milliarden sollen im Jahre 1922 nach Durchführung der neuen Steuervorlagen an Einnahmen nach den Angaben des Herrn Ministers gegenüberstehen 97,7 Milliarden Mark. Das heißt nichts anderes als: auch dann noch, nach Durchführung der neuen Steuergesetze, wird, ohne daß unsere Zahlungen an die Entente auch nur mit einem Pfennig in Rechnung gestellt werden, ein Fehlbetrag von 20 bis 30 Milliarden Mark im inneren Etat vorhanden sein.

*) Auch diese Zahlen werden, wie jetzt feststeht, noch erheblich überschritten werden.

Dieser Fehlbetrag wird sich vielleicht verringern, wenn erst einmal die Erhebung der alten Steuern, namentlich der Einkommensteuer, richtig in Fluß kommt. Er wird sich weiter vielleicht verringern, wenn erst vom Jahre 1923 ab die neue Vermögenssteuer, die ja in irgendeiner Form beschlossen werden wird, zur Erhebung gelangt, immer vorausgesetzt, daß die Einnahmesteigerung nicht wie bisher fortgesetzt durch ein noch stärkeres Anwachsen der Ausgaben überholt wird. Diese verhängnisvolle Entwicklung wird — Sie mögen neue Steuern beschließen, soviel Sie wollen — zwangsläufig weitergehen, solange nicht in zwei Punkten Wandel geschaffen ist: erstens solange nicht die Entwertung unseres Geldes zum Stillstand kommt, zweitens solange nicht in Verwaltung und Wirtschaft mehr gearbeitet und mehr gespart wird. (Sehr richtig! rechts.)

Solange unter dem Druck von Verhältnissen, über die ich noch ausführlicher sprechen werde, unser Geldwert immer weiter zurückgeht, die Teuerungswelle immer höher steigt und immer von neuem unabweisbare Ansprüche auf Gehalts- und Lohnerhöhungen an den Staat herantreten, wird überhaupt keine geordnete Finanzwirtschaft in Deutschland möglich sein. Kein Anziehen der Steuerschraube wird uns, solange diese Verhältnisse fortbestehen, aus der Defizitwirtschaft herausbringen.

Ueber Arbeit und Sparsamkeit will ich heute, wo soviel anderes zu besprechen ist, mich nicht weiter verbreiten. Ich will nur auf die Verhältnisse in den reichseigenen Betrieben hinweisen, einem Wunsche folgend, der vorhin von dieser Seite (nach links) geäußert worden ist. Ein Abbau des Defizits in den reichseigenen Betrieben ist uns wiederholt in bestimmte Aussicht gestellt worden. Nach den Mitteilungen des Herrn Reichsfinanzministers muß diese Illusion begraben werden; es ist nicht daran zu denken, daß das Defizit in den reichseigenen Betrieben zurückgeht; es wird immer größer! (Sehr richtig! rechts.)

Ich glaube weder der Reichsverkehrsminister — ich will nur eine Andeutung machen, die das Thema ja nicht erschöpfen kann —, ich glaube, weder der Reichseisenbahnminister noch der Reichspostminister wird bestreiten können, daß diese Verwaltungen heute noch mit Personal übersetzt sind. Ich glaube nicht, daß der Reichs-

eisenbahnminister und der Reichspostminister bestreiten können, daß trotz der Streckung der Arbeit durch die schematische, unrationelle Durchführung des Achtstundentags das Personal keine genügende Beschäftigung hat. (Aha! links. — Sehr richtig! rechts.)

Genaue Kenner unseres Eisenbahnwesens behaupten, daß durch die Einführung des Achtstundentags in der Eisenbahnverwaltung ein Mehrbedarf von 240 000 Mann notwendig geworden ist; sie behaupten weiter, daß darüber hinaus mindestens 100 000 Mann aus Gründen eingestellt worden sind, die mit der Betriebsführung nicht das mindeste zu tun haben. (Zurufe von den Sozialdemokraten.)

Wie sollen bei solchen Verhältnissen bei der Eisenbahn — und bei der Post liegt es kaum anders — die reichseigenen Betriebe aus der Defizitwirtschaft herauskommen? Und sieht es in den übrigen Verwaltungen besser aus? Das Reich ist kleiner und ärmer geworden, aber die Reichsbehörden sind gewachsen, als ob wir nicht den Krieg verloren, sondern als ob wir die Welt erobert hätten. (Zurufe links.)

Wir sind auf dem besten Wege zu dem Zustande, daß auf jeden dritten produzierenden Staatsbürger ein Beamter oder Staatsangestellter kommt, der mit durchgeschleppt werden muß. (Zuruf links: Bismarcks Ideal!)

Ich sage Ihnen noch einmal: Ihre historischen Kenntnisse sind nicht auf der Höhe, die eigentlich für dieses Haus erforderlich wäre. (Lachen links. — Zustimmung rechts.)

Einen solchen Zustand, daß nahezu auf jeden dritten Staatsbürger bald ein Beamter oder Staatsangestellter kommt, kann auch das reichste Land der Welt nicht ertragen, wieviel weniger das ausgepowerte Deutschland.

Ich sage kein Wort gegen unsere Beamten. Ich kenne und anerkenne die schwere Notlage, mit der unsere Beamten bei den gegenwärtigen Verhältnissen zu kämpfen haben. Ich bin durchdrungen davon, daß ihnen eine erträgliche Existenz gesichert werden muß. Aber das einzige Mittel, unsere Beamten auf die Dauer so zu stellen, daß sie das Leben haben, ist das Zurückschneiden des üppig wuchernden Behördenapparats auf das ganz unbedingt Notwendige. (Lebhafte Zustimmung rechts.)

Wenn hier nicht endlich eine eiserne Hand für Ordnung und

Sparsamkeit sorgt, dann mögen Sie — das wiederhole ich — Steuern beschließen, soviel Sie wollen, Sie werden den Reichskarren nicht aus dem Sumpf der Bankrottwirtschaft herausziehen, selbst dann nicht, wenn die Entente uns alle Forderungen schenkt. (Sehr richtig! rechts.)

Für das nächste haben wir jedenfalls allein im innern Etat — ich wiederhole die Zahl — trotz der neuen Steuern mit einem Fehlbetrag von 20 bis 30 Milliarden Mark zu rechnen.

Dazu kommt nun das sogenannte

**„Budget der Kontributionen".**

Herr Dr. Hermes hat unsere Zahlungen an die Entente aus den verschiedenen Titeln für das laufende Jahr auf rund 62 Milliarden Mark berechnet. Das ist immerhin ein etwas höherer Betrag als die 40 bis 45 Milliarden, von denen Herr Dr. Wirth noch im Juli dieses Jahres ausging. Ich fürchte, daß auch die 62 Milliarden ganz erheblich hinter der Wirklichkeit zurückbleiben. Aber ich will darauf verzichten, hier meine Ausstellungen an dem Anschlag für 1921 im einzelnen zu begründen. Wichtiger ist mir, wie sich die Reichsfinanzverwaltung das Budget für die Kontributionen für die kommenden Jahre denkt, in denen das Ultimatum erst in seiner vollen Schwere wirken wird. Der Herr Minister veranschlagt die Kontributionsausgaben für 1922 auf 67,6 Milliarden im ordentlichen Etat und auf 12 Milliarden im außerordentlichen Etat. Das sind zusammen nach dem Anschlag des Herrn Ministers rund 90 Milliarden Mark. Der Herr Minister hat dabei die Leistungen aus dem Ultimatum auf 3,3 Milliarden Goldmark jährlich veranschlagt und einen durchschnittlichen Entwertungsfaktor der Papiermark gegenüber der Goldmark von 20 angenommen. — Die 3,3 Milliarden Goldmark aus dem Ultimatum will ich akzeptieren; sie stehen ja nicht fest, sie hängen von der Entwicklung unserer Ausfuhr ab; aber sie werden ungefähr das Richtige treffen. Zu dem Entwertungsfaktor von 20 jedoch weiß ich wirklich nicht, was ich sagen soll. (Sehr richtig! rechts.)

Ein solcher Entwertungsfaktor von zwanzig würde einem Berliner Dollarkurse von 84 entsprechen. Es sind ja freilich erst ein paar Monate her, daß wir einen Dollarkurs von 84 gehabt haben, und trotzdem mutet es einen an wie sagenhafte Zeiten. An dem

Tage, an dem der Herr Minister sprach, war der Dollarkurs 245, und heute, nach weiteren drei Tagen, ist er 300. (Wiederholte Zurufe links.)

Herr Dr. Hertz, ich würdige Sie keiner Antwort. Sie können mich unterbrechen, soviel Sie wollen, eine Antwort werden Sie von mir nicht bekommen. — (Lebhafte Rufe rechts: Sehr gut!)

Ein Dollarkurs von 245, wie er am Freitag bei der Rede des Herrn Ministers bestand, bedeutet einen Entwertungsfaktor von 50, und ein Dollarkurs von 300, wie er heute leider Gottes besteht, bedeutet einen Entwertungsfaktor von mehr als 70. Bei dem Zusammenbruch unserer Valuta, wie wir ihn gegenwärtig erleben, für das nächste Jahr einen Dollarkurs von 84 anzunehmen, das heißt nach meiner Auffassung, die elementarste kaufmännische und staatsmännische Vorsicht außer Acht lassen. (Lebhafte Zustimmung rechts.)

Meine Damen und Herren! Ich scheue mich, hier klipp und klar zahlenmäßig auszusprechen, wie ich über die weitere Entwicklung unserer Valuta denke. Aber ich halte einen Entwertungsfaktor von 50 für das äußerst Zulässige; ich glaube er ist noch viel zu niedrig. Aber wenn ich nun einmal 50 annehme, dann bedeuten die 3,3 Milliarden Goldmark nicht 66, sondern 165 Milliarden Papiermark. (Lebhafte Rufe rechts: Hört! Hört!)

Aber mit den 3,3 Milliarden Goldmark jährlich aus dem Ultimatum ist ja der Kontributionsetat noch lange nicht erschöpft. Es kommen, um nur die wichtigsten Posten zu nennen, noch hinzu die Besatzungskosten, die nach den bisherigen Erfahrungen eigentlich mit 1,6 Milliarden Goldmark jährlich eingesetzt werden müssen. Wir haben ja, ich glaube, am 19. September eine Denkschrift bekommen, in der uns das Reichsschatzministerium die Verhältnisse darlegt. Wenn Sie die dort angeführten Summen, für die die Entente Erstattung in Gold von uns verlangen zu können vorgibt — insgesamt 3,5 Milliarden Goldmark für 26 Monate, — auf das Jahr umrechnen, dann kommen Sie auf 1,6 Milliarden Goldmark. Ich habe, als ich am 6. Juli hier sprach, nur 1 Milliarde Goldmark zugrunde gelegt. Ich will auch in diesem Augenblick bei dieser Summe bleiben; denn ich hoffe, daß unsere Regierung endlich die Anstrengungen macht, die erforderlich sind, um dem Skandal ein Ende zu bereiten, der mit den Besatzungskosten ge-

trieben wird. (Zuruf links: Was soll sie denn tun? — Zurufe rechts.)

Sie glauben, das einzige, was die Regierung tun kann, ist Nichtstun! (Lebhafte Zustimmung rechts. — Lärm links.)

Ich vermisse von seiten der Regierung, daß sie diese skandalösen Verhältnisse vor der ganzen Welt bloßlegt. (Erneute Zustimmung rechts. — Zurufe links.)

Ich will nur auf einen Punkt hinweisen. (Unterbrechungen links.)

Nach Nachrichten, die neulich durch die Presse gingen, bezieht der Präsident der internationalen Kommission des Saargebiets ein Gehalt von 250 000 Franken, das sind heute in deutschem Gelde mehr als 3 Millionen Mark, und es ist mehr, als nach meiner Kenntnis in ganz Frankreich irgendein Staatsbeamter außer dem Präsidenten der Republik bezieht. (Lebhafte Hört-Hört-Rufe.)

Der Präsident der internationalen Kommission für das kleine Saargebiet wird mit diesen enormen Bezügen ausgestattet! Und wie dort im Saargebiet, so ist es überall. Es ist die schamloseste Auspowerung Deutschlands. (Stürmische Zustimmung in der Mitte und rechts.)

Niemals haben römische Feldherrn, die an der Spitze ihrer Legionen ein fremdes Land mit Waffengewalt eroberten, ein Land schamloser und raffinierter ausgeplündert, als es hier in der Form der Besatzungskosten und der Kosten für die Kommissionen geschieht. Das muß vor der Welt festgestellt werden, (lebhafte Zustimmung) und daß dies nicht längst von seiten der Regierung geschehen ist, das mache ich ihr zum schweren Vorwurf. (Sehr gut! rechts. — Zurufe links.)

Angesichts dieser Verhältnisse ist ein Anschlag von 1 Milliarde Goldmark für die Besatzungskosten für die Zukunft mäßig.

Dazu kommen die sogenannten Ausgleichszahlungen für die Vorkriegsschulden, Liquidationen usw., die uns im Friedensvertrag aufgezwungen worden sind. Das sind jetzt jährlich rund 24 Millionen Pfund Sterling, d. h. bei dem jetzigen Sterlingskurs 40 Milliarden Papiermark. (Hört! Hört!)

Rechnen Sie das alles zusammen, dann kommen Sie auf

einen Kontributionsetat von rund 250 Milliarden Papiermark. (Erneute Rufe rechts: Hört! Hört!)

Aber das ist noch nicht alles! Zum Ueberfluß hat uns Herr Dr. Rathenau mit seinem

**Wiesbadener Abkommen**

für die nächsten fünf Jahre noch eine besondere Zulage für den Kontributionsetat beschert. (Hört! Hört! rechts.)

Ich will heute nicht auf die Einzelheiten eingehen, auch nicht auf die sehr bedenkliche politische Seite dieser Angelegenheit; aber ein kurzes Wort muß ich in diesem Zusammenhange über das Wiesbadener Abkommen sagen.

Nach dem Versailler Vertrage und nach dem Ultimatum sind uns unsere Sachleistungen an die Ententestaaten Zug um Zug in vollem Umfange auf unsere Goldverpflichtungen anzurechnen. (Sehr richtig! und Hört! Hört! rechts.)

Das hat bisher niemand bezweifelt; es ist von keiner Seite, auch nicht von den Franzosen, bestritten worden. (Zustimmung.)

Nun hat Herr Dr. Rathenau mit Herrn Loucheur in Wiesbaden ein Abkommen getroffen, nach dem erstens unsere Sachleistungen an Frankreich für die nächsten viereinhalb Jahre auf 7 Milliarden Goldmark limitiert werden — d. h. sie dürfen diesen Betrag nicht überschreiten; — nach dem zweitens Frankreich keinerlei Verpflichtungen übernimmt, an uns überhaupt irgendwelche Bestellungen auch nur für eine Tonne Zement oder Ziegelsteine zu vergeben — die Verpflichtungen liegen nur auf unserer Seite, die Rechte nur auf Seiten der Franzosen —; nach dem drittens uns von den Sachleistungen — außer Kohlen und Chemikalien — innerhalb der nächsten viereinhalb Jahre nicht der volle Goldwert, sondern nur 35 Prozent des Goldwertes auf Reparationsleistungen gutgebracht werden sollen. Für die überschießenden 65 Prozent sollen wir, das verarmte Deutschland, ohnedies der ganzen Welt verschuldet, den Franzosen gegenüber noch einmal den Extrabankier spielen. (Zustimmung. — Zuruf links: Daran hätten Sie vor fünf Jahren denken sollen! — Gelächter rechts.)

Ich habe an alle Dummheiten, die jetzt gemacht werden, nicht schon vor fünf Jahren denken können! (Heiterkeit. — Unruhe und Zurufe links.)

Meine Damen und Herren, aus diesen drei Punkten des Abkommens ergibt sich folgendes: Wenn in einem Jahre unsere Sachleistungen an Frankreich — immer außer Kohlen und Chemikalien — eine Milliarde Goldmark ausmachen sollten, so werden uns davon nur 350 Millionen Goldmark auf unsere Ultimatumsverpflichtungen angerechnet. Die restlichen 650 Millionen Goldmark betragen zu dem Kurs am Ende der letzten Woche 32½ Milliarden Papiermark, heute sind es nahezu 40 Milliarden; diesen Betrag hat das Deutsche Reich über seine Ultimatumsverpflichtungen hinaus in Form von Zahlungen an die deutschen Lieferanten zugunsten Frankreichs vorzuschießen. (Hört! Hört! bei den Deutschnationalen.)

Herr Dr. Rathenau hat sich auf die Verhandlungen mit Loucheur in dem durchaus berechtigten Bestreben und dem durchaus berechtigten Programm eingelassen, unsere Goldverpflichtungen durch Sachleistungen in möglichst großem Umfange abzudecken. Er hat jedoch dieses Programm in den Verhandlungen vollkommen umbiegen lassen; er hat das Gegenteil erreicht und unterschrieben. Er hat unterschrieben, daß für die nächsten entscheidenden Jahre unsere Sachleistungen nicht voll, sondern nur teilweise, nur zu etwa einem Drittel, auf unsere Goldverpflichtungen angerechnet werden sollen. Er hat damit jede Hoffnung, die vorher vielleicht noch bestehen konnte, auf eine Abdeckung unserer Goldverpflichtungen durch Sachleistungen endgültig zerstört, (sehr richtig! bei den Deutschnationalen) er hat ein Minimum, viel zu groß, als daß wir es auch nur in Jahrzehnten tragen könnten, vereinbart, für das unter allen Umständen in Gold entrichtet werden muß.

Ich bedaure, daß ich diese Ausführungen in Abwesenheit des Herrn Dr. Rathenau machen muß. Ich bedaure, daß er nicht hier ist, um dieses nach meiner Ansicht unverantwortliche Abkommen vor dem Reichstag zu vertreten. Aber die Tür des Wiederaufbauministeriums wird ihm ja offen gehalten, und freundliche Einladungen, wieder einzutreten, sind bereits ergangen. Er wird also vielleicht wieder an seinem Platz sein, wenn das Wiesbadener Abkommen hier von Grund auf diskutiert werden wird. Auf eine solche gründliche Diskussion können meine politischen Freunde

unter keinen Umständen verzichten. (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Wir protestieren auf das allerentschiedenste dagegen, daß die Ratifikation dieses Abkommens durch die Reichsregierung erfolgt ist, ohne daß vorher die verfassungsmäßige Genehmigung des Reichstags eingeholt wurde. (Sehr richtig! und Zurufe bei den Deutschnationalen: Demokratie!)

Das Wiesbadener Abkommen bedeutet in wesentlichen Punkten eine Deutschland und den Reichsetat belastende Abänderung des Versailler Vertrages und des Ultimatums; (sehr richtig! rechts) nicht mit kleinen Summen. Ich habe vorhin schon die Summe von 32½ Milliarden für ein einziges Jahr genannt, auf die diese Mehrlasten steigen können.

Wir haben im Auswärtigen Ausschuß mit allem Nachdruck auf diese Tatsachen hingewiesen. Als dem Auswärtigen Ausschuß — übrigens ganze zwei Tage vor dem Termin, der für den Austausch der Ratifikation in Aussicht genommen war — von dem Abkommen Kenntnis gegeben wurde, haben wir verlangt, daß dieses Abkommen vor der Ratifikation an den Reichstag gebracht werde. Wir haben aber auch im Auswärtigen Ausschuß nur eine lückenhafte Kenntnis dieses Abkommens erhalten. Es wurde zunächst nur mündlich referiert, und erst am Nachmittag wurde uns ein Abdruck dieses recht umfangreichen Abkommens für kurze Zeit in die Hand gedrückt.

Es ist im Auswärtigen Ausschuß z. B. von der Anlage, die die Kohlen betrifft, mit keinem Wort die Rede gewesen. (Hört! Hört! bei den Deutschnationalen.)

In diesem Nebenabkommen ist stipuliert, daß wir auf das Recht verzichten, das uns der Friedensvertrag gibt, daß wenigstens die Kohlen, die wir über Seehäfen exportieren, über Antwerpen, Gent, Rotterdam, uns zum Weltmarktpreis angerechnet werden. Herr Dr. Rathenau hat zugestanden, daß Frankreich auch für diese Kohlen nur den Inlandspreis zu zahlen hat, (hört! hört! bei den Deutschnationalen) der heute nur einen Bruchteil des Weltmarktpreises ausmacht. Er hat die Klausel hinzugefügt, daß diese Vergünstigung nur für Frankreich gelte. Meine Herren, glauben Sie, daß irgendein Ententestaat sich diese Disqualifikation gefallen läßt?

Es ist weiter in diesem Nebenabkommen verabredet, daß wir bei unserem Kohlenexport nach anderen als den alliierten Ländern, nach Oesterreich, Dänemark, Holland — also bei unserm Export außerhalb unserer Verpflichtungen gegenüber der Entente — nicht nur die 26 Prozent des Ultimatums, sondern den ganzen Inlandspreis an die Reparationskommission abzuliefern haben. (Hört! Hört! bei den Deutschnationalen.)

Von dieser Bedingung ist im Auswärtigen Ausschuß von dem Wiederaufbauminister mit keinem Wort gesprochen worden. Der Auswärtige Ausschuß hat davon überhaupt keine Kenntnis gehabt, als er unsern Antrag, daß der Reichstag mit dem Wiesbadener Abkommen befaßt werden müsse, ablehnte. Unser Antrag, die Angelegenheit vor den Reichstag zu bringen, zu diskutieren und dort die verfassungsmäßige Genehmigung herbeizuführen, ist mit allen Stimmen gegen die ganzen meiner Freunde und der Deutschen Volkspartei abgelehnt worden. (Hört! Hört! und Zurufe rechts.)

All die Parteien, die das demokratische Prinzip auf ihr Banner schreiben, bis zu Herrn Breitscheid, haben sich hier für Selbstausschaltung des Parlaments ausgesprochen. (Sehr gut! und Hört! Hört! bei den Deutschnationalen und bei der Deutschen Volkspartei. — Zuruf von den Sozialdemokraten: Der „Demokrat" Helfferich! — Gegenrufe rechts.)

Das scheint ja überhaupt für gewisse Herren, die nicht genug für Demokratie und Parlamentarismus schwärmen können, das höchste der Gefühle zu sein und die höchste Stufe, die im parlamentarischen Staat erreicht werden kann, daß das Parlament sich fortgesetzt selbst ausschaltet und zugunsten des Kabinetts abdankt. (Sehr gut! rechts. — Zurufe links.)

Meine Herren von der Linken und meine Herren von der Regierung! (Zuruf von den Deutschnationalen: Das ist ja dasselbe! — Heiterkeit links.) Sie verlangen von uns, daß wir die Verfassung achten, auch wenn sie uns nicht gefällt. Wundern Sie sich nicht, wenn wir von Ihnen, die Sie die Weimarer Verfassung geschaffen haben, mit allem Nachdruck fordern, daß Sie sich an die Verfassung halten. (Lebhafte Rufe rechts: Sehr gut!)

Im Falle des Wiesbadener Abkommens hat das Kabinett Wirth I die Verfassung nach unserer Auffassung gröblich verletzt. (Lebhafte Zustimmung rechts.)

Wir werden das Kabinett Wirth in den verfassungsmäßigen Formen für diese Verfassungsverletzung verantwortlich machen. (Wiederholte lebhafte Zustimmung rechts. — Lachen und Zurufe links.)

Ihr Lachen zeigt, daß für Sie der Schutz der Verfassung offenbar nur Schaumschlägerei ist. (Lachen und Zurufe von den Sozialdemokraten: Das sagt Helfferich!)

Für heute handelt es sich hier nicht um den verfassungsmäßigen, sondern um den finanziellen Ausschlag, und da kann ich nur feststellen, daß sich aus dem Abkommen Rathenau-Loucheur für das Reichsbudget in den nächsten Jahren ein Mehrbedarf — ich nannte vorhin die Zahl — von vielleicht 30 Milliarden ergeben wird.

Insgesamt ist damit die Jahresausgabe des Budgets der Kontributionen bei einem Dollarkurs von etwa 200 auf einen Satz von 280 Milliarden statt der 77 Milliarden gebracht, die der Herr Minister uns vorgetragen hat. Wenn ich den heutigen Dollarkurs zugrunde lege, dann sind es sogar 380 Milliarden Mark. (Hört! Hört! und Bewegung rechts.)

Zu diesen 280 Milliarden, bei denen ich zunächst einmal bleiben will, kommen die 120 bis 130 Milliarden Ausgaben des inneren Etats, so daß sich eine Gesamtausgabe des Reichsbudgets bei mäßiger Veranschlagung von mehr als 400 Milliarden Mark ergibt (hört! hört! bei den Deutschnationalen und bei der Deutschen Volkspartei) gegenüber einem Einnahmebetrag, der trotz der neuen Steuern nach dem Voranschlag der Reichsfinanzverwaltung 100 Milliarden Mark nicht ganz erreichen soll. Der Fehlbetrag stellt sich also auf rund 300 Milliarden Mark. (Hört! Hört!)

**400 Milliarden Mark jährlich Reichsausgaben!**

Wer hat einen Begriff davon, was das heißt? — Das bedeutet — man muß mit großen Zahlen dividieren, um diese astronomische Zahl zu veranschaulichen —, das bedeutet auf den Kopf der Reichsbevölkerung, ob Mann ob Frau, ob Kind ob Greis, eine durchschnittliche Jahreslast von rund 7000 Mark, (hört! hört! und Bewegung) also auf die

Familie von fünf Köpfen eine durchschnittliche, nicht einmalige, sondern eine durchschnittliche Jahreslast von 35 000 Mark! (Bewegung und lebhafte Rufe rechts: Hört! Hört! — Zuruf von der Deutschen Volkspartei: Die „Erfüllbarkeit" des Ultimatums! — Abgeordneter Hoffmann [Berlin]: Wer ist der Verbrecher, der es dahingebracht hat? — Abgeordneter v. Graefe [Mecklenburg]: Da sitzt er!)

Regen Sie sich doch über Herrn Hoffmann nicht auf!

Meine Damen und Herren! Das Durchschnittseinkommen der deutschen Bevölkerung pro Kopf ist von den Ententesachverständigen auf der Brüsseler Konferenz jetzt vor einem Jahre auf 3900 Mark geschätzt worden, das ganze deutsche Volkseinkommen auf etwa 230 Milliarden. Lassen Sie die Ziffer infolge der inzwischen eingetretenen Geldentwertung höher geworden sein, es bleibt bestehen, daß allein die Deckung unserer Zahlungen für die Entente vom deutschen Volke auf vielleicht 100 Jahre hinaus mehr verlangt, als heute sein gesamtes Jahreseinkommen, von reich und arm, beträgt. (Hört! Hört! und Bewegung rechts. — Zuruf rechts: „Erfüllbar"!)

Bei dieser trostlosen und verzweifelten Situation ist es begreiflich, wenn da und dort draußen im Lande sich Stimmen regen: wozu überhaupt

**neue Steuern**

beschließen, das nützt ja doch alles nichts, das geht ja doch in das Faß ohne Boden. Es ist doppelt begreiflich, wenn solche Stimmen aus den Reihen unserer Freunde kommen, die mit ansehen müssen, wie unsere Partei von den heutigen Machthabern fortgesetzt bewußt brüskiert und herausgefordert wird; (Lachen links) in einem Maße brüskiert und herausgefordert, daß der Eindruck entstehen muß: unsere Geduld soll erschöpft werden, wir sollen bis aufs Blut gereizt werden, wir sollen von dem Boden des Gesetzes und der Verfassung gewaltsam abgedrängt werden. (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen. — Oho! links.)

Wir merken uns diese Behandlung, und wir werden daraus die sachlich gebotenen Folgerungen ziehen. Aber wir geben uns nicht dazu her, aus Verärgerung das Spiel unserer politischen Gegner zu spielen, auch nicht in Steuerfragen. (Aha! links.)

Wir nehmen unsere Orientierung gegenüber den neuen Steuerforderungen lediglich an demselben Richtpunkt, der für unser ganzes Tun und Lassen bestimmend ist, an den vaterländischen Notwendigkeiten. (Lachen links.)

Gesichtspunkte der parteipolitischen Taktik gegenüber der jeweiligen Regierung und gegenüber den gegenwärtigen Regierungsparteien stellen wir selbstverständlich hinter die vaterländischen Notwendigkeiten, (erneutes Lachen links) auch wenn Ihnen dieses Wort nicht gefällt, zurück. Soweit wir uns entschließen können, irgendwelchen neuen Steuern zuzustimmen, bewilligen wir diese Steuern nicht der gegenwärtigen Parteiregierung, sondern dem Vaterland. (Erneutes Lachen links.)

Wir können nach diesem Grundsatz um so mehr handeln, als nach unserer festen Ueberzeugung die gegenwärtige Regierung, dieses vorübergehende Kabinett provisorischer Persönlichkeiten, (Heiterkeit rechts) ganz gewiß nicht mehr am Ruder sein wird, wenn die neuen Steuern zur Hebung kommen, vielleicht sogar schon nicht mehr, wenn die Steuergesetze vom Reichstag angenommen werden.

Auch die unbedingt und unumstößlich feststehende, vollendete Unerfüllbarkeit des Ultimatums kann uns nach unserer Ansicht nicht von der Pflicht sachlicher Mitarbeit an den neuen Steuern befreien. Zwar hat Herr Dr. Wirth in der Sommertagung des Reichstags und ihm folgend Herr Dr. Hermes am letzten Freitag den neuen Steuervorlagen als Leitsatz mit auf den Weg gegeben, unsere ganze Leistungsfähigkeit solle in den Dienst der Erfüllung gestellt werden. Die Herren von der Regierung mögen es mir nicht übel nehmen: das ist für mich eine leere Redensart, (sehr richtig! bei den Deutschnationalen) solange unsere ganze Leistungsfähigkeit nicht einmal ausreicht, um unsere innere Finanzwirtschaft in Ordnung zu bringen. (Zustimmung bei den Deutschnationalen.)

Auch wenn kein Versailler Vertrag, kein Ultimatum, kein Wiesbadener Abkommen existierten, wäre die Gesundung und Ordnung unserer öffentlichen Finanzen eine Riesenarbeit, die neben anderem auch die Anspannung aller steuerlichen Kräfte des deutschen Volkes verlangt. Wir haben die Ueberzeugung und wir lassen uns von dieser Ueberzeugung nicht abbringen, daß es

gelingen wird, unser Volk von dem Wahnsinn von Versailles, von London und von Wiesbaden zu befreien. Wir haben die Ueberzeugung, daß dann die Kräfte des deutschen Volkes ausreichen werden, um wieder zu gesunden. Für diese Zeit, an die wir glauben, sind wir bereit, heute schon die notwendige Vorarbeit zu leisten, indem wir die neuen Steuervorlagen sachlich prüfen und versuchen, ihnen in sachlicher Mitarbeit eine Gestalt zu geben, die sie für das deutsche Volk erträglich macht.

Unsere endgültige Stellungnahme behalten wir uns vor. Sie wird abhängen von dem Ergebnis der Ausschußberatungen und auch von der weiteren Entwicklung der Kontributionsfrage, die unaufhaltsam einer Neuregelung zudrängt. Aber das sage ich Ihnen heute schon, den Herren von der Linken: Wir lassen uns durch keinerlei parteipolitische Hetze irgendwie einschüchtern und mißbrauchen. Was wir nicht verantworten können, machen wir nicht mit. (Sehr gut und Bravo! bei den Deutschnationalen.)

Zu den Mitteln bösartiger parteipolitischer Hetze rechne ich die draußen von Ihnen geflissentlich verbreitete Darstellung, als ob der breiten Masse des arbeitenden Volkes allein die Lasten des verlorenen Krieges, der unglückseligen Revolution und des verpfuschten Friedens aufgebürdet werden sollten. (Lachen links.)

Bei dieser Hetze wird systematisch verschwiegen, daß schon die bestehende Gesetzgebung durch das Reichsnotopfer von den großen Vermögen bis zu 65 Prozent einzieht; daß durch die Einkommensteuer die großen Einkommen — ganz abgesehen von der Vorbelastung durch Gewerbesteuer, Grundsteuer, Körperschaftssteuer, Kapitalertragssteuer — bis zu 60 Prozent erfaßt werden; es wird bewußt verschwiegen, daß die Erbschaftssteuer bei den großen Erbschaften sogar von den Ehegatten und Kindern bis zu 70 Prozent (Zuruf von den Sozialdemokraten: In 30 Jahren!) — nicht in 30 Jahren, es steht heute im Gesetz, und nur solange das Reichsnotopfer schwebt, sind Milderungen vorgesehen — bis 70 Prozent eingezogen wird. (Zwischenrufe rechts und links.)

Auch den unmittelbar Betroffenen selbst sind ja diese steuerlichen, auf die Dauer rettungslos zermalmenden und erdrückenden Lasten noch nicht entfernt zum vollen Bewußtsein gelangt. (Andauernde Zwischenrufe links und rechts.)

Ich sage, diese ungeheuren Lasten der bestehenden Steuergesetzgebung sind den unmittelbar Betroffenen heute bis zu zu 90 Prozent, ich kann, glaube ich, sagen: bis zu 99 Prozent überhaupt noch nicht in das Bewußtsein übergegangen, (sehr richtig! rechts) und zwar infolge der Langsamkeit der Steuererhebung, die zurückgeht auf Verhältnisse, über die wir uns neulich hier unterhalten haben. Ich habe in der letzten Woche hier zum Ausdruck gebracht, daß ich volles Verständnis dafür habe, wenn unter diesen Umständen, bei einer so langsamen Erhebung der Besitzsteuern, die Arbeitnehmer aller Schichten, die mit dem Gehalts- und Lohnabzug sofort in voller Höhe erfaßt werden, sich beschwert fühlen. Wir wünschen Abhilfe. Aber Abhilfe kann hier nur geschaffen werden — und muß geschaffen werden — durch eine Vereinfachung der Steuergesetzgebung; (sehr richtig! rechts) durch eine Vereinfachung der Steuergesetzgebung, die allein die Veranlagung und Erhebung beschleunigen kann. Ob nach dieser Richtung die neuen Steuergesetze überall das Richtige treffen, scheint mir nach der Durchsicht, die ich bisher vorgenommen habe, in hohem Maße zweifelhaft. Wir protestieren aber dagegen, wenn die Folgen von Fehlern der Organisation und der Gesetzgebung benutzt werden, um in der Weise, wie es von dieser Seite (nach links) geschieht, Klassenhaß draußen im Volke zu säen. (Zustimmung bei den Deutschnationalen.)

Wir haben auch volles Verständnis für die berechtigte Erregung über die üblen Erscheinungen der Steuerdrückebergerei und Steuerhinterziehung. Auch an dieser Stelle will ich keinen Zweifel darüber lassen, wie ich es draußen im Lande überall tue, daß meine Auffassung, die gleichzeitig die Auffassung meiner Freunde ist, dahin geht: die gewissenhafte Erklärung und Entrichtung der Steuern ist eine staatsbürgerliche Ehrenpflicht. (Lachen auf der äußersten Linken.)

— Wer durch Steuerhinterziehung den Staat betrügt, der betrügt nicht nur den Staat, sondern der betrügt auch seine Mitbürger, die ehrlich sind und Steuern zahlen. (Rufe links: Ludendorff!)

Schämen Sie sich, einen Abwesenden ohne Grund zu beschimpfen. (Sehr gut! rechts.)

Das Wort Steuerdrückebergerei scheint Ihnen (nach links) ja sehr unangenehm zu sein. (Sehr gut! rechts.)

Aber, meine Damen und Herren, auch die Steuerdrückeberger fängt man nicht, indem man die Steuergesetzgebung noch weiter kompliziert und dadurch die Maschen der Gesetzgebung, durch die diese Leute entschlüpfen, noch vervielfältigt und erweitert; den Steuerhinterziehern kann man auch das Handwerk nicht legen, indem man die Steuersätze ins Unerträgliche steigert. Damit fängt man nicht die Unehrlichen, damit schlägt man nur die Ehrlichen tot. (Sehr richtig! rechts.)

Auf das allerschärfste weisen wir die Verleumdung zurück, wir stellten uns vor die Besitzenden, um sie vor notwendigen Opfern zu schützen. Uns geht die Rettung der Volksgemeinschaft über jedes Einzelschicksal und erst recht über jeden Geldbeutel. (Lachen links.)

Wir kennen für die Heranziehung der einzelnen Schichten und der einzelnen Steuerobjekte nur die eine Grenze, die sich aus dem Ziel von selbst ergibt, und diese eine Grenze ist die Erhaltung der Grundlagen der deutschen Wirtschaft und damit die Erhaltung von Volk und Reich. (Sehr gut! bei den Deutschnationalen.)

Von diesen Gesichtspunkten aus werden wir die

**neuen Verbrauchssteuern**

mit genau derselben Sachlichkeit und Gewissenhaftigkeit prüfen wie die Besitzsteuern. Wir sind keineswegs Fanatiker der indirekten Steuern, und wir werden uns keinesfalls als solche Fanatiker betätigen. Wir würden die neuen Verbrauchssteuern dem deutschen Volke gern ersparen. Wir sind es nicht, die nach Erhöhung der Verbrauchssteuern rufen. Für die neuen Verbrauchssteuern mag sich das deutsche Volk in erster Linie bei den Ententemächten bedanken, (Zurufe links: bei Ihnen!) und bei denjenigen, — — (erregte Zurufe von den Vereinigten Kommunisten) — Ja, das hören Sie nicht gern, deswegen schreien Sie so laut! (Wiederholte Zurufe von den Kommunisten.)

Für die neuen Verbrauchssteuern hat sich das deutsche Volk in erster Linie bei den Ententemächten zu bedanken und bei den-

jenigen Parteien, die seit dem Waffenstillstand den Ententewillen und das Ententegebot zum ersten Gesetz ihres Handelns gemacht haben. (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen. — Lachen und Zurufe links.)

Wir werden diesen Tatbestand nicht verschleiern lassen. Wir werden vor dem deutschen Volke feststellen, daß die neuen Verbrauchssteuern erhöht werden aus einem ganz bestimmten und klar ausgesprochenen Ententediktat heraus. Wir werden die Vorlage der Ententenoten verlangen, in denen mit scharfen Worten moniert wird, daß die steuerliche Erfassung des Verbrauchs in Deutschland hinter derjenigen des Verbrauchs der alliierten Mächte erheblich zurückbleibt. (Hört! Hört! bei den Deutschnationalen.)

Wir werden die Vorlage dieser Noten verlangen zur Klarstellung, nicht um uns für unsere Stellungnahme danach zu richten. Wir lassen uns auch in diesem Punkte von der Entente nicht kommandieren und nicht einschüchtern. Wir behalten uns das Recht der sachlichen Prüfung auch der neuen Verbrauchssteuern durchaus vor.

Den Parteien aber, die sich hier (nach links) so laut gebärden, insbesondere den Sozialdemokraten, die bisher stets jeden als Katastrophenpolitiker hinstellten, der gegen den Ententestachel zu löcken wagte, wollen wir heute schon volle Klarheit über einen Punkt geben. Wir werden Ihnen, meine Herren von der Sozialdemokratie, unter keinen Umständen gestatten, sich auf unserm Rücken von der Verantwortlichkeit zu entlasten. (Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Wir werden Ihnen die Rolle nicht zugestehen, die heute Herr Braun mit wenig Geschick und mit wenig Glück hier zu spielen versuchte. Wenn die Sozialdemokratie in Sachen der Verbrauchssteuern gegen das Ententegebot handeln will, mag sie diesmal die volle Mitverantwortung für die Ablehnung der Ententeforderung übernehmen. Es wäre zum ersten Male, daß Sie das täten. Wenn Sie aber auch diesmal sich dem Machtspruch der Entente unterwerfen wollen, dann mag auch allem Volke draußen deutlich werden, wem es die Erhöhung der Verbrauchssteuern in erster Linie zu verdanken hat: der Entente, der Regierung der

Erfüllung und der Sozialdemokratie. (Sehr gut! bei den Deutschnationalen.)

Wir für unser Teil denken jedenfalls nicht daran, der Sozialdemokratie diese Wahl zu ersparen und ihr zu erlauben, die Rolle zu spielen, die sie nun lange genug gespielt hat: die Rolle, aus Machtbedürfnis in der Regierung zu sitzen und aus Agitationsgründen Oppositionspartei zu markieren. (Sehr gut! und Bravo! bei den Deutschnationalen.)

Wie zu den von der Entente befohlenen neuen Verbrauchssteuern, so wahren wir uns auch zu den von der Entente nicht befohlenen

**Besitzsteuern**

unsere Stellungnahme.

Ich darf mir erlauben, die Aufmerksamkeit derjenigen Mitglieder des hohen Hauses, für die die Worte der Entente schwerer wiegen als für uns, darauf hinzulenken, daß die Sachverständigen der Entente schon im vorigen Jahre bei der Brüsseler Konferenz schriftlich folgendes anerkannt haben. (Zurufe links.)

Worte der Sachverständigen der Entente, die ja bei Ihnen mehr gelten als das, was ein deutscher Mann sagt.

Die gegenwärtigen Tarife — — (wiederholte lebhafte Zurufe von der äußersten Linken.)

Das steht gedruckt in den Denkschriften des Reichstages, die Sie offenbar nicht zu lesen pflegen! — Es heißt dort:

> Die gegenwärtigen Tarife für die direkten Steuern scheinen in Deutschland bis auf das Höchstmaß gesteigert zu sein.

(Hört! Hört! bei den Deutschnationalen.)

> Vielleicht wird man sogar, wenn die Veranlagung wieder in Ordnung ist, und die Steuern ihren vollen Ertrag bringen, zu der Feststellung kommen, daß im Interesse des fiskalischen Ergebnisses, das mit dem wirtschaftlichen Wohlstand eng verbunden ist, eine Ermäßigung gewisser direkter Steuern zu erwägen sein wird, besonders derjenigen, die auf Handel und Industrie lasten.

(Hört! Hört! rechts. — Zuruf links.)

Also sogar die Ententesachverständigen haben bereits vor Jahr und Tag unsere direkte Besteuerung als genügend hoch und als teilweise übertrieben hoch bezeichnet. Das hat unsere Regierung

nicht abgehalten, eine sehr erhebliche weitere Erhöhung dieser direkten Besteuerung vorzuschlagen; denn — so heißt es in der Begründung zum Vermögenssteuergesetz — angesichts der von der Entente geforderten Erhöhungen der Verbrauchssteuern „müsse darauf Bedacht genommen werden, die Belastung mit direkten und indirekten Steuern nach Möglichkeit von vornherein gleichmäßig hoch zu gestalten". (Hört! Hört! rechts.)

Ich will darauf verzichten, den respektlosen Widerspruch, den sich damit unsere Regierung der Unterwerfung gegenüber den Ansichten der Ententestaaten gestattet, weiter zu verfolgen. (Sehr gut! rechts. — Lachen links.)

Ich begnüge mich mit der Feststellung dieses Widerspruchs; denn wir wollen uns durch irgendeine Verlautbarung der Entente, auch wenn sie an sich unserer Auffassung günstig sein sollte, nicht abhalten lassen, deutsche Angelegenheiten nach deutschen Gesichtspunkten zu prüfen. (Sehr gut! rechts. — Zuruf links.)

Wir überlassen es Ihnen (nach links), deutsche Angelegenheiten z. B. nach russischen Gesichtspunkten zu prüfen, — das ist ja Ihre Politik. (Heiterkeit rechts. — Zuruf von den Kommunisten.)

Das Prüfen deutscher Angelegenheiten nach deutschen Gesichtspunkten wird auch hinsichtlich der neuen Besitzsteuern in den Ausschüssen von uns mit der gebotenen Sachlichkeit und Gründlichkeit geschehen. Für heute will ich mich darauf beschränken, zu einigen Fragen von grundsätzlicher Wichtigkeit in den Steuervorlagen einige Bemerkungen zu machen.

Der Angelpunkt der neuen Besitzsteuerentwürfe ist die Reichsvermögenssteuer. Die Reichsvermögenssteuer soll nach der Begründung zwei Funktionen, die scharf auseinanderzuhalten sind, erfüllen. Erstens soll die Reichsvermögenssteuer dem Reiche eine dauernde Einnahme erschließen. Soweit sie dieser Funktion dient, soll sie, wie die Begründung ausdrücklich hervorhebt, nach Art der früheren Landesvermögenssteuern, z. B. nach Art der früheren preußischen Ergänzungssteuer, eine ergänzende Einkommensteuer sein, die das fundierte Einkommen mit einem Zuschlage trifft. Sie soll also jedenfalls aus dem Ertrage des Einkommens selbst, das aus dem besteuerten Vermögen fließt, getragen werden können. — Zweitens sollen 15 Jahre lang Zuschläge zu dieser Vermögenssteuer

als Ersatz für das zum Teil in Wegfall kommende Reichsnotopfer erhoben werden. Es ist klar, daß diese Zuschläge — ebenso wie das Reichsnotopfer — die Substanz der Vermögen selbst nicht unberührt lassen werden. Das wird in der Begründung hervorgehoben. Der Grundgedanke dieses Ersatzes eines Teiles des Reichsnotopfers durch eine laufende, sich den Vermögensänderungen anpassende Vermögenssteuer liegt durchaus in der Richtung unserer eigenen Wünsche. Ich darf an die Haltung unserer Partei gegenüber dieser Frage erinnern. Ich darf auch daran erinnern, daß ich selbst schon im Jahre 1919 — zurzeit der Beratungen der Nationalversammlung über das Reichsnotopfer — den Vorschlag gemacht habe, eine einmalige Vermögensabgabe in einem Umfang zu erheben, daß sie ohne wirtschaftliche Erschütterungen in kurzer Zeit eingezogen werden könne, und daneben eine laufende Vermögenssteuer mit Sätzen, die für die Wirtschaft noch erträglich sind, auszuschreiben. Der Dilettantismus und Doktrinarismus, der dem ganzen Steuerwerk der Nationalversammlung das Gepräge gibt, hat jedoch damals gesiegt und hat sich im Falle des Reichsnotopfers, wie man jetzt sieht, zu Tode gesiegt; (sehr wahr! rechts) denn heute sieht sich eine Regierung, die in diesen Dingen nichts ist als der Träger des Geistes der Weimarer Regierung, durch die Macht der Verhältnisse gezwungen, dem Reichsnotopfer den Totenschein auszustellen und ihm ein Begräbnis — man kann nicht einmal sagen: erster, sondern zweiter Klasse zu bereiten. Der von uns stets bekämpfte Unsinn, den zufälligen Vermögensstand eines einzelnen Stichtags, des 31. Dezember 1919, für die Steuerzahlung von 30, bei der Landwirtschaft sogar von 50 Jahren zugrunde zu legen, wird jetzt preisgegeben. Es werden die von uns von vornherein in Aussicht gestellten „technischen Schwierigkeiten außerordentlicher Art" anerkannt, „die zur Einsetzung eines kostspieligen, zu den Einnahmen nicht im rechten Verhältnis stehenden Verwaltungsapparates zwingen." (Hört! Hört! rechts.)

Das ist das Urteil der heutigen Regierung über das Notopfer ihrer Vorgängerin. Man will also auf die Einhebung des Reichsnotopfers über den auf Grund des im letzten Winter beschlossenen Gesetzes beschleunigt einzuzahlenden Teil hinaus verzichten und die bereits darüber hinaus geleisteten Einzahlungen zurückerstatten.

„Rin in die Kartoffeln, raus aus den Kartoffeln!" ist auch hier der Grundsatz. Erst wird auf möglichste Volleinzahlung gedrängt; jetzt, nachdem unzählige Steuerpflichtige weit über ein Drittel gezahlt haben, soll zurückerstattet werden. Und weil der Fiskus nun einmal das Euter der Kuh gerade noch in der Hand hält, will man noch etwas zudrücken, um von dem Vermögen von mehr als 1 027 000 Mark noch zehn Notopferprozente über die beschleunigt zu bezahlenden 30 Prozent herauszudrücken.

Wie weit wir uns mit der vorgeschlagenen Reichsvermögenssteuer, deren Zuschläge — 200 Prozent nach den Beschlüssen des Reichsrates, 300 Prozent nach den Vorschlägen der Regierung — als Ersatz für den aufgehobenen Teil des Notopfers dienen sollen, befreunden können, wird von der Gestalt abhängen, die die Steuer in den Ausschußberatungen erhält.

Wir werden jedenfalls darauf achten, daß die einfache, laufende Vermögenssteuer unter allen Umständen innerhalb des Rahmens bleibt, den ihr die Begründung der Regierungsvorlage zieht, daß sie also, entsprechend ihrer Funktion als Ergänzungssteuer auf das fundierte Einkommen, auch tatsächlich aus dem Einkommen gezahlt werden kann. Dabei darf nicht unberücksichtigt bleiben, daß in der Kapitalertragssteuer bereits eine solche Ergänzungssteuer auf das fundierte Einkommen besteht, daß auch die Körperschaftssteuer, die jetzt erheblich erhöht werden soll, als eine solche Ergänzungssteuer auf das fundierte Einkommen wirkt. Und erst recht kann nicht unberücksichtigt bleiben, daß die Länder und Kommunen gezwungen sind, in sehr erheblichem Umfange Realsteuern zu erheben, die gleichfalls Steuern auf das fundierte Einkommen darstellen. (Sehr richtig! rechts.)

Wir werden überhaupt auf die Länder und Kommunen, wie das von mehreren der Herren Vorredner — ich glaube von den Herren Abgeordneten Herold und Dietrich — ausgeführt worden ist, bei der Gestaltung der neuen Steuervorlagen, und vor allem bei der Gestaltung des Vermögenssteuergesetzes, weitgehende Rücksicht nehmen müssen. (Sehr richtig! rechts.)

Denn wir können nicht dulden, daß die Länder und Kommunen, denen so große und wichtige Kulturaufgaben obliegen, durch eine verfehlte Steuergesetzgebung völlig in ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit erdrückt werden. (Sehr gut! rechts.)

Wie weit die Grenzen, von denen ich eben sprach, innegehalten werden, hängt nicht nur von den Steuertarifen ab, sondern auch von den Bewertungsgrundsätzen.

Gerade hinsichtlich der Bewertungsgrundsätze muß ich heute schon unsere schwersten Bedenken signalisieren. Für die Bewertung der steuerpflichtigen Vermögen in Industrie und Landwirtschaft sollen die §§ 139 und 152 der Reichsabgabenordnung aufgehoben werden, das heißt die Veranlagung soll durchweg, auch für das landwirtschaftliche Vermögen und für das industrielle Betriebsvermögen, nach dem sogenannten gemeinen Wert erfolgen. Eine solche Regelung ist nach unserer bestimmten Auffassung untragbar und undurchführbar. Für den Produzenten in Landwirtschaft und Industrie ist nicht der Vermögenswert maßgebend, der bei einem Verkauf des Grundstücks oder einer Liquidation des Betriebes erlöst werden kann. Für den Produzenten maßgebend ist lediglich der Betrag, der aus dem Boden und dem Betriebe bei vernünftiger und nachhaltiger Wirtschaft erzielt werden kann. (Sehr richtig! rechts.)

Die Verkaufspreise sind heute, nicht zum wenigsten infolge der Nachfrage ausländischer Käufer, im Verhältnis zum Ertrag geradezu ins Ungeheuerliche getrieben. Ich halte jeden für einen Patrioten, der trotz der Versuchung dieser hohen Preise nicht verkauft, sondern auf seiner Scholle sitzen bleibt, der in seiner Werkstatt und in seiner Fabrik weiterarbeitet. (Allseitige Zustimmung.)

Die Preise, die heute gezahlt werden, lassen der Landwirtschaft und der Industrie eine Rente von durchschnittlich weniger als 2 Prozent. (Gelächter bei den Sozialdemokraten.)

Sie lachen, weil Sie die Dinge nicht verstehen. Was die Industrie anlangt, so brauchen Sie nur einen Kurszettel zur Hand zu nehmen, da sehen Sie eine Menge von Papieren, die auf 1500, 1800 und 2000 stehen und noch keine 25 Prozent Dividende geben! (Zurufe: Warum kaufen Sie nicht!)

Warum ich zu diesen Kursen nicht kaufe? Weil ich kein Esel bin, (aha! bei den Kommunisten) und weil ich mit einer Rente von zwei Prozent nicht existieren kann!

Bei dieser Sachlage, angesichts der Tatsache einer so niedrigen Rentabilität auf den heutigen Verkaufspreis von Grundstücken, auf die heutigen Kurse von industriellen Aktien, auf den

heutigen Wert von industriellen Unternehmungen, der ja nach der Begründung des Gesetzentwurfs nach dem Aktienkurs mitbemessen werden soll, ist eine Ergänzungssteuer auf fundiertes Einkommen, die bis zu einem Prozent des gemeinen Wertes der Vermögen ansteigt, eine Steuer auf das fundierte Einkommen von mehr als 50 Prozent. (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Außer den 10 Prozent Kapitalertragssteuer, außer einer Einkommensteuer, die bis zu 60 Prozent geht, kann unmöglich noch eine Ergänzungssteuer auf fundiertes Einkommen, die bis zu 50 Prozent ansteigt, getragen werden. (Erneute Zustimmung bei den Deutschnationalen.)

Eine solche Steuer würde, ganz abgesehen von den Zuschlägen, die auf einem besonderen Brett stehen, schon für sich allein zu einem sehr erheblichen dauernden Eingriff in die Vermögenssubstanz führen, sie würde die Vermögen unfruchtbar machen, sterilisieren, und damit in der Hand ihrer Besitzer entwerten, und zwar nicht nur das tote Kapital, sondern vor allen Dingen das werbende, arbeitende, produzierende Kapital. — Auch die Anhänger der Sozialisierung sollten sich ernsthaft überlegen, ob sie ihr Ideal auf diesem Wege der allmählichen Abtötung der Betriebe — etwas anderes wäre es ja nicht — erreichen wollen. Es wäre ein Leidensweg für das ganze deutsche Volk, es wäre eine allmähliche Aushungerung und Auspowerung des deutschen Volkes, eine allmähliche Herbeiführung von Arbeitslosigkeit und Hunger. (Zuruf von den Sozialdemokraten: Und die Abschreibungen?)

Die Abschreibungen in der Industrie sind nach meiner Ansicht noch lange nicht genügend, um die notwendigen Neuanschaffungen zu decken. (Erneuter Zuruf links. — Zustimmung rechts.)

Wenn wir uns schon gegen die uneingeschränkte Veranlagung nach dem gemeinen Wert wenden müssen, so erst recht gegen den § 17 des Vermögenssteuergesetzes, der dem Reichsfinanzminister für 15 Jahre die Befugnis einräumt, mit Zustimmung des Reichsrates für die Bewertung der Vermögen bindende Anordnungen zu erlassen. (Sehr richtig! rechts.)

Die Begründung zu dieser von dem Reichsfinanzminister verlangten Blankovollmacht — ich bitte auf diesen Satz zu achten, denn er ist in mehr als einer Hinsicht bezeichnend — führt aus:

eine sachlich einwandfreie Formel für den gemeinen Wert, das heißt den von den Einwirkungen der Geldschwankungen losgelösten Wert, der auch bei der Rückkehr zu normalen Wirtschafts- und Preisverhältnissen seine Geltung behielte, kann nicht aufgestellt werden.

Die Konfusion und die Hilflosigkeit, die in diesem einen Satz der Begründung zum Ausdruck kommen, wäre allein schon ein hinreichender Grund, dem Reichsfinanzminister die von ihm verlangte Vollmacht nicht zu geben. (Sehr gut! bei den Deutschnationalen.)

Der Reichsfinanzminister selbst erklärt, daß er eine einwandfreie Formel nicht aufstellen kann, und gerade dieses von ihm selbst bekannte Unvermögen soll begründen, daß ihm die Ausstellung einer solchen Blankovollmacht übertragen wird. (Sehr gut! bei den Deutschnationalen.)

Wir werden selbstverständlich einer solchen Selbstentmündigung des Reichstags nicht zustimmen.

Die Vermögenssteuern und namentlich ihre Zuschläge greifen unter allen Umständen so tief in das Schicksal der Steuerpflichtigen ein, daß es eine Gewissenlosigkeit gegenüber unseren Wählern wäre, wenn wir hier unsere Verantwortung in die Hand des Reichsfinanzministers legen wollten, selbst dann, wenn er im übrigen unser Vertrauen hätte, worüber wir aber bei dem unbekannten Finanzminister, der hinter dem vorläufigen Finanzminister steht, gar nichts sagen können. (Beifall bei den Deutschnationalen.)

Wenn ich namens meiner Freunde vor einer Ueberspannung in der Anwendung des gemeinen Wertes, vor einer Verallgemeinerung dieses nach meiner Ansicht kaum definierbaren und verhängnisvollen Wertbegriffes ernstlich warne, so lege ich auf der anderen Seite Wert darauf, zu betonen, daß wir keineswegs die Unbilligkeit übersehen, die aus der törichten Struktur des Reichsnotopfers infolge der Geldentwertung für die Besitzer von reinen Geldforderungen und für die Besitzer von Sachwerten erwachsen ist. Die Besitzer reiner Geldforderungen, also von Kriegsanleihen und sonstigen Reichs-, Staats- und Kommunalanleihen, von Pfandbriefen, Hypotheken usw., haben die volle Schwere der Geldentwertung zu tragen. Die durch die staatliche Finanz- und Geldpolitik ihnen auferlegte Besteuerung, wie sie in der Geldentwertung zum Ausdruck kommt, be-

trägt heute nach dem inneren Geldwert für diese Leute mehr als 90 Prozent, und nach dem äußeren Geldwert, dem Valutastand, nahezu 99 Prozent ihres Vermögens. (Hört! Hört! bei den Deutschnationalen.)

Es wäre aber falsch, anzunehmen, daß die Besitzer von Sachwerten oder, wie die Herren gern sagen — es macht sich in der Agitation besser — von

**Goldwerten**

nicht auch schwer unter der Geldentwertung zu leiden hätten. Auch die Sachwerte, namentlich die Erträgnisse der Sachwerte, sind nicht entfernt im Verhältnis der Geldentwertung gestiegen, weder in der Landwirtschaft noch in der Industrie. (Sehr richtig! rechts.)

Wo ist ein Landwirt, der sein Reineinkommen in dem Maße hat steigern können, in dem sich das Geld entwertet hat? Wo ist vor allen Dingen irgendeiner unter den städtischen Hausbesitzern, die ja heute noch unter der Zwangswirtschaft stehen, der weiß, wie er sein Auskommen finden kann? (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Wo ist heute ein städtischer Hausbesitzer, der nicht in der größten Sorge darüber ist, ob die Erträgnisse, die er aus seinem Hause zieht, auch nur zur notdürftigen Instandhaltung des Hauses ausreichen? (Zuruf bei den Unabhängigen Sozialdemokraten: Die Sorge wollen wir ihnen abnehmen!)

Abnehmen, wie in Rußland, wo die Häuser verfallen! — Wo sind die industriellen und kommerziellen Unternehmungen, deren Erträgnisse auch nur annähernd mit der Geldentwertung Schritt gehalten hätten? Ich habe schon erwähnt, daß, berechnet auf den Kurs unserer Aktien, die Dividenden 2 Prozent im Durchschnitt wohl kaum erreichen, bei dem Kurse unserer Aktien, die heute bei der Geldentwertung aufgebläht erscheinen. Bei dem heutigen Dollarkurse von etwa 300 kann der Amerikaner eine Deutsche-Bank-Aktie, die auf etwa 690 steht und auf 1000 Mark lautet, zu weniger als 25 Dollar kaufen. Vor dem Krieg kostete bei einem Kurse von 260 bis 270 bei einem Dollarwert von 4,20 Mark dieselbe Aktie den Amerikaner 620 Dollar, heute keine 25, also noch nicht einmal den fünfundzwanzigsten Teil. (Lebhafte Rufe rechts: Hört! Hört!)

Die Aktien der Gelsenkirchener Bergwerksgesellschaft — ich nehme ein Unternehmen, das sein Kapital seit Kriegsausbruch nur ganz unwesentlich vermehrt hat — kosteten den Amerikaner am 30. Juni 1914 rund 430 Dollar, heute noch keine 40 Dollar, also nur den zehnten Teil. (Zuruf von den Sozialdemokraten: Was wollen Sie damit beweisen?)

Ich will damit beweisen, daß das Schlagwort „Goldwert" ein Unsinn ist, daß Goldwerte auch in der Industrie nicht existieren. (Sehr gut! rechts.)

Wenn diese Werte Goldwerte wären, dann würden Deutsche-Bank-Aktien heute nicht auf rund 700 stehen, sie müßten auf mindestens 15 000 stehen, dann könnten sie von „Goldwert" reden! (Sehr richtig! rechts.)

Wenn Sie bei allen wichtigen Aktien des Kurszettels die Rechnung durchführen und dabei die Verwässerung des Aktienkapitals durch Neueinzahlungen in Papier berücksichtigen, so werden Sie, vorausgesetzt daß Sie rechnen gelernt haben, (Heiterkeit rechts) zu dem Ergebnis kommen, daß — trotz der im Verhältnis zum Ertrag aufgeblähten Kurse — unsere großen kommerziellen und industriellen Unternehmungen in Gold heute noch nicht einmal mit dem zehnten Teil des Friedenswertes bewertet werden. (Sehr richtig! rechts und bei den Deutschen Demokraten.)

Das nennt man „Goldwerte"! Diese Tatsachen zeigen, wie hohl und brüchig das Schlagwort von den Goldwerten ist.

Auch der Herr Reichskanzler Dr. Wirth hat ja, nachdem er dieses Schlagwort zwar nicht erfunden — ich glaube, der Erfinder sitzt anderswo —, aber in die Massen hinausgeworfen hatte, nachträglich dieses Schlagwort als ein törichtes Schlagwort bezeichnet. Aber dieses Schlagwort des Herrn Dr. Wirth verwirrt, wie die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Dr. Braun klassisch gezeigt haben, trotz des Widerrufs des Herrn Dr. Wirth, die Köpfe noch heute, und bietet eine ernste Gefahr für die Erhaltung unserer Wirtschaft. (Sehr richtig! rechts.)

Wir wehren uns gegen dieses falsche und gefährliche Schlagwort, wir wehren uns vor allen Dingen dagegen, daß unter diesem Schlagwort das durchgeführt wird, was der Herr Kollege Dr. Braun angedeutet hat, daß die Sachwerte an die Entente ausgeliefert werden. (Zurufe links.) Wir wehren uns dagegen,

daß die Reichsregierung sich dazu hergibt, daß die deutschen Produktionsmittel an die Entente ausgeliefert werden. (Lärm links.)

Wir haben an dem Ententemilitarismus, den Sie uns für den angeblichen deutschen Militarismus beschert haben, mehr als genug, und wir bedanken uns für den Ententekapitalismus, den Sie uns jetzt bescheren wollen. (Sehr richtig! rechts.)

Wir wehren uns gegen das falsche und gefährliche Schlagwort von den „Goldwerten" aber nicht nur mit bloßer Negation. Wir sind bereit, das Unsrige zu tun, um diesem Schlagwort die Spitze abzubrechen durch eine billige Berücksichtigung der tatsächlich vorliegenden Ungleichheiten in dem Grade der Schädigungen, die aus der Geldentwertung für die Besitzer der verschiedenen Kategorien von Vermögenswerten erwachsen sind. Eine solche Berücksichtigung liegt bereits in der Ersetzung der noch ausstehenden Beträge des Reichsnotopfers durch eine Vermögenssteuer, die sich den Veränderungen der Vermögenswerte anpaßt. Das Vermögenssteuergesetz wird nach dieser Hinsicht eine Unbilligkeit, die heute zweifellos besteht, beseitigen. Wir sind aber bereit, auch noch einen Schritt weiter zu gehen. Wir halten es für eine maßlose Unbilligkeit und Ungerechtigkeit, daß das Reich, das den Inhabern von reinen Geldforderungen durch seinen Notendruck bereits mehr als 90 Prozent ihres Vermögens abgenommen hat, nun auch noch den kümmerlichen Bruchteil, der bleibt, mit einer Vermögenssteuer belegt. Der Gipfel der Unbilligkeit wird erreicht, wenn es sich um Kriegsanleihen und andere Anleihen des Reichs handelt; (sehr richtig! rechts) denn bei den Kriegsanleihen und anderen Anleihen des Reiches ist ja das Reich direkter Nutznießer der von ihm selbst herbeigeführten Geldentwertung. (Sehr wahr! bei den Deutschnationalen.)

Wir sind deshalb der Ansicht, daß das in Kriegsanleihen und anderen reinen Geldforderungen, festverzinslichen Papieren, Hypotheken usw. bestehende Vermögen, soweit es sich im Jahre 1919 in den Händen der heutigen Besitzer befunden hat, von der geplanten Vermögenssteuer mit ihren Zuschlägen freizulassen ist. Das ist der geringste Ausgleich, den das Reich diesen am schwersten betroffenen Märtyrern der Geldentwertung schuldig ist. Mit einer solchen durch die elementare Billigkeit erforderten Rücksicht-

nahme wird den durch die Geldentwertung am schärfsten betroffenen Bevölkerungsschichten mehr genützt als durch alle phantastischen Ideen über die Erfassung mehr oder weniger imaginärer Goldwerte.

Ich wende mich mit einem Wort zu den beiden Gesetzentwürfen über die für die Dauer berechnete Vermögenszuwachssteuer und über die Nachkriegszuwachssteuer. Zuwachssteuern auf das Vermögen wirken schon in normalen Zeiten als eine Strafe auf Arbeit und Sparsamkeit und als eine Prämie auf Nichtstun und Verschwendung. Das deutsche Volk aber hat Arbeit und Sparsamkeit niemals nötiger gehabt als heute. (Sehr wahr! rechts.)

In unseren jetzigen Verhältnissen kommt zu diesen Bedenken die Tatsache der Geldentwertung hinzu. Das, was in unserem Papiergeld als Vermögenszuwachs erscheint und demgemäß besteuert werden soll, ist in den meisten Fällen nichts anderes als tatsächlicher Vermögensverlust, verschleiert durch die Geldentwertung. Diese angeblichen Vermögenszuwachssteuern, die uns jetzt vorgeschlagen werden, müssen deshalb in den meisten Fällen als Steuern auf Vermögensverlust wirken. Sie fügen zum Schaden noch den Spott hinzu.

Wir haben nichts dagegen, daß die Nachkriegsgewinnler, die man angeblich treffen will, daß die Revolutionsgewinnler, wie man wohl richtiger sagt, so scharf wie irgend möglich erfaßt werden. Aber wir müssen Kautelen dafür schaffen, daß nicht ehrliche Arbeit und ehrliche Sparsamkeit um ihre Früchte gebracht und daß nicht die durch die Geldentwertung ohnedies schwer Geschädigten noch mit einer sogenannten Vermögenszuwachssteuer noch einmal besonders gestraft werden.

Der Körperschaftssteuer werden wir unsere ganz besondere Aufmerksamkeit zuwenden. Wir sehen hier eine der wichtigsten Möglichkeiten, zur Vereinfachung des Steuersystems und zur Sicherstellung der Steuereingänge, vor allem auch der Steuereingänge von Ausländern, zu kommen. Aus Gründen der Einfachheit und der sicheren Erfassung halten wir es für notwendig, die Besteuerung des Einkommens aus Erwerbsgesellschaften jeder Art noch weiter, als es in der Vorlage geschieht, nach der Quelle zu verlegen. Das hat aber zur Voraussetzung eine über die Vorschläge der Regierung hinausgehende billige Anrechnung der

Körperschaftssteuer auf die Einkommensteuer der Individuen. Unsere Intentionen gehen hier im wesentlichen in ähnlicher Richtung wie die Vorschläge, die der Herr Kollege Gothein bereits vor längerer Zeit in der Oeffentlichkeit gemacht hat.

Ich verzichte darauf, hier auf weitere Einzelheiten einzugehen. Dagegen kann ich mit meinen Freunden im gegenwärtigen Stadium der Beratungen nicht darauf verzichten, über einen Punkt Klarheit zu verlangen, der für die Arbeit der Ausschüsse meines Erachtens von der fundamentalsten Wichtigkeit ist. Ich richte an die Reichsregierung namens meiner politischen Freunde die Anfrage:

> Hat die Reichsregierung über die uns jetzt vorgelegten Steuerentwürfe hinaus noch weitere Steuerpläne? Hat die Regierung die Absicht, mit weiteren Gesetzentwürfen hervorzutreten, die in der Richtung des heute von dem Herrn Kollegen Braun (Franken), einem Mitgliede einer Regierungspartei, gepredigten Erfassung der Sachwerte mit dem Zwecke der Deckung der Ultimatumsforderungen liegen?

Die Berechtigung dieser Frage brauche ich wohl nicht näher zu begründen; das hat der Herr Abgeordnete Braun (Franken) mit seinen Ausführungen über die nach seiner Ansicht notwendige Erfassung der sogenannten Goldwerte bereits zur Genüge getan. Ich kann mir nicht denken, daß eine gedeihliche Beratung der vorliegenden Entwürfe möglich sein sollte, solange über solche Pläne noch Unklarheit besteht. (Sehr richtig! rechts.)

Ich kann mir nicht denken, daß der Versuch gemacht werden kann, solche Pläne zu realisieren, ohne daß dadurch insbesondere die uns jetzt vorgelegten Entwürfe über die Reichsvermögenssteuer und die Körperschaftssteuer in einschneidender Weise berührt werden würden. Die Regierung muß sich endlich entscheiden, ob sie solche Wege gehen will oder nicht. Solange sie darüber eine endgültige Entscheidung nicht getroffen hat, wird der Steuerausschuß für die Beratung der Besitzsteuer überhaupt keine Grundlage haben und bei aller Betriebsamkeit nur mit der Stange im Nebel herumfahren.

Aber nicht nur die Frage, wie sich die Reichsregierung zu den

weitergehenden sozialdemokratischen Forderungen stellt, muß hier aufgeworfen werden, sondern darüber hinaus die große, für unser Schicksal als Volk und Reich entscheidende Frage: welchen Weg will die Regierung in der

**Erfüllungspolitik**

weitergehen? (Sehr gut! rechts.)

Wir stehen vor der durch nichts mehr zu verleugnenden und durch nichts mehr zu beschönigenden Tatsache, daß die Erfüllungspolitik, wie sie die Reichsregierung bei der Annahme des Ultimatums verkündigt hat, in allem und jedem gescheitert ist, politisch und moralisch, wirtschaftlich und finanziell. (Lebhafte Zustimmung rechts.)

Ich bedaure, den Herrn Reichskanzler Dr. Wirth nicht hier zu sehen, Herrn Dr. Wirth, der als Reichskanzler und Reichsfinanzminister des früheren Kabinetts in erster Linie für diesen völligen Schiffbruch verantwortlich ist, der als Reichskanzler des gegenwärtigen Kabinetts in dieser Frage, die doch die Steuervorlagen auf das allertiefste berührt, dem Reichstage in allererster Linie Rede und Antwort schuldig ist. (Sehr richtig! rechts.)

Ich erinnere alle, die es miterlebt haben, daran, was hinter verschlossenen und halbverschlossenen Türen vor Unterzeichnung des Ultimatums herüber und hinüber gesprochen wurde, an einige Vorgänge, die damals spielten. Ich habe umsomehr Anlaß, daran zu erinnern, als der leider gleichfalls abwesende Herr Reichswirtschaftsminister Schmidt offenbar in diesen Dingen ein sehr schlechtes Gedächtnis besitzt und Dinge vergessen hat, die ihm heute unquem sind. Ich erinnere alle, die es miterlebt haben, an die Aussichten, die uns damals eröffnet worden sind. Da hieß es: Gründliche Entspannung der politischen Atmosphäre mit allerlei erfreulichen Nebenwirkungen; (Lachen rechts) Herr Briand wird Deutschland endlich ein freundliches Gesicht zeigen; Herrn Lloyd George wird die Möglichkeit gegeben, sich für die Interessen der braven deutschen Kinder, die sich da folgsam unterwerfen, einzusetzen; die Sanktionen am Rhein fallen selbstverständlich fort, auch wenn noch keine formelle Zusage da ist, und Oberschlesien, das bei einer Ablehnung bestimmt verloren wäre, wird gerettet.

Keine einzige von all diesen Aussichten, die doch mehr als

einen unserer schwankenden Kollegen zur Annahme des Ultimatums bestimmt haben, hat sich erfüllt. (Lebhafte Zustimmung rechts.)

Die Franzosen stehen heute noch in Düsseldorf und Ruhrort, und Herr Briand hat deutlich genug erklärt, daß er nicht daran denkt, sie zurückzuholen. Statt des Rheinzolls ist man dabei, uns eine Kontrolle unseres gesamten Ein- und Ausfuhrhandels aufzuoktroyieren; und die Franzosen jubeln darüber, daß in dem Wiesbadener Abkommen mit der von Herrn Loucheur ausbedungenen besonderen Berücksichtigung der rheinischen Industrie der Loslösung des Rheinlandes von Preußen vorgearbeitet werde. (Hört! Hört! rechts.)

Herr Briand hat dem Reichskanzler, der sich neben allem andern mit dem Ruhm bedeckt hat, eine der Lage angemessene Protestkundgebung des Reichstags wegen Oberschlesien verhindert zu haben, seine papierne Rechtsverwahrung vor die Füße geworfen. (Sehr wahr! rechts.)

Herr Lloyd George steht gleichmütig dabei; er mag denken: wer sich selbst nicht hilft, dem hilft kein Gott — und erst recht kein Engländer. (Lebhafte Zustimmung rechts.)

Ein schwerer politischer Fehlschlag, eine stärkere moralische Einbuße, wie sie die Erfüllungspolitik des Herrn Dr. Wirth erlitten hat, ist kaum denkbar, (sehr wahr! bei den Deutschnationalen) ist in der Geschichte aller Völker kaum dagewesen. (Zuruf des Abgeordneten Bernstein.)

Wirtschaftlich und finanziell hat uns die Erfüllungspolitik des Herrn Dr. Wirth (Abgeordneter Bernstein: Was hätten Sie denn gemacht?! — Lachen und Zurufe rechts) im Eilzugstempo — — (erneuter Zuruf des Abgeordneten Bernstein.)

Herr Abgeordneter Bernstein, Sie können sich ja nachher zum Worte melden! (Sehr gut! rechts. — Zurufe links.)

Ich sage: wirtschaftlich und finanziell hat uns die Erfüllungspolitik des Herrn Dr. Wirth im Eilzugstempo dem Abgrunde zugejagt. (Lebhafte Zustimmung rechts.)

Herr Dr. Wirth und seine Berater haben auf diesem Boden denselben ungeheuerlichen Mangel an Voraussicht und Augenmaß bewiesen, wie auf dem Boden der Politik. (Abgeordneter Bernstein: Das wagen Sie zu sagen!)

Das von Herrn Dr. Wirth ausgegebene Motto der Erfüllungspolitik war — das stelle ich hier fest —: wir können, wenn wir nur wollen! (sehr richtig! rechts) oder in der Formel des Herrn Dr. Rathenau: es gibt kein absolutes Unmöglich; es kommt nur darauf an, wie tief man das Volk in die Not hineingehen lassen will! (Hört! Hört! und Pfui-Rufe rechts.)

Heute steht die Erfüllungspolitik vor diesem absoluten Unmöglich. Ich glaube nicht, daß es heute noch auf der Regierungsbank, einschließlich des vorübergehend abwesenden Herrn Rathenau, (Heiterkeit) oder hier unten im Hause auch nur einen einzigen Menschen gibt, der das „absolute Unmöglich" zu bestreiten wagt. (Zustimmung rechts.)

Ich höre niemand, der sich dazu meldet. (Zurufe links. — Zuruf rechts: Bernstein! — Lachen.)

Ich weiß nicht, ob Sie (nach links) die Absicht haben, das absolute Unmöglich zu bestreiten. Wenn Sie aber die Absicht haben, das zu tun, so kann ich Ihnen nur einen Rat geben: in drei Monaten können Sie sich für Geld sehen lassen, diesseits und jenseits des Ozeans! (Heiterkeit. — Zurufe links.)

Das untrügliche Barometer unserer Erfüllungskraft, wie sie ist, und wie sie vom Ausland, das in diesen Dingen in sehr vielen Punkten richtiger sieht als das deutsche Volk, eingeschätzt wird, ist unsere Valuta. Meine Freunde und ich — und von der Deutschen Volkspartei kann ich dasselbe sagen; auch aus einzelnen andern Parteien haben sich Stimmen geregt —, wir haben vor der Annahme des Ultimatums in eindringlichster Weise unsere warnende und beschwörende Stimme erhoben. Wir haben vorausgesagt, daß sich auch nur ein Schein von Erfüllungsmöglichkeit höchstens für einen ganz kurzen Zeitraum aufrecht erhalten lasse. Ich habe damals gesagt: Rechnen Sie nicht mit Jahren, Sie dürfen höchstens mit Monaten rechnen, wenn Sie dieses Ultimatum annehmen! (Sehr richtig! und Hört! Hört! bei den Deutschnationalen.)

Wir haben darauf hingewiesen, daß schon der Versuch der Zahlung der ersten Goldmilliarde unsere Valuta ins Bodenlose ruinieren müsse. (Erneute Zustimmung rechts.)

Die weisen Männer in der Regierung haben den Kopf geschüttelt, auch Herr Dr. Wirth, auch Herr Schmidt. Ein besonders

weiser Mann, der Staatssekretär Dr. Hirsch, der ja keine sozialdemokratische Mitgliedskarte besitzt, wie wir heute gehört haben, (Heiterkeit) der Mann, der auch die Goldwerte erfunden haben soll, hat sich damals in langen Ausführungen überlegen in die Brust geworfen und uns belehrt: die Annahme des Ultimatums durch die deutsche Regierung wird eine solche europäische Entspannung herbeiführen, daß unsere Valuta nicht sinken, sondern im Gegenteil in die Höhe gehen wird. (Hört! Hört! und Lachen rechts.)

Der Herr Wirtschaftsminister Schmidt hat bestritten, daß eine solche Aeußerung gefallen sei. Hier weiß die rechte Hand nicht, was die linke getan hat; — hier weiß der Minister nicht, was sein Staatssekretär in einem so wichtigen Augenblick vor der deutschen Volksvertretung ausgesagt hat! (Sehr gut! bei den Deutschnationalen.)

Herr Dr. Hirsch hat auf unsere Zweifel hin die weitere Bemerkung hinzugefügt — beruhigend und selbstsicher —: Wir haben uns ein solches Fettpolster von Devisen angeschafft, daß wir einen Puff vertragen können. (Lautes Lachen rechts.)

Das waren die Aussichten, die uns die Regierung vor der Annahme des Ultimatums eröffnet hat! Der Reichskanzler und Reichsfinanzminister Dr. Wirth ist an diesem Mangel von Augenmaß und Voraussicht voll beteiligt. Der Herr Reichskanzler und Reichsfinanzminister Dr. Wirth hat es noch am 6. Juli dieses Jahres, als die Valutakatastrophe bereits begonnen hatte, als der Dollarkurs bereits von 60 auf 75 gestiegen war und jedermann, der die Dinge übersah, sich die weitere Entwicklung denken konnte, fertig gebracht, von einem Entwertungsfaktor von 10 Prozent auszugehen, als einem Entwertungsfaktor, der der inneren Geldentwertung entspreche; er hat ausgeführt, man könne ja wohl hoffen, daß die auswärtige Bewertung unseres Geldes sich diesen 10 Prozent anpassen werde. (Zwischenrufe des Abgeordneten Hoffmann [Berlin] und Gegenrufe.)

Ich weiß nicht, ob ich eine Pause für die Privatgespräche des Herrn Hoffmann machen soll. (Rufe rechts: Nein! Nein!)

Herr Dr. Wirth hat damals — wenn die Herren sich sonst nicht mehr erinnern, darf ich wohl ein Schlagwort anführen; Schlagworte sitzen ja bei Ihnen (nach links) fester als Gedanken — (Heiterkeit rechts.)

Er hat damals gesagt: Wir haben keine Markwährung mehr, sondern eine Groschenwährung. Meine Damen und Herren! Wir haben heute nicht einmal mehr eine Kreuzerwährung; unsere heutige Mark ist nicht einmal mehr zwei Goldpfennige wert. Seitdem Herr Dr. Wirth gesprochen hat, hat keine Anpassung an die Groschenwährung stattgefunden, sondern ist unsere Valuta um nahezu drei Viertel des damaligen Wertes heruntergegangen.

Dabei haben wir bisher in den sechs Monaten, die seit Annahme des Ultimatums verflossen sind, nicht mehr als eine einzige Milliarde Goldmark bezahlt, während wir künftig allein a conto — (Zuruf des Abgeordneten Dr. Rießer: 498 Millionen!)

Ich komme gleich darauf; es ist noch weniger. Wir haben jedenfalls in die Hände unserer Feinde eine Milliarde Goldmark gelegt — in sechs Monaten, das ist alles! —, während wir allein auf Grund des Ultimatums, ganz von den Besatzungskosten, ganz von dem Ausgleichsverfahren und alledem abgesehen, jährlich 3,3 Milliarden zu bezahlen haben.

Aber dabei liegt noch eine weitere Täuschung vor, und damit komme ich auf den Gedanken, den mir Herr Dr. Rießer zuwirft. Man darf aus der Tatsache der Aushändigung der Milliarde keineswegs folgern, wir hätten diese Milliarde auch aufgebracht. Der weitaus größte Teil der Goldmilliarde ist entweder aus Reserven entnommen worden, die uns einmal und nicht wieder zur Verfügung standen, oder aufgebracht worden durch kurzfristige Kredite im Auslande unter schweren Bedingungen und unter Belastung einer ganz nahen Zukunft, einer Zukunft, die heute furchtbare Gegenwart ist. (Sehr wahr! bei den Deutschnationalen.)

Ich brauche nicht aus der Schule des Auswärtigen Ausschusses zu plaudern. (Zurufe bei den Sozialdemokraten.)

Ich habe nichts gesagt, was nicht ohnehin bekannt ist. Auch vorhin habe ich nichts gesagt, was nicht ohnehin publici juris war. Ich habe kein diplomatisches Geheimnis verraten, aus dem sehr einfachen Grunde, weil die Herren, die uns diese Mitteilungen gemacht haben, überhaupt kein diplomatisches Geheimnis zu wahren haben; und in dem Fall, der uns jetzt beschäftigt, verrate ich schon deshalb nicht irgend ein diplomatisches Geheimnis, weil

ich mich in meinen Angaben auf die „Frankfurter Zeitung" vom 4. September dieses Jahres stützen kann. Ein Artikel in der „Frankfurter Zeitung" vom 4. September, überschrieben „Die Milliarde gezahlt, und was nun?" enthält alle möglichen Details, die ich garnicht alle vortragen will. Nur die Schlußfolgerung möchte ich anführen. Etwa 300 Millionen Goldmark sind von der einen Milliarde aus dem Devisen-, Gold- und Silberbestand der Reichsbank entnommen worden. Ungefähr die gleiche Summe von 300 Millionen hat die Reichsbank für hohe Zinsen in kurzfristigen Krediten hauptsächlich über Holland aufgenommen, deren Fälligkeit mit zu den jetzt so schwer auf den Valutamarkt drückenden Momenten gehört.

Ich weiß nicht, ob die sachkundigen Herren hier die Zeitungen so aufmerksam lesen wie ich; dann ist den Herren vielleicht eine Notiz nicht entgangen, die heute in den Zeitungen zu finden ist, und in der Bemerkungen zu der Tatsache gemacht werden, daß die Reichsbank zum erstenmal einen Goldbestand von weniger als einer Milliarde aufweist. Dieser Rückgang des Goldbestandes wird damit begründet, daß die Reichsbank Millionenbeträge von effektivem Gold aus ihrem Goldbestand jetzt in der Schweiz hat lombardieren müssen, um die Mittel für die Rückzahlung der holländischen Kredite zu beschaffen, die sie im Juli für die Bezahlung des Ultimatums aufgenommen hat. (Hört! Hört! rechts. — Zurufe links.)

Das ist kein Geheimnis, das lesen Sie heute in allen Zeitungen.

Die 300 Millionen aus Reserven, die nur einmal aufgebraucht werden können, und die 300 Millionen aus kurzfristigen Krediten, die jetzt schon zurückgezahlt werden müssen, machen 600 Millionen von der einen Milliarde aus. Es bleiben also 400 Millionen übrig, und auch diese 400 Millionen sind nicht annähernd mit normalen Mitteln beschafft worden. Die Beschaffung war nur möglich, weil man — ich will mich vorsichtig ausdrücken — Leute und Unternehmungen, die große Käufe im Ausland für unsere Rohstoffversorgung und für unsere Nahrungsmittelversorgung zu tätigen hatten, veranlaßt hat, Kredite von vielen Millionen Goldmark im Ausland aufzunehmen, um dadurch die Devisenbeschaffung für die Ultimatumszwecke zu ermöglichen. (Hört! Hört! rechts.)

Aus laufenden, normalen Mitteln sind nach meiner Ansicht,

die ich auf Grund all dieser Angaben gewinne, von der einen Milliarde nicht viel mehr als 200 Millionen beschafft worden. (Lebhafte Rufe rechts: Hört! Hört!)

Dieses Trauerspiel der Beschaffung der ersten Goldmilliarde hat die Reichsregierung nicht abgehalten — und daraus mache ich ihr einen schweren Vorwurf zu all den anderen, die ich schon ausgesprochen habe —, jeden einzelnen der uns schwer belastenden und in wenigen Monaten zurückzuzahlenden Auslandskredite als einen großen und erfreulichen Erfolg in die Welt hinauszuposaunen, hat die Reichsregierung nicht abgehalten, immer von neuem zu versichern, daß die Zahlung der ersten Goldmilliarde gesichert sei, zu versichern, daß darüber hinaus bis zum Mai nächsten Jahres überhaupt nur wenige hundert Millionen Gold aufzubringen seien, um die Verpflichtungen aus dem Ultimatum zu erfüllen.

Die Regierung hat mit diesem Verschleierungs- und Verschönerungsversuch nicht nur ihren eigenen Kredit, sondern auch den Kredit der deutschen Valuta aufs schwerste erschüttert. (Sehr richtig! rechts.)

Sie hat zahlreiche Gewerbetreibende, die in der Deckung ihres legitimen Devisenbedarfs für den Rohstoffimport auf Devisen angewiesen sind, schwer geschädigt und hat auf dem Devisenmarkt dazu beigetragen, daß jenes katastrophale Auf und Ab entstanden ist, in dem die Spekulation so ungeheuer groß geworden ist. (Sehr wahr! rechts.)

Das ist das Trauerspiel der sogenannten Zahlung der ersten Goldmilliarde. Ermessen Sie daraus, was uns weiterhin bevorsteht!

Am 15. November ist eine neue Ultimatumsrate in Höhe von mehr als 300 Millionen Mark zu zahlen. Sie soll durch die Sachleistungen der sechs Monate Mai bis Oktober einigermaßen gedeckt sein, — so wurde neulich publiziert. Ich richte an die Reichsregierung die Anfrage, ob diese Deckung tatsächlich vorhanden ist oder noch nicht. Ich weiß nicht, ob der Herr Minister darüber eine Auskunft geben kann. Natürlich ist die Beantwortung dieser Frage für die Beurteilung des Weiteren von größter Wichtigkeit.

Dann aber — ich will einmal annehmen, der Termin vom

15. November, der nahe genug bevorsteht, wäre gedeckt —, dann beginnt vom 15. Januar 1922 an das Ultimatum erst in voller Schwere zu wirken. Viermal im Jahre haben wir dann Zahlungen von 500 Millionen Goldmark und viermal Zahlungen von mehr als 300 Millionen Goldmark zu leisten. Die Erfahrungen mit der Aufbringung der ersten Milliarde lassen es mir vollkommen ausgeschlossen erscheinen, daß die Regierung ohne Auskunftsmittel besonderer Art die ersten 500 Millionen für den 15. Januar aufbringen kann*); und wenn ein solches besonderes Auskunftsmittel gefunden wird, so folgen am 15. Februar weitere 330 Millionen, deren Abdeckung durch Sachleistungen ich — namentlich angesichts des Wiesbadener Abkommens — nicht mehr für gegeben erachten kann. Und am 15. April kommt eine weitere Rate von 500 Goldmillionen.

Auch die sogenannte

**Kredithilfe der Industrie,**

von der jetzt soviel die Rede ist, von der Herr Dr. Hermes neulich in seiner Rede und von der heute auch Herr Braun (Franken) gesprochen hat, — auch die Kredithilfe der deutschen Industrie kann diese unmögliche und verzweifelte Lage in gar keiner Weise retten. (Lebhafte Zustimmung rechts.)

Herr Dr. Hermes hat recht in seinem Vertrauen, trotz des Gelächters, das ihm von links entgegentönte, daß die Erwerbskreise sich in der Not des Vaterlandes nicht versagen werden. (Lachen auf der äußersten Linken.)

Aber die Reichsregierung wird den beteiligten Kreisen auch ein Urteil darüber zubilligen müssen, was im Bereich ihrer Kraft und im Bereich ihrer Verantwortung steht und was nicht.

Ich vermag den Gang, den diese Angelegenheit von der ersten Anregung an genommen hat, nicht ohne die schwerste Sorge zu betrachten. Schon die Drohung, die von Anfang an mit dieser Angelegenheit der Devisenbeschaffung oder Kredithilfe verbunden war, wie sie heute in der brutalsten Form vom Herrn Kollegen Braun wiederholt worden ist, muß stutzig machen.

*) In der Tat hat die Regierung sich genötigt gesehen, für die Januar-Fälligkeit im Dezember 1921 einen Aufschub nachzusuchen.

Dazu kommt die Art und Weise, wie die erste vertrauliche Anregung, die sich unter ganz wenigen Personen hinter verschlossenen Türen abspielte, sofort mit bestimmter Tendenz in die Presse lanciert worden ist. Der Herr Reichskanzler selbst hat die Behauptung seiner Beteiligung an dieser geradezu unglaublichen Indiskretion bestritten, von anderer Seite wird die Behauptung aufrechterhalten. Von Anfang an zeigten sich jedenfalls Kräfte am Werk, die aus der Anregung einer Devisenhilfe der Industrie, die auch nach unserer Ansicht durchaus zu begrüßen war, eine Zwangskreditorganisation machen wollen, die unter Verpfändung des arbeitenden Kapitals der deutschen Volkswirtschaft ausländische Anleihen zur Abdeckung der Ultimatumsverpflichtungen in Anspruch nehmen soll.

Ich kann vor einem solchen Wege, wie ich ihn eben umschrieben habe, in den Sie, meine Herren (nach links), treiben, nur mit demselben Ernst und mit demselben Nachdruck warnen, wie ich das vor der Annahme des Ultimatums getan habe. Auf diesem Wege würden wir das Spiel derjenigen spielen, die das deutsche Volk bis aufs Hemd ausziehen wollen, ehe sie uns politisch in Stücke schlagen. Sie werden auf diesem Wege unseren Feinden geradezu ein kunstvolles Pumpwerk bauen und in die Hand liefern, mit dem unsere Feinde den letzten Blutstropfen aus dem deutschen Volkskörper herauspumpen können. (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Nach dem Versailler Vertrage haftet für unsere finanziellen Verpflichtungen an die alliierten Mächte das Eigentum des Reichs und der Bundesstaaten. Der Herr Kollege Dietrich ist vorhin auf diesen Punkt sehr treffend und sehr genau eingegangen. Ich kann mich deshalb kurz fassen. Ich bestätige ihm, daß von einer Haftung des deutschen Privateigentums in dem ganzen Versailler Vertrag und in allen Abmachungen, die nachher getroffen worden sind, auch in dem Ultimatum, mit keinem einzigen Wort die Rede ist. Diese Haftung ist also — das ist ohne weiteres e contrario zu folgern — durch den Versailler Vertrag ausgeschlossen. Ich weiß, daß es in Frankreich Leute gibt, die über den Versailler Vertrag hinaus ihre Hand auch nach dem deutschen Privateigentum auszustrecken bereit sind. (Zuruf rechts: Briand!)

Jawohl, Herr Briand — der Name wird mir eben zugerufen — hat neulich erst in der französischen Kammer gedroht, daß Frankreich sich an dem deutschen Privatbesitz schadlos halten werde. Er hat den Geschmack gehabt hinzuzufügen, insbesondere an dem Privateigentum der Herren von der Volkspartei. (Hört! Hört! und Heiterkeit.)

Ich habe natürlich keine Legitimation, für die Herren von der Volkspartei zu sprechen. Aber ich bin überzeugt, daß diese an Erpressung streifende Drohung bei den Herren, die gemeint sind, die gebührende Würdigung finden wird. (Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Jedenfalls ist eines sicher: schon die Erschütterung der deutschen Valuta hat den Handel der Welt aus den Fugen gebracht und Lloyd George zu dem drastischen Beispiel veranlaßt: bei stürmischer See könne man nicht Billard spielen.

Eine noch viel wichtigere Grundlage für den Handel der Welt und für die gesamte Weltwirtschaft, als die Stabilität der Valuta, ist die Sicherheit des Privateigentums. (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Darin liegt gegenüber den kaum mehr verhüllten französischen Drohungen ein Schutz, der nicht zu unterschätzen ist. Wir geben diesen Schutz selbst aus der Hand, ja, wir berauben uns jeden Rechts auf Einspruch, wenn wir die Kredithilfe so gestalten, daß wir freiwillig für die Ultimatumsverpflichtungen unsere nationalen Produktionsmittel verpfänden. (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Wenn wir auf diese Weise den Gelüsten in die Hände arbeiten, denen Herr Briand Ausdruck gegeben hat, dann wird man auch über dieses Kapitel der Zeitgeschichte die Worte schreiben können: ruere in servitium — sie sind in die Knechtschaft hineingerannt. (Zuruf links: Durch Sie hineingetrieben!)

Aber wie dem auch sein möge, niemand erwartet, selbst in dem günstigsten Falle, von der Kredithilfe mehr als eine Atempause von wenigen Monaten. Dann sind wir genau so weit wie heute. Verzeihung, das ist falsch, dann sind wir noch schlimmer daran als heute; denn dann ist ein weiterer wertvoller Teil deutscher Wirtschaftskraft geopfert unter Umständen, die auch die letzte Po-

sition, die uns von dem bodenlosen Abgrund trennt, die letzte Position, die wir heute noch halten, rettungslos unhaltbar machen.

Inzwischen wird die

**Valutaentwertung**

weitergehen. Inzwischen werden sich die Folgen des Zusammenbruchs der Valuta, die heute erst in ihren Anfängen fühlbar sind, an allen Ecken und Enden fühlbar machen. Wir werden zu Verhältnissen kommen wie in Deutsch-Oesterreich. Wir werden in wenigen Monaten für die notwendigsten Lebensbedürfnisse Preise zahlen, die uns heute noch phantastisch erscheinen. Zuerst bei Waren, die wir aus dem Ausland beziehen oder aus ausländischen Rohstoffen herstellen. Bedenken Sie, daß die Baumwolle heute etwa fünfmal so teuer ist als zu Beginn des Jahres. Bald wird kein Strumpf mehr unter 100 Mark zu haben sein. Auf das Kauffieber von heute wird der Käuferstreik von morgen folgen. Denn niemand wird mehr die durch den Valutasturz bedingten Preise anlegen können. Die Fabriken werden sich außerstande sehen, bei diesem Valutasturz die ausländischen Rohstoffe, die sie brauchen, überhaupt zu bezahlen. Der bis jetzt durch den Valutarückgang hervorgerufene falsche Anschein industrieller Blüte, den der Herr Genosse Braun den Franzosen geradezu denunziert hat als Zeichen unserer nicht vorhandenen Wirtschaftskräfte, dieser falsche Anschein industrieller Blüte wird fallen. Es wird zu Arbeitseinstellungen, zu umfangreichen Stillegungen von Betrieben kommen. Unsere Mark wird im Ausland überhaupt bald keine Abnehmer mehr finden. So wenig wie industrielle Rohstoffe werden wir für unsere Mark noch die Zubußen zu unserer Versorgung mit Nahrungsmitteln bezahlen können. Arbeitslosigkeit und Hunger werden unser Volk zur Verzweiflung treiben. (Sehr richtig! rechts. — Zurufe links: Und wem verdanken wir das!)

Das ist die Zuchtrute des Ultimatums! (Erregte Zurufe links.)

Das ist die Zuchtrute des Ultimatums, die unsere Feinde, legitimiert durch die Unterschrift einer deutschen Regierung, über dem deutschen Volke schwingen. (Sehr gut! rechts. — Fortgesetzte erregte Zurufe links.)

Und wie verhält sich gegenüber dieser Lage die heutige Reichsregierung? — Sie prunkt nicht mehr mit dem vermessenen Wort: wir können, wenn wir nur wollen. Sie weiß, daß der ernsthafteste Wille an dem absoluten Unmöglich nicht etwa scheitern wird, sondern bereits gescheitert ist. Herr Dr. Hermes hat ausdrücklich festgestellt, daß auch die nur durch die höchste Belastung der Steuerzahler aufzubringende Summe unmöglich ausreichen kann, um unseren Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag in dem Ultimatum zu erfüllen.

Welche Konsequenzen ist die Reichsregierung gewillt aus dieser Erkenntnis des absoluten Unmöglich zu ziehen? (Zuruf links: Was schlagen Sie vor?)

Die einzige Konsequenz, die ich aus den Ausführungen des Herrn stellvertretenden Finanzminister habe entnehmen können, heißt: Abwarten, bis bei unseren einstmaligen Gegnern sich die Erkenntnis durchgesetzt habe, daß im Interesse ihrer eigenen Völker die Lage des deutschen Volkes erträglich gestaltet werden müsse; inzwischen aber bleibe uns nur die Möglichkeit, alle Anstrengungen zur größtmöglichen Leistung zu machen. — Das sind die Worte des Herrn Ministers.

Ich frage die Regierung, die allerdings im Begriff zu sein scheint, sich gänzlich zu verflüchtigen*), was sie getan hat, um bei unseren einstmaligen Gegnern die Erkenntnis zu fördern, daß Deutschland die ihm auferlegten Lasten nicht tragen kann? Ich klage die Regierung der Erfüllung an, daß sie für diese Erkenntnis nichts und weniger als nichts getan hat. (Fortgesetzte Zwischenrufe links.)

Sie hat mit ihren fortgesetzten Verkündigungen des Erfüllungswillens und des Erfüllenkönnens getan, was sie tun konnte, um der für die Rettung des deutschen Volkes nötigen Erkenntnis draußen im Ausland entgegenzuarbeiten. (Sehr richtig! rechts.)

Sie hat sich dafür das Vertrauen des Herrn Briand und der übrigen Ententestaatsmänner in dem Maße erworben, daß man

*) Auch der stellv. Reichsfinanzminister hatte während der letzten Ausführungen des Redners den Saal verlassen, die Regierungsbank war nahezu völlig verwaist.

glaubte, ihr sogar das oberschlesische Diktat, die oberschlesische Vergewaltigung zumuten zu können. Und leider hat ja dieses Vertrauen nicht getrogen. (Sehr richtig! rechts. — Zuruf links: Was hätten Sie denn gemacht?)

Daß Sie in Ihrem Alter noch so ungeduldig sind, Herr Bernstein! (Abgeordneter Dr. Bernstein: Das kann man nicht mit anhören!)

Dann gehen Sie doch hinaus! — Auch jetzt wieder angesichts der anerkannten Unmöglichkeiten der Erfüllung wird aufs neue von dem stellvertretenden Reichsfinanzminister verkündet, daß die Politik der Erfüllung trotzdem fortgesetzt werden soll, ich kann nur sagen bis zum letzten Atemzug, bis zum letzten Blutstropfen. Ja, glaubt denn irgend jemand hier, daß die Entente sich entschließen wird, aus freien Stücken unserer verzweifelten Lage Rechnung zu tragen, solange wir selbst den Shylock bitten, nur immer tiefer in unser Fleisch zu schneiden? Glaubt denn die Reichsregierung, daß es ihre Aufgabe sei, die Unmöglichkeit der Erfüllung durch den Erfüllungsversuch so lange nachweisen zu wollen, bis sie den ausgebluteten Leichnam des deutschen Volkskörpers als letztes Beweismittel auf den grünen Tisch des Obersten Rates deponieren kann? (Wiederholte erregte Zurufe links.)

Nein, meine Damen und Herren, mit dem Gerede — (Zuruf links: Sie verdienen sich den Dank der Börsenschieber!)

Das sind derartig unsinnige, törichte Verdächtigungen und Verleumdungen, daß sie nicht an meine Stiefelsohlen heranreichen! (Zuruf links: Was bringt Ihnen die Rede?)

Das ist eine Gemeinheit!

(Zurufe links. — Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Dietrich (Prenzlau): Ich bitte um Ruhe! Ihre (nach links) Zwischenrufe verzögern nur den Abschluß der Rede des Herrn Abgeordneten und nötigen ihn zu unnützen Kraftanstrengungen. (Heiterkeit.)

Dr. Helfferich: Meine Damen und Herren! Mit dem Gerede von dem Erfüllungswillen ist es wahrhaftig genug und übergenug! Immer nur den Erfüllungswillen im Munde führen, wenn man weiß, daß man nicht erfüllen kann, ist weder klug noch ehrlich, weder mutig noch anständig. Wir holen uns da-

mit zu allem anderen Unglück, das über uns hereingebrochen ist, auch noch die Verachtung der ganzen Welt. Es gibt nur einen Weg, den in dieser Lage eine deutsche Regierung gehen darf, den Weg, den die Ehre im privaten und öffentlichen Leben demjenigen vorschreibt, der Schiffbruch gelitten hat, (Zurufe links) und der mit seinen Kräften und Mitteln zu Ende ist. Ich kann die Herren von der Regierung nur auffordern, den Ententeregierungen die Bilanz des Deutschen Reiches offenzulegen. Teilen Sie ihnen mit — nicht in der letzten Viertelstunde vor dem nächsten Verfallstermin, sondern jetzt, heute und morgen —, daß Deutschland den Zahlungsplan des Ultimatums nicht länger erfüllen kann. (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Zu einer solchen Notifikation haben wir nach dem Versailler Vertrag das Recht. Der Artikel 234 des Versailler Vertrages besagt ausdrücklich, daß von Zeit zu Zeit die Hilfsmittel und die Leistungsfähigkeit Deutschlands nachzuprüfen sind, in der Absicht, daß die Deutschland auferlegten Lasten diesen Hilfsmitteln und dieser Leistungsfähigkeit angepaßt werden sollen. Der Artikel 234 ist auch durch das Ultimatum nicht beseitigt worden. Die Reichsregierung hat darüber unzweideutige und bestimmte Erklärungen abgegeben. Das stelle ich fest gegenüber anderslautenden Erklärungen, die neulich Herr Briand in der französischen Kammer gemacht hat.

Es wäre Pflicht der deutschen Regierung gegenüber dem deutschen Volke gewesen, von diesem Recht des Artikels 234 längst Gebrauch zu machen, schon Ende Juni, Anfang Juli, als sich die Zahlung der ersten Goldmilliarde als unmöglich erwies. Durch nichts war die deutsche Regierung verpflichtet, über ihre nachgewiesene Leistungsfähigkeit hinaus für diese Zahlungen ausländische Kredite zu außerordentlich schweren Bedingungen beizuziehen. (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Zum zweiten Male war es Pflicht der Regierung, von dem Recht des Artikels 234 Gebrauch zu machen, als uns die Entente mit rechtswidriger Gewalt Oberschlesien nahm. Der Herr Reichskanzler hat Andeutungen nach dieser Richtung gemacht, er werde zu gegebener Zeit an gegebenem Ort Vorstellungen erheben. Wo sind die Vorstellungen? Wir haben noch nichts davon gehört.

Jetzt, wo die Valutakatastrophe und die Ziffern des Reichsfinanzministers die vollendete Unmöglichkeit der Erfüllung des Ultimatums vor aller Welt klarstellen, ist die letzte Stunde, daß sich die deutsche Regierung ihres Rechtes aus dem Artikel 234 erinnert, das zugleich eine heilige Pflicht gegenüber dem deutschen Volke ist. (Sehr gut! bei den Deutschnationalen.)

Wir alle wissen, meine Damen und Herren, daß die Regelung der zwischenstaatlichen Schulden, die aus dem Krieg und Friedensverträgen entstanden sind, nach einem internationalen Abkommen geradezu schreit. Die ganze Welt ist in Banden geschlagen mit der goldenen Kette, deren eines Ende dem deutschen Volke um den Hals geschlungen ist und dessen anderes Ende die Vereinigten Staaten von Amerika in der Hand halten. Alle Sachverständigen in der Welt sind davon durchdrungen, daß die Welt nicht gesunden kann, wenn diese Kette nicht zerschnitten oder nicht zum mindestens erheblich gelockert wird. Wir sind die Nächsten daran, durch diese Kette erdrosselt zu werden. Gerade deshalb haben wir keine Aussicht auf Befreiung, solange die Regierung in ihrer ententeergebenen, für mich unbegreiflichen Passivität beharrt. Solange die Vertreter der deutschen Regierung immer und immer nur die Ansicht vertreten: wir werden tun, was wir können, wir werden erfüllen bis zur letzten Möglichkeit, — so lange nähren unsere eigenen Regierungsleute die Illusionen der anderen; (sehr richtig! rechts) solange glauben die Staatsmänner, die heute noch der Geist von Versailles beherrscht, ihre Parlamente und Völker in dem bequemen Glauben halten zu können: Le boche payera tout.

Wir müssen den Anstoß geben, wir müssen unsererseits die internationale Regelung dieser Frage endlich anregen und in Fluß bringen. Wir müssen außerdem feststellen und die anderen davon überzeugen, daß Deutschland erst in seiner Wirtschaft, in seinen Finanzen, in seiner Valuta gesunden muß, wenn unsere Gläubiger aus dem Friedensvertrag überhaupt etwas Nennenswertes an Entschädigung von uns bekommen wollen. Gewiß, zerstören können sie alles; aber für sich brauchbare Werte, auf die es schließlich ankommt, können sie nur bekommen auf Grund einer vernünftigen Regelung mit Deutschland, (sehr richtig! rechts) können sie nur bekommen, wenn eine deutsche Regierung, ein deutsches Parlament,

wenn das deutsche Volk selbst lebt und arbeitet. (Sehr richtig! rechts.)

Wir brauchen für Jahre hinaus einen Aufschub aller Goldverpflichtungen, ja wir brauchen, um leben und arbeiten zu können, Kredithilfe von außen. Inzwischen ist alles, was wir leisten können, Arbeit und Sachleistung.

Auch die Franzosen sind trotz des Hasses, der sie beseelt, viel zu kluge Rechner, auch die Franzosen sind gezwungen, den Versuch zu machen, endlich aus dieser unentwirrbaren Verschlingung herauszukommen. Aber solange sie eine Möglichkeit sehen, aus uns Goldmillionen herauszupressen, solange hier eine Regierung sitzt, die auch in solchen Situationen immer wieder versichert: wir werden zahlen und noch einmal zahlen —, so lange rühren die Franzosen keinen Finger und kann auch keine französische Regierung einen Finger rühren. (Zurufe links.)

Ich würde die Herren von der Regierung, wenn sie anwesend wären, auf dringendste bitten, daß sie sich endlich zu dem Mute aufraffen, den Ententeregierungen solche Eröffnungen und Vorschläge zu machen.

Die Herren von links mögen das Katastrophenpolitik nennen. (Zurufe links.)

Ich sehe darin die einzige Möglichkeit, der Katastrophe zu entgehen, in die Ihre Politik (nach links) uns in wenigen Monaten mit Sicherheit und mit Riesenschritten hineinführt. (Erregte Zurufe links.)

In solchen Lagen hat in der Weltgeschichte stets nur der bestanden, der entschlossen war, wenn es sein muß, lieber in Ehren unterzugehen. (Wiederholte Zurufe links.)

Für ein solches Schicksal ist uns das deutsche Volk zu lieb und zu gut. (Lebhaftes Bravo rechts. — Zischen links. — Erneutes lebhaftes Bravo rechts. — Zurufe links.)

VI.

# Rede vom 16. März 1922.

**Steuerkompromiß. — Opposition und positive Mitarbeit. — Fata Morgana des Budget-Gleichgewichtes. — Voraussetzung für die Ordnung der Reichsfinanzen: Wiederherstellung der Staatsautorität und Regelung der Kontributionsfrage. — Die Illusionen des Herrn Dr. Wirth. — Deutschland das höchstbesteuerte Land der Welt. — Das Dogma der Unentbehrlichkeit der Sozialdemokratie. — Die Zwangsanleihe als Fortsetzung der Erfüllungspolitik. — Bis hierher und nicht weiter.**

## Vorbemerkung.

Die Verhandlungen über die von der Reichsregierung im Herbst 1921 dem Reichstag vorgelegten Steuergesetzentwürfe führten Ende Januar 1922 zu dem sogenannten „Steuerkompromiß", in dem sich die Regierungsparteien (Mehrheitssozialisten, Zentrum und Demokraten) mit der Deutschen Volkspartei und der Bayerischen Volkspartei zusammenfanden. Der Kern des Kompromisses war, daß der sozialdemokratischen Agitation für ein noch über die von der Regierung vorgeschlagene neue schwere Belastung der Vermögen hinausgehendes „weithin sichtbares Opfer des Besitzes" das Zugeständnis einer Zwangsanleihe im Betrage von einer Milliarde Goldmark gemacht wurde. Seinen formellen Ausdruck fand das Steuerkompromiß in einem „Mantelgesetz", das die sämtlichen Steuergesetze und die Zwangsanleihe zu einer Einheit zusammenfaßte.

Die nachstehend abgedruckte Rede hat Dr. Helfferich bei der ersten Beratung des Mantelgesetzes im Anschluß an eine Rede des Reichsfinanzministers Dr. Hermes gehalten. Sie stellte die Steuerfrage in den großen Zusammenhang der Gesamtpolitik.

* * *

Vizepräsident Dr. Bell: Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Herr Abgeordnete Schultz (Bromberg).

Schultz (Bromberg): Meine Damen und Herren! Der Herr Reichskanzler hat in der Sitzung vom 4. März 1922 die außerordentliche Wichtigkeit des Steuerkompromisses, vor dessen endgültiger Beratung wir jetzt stehen, betont; er hat damals durch seine Ausführungen erzwungen, daß der Reichstag, der mehrere Tage in die Ferien gehen wollte, um seinen Ausschüssen Zeit zur Beratung zu lassen, bereits am Donnerstag wieder seine Plenarsitzung aufnahm, weil diese Vorlagen auch außenpolitisch so wichtig seien, daß eine Weiterhinausschiebung nicht angängig wäre. Unter diesen Umständen erscheint es meiner Fraktion unbedingt notwendig, daß der Herr Reichskanzler selber an diesen Beratungen teilnimmt. (Sehr richtig! rechts.)

Der Herr Reichskanzler hat es aber nicht für nötig gehalten, weder die einleitenden Worte zu dieser Vorlage zu sprechen, noch sich in diesem Saale überhaupt zu zeigen. Wir verlangen, daß der Reichskanzler auf Grund des Artikels 33 der Verfassung — — (Der Reichskanzler erscheint im Saale. — Große Heiterkeit.) — Ich bin außerordentlich erfreut, daß meine Worte und die Wünsche meiner Freunde einen so überraschenden Erfolg gehabt haben. (Heiterkeit. — Zurufe links.)

Vizepräsident Dr. Bell: Ich habe die letzten Worte des Herrn Abg. Schultz (Bromberg) wegen der großen Unruhe im Hause nicht verstehen können. Ich frage ihn, ob er seinen Antrag aufrecht erhält. (Heiterkeit. — Zurufe links.)

Der Antrag war formell gestellt, und ich muß geschäftsordnungsmäßig fragen, ob der Antrag aufrecht erhalten wird. (Zurufe von den Deutschnationalen.)

Der Antrag ist zurückgezogen.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Helfferich. (Lebhafte Rufe links; aha deshalb!)

Ich bitte um Ruhe! Der Herr Abg. Dr. Helfferich hat das Wort und niemand anders.

Dr. Helfferich: Meine Damen und Herren! Mein Fraktionskollege Schultz hat bereits auf die Worte des Herrn Reichs-

kanzlers vom 4. März d. J. hingewiesen. Der Herr Reichskanzler ist damals hier in einer Geschäftsordnungsdebatte erschienen und hat selber, glaube ich, unterstrichen, daß es ungewöhnlich ist, daß der Reichskanzler in eine Geschäftsordnungsdebatte eingreift. Er hat als Motivierung für diese Ungewöhnlichkeit auf die ganz außerordentliche außenpolitische Tragweite der Gesetze hingewiesen, die jetzt hier beschlossen werden sollen. Das ist nun bald 14 Tage her. Der Reichskanzler hat damals erreicht, daß heute vor 8 Tagen die Beratung des Branntweinsteuergesetzes aufgenommen worden ist. Er hat aber nicht erreicht, daß die Parteien, die hinter ihm stehen, hier im Hause die nötige Präsenz gewährleistet haben, um zu verhindern, daß vier- oder fünfmal der Abgeordnete Höllein die Beratung dieses Gesetzes sabotieren konnte. (Zuruf: Und wo waren die Deutschnationalen?)

Ich glaube, es ist in solchen Fällen nicht unsere Pflicht, den Herrn Reichskanzler zu decken, sondern die Pflicht der Parteien, die hinter dem Herrn Reichskanzler stehen, der sogenannten Regierungsparteien. (Zurufe aus dem Zentrum und von links.)

Wir sind eine viel nettere Opposition, als Sie das wahrscheinlich wären, wenn wir einmal wieder regieren sollten. (Rufe links: Oho! — Zurufe von den Sozialdemokraten.)

Wir haben diese Sabotierungsversuche nicht unterstützt. Es ist nicht unsere Schuld, wenn trotz des Hinweises des Herrn Reichskanzlers auf die außenpolitische Bedeutung dessen, was hier zur Beratung steht — und die unterstreiche ich —, das Haus ein so trauriges Schauspiel geboten hat. (Zurufe links: In Ihren Reihen waren große Lücken!)

Sie waren besser besetzt als die Ihrigen! (Zuruf links: Ihre Freunde sind ja eben erst gekommen!)

Eine Rede des Herrn Abgeordneten Bernstein hält nicht jedermann auf die Dauer aus. (Zuruf links: Die Ihrige auch nicht!) — Ich wills abwarten; einstweilen bleiben Sie ja noch da!

Ich komme auf den Gegenstand der Tagesordnung, auf das

## Steuerkompromiß.

Das alte deutsche Sprichwort lautet: Was lange währt, wird gut. Ich möchte bezweifeln, ob irgend jemand in diesem Hause dem Steuerkompromiß, das nach wochenlangem, monatelangem

Handeln und Feilschen zustande gekommen ist, das Prädikat „gut" zuzugestehen geneigt ist. Ich habe den Eindruck — und der Eindruck ist gerade durch die Ausführungen des Herrn Kollegen Bernstein, dem ich fast als einziger hier im Hause aufmerksam zugehört habe, (Hört! Hört! rechts. — Heiterkeit.) bestätigt worden —, daß die zahlreichen Väter dieses Kindes mit etwas begossenen Mienen um die Wiege herumstehen und daß jeder Ehre und Verdienst lieber den anderen überlassen möchte. (Sehr gut! bei den Deutschnationalen. — Heiterkeit.)

Meine Fraktion steht dem Ergebnis der sogenannten Kompromißverhandlungen mit freien Händen und mit freiem Urteil gegenüber, (Zuruf bei den Kommunisten: Auch mit reinem Gewissen?) — Auch mit reinem Gewissen! (Abgeordneter Adolf Hoffmann: Sie sprechen von etwas, was Sie nicht besitzen!)

Den Neid der besitzlosen Klasse überlasse ich Ihnen! (Große Heiterkeit. — Erneute Zurufe bei den Kommunisten. — Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Dr. Bell: Meine Damen und Herren! Ich bitte um Ruhe und muß die Damen und Herren bitten, ihre Plätze einzunehmen.

Dr. Helfferich: Meine Damen und Herren! Man hat es ja nicht für nötig gehalten, uns zu den interfraktionellen Verhandlungen über das Kompromiß zuzuziehen. Wir sind infolgedessen nicht gebunden durch einen Austausch von Zugeständnissen und Versprechungen. Von unserem freien Urteil haben wir Gebrauch gemacht, indem wir die durch das Kompromiß zur Entscheidung gestellten Fragen nach streng sachlichen Gesichtspunkten eingehend und gewissenhaft geprüft haben. (Lachen links.)

Das Ergebnis dieser Prüfung ist:

Wir lehnen den Entwurf des Mantelgesetzes ab, in dem das Kompromiß legislatorische Gestalt gewonnen hat.

Wir sind zu diesem Schluß gekommen, obwohl wir voraussehen, daß es auch diesmal nicht an dem allmählich etwas abgegriffenen Vorwurf fehlen wird, daß die Deutschnationale Partei sich in „rein verneinender Kritik" erschöpfe. Wir erwarten diesen Vorwurf nicht nur von unseren politischen Gegnern, von denen uns eine Weltanschauung trennt, wie von Ihnen (zur

äußersten Linken), sondern wir erwarten ihn auch aus der Mitte einer Partei, die uns hier in diesem Hause und draußen im Lande am nächsten steht. Wir erwarten diesen Vorwurf nicht etwa deshalb, weil wir das Gefühl hätten, daß wir ihn verdienten, sondern im Gegenteil, weil wir wissen, daß die unbegründeten Vorwürfe meist die allerbilligsten sind. (Lebhafte Zustimmung bei den Deutschnationalen. — Lachen links. — Zuruf von der Deutschen Volkspartei: Woher wissen Sie das?)

Woher ich das weiß? Da müssen Sie sich bei Ihrem amtlichen Parteiorgan, der „Zeit", erkundigen. (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Die „Zeit" hat nämlich die Güte gehabt, uns diesen Vorwurf im voraus zu verraten; denn die „Zeit" hat schon am letzten Sonnabend in ihrer Antwort auf den Artikel eines Blattes, das uns näher steht und das dem Steuerkompromiß eine recht freundliche Beurteilung hat zuteil werden lassen — — (Abgeordneter Dr. Becker (Hessen): Sehr richtig!)

Jawohl, sehr richtig! Aber die Antwort auf diese Freundlichkeit? — Sie dachten wohl: „eine Liebe ist der andern wert". — Die Antwort auf die freundliche Beurteilung bestand darin, daß die „Zeit" behauptete, dieser Artikel sei gleichzeitig die schärfste Kritik an der rein verneinenden Politik der Deutschnationalen Volkspartei.

Meine Damen und Herren! Glauben Sie nicht, daß wir uns durch solche Kleinigkeiten in unserer Haltung, in unserer Politik beeinflussen lassen. Dazu haben wir in der Tat ein zu gutes Gewissen. Den Vorwurf der rein negativen Kritik, ausgerechnet in Steuersachen, kann uns wirklich nur jemand machen, der überhaupt niemals die Nase in den Sitzungssaal des Steuerausschusses hineingesteckt hat, (lebhafte Zustimmung bei den Deutschnationalen) geschweige denn irgend jemand, der jemals selbst praktisch und positiv an der Gestaltung der Steuergesetze mitgearbeitet hat. Ich kann für meine Fraktionskollegen und auch für meine Person in Anspruch nehmen, daß wir dort in gründlicher und positiver Arbeit, ja, ich kann sogar hinzufügen, in vielfach erfolgreicher Arbeit unsere Schuldigkeit getan haben, daß wir dank der Unterstützung, die wir bei anderen Fraktionen gefunden haben, unsere Anregungen und unsere Anträge

vielfach haben durchsetzen können, daß unsere Anregungen und unsere Anträge vielfach die Gestaltung der Steuergesetze in wesentlichen Punkten beeinflußt haben. (Ironische Rufe von der äußersten Linken: Sehr richtig! Das stimmt nämlich!)

Die Herren Kollegen der anderen Fraktionen, mit denen wir dort wochen- und monatelang an einem und demselben Tische saßen und mit denen wir Schulter an Schulter gekämpft haben, werden — ich bin von ihrer Loyalität überzeugt — das auch anerkennen. Im übrigen habe ich den Eindruck, daß die bürgerliche Sektion der Kompromißparteien auch jetzt noch, nachdem man uns quasi in die Ecke gestellt hat, keineswegs geneigt ist, auf unsere positive Mitarbeit ganz zu verzichten. Es gibt in den Steuergesetzen Materien, die in den Kompromißverhandlungen nicht geregelt worden sind, und zwar aus dem sehr einfachen Grunde nicht, weil die Kompromißparteien sich über diese Materien nicht einig werden konnten. Es handelt sich dabei nicht etwa nur um Fragen zweiten oder dritten Ranges, sondern um Fragen ersten Ranges, zum Beispiel um die sehr wichtige Frage der Bewertungsgrundsätze, die ausdrücklich in dem Kompromiß nicht geregelt worden ist. In dieser Frage geht das Kompromiß dahin, daß Sie, die Herren von den bürgerlichen Kompromißparteien, sich von den Sozialdemokraten die Erlaubnis erwirkt haben, die Sozialdemokraten mit unserer Unterstützung zu überstimmen. (Abgeordneter Dr. Becker (Hessen): Was ist das für eine Darstellung!)

Herr Kollege Becker, ich bitte Sie, mir diese Wendung nicht weiter übel zu nehmen. Sie haben ein Kompromiß geschlossen. Sie haben diesen Punkt nicht in das Kompromiß aufgenommen. Sie haben mit den Sozialdemokraten vereinbart, daß über diesen Punkt das Kompromiß nicht scheitern solle. Sie wissen ganz genau, daß wir in dieser Frage auf Ihrer Seite sind — das wissen auch die Sozialdemokraten — und daß mit unserer Hilfe die bürgerlichen Kompromißparteien in diesem Punkt die Sozialdemokratie überstimmen werden. Wir wollen uns also nicht formalisieren! Der Tatbestand steht fest, daß Sie unsere positive Mitarbeit sehr wohl zu schätzen wissen, genau so wie wir, meine Herren, die Ihrige. Wir machen ebensowenig eine Politik der Verärgerung wie eine Politik der bloßen Negation. (Abgeordneter Dr. Becker (Hessen): Es scheint aber beinahe so!)

Nein, Herr Kollege Becker. Wir werden trotz Kompromiß und trotzdem man uns, wie ich vorhin sagte, bei den ganzen Verhandlungen in die Ecke gestellt hat, genau die Richtung innehalten, die wir bisher innegehalten haben.

Wir sind nach der ganzen Einstellung der Reichsregierung und nach unseren eigenen Grundanschauungen **Oppositionspartei,** — das ist allerdings richtig. Aber unsere Opposition hat ein großes positives Ziel, das wir nie aus den Augen verlieren werden. Wir bekämpfen die Regierung nicht, wie früher die Herren von der Sozialdemokratie, um Staatsordnung und Gesellschaftsordnung zu zerstören. Wir bekämpfen die Regierung, um Staat und Gesellschaft zu erhalten, und wir sind überzeugt, daß dieses Ziel unserer Politik und unserer Opposition über alle Gräben und Hecken der Parteipolitik und Parteirivalität hinaus schließlich einen großen Teil derer an unsere Seite führen wird, die heute in anderen Lagern stehen. (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Durch keine parteipolitische Rauchentwicklung lassen wir uns diese klare Linie verdunkeln und verwischen. Draußen im Lande wird man uns verstehen und versteht man uns von Tag zu Tag mehr. Draußen im Lande, draußen im Volke liegt auch unsere Zukunft. (Lebhafte Zustimmung bei den Deutschnationalen. — Zurufe links.)

Wenn wir das Steuerkompromiß ablehnen, so geschieht es einfach deshalb, weil das Ergebnis der sachlichen Arbeit der Steuerausschüsse, wie es in den Beschlüssen der ersten Lesung zum Ausdruck kam, in den Kompromißverhandlungen gewisse Forderungen der Parteipolitik und Koalitionspolitik angepaßt worden ist, die an sich nichts mit der Sache zu tun haben. Wir sehen für uns keinen Grund, unser sachliches Urteil solchen parteitaktischen und koalitionspolitischen Interessen zu unterwerfen.

Niemand, meine Damen und Herren, in unseren Reihen verkennt den bitteren Zwang, in der traurigen Lage der Reichsfinanzen alle Steuerquellen — alle, das unterstreiche ich — bis zur Grenze des Möglichen, das heißt des für unsere Wirtschaft noch Erträglichen, in Anspruch zu nehmen. (Zurufe links.)

Diese Notwendigkeit ist für uns abhängig von der von uns von Anfang an folgerichtig bekämpften Erfüllungspolitik der Reichsregierung. Denn die neuen Steuern werden für die Erfüllungspolitik nichts liefern. Eine wesentliche Erhöhung der Reichseinnahmen ist allein schon notwendig, um den inneren Etat unserer Reichsverwaltung in Ordnung zu bringen. Der uns jetzt vorliegende Haushaltsvoranschlag für 1922 darf uns darin nicht täuschen. Da wird uns vorgerechnet, daß unsere ordentlichen Einnahmen 103,5 Milliarden, unsere ordentlichen Ausgaben nur 86,7 Milliarden Mark betragen, der ordentliche Etat also einen Ueberschuß von 16,5 Milliarden ergeben solle. Der Herr Reichsfinanzminister hat sich vorhin über diesen Punkt sehr vorsichtig ausgedrückt; er hat ausgeführt, daß „rechnungsmäßig" ein solcher Ueberschuß bestehe. Diese 16,5 Milliarden rechnungsmäßiger Ueberschuß sind nichts weiter als eine

**Fata Morgana,**

(sehr wahr! bei den Deutschnationalen) eine Fata Morgana, die der trockene Wüstenwind an einen erbarmungslosen Horizont hingezaubert hat. Die Fata Morgana des Gleichgewichts unseres inneren Etats erscheint seit der Revolution jedesmal, wenn der Beginn des neuen Rechnungsjahres gerade in Aussicht steht. Auch die Vorgänger des Herrn Ministers Dr. Hermes haben uns, ich glaube fast ausnahmslos, jedesmal, ehe der Beginn des neuen Rechnungsjahres herankam, hier mit mehr oder weniger großem Stolz verkündet, daß zum erstenmal seit dem Kriege der Etat der inneren Reichsverwaltung balancieren würde. Aber jedesmal hat sich dieses Trugbild aufgelöst; wie sich dieses Trugbild aufgelöst hat, zeigt die Entwicklung in dem jetzt noch laufenden Rechnungsjahr mit einer geradezu erschreckenden Deutlichkeit.

Der ordentliche Etat des laufenden Jahres sollte zunächst mit rund 50 Milliarden balancieren. Daraus ist ein Fehlbetrag von 19 Milliarden geworden, soweit es sich bis jetzt übersehen läßt. Der außerordentliche Etat sollte einen Ueberschuß von 5,5 Milliarden Mark abwerfen; daraus ist ungefähr Null geworden. Die auf Anleihen zu übernehmenden Fehlbeträge der Betriebsverwaltungen waren auf 12,5 Milliarden veranschlagt. Daraus ist ein

Fehlbetrag von rund 40 Milliarden geworden, (hört! hört! bei den Deutschnationalen) von dem allerdings 17 Milliarden auf Begleichung der Schulden an die früheren Besitzer der heutigen Reichseisenbahnen kommen. Der Etat für die Durchführung des Friedensvertrages war auf 26 Milliarden veranschlagt. Daraus sind insgesamt 112,5 Milliarden Mark geworden. (Hört! Hört! rechts.)

Schließlich sind an die Stelle des ursprünglich veranschlagten Defizits für die gesamte äußere und innere Reichsverwaltung in Höhe von 33 Milliarden 172 Milliarden Mark Defizit nach dem fünften Nachtragsetat getreten, und obwohl sich der Monat März allmählich seinem Ende nähert, fürchte ich, daß es auch damit noch nicht abgetan ist.

Betrachten die Damen und Herren, bitte, in diesem Licht, in dem Licht der Erfahrungen des jetzt ablaufenden Rechnungsjahres, die 16,5 Milliarden Ueberschuß, die uns in Fettdruck aus der von dem Reichsfinanzminister vorgelegten Uebersicht für den Reichshaushaltsplan für 1922 entgegenleuchten! Diese 16,5 Milliarden sind zerronnen, noch ehe sie gewonnen waren; zerronnen schon deshalb, weil die Abstriche an den neuen Steuern, mit denen sich die Regierung abgefunden hat, ungefähr ebensoviel ausmachen werden, wie dieser ganze legendäre Ueberschuß von 16,5 Milliarden; zerronnen aber auch deshalb, weil die jetzt schon zugesagten und infolge der Teuerung, d. h. der Erfüllungspolitik, unvermeidlichen neuen Aufbesserungen der Gehälter beträchtlich mehr als den ganzen angeblichen Ueberschuß ausmachen werden.

Um bei dem Bilde von der Fata Morgana zu bleiben: mag das Kamel mit ausgestrecktem Hals und langen Beinen hinter diesem Trugbild herlaufen, so rasch es kann; je mehr es läuft, in desto weitere Fernen wird sich dieses Trugbild verflüchtigen. Sie mögen dem deutschen Volke Steuern aufhalsen soviel Sie wollen, auch nur das innere Budget des Reiches wird nie in Ordnung kommen, solange nicht zwei Voraussetzungen erfüllt sind, zwei Voraussetzungen: erstens die strengste Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit in den Reichsausgaben, vor allen Dingen in den Betriebsverwaltungen des Reichs, die heute nicht werbende, sondern fressende Anlagen sind, zweitens: eine der deutschen Leistungsfähigkeit angepaßte Regelung der Reparations-, richtiger der Kon-

tributionsfrage. (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen — der Reichskanzler verläßt den Sitzungssaal.)

Das sind die beiden Voraussetzungen, von denen jede Balancierung des inneren Etats letzten Endes abhängt.

Was die erste Voraussetzung anlangt, so können wir die von der Deutschen Volkspartei in ihrer Denkschrift niedergelegten Gesichtspunkte ohne weiteres zu den unsrigen machen. Ich müßte eigentlich sagen, wir könnten sie zu den unsrigen machen, wenn sie nicht schon vorher auch die unsrigen gewesen wären. (Zurufe bei der Deutschen Volkspartei.)

Sehr allgemein ist der Beifall, Herr Kollege Becker. Der Beifall ist so allgemein, daß ich gerade deshalb an seiner Aufrichtigkeit und Echtheit etwas zweifle. Bei dem ernstlichen Versuch der Durchführung, wobei wir Sie nach Kräften unterstützen werden, fürchte ich, daß Sie — und Sie sehen ja schon überall die Widerstände — sehr bald mit Schiller sagen können:

Doch, ach! schon auf des Weges Mitte
Verloren die Begleiter sich,
Sie wandten treulos ihre Schritte,
Und einer nach dem andern wich.

Der Herr Kollege Becker war es ja, der jüngst von diesem Platze aus das etwas harte Wort von der „entsetzlichen **Luderwirtschaft,** wie wir sie zur zeit haben", ausgesprochen hat. Wenn Sie dieser „Wirtschaft" zu Leibe gehen wollen, werden Sie — das wiederhole ich — unsere Bundesgenossenschaft stets finden. Aber heute scheinen Sie bei der Heilung dieser Krankheit doch sehr stark auf die Hilfe der Krankheitserreger zu rechnen. Ich will keine so harten Worte gebrauchen, wie der Herr Kollege Becker, aber mir scheint, er wird das Uebel nur dann wirksam bekämpfen können, wenn er entschlossen ist, das Regime zu beseitigen, mit dem er heute Kompromisse schließt. (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Die Wiederherstellung von Ordnung und Sparsamkeit in unserem gesamten öffentlichen Wesen kann nur kommen — das unterstreiche ich — aus der Wiederherstellung einer **starken Staatsautorität.** (Sehr richtig bei den Deutschnationalen.)

Ohne Wiederherstellung der Staatsautorität ist die Wiederherstellung von Ordnung und Sparsamkeit in unserm innern Reichshaushalt, in unsern Reichsbetrieben eine Illusion. (Zurufe rechts.)

Meine Herren von der Deutschen Volkspartei, Sie waren noch vor wenigen Wochen mit uns der Ansicht, daß gerade die Staatsautorität in den Händen des gegenwärtigen — allerdings jetzt wieder abwesenden — Reichskanzlers nicht genügend gewahrt sei. (Abgeordneter Hoffmann [Berlin]: Schultz! Reichskanzler holen! — Große Heiterkeit.)

Ich wiederhole: die Herren von der Deutschen Volkspartei waren noch vor wenigen Wochen mit uns der Meinung, daß die Staatsautorität in den Händen des jetzigen Reichskanzlers nicht genügend gewahrt sei. Deshalb meine ich, werden Sie, wenn Sie mit der „Wirtschaft" aufräumen wollen, auch um den „Wirth" nicht herumkommen. (Zurufe.)

Nach unserer Meinung wird das um so mehr der Fall sein, als wir in dem Reichskanzler Dr. Wirth und in der Politik des Kabinetts Wirth-Rathenau gleichzeitig auch das stärkste Hindernis für die Verwirklichung der zweiten Voraussetzung, für die Gesundung unserer inneren Finanzverhältnisse sehen, das stärkste Hindernis für eine der deutschen Leistungsfähigkeit angepaßte Regelung der **Kontributionsfrage.** (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Der Herr Reichskanzler hat in einem ungewöhnlich lichten Augenblick im November vorigen Jahres vor den vereinigten Steuerausschüssen die sogenannten Reparationen als ein „Faß ohne Boden" bezeichnet. (Hört! Hört! bei den Deutschnationalen.)

Solange wir uns bereit finden, immer wieder in dieses Faß ohne Boden zu schöpfen, solange ist jede Anstrengung zur Besserung unserer Finanzen verlorene Liebesmüh. (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Ein Land, das gezwungen wird und sich womöglich noch darüber hinaus freiwillig bemüht, nach außen fortgesetzt unendlich mehr zu bezahlen, als seine Wirtschaft an Ueberschuß zu produzieren vermag, ein solches Land wird kein Mittel finden, dem Zu-

sammenbruch seiner Valuta Einhalt zu tun. (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Der Druck auf die eigene Valuta ist die notwendige Folge des Zwanges, fortgesetzt fremde Valuten zum Zwecke unnatürlicher Zahlungen an das Ausland um jeden Preis kaufen zu müssen. Mit valutatechnischen Mitteln, die bei einem einigermaßen gesunden Zustand der zwischenstaatlichen Beziehungen von der größten Wichtigkeit und dem stärksten Nutzeffekt sein können, ist unter den gegenwärtigen Verhältnissen gar nichts anzufangen. (Sehr richtig bei den Deutschnationalen.)

Es wird mit solchen rein valutatechnischen Mitteln solange nichts anzufangen sein, als nicht die Wurzel des Uebels angefaßt und ausgerottet wird. Das hat vor kurzem der sehr kluge und sehr sachverständige Amerikaner Herr Hoover, der während des Krieges Organisator des Ernährungswesens der Entente war und jetzt Chef des Handelsdepartements der Vereinigten Staaten ist, in sehr prägnanten Worten zum Ausdruck gebracht, und zwar nicht nur als seine eigene Meinung, sondern als die Meinung der „Interamerican High Commission", in der auch die Staaten Mittel- und Südamerikas vertreten sind: „Eine Stabilisierung der Devisenkurse läßt sich nicht erwarten, solange die Reparationssumme nicht mit der Zahlungs- und Leistungsfähigkeit Deutschlands in Einklang gebracht ist." Und er hat hinzugefügt: „und solange nicht in den Rüstungen auf dem europäischen Kontinent eine für das wirtschaftliche Gleichgewicht wesentliche Herabsetzung erzielt worden ist." (Lebhafte Zustimmung rechts. — Zuruf aus dem Zentrum: Das sagen wir doch auch!)

Das sagen wir hoffentlich alle. Im Augenblick aber kommt es mir auf folgenden Zusammenhang an:

Ohne eine für Deutschland erträgliche Regelung der Kontributionsfrage kein Einhalten in dem Zusammenbruch unserer Valuta, (sehr richtig!) ohne Stabilisierung der Valuta kein Ende der Teuerungskatastrophe, (allseitige Zustimmung) kein Ende der Lohnbewegung, (erneute Zustimmung) kein Ende der notwendigen Gehaltsaufbesserungen, (wiederholte Zustimmung) für den Reichshaushalt kein Ende des geradezu phantastischen Wettlaufs zwischen Nachtragskrediten und neuen Steuern. (Lebhafte allgemeine Zu-

stimmung. — Zuruf von den Kommunisten: Das hat gestern Höllein gesagt! — Heiterkeit.)

Herrn Höllein kommt es auf die Erfassung der Sachwerte, nicht auf die Regelung der Kontributionen an. (Lachen und Zurufe von den Kommunisten.)

Herrn Höllein kommt es darauf an, den „deutschen Kapitalismus" genau so totzuschlagen, wie Sie (nach links) den „deutschen Militarismus" totgeschlagen haben, (sehr wahr! bei den Deutschnationalen) damit Sie nachher den Ententekapitalismus bekommen, genau so wie wir jetzt den Ententemilitarismus bekommen haben. (Lebhafte Zustimmung rechts. — Fortgesetzte Zurufe von der äußersten Linken.)

Ich wiederhole: ohne Regelung der Kontributionsfrage, mögen Sie Steuern beschließen und mögen Sie Erfassung der Sachwerte beschließen soviel Sie wollen, werden Sie nicht einmal das Gleichgewicht im innern Reichshaushalt herstellen. (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Für den Kontributionsetat wird von den neuen Steuern kein roter Heller übrig bleiben.

Herr Dr. Wirth war nach der Annahme des Ultimatums allerdings anderer Ansicht. Er hat gleich nach der Uebernahme des Kanzleramts die neuen Steuern, die jetzt vor ihrer Verabschiedung stehen, gewissermaßen als **Erfüllungssteuern** angekündigt. Mit der diktatorischen Sicherheit, die ihn auszeichnet, hat er am 1. Juni von dieser Stelle aus dekretiert — ich zitiere wörtlich nach dem Stenogramm:

> Es geht nicht an, daß wir auf die Dauer zu Anleihen greifen, um das Budget der Kontributionen zu erfüllen. Die Erfahrungen, die wir nach dieser Seite hin während des Krieges gemacht haben, schrecken. Wir müssen sehen, wenigstens in möglichst naher Zeit die Reparationssumme tatsächlich als jährliche Auflage aufzubringen.

(Hört! Hört! bei den Deutschnationalen.)

Ich habe aus den Vorgängen der letzten Monate den Eindruck . . . (Zuruf aus dem Zentrum: Was haben Sie während des Krieges gesagt: Die Milliardenlasten sollen die Feinde tragen.)

Ach, Herr Kollege Andre, informieren Sie sich doch etwas besser. Es liegt mir fern, heute zum sechsten Male nachzuweisen,

daß das Unsinn ist. Ich habe bereits im Dezember 1916 gesagt, daß, auch wenn wir den glänzendsten Sieg erringen, wir nicht davor bewahrt sein werden, daß wir Steuern über Steuern werden einführen müssen. Ich will keine Verstorbenen zitieren, sonst würde ich andere Forderungen auf Kriegsentschädigung hier anführen.*)

Ich habe jedenfalls, wenn hier wieder von Anleihepolitik die Rede ist, und wenn ich diese abweisenden Worte des Herrn Dr. Wirth gegen eine Finanzierung der Reparationen durch Anleihen hier anführe, doch aus den Vorgängen gerade der letzten Zeit den Eindruck, daß Herr Dr. Wirth heute gegenüber Anleihen für Erfüllungszwecke nicht mehr der stolze Kostverächter ist, wie noch hier im Juni und Juli des Jahres 1921. Mir scheint, Herr Dr. Wirth würde sich heute in seiner Haut sehr viel wohler fühlen, wenn er Anleihen bekäme. (Zuruf von den Kommunisten: Sie haben ja alles vorher abgegrast!)

Es sind in meiner ganzen Zeit als Staatssekretär des Reichsschatzamts in 16 Monaten an Anleihen knapp 32 Milliarden aufgenommen worden, kaum ein Drittel so viel, wie heute in einem einzigen Jahre an neuen Schulden gemacht werden — und das war im Kriege und nicht im Frieden! (Zuruf von den Kommunisten: Dafür haben Sie 100 Milliarden schwebende Schulden!)

Sie irren! Als ich das Schatzamt abgab, betrug die schwebende Schuld nur 4—5 Milliarden Mark. Ich habe das Schatzamt übernommen, als unsere Kriegsausgaben monatlich 2 Milliarden Mark betrugen. Ich habe den Daumen auf den Geldbeutel gehalten, und als ich nach 16 Monaten das Schatzamt aufgab, bin ich trotz der Vermehrung der Effektivbestände unserer Armee, trotz der enormen Ausgaben für die Ergänzung und Erweiterung des Kriegsmaterials auch nicht höher als auf 2 Milliarden gekommen. (Hört! Hört! rechts.)

Im übrigen ist jetzt nicht von mir und von damals die Rede, sondern von Herrn Dr. Wirth und von Fragen, die uns heute beschäftigen. Und da stelle ich fest, daß Herr Dr. Wirth hier im Juni vorigen Jahres Anleihen zu Erfüllungszwecken sehr erhaben abgelehnt hat, und ich stelle weiter fest, daß er heute froh wäre, wenn er Anleihen für Erfüllungszwecke bekäme.

---

*) Gemeint war hier das Programm Erzbergers für Kontributionen und Annexionen vom September 1914.

Herr Dr. Wirth ist ja sehr stolz auf das „Vertrauen", das er im Auslande in so reichem Maße genießen soll. Mir scheint, er beabsichtigt, den alten nationalökonomischen Satz Lügen zu strafen, daß Vertrauen gleichbedeutend ist mit Kredit. (Sehr gut! bei den Deutschnationalen.)

Bisher hat das Vertrauen, das Herr Dr. Wirth im Auslande genießt, sich wenigstens noch nicht in einen Kredit des Auslandes an Herrn Dr. Wirth umgesetzt.

Die Illusion, die Herr Dr. Wirth am 1. Juni und dann später noch einmal am 6. Juni vorigen Jahres hier in diesem Hause öffentlich bekundet hat, die geradezu phantastische Illusion, daß wir die uns durch das Versailler Diktat und das Londoner Ultimatum auferlegten Kontributionszahlungen durch laufende Einnahme würden decken können, ist jedenfalls durch die harte Wirklichkeit sehr grausam zerstört worden. Und damit ist die Erfüllungspolitik des Kabinetts Wirths-Rathenau, so wie sie ursprünglich gedacht war, total zusammengebrochen. (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Wir stellen mit Befriedigung fest, daß die Sätze über die Erfüllungsmöglichkeit, wie sie der Reichskanzler im Juni vorigen Jahres hier ausgesprochen hat und gegen die wir uns damals sofort aufs schärfste gewandt haben, heute hier nicht wiederholt werden können, ohne daß derjenige, der sie wiederholen würde, sich dem dringenden Verdacht mangelnder Zurechnungsfähigkeit aussetzen würde. (Sehr gut! bei den Deutschnationalen.)

Aber die von dem Herrn Reichskanzler und Herrn Dr. Rathenau damals verkündeten Illusionen haben Deutschland den schwersten Schaden angetan. Lloyd George hat in seiner großen Rede in Cannes zugegeben, man habe sich im Kreise der Ententeregierungen keine Rechenschaft gegeben, was die Reparationslast für Deutschland bedeutet. Herr Dr. Wirth hat am 17. Januar auf dem Berliner Zentrumsparteitag nach den Zeitungsberichten folgendes gesagt:

> Ich bin heute darüber unterrichtet, daß man auf der Gegenseite sich über die Höhe der Milliarden, die das deutsche

Volk zahlen soll, und über die wirtschaftliche Bedeutung dieser Milliarden überhaupt nicht unterrichtet hatte.

Diese Erkenntnis kam, wie mir scheint, dem verantwortlichen Leiter der deutschen Politik etwas später als anderen Sterblichen. Andere waren schon im Mai 1921 über diesen Zustand der mangelnden Unterrichtung des Auslandes sehr wohl unterrichtet. Aber vor allem: was war der Grund dieser mangelnden Unterrichtung auf der Gegenseite? Als der Herr Reichskanzler damals mit seinem bekannten „Jawort", auf das er sich so oft bezogen hat, entschlußfreudig in das Kanzleramt und in die Erfüllungspolitik hineinging, da war eben der Herr Reichskanzler selbst nicht unterrichtet über das, was mit der Unterzeichnung des Londoner Ultimatums in Wirklichkeit unterschrieben wurde. (Sehr wahr! bei den Deutschnationalen.)

Mit der Ankündigung des Herrn Reichskanzlers kurz nach der Unterzeichnung des Ultimatums, daß wir durch ein Anziehen der Steuerschraube dahinkommen müßten, die Kontributionen durch laufende Einnahmen zu decken, hat der Herr Reichskanzler selbst im Ausland den Eindruck erwecken müssen, den er jetzt beklagt, (sehr richtig! bei den Deutschnationalen) den Eindruck, daß wir nahezu unbegrenzt zahlen und nahezu unbegrenzt leisten könnten. (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Der Herr Reichskanzler hat, indem er als verantwortlicher Leiter der Geschäfte des Reichs sich öffentlich zu solcher Illusion bekannte, die Aufklärung über die Grenzen unserer wirklichen Leistungsfähigkeit auf das allerschwerste behindert. (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Er hat der Aufklärung das schwerste Hindernis in den Weg gestellt, der Aufklärung, wie wir sie nicht nur mit unseren schwachen Kräften von Deutschland aus versucht haben, sondern wie sie auch von sachkundigen, weitblickenden und vornehm denkenden Männern aus dem Lager unserer Kriegsgegner versucht worden ist, von Männern wie Keynes in England, dem früheren italienischen Ministerpräsidenten Nitti in Italien und anderen mehr.

Der Herr Reichskanzler und seine Politik trägt die Schuld, und er wird die Schuld nicht abwaschen können, daß erst die furchtbaren Erfahrungen des letzten Jahres, daß erst die Zertrümmerung zahlloser Existenzen nötig war, um der Welt einigermaßen den Wahnsinn der Erfüllungspolitik nahezubringen. (Sehr richtig! rechts.)

Der Reichskanzler gehört heute noch, soweit ich sehen kann, zu denjenigen, bei denen die Heilung in diesem Punkte am wenigsten vorgeschritten ist. Deshalb ist er in unseren Augen nicht der Mann, der jetzt die durch die Gewalt der Dinge — nicht durch die Politik der deutschen Regierung — aufgeworfene Revision der Kontributionsfrage, diese zweite Voraussetzung für die Ordnung unserer Finanzverhältnisse, zum guten Ende führen kann. (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Es entspricht der falschen Einstellung des Reichskanzlers in der Kontributionsfrage, daß die uns vorliegenden Steuern in ihrem Ursprung auf den Druck des Auslandes zurückgehen und von der Regierung mit dem Generalmotiv des Ententedruckes begründet worden sind. Der Druck war in der Tat vorhanden. Lloyd George hat, um nur ein Beispiel zu nennen, auf der Londoner Konferenz vom 3. März vorigen Jahres Herrn Dr. Simons wegen unserer angeblichen Rückständigkeit auf dem Gebiet unserer steuerlichen Verpflichtungen sehr barsch angelassen. Er hat gesagt: daß Deutschland seine Steuern nicht auf die gleiche Höhe mit denen der alliierten Länder gebracht habe, bedeute an sich eine Verletzung des Versailler Vertrages; und solange es nicht eine mindestens gleiche Belastung wie die Ententeländer einführe, könnte es nicht geltend machen, daß es nicht imstande sei, die Forderungen der Alliierten zu tragen. Herrn Dr. Simons ist damals leider ob dieser Barschheit des Herrn Lloyd George das Wort im Munde stecken geblieben. Ich habe aber auch späterhin die tatkräftige Initiative der Reichsregierung zur Zerstörung dieses grundlegenden Irrtums vermißt. (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

**Deutschland ist heute das bei weitem höchstbesteuerte Land der Welt.** Nur weiß man draußen in der Welt nicht,

wie ungeheuer in Wirklichkeit unsere Steuerlast ist. Private Initiative kann hier die Passivität der amtlichen Leitung der Reichsgeschäfte nicht in vollem Umfange gutmachen. Die Reichsregierung aber hat keinen oder äußerstenfalls nur einen schwächlichen Anteil an der Aufklärungsarbeit genommen. Ich darf daran erinnern, daß es im November vorigen Jahres erst unseres Antrags in den vereinigten Steuerausschüssen bedurfte, um die Reichsregierung zu veranlassen, das Material für eine Vergleichung der Besteuerung in Deutschland und den Ententeländern vorzulegen. Wir erhielten dann auch dieses Material, aber eine Durcharbeitung auf vergleichbare Zahlen hatte nicht stattgefunden. Man kann doch unmöglich heute noch nach dem Zusammenbruch unserer Valuta, man konnte auch unmöglich im November, wo der Zusammenbruch unserer Valuta schon da war, den französischen Frank, der heute 23 M. wertet, wie das bei den im Steuerausschuß von der Regierung vorgelegten Tabellen tatsächlich geschehen ist, gleich einer Mark setzen und auf dieser Basis die Vergleiche aufbauen.

Ich habe mich damals der Mühe unterzogen, auf Grund der Großhandelsindexziffern für September 1921, die letzten, die bis dahin bekannt waren, Frank, Mark und Pfund Sterling auf eine Parität zu bringen, die der inneren Kaufkraft dieser verschiedenen Währungen tatsächlich entspricht. Ich habe mich bemüht, auf dieser Grundlage neue Vergleichstabellen auszuarbeiten, die ich auch dem Steuerausschuß vorgelegt habe.

Im September vorigen Jahres war die Indexziffer der Großhandelspreise für Deutschland 2067, für Frankreich 345, für England 182 gegenüber dem Stand von 100 im Jahre 1913. Daraus ergab sich das Verhältnis: 1 Frank gleich 5 Mark und ein englischer Schilling gleich 11 Mark.

Es war mir eine kleine Genugtuung, daß die von Herrn Dr. Wirth und Herrn Dr. Rathenau am 28. Januar dieses Jahres der Reparationskommission zugestellte Denkschrift in ihren Anlagen eine Vergleichung enthielt, die auf diesem System aufgebaut war. Es war mir aber nichts weniger als eine Genugtuung, festzustellen, daß nun in diesen Vergleichszahlen der Stand vom September, der inzwischen längst überholt war, festgehalten worden ist. (Hört! Hört! rechts.)

In Frankreich ist die Indexziffer für Januar 314 gegen 345 im vorigen September, in England 159 gegen 182 im vorigen September. Und wenn man auf Grund des jetzt vorliegenden Materials, das bei Absendung der Note am 28. Januar schon bekannt war, die Vergleichsziffern berechnet, die Parität der inneren Kaufkraft der verschiedenen Währungen feststellt, kommt man zu dem Ergebnis, daß ein Frank heute nicht gleich 5 Mark, sondern gleich 10 Mark und ein Schilling heute nicht mehr gleich 11, sondern gleich 22 Mark ist; immer nicht nach Valutakursen, bei denen die Sache noch viel ungünstiger ist, sondern gemessen an der inländischen Kaufkraft des Geldes in den drei Vergleichsländern. Herr Bernstein, der leider nicht da ist, hat es vorhin fertiggebracht, es als möglich hinzustellen, daß trotz der von der Regierung aufgestellten Zahlen, die noch lange nicht an die Wirklichkeit herankommen, die Besteuerung in Frankreich und England schwerer sei als in Deutschland. (Hört! Hört! rechts.)

Ich verstehe nicht, was Herr Bernstein damit bezweckt. Es schlägt der Wahrheit geradezu ins Gesicht und hat die Wirkung, Wasser auf die Mühlen derjenigen zu leiten, denen die Steuerlast in Deutschland noch nicht hoch genug ist, (lebhafte Zustimmung rechts) die das deutsche Volk noch mehr aussaugen und auspressen wollen. (Sehr richtig! rechts.)

Ich bedaure, daß Herr Bernstein nicht da ist, damit er einmal hört, wie die Dinge liegen.

Ein Arbeitseinkommen von 50 000 Mark — oder sein Kaufkraftäquivalent in Frankreich und England — zahlt in Deutschland an Einkommensteuer 8,44 Prozent, in England und Frankreich nichts; ein Arbeitseinkommen von 100 000 Mark zahlt in Deutschland 12,5 Prozent, in England 4,5 Prozent, in Frankreich 2,7 Prozent. (Hört! Hört! rechts.)

Ein Arbeitseinkommen von 200 000 Mark zahl in Deutschland 22,75 Prozent, in England 10,5, in Frankreich 5,5 Prozent. (Hört! Hört! rechts.)

Erst bei einem Einkommen von vielen Millionen Mark werden auch in England und Frankreich Höchstsätze erreicht, die annähernd, aber nicht vollständig an die unsrigen herankommen.

Bei einem Einkommen aus Kapitalvermögen — und es kommt ja den Herren (nach links) vor allem darauf an, daß das

Kapitalvermögen geschröpft wird — sind die Unterschiede zu unsren Ungunsten noch krasser. Hier muß man auch die Kapitalertragssteuer — natürlich nicht nur bei uns, sondern auch in England, wo eine ähnlich konstruierte besteht — und die neue Vermögenssteuer berücksichtigen. Die Körperschaftssteuer, die bei uns noch dazukommt — auf Grund der neuen Beschlüsse in Höhe von 20 Prozent auf den gesamten Gewinn, zuzüglich 15 Prozent auf den auszuschüttenden, also mit 35 Prozent insgesamt auf den auszuschüttenden — lasse ich wegen der Kompliziertheit der Berechnung außer Ansatz; ebenso die kommunale Besteuerung, die kommunale Gewerbesteuer, die im Industrierevier bis zu 5000 und mehr Prozent geht und eine ungeheuerliche Vorbelastung des in Gewerbebetrieben investierten Kapitals bedeutet. Das alles ist noch nicht einmal eingerechnet, sondern nur die Einkommensteuer, die neue Vermögenssteuer, die jetzt beschlossen werden soll, und die alte Kapitalertragssteuer. Dabei kommt man nun auf folgende Zahlen: Unter der optimistischen Annahme, daß das Einkommen 5 Prozent des Vermögens ausmacht — der Herr Abgeordnete Gothein ringt die Hände, aber Sie sehen, wie weit ich hier entgegenkomme, ich gebe mehrere Bälle vor —, (Abgeordneter Gothein: 2 Prozent!) — Unter der optimistischen Annahme, daß das Kapitaleinkommen heute tatsächlich 5 Prozent des Kapitals beträgt, ergeben sich folgende Vergleichszahlen an Steuern:

| Kapitaleinkommen | in Deutschland | in England | in Frankreich |
|---|---|---|---|
| 50 000 Mark | 27,1 Prozent | 10 Prozent | nichts |
| 100 000 „ | 39 „ | 10 „ | „ |
| 500 000 „ | 70,6 „ | 23,4 „ | 14,2 Prozent |

(Hört! Hört! rechts.)

Also auch bei dieser letzten Einkommenstufe, die übrigens in Friedenszeiten nur einem Einkommen von 12 000 Mark bei uns entsprochen hätte, wo wir mehr als 70 Prozent Steuern zahlen müssen, zahlen die Franzosen noch nicht den fünften Teil der steuerlichen Belastung, die bei uns vorhanden ist. (Hört! Hört! rechts.)

Bei einem Kapitaleinkommen von 2 Millionen Mark, das der inneren Kaufkraft nach einem Friedenseinkommen von 50 000 Mark entsprechen würde, beträgt die Vermögens-, Kapitalertrags- und Einkommensteuer bei uns zusammen bereits mehr als 100 Prozent vom Einkommen, während in England nur 34 Prozent,

in Frankreich nur 26,8 Prozent erhoben werden. (Zurufe links und rechts.)

Ich weiß, 100 Prozent sind den Herren (nach links) noch zu wenig. Sie wollen nicht nur das ganze Einkommen konfiszieren, sondern womöglich die Substanz gleich mitnehmen. Nicht zum Vorteil des eigenen Volkes, sondern damit das Geld fein säuberlich in die Taschen der Entente, um einen Ausdruck des Herrn Dr. Rathenau zu gebrauchen, „kanalisiert" werde. (Zurufe links.)

Ich gebrauche nur den Ausdruck „kanalisiert", den Herr Dr. Rathenau einmal in einem anderen Zusammenhang gebraucht hat. Von Verdächtigung ist dabei keine Rede. Das überlasse ich anderen Leuten.

Meine Damen und Herren! Zahlen pflegen langweilig zu sein, aber ich glaubte Ihnen diese Ziffern von dieser Stelle aus vortragen zu sollen, obwohl ich sie vorgestern ausführlich in dem „Roten Tag" veröffentlicht habe. Ich habe geglaubt, sie auch hier vortragen zu sollen, nicht nur weil ich hoffe, daß sie dazu beitragen, im Ausland ein zutreffenderes Bild über das Verhältnis unserer deutschen zur ausländischen Besteuerung aufkommen zu lassen, sondern weil sie Ihnen hier in diesem Saale — und hoffentlich nicht nur Ihnen, sondern im ganzen deutschen Volke über diese vier Wände hinaus — ein Bild davon geben sollen, wie ungeheuer schwer die Steuerlast bei uns in Deutschland ist, zu der die Zwangsanleihe jetzt noch als ein „besonderes und weithin sichtbares Opfer des Besitzes" nach den Beschlüssen, die aus den Kompromißverhandlungen hervorgegangen sind, hinzukommen soll.

Der Herr Reichsfinanzminister Dr. Hermes hat vorhin ausgeführt, das Kompromiß habe einen „politisch vertretbaren Ausgleich zwischen Verbrauchs- und Besitzsteuern" geschaffen. Ich glaube, das waren seine Worte. (Zurufe links.)

Dasselbe hat die Regierung schon von ihrer ursprünglichen Vorlage behauptet. (Sehr richtig! rechts.)

Sie hat sich darauf bezogen, daß von draußen, von der Entente, die Erhöhung der Verbrauchssteuern gewünscht werde, daß sie dazu aber neue Besitzsteuern vorschlägt, damit von vornherein eine gleichmäßige Belastung von Besitz und Verbrauch stattfinde. Der Herr Minister gibt zu oder hat zugegeben, daß jetzt

durch die Zwangsanleihe eine erhebliche Verschiebung zu Ungunsten des Besitzes stattgefunden habe. Das Gleichgewicht war also vorher da. Nach Herrn Dr. Hermes ist es dann verschoben worden, und trotzdem soll es jetzt wieder da sein. Mir scheint, das ist das kleine Hexeneinmaleins. Wenn zwischen zwei Wagschalen Gleichgewicht vorhanden ist, und zwar exakt ausgerechnet, (Zurufe) und man legt dann auf der einen Wagschale einen Zentner zu, das Gleichgewicht aber ist trotzdem geblieben, so kann das mit natürlichen Dingen nicht zugehen.

Ich will aber auf dieses imaginäre Gleichgewicht, das sich immer da einstellt, wo man sich gerade auf ein Kompromiß geeinigt hat, nicht näher eingehen. Für meine Freunde ist es das Wesentliche, daß die neuen Steuern, ich wiederhole, auch ohne die Zwangsanleihe, das Maß des Erträglichen bereits überschreiten, daß sie zu einer Unterbindung des Triebes zur Arbeit und Sparsamkeit führen, daß sie damit die gerade nach diesem Kriege und nach diesem Frieden unerläßliche Neubildung von Kapital auf das Schwerste behindern. Wir haben den Eindruck, daß die neuen Steuern darüber hinaus die Wirkung haben werden, die vorhandene Kapitalsubstanz aufzulösen und zu zerreiben, daß sie, wenn nicht die stärksten Lebenskräfte unserer Nation entgegenwirken, unsere Wirtschaft in die Wege einer Liquidation zugunsten des Auslandes hineinbringen werden. (Sehr richtig! rechts.)

Zugunsten des Auslandes, aber auch vielleicht zugunsten gewisser Inländer. Wenn ein Staat Steuern in einer Höhe ausschreibt, daß binnen absehbarer Zeit der Ehrliche von diesen Steuern erdrückt werden muß, so bedeutet das die künstliche Hochzüchtung einer Auslese von Schiebern. Der Ehrliche geht zugrunde, der Schieber bleibt bestehen. (Sehr wahr! rechts.)

Der Schieber gewinnt Macht über die Wirtschaft, und, ich fürchte, er gewinnt schließlich auch Macht über die Politik. (Erneute Zustimmung rechts. — Sehr wahr! auf der äußersten Linken.)

Aus diesen Gesichtspunkten heraus haben wir versucht, die ursprünglichen Vorlagen, wo immer es uns angängig erschien, zu mildern, und wir haben damit, wie ich vorhin schon andeutete, auch einigen Erfolg gehabt. Wir werden diese Versuche in einigen Punkten, in denen wir in den Ausschüssen nicht durchgedrungen

sind, hier wieder aufnehmen, und wir hoffen dabei auf die bessere Einsicht dieses hohen Hauses. Zu einer grundsätzlichen Ablehnung der einzelnen Gesetze haben wir uns angesichts der zwingenden Notwendigkeit, alles zu tun, um unsere innere Wirtschaft — ich unterstreiche das Wort „innere" — in Ordnung zu bringen, nicht verstehen können. Denjenigen aber, denen unsere Bewilligungen nicht weit genug gehen und die uns deswegen bei der Entente anzuschwärzen versuchen — die Neigung dazu ist ja vorhanden, wie wir heute wieder gesehen haben —, möchte ich einiges zu bedenken geben.

Den Herren, die unter Berufung auf das Ausland nach weiteren Belastungen des deutschen Besitzes rufen, rate ich, sich die Aeußerungen der maßgebenden Ententeleute sehr genau anzusehen. Der Druck, den man hier vielleicht von deutscher Seite herbeiwünscht, könnte sich schließlich doch in einer ganz anderen Richtung entladen, als denjenigen angenehm ist, die an diesen Druck des Auslandes appellieren. Ich darf darauf hinweisen, daß Lloyd George, als er am 3. März vorigen Jahres bei der Londoner Konferenz sein hartes Urteil über Deutschlands ungenügende Steuerleistungen begründete, mit keinem einzigen Wort von den deutschen direkten Steuern gesprochen hat; (hört! hört! rechts) er hat nur exemplifiziert auf die Steuern auf Zucker, Tabak, Kaffee, Tee, Spirituosen usw. Ich darf daran erinnern, daß schon im Dezember 1920 die Sachverständigen der Entente auf der Brüsseler Konferenz ihr Urteil dahin abgegeben haben, „die gegenwärtigen Tarife der direkten Steuern in Deutschland schienen bis auf das Höchstmaß gesteigert zu sein, (hört! hört! rechts) und man würde vielleicht sogar, wenn die Veranlagung wieder in Ordnung sei und die Steuern ihren vollen Ertrag brächten, zu der Feststellung kommen, „daß im Interesse des fiskalischen Ergebnisses, das mit dem wirtschaftlichen Dasein Deutschlands eng verbunden sei, eine Ermäßigung gewisser direkter Steuern zu erwägen sei". In bezug auf die Einkommensteuer haben wir uns zu dieser Ermäßigung ja schon gezwungen gesehen. Ich darf schließlich daran erinnern, daß eine französische Persönlichkeit, die in der Kontributionsfrage von nicht geringer Bedeutung ist, der Unterstaatssekretär Seydoux, der Frankreich bisher auf allen Reparationskonferenzen mit vertreten hat, noch im De-

zember vorigen Jahres sich folgendermaßen ausgesprochen hat. Ich zitiere nach der „Germania", gewiß einer unverdächtigen Quelle. Er hat im Dezember vorigen Jahres in mehreren französischen Zeitungen Artikel veröffentlicht, in denen der Satz vorkommt, „die direkte deutsche Besteuerung sei zu schwer, die indirekte habe die deutsche Regierung aus Popularitätshascherei vernachlässigt". (Hört! Hört! bei der Deutschnationalen Volkspartei.)

Solche Aeußerungen aus dem Ententelager sollten für die sozialistischen und kommunistischen Erfüllungs- und Enteignungsfanatiker, die die Zerstörung des deutschen Besitzes wünschen, denen die Zerstörung des deutschen Besitzes wichtiger ist als die Erhaltung der deutschen Wirtschaft, doch eine sehr deutliche Warnung sein. (Zuruf von den Sozialdemokraten.)

Zur Zwangsanleihe komme ich nachher!

Jedenfalls hat sich das Kabinett Wirth trotz seiner Abhängigkeit von der Sozialdemokratie jetzt schon genötigt gesehen, dem Reichstag die Erhöhung einer Anzahl von Steuern auf Verkehr und Verbrauch vorzuschlagen, genötigt gesehen, nicht aus heiterem Herzen heraus — das gebe ich den Herren ohne weiteres zu — sondern — das wissen Sie, Herr Abgeordneter Müller, genau so gut wie ich — unter dem Druck der Entente, genötigt gesehen zu Erhöhungen, die uns zum Teil zu weit gehen, gegen die wir deshalb im Ausschuß gestimmt haben und auch hier im Plenum stimmen werden.

Aus manchen Anzeichen haben wir den Eindruck, daß es der Regierung des Herrn Dr. Wirth, die sonst nicht viel mit uns zu tun haben will, ganz lieb gewesen wäre, wenn sie mit unserer Hilfe die neuen Verbrauchssteuern und die Erhöhung der Umsatzsteuer hätte durchsetzen können, um gleichzeitig mit Hilfe der Mehrheitssozialdemokraten die Besitzsteuern gegen uns zu beschließen. Eine solche Lösung hätte nicht nur die Rechnung des Herrn Dr. Wirth, sondern ebenso sehr die Rechnung der Herren Mehrheitssozialdemokraten gemacht. Wir haben uns von Anfang an geweigert, uns zu einem solchen Spiel herzugeben. Wir haben die Rechnung der verehrten Herren auf beiden Seiten durchkreuzt. Wir haben Ihnen, meine Herren von der Mehrheitssozialdemokratie, das Odium für die Verbrauchssteuern nicht abgenommen

und haben an der Gestaltung der Besitzsteuern positiv mitgearbeitet. Wir haben, wie ich schon im November in Aussicht stellte, den Herren von der Mehrheitssozialdemokratie nicht gestattet, auf unserem Rücken das doppelte Spiel zu spielen; wir haben Ihnen nicht gestattet, aus Machtbedürfnis an der Regierung zu bleiben und gleichzeitig aus Agitationsbedürfnis Oppositionspartei zu markieren. (Zuruf links.)

So ganz unschuldig sind Sie nicht im Innern Ihres Herzens! — Daraus folgte, daß die Sozialdemokratie sich genötigt gesehen hat, mit eigenem Munde in den sauren Apfel der indirekten Steuern zu beißen. Es kommt keine indirekte Steuer zustande, für die nicht die Mehrheitssozialdemokratie stimmt und die Mitverantwortung übernimmt.

Wir werden in der Bewilligung der Verbrauchssteuern nicht ganz so weit gehen wie Sie (nach links). Meine Fraktion ist entschlossen, gegen die Erhöhung der Kohlensteuer von 20 auf 40 Prozent zu stimmen. Wir werden unsere Haltung in diesem Punkte bei der Beratung des Kohlensteuergesetzes im einzelnen begründen. Hier lassen Sie mich nur sagen: die Kohlensteuer ist eine Generalsteuer auf Verbrauch und Produktion, eine Generalsteuer, durch die dem deutschen Volk in allen seinen Schichten alle notwendigen Lebensbedürfnisse — Ernährung, Kleidung, Wohnung und Heizung — weiter stark verteuert werden müssen. Den Sprung, den uns die Regierung zumutet, nicht frei von der Rücksicht auf Auslandswünsche, denen es darauf ankommt, unsere Produktion und unseren Wettbewerb zu verteuern, — diesen Sprung von 20 auf 40 Prozent macht meine Fraktion nicht mit. (Zuruf von der Deutschen Volkspartei: Geschlossen?)

Ich glaube, Ihnen bestätigen zu können, daß wir diesen Sprung geschlossen nicht mitmachen. (Erneuter Zuruf bei der Deutschen Volkspartei: Sehr bequem!)

Nein, bequem sind Steuergesetze nicht, auch wenn man in dem einen oder anderen Punkte zu einer Ablehnung kommt. Ich will auch dem Herrn Kollegen Dr. Becker, um keinen Zweifel über unsere Haltung aufkommen zu lassen, erklären, daß, wenn unser Antrag auf Milderung der Kohlensteuer nicht berücksichtigt wird,

wir dann gegen das ganze Kohlensteuergesetz und damit auch gegen das sogenannte Mantelgesetz stimmen müssen, — schon aus diesem Gesichtspunkte heraus. Für alle Fälle legen wir Wert darauf, festzustellen, wem das deutsche Volk die neue schwere Belastung verdankt. (Zuruf von der Deutschen Volkspartei.)

Sie werden mir zustimmen: Der Entente, der Erfüllungspolitik des Kabinetts Wirth und den Herren von der Mehrheitssozialdemokratie als den treuesten Stützen dieser Erfüllungspolitik. Wir freuen uns, daß unser Verhalten den einen Vorteil gehabt hat, diese Klarstellung vor dem ganzen Volke herbeizuführen.

Der Erfolg unseres Verhaltens war weiter, daß in der Frage der Besitzsteuern bei der ersten Beratung im Steuerausschuß sich, ohne Verabredung, nur aus der sachlichen Behandlung der Vorlagen heraus, so etwas wie eine bürgerliche Einheitsfront entwickelt hat. Diese Einheitsfront der sämtlichen nichtsozialdemokratischen Parteien hat nicht nur die Forderung der Sozialdemokraten auf eine über die Regierungsvorlage hinausgehende Erfassung der sogenannten Sach- und Goldwerte abgewehrt, sondern auch nicht unwesentliche Verbesserungen der Regierungsvorlage durchgesetzt.

Auf der Grundlage der Beschlüsse der ersten Ausschußberatung wäre nach unserer Auffassung eine den rein sachlichen Gesichtspunkten gerecht werdende Erledigung der Steuervorlagen durchaus möglich gewesen. Auch die Regierung selbst schien dieser Ansicht zu sein. Die Reichsregierung hatte über Weihnachten und Neujahr Zeit gehabt, diese Dinge in den zahlreichen Kabinettssitzungen, in denen ja heute die Politik gemacht wird, genau zu bedenken. Ich nehme an, daß sie das getan hat; ich nehme an, daß Herr Dr. Hermes, als er nach vierwöchentlicher Bedenkzeit ausdrücklich namens der Reichsregierung am 10. Januar vor die Steuerausschüsse trat und uns aus einem sorgfältig präparierten Manuskript die „Wünsche der Reichsregierung" übermittelte, uns damit das Ergebnis der vierwöchentlichen reiflichen Ueberlegung der hohen Reichsregierung mitgeteilt hat. Es war nicht alles annehmbar, was Dr. Hermes damals als Wunsch der Regierung übermittelte. Ich glaube, keine Partei war ganz zufrieden; aber am wenigsten zufrieden schienen mir damals die Herren Mehrheits-

sozialisten zu sein. Denn der bemerkenswerteste Punkt in dieser Kundgebung der Reichsregierung war die dringende Bitte — ich zitiere wörtlich —, „von neuen steuerlichen Maßnahmen über die Vorschläge der Regierung hinaus abzusehen, da diese, selbst wenn sie innerhalb kurzer Zeit in Gesetzesform gebracht werden könnten, unter keinen Umständen von den Steuerbehörden durchzuführen wären".

Das war — so schien es — eine klare Absage an die sozialdemokratische Forderung, daß über die Regierungsvorlage hinaus, ein neues, weithin sichtbares Opfer des Besitzes gebracht werden müsse.

Für niemanden, der Augen zu sehen hatte, konnte ein Zweifel bestehen, daß das von Herrn Dr. Hermes namens der Reichsregierung entwickelte Programm schon wegen dieses einen Punktes nur durchzuhalten war, wenn man sich entschließen konnte, es gemeinsam mit uns Deutschnationalen gegen die Sozialdemokraten durchzusetzen, (sehr richtig! bei den Deutschnationalen) wenn man sich entschließen konnte, die „Koalition" oder sagen wir lieber Arbeitsgemeinschaft zu akzeptieren, die sich bei der ersten Lesung der Steuergesetze in den Ausschüssen aus der sachlichen Uebereinstimmung der sämtlichen bürgerlichen Parteien und aus ihrem gemeinsamen Gegensatz zu den sozialdemokratischen und kommunistischen Parteien ergeben hatte. (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Wir haben uns keine Illusionen gemacht. Wir kennen unsere Pappenheimer nur zu gut. Wer bei uns hätte Herrn Dr. Wirth, wer hätte der großen Masse des Zentrums, wer hätte den Herren von den Demokraten und wer hätte auch nur — nehmen Sie mir das nicht übel! — den Führern der Deutschen Volkspartei den Entschluß zugetraut, aus der Steuerfrage heraus zu dem Gedanken einer Politik ohne oder gar gegen die Sozialdemokraten zu kommen!

Für den Kanzler Dr. Wirth wäre ein solcher Entschluß geradezu politischer Selbstmord. (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Ein Kanzler Dr. Wirth ist nur möglich in einer Regierungskoalition, in der die Sozialdemokratie die erste Geige spielt. (Erneute Zustimmung bei den Deutschnationalen.)

Für viele Demokraten, und ich glaube auch für den linken

Flügel des Zentrums, ist heute noch der Gedanke einer Kooperation mit uns Deutschnationalen ein Greuel. (Sehr wahr! im Zentrum.)

Ja, wir kennen Ihre Herzen, wir geben uns keinen Illusionen hin. —

Und selbst Sie, meine Herren von der Deutschen Volkspartei, stehen heute noch unter dem Bann des Dogmas, daß man in Deutschland nicht ohne die Sozialdemokraten regieren könne, geschweige denn gegen die Sozialdemokraten. (Zuruf bei der Deutschen Volkspartei: Wir sind keine Dogmatiker, sondern Praktiker!) — Praktiker, die sich durch gewisse Dogmen beeinflussen lassen. (Abgeordneter Dr. Becker-Hessen: Wir wollen nicht mit dem Kopf durch die Wand!)

Dazu ist auch mir mein Kopf zu lieb. — Dieses Dogma ist eben der wesentlichste Punkt — geben wir uns doch keiner Täuschung hin, sprechen wir doch ganz offen — in dem wir mit Ihnen verschiedener Meinung sind. Ihre Ansicht, Ihre Stellung zur Sozialdemokratie in der Frage der Regierungsmöglichkeit ist der wesentlichste Punkt, der uns trennt.

Mit diesem Dogma haben Sie dazu beigetragen, die Sozialdemokratie vor den Folgen ihrer völligen Unfähigkeit, in der Regierung positive Arbeit zu leisten, zu schützen. (Sehr gut! bei den Deutschnationalen.)

Es war doch in der ganzen Geschichte noch nicht da, daß eine Partei, die fünfzig Jahre lang den Mund so voll genommen hat wie unsere Sozialdemokratie, (sehr richtig! rechts) als sie zur Macht gekommen war, nichts, aber auch gar nichts vorwärts zu bringen vermochte. (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen. — Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

Alle Ihre Zukunftswechsel, Herr Kollege Müller, sind bis auf den heutigen Tag uneingelöst geblieben. Eine große Rechnung ist aufgelaufen. Sie sind mit Ihrer ganzen Politik, mit Ihren Versprechungen noch bankerotter, als es leider das Deutsche Reich ist. (Erneute Zurufe bei den Sozialdemokraten.)

Wenn das deutsche Volk immer noch nicht einsieht und immer noch nicht begriffen hat, wie bankerott die ganze Sozialdemokratie ist, so müssen Sie sich dafür bei den freundlichen Leuten bedanken, die einem verehrlichen Publikum immer zureden: „Um Gottes

Willen, stille! Ohne die Sozialdemokraten geht es nun einmal bei uns nicht!" (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Auch dieser Aberglaube wird sich in Dunst auflösen.

Die Einsicht beginnt auch in anderen Kreisen als in den unseren heranzureifen. Unser Kollege Stegerwald hat zu meiner Freude am 12. dieses Monats in München ausgeführt:

> Grundsätzlich soll die Sozialdemokratie von der Regierung nicht ausgeschlossen sein und bleiben; zur Mitarbeit im aufbauenden Sinne aber ist sie erst reif, wenn sie die Staatsnotwendigkeiten über die Agitation stellt.

(Lebhafte Zustimmung bei den Deutschnationalen. — Zurufe von den Sozialdemokraten: Das zitieren Sie?)

Das zitiere ich gegenüber Ihnen! — (Erneute Zurufe von den Sozialdemokraten. — Abgeordneter Hoffmann-Berlin: Da ist er sprachlos!)

Ueber so viel Kühnheit bin ich allerdings einen Augenblick sprachlos; aber ich denke, daß unsere tatsächliche Mitarbeit in den Fragen, die uns hier beschäftigen, eine genügende Widerlegung ist. (Zuruf von den Sozialdemokraten: Nein! Nein!)

Herr Kollege Müller, schade, daß Sie nicht im Steuerausschuß waren, sonst würde ich Sie bitten, mir eine einzige positive Anregung, eine einzige positive Idee Ihrer Herren Kollegen zu zeigen. (Lebhafte Zustimmung und Heiterkeit bei den Deutschnationalen. — Abgeordneter Müller-Franken: Goldanleihe! Erfassung der Sachwerte!)

Sie haben nicht einmal die Erfassung der Sachwerte so formulieren können, daß sie antragsreif gewesen wäre. — (Erneute lebhafte Zustimmung bei den Deutschnationalen. — Zuruf von den Kommunisten: Und was haben Sie an positiven Anregungen gegeben?)

Sie waren ja auch nicht dort, sonst würden Sie das wissen. — (Abgeordneter Dr. Geyer-Sachsen: Ich war in jeder Sitzung!)

Mit Ihnen lehne ich Privatunterhaltungen ab. — (Lachen und Zurufe von der äußersten Linken: Das ist sehr bequem!)

Jedenfalls, Ihre Aeußerungen zu den Worten Stegerwalds zeigen mir, daß Herr Stegerwald den Nagel auf den Kopf getroffen hat. (Sehr wahr! bei den Deutschnationalen.)

Die Wahrheit, die Herr Stegerwald ausgesprochen hat und von der wir längst überzeugt sind, wird auch in den einfachsten Köpfen unserer handarbeitenden Bevölkerung allmählich aufgehen. (Lebhafte Zustimmung bei den Deutschnationalen. — Lachen und Zurufe von den Sozialdemokraten: Garantieren Sie das?)

Jawohl, ich garantiere Ihnen, daß ich für meinen Teil dazu beitragen werde. (Zuruf von der äußersten Linken: Sie reißen aus, wenn das Volk kommt, und holen die Polizei!)

Ich habe bekanntlich die Polizei abgelehnt, die mir der Reichskanzler zu meinem Schutze angeboten hat. (Zuruf von der äußersten Linken.)

Vorläufig jedenfalls ist unser Land noch von dem Dogma der Unentbehrlichkeit der Sozialdemokratie in einer geradezu verhängnisvollen Weise beherrscht. Dieses Dogma war es in erster Linie, das eine Erledigung der Steuerfragen nach sachlichen Gesichtspunkten leider unmöglich machte, das die Steuerfragen auf den Weg des Kompromisses gedrängt hat. (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Die sachliche Mitarbeit der Deutschnationalen Volkspartei und ihre sachliche Uebereinstimmung mit den bürgerlichen Parteien, die heute Teilhaber des Kompromisses sind, war nun, nachdem man zum Kompromiß gekommen war, natürlich etwas unbequem und hinderlich. Deswegen wurden wir auch nicht, nachdem man sich zu den Kompromißverhandlungen entschlossen hatte, zu den Verhandlungen zugezogen. Die beteiligten Herren von der Deutschen Volkspartei hielten es für eine Anstandspflicht — und das erkenne ich gern an, — uns über das, was vorging, auf dem laufenden zu halten. Das ist stets geschehen; aber jede Verhandlung mit uns wurde vermieden. Die Regierung dagegen hat nicht nur mit den jetzigen Kompromißparteien, sondern zeitweise auch mit den Unabhängigen verhandelt, (hört! hört! bei den Deutschnationalen) die trotz der Erklärung ihres Parteichefs Crispien „Wir kennen kein deutsches Vaterland" für Herrn Wirth und seine Gefolgschaft immer noch verhandlungsfähiger sind als die Deutschnationalen. (Entrüstete Rufe bei den Deutschnationalen: Hört! Hört! und Pfui!)

Da man unter allen Umständen die Mitwirkung und die Zu-

stimmung der Mehrheitssozialdemokraten haben wollte, mußte man sich ihnen natürlich fügen und mußte ihnen etwas bieten. Um zu ermessen, wie weit man sich gefügt und was man geboten hat, braucht man nur die von Herrn Dr. Hermes am 10. Januar verkündeten Wünsche der Reichsregierung mit dem Steuerkompromiß zu vergleichen.

Damals hat Herr Dr. Hermes namens der Reichsregierung erklärt: „Die Zuckersteuer muß auf den im Entwurf vorgeschlagenen Satz von 100 M. für den Doppelzentner gebracht werden." Das Kompromiß hat es bei 50 M. belassen. Damals hat Herr Dr. Hermes, wie er es auch heute wieder getan hat, erklärt: „Der größte Wert muß darauf gelegt werden, daß der für die Umsatzsteuer im Entwurf vorgeschlagene Satz von 2½ Prozent auch tatsächlich Gesetzeskraft erlangt." Das Kompromiß hat es auch hier bei 2 Prozent belassen. (Abgeordneter Dr. Becker-Hessen: Wären Sie für 2½ Prozent gewesen?)

Nein, wir hätten dagegen gestimmt. — (Zurufe von der Deutschen Volkspartei: Aha! Dann freuen Sie sich doch, daß wir es erreicht haben!)

Sie haben im Kompromiß manches beschlossen, dem wir zustimmen werden, genau so wie ich hoffe, daß Sie sich nicht durch irgendwelche Verärgerungen dazu verleiten lassen, gegen irgendwelche Dinge zu stimmen, die wir beantragen, wenn sie Ihnen sachlich genehm sind. — (Zuruf von der Deutschen Volkspartei.)

Aber Herr Kollege Becker, Sie mißverstehen meine Ausführungen. Ich will Sie ja gar nicht attackieren, das liegt mir gänzlich fern. Ich will nur feststellen, in welchen Punkten die Wünsche der Regierung, wie sie Herr Dr. Hermes am 10. Januar feierlich verkündet hat, von dem Kompromiß nicht erfüllt worden sind. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Becker-Hessen.)

Ich halte es für notwendig, daß darüber Klarheit besteht. —

Während also in bezug auf die Zuckersteuer und in bezug auf die Umsatzsteuer die Regierung nachgegeben hat, wurden die Wünsche der Reichsregierung auf teilweise Beseitigung der in der ersten Lesung beschlossenen Milderungen der Besitzsteuer erfüllt. Denn hier entsprachen diese Wünsche einem sehr scharf ausgesprochenen Willen der Sozialdemokratie. Aber vor allen Dingen wurde in dem Kompromiß den Sozialdemokraten — entgegen den

Warnungen des Reichsfinanzministers vor neuen steuerlichen Maßnahmen über diese Vorschläge der Regierung hinaus und entgegen der bisherigen Haltung der sämtlichen bürgerlichen Parteien —, das neue, weithin sichtbare Opfer des Besitzes zugestanden, und zwar in Form der

**Zwangsanleihe**

von 1 Milliarde Goldmark. Dafür wurde allerdings — Sie sehen, ich bin ganz objektiv — die sogenannte „Nachkriegsvermögenszuwachssteuer", von der, glaube ich, nur ein Ertrag von drei bis vier Milliarden Papiermark und unsinnig hohe Erhebungskosten erwartet wurden, gestrichen. (Zurufe von der Deutschen Volkspartei: Das Notopfer!)

Verzeihung, das Notopfer wird ausgeglichen durch die Zuschläge zur Reichsvermögenssteuer, und nicht nur ausgeglichen, sondern ganz beträchtlich überboten. Das wird Ihnen Ihr in diesem Punkte sehr sachkundige Fraktionskollege Dr. Becker-Hessen bestätigen.

Die Deutsche Volkspartei hat, den übrigen bürgerlichen Kompromißparteien folgend, geglaubt, der Zwangsanleihe im Interesse des Zustandekommens des Kompromisses zustimmen zu müssen. Wir können der Deutschen Volkspartei, mit der wir — ich wiederhole das — sonst gerne freundschaftlich zusammengehen, auf diesem Wege nicht folgen.

Wir sehen keine Veranlassung dafür, einen solchen Preis, wie ihn die Zwangsanleihe darstellt, dafür zu bezahlen, daß die Herren Sozialdemokraten die Güte haben werden, uns weiter zu regieren. (Zustimmung bei den Deutschnationalen.)

Wir sind ferner im Gegensatz zur Deutschen Volkspartei der Meinung, daß die Zustimmung des Reichskanzlers Dr. Wirth zu all den schönen Maximen, von deren Billigung Sie (zu der Deutschen Volkspartei) Ihren Beitritt zum Kompromiß abhängig gemacht haben, keinerlei „Garantie" bietet. Denn wir sind nach wie vor gegen die Person und gegen die Politik des Herrn Dr. Wirth von jenem gesunden Mißtrauen beseelt, dem Sie selbst, meine Herren von der Deutschen Volkspartei, vor wenigen Wochen in Ihrem Mißtrauensvotum einen so scharf zugespitzten Ausdruck gegeben haben. (Sehr gut! bei den Deutschnationalen.)

Der Herr Kollege Dr. Becker-Hessen hat neulich schon, als er hier sprach, darauf hingewiesen, wir könnten doch eigentlich nicht gegen die Zwangsanleihe sein, weil unser Kollege Hugenberg in der Nationalversammlung für eine Zwangsanleihe anstelle des Reichsnotopfers eingetreten ist. Auch das ist, sehr verehrter Herr Kollege, — ich will nicht sagen ein Irrtum, denn Herr Hugenberg ist tatsächlich damals für eine Zwangsanleihe eingetreten — aber doch eine nicht ganz richtige Ausdeutung unserer Intentionen. Es handelt sich hier nicht um die Form, sondern es handelt sich um die Sache. Wenn die Sache entschieden ist: neues weithin sichtbares Opfer des Besitzes, dann läßt sich über die Form reden. Wir sind aber gegen die Sache. Wir sind der Ueberzeugung, daß die neuen Steuern, die geschaffen werden, ohnedies die Grenze des Erträglichen bereits überschreiten, und wir halten aus Gründen, die ich nachher noch in kurzen Worten näher entwickeln werde, für undenkbar und unerträglich, diese Belastung durch einen Eingriff in die Vermögenssubstanz in diesem Augenblick noch zu erhöhen. Deshalb ist eine Diskussion, ob nicht die Form einer Zwangsanleihe vor anderen Formen den Vorzug verdiene, gegenstandslos. (Zuruf aus dem Zentrum: Praktische Gegenvorschläge!)

Haben Sie nur Geduld, Herr Kollege, Sie werden noch einiges hören.

Die Gründe für unsere Haltung erlaube ich mir nun in kurzen Worten auseinanderzusetzen.

Die Zwangsanleihe von 1 Milliarde Goldmark bedeutet eine neue Belastung des Besitzes in Höhe von mehr als den anderthalbfachen des Reichsnotopfers. Die Veranlagung des Notopfers hat ein Steuersoll von 36 Milliarden Papiermark ergeben. 1 Milliarde Goldmark ist bei dem gegenwärtigen Dollarkurs — ich glaube, er ist heute 270 ungefähr, wenn er nicht wieder gestiegen ist — rund 60 bis 65 Milliarden Mark. Die Zwangsanleihe beträgt also mehr als das anderthalbfache des Notopfers. Die Zwangsanleihe soll für drei Jahre unverzinslich sein. Für späterhin soll sie nach dem Wunsch der Sozialdemokratie — ich weiß nicht, wieweit die Erfüllung des Wunsches schon zugestanden ist — nicht mehr als 2½ Prozent Zinsen bringen. Ein Anleihepapier dieser Art — das werden mir Sachkundige zugeben — würde einen

Wert von nicht mehr als 30 Prozent des Nennbetrages haben. — Herr Kollege Dr. Rießer nickt! — Das bedeutet, daß 70 Prozent vom Nennbetrage der Zwangsanleihe, also 42 bis 45 Milliarden Mark, ohne Gegenwert hingegeben werden müssen. Diese 42 bis 45 Milliarden Mark sind nichts anderes als ein neues, größeres Notopfer, das nach der zwischen Regierung und Kompromißparteien getroffenen Vereinbarung zum größten Teil noch innerhalb dieses Jahres bezahlt werden soll. So liegen die Dinge! (Hört! Hört! bei den Deutschnationalen.)

Daß die Eintreibung auf Grund der Veranlagung zum Reichsnotopfer angesichts der seit dem 31. Dezember 1919 eingetretenen gewaltigen Vermögensverschiebung eine glatte Unmöglichkeit ist, darüber gibt es heute, glaube ich, keinen Streit mehr. Daß eine neue Vermögensveranlagung vor der am 31. Dezember dieses Jahres fälligen Veranlagung zur neuen Reichsvermögenssteuer gleichfalls ganz unmöglich ist, das kann ich wohl auch ohne jeden Widerspruch feststellen.

Aber trotzdem soll der Sozialdemokratie ihr Wille geschehen, daß die Zwangsanleihe in der Hauptsache noch vor Jahresschluß einzuzahlen ist. Ueber das „Wie?" hätte die Regierung ein Preisausschreiben erlassen können; sie hat es vorgezogen, selber durch Originalität zu glänzen: sie hat das Problem gelöst, indem sie die unlösbare Aufgabe der Veranlagung der Vermögen für einen in der Zukunft liegenden Stichtag einfach den Steuerpflichtigen selbst zugewiesen hat. Sie will die Prophetengabe der Steuerpflichtigen nach allem, was uns darüber mitgeteilt worden ist, durch Strafzuschläge für diejenigen schärfen, deren Prophetengabe nicht ausgereicht hat, um im Spätsommer dieses Jahres den Stand der Kurse ihrer Wertpapiere und den Wert anderer Vermögensobjekte für das Ende des Jahres vorauszusehen.

Die Regierung traut dem Steuerpflichtigen aber noch mehr zu. Die Bewertungsgrundsätze des Vermögenssteuergesetzes sind dehnbar, sind eigentlich nur ein Rahmen, sie müssen durch Ausführungsverordnungen ausgefüllt werden, die die Regierung erlassen will, von denen sie selbst heute noch gar nicht weiß, wie sie aussehen werden. Der Steuerpflichtige soll aber heute erraten, zu welcher Lösung die Regierung vielleicht im Hochsommer 1923 kommen wird. Wenn ihm das nicht gelingt, wird er mit Straf-

zuschlägen bedacht, also für mangelnde Prophetengabe in Strafe genommen. (Zuruf von der Deutschen Volkspartei.)

Ja, verehrter Herr Kollege Becker, das ist uns offiziell vom Finanzministerium mitgeteilt worden; ich darf wohl annehmen, daß die Kompromißparteien darin nicht schlechter behandelt worden sind als wir. (Heiterkeit bei den Deutschnationalen. — Zuruf von der Deutschen Volkspartei: Wir werden auch noch ein Wort mitzureden haben!)

Bei diesem Wort werden wir uns alle beteiligen. (Erneuter Zuruf von der Deutschen Volkspartei: Hoffentlich nicht bloß mit Kritik!)

Aber abgesehen von solchen Unglaublichkeiten — es scheint ja, daß die Vertreter der Zwangsanleihe zu meiner Freude selbst noch nicht einig sind — sieht die Deutschnationale Volkspartei sich genötigt, die Zwangsanleihe und damit das Steuerkompromiß aus folgenden Gründen abzulehnen.

Erstens: Die Belastung der Einkommen und Vermögen überschreitet angesichts der jetzt zu beschließenden neuen Steuern — ich wiederhole das, und kann es nicht genug unterstreichen — die Grenze des für unsere Wirtschaft Erträglichen, sie gefährdet die Erhaltung unseres arbeitenden und produzierenden Kapitals und beeinträchtigt aufs schwerste die notwendige Neubildung von Kapital. Wenn diese Belastung jetzt noch durch die Zwangsanleihe vermehrt wird, so kann die Wirkung nur eine Enteignung der deutschen Vermögenssubstanz sein; im letzten Endeffekt zugunsten der Entente. Da machen wir nicht mit. (Lebhafte Zustimmung bei den Deutschnationalen.)

Zweitens: Dieses neue große Opfer wird umsonst gebracht. Und das ist für uns der wichtigste Gesichtspunkt. Es wird in das „Faß ohne Boden" hineingeworfen, von dem ich vorhin schon sprach. (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Herr Dr. Wirth selbst hat ja die Reparationen bei dem jetzigen Stand der Dinge als das Faß ohne Boden bezeichnet. Der Haushaltsplan für 1922 veranschlagt die Ausgaben für die Durchführung des Friedensvertrages auf 187,5 Milliarden Mark. Davon würde die Zwangsanleihe, eine einmalige Maßnahme, wie sie es doch nach den Intentionen wenigstens eines Teils der Kompromißparteien sein soll, noch nicht ein Drittel abdecken. Was ist damit

gewonnen? Ich wiederhole: das ganze Opfer wird umsonst gebracht. (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Das machen wir gleichfalls nicht mit!

Drittens: Ein neuer Eingriff in die Substanz des deutschen Volksvermögens ist für uns überhaupt nur diskutabel in Verbindung mit einer für das deutsche Volk erträglichen Lösung der Reparationsfrage. (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Durch die Bewilligung einer Zwangsanleihe im gegenwärtigen Augenblick würden wir dieses Ziel nicht erreichen. Wir würden uns im Gegenteil von diesem Ziele entfernen. Wir würden uns mitschuldig machen an der verhängnisvollen Erfüllungspolitik des Kabinetts Wirth-Rathenau. Dazu haben wir keinerlei Neigung. (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Ich muß offen gestehen, ich hätte eigentlich nach den Vorgängen der allerletzten Tage von der Regierung selbst erwartet, daß sie das ihrige getan hätte, um gerade die Frage der Zwangsanleihe im gegenwärtigen Augenblick nicht zum Schwur kommen zu lassen. Es sind in diesen letzten Tagen in Paris allerlei interessante und wichtige Dinge vor sich gegangen, auf die auch der Herr Reichsfinanzminister in seiner Rede angespielt hat. Die Regierung der Erfüllung hat da einen neuen großen „Erfolg" zu buchen, wie mir scheint. Während unsere Regierung geduldig auf Genua wartet, wo sie die Ehre haben wird, als gleichberechtigter Teilnehmer mit den Vertretern der übrigen europäischen Staaten über die „allgemeinen Ursachen der Welterkrankung" zu philosophieren — ich zitiere Herrn Dr. Rathenau —, während also die Regierung geduldig darauf wartet, bis sie mit dieser illustren Gesellschaft über die allgemeinen Ursachen der Welterkrankung philosophieren kann, haben sich die Finanzminister der Entente in Paris sehr eingehend mit den Angelegenheiten beschäftigt, die uns Deutschen auf den Fingern brennen. Sie haben das getan, ohne unsere Vertreter zu diesen Beratungen überhaupt erst zu bemühen. (Zuruf bei den Deutschnationalen: Sie machen die Rechnung ohne den Wirth!)

Die Herren wissen leider Gottes, daß sie ohne diesen „Wirth" die Rechnung allerdings machen können. —

Mir scheint, daß in manchen Punkten durch Paris eine neue Situation geschaffen ist, die unserer Regierung alle Veranlassung geben sollte, die Lage und ihre eigene Politik einer Nachprüfung zu unterziehen. Es ergeben sich auf der einen Seite neue schwere Gefahren für unsere staatliche Souveränität und für unsere finanzielle und wirtschaftliche Selbständigkeit, — schwere Gefahren, die mit aller Energie und Tatkraft abgewehrt werden müssen. (Sehr richtig! rechts.)

Es ergeben sich auf der anderen Seite vielleicht gewisse Ausblicke und Anhaltspunkte für eine künftige Lösung, die klug und mit Tatkraft benutzt werden müßten. Ich will mich auf Einzelheiten in diesem Augenblick nicht näher einlassen. (Zurufe links.)

Dafür ist der Auswärtige Ausschuß da. Nur eines will ich erwähnen. Ich kann das um so mehr, als der Herr Reichsfinanzminister — gewiß ohne Verabredung mit mir — es schon selbst getan hat. Die Begebung einer deutschen Anleihe auf den internationalen Märkten spielt namentlich in dem sogenannten englisch-italienischen Projekt eine große Rolle. Es kann etwas Schlimmes, es kann vielleicht aber auch, wenn ich auch skeptisch bin, etwas Nützliches aus einem solchen Gedanken gemacht werden. Mit der Zwangsanleihe aber werden Sie unter Umständen in diesem Punkte jedes Konzept verderben, aus dem auch für uns ein Nutzen kommen könnte. Sogar die „Frankfurter Zeitung", die sonst doch auch keiner Sympathie für unsere Gedankengänge verdächtig ist, schreibt in ihrem Abendblatt von vorgestern:

> Muß man denn wirklich diesen Weg gehen? Nach der Zwangsanleihe wird der Weg der freien Anlage auf lange Zeit verschlossen sein.

Die Zwangsanleihe ist nichts weiter als die Ausgeburt der indolenten, jeder eigenen Initiative baren Erfüllungspolitik. Sie wird ohne Sinn und Verstand, sie wird ohne Zweck und Nutzen in den Rachen des Molochs der Reparationen hineingeworfen. Sie bedeutet ein Opfer, das unsere Lage für die Endlösung, die einmal kommen muß, nicht verbessert, sondern erschwert und kompliziert. (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Wir wollen, daß dieser Erfüllungspolitik endlich eine Grenze gezogen wird. Wir fordern, daß

die gesunde Reaktion, die sich in England und Amerika endlich gegen den Wahnsinn der Reparationen, Sanktionen, Okkupationen und Kommissionen zu regen beginnt, von Deutschland aus durch ein eigenes Vorgehen der Regierung wenigstens einigermaßen unterstützt wird. (Lebhafte Zustimmung von den Deutschnationalen.)

Wir empfinden es als geradezu beschämend, daß die deutsche Regierung, während in England ein Lord Newton die Auspressung und Ausplünderung Deutschlands auf das schärfste geißelt, während in Amerika der Präsident Harding sich weigert, ohne den Willen zur Regelung der Kontributions- und Okkupationsfrage die Komödie von Genua mitzuspielen, während Amerika seinen Standpunkt durch die Einforderung seiner Okkupationskosten bei der verblüfften Reparationskommission auf das stärkste unterstreicht, — wir empfinden es als beschämend, daß in dieser Situation die deutsche Regierung nichts besseres zu tun weiß, als stumm beiseite zu stehen, täglich für 200 Millionen Papiermark Dollars zu kaufen, die deutsche Valuta und die deutsche Wirtschaft weiter in den Abgrund gleiten zu lassen, nur um zu erfüllen, zu erfüllen, zu erfüllen. (Sehr wahr! bei den Deutschnationalen.)

Wir sehen die einzige Möglichkeit der Rettung Deutschlands in einem entschlossenen Aufwerfen der Revision des Versailler Diktats und des Londoner Ultimatums. Die Stunde hat geschlagen!

Deshalb werden wir keiner Regierung, die in diesem entscheidenden Punkte versagt, so versagt, wie bisher die Regierung Wirth-Rathenau, unsere Zustimmung zu einer Maßnahme geben, die in solcher Hand das Uebel nicht heilen, sondern verschleppen und verschlimmern wird. (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Wir wollen und werden dem Reiche geben, was des Reiches ist. (Na! Na! und Lachen links.)

Von der Reichsregierung aber verlangen wir, daß sie sich endlich zur Verteidigung der letzten Quellen unserer Kraft aufschwingt, zur Verteidigung dessen, was des deutschen Volkes ist und dem deutschen Volke bleiben muß, daß sie endlich das erlösende Wort findet: bis hierher und nicht weiter! (Stürmischer Beifall bei den Deutschnationalen.)

VII.

# Rede vom 20. März 1922.

**Die Steuerpolitik der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei. — Die Zwangsanleihe als Instrument der Erfüllungspolitik. — Die Zwangsanleihe als Preis für das Weiterregieren der Sozialdemokratie. — Die Theorie vom „kleineren Uebel". — Nationale Opposition und positive Mitarbeit. — Die Rettung des Kabinetts Wirth durch die Deutsche Volkspartei. — Das positive Finanzprogramm der Deutschnationalen. — Kritik an der Reichsvermögenssteuer. — Das deutsche Volk als Objekt der Vivisektion. — Wo bleibt der Reichskanzler?**

## Vorbemerkung.

Auf die Rede Dr. Helfferichs vom 16. März antwortete am folgenden Tage der Abgeordnete Dr. Becker, der frühere hessische Finanzminister, um die Politik der Deutschen Volkspartei gegen die Kritik Helfferichs zu verteidigen und die Stellungnahme seiner Fraktion zu dem Steuerkompromiß darzulegen. Dr. Helfferich benutzte am 20. März die zweite Beratung des Vermögenssteuergesetzes zu einer Replik, in der er gegenüber der Kompromißpolitik der Deutschen Volkspartei die von der Deutschnationalen Volkspartei befolgte „Politik der nationalen Opposition" scharf und klar herausarbeitete.

* * *

Meine Damen und Herren! Das Vermögenssteuergesetz ist das Hauptstück der neuen Besitzsteuern. Ich darf deshalb beim Beginn der Aussprache über dieses Gesetz mit einigen Worten auf Ausführungen zurückgreifen, die im Rahmen der Erörterungen über das Mantelgesetz von einigen Herren, die nach mir gesprochen haben, gemacht worden sind.

Ich lege Wert darauf, zunächst ganz kurz einige Mißverständnisse, denen ich bei dem Herrn Kollegen Dr. Becker (Hessen) begegnet bin, aus dem Wege zu räumen.

Der Herr Kollege Dr. Becker hat geglaubt, die Kritik, die ich mir an dem Steuerkompromiß erlaubt habe, auf eine gewisse Verärgerung darüber zurückführen zu sollen, daß meine Fraktion zu den „Abschlußverhandlungen" nicht zugezogen worden sei. Es hat mir leid getan, daß der Herr Kollege Dr. Becker überhaupt auf einen solchen Gedanken hat kommen können. Die Schuld liegt vielleicht bei mir, bei meinem von ihm neulich beklagten „Temperament". Aber der Hesse sollte doch eigentlich den Pfälzer verstehen! Und auch rein persönlich hätte ich gedacht, daß wir uns lange genug kennen, Herr Kollege Becker, um zu wissen, jeder von dem andern, daß wir zu den seltenen Menschen gehören, die lieber andere ärgern als sich selbst. (Heiterkeit. — Abgeordneter Dr. Becker, Hessen: So bösartig bin ich nicht!)

Auch ein zweites mehr auf persönlichem Gebiete liegendes Mißverständnis möchte ich beseitigen. Wenn ich mir den sehr bescheidenen Hinweis erlaubte, daß meine Fraktion in den Steuerausschüssen in gründlicher und vielfach auch erfolgreicher Weise ihre Schuldigkeit getan habe, so lag mir der Gedanke gänzlich fern, wir hätten allein alles gemacht. Ich habe im Gegenteil auf die wirksame Zusammenarbeit der bürgerlichen Fraktionen ganz ausdrücklich hingewiesen. Die Betonung unserer positiven Arbeit war lediglich Gegenwehr gegen den uns gemachten Vorwurf der rein negativen Kritik, auf den ich nachher in anderem Zusammenhang noch sachlich eingehen werde. Ich will mich deshalb nicht darauf einlassen, mit den anderen Fraktionen darüber zu rechten, welcher Anteil an den gegenüber den Regierungsvorlagen im einzelnen erzielten Verbesserungen auf den einen oder den anderen entfällt; ich will mich nicht darauf einlassen, darüber zu rechten, ob etwa auch ohne Kompromiß die Beseitigung der Nachkriegsgewinnsteuer und die Festsetzung der Umsatzsteuer auf 2 Prozent statt 2½ Prozent möglich gewesen wäre, ob nicht ohne Kompromiß die sachlich meines Erachtens ungerechtfertigte Tariferhöhung der Vermögenssteuer gegenüber den Beschlüssen der ersten Lesung zu

vermeiden gewesen wäre. Nur auf einen Punkt muß ich hier im Interesse des guten, freundnachbarlichen Verhältnisses der beiden Parteien etwas näher eingehen.

Der Herr Kollege Becker hat mit besonderem Nachdruck betont: wenn es gelungen sei, aus dem Umsatzsteuergesetz die aus den Kreisen des Handels und des Mittelstandes so scharf bekämpfte Steuerbefreiung der Genossenschaften wieder herauszubringen, so sei das nicht mein Verdienst, sondern das Verdienst der Kompromißverhandlungen. (Abgeordneter Dr. Becker, Hessen: Sehr richtig!)

Mit dieser Angelegenheit wird draußen im Lande — lassen Sie mich das Wort aussprechen: ein agitatorischer Unfug getrieben, (Zustimmung bei den Deutschnationalen und Rufe bei der Deutschen Volkspartei: Sehr richtig! Sehr richtig!) den ich einmal gründlich ausräumen will. (Zurufe von der Deutschen Volkspartei: Von Ihrer Seite!)

Wie lagen denn die Dinge? Was uns zunächst vorschwebte, war die Befreiung der landwirtschaftlichen Produktivgenossenschaften, auf die ich noch näher zurückkommen werde. Während wir mit den Beratungen befaßt waren, kamen zu uns wie zu Ihnen die Anträge und die Wünsche der Revisionsverbände der Genossenschaften, die sich an alle Fraktionen dieses Hauses mit ihren Wünschen und auch mit einem formulierten Antrage gewandt hatten. Dieser Antrag der Revisionsverbände der Genossenschaften wurde bei der ersten Lesung von zwei Seiten unabhängig von einander aufgenommen und zur Diskussion gestellt, auch von meinem Fraktionskollegen Hammer, der selbst Handwerksmeister ist, und dessen Verdienste um den Mittelstand auf Grund seiner langjährigen Tätigkeit, glaube ich, über jede Anzweiflung erhaben sind. Ich mache gar kein Hehl daraus: auch ich habe den Antrag Hammer bei der ersten Lesung mit unterschrieben, und zwar aus dem Gefühl heraus, daß gerade auch für das Handwerk der genossenschaftliche Zusammenschluß eine große Sache ist. Irgendwelche ernstlichen Einwände wurden bei der ersten Lesung gegen den Antrag nicht erhoben. Von keiner Seite! (Hört! Hört! bei den Deutschnationalen.)

Vertreter aller Fraktionen, auch Vertreter der Deutschen Volkspartei, haben bei der ersten Lesung für diesen Antrag mit uns gestimmt. (Hört! Hört! bei den Deutschnationalen.)

Als der Antrag angenommen war, kamen die Vorstellungen der in Wettbewerb mit den Genossenschaften und namentlich den Konsumvereinen stehenden Kreise des Handels und Mittelstandes. Genau so wie Sie, meine Herren von der Deutschen Volkspartei, haben wir auf Grund dieser Vorstellungen die Angelegenheit noch einmal geprüft, und genau so wie Sie, meine Herren von der Deutschen Volkspartei, sind wir zu der Ansicht gekommen, daß angesichts der Berechtigung und der Wichtigkeit der entgegenstehenden Interessen der Antrag nicht aufrechterhalten werden konnte. (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Wir sind zu der Ansicht gekommen, daß er in der zweiten Lesung entweder gründlich modifiziert oder gänzlich beseitigt werden müsse. Auch ohne Ihr Kompromiß wäre der Antrag mit unserer Hilfe gefallen, da sämtliche bürgerlichen Parteien einig sind. (Abgeordneter Dr. Becker, Hessen: Wenn!)

Das stelle ich ausdrücklich fest! Es müßte denn gerade bei Ihnen, bei den Kompromißparteien, Uneinigkeit bestehen. Ich stelle fest, daß auch ohne das Kompromiß mit unserer Hilfe und Unterstützug dieser Antrag gefallen wäre. Wenn die Sozialdemokratie sich in diesem Punkt gefügt hat, so hat vielleicht dabei doch auch mitgesprochen, daß angesichts unserer Haltung, über die wir niemand in Zweifel gelassen haben, die Rettung der allgemeinen Befreiungsvorschrift für die Genossenschaften bei freier Abstimmung ohne Kompromiß vollkommen ausgeschlossen gewesen wäre. Das ist der Sachverhalt! Wenn entgegen diesem Sachverhalt draußen im Lande gegen den hochverehrten Veteranen des Mittelstandes und der Mittelstandsbewegung, gegen unseren Kollegen Hammer und gleichzeitig gegen unsere Partei mit der Behauptung gearbeitet wird, die Deutsche Volkspartei habe den Handel und den Mittelstand vor den Deutschnationalen retten müssen, so ist das eine Kampfesweise, die ich als

freundnachbarlich auch bei einer sehr weitherzigen Auslegung dieses Wortes nicht mehr ansehen kann, (Zustimmung bei den Deutschnationalen) und die im Interesse des guten, freundnachbarlichen Verhältnisses — ich wiederhole das Wort — zwischen zwei sich in ihren Grundanschauungen so nahestehenden Parteien besser keinen Platz finden würde. (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen. — Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Ich freue mich sehr über Ihr Einverständnis. Es ist mir jedesmal viel angenehmer, wenn ich mit Ihnen an einem Strange ziehen kann, als wenn ich in die Lage komme, mit Ihnen fechten zu müssen.

Ich muß aber noch eins hinzufügen. Wir — die deutschnationale Fraktion — haben uns bei Nachprüfung des Genossenschaftsantrags nicht mit der berühmten „rein negativen Kritik" begnügt; wir haben uns bemüht, den Genossenschaftsgedanken auf einem Gebiet, wo von Wettbewerb gegenüber Handel und Mittelstand gar keine Rede sein kann, wo ein solcher Wettbewerb gar nicht in Frage kommt, wo gar keine Berührungspunkte und Berührungsflächen existieren, durch Vermeidung einer Doppelbesteuerung wirksam zu unterstützen. Wir haben uns bemüht, eine Doppelbesteuerung auf einem Gebiet auszuschließen, wo sie nicht nur für den Handel und den Mittelstand unschädlich, wo die Befreiung nicht nur gerecht, sondern wo sie auch sozial und gemeinnützig ist. Wir haben bei der zweiten Lesung den bekannten Antrag gestellt, der im wesentlichen den genossenschaftlichen Molkereibetrieben zugute gekommen wäre. Als Produzenten sind es so gut wie ausschließlich die kleinen Besitzer, die hiervon den Vorteil gehabt hätten, richtiger: von denen ein Nachteil, ein ungerechter Nachteil abgewendet worden wäre, (sehr richtig! bei den Deutschnationalen) der Nachteil, in dem sie sich heute auf Grund der jetzt beschlossenen Bestimmungen gegenüber dem Großbesitz befinden, der über eigene Molkereibetriebe verfügt. Der Vorteil für die Konsumenten liegt so offen auf der Hand, daß ich darüber gar nicht näher zu sprechen brauche, so offen, daß die sämt-

lichen bürgerlichen Fraktionen mit Ausnahme der Demokraten den Antrag bei der zweiten Lesung mit unterschrieben haben. Aber da war es das Kompromiß, das diesen vernünftigen Antrag zu Fall gebracht hat. Die Sozialdemokraten bestanden auf ihren Schein, daß nach Ablehnung der Begünstigung der Konsumvereine überhaupt keinerlei Erleichterung für Genossenschaften Platz greifen dürfe. Und diesem Einspruch der Sozialdemokraten haben sich die bürgerlichen Kompromißparteien gefügt. (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Hier haben Sie ein kleines Schulbeispiel — ein kleines! — für die neulich von mir bedauerte Unterordnung sachlicher unter kompromißtaktische Gesichtspunkte. (Abgeordneter Becker, Hessen: Warum hat Ihr eigener Fraktionsfreund seine Unterschrift unter diesem Antrag wohl zurückgezogen? — Antwortrufe rechts.)

Ich weiß nicht, ob ich die Antwort geben soll oder ob sie meine Freunde schon gegeben haben. — Soweit ich orientiert bin, liegt der Fall folgendermaßen. Ich bitte den Herrn, der jetzt in Frage steht, aber nicht das Wort hat, mich nachher eventuell zu berichtigen. (Zuruf bei der Deutschen Volkspartei: Er hat es schon getan.)

Das hat das Haus nicht gehört. Ich lege Wert darauf, daß es vom Hause, und nicht nur vom Hause, sondern auch draußen gehört wird. Soviel ich weiß, hat mein Parteifreund Hergt mit Ihnen, Herr Kollege Becker, über die Unterzeichnung des Antrags gesprochen. Er hat sich mit Ihnen darüber unterhalten, ob der Antrag von den Fraktionsführern unterschrieben werden solle oder ob denjenigen Abgeordneten der Vortritt überlassen bleiben soll, die der Landwirtschaft am nächsten stehen. Nachdem Sie die Unterzeichnung abgelehnt hatten — Ihre landwirtschaftlichen Fraktionskollegen standen schon darunter —, hat auch unser Fraktionsvorsitzender Hergt seine Unterschrift gestrichen. Er hat es getan, nicht, um gegen den Antrag zu stimmen. Im Gegenteil, ich kann Ihnen mitteilen, daß es bei uns Fraktionsbeschluß war, daß die ganze Fraktion einheitlich für diesen Antrag stimmen würde. (Zurufe bei der Deutschen Volkspartei.)

Die anderen Kompromißparteien haben sich vorbehaltlos den Sozialdemokraten unterworfen. Bei Ihnen (zu der Deutschen Volkspartei) haben zwei für und zwei gegen unsern Antrag gestimmt. (Zuruf bei den Deutschen Demokraten.)

Sie, Herr Kollege Fischer, waren von Anfang an dagegen. Ich habe ausdrücklich festgestellt, daß Ihre Fraktion den Antrag nicht unterschrieben hat. Die Demokraten hatten ihn nicht unterschrieben, aber das Zentrum und die Bayerische Volkspartei hatten ihn mitunterschrieben.

Ich will das Wort „unterworfen" nicht wiederholen. Es könnte mißdeutet werden. Der genaue Sachverhalt war: Die beiden Herren, die das Zentrum und die Bayerische Volkspartei vertraten, haben ihren sachlichen Standpunkt aufrecht erhalten, haben auch den Standpunkt, wenn ich recht verstanden habe — wenigstens einer der Herren hat das getan —, aufrechterhalten, daß die Unterstützung unseres Antrages mit dem Kompromiß nicht im Widerspruch stehe; aber um des Kompromisses willen haben sie doch schließlich gegen diesen Antrag gestimmt. So ist der Sachverhalt. (Zuruf bei der Deutschen Volkspartei.)

Ich wiederhole: das ist ein kleines Schulbeispiel für die Unterordnung sachlicher unter kompromißtaktische Gesichtspunkte.

Ich komme nun von diesen Einzelheiten, die einer persönlichen Aufklärung bedurften, zu den Fragen von sachlichem Gewicht, in denen unsere Auffassung sich von derjenigen der übrigen bürgerlichen Fraktionen scheidet.

Im Vordergrund steht hier die

**Zwangsanleihe,**

die ja mit der Vermögenssteuer als konkurrierend in allerengstem Zusammenhang steht, die Zwangsanleihe, die wir als das große Schulbeispiel der Unterordnung sachlicher Gesichtspunkte unter kompromißtaktische ansehen. (Zurufe bei der Deutschen Volkspartei.)

Die Herren sind anderer Ansicht. Die Herren, die nach mir gesprochen haben, haben versucht, die Zwangsanleihe sachlich zu begründen und zu rechtfertigen. Gegenüber meiner Feststellung,

daß die sämtlichen bürgerlichen Fraktionen bis in den Januar hinein, bis in die Kompromißverhandlungen hinein, den von den Sozialdemokraten verlangten, über die neuen Besitzsteuern hinausgehenden neuen Eingriff in die Vermögenssubstanz als ungerechtfertigt und unvertretbar abgelehnt haben, daß sogar die Regierung noch am 10. Januar diesen Standpunkt vertreten hat, daß erst bei den Kompromißverhandlungen die Sozialdemokraten diesen neuen Eingriff in die Vermögenssubstanz als conditio sine qua non für ihre Beteiligung durchgesetzt haben, — gegen diese meine Feststellung ist, soweit ich es beobachtet habe, von keiner Seite ein Einwand erhoben worden. Die sachliche Berechtigung der Zwangsanleihe ist also anscheinend von den bürgerlichen Parteien erst in den Kompromißverhandlungen erkannt worden. Sie ist Ihnen, wie es scheint, erst in diesen Kompromißverhandlungen von den Sozialdemokraten klar gemacht worden. Eine andere Deutung sehe ich nicht.

Wie sieht nun die sachliche Berechtigung der Zwangsanleihe aus?

Ich halte mich auch hier zunächst an die Ausführungen des Herrn Kollegen Dr. Becker. Er begründete die Zwangsanleihe damit, daß sie notwendig sei, um den inneren Etat des Reichs in Ordnung zu bringen. Und er hat hinzugefügt, daß wollten wir doch auch.

Gewiß wollen wir das. Einzig und allein die Notwendigkeit, unter den schwierigen Verhältnissen, unter denen unser Volk zu leben und zu arbeiten gezwungen ist, die Voraussetzung für eine Deckung unseres inneren Reichsetats zu schaffen, hat uns veranlaßt, den neuen Steuern, die jetzt verlangt werden, bis auf einige Vorbehalte zuzustimmen, trotz aller der schweren Bedenken, die wir nach wie vor gegen diese Steuern haben und geltend machen müssen.

Mit dieser unserer Zustimmung, die wir trotz schwerer Bedenken zu den neuen Steuern in der Hauptsache aussprechen, ist für uns aber die Grenze erreicht. Die Steuern, die wir

jetzt beschließen, werden nach meiner Ueberzeugung in solcher Höhe auf die Dauer überhaupt nicht aufrecht erhalten werden können, so wenig, wie, um auf ein Bild zurückzugreifen, das ich neulich gebraucht habe, ein Kamel sein ganzes Leben lang von seinem Fetthöcker zehren kann; das kann es einmal bei einer kleinen Wüstenreise, darüber hinaus reicht es aber nicht. Wenn es mit diesen ungeheuerlichen Steuern und mit den von der Reichsregierung adoptierten Spargrundsätzen aus der Denkschrift der Deutschen Volkspartei nicht einmal gelingt, den inneren Reichshaushalt ins Gleichgewicht zu bringen, dann kann die ganze Regierung einpacken, dann können Sie (zu den Regierungsparteien) einpacken, dann können wir alle einpacken.

**Wir müssen es jedenfalls auf das entschiedenste ablehnen, laufende Ausgaben des inneren Etats durch Eingriffe in die Vermögenssubstanz des Volkes zu decken.** Ich bin auch fest überzeugt, daß der Kollege Becker im Grunde genau so denkt wie ich. Wenn er vom „inneren Etat" spricht, so meint er offenbar nicht den inneren Etat im gewöhnlichen Sinne des Wortes, so wie wir ihn immer verstanden haben, so wie er auch im Haushaltsvoranschlag selbst zum Ausdruck gebracht ist, sondern er rechnet in den inneren Etat das hinein, was er neulich „innere Reparationen" genannt hat; nämlich denjenigen Teil der Durchführung des Friedensvertrages, der an Sachlieferungen, an Ausgaben für die Okkupation und die Kommissionen in Deutschland selbst und in deutschem Gelde gezahlt werden muß. (Abgeordneter Dr. Becker, Hessen: Sehr richtig!)

Herr Kollege Becker bestätigt mir das. Es handelt sich also bei diesem Teile des inneren Etats, wie ihn Herr Kollege Becker konstruiert, um ein wesentliches Stück des Budgets der Kontributionen, wie Herr Dr. Wirth einmal den Etat der Durchführung des Friedensvertrages genannt hat, sogar, möchte ich hinzufügen, um den wesentlichsten Teil des Budgets der Kontributionen. (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Denn nach dem Wiesbadener Abkommen, nach den Beschlüssen von Cannes, nach dem Berliner Abkommen mit Herrn Bemel-

mans und der Reparationskommission und nach dem neuesten Abkommen, das jetzt hier mit Frankreich verhandelt worden ist, wird künftighin der weitaus größte Teil der uns auferlegten Kontributionen in Sachleistungen bestehen. Was an Kosten der Okkupation und der Kommissionen hinzukommt, haben wir neulich nicht nur von dem Vertreter unserer Regierung, sondern mit der schärfsten Deutlichkeit von jenseits des Wassers, aus England, aus Amerika gehört. Augenblicklich steht es so, daß, wenn sich das erfüllt, was wir jetzt alle erwarten müssen, so wie die Verhandlungen geführt worden sind, — daß dann für das Jahr 1922 1450 Millionen Goldmark in Sachleistungen zu bewirken sind gegen 750 Millionen in Devisen. (Hört! Hört! bei den Deutschnationalen.)

Die Sachleistungen, die wir zu leisten haben, sind also, ganz abgesehen von den Ausgaben für Okkupation und Kommissionen, doppelt so hoch wie dasjenige, was auf Grund dieses Zahlungsplanes für 1922 in Golddevisen zu leisten ist.

Ich will hier über das schwere Problem der Sachleistungen im einzelnen nicht sprechen. Wir werden diese Frage am Mittwoch im Auswärtigen Ausschuß sehr eingehend und genau zu behandeln haben. Ich will hier in diesem Zusammenhang nur hervorheben, daß Sachleistungen in dem Umfange, in welchem sie uns jetzt auferlegt werden sollen, genau so phantastisch, genau so unsinnig, genau so unmöglich sind wie alles, was bisher über uns verhängt worden ist. (Sehr wahr! bei den Deutschnationalen.)

Nehmen Sie die heutige „B. Z. am Mittag" in die Hand, stellen Sie fest, daß der Dollarkurs jetzt wieder 293 ist und lesen Sie dazu die Bemerkung, es sei weniger die Nachfrage, es sei der absolute Mangel an Angebot. Woher kommt der absolute Mangel an Angebot? Daher, daß unserer Exportindustrie die Devisen für die Goldzahlung entzogen werden. Es wird um kein Haar besser, wenn unsere Exportindustrie statt in dem Gelde der Exportländer in deutschem Gelde bezahlt wird und wenn die ganze Exportvaluta direkt über Reparationskonto verrechnet wird. Auf diese Weise verwandeln Sie die Sachleistungen wieder in Goldleistungen Deutschlands.

Die Grenze zwischen dem Kontributions-

etat für innere Zwecke und für äußere Reparationen kann ich also nicht anerkennen. (Sehr wahr! bei den Deutschnationalen. — Zuruf von der Deutschen Volkspartei: Also Noten drucken.)

Ich komme auf dieses Thema auch noch. Wir wehren uns zunächst dagegen, daß unsere Regierung überhaupt hier einmal wieder das Unmögliche unterschreiben will. Wir erheben Protest gegen diese Art und Weise, wie die für unsere Industrie und unseren Handel, für die Unternehmer sowohl wie für die Arbeiter, so überaus wichtige Frage der Sachleistungen behandelt wird. Wir haben gegen das Wiesbadener Abkommen protestiert, und wir haben bei diesem Protest, soviel ich mich erinnere, die Deutsche Volkspartei erfreulicherweise auf unserer Seite gehabt. (Zuruf von der Deutschen Volkspartei: Sogar eine Bedingung für unsere Zustimmung zum Kompromiß!)

Für die Ratifikation des Wiesbadener Abkommens ist das leider zu spät. — Wir haben gegen das Wiesbadener Abkommen des Herrn Dr. Rathenau nicht nur protestiert aus den Gründen, von denen ich eben sprach. Wir sehen in der Tatsache, daß es ohne die vorherige Genehmigung des Reichstags ratifiziert worden ist, eine Verletzung der Reichsverfassung. Wir haben wegen dieser Verletzung der Reichsverfassung vor Monaten eine Interpellation eingereicht, die bis heute noch nicht zur Verhandlung gekommen ist. (Hört! Hört! bei den Deutschnationalen.)

Wir haben gegen das Bemelmans-Abkommen unsere schwersten Bedenken zum Ausdruck gebracht, und ich muß feststellen, daß in einem wichtigen Punkte unsere Befürchtungen, die man im Auswärtigen Ausschuß als unbegründet hingestellt hat, sich jetzt schon bewahrheitet haben.

Und da sollen wir durch die Bewilligung der Zwangsanleihe für die Zwecke der sogenannten „inneren Reparation" ein System, eine Politik, einen Komplex von Abmachungen, die wir für

verhängnisvoll halten, geradezu ratihabieren? (Zuruf von der Deutschen Volkspartei.)

Ich fürchte, Herr Kollege Becker, eine Zustimmung zu dem, was Sie hier vorgetragen haben, würde uns vom Auslande nicht nur, sondern auch von der eigenen Regierung, oder vielleicht besser: nicht nur von der eigenen Regierung, sondern vor allem auch vom Ausland als ein Ratihabieren dessen, was uns hier auferlegt werden soll, ausgelegt werden. (Abgeordneter Dr. Becker, Hessen: Das Gegenteil habe ich ausdrücklich erklärt!)

Es wäre sehr erwünscht, wenn das mit der allergrößten Deutlichkeit zum Ausdruck käme. (Abgeordneter Dr. Becker, Hessen: Ist schon geschehen!) — Dann habe ich es leider überhört. —

Aber auch ein anderer Punkt kommt in Betracht. Die Deutsche Volkspartei sieht im Gegensatz zur Sozialdemokratie die Zwangsanleihe als eine einmalige Aktion an, die unter keinen Umständen wiederholt werden darf. (Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Das wird mir bestätigt, und wir begrüßen das. Wie die anderen bürgerlichen Kompromißparteien zu dieser Frage stehen, wissen wir nicht. Die Bedürfnisse für die „inneren Reparationen" sind aber nach dem Willen der Entente, dem ja die Fügsamkeit unserer Erfüllungspolitik entgegenkommt, dauernde Bedürfnisse. Wenn die Zwangsanleihe, wie es in den Richtlinien der Deutschen Volkspartei heißt, naturgemäß nicht wiederholt werden kann, so frage ich: was soll dann im nächsten Jahre werden, wie wollen Sie im nächsten Jahre die sogenannten inneren Reparationen decken?

Die Richtlinien der Deutschen Volkspartei legen so großes Gewicht darauf, daß die Mittel aus der Zwangsanleihe unter keinen Umständen zum Ankauf von Devisen für Reparationszwecke verwendet werden dürfen. Denn, so wird in den Richtlinien gesagt, „unsere Gegner würden aus den stärkeren Leistungen, die sich aus der Zwangsanleihe für ein einzelnes Jahr ergeben, leicht auf eine größere dauernde Leistungsfähigkeit schließen."

Auch das ist ganz zutreffend. Aber es ist nicht nur zutreffend,

wenn die Zwangsanleihe auf dem Ofen der Kontributionen in den Devisentopf hineingeworfen wird, sondern es ist meiner Ansicht nach ebenso zutreffend, wenn das Ergebnis der Zwangsanleihe in dem Topfe der Sachleistungen verschwindet. Ich sehe wenigstens keinen Unterschied.

Meine Damen und Herren! Das Wesentliche für mich ist: **Wenn Sie jetzt, ehe für das deutsche Volk eine erträgliche Regelung der Kontributionsfrage gesichert ist, mit der Zwangsanleihe einen neuen Eingriff in die deutsche Vermögenssubstanz bewilligen, so unterstützen Sie damit, ob Sie wollen oder nicht, die Erfüllungspolitik der Regierung Wirth-Rathenau.** (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Sie schwenken damit in die Reihen derer ein, die diese aussichtslose und verhängnisvolle Erfüllungspolitik decken. Sie helfen, bei unseren Gegnern den auf eine baldige Totalrevision hinwirkenden Druck abzuschwächen. (Unruhe und Widerspruch bei der Deutschen Volkspartei.)

Wenn widersprochen werden sollte, dann bliebe mir nur übrig, Sie an Ihre eigenen Kompromißgenossen zu verweisen. Sowohl Herr Herold wie Herr Dr. Fischer haben Kompromiß und Zwangsanleihe aus außenpolitischen Notwendigkeiten, das heißt aus der Erfüllungspolitik des Kabinetts Wirth-Rathenau, begründet. Herr Dr. Fischer hat erklärt, die Regierung brauche aus außenpolitischen Gründen dieses Kompromiß als ein Instrument ihrer Politik. Jeder müsse sich darüber klar sein, daß „das Kompromiß seine Berechtigung ausschließlich als Werkzeug der Außenpolitik erfüllt und besitzt".

Nun gestatten Sie mir, angesichts des kleinen Rätsels, vor dem ich hier stehe, in Ihren eigenen Ausführungen nach einem Schlüssel zu suchen. Sie selbst, Herr Kollege Becker, haben ja die sachliche Berechtigung unserer Kritik bis zu einem gewissen Grade zugegeben. Sie haben uns neulich erzählt, daß Sie bei den Kompromißverhandlungen in beinahe denselben Worten, wie ich hier — was mich ehrt — Ihre Kritik geübt hätten. Sie fügten allerdings hinzu, Sie hätten sich im Laufe der Verhandlungen über-

zeugt, — und nun war ich sehr gespannt, wovon. Etwa davon, daß unsere sachliche Kritik unberechtigt war? — Nein, Sie fuhren fort, Sie hätten sich davon überzeugt, daß man, wenn man überhaupt zu einem Ende kommen wollte, sich hätte verständigen müssen. Sie haben in freundlicher Weise an mein Verständnis für Verständigungen appelliert. — Gewiß, ich bin nicht so unverständig, daß ich etwa jede Verständigung a limine ablehnte. Darüber sind wir nicht im Streit, daß es bei der jammervollen Parteizersplitterung nicht nur im deutschen Reichstag, sondern leider im ganzen deutschen Volk ohne Verständigung bei uns nun einmal nicht geht. Wir sind nur darüber nicht ganz einig, aus welchen Gründen die Verständigung zwischen den bürgerlichen Parteien, die bei der ersten Ausschußberatung vor dem Kompromiß sich ganz von selbst eingestellt hatte, nicht möglich gewesen sein soll, und warum das Kompromiß um den Preis der Zwangsanleihe mit den Sozialdemokraten abgeschlossen werden mußte. (Zurufe links.)

Ueber die Gründe dafür sind wir uns nicht einig. (Zuruf von der Deutschen Volkspartei.)

Gehen wir denn so ganz fehl, wenn wir meinen, in der Sache selbst liegende Gründe könnten es wohl nicht sein? Also doch wohl parteipolitische und koalitionstaktische; also doch wohl die Auffassung, von der ich neulich sprach, daß man ohne die Sozialdemokraten bei uns nicht regieren könne? Die Herren Sprecher des Zentrums und der Demokraten haben das ja auch unumwunden zugegeben; und ich war nur etwas erstaunt, daß der volksparteiliche Herr Redner diese Auffassung oder — wie ich neulich etwas pointiert sagte — dieses Dogma so weit von sich gewiesen hat. Es liegen mir doch Aeußerungen anderer Art von maßgebenden Herren der Deutschen Volkspartei im Ohr. Ich war bisher der Meinung, daß Ihr Bekenntnis zum „Block der Mitte" einschließlich der Mehrheitssozialdemokraten und ohne die Deutschnationalen, gelegentlich verbunden mit einer Ablehnung des Gedankens eines „bürgerlichen Blocks", eine der ganz wenigen großen Meinungsverschiedenheiten, vielleicht sogar die einzige Meinungsverschiedenheit sei, die unsere

beiden Parteien trennt. (Abgeordneter Dr. Becker-Hessen: Nach Aeußerungen Hergts unterscheiden wir uns nicht einmal hierin!)

Vielleicht nicht so sehr, wie es auf den ersten Blick scheint! — Aber wenn dem nicht so ist, dann darf ich aus der durch diese Erörterung herbeigeführten Klärung einige Hoffnung für die Zukunft unserer beiden Parteien und damit auch für die Zukunft unseres Vaterlandes schöpfen.

Ich will nun aber das Dogmatische gern beiseite lassen. Der Herr Kollege Quaatz hat mir neulich zugerufen: Wir sind keine Dogmatiker, wir sind Praktiker! Das will ich ihm gern zugestehen. Auch aus den Ausführungen des Herrn Kollegen Becker klang ja mehr Opportunismus als Dogmatismus heraus. Das Wort von dem „kleineren Uebel", zweifellos ein opportunistisches Wort, klang mit einiger Betonung durch seine Ausführungen hindurch.

Ich will mich nicht in Konjekturen über das größere Uebel ergehen, das mit dem Steuerkompromiß vermieden worden sein soll, sondern will nur sagen, daß auch wir die verschiedenen Möglichkeiten abgewogen haben, nicht leichten Herzens, sondern ernst und gewissenhaft, wie das der Bedeutung der Sache entspricht. Wir waren entschlossen, diese Möglichkeiten zu bestehen, und ich bedauere nur, daß man sich anderwärts von dem „größeren Uebel" hat beeinflussen lassen. Meine Herren (zu der Deutschen Volkspartei), solange Sie nicht bereit und gewillt sind, auch dem größeren Uebel entschlossen in die Augen zu sehen, werden Sie der kleineren Uebel, an denen wir zugrunde gehen, niemals Herr werden. (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

**Die Theorie von dem kleineren Uebel hat uns zur Waffenstreckung von Compiègne, hat uns nach Versailles, nach London und Wiesbaden geführt, sie hat uns Schritt für Schritt tiefer in das Verhängnis und in die Ketten geführt.** (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

**Ist je ein Volk nach der Theorie vom kleineren Uebel von Ketten befreit worden? Nach der Theorie vom kleineren Uebel werden wir niemals die Ketten der Reparationen und Kontributionen abschütteln oder auch nur lockern können.** (Sehr richtig!

bei den Deutschnationalen. — Zuruf von der Deutschen Volkspartei.)

Und, meine Herren von der Deutschen Volkspartei, mit der Theorie vom kleineren Uebel werden Sie auch niemals den Satz verwirklichen, der vor den letzten Wahlen an allen Straßen und Mauern prangte:

Von roten Ketten macht uns frei
Allein die Deutsche Volkspartei!

(Sehr wahr! bei den Deutschnationalen.)

Das geht nur, wenn man den Mut faßt, dem größeren Uebel in die Augen zu schauen, ihm zu Leibe zu gehen und es zu bekämpfen, bis man es überwunden hat. (Bravo rechts. — Zurufe links und von der Deutschen Volkspartei.)

Der Herr Kollege Becker hat uns vorgeworfen, wenn ich ihn recht verstanden habe, wir machten im Gegensatz zur Deutschen Volkspartei Opposition um jeden Preis, wir wollten mit dem Kopfe durch die Wand. Ich habe schon auf einen solchen Zwischenruf geantwortet, daß mir mein Kopf zu lieb ist, um damit gegen jede Wand anzurennen. (Heiterkeit. — Zuruf links.)

Aber Kopf und Wand sind relative Begriffe. Es kommt darauf an, wie dünn die Wand und wie dick der Kopf ist. (Sehr wahr! bei der Deutschen Volkspartei.)

Unsere Köpfe sind vielleicht dicker als die Ihrigen (zu der Deutschen Volkspartei), und ich möchte sogar sagen: hoffentlich sind sie dicker. (Sehr richtig! und Heiterkeit rechts. — Zuruf von der Deutschen Volkspartei.)

Ich hoffe auch, daß wir mit unseren Köpfen schließlich doch noch manche Wand zum Einsturz bringen werden. (Sehr richtig! rechts. — Zurufe. — Glocke des Präsidenten.)

Der Herr Kollege Herold ist noch etwas weiter gegangen. Er hat uns vorgeworfen, wir stellten als Oppositionspartei die Agitation vor die Staatsnotwendigkeiten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Er hat uns also genau das vorgeworfen, was sein Fraktionskollege Stegerwald nicht uns, sondern der Sozialdemokratie vorgeworfen hat. Herr Herold, ich freue mich, Sie hier zu sehen,

und wäre Ihnen dankbar, wenn Sie das Verhalten der Sozialdemokratie gerade in diesen Steuerfragen mit dem unsrigen etwas genauer vergleichen wollten. Wir hätten es ja so leicht gehabt, gewisse Fensterscheiben einzuwerfen. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Trotz der mir von dem Herrn Kollegen Becker freundlich zugeschriebenen allzu jugendlichen Neigungen haben wir diese Versuchung nicht erst an uns herankommen lassen. Wer hat denn hier Fensterscheiben eingeworfen? Ich glaube, das war allein Herr Bernstein, Ihr Genosse beim Kompromiß. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten. — Zuruf von der Deutschen Volkspartei.)

Der hat eine ganz große Fensterscheibe eingeworfen. Der Herr Kollege Herold hat sich selbst genötigt gesehen, zusammen mit den Kollegen Dr. Becker und Dr. Fischer und zusammen mit dem Reichsfinanzminister und — nun drei Kreuze! — zusammen mit mir (Heiterkeit) dagegen zu protestieren, daß Herr Bernstein behaupten konnte, daß unsere deutsche Besitzbesteuerung an Höhe immer noch nicht diejenige anderer Staaten erreicht habe, jedenfalls sei das nicht unzweifelhaft. Das hat der Vertreter einer der Kompromißparteien, einer der Regierungsparteien, erklärt!

Da haben Sie ein Musterbeispiel für eine Opposition, wie sie nicht sein soll, und zwar aus dem Lager der Regierungsparteien selbst! Mehr können Sie nicht verlangen.

Aus den Worten des Herrn Kollegen Herold schien zu meinem Bedauern eine gewisse Verstimmung über die Schärfe der Tonart unserer Opposition hervorzugehen. Herr Herold hat gemeint, so schlimm wie wir hätten es seine Freunde in früherer Zeit, als sie selbst noch Opposition waren, niemals getrieben. Es ist den Herren, die heute die Regierung stellen, vielleicht nie ganz zum Bewußtsein gekommen, wie in früheren Zeiten ihre Opposition empfunden wurde. Ich will nicht auf Zeiten zurückgreifen, bei denen ich selbst die Ehre hatte — nicht den Vorzug, aber die Ehre — als Mitglied der kaiserlichen Regierung hier zu stehen. (Na! Na! bei den Kommunisten.)

Ich will auf einen Anderen und Größeren zurückgreifen. Der Fürst Bismarck hat einmal gesagt — nicht im Kulturkampf,

sondern später, — es falle ihm auf, daß die scharfe persönliche Tonart nur in einer Fraktion zu Hause sei, die vorzugsweise das Christentum zu vertreten meine. Er hat hinzugefügt: „Bei Ihnen (zum Zentrum), sowohl in Ihren Blättern wie in Ihren Reden, ist meiner Wahrnehmung nach die Tonart ganz besonders zu Hause, die die Galle in Bewegung bringt".

Sie sehen also, meine Herren, daß auch größere Regierende als diejenigen Männer, die heute den Platz eines Fürsten Bismarck einnehmen, leicht geneigt sind, sogar eine so milde Opposition, wie sie das Zentrum bekanntlich dem Fürsten Bismarck gemacht hat, (Heiterkeit rechts) als kränkend und bitter zu empfinden. Vergessen Sie bitte in der erhabenen Gewohnheit des Regierens nicht die eignen Sitten Ihrer früheren Opposition, sonst müßte ich Ihnen die Verse des Studentenliedes zurückgeben, die der Kanzler mir gegenüber bei einer anderen Gelegenheit einmal zitiert hat:

> Gedenke der Zeit, wo du dereinst vielleicht es noch ärger getrieben!

(Heiterkeit rechts.)

Aber Scherz beiseite! Wir wollen einmal über das Thema Opposition in diesem Zusammenhang, wo es sich um die Verabschiedung so wichtiger Gesetze handelt, im Ernst sprechen.

Gewiß, meine Damen und Herren, wir machen der jetzigen Regierung ganz bewußt eine entschiedene Opposition. Wir haben in diese Regierung nach ihrer persönlichen Zusammensetzung und nach der Parteikonstellation, auf der sie beruht, nicht das Vertrauen, daß sie unser Vaterland den rechten Weg führt. (Zurufe.)

**Wir machen unsere Opposition einer Regierung, die nach unserer Auffassung in der auswärtigen und inneren Politik verhängnisvolle Wege geht. Wir machen unsere Opposition mit dem Endzweck, auf verfassungsmäßigem Wege und mit verfassungsmäßigen Mitteln die Regierungsgewalt zu erlangen** (Zuruf links: Na also!) **und durch diese Regierungsgewalt unsere positiven Ziele zu verwirklichen.** (Zurufe von den Sozialdemokraten.)

Nicht wir allein! Wir sind überzeugt, daß wir Sie (zu der Volkspartei und der Mitte) einmal auf unserer Seite haben werden, daß im gegebenen Augenblick nicht nur die Deutsche

Volkspartei, sondern auch andere uns helfen und mit uns marschieren werden! (Zurufe von den Kommunisten.)

Solange die Verhältnisse dafür nicht reif sind, arbeiten wir daran, sie reif zu machen. Da Volk und Staat inzwischen leben müssen, stellen wir die Staatsmaschine nicht still und machen auch keinen Versuch dazu. Solange suchen wir auch in der Opposition ein Höchstmaß von Einfluß auf die Arbeit der gesetzgebenden Körperschaften und auf die Gestaltung der deutschen Geschicke auszuüben durch **positive Mitarbeit** dort, wo uns die ganze Grundtendenz der gerade in Frage stehenden Vorlagen als annehmbar erscheint, und durch Verhinderung und Bekämpfung, wo das nach unserer Ueberzeugung nicht mehr möglich ist. (Zuruf von den Kommunisten.)

Bei den an sich noch annehmbaren Steuergesetzen haben wir unseren Einfluß durch positive Mitarbeit auszuüben versucht. Bei der Zwangsanleihe, die wir für falsch und verkehrt halten, sagen wir ein glattes Nein. (Zuruf von den Kommunisten.)

Bei der Erhöhung der Kohlensteuer über 30 Prozent hinaus sagen wir gleichfalls nein und zwar mit im Interesse der Leute, die Sie (nach links) zu vertreten vorgeben. Das Mantelgesetz, in dem man für uns Annehmbares mit für uns Unannehmbarem verkoppeln will, lehnen wir selbstverständlich ab.

Auf keinen Fall können wir als Oppositionspartei unsere Richtlinien und Ueberzeugungen den Rücksichten auf die Erhaltung der von uns wegen ihrer Gesamtpolitik bekämpften Regierung unterordnen. Das kann uns kein vernünftiger Mensch zumuten. (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen. — Zuruf von der Deutschen Volkspartei.)

Die Herren von der Deutschen Volkspartei scheinen ja mitunter eine etwas andere Auffassung über die Stellung einer Oppositionspartei im parlamentarischen Staat zu haben. (Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Herr Kollege Becker, ich glaube, daß Sie, wenn Sie sich genau überdenken, was ich eben gesagt habe, vielleicht zu der Ansicht kämen, daß das nicht ganz unrichtig ist, und ich verstehe mitunter nicht ganz — das wollen wir klären — die Grundsätze, von denen Sie bei Ihrer Opposition ausgehen. Herr Dr. Becker betonte am Freitag, wenn ich ihn recht verstanden habe, seine Partei werde in der Opposition bleiben, obwohl sie durch ihre Beteiligung an dem Kompromiß die Regierung Wirth gestützt, gefestigt und vielleicht sogar gerettet hat. (Zuruf von der Deutschen Volkspartei.)

Sie haben das gewiß nicht mit Absicht getan, aber es ist die Wirkung!

Die Herren von der Deutschen Volkspartei scheinen auf der anderen Seite einen besonderen Erfolg darin zu sehen, daß die Regierung mit Ihrer Denkschrift die Richtlinien einer Oppositionspartei als die „Richtlinien der künftigen Regierungspolitik" angenommen habe. Das wird in Ihrer Presse unterstrichen und ist neulich vom Herrn Kollegen Becker auch hier sehr stark unterstrichen worden.

Mir scheint, wenn die Regierung tatsächlich nach Ihrer Pfeife tanzt, haben Sie als Oppositionspartei aufgehört, zu existieren. Aber die Regierung wird nicht nach Ihrer Pfeife tanzen, solange Sie nicht drinnen im Saale, sondern nur von der Straße her blasen.

Ihre Richtlinien in allen Ehren! Aber was bedeuten Ihnen die Zusagen dieser Regierung?

Sie haben es mir etwas verdacht, daß ich mir die Bemerkung erlaubte, diese Richtlinien seien auch die unsrigen gewesen. Inzwischen haben Sie dasselbe von Ihren Kompromißgenossen, und zwar vom Zentrum sowohl wie von den Demokraten, gehört. Es geht diesen Richtlinien in mancher Beziehung wie dem alten Homer, um dessen Vaterschaft sich bekanntlich sieben Städte gestritten haben und doch nicht einig werden konnten. (Heiterkeit und Zurufe.)

Auch der Herr Reichskanzler kann gewisse, sogar nachweisbare Ansprüche auf die Vaterschaft stellen. Er hat schon in einer Rede vom 27. Oktober 1920 erklärt:

„Es geht nicht an, daß solche Fehlbeträge in den Betriebsverwaltungen noch länger geduldet werden können."

Sie sind inzwischen nur noch gewachsen!

Weiter hat er eine „bis an die Grenzen des Möglichen getriebene Sparsamkeitspolitik" verlangt. Die Grenzen des Möglichen sind inzwischen immer weiter hinausgerückt!

Er hat es als unbedingt notwendig hingestellt, daß die Stellung des Finanzministers erheblich gestärkt werde. Schließlich hat er die Einsetzung und Ernennung eines Sparkommissiars mit weitgehenden Vollmachten angekündigt und zunächst auch verwirklicht, — und das alles schon vor anderhalb Jahren.

Sie sehen also, daß der Weg zur Hölle auch in der Politik mitunter mit guten Vorsätzen gepflastert ist. (Zurufe von der Deutschen Volkspartei.)

Der Herr Kollege Becker scheint fortgesetzt zu glauben, ich wolle ihn ins Unrecht setzen, während ich nur das Bedürfnis habe, ihm recht zu geben. Ich gebe ihm wieder einmal recht, wenn er gesagt hat: es kommt weniger auf die Originalität der Gedanken als auf die praktische Durchführung an.

Wodurch ist denn nun die praktische Durchführung Ihrer Richtlinien gesichert? Das ist eine Sache, die nicht nur Sie interessiert, sondern sie interessiert auch uns im allerhöchsten Maße. Sie selbst haben am 27. Januar mit großem Nachdruck „persönliche und sachliche Garantien" für Ihre Richtlinien gefordert. Sie haben dann nach dem 27. Januar die Ernennung des Herrn Dr. Rathenau als ein Zuwiderhandeln gegen die gegebenen Zusagen aufgefaßt, und am 11. Februar haben Sie ein scharfes Mißtrauensvotum gegen den Reichskanzler eingebracht. Herr Dr. Wirth ist Reichskanzler, Herr Dr. Rathenau ist Außenminister geblieben. Wo sind da die persönlichen Bürgschaften für die strikte und loyale Durchführung Ihrer Richtlinien?

Die einzige Garantie, die sich eine Partei für die Durchführung ihrer Grundsätze verschaffen kann, besteht meines Erachtens darin, daß sie in die Regierung geht und dort sich den

maßgebenden Einfluß verschafft. (Zuruf von der Deutschen Volkspartei.)

Sie scheinen das nach diesem Zuruf nicht zu wollen? Ich bedauere das aufrichtig, Herr Kollege Becker! (Zuruf von der Deutschen Volkspartei: Das glaube ich!)

Herr Kollege Becker, ich bedauere es vor allen Dingen wegen der schätzbaren Kraft, die in Ihrer Person umschlossen ist. (Wiederholte Zurufe von der Deutschen Volkspartei.)

Bitte, nehmen Sie das nicht ironisch! Es ist mir durchaus ernst mit dem, was ich jetzt sage! Sie wissen, daß ich Ihre Klugheit, Ihre Sachkenntnis, Ihre Tatkraft schätze, und zwar nicht erst seit gestern, nicht erst seit der vorigen Woche, wo wir zum ersten Male in unserem Leben die Waffen miteinander gekreuzt haben. Ich hätte es schon im Jahre 1916, als ich veranlaßt wurde, das Reichsamt des Innern zu übernehmen, gern gesehen, wenn Sie mit den Eigenschaften, von denen ich eben sprach, damals das Reichsschatzamt übernommen hätten. Und wenn Sie sich heute entschließen könnten, als Reichsfinanzminister die Durchführung Ihrer eigenen Richtlinien in die Hand zu nehmen, dann würde ich — bei allem Vorbehalt für unsere Stellung zur Gesamtpolitik der so erweiterten Regierung, in der Sie einen schweren Standpunkt haben würden —, gern anerkennen, daß für die Durchführung wenigstens Ihres finanziellen Sanierungsprogramms, die denkbar stärkste persönliche Garantie gegeben ist. (Zurufe.)

Nein, meine Damen und Herren, soweit gehe ich nicht; ich habe eben schon gesagt, wir würden alle Vorbehalte machen müssen in bezug auf die Gesamtpolitik der Regierung, in die Sie eintreten würden!

Aber auch in bezug auf die Finanzpolitik erlauben Sie, daß ich mich dem Kollegen Becker, so sehr ich ihn schätze, nicht vorbehaltlos unterwerfe. Das wird auch Herr Kollege Becker selbst nicht verlangen. Auch Ihnen, Herr Kollege Becker, würden wir die Zwangsanleihe nicht bewilligen. Wir würden alles daran setzen, Sie zu überzeugen, soweit Sie es nicht schon sind — in wichtigen Punkten sind wir ja einig —, daß nur ein wirklich positives Programm für die Sanierung der deut-

schen Finanzen überhaupt möglich ist. Dieses sieht in ganz großen Zügen folgendermaßen aus.

In dem ersten Punkte stehen wir ja mit Ihnen (zur Deutschen Volkspartei) ganz auf gleichem Boden. Er ist: **Unser eigenes Haus muß mit strengster Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit so gut bestellt werden, wie es mit Steuern, die aus dem Ertrag der Wirtschaft aufgebracht werden können, überhaupt möglich ist.** (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Die Steuerdecke ist bei uns jetzt so weit gestreckt, daß die Fäden reißen; und da ist es Zeit, daß die Reichsverwaltung endlich lernt, sich ihrerseits nun auch nach der Steuerdecke zu strecken. In diesem Punkte also sind wir vollkommen einig. (Zuruf bei der Deutschen Volkspartei: Jawohl!)

Auch im zweiten Punkte stimmen wir überein. **Der Welt muß endlich die volle und ungeschminkte Wahrheit über unsere Lage gesagt werden.** Es muß ein Ende gemacht werden mit all den Beschönigungen, wie wir sie noch in der Note vom 28. Januar dieses Jahres an die Reparationskommission haben lesen müssen. Die Regierung muß aufhören, den Anschein zu erwecken, als ob Machtsprüche der Entente in der Lage wären, wirtschaftliche und finanzielle Unmöglichkeiten möglich zu machen. (Zustimmung rechts.)

Der dritte Punkt — und da gehen wir auseinander — ist: **einen neuen Eingriff in die Vermögenssubstanz halten wir nur in Verbindung mit einer endgültigen für das deutsche Volk erträglichen Regelung der Kontributionsfrage für möglich und statthaft.** — Die Zwangsanleihe ist ein Eingriff in die Substanz. Sie wollen die Zwangsanleihe beschließen, ohne daß irgendwelche Garantien für eine erträgliche Lösung des Reparations- und Kontributionsproblems gegeben sind.

Viertens und schließlich: **das wichtigste für uns ist der unumstößliche Entschluß, nichts mehr zu unterschreiben, was nicht erfüllbar ist.** (Zuruf bei der Deutschen Volkspartei: Einverstanden!)

Wer die deutschen Finanzen sanieren will, muß zunächst das Vertrauen in die deutsche Unterschrift sanieren. (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Wer will, daß das deutsche Geld wieder Geltung bekommt, muß erst dafür sorgen, daß das deutsche Wort wieder auf seinen alten Goldwert gebracht wird, nicht nur im eigenen Volk, sondern auch draußen in der ganzen Welt! (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Meine Damen und Herren! Zu der Wahrheit über unsere Lage, die der Welt und dem deutschen Volk mit aller Deutlichkeit gezeigt und vor Augen geführt werden muß, gehört auch die gewaltige Anforderung, die unserem Volke unter den jetzt vorliegenden Steuergesetzen mit dem Entwurf der Reichsvermögenssteuer auferlegt wird.

Die Vermögenssteuer ist als eine dauernde Last gedacht. Der Tarif beginnt mit 1 Promille jährlich und steigt bis auf 1 Prozent jährlich vom Werte des Vermögens. Dazu sollen für die nächsten 15 Jahre in Abgeltung des nicht zur Erhebung kommenden Teiles des Reichsnotopfers Zuschläge erhoben werden, die von 100 auf 200 Prozent ansteigen. Die Gesamtsteuer für die nächsten 15 Jahre bewegt sich also von 2 Promille bis hinauf auf 3 Prozent vom Vermögenswert.

Was die Vermögenssteuer im Verhältnis zu dem Einkommen, aus dem doch schließlich die Steuern bezahlt werden müssen, bedeutet, mögen Ihnen einige wenige Zahlen illustrieren. Bei einer Rentabilität des Vermögens in Höhe von 5 Prozent, von denen ½ Prozent für die Kapitalertragssteuer abgeht, bedeuten die 2 Promille in der niedrigsten Stufe einen Zuschlag zur Einkommensteuer von 4,4 Prozent, in der höchsten Stufe von 3 Prozent eine Zuschlagsteuer in Höhe von 66⅔ Prozent zu der bis auf 60 Prozent ansteigenden Einkommensteuer. Dazu kommen die 10 Prozent Kapitalertragssteuer. Machen Sie die Rechnung, Sie kommen auf 130 Prozent des Einkommens und mehr. (Hört! Hört! bei den Deutschnationalen.)

Der Herr Kollege Gothein hat mir neulich zugerufen, daß die Rente vom Kapitalvermögen heute vielfach höchstens 2 Prozent beträgt. Herr Kollege Gothein hat vollkommen recht. (Zurufe links.)

Ich brauche das nicht besonders nachzuweisen; Sie brauchen ja nur den Kurszettel anzusehen und die Kurse der Aktien mit den Dividenden zu vergleichen. In diesem Fall, bei einer Rentabilität

von 2 Prozent, wie sie heute häufig genug ist, bedeutet die niedrigste Stufe der neuen Vermögenssteuer eine zusätzliche jährliche Belastung von 11,1 Prozent, und die höchste Stufe stellt sich auf 166⅔ Prozent des Einkommens. (Hört! Hört! bei den Deutschnationalen.)

Nach meiner Ueberzeugung ist diese Belastung eine so ungeheure, daß sie nur bei einer weit auseinandergezogenen Staffelung des Tarifs überhaupt getragen werden kann. Der Tarif der Reichsvermögenssteuer hat sich aber seit der Ausarbeitung der Regierungsvorlage nicht erweitert, sondern er hat sich durch die Geldentwertung automatisch verengert. Als die Vorlage im Sommer des abgelaufenen Jahres ausgearbeitet wurde, standen die Indexziffern der Großhandelspreise in Deutschland nicht viel höher als auf 1300; heute übersteigen sie 4100. Die innere Kaufkraft unseres Geldes ist heute nicht mehr ganz ein Drittel dessen, was sie zur Zeit der Ausarbeitung dieser Regierungsvorlage gewesen ist. 300 000 Mark sind heute nicht mehr ganz ebensoviel wie bei Ausarbeitung der Regierungsvorlage 100 000 Mark für die innere Kaufkraft gewesen sind.

Der Ausschuß hat versucht, diese Staffelung des Tarifs nach dem inzwischen so stark gesunkenen Geldwert einigermaßen neu zu gestalten. Aber die Beschlüsse der ersten Lesung sind leider durch das Kompromiß zu einem erheblichen Teil wieder rückwärts revidiert worden. Der Ausschuß hat sich eingehend — und nicht etwa nur aus der Initiative unserer Fraktion, die anderen bürgerlichen Parteien waren dabei in gleichem Maße beteiligt — mit der Frage der Einwirkung der Geldentwertung auf die Tarife der sämtlichen direkten Steuern befaßt. Er hat schließlich, soweit die Reichsvermögenssteuer in Betracht kommt, seine Meinung in einer Resolution niedergelegt, die lautet:

> Die Höhe des steuerfreien Vermögensbetrags und der Aufbau der Staffelung der Steuersätze sind im Falle einer erheblichen Veränderung der inneren Kaufkraft des Geldes dieser Veränderung anzupassen und zwar im Wege eines im letzten Vierteljahr vor dem Veranlagungszeitpunkt zu erlassenden Reichsgesetzes.

Der in dieser Resolution zum Ausdruck gebrachte Gedanke ist ein unerläßliches Ventil, das wir gegenüber der Geldentwertung schaffen müssen. Wir wollen aber diesen Gedanken nicht in die bloße Wunschform einer Resolution kleiden, sondern wir wollen ihm die zwingende Kraft einer Gesetzesvorschrift geben. Deshalb beantragen wir die Aufnahme einer solchen Bestimmung in das Gesetz selbst.

Wir wünschen ferner, daß angesichts der Schwere der Reichsvermögenssteuer auf solche Vermögenswerte Rücksicht genommen wird, die durch ihre Natur dem vollen Druck der Geldentwertung ausgesetzt waren. Der einzig vernünftige Kern und Untergrund des Schlagwortes von den Goldwerten ist ja, daß die verschiedenen Vermögensformen in verschiedenem Maß von der Geldentwertung betroffen worden sind. Die fest verzinslichen Werte haben, soweit sie auf deutsche Währung lauten und seit dem Beginn des eigentlichen Valutazusammenbruchs ununterbrochen in den Händen eines und desselben Besitzers waren, die volle Schwere der Geldentwertung ohne jede Entschädigung erfahren müssen. An dem Kaufpreis gemessen, ruht heute auf diesen Werten ein Verlust von 97½ Prozent. Es erscheint uns im höchsten Maße unbillig, daß solche Werte noch einmal durch das Reich, an dessen Geld ein solcher Verlust entstanden ist, mit der vollen Schwere der neuen Vermögenssteuer gestraft werden, und daß so das Reich, das doch bei seinen eigenen Anleihen direkter Nutznießer der Geldentwertung ist, noch einmal im Wege der Besteuerung von dieser Geldentwertung Vorteile zieht.

Die volle Heranziehung der also verminderten Vermögen erscheint uns nicht nur hart und ungerecht, sondern erscheint uns geradezu unmoralisch. Das Reich dürfte ein solches Steuergeld überhaupt gar nicht annehmen. (Zustimmung bei den Deutschnationalen.)

Wir haben deshalb beantragt, daß die auf deutsche Währung lautenden fest verzinslichen Werte, soweit sie seit dem 30. Juni 1919, der Aufstellung des Vermögensverzeichnisses zum Reichsnotopfer, ununterbrochen im Besitz des

Steuerpflichtigen sich befunden haben, wenigstens von den Zuschlägen zur Reichsvermögenssteuer freigelassen werden sollen. Ich hoffe immer noch, trotz Kompromiß, daß dieser gerechte und billige Antrag die Zustimmung des Hauses findet. Die im übrigen von uns gestellten Anträge werden bei den einzelnen Paragraphen von uns begründet werden. —

Meine Damen und Herren! Ich fasse zusammen: Nirgends in der Welt gibt es eine Besitzsteuer, die sich mit der Vermögenssteuer, wie sie jetzt beschlossen werden soll, auch nur annähernd vergleichen läßt. (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Ob unsere Wirtschaft diese Belastung überhaupt ertragen kann, wird die Praxis zeigen müssen. Wir sind ja dem ausgesetzt, daß mit uns experimentiert wird wie mit Karnickeln. Wir sind dem ausgesetzt, daß am lebendigen Leibe das Experiment der Erfüllungspolitik über uns ergeht. Weichherzige Menschen bis hinein in die Reihen der Kommunisten wollen die Vivisektion an Tieren abschaffen. Das deutsche Volk aber scheint der Welt als Objekt für eine Vivisektion gerade gut genug zu sein. (Lebhafte Zustimmung rechts.)

Auch bei diesen Steuervorlagen, durch die wir das denkbar größte Opfer auf uns nehmen, durch die wir bis an die Grenze dessen gehen, was wir äußerstenfalls noch verantworten können, müssen wir die Bedeutung dieses Opfers unterstreichen.

Angesichts der Bedeutung des Gegenstandes muß ich auf die Beschwerden zurückkommen, die nach meinem Kollegen Schultz auch von anderen Rednern neulich hier mit Lebhaftigkeit ausgesprochen worden sind. Es ist meinen Freunden geradezu unverständlich, in welcher Weise die Regierung durch Abwesenheit und Passivität die Bedeutung dessen, was hier beraten und beschlossen werden soll, herabdrückt. (Lebhafte Zustimmung bei den Deutschnationalen.)

Wenn sie mit aller Absicht diese neuen ungeheuren Lasten vor der ganzen Welt als eine Bagatelle abstempeln wollte, dann könnte sie es kaum anders anfangen. (Erneut lebhafte Zustimmung bei den Deutschnationalen.)

In einer solchen Lage hat der verantwortliche Leiter der Gesamtpolitik des Reichs hier zu sein und Rede und Antwort zu stehen. (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Der Reichskanzler hat in einer solchen Lage durch seine tätige Anteilnahme an den Beratungen zu unterstreichen, welches gewaltige Opfer sich hier ein niedergebrochenes und mißhandeltes Volk auferlegt. (Lebhafte Zustimmung bei den Deutschnationalen.)

Während hier die allgemeinen Beratungen über das Mantelgesetz in der vorigen Woche stattfanden, berieten in Paris die Finanzminister der Entente über unser weiteres Schicksal, über das Schicksal unserer Finanzen und unserer Wirtschaft, vielleicht über das Schicksal unserer staatlichen Souveränität. Der Reichskanzler selbst hat am Donnerstag vor 14 Tagen auf die Bedeutung dieser Beratungen der Finanzminister der Entente aufmerksam gemacht. Zu der Zeit, wo jetzt dort beraten wird, hat er dagegen den Weg in dieses Haus nicht gefunden oder so gut wie nicht gefunden.

Man hat uns nach Paris nicht geladen; wir sind dort nicht zu Worte gekommen. Aber konnte sich der Reichskanzler oder konnte sich auch der Reichsminister des Auswärtigen eine bessere Gelegenheit wünschen als die Generaldebatte über die neuen Steuern, um vor aller Welt seine Stimme zu erheben? (Lebhafte Zustimmung rechts.)

War nicht der Ausschluß von den Pariser Besprechungen für die Leiter unserer Politik geradezu ein Zwang, von der Tribüne der deutschen Volksvertretung herab das zu sagen, was die Staatsmänner der Entente gerade in diesem Augenblick aus deutschem Munde, aus dem Munde der deutschen Regierungschefs hören mußten, (sehr richtig! rechts) zu sagen, daß der Wahnsinn des Provisoriums von Cannes um nichts besser ist als das Londoner Ultimatum; (sehr wahr! rechts) zu sagen, daß acht Dekadenzahlungen von 31 Millionen Mark genügt haben, um den Ver-

liner Dollarkurs von 160 auf mehr als 290 in die Höhe zu jagen; (hört! hört! rechts) zu sagen, daß die letzten Wochen schon im voraus den bündigen Beweis dafür erbracht haben, daß auch die uns jetzt auf Grund der Beschlüsse von Cannes anscheinend zugedachten Lasten an Devisen und Sachleistungen eine genau so blanke und bare Unmöglichkeit sind wie alles, was man uns bisher zugemutet hat? (Lebhafte Zustimmung bei den Deutschnationalen.)

Gab es eine bessere Gelegenheit, den Staatsmännern der Entente einiges darüber zu sagen, wie die Okkupationen und wie die Kommissionen alles aufzehren, was das deutsche Volk überhaupt leisten kann und mehr als das, wie sie uns das Mark aus den Knochen wegfressen? (Erneut lebhafte Zustimmung bei den Deutschnationalen.)

Gab es eine bessere Gelegenheit zu sagen, daß die sogenannte Reparation und der Wiederaufbau bisher nichts anderes sind als eine gleißnerische, eine lügnerische Fassade. Wiedergutmachung heißt das Deckblatt. Wie heißt der Kern? Der Kern heißt Ausräuberung des deutschen Volkes. (Wiederholte lebhafte Zustimmung bei den Deutschnationalen.)

Gab es eine bessere Gelegenheit zu sagen, daß es niemals seit der Wirtschaft römischer Prokonsuln einen gefräßigeren Militarismus gegeben hat, als er heute die deutsche Okkupationsgebiete ausplündert? (Zurufe von der äußersten Linken: Denken Sie an Ihren Krieg! — Gegenrufe von den Deutschnationalen. — Große Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

Herr Abgeordneter Müller, der Sie sich so sehr aufregen, (Abgeordneter Müller-Franken: Sie haben Poincaré das Konzept geliefert! — Wiederholte Zurufe) lesen Sie, bitte, die Beschlüsse, die sogar die deutschen Gewerkschaften über diesen Punkt gefaßt haben! — (Erneute Zurufe bei den Sozialdemokraten.)

Aber ich finde, es war Aufgabe des Reichskanzlers, das hier vorzubringen. (Zuruf von den Sozialdemokraten: Ueberlassen Sie das der Regierung! Das geht Sie gar nichts an! — Große Unruhe.)

Sorgen Sie dafür, daß Ihre Regierung hier ist; dann brauche ich es nicht zu sagen. (Lebhafte Zustimmung bei den Deutschnationalen. — Stürmische Unterbrechungen auf der Linken.)

Es ist und bleibt für das deutsche Volk, gerade auch für das arbeitende Volk unerträglich, daß Tausende und Abertausende von fremden Beamten, fremden Offizieren und Soldaten auf Kosten des darbenden deutschen Volkes hier durchgefüttert werden müssen, auf Befehl der Entente mit Gehältern, die für den Geringsten höher sind als die Gehälter der deutschen Reichsminister. (Zuruf von den Sozialdemokraten: Das ist doch nichts Neues!)

**Die anständigen Leute im Auslande, sogar im Lager unserer Kriegsgegner, wenden sich gegen diese Schande, da frage ich: Wo bleibt der deutsche Reichskanzler?**

Zweimal hat man ihn seit Beginn der Steuerdebatte hier im Hause gesehen: einmal, nachdem unsere Fraktion eine halbe Stunde vorher loyalerweise hatte ankündigen lassen, daß sie auf Grund des § 33 der Reichsverfassung seine Anwesenheit bei diesen Beratungen beantragen werde. Da ist er erschienen, aber nach 10 Minuten ist er wieder gegangen — und ward nicht mehr gesehn bis zum Freitag, als über den Vertagungsantrag der Kommunisten namentlich abgestimmt wurde. Da war er genau eine halbe Minute im Saale, genau so lange, wie notwendig war, um seinen Stimmzettel abzugeben.

Ich finde, ein solches Schauspiel darf dem deutschen Volke und darf dem Auslande nicht geboten werden. (Lebhafte Zustimmung rechts. — Erregte Zurufe bei den Sozialdemokraten: Wie war es zu Ihrer Zeit? — Große Unruhe.)

Meine Herren, Sie mögen sagen, was Sie wollen — das zeigt mir nur, daß Sie selbst mit beschämt sind über diese Zustände. Ich will wenigstens im Interesse des deutschen Volkes hoffen, daß Ihnen bei solchen Zuständen noch die Schamröte in die Wangen steigen kann. (Wiederholte Zurufe von den Sozialdemokraten.)

Meine Herren, in einem gebe ich Ihnen ja recht: es ist schließlich nicht meine und meiner Freunde Sache, die Würde dieses Reichstags gegenüber der von seiner Mehrheit gutgeheißenen Regierung zu vertreten. Deshalb verzichten wir auch darauf, unsern

Antrag vom Donnerstag zu wiederholen. Mag seine Pflicht versäumen, wer da will und glaubt, es verantworten zu können; (sehr gut! bei den Deutschnationalen) **wir unsererseits werden unsere Schuldigkeit tun, auch als Oppositionspartei; denn unsere Opposition ist nationale Opposition!** (Lebhafter Beifall bei den Deutschnationalen. — Lachen links.)

VIII.

# Rede vom 4. April 1922.

**Das „Mantelgesetz" als Hülle für Parteikompromisse. — Der Rechtsschutz des Versailler Diktats: Keine Haftung des deutschen Privateigentums für Reparationen. — Unterschied zwischen Besteuerung und Konfiskation. — Die Unantastbarkeit des Privateigentums der letzte Schutzwall gegen die völlige Versklavung. — Die Zwangsanleihe schlägt Bresche in diesen Schutzwall. — Die Illusion der auswärtigen Anleihe. — Verpfändung der deutschen Wirtschaft bedeutet Zwangsvollstreckung an dem deutschen Privateigentum. — Appell an die Regierung: Klarheit, Mut und Entschlossenheit für Genua!**

Vorbemerkung.

Bei der dritten Lesung des „Mantelgesetzes" am 4. April 1922 ergriff Dr. Helfferich erneut das Wort, um angesichts der bevorstehenden Konferenz von Genua vor den Wegen zu warnen, die mit der Zwangsanleihe betreten wurden.

* * *

Meine Damen und Herren! Der Verlauf der Beratungen über die Steuergesetze und der Gang der politischen Ereignisse der letzten Zeit haben an unserer Beurteilung des Mantelgesetzes nichts geändert. Wir werden das **Mantelgesetz** auch in der dritten Lesung ablehnen.

Wir haben auch hier im Plenum bei den einzelnen Steuergesetzen positiv mitgearbeitet und vielfach im Verein mit den anderen bürgerlichen Parteien Verbesserungen durchgesetzt. (Zuruf von den Kommunisten: Verschlechterungen!)

Leider sind wir nicht überall mit unseren Wünschen und mit unseren Auffassungen durchgedrungen, namentlich nicht bei der Kohlensteuer und bei der Umsatzsteuer. Deshalb hat meine Fraktion geschlossen gegen das Kohlensteuergesetz gestimmt, und ein Teil meiner Freunde hat auch gegen das Umsatzsteuergesetz gestimmt. Wir sehen keine Veranlassung, wir sehen auch keine Möglichkeit, jetzt durch die Bewilligung des Mantelgesetzes den sämtlichen neuen Steuern en bloc unsere Zustimmung nachträglich zu geben.

Im übrigen möchte ich die Frage aufwerfen: wozu eigentlich das ganze Mantelgesetz? Die einzelnen in dem Mantelgesetz erwähnten Steuergesetze sind beschlossen worden, und sie werden in Kraft treten, einerlei, ob das Mantelgesetz angenommen oder ob es abgelehnt wird. (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Die Entscheidung über das Mantelgesetz kann über das Inkrafttreten der einzelnen Steuergesetze, nachdem die Beschlüsse des Reichstags in dritter Lesung vorliegen, gar nichts ändern.

Allerdings bleibt die **Zwangsanleihe.** Aber auch hinsichtlich der Zwangsanleihe hat das Mantelgesetz keinen greifbaren Inhalt. Der Paragraph über die Zwangsanleihe ist keine gesetzliche Bestimmung, sondern nur die Deklaration einer guten Absicht oder, wenn Sie wollen, einer schlechten Absicht, von der niemand im Hause genau weiß, wie diese Absicht durchgeführt werden soll. (Abgeordneter Dr. Becker-Hessen: Freuen Sie sich doch, Herr Kollege Helfferich, habe ich Ihnen schon in der zweiten Lesung gesagt!)

Gewiß! Aber die Freude darüber darf mich doch nicht hindern, hier die Tatsache zu konstatieren. (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Solche Deklarationen wie die über die Zwangsanleihe gehören, Herr Kollege Becker, nach unserer Auffassung nicht in ein Gesetz hinein. Mögen die Parteien, die sich über das Prinzip der Zwangsanleihe — nicht über die Durchführung, aber über das Prinzip — geeinigt haben, untereinander Abmachungen treffen, so viel sie wollen; das ist ihre Sache. Aber das Gesetz sollte auch in der Republik zu heilig sein, um als Einwickelpapier für Parteikompromisse und unausgetragene Ideen zu dienen.

Auch materiell glauben wir nicht darauf verzichten zu können, unsere schweren Bedenken gegen das hier etablierte Prinzip der Zwangsanleihe als Mittel der Deckung für einen Teil der Kontributionen jetzt noch einmal zum Ausdruck zu bringen. Wir glauben, um so weniger darauf verzichten zu können, als unsere Bedenken durch die letzten Vorgänge, insbesondere durch die Note der Reparationskommission vom 21. März bestätigt und verstärkt worden sind. (Hört! Hört! bei den Deutschnationalen.)

Wir haben, glaube ich, — und das gilt nicht nur für unsere Partei, das gilt für alle Parteien dieses Hauses — allen Grund, den geringen Rechtsschutz, den uns das Versailler Diktat gelassen hat, auf das allergenaueste festzuhalten. (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Hinsichtlich der Beanspruchung Deutschlands durch die sogenannten Reparationen besteht dieser Rechtsschutz darin, daß

erstens Deutschlands Verpflichtungen begrenzt sind durch Deutschlands Leistungsfähigkeit,

zweitens, daß für die deutschen Verpflichtungen haften: lediglich das Vermögen und das Einkommen des Reichs und der Länder, nicht aber das deutsche Privateigentum.

Was den ersten Punkt, die Begrenzung unserer Verpflichtungen durch unsere Leistungsfähigkeit anlangt, so drückt sich die Leistungsfähigkeit eines Staates aus in seiner Steuerkraft. Nur soweit wir mit Steuern erfüllen können, sind wir zur Erfüllung verpflichtet. Die Bestimmung, daß unsere Steuern mindestens ebenso hoch sein müssen wie diejenigen irgendeines der alliierten Länder, haben wir über und über erfüllt. (Sehr richtig! rechts.)

Daß der Anspruch der Alliierten an unsere Steuerkraft keinen Anspruch an unsere Vermögenssubstanz, unser Privatvermögen gibt, das wird selbst von Sachverständigen aus dem gegnerischen Lager ausdrücklich anerkannt. Ich wiederhole den Hinweis, den neulich mein Parteifreund Hergt gemacht hat, den Hinweis auf den englisch-amerikanischen Kommentar zum Versailler Friedensvertrag von Temperley, in dem es bei Besprechung des Artikels 248 der Versailler Bedingungen ausdrücklich heißt: „the private property of German nationals is definitly excluded", von der Haftung ist bestimmt ausgeschlossen das Pri-

vateigentum der deutschen Staatsangehörigen. (Hört! Hört! bei den Deutschnationalen.)

Es gibt eben einen Unterschied zwischen Steuern und Konfiskation. Und wir haben alles Interesse daran, diesen Unterschied unsererseits nicht verwischen zu lassen. (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Die Reparationskommission selbst erkennt diesen Unterschied an. Das ergibt sich sowohl aus dem ganzen System der Reparationsnote, wie auch aus dem Wortlaut ihrer einzelnen Klauseln.

Die Note verlangt, daß wir in raschem Tempo und fortschreitendem Maße unsere Reichsausgaben einschließlich der Reparationsausgaben, einschließlich also der Kontribution, durch Steuern decken. Das ist die prinzipale Forderung der Reparationskommission. Sie verlangt, daß zu diesem Zwecke über das Steuerkompromiß hinaus bis zum 31. Mai dieses Jahres 60 Milliarden neue Steuern geschaffen werden sollen. Sie verlangt an zweiter Stelle, daß bis zu dem Augenblick, in dem diese Deckung unseres gesamten Budgets, immer einschließlich der Kontribution, erreicht ist, das deutsche Kapital, das heißt die deutsche Vermögenssubstanz, die Ergänzung liefern soll, und zwar im Wege entweder innerer Anleihen oder — ich bitte um Verzeihung, wenn ich das französische Wort gebrauche „par le prélèvement direct", durch eine **direkte Erfassung der Vermögenssubstanz.**

Meine Damen und Herren, diese Forderung, daß wir die deutsche Vermögenssubstanz entweder durch innere Anleihen, die bei der durch das Versailler Diktat und das Londoner Ultimatum geschaffenen Lage nur Zwangsanleihen sein können, oder durch einen direkten Zugriff erfassen sollen, — diese Forderung ist vollständig neu. Das Wort „prélèvement" in diesem Sinne kommt im ganzen Versailler Vertrag und im ganzen Londoner Ultimatum nicht vor.

Ich habe mit meinen Freunden aufs schwerste bedauert, und da diesem Bedauern nicht Rechnung getragen wurde, muß ich das Bedauern in diesem Augenblick, wo das Mantelgesetz verabschiedet werden soll, wiederholen, daß es an jeder Verwahrung gegen diesen, über den Versailler Vertrag und das Londoner Ultimatum hinausgehenden Anspruch eines prélèvement auf die deutsche Ver-

mögenssubstanz von seiten der Regierung gefehlt hat. (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Da, wie ich eben schon andeutete, eine innere Anleihe überhaupt nur im Wege einer Zwangsanleihe durchführbar ist, so lange das Regime des Versailler Vertrages und des Londoner Ultimatums auf uns lastet, und da innere Zwangsanleihen, wie von allen Seiten zugegeben wird, im Effekt genau auf dasselbe hinauskommen wie ein direkter Eingriff in die Vermögenssubstanz, hat die Reparationskommission vollkommen recht, wenn sie die innere Anleihe koordiniert behandelt mit dem direkten Zugriff auf das Privatvermögen und wenn sie das beides zusammengenommen als Eingriff in die Vermögenssubstanz in Gegensatz setzt zu der Steuerleistung, zu der wir allein nach unserer Auffassung des Versailler Vertrages verpflichtet sind.

**Wir haben vor unserem deutschen Volk die Pflicht, den letzten Schutzwall gegen die völlige Versklavung des deutschen Volkes, den wir in der Unantastbarkeit des Privateigentums sehen, mit allen Mitteln zu verteidigen.** (Beifall und Zustimmung bei den Deutschnationalen.)

Das Angebot der Zwangsanleihe von unserer Seite schlägt in diesen Schutzwall — das dürfen wir uns nicht verhehlen — eine Bresche, und die Note der Reparationskommission zeigt, wie die Entente in diese Bresche eindringt. Statt der einen Milliarde Goldmark Zwangsanleihe, die wir freiwillig beschließen sollen, verlangt die Reparationskommission in ihrer Note ungefähr das Doppelte; denn sie verlangt, daß der volle Fehlbetrag, der nach 60 Milliarden neuer Steuern über das Steuerkompromiß hinaus noch bleibt, durch innere Anleihe, das heißt durch Zwangsanleihe, gedeckt wird, und dazu sind rund zwei Milliarden Goldmark erforderlich. (Hört! Hört! bei den Deutschnationalen.)

Sie verlangt weiter, daß die Zwangsanleihe, die man bona fide uns hier als eine einmalige Leistung, als eine letzte Leistung hingestellt hat, in der Absicht, sie zu einer einmaligen und letzten Leistung zu machen, als Dauereinrichtung zur Ausfüllung unseres Defizits eingeführt wird. Sie greift schließlich, wie ich eben gezeigt habe, über die Zwangsanleihe hinaus sofort nach der Vermögenssubstanz selbst.

In dieser Weise ist also die Entente jetzt bereits in die Bresche eingedrungen, und in dieser Weise gedenkt sie den Vorteil, den sie damit erreicht hat, weiter auszudehnen.

Wir halten — und von diesem Standpunkt können wir nicht abgehen — das Oeffnen dieser Bresche für einen ungeheuerlichen Fehler, und wir sind es unserem Gewissen schuldig, noch in letzter Stunde zu warnen und jede Verantwortung abzulehnen. (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen. — Abgeordneter Dr. Becker-Hessen: Was war das mit Herrn Hugenberg und der Zwangsanleihe?)

Herr Kollege, das war doch ein ganz anderer Fall. Damals hat es sich um die Frage Notopfer oder Zwangsanleihe zur Abbürdung der Reichsschuld gehandelt; und auf das schärfste ist damals Verwahrung dagegen eingelegt worden, nicht nur aus dem Hause, sondern auch von dem damaligen Finanzminister, daß das Notopfer an die Feinde ausgehändigt werden könnte, um einen Teil der Reparationen zu bezahlen. (Abgeordneter Dr. Becker-Hessen: Das ändert an der Sache doch nichts!)

Wir können uns in unserer Beurteilung der Zwangsanleihe auch nicht durch die Hoffnung auf eine **ausländische Anleihe** irre machen lassen, zu der die Reichsregierung anscheinend durch das Bezeigen ihres guten Willens in der Frage der Zwangsanleihe zu kommen hofft. Solche Hoffnungen haben wir ja neulich aus den Ausführungen des Herrn Reichskanzlers herausgehört. Ich kann über die Illusion einer Rettung Deutschlands durch auswärtige Anleihen nach der Note der Reparationskommission nur noch den Kopf schütteln.

Es ist richtig, auch die Reparationskommission spricht in ihrer Note von auswärtigen Anleihen. Aber die auswärtige Anleihe hat in der Note der Reparationskommission ihren besonderen Platz und einen ganz anderen Platz, als diese auswärtige Anleihe bisher in den Vorstellungen und den Illusionen unserer Regierung hatte. (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Die auswärtige Anleihe, wie sie die Reparationskommission plant und uns auferlegen will, ist ganz ausschließlich bestimmt für, wie es in der Note heißt, die „Mobilisation eines Teiles des Kapitalbetrages der deutschen Re-

parationsschuld", also nicht, wie der Reichskanzler noch in seiner letzten Rede zum Ausdruck gebracht hat, zu einer Erleichterung der uns auferlegten Jahreszahlungen. Im Gegenteil, wenn der vermöge einer auswärtigen Anleihe zu mobilisierende Teil des Kapitals der Reparationsschuld etwa der Serie B oder der Serie C der von uns nach der Unterzeichnung des Londoner Ultimatums übergebenen Anleihebonds entnommen würde, was ist dann die Folge? Dann läuft unsere Jahresverpflichtung für die Verzinsung und Tilgung der ersten Serien unentwegt und unverändert weiter. Und zu dieser Jahresleistung für die Reparationen kommt als weitere Jahresleistung hinzu die Jahresrate für die Verzinsung und Tilgung dieser auswärtigen Anleihe. Wir werden also in diesem Falle — und wir haben keine Klarheit, daß dieser Fall uns nicht auferlegt wird — keine Abbürdung unserer Jahreslasten zu verzeichnen haben, sondern eine ganz beträchtliche Kumulierung und Steigerung unserer Jahreslasten. (Sehr wahr! bei den Deutschnationalen.)

Aber auch dann, wenn etwa dieser zu mobilisierende Teil des Kapitals unserer Reparationsschuld aus den Anleihebonds Serie A genommen werden sollte, was ist dann die Wirkung? Meine Damen und Herren, es gibt niemanden, der es heute für möglich hält, eine deutsche Anleihe auf dem internationalen Markt zu einem niedrigeren Zinsfuß als 8 bis 10 Prozent zu bekommen. (Hört! Hört! bei den Deutschnationalen.)

Der Londoner Zahlungsplan beruht auf einer Verzinsung von 5 Prozent. Also wenn garnichts anderes geschieht, als daß die an erster Stelle stehenden Bonds, die wir übergeben haben, nun durch eine neue, wirklich begebbare internationale Anleihe abgelöst werden sollen, so wird allein schon daraus eine wesentliche Erhöhung unserer Jahreslasten resultieren.

Dazu kommt aber weiter, daß eine Mobilisation auch Bedenken anderer Art, und zwar der allerschwersten Art, auslösen muß. Der Versailler Vertrag und das Londoner Ultimatum sind Vertragsinstrumente rein politischen Charakters. Die in diesen Vertragsinstrumenten rein politischen Charakters festgelegte Reparationsschuld Deutschlands ist eine rein politische Schuld; eine rein politische Schuld, die durch Neuabmachungen zwischen den beteiligten Staaten revidiert werden

kann. Und eine solche zeitweise Revision unserer rein politischen Schuld ist in dem Artikel 234 der Versailler Bedingungen, der von der Anpassung der Reparationsschuld an die Leistungsfähigkeit Deutschlands handelt, ausdrücklich vorgesehen. Die Möglichkeit dieser Anpassung ist erledigt, existiert nicht mehr für denjenigen Teil der Reparationsschuld, der mobilisiert worden ist und der an das Privatpublikum im Ausland begeben worden ist. Von diesem Augenblick an ist die Schuld keine rein politische mehr, sondern auch eine privatrechtliche Schuld; dann hat jeder Inhaber eines solchen Anleihetitres Gläubigeransprüche gegen Deutschland, und er kann diese Gläubigeransprüche geltend machen, wie wir das in der Geschichte der Staatsschulden oft genug — Gott sei Dank bisher nicht bei Deutschland, sondern bei anderen Ländern, auf die wir herabzusehen geneigt waren — erlebt haben. Für uns ist die „Mobilisation" der sogenannten Reparationsschuld eine Versteinerung und Verewigung der Kontribution.

Es kommt aber noch ein Weiteres hinzu. Ich glaube, daß die Verhandlungen, die bisher über die Mobilisation oder Liquidierung eines Teils unserer Reparationsschuld geführt worden sind, Klarheit darüber gegeben haben, daß ohne zusätzliche Sicherheiten, ohne zusätzliche Verpfändungen eine deutsche Anleihe überhaupt nicht zu begeben ist. Wir haben ja die Verhandlungen über Reparationskredite erlebt, der Herr Reichskanzler selbst hat uns darüber Bericht erstattet, und das Schlußergebnis war ja der Absagebrief der Bank von England. Wenn jetzt auswärtige Anleihen geschaffen werden sollen, uns auferlegt werden sollen, ohne daß das Reparationsproblem gelöst ist oder gleichzeitig gelöst wird — und darum handelt es sich —, so sind die Bonds so, wie wir sie übergeben haben, einfach nicht begebbar. Wir wissen, daß die Form der Bonds bei dem Londoner Ultimatum ausdrücklich gewählt worden ist, um die Möglichkeit der Begebung zu sichern. Diese Absicht ist gescheitert, und jetzt — das dürfen wir uns nicht verhehlen — sollen diese Bonds begebbar gemacht werden oder andere Bonds an ihrer Stelle begebbar gemacht werden durch zusätzliche Verpfändungen, und zwar, da der Kredit des Reiches nicht die nötige Sicherheit bietet, durch die **Verpfändung der deutschen Wirtschaft.**

Es haben sich ja leider in unserem eigenen deutschen Lager Leute gefunden, die für eine solche Verpfändung der deutschen Wirtschaft und ihres Privateigentums an Produktionsmitteln für eine auswärtige Reparationsanleihe laut und öffentlich geworben haben. Wir sehen in einem solchen Angebot nur das Oeffnen der Tür, die zur **Zwangsvollstreckung in die deutsche Wirtschaft** führt. (Sehr wahr! bei den Deutschnationalen.)

Falls eine solche Anleihe, für die die deutsche Wirtschaft haftet, deren Zinsen und Tilgung in Gold zu zahlen ist, notleidend wird — und sie wird notleidend werden —, dann können die ausländischen Inhaber der durch die deutsche Wirtschaft garantierten Reparationsbonds jedem deutschen Landwirt und Gewerbetreibenden, jedem deutschen Industriellen und Kaufmann den **deutschen Gerichtsvollzieher** ins Haus schicken. (Hört! Hört! bei den Deutschnationalen.)

Einer solchen Entwicklung widersetzen wir uns mit allen Kräften. Wir glauben Grund zu haben, in diesem Punkte die allerstärksten Warnungen auszusprechen, und wir verlangen, daß diese Warnungen gehört werden. (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Meine Damen und Herren! Ich fasse kurz zusammen: Unsere Verpflichtung zur Reparation ist ausdrücklich bedingt durch unsere Leistungsfähigkeit. Unsere Leistungsfähigkeit drückt sich aus in unserer Steuerkraft. Nach der Verabschiedung der neuen Steuergesetze wird im Jahre 1922 das deutsche Volkseinkommen — nach den Zahlen unserer Regierung! — zu mehr als 30 Prozent allein mit Reichssteuern belastet sein. (Hört! Hört! bei den Deutschnationalen.)

Mit dieser Belastung von mehr als 30 Prozent wird es wahrscheinlich nicht einmal gelingen, im Jahre 1922 auch nur das innere Budget des Reiches in Ordnung zu bringen. Die Prinzipalforderung der Reparationskommission, Deckung des gesamten Budgets einschließlich der Reparationsverpflichtungen durch Steuern, kommt also auf mehr als eine Verdreifachung der Steuerlast hinaus, wie sie sich nach der Verabschiedung des Kompromisses gestaltet; das heißt nichts anderes, als daß nach dieser Prinzipalforderung unsere Steuern auf eine Höhe gebracht

werden sollen, die das gesamte Volkseinkommen übersteigt. (Hört! Hört! bei den Deutschnationalen.)

Der Unsinn ist so groß und der Abgrund zwischen der uns aufgebürdeten und aufgezwungenen Reparationslast und unserer Leistungsfähigkeit so breit und so klaffend tief, daß auch eine von Vorurteilen befangene Welt ihn sehen muß, wenn wir ihn nicht selbst durch allerlei Kunstgriffe wieder zudecken.

Die Zwangsanleihe ist in unseren Augen ein solcher Kunstgriff, der dem eigenen Volk, der unseren Kriegsgegnern und der den Neutralen die wahre Lage zu verdecken und zu verschleiern geeignet ist. (Sehr wahr! bei den Deutschnationalen.)

Ich sage nicht, daß das die Absicht derjenigen ist, die die Zwangsanleihe vorgeschlagen haben. Ich gebe zu, daß dieser Vorschlag in der besten Absicht gemacht worden ist. Aber die Wirkung ist, daß der Abgrund, der die uns auferlegte Verpflichtung von unserer Leistungsfähigkeit trennt, durch ein solches Mittel zugedeckt wird. Deshalb, weil es sich hier nicht um eine Lösung, sondern nur um einen verdeckenden und verschleiernden Ausweg handelt, wird nach unserer Ueberzeugung die Zwangsanleihe uns der Lösung des Reparationsproblems nicht näher führen, im Gegenteil, die Zwangsanleihe entfernt uns von dieser Lösung.

Wir sind daher gezwungen, die Zwangsanleihe auch jetzt, in dritter Lesung, abzulehnen.

Von der Reichsregierung aber, die sich jetzt zur Reise nach Genua rüstet, verlangen wir:

**Klarheit über die Lage.**

**Mut, der Wahrheit in die Augen zu sehen.**

**Entschlossenheit, den letzten Rest von Freiheit und Recht, der dem deutschen Volke geblieben ist, zu verteidigen.**

Wenn sich die Regierung zu dieser Klarheit, zu diesem Mut, zu dieser Entschlossenheit aufrafft, dann werden wir die letzten sein, bei der Verteidigung des letzten Restes deutscher Freiheit und deutschen Rechtes ihr in den Rücken zu fallen. (Zuruf von der Deutschen Volkspartei: Mißtrauensvotum!)

Mißtrauensvotum! wird mir zugerufen. Auch als Oppositionspartei sind wir, wie ich neulich schon sagte, **nationale Opposition**, und unsere nationale Opposition hat nicht den Zweck und auch nicht

die Wirkung, der Regierung in den Rücken zu fallen, sondern ihr den Rücken zu stärken. (Lachen und Zurufe. — Zustimmung bei den Deutschnationalen.)

Ich glaube, daß die Regierung, wenn sie ernsthaft entschlossen ist, die letzten Reste von Deutschlands Freiheit und Rechten zu verteidigen, uns für die Opposition nur dankbar sein könnte, die wir ihr hier machen; (Zurufe von den Sozialdemokraten) denn, meine Damen und Herren, die Welt muß und soll wissen, trotz allem, was Sie, Herr Müller, da rufen, daß das deutsche Volk an der äußersten Grenze angekommen ist. Das ist die Stimmung nicht nur in unserer Partei, sondern im ganzen Lande, (Zuruf von der Deutschen Volkspartei) — auch hier im Hause. Das darf der Außenwelt nicht verschleiert werden. **Kehrt die Regierung aus Genua zurück mit neuen Fesseln, mit neuen Lasten, mit neuer Entrechtung, mit neuer Schmach, dann ist Schluß! Dann, meine Damen und Herren, muß und wird der Volksunwille zu einem Orkan anschwellen, der diese Regierung hinwegfegt.** (Lebhafter Beifall bei den Deutschnationalen.)

IX.

# Zwei Reden vom 23. Juni 1922.

## Erste Rede.

**Deutschlands Not. — Das geachtete und gefürchtete deutsche Kaiserreich. — Vergewaltigung des Saargebietes und Oberschlesiens. — Die Abkommen von Wiesbaden, Berlin und Paris über Sachleistungen. — Intermezzo: Herr Stampfer und Herr von Oldenburg. — Der Leidensweg der Erfüllungspolitik. — Der „Stern von Genua". — Die neue Kapitulation. — Das Scheitern der auswärtigen Anleihe. — Protest gegen den Blankowechsel der Regierung auf Steuern und Konfiskationen. — Protest gegen die Finanzkontrolle. — Welcher Notentext gilt, der deutsche oder der französische? — Die Kosten der Besatzung und der Kontrollkommissionen: ruchloseste Satrapenwirtschaft. — Will die Regierung die Erfüllungspolitik fortsetzen? — Forderung der sofortigen Einstellung der Devisenkäufe für Kontributionszwecke. — Das „Programm von Ruinen und Tod". — Der Weg zur Rettung.**

## Zweite Rede.

**Wo bleibt der Reichskanzler? — Nochmals die Frage der Ueberweisung der deutschen und der französischen Texte des Notenwechsels mit der Reparationskommission. — Die Noten der Reichsregierung vom 9. und 28. Mai bleiben protestierte Wechsel. — Helfferich über seine politische „Vergangenheit": seine Stellungnahme als Schatzsekretär zur Frage der Kriegsentschädigung und als Vizekanzler zum U-Bootkrieg*).**

### Vorbemerkung.

Die mit der Annahme des Londoner Ultimatums im Mai 1921 eingeleitete Politik der Erfüllung war, wie Dr. Helfferich es vorausge-

*) Es sei in diesem Zusammenhang noch besonders auf den Anhang verwiesen, der die beiden Reden von Helfferich vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß der Nationalversammlung am 12. und 14. November 1919 über den U-Bootkrieg und den Friedensschritt Wilsons enthält.

sagt hatte, noch vor Ablauf eines Jahres zusammengebrochen. Nachdem die Versuche die Erfüllungspolitik mit Hilfe auswärtiger Kredite weiter fortzusetzen, im Dezember 1921 an der Ablehnung der Bank von England und der Londoner City gescheitert waren, sah sich der Reichskanzler Dr. Wirth genötigt, bei der Reparationskommission zunächst für die am 15. Januar und 15. Februar fälligen Zahlungen ein Moratorium nachzusuchen. Unter schweren Bedingungen wurde ein „vorläufiges Teilmoratorium" gewährt. Die Bedingungen erfuhren, kurz vor dem Beginn der Konferenz von Genua, durch eine Note der Reparationskommission vom 21. März eine Ausdeutung, die sogar den Reichskanzler Dr. Wirth in der Reichstagssitzung vom 28. März zu Worten scharfen Protestes insbesondere gegen die von der Reparationskommission verlangte Finanzkontrolle, veranlaßten. Als jedoch der Mißerfolg der Genueser Konferenz, auf die der Reichskanzler und das Reichskabinett große Hoffnungen gesetzt hatten, sich nicht mehr verkennen ließ, wurde eine neue Unterwerfung eingeleitet. Zwei Noten der Reichsregierung an die Reparationskommission, vom 9. u. 28. Mai, bezeichnen diesen Weg. Zwischen diesen beiden Noten verhandelte der Reichsfinanzminister Dr. Hermes persönlich in Paris.

Ueber den Gang dieser Verhandlungen, bei denen es sich nicht nur um Deutschlands Wirtschaft und Finanzen, sondern auch um Deutschlands Staatshoheit ging, wurden der Reichstag und sein Auswärtiger Ausschuß nur ungenügend unterrichtet. Die Reichsregierung, die sich vom Reichstag die ausdrückliche und feierliche Billigung der die Kontrollforderungen der Entente scharf ablehnenden Erklärung des Reichskanzlers vom 28. März hatte aussprechen lassen, hielt es nicht für nötig, dem Reichstag Rede und Antwort über den von ihr aufs neue eingeschlagenen Weg der Unterwerfung zu stehen und eine neue Stellungnahme des Reichstags herbeizuführen. Die Mißstimmung über dieses Verhalten veranlaßte Ende Mai sogar die Deutsche Volkspartei, die durch das Steuerkompromiß der Regierung näher gekommen war, einem von der deutschnationalen Fraktion beantragten Mißtrauensvotum zuzustimmen.

Nachdem am 10. Juni auch die in Paris unter Mitwirkung des amerikanischen Bankiers Morgan geführten Verhandlungen über ein Deutschland für die Zwecke der Reparationszahlungen zu gewährende internationale Anleihe daran gescheitert waren, daß Frankreich die von dem Anleihekomitee als Voraussetzung für jede Anleihe bezeichnete Revision der Zahlungsbedingungen des Londoner Ultimatums ablehnte, stand für jeden Sachverständigen die Unmöglichkeit der weiteren Erfüllung auch nur der durch das Teilmoratorium für das Jahr 1922 herabgesetzten Zahlungen von 50 Millionen Goldmark pro Monat fest. Trotzdem sah sich die Reichsregierung nicht veranlaßt, sich über die von ihr unter diesen Umständen zu verfolgende Politik vor dem Reichstag auszusprechen. Nicht ohne Schwierigkeit gelang es schließlich durchzu-

setzen, daß bei Gelegenheit der Beratung der mit der Reparationskommission und mit Frankreich abgeschlossenen Abkommen über Sachlieferungen, die der Genehmigung durch den Reichstag bedurften, auch die zahlreichen in den letzten Monaten aufgelaufenen Interpellationen über Fragen der auswärtigen Politik und vor allem auch der Schriftwechsel zwischen der Reichsregierung und der Reparationskommission auf die Tagesordnung gesetzt wurden. Aber auch jetzt noch hielt sich die Regierung zurück. Der Reichskanzler verzichtete darauf, die Debatte einzuleiten. Statt seiner sprach der Staatssekretär im Wiederaufbau-Ministerium über die technischen Einzelheiten der Sachlieferungsabkommen und verlas der Minister des Auswärtigen Dr. Rathenau in Beantwortung der auf das Saargebiet und die Rheinlande bezüglichen Interpellationen eine Erklärung, die bei aller Nüchternheit ihrer sachlichen Feststellungen großen Eindruck machte, das Kernproblem unserer auswärtigen Politik, die Kontributionsfrage, jedoch überhaupt nicht berührte. Die ganze Erörterung drohte in Einzelheiten unterzugehen.

Nachdem die deutschnationale Fraktion der Reichsregierung vergeblich jeden Spielraum für die dringend nötigen Erklärungen zur Gesamtpolitik gelassen hatte, schickte sie am dritten Tag der Debatte, am 23. Juni, Dr. Helfferich vor, um das Schicksalsproblem Deutschlands in seinem ganzen Umfang aufzurollen.

Die Rede hat einen Eindruck von einer im Reichstag selten erlebten Stärke hervorgerufen. Der Eindruck wurde auch weder durch die nach mehrstündiger Kabinettsberatung vorgetragene Antwort des Reichsfinanzministers Dr. Hermes, noch durch die üblichen persönlichen Angriffe von Sozialisten und Demokraten gegen Dr. Helfferich abgeschwächt. Im Gegenteil, das Schlußwort, in dem Helfferich auf die verschiedenen Gegenausführungen einging und die Gelegenheit wahrnahm, den Hauptvorwürfen gegen seine politische „Vergangenheit" entgegenzutreten, ließ die bei Reden Helfferichs zur ständigen Gepflogenheit gewordenen lärmenden Unterbrechungen der Sozialisten und Kommunisten gar nicht erst aufkommen und löste bis hinein in die Reihen der Demokraten, deren Sprecher kurz zuvor Helfferich ebenso scharf wie unberechtigt angegriffen hatte, stürmische Zustimmung aus.

Am Tag darauf wurde Dr. Rathenau ermordet. Diese Wahnsinnstat haben die am Tage zuvor aufs Haupt geschlagenen politischen Gegner Helfferichs benutzt, um die Rede Helfferichs als die „Mordrede" auszuschreien. Die Erregung über das Verbrechen hat der Reichsregierung Gelegenheit gegeben, unter der Parole „der Feind steht rechts!" zum inneren Kampf mit dem Ziele des angeblichen Schutzes der Republik aufzurufen. In dem so entfesselten Kampf sind die am 23. Juni gesprochenen Mahnworte Helfferichs ungehört verhallt, bis die Brutalitäten eines Poincaré dem deutschen Volk aufs neue vor Augen führte, was das Wort „Feind" bedeutet.

* * *

Dr. Helfferich: Meine Damen und Herren! Die Tagesordnung, die seit vorgestern den Reichstag beschäftigt, ist ein ernstes **Dokument deutscher Not.** Wir haben auf dieser Tagesordnung Interpellationen über die uns zugemutete Einstellung des Eisenbahnbaues im Rheinland und die Zerstörung von dort bereits vorhandenen Eisenbahnen; wir haben eine Interpellation über die Bedrückung unserer deutschen Brüder im Saargebiet; wir haben eine Interpellation über die Zettelungen zur Loslösung des Rheinlandes vom deutschen Reichskörper; dazu eine Interpellation und einen Gesetzentwurf über die Abmachungen von Wiesbaden, von Berlin und Paris, die sich beziehen auf **die Fronarbeit, die das deutsche Volk leisten soll;** und schließlich haben wir auf der Tagesordnung den umfangreichen **Schriftwechsel mit der sogenannten „Reparationskommission"**, der gescheiterte Hoffnungen, neue Drohungen, neue Diktate und neue Demütigungen umschließt.

Deutschlands ganzer Jammer mußte jeden anfassen, der vorgestern die Ausführungen mit anhörte, mit denen unsere Kollegen die Tatbestände darlegten, die den verschiedenen Interpellationen zugrunde liegen. Da reihte sich ein Notschrei an den anderen, einer dringender als der andere. Da folgte eine Anklage auf die andere, eine wuchtiger als die andere. Anklagen gegen diejenigen, die das Selbstbestimmungsrecht der Völker, die Demokratie und die Völkerversöhnung als Mittel einer gleisnerischen Verführungskunst mißbrauchten und mit diesen großen Worten ungezählte Deutsche verwirrten und betörten, gegen diejenigen, die jetzt gegenüber dem deutschen Volke nichts kennen als schrankenlose Willkür, brutale Tyrannei, Verachtung und Haß, Vernichtungswillen und Zerstörungswut. (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen. Zurufe von der äußersten Linken.)

Da trat aus allen den Mißhandlungen, die man uns heute ungestraft antun darf, **das Bild des geachteten und gefürchteten deutschen Kaiserreichs** vor unsere Augen, (sehr gut! rechts. — Unruhe und Zurufe auf der äußersten Linken), das Glück unserer Vergangenheit und die Sehnsucht unserer Zukunft. (Lebhafter Beifall rechts. Andauernde Zurufe und Widerspruch links.) Das

Bild des deutschen Kaiserreichs, das die Macht hatte, sein Recht zu schützen; das Bild des deutschen Kaiserreichs, das weniger als irgendein anderer großer Staat der Welt seine Macht mißbraucht hat, um das Recht anderer zu beugen (sehr richtig! rechts; Zurufe links); das Bild des deutschen Kaiserreichs, dessen Macht Jahrzehnte hindurch der stärkste, sicherste Hort des Friedens und gesegneter Arbeit war. (Sehr wahr! und Bravo rechts. — Gegenrufe links.)

Die Herren, die hier widersprechen, möchte ich doch bitten, sich etwas in die Dokumente zu vertiefen, die das Auswärtige Amt jetzt veröffentlicht hat. (Sehr richtig! rechts).

Diese Dokumente sind ein monumentales Denkmal des Friedenswillens Deutschlands, (sehr richtig! rechts), ein monumentales Denkmal des Friedenswillens des Mannes, von dem Sie, meine Herren (nach links), der Welt immer nur die Kürassierstiefeln gezeigt haben! (Sehr wahr! bei den Deutschnationalen.)

Sie sind ein monumentales Denkmal des Friedenswillens eines Bismarck, der turmhoch über den impotenten Friedensbewegungen steht, denen Sie heute das Wort reden. (Zurufe links.)

Die aufrichtigen und einsichtigen Friedensfreunde der Welt hätten alle Veranlassung, Jahr für Jahr in Friedrichsruh am Grabe des Fürsten Bismarck einen Kranz von Lorbeer und Palmen niederzulegen. (Beifall rechts. — Abg. Maltzan: Sie sind wohl verrückt! — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter Maltzahn, diese Zurufe sind ungehörig. Ich rufe Sie deshalb zur Ordnung! (Bravo! rechts.)

Dr. Helfferich: Auch für die nachbismarckische Zeit, meine Damen und Herren, steht für jeden, der Einblick in die Geschehnisse hat, der Friedenswille der deutschen Politik außer jedem Zweifel. Aus eigener Kenntnis der in der verhängnisvollen Zeit handelnden Personen möchte ich sogar sagen: Wenn wir in den Krieg — um diesen so oft gebrauchten, von Lloyd George zuerst benutzten Ausdruck zu gebrauchen, „hereingeschlittert" sind — (Zuruf von den Sozialdemokraten: Zuerst von Tirpitz gebraucht!)

Sie dürfen sich freuen, Herr Kollege Stampfer, Sie haben ausnahmsweise einmal recht, erst war es Tirpitz, dann Lloyd George und dann viele andere. — Wenn wir also tatsächlich in den Krieg „hineingeschlittert" sind, so vor allem aus dem Grunde, weil Kaiser und Kanzler von dem eigenen Friedenswillen so durchdrungen waren, daß sie bei keiner anderen Persönlichkeit, der die Vorsehung die Verantwortung für die Völker in die Hand gegeben hatte, die Möglichkeit voraussetzten, daß sie aus einem verhältnismäßig geringen Anlaß diesen furchtbaren Völkerbrand entfesseln würde.

Das ist der Schlüssel zu manchem Vorgang in dieser Zeit, den die Welt heute noch nicht recht versteht. (Erneute Zustimmung rechts. — Sehr richtig! rechts.)

Aber kehren wir zurück zur Gegenwart! Wenn uns etwas aus der Vergangenheit und aus der Hoffnung für die Zukunft herausriß und wieder mitten in die rauhe Gegenwart stellte, wenn uns irgend etwas die Not und das Elend der Gegenwart doppelt und dreifach fühlbar machte, dann war es das Schriftstück, das der Herr Minister des Auswärtigen in Beantwortung der Interpellationen hier vorgelesen hat. Auch dieses Schriftstück ist in seiner ganzen Nüchternheit **ein furchtbares Dokument der Anklage.** (Sehr richtig! rechts.)

Was in diesem Schriftstück zugegeben und bestätigt, was in ihm noch über die von den Interpellanten vorgebrachten Tatsachen hinaus festgestellt wurde, das ist schlechthin erschütternd für jeden, der noch ein deutsches Herz in der Brust hat; ich hoffe, auch erschütternd für das Ausland, soweit es sich noch ein objektives Urteil und ein menschliches Gefühl bewahrt hat. Wir danken dem Herrn Minister des Auswärtigen für diese Feststellung. Wir danken ihm auch für die namens der Reichsregieung abgegebene Erklärung, daß sie sich mit allen Mitteln — so haben wir das verstanden — der versuchten Losreißung der Rheinlande widersetzen wird. Aber allerdings, wir hätten noch etwas mehr gewünscht. Ich begreife, daß der Herr Minister des Auswätigen seine Worte wägt, wenn er in solchen Fragen nicht nur vor dem Deutschen Reichstag, sondern vor der Oeffentlichkeit, der gesamten Welt spricht. Ich verstehe auch, daß der Herr Minister des Aus-

wärtigen Diplomat sein will, denn das ist schließlich sein Beruf. Ich weiß auch, daß Gott dem Diplomaten die Sprache gegeben hat — nach dem bekannten Ausspruch von Talleyrand —, um seine Gedanken zu verbergen.

Aber es gibt Augenblicke, in denen auch ein Minister des Auswärtigen von dieser Gabe keinen Gebrauch machen sollte.

Vorgestern war ein solcher Augenblick.

Deshalb kann ich — es liegt keine persönliche Spitze in dem, was ich sage — kein Verständnis für die, ich will einmal sagen, mehr als abgeklärte Art der Kritik des Herrn Ministers an den Zuständen finden, an diesen Zuständen, die zum Himmel schreien. Er hat damit dem von ihm selbst entworfenen Bild die Farbe und damit doch auch etwas das Leben vorenthalten.

Es ist nicht richtig, daß durch

**das Verhalten der Saarregierung**

nur ein „Mangel an gegenseitigem Vertrauen" hervorgerufen worden sei. Es ist nicht richtig, daß durch das Verhalten der Saarregierung nur „eine Atmosphäre der Mißstimmung" und ein „ganz ungesunder Zustand" geschaffen worden sei.

**Was dort in der Saarbevölkerung und weit darüber hinaus in der Seele unserer Landsleute entstanden ist, ist Erbitterung und Empörung, ist Haß und Wut.** (Zustimmung bei den Deutschnationalen.)

Warum sagen Sie das nicht, Herr Minister? Es ist wichtig, daß die Welt das weiß, und es ist nach unserer Ansicht wichtig, daß sie es auch aus Ihrem Munde hört. (Sehr gut! bei den Deutschnationalen.)

Es ist wichtig, daß unsere Brüder im Saargebiet, die in ihrer Bedrängnis treu zu ihrem angestammten Vaterlande halten, die Gewißheit haben, daß man auch an den höchsten Stellen des Reiches für diese ihre Gefühle das vollste Verständnis hat. (Abg. Crispien: Ein unverschämter Hetzer sind Sie!)

Die „Unverschämtheit" ist bei Ihnen schon längst ein parlamentarischer Ausdruck, deswegen sei Ihnen dieses Wort gestattet.

Der Minister hat den letzten Teil seiner Ausführungen eingeleitet mit den Worten: „Das Bild, das ich Ihnen entrollen durfte, ist kein erfreuliches." — Bei Gott, die Limonade ist matt!

**Nein, das Bild ist nicht nur kein erfreuliches; es ist ein empörendes und herzzerreißendes und zum Himmel schreiendes Bild der Leiden eines deutschen Volksteiles, der sich im wörtlichen Sinne des Wortes verraten und verkauft fühlt.** (Lebhafte Zustimmung bei den Deutschnationalen. — Große Unruhe und Zurufe links: Die Früchte Ihrer Politik!)

Das Schamgefühl scheint hier keinen Platz mehr zu haben. (Andauernde lärmende Zurufe links. — Glocke des Präsidenten.)

Wenn ich das Wort „verkauft und verraten" ausgesprochen habe, so habe ich das aus ganz bestimmten Gründen getan. Ich erinnere an den **schändlichen Betrug** und stelle ihn für diejenigen, die ihn noch nicht kennen, fest, der bei den Vorverhandlungen von Versailles von der französischen Regierung begangen worden ist. (Abg. Müller-Franken: Die ganze Erregung ist vor dem Spiegel einstudiert! — Pfui-Rufe bei den Deutschnationalen. — Erneute Rufe von den Sozialdemokraten: Einstudierte Geste! — Gegenrufe von den Deutschnationalen: So etwas ist mal Reichskanzler gewesen!)

Ich antworte nicht, denn die Verachtung hat keine Worte. (Sehr gut bei den Deutschnationalen.)

Nach dem Buche des Herrn Tardieu, der bei diesen Verhandlungen zugegen war, betitelt „La Paix", auf Seite 290 ff. — damit diejenigen Herren, die Französisch verstehen, das nachlesen können — stelle ich folgenden Sachverhalt fest. (Unruhe bei den Sozialdemokraten.)

Ich wäre dankbar, wenn die Herren nun mit etwas mehr Ruhe zu hören wollten. Es ist eine Sache, die wirklich ganz Deutschland interessieren sollte:

> Am 28. März 1919, vormittags, Sitzung des Rats der „großen Vier" — von Herrn Tardieu selbst so bezeichnet — im Hotel des Präsidenten Wilson. Herr Loucheur und Herr Tardieu sind zugezogen. Lloyd George tritt den französischen Ansprüchen auf das Saargebiet scharf entgegen. Er führt aus, die von Frankreich angenommene Grundlage des Friedens sei die „Reparation des Unrechts von 1871, nicht desjenigen von 1815". Er schließt mit den Worten: **„Schaffen Sie kein neues Elsaß-Lothringen."**

Das bezog sich auf das Saargebiet.

Clemenceaus Antwort:

> Es gibt dort im Saargebiet 150 0000 Menschen, die Franzosen sind. Diese Menschen, die im Jahre 1918 an den Präsidenten Poincaré Adressen geschickt haben, haben auch einen Anspruch auf Gerechtigkeit.

Im Saargebiet gab es damals noch keine 100 Franzosen und Französlinge. (Lebhafte Zustimmung rechts.)

Was Herr Clemenceau hier vorbrachte, war **eine unerhörte Lüge**, und wenn diese Adressen den „großen Vier" vorgelegt wurden, dann waren diese Adressen unerhörte Fälschungen. (Erneut lebhafte Zustimmung rechts. — Widerspruch und Zurufe links.)

Diese Fälschungen haben ihre Schuldigkeit getan; sie sind die Grundursache des Zustandes, in dem sich heute das Saargebiet befindet. (Sehr richtig! rechts. — Zuruf links: Industrielle waren dabei, Herr Röchling!)

Haben Sie etwa diese Adresse und den Namen Röchling darauf gesehen? (Wiederholte Rufe links: Haben Sie sie gesehen?)

Haben Sie eine solche Adresse gesehen? — Nein? — Dann schämen Sie sich in den Grund Ihrer Seele, wenn Sie noch Schamgefühl besitzen. (Andauernde Zurufe links.)

Ich frage: Ist der deutschen Regierung dieser Sachverhalt bekannt, und was hat die deutsche Regierung getan, um diesen schändlichen Betrug aufzuklären? (Sehr gut! rechts.)

Hat die deutsche Regierung je den Versuch unternommen, die Folgen dieses schändlichen Betruges rückgängig zu machen? Mir ist nichts derartiges bisher bekannt geworden; aber ich hoffe, daß das an mir liegt. (Rufe links: Sehr richtig! Das liegt an Ihnen!)

Aber auch draußen ist nichts bekannt geworden; und das liegt nicht an mir, das liegt jedenfalls an der Regierung.

Muß sich denn unter diesen Umständen, die im Saargebiet bekannt sind, die saarländische Bevölkerung nicht verlassen und verraten fühlen, wenn auch jetzt wieder die Regierung mit so matten Worten ihrer gedenkt? Ich wiederhole es: ich danke dem Herrn Minister dafür, daß er die Tatsachen festgestellt hat; meine Kritik soll keine persönliche sein; sie ist vielleicht scharf, weil mir

dieses Land nach meiner Geburt und Herkunft ganz besonders am Herzen liegt. (Zurufe links.)

Aber ich sage: Besteht nicht die Gefahr, daß bei der Bevölkerung des Saargebiets die matten Worte, in denen Empörung und Entrüstung kaum anklangen, den Eindruck erwecken, als ob sie mehr von der Sorge vor einem französischen Stirnrunzeln als von den Leiden der Bevölkerung des Saargebiets eingegeben seien? (Sehr richtig! rechts.)

Und dann, meine Herren am Regierungstisch! Wenn Herr Dr. Rathenau sozusagen als einzigen Trost dem Saarland die Hoffnung auf eine bessere Einsicht des Völkerbundsrates zeigte, muß da angesichts der Erfahrungen mit Oberschlesien die Saarbevölkerung nicht geradezu verzweifeln? (Sehr wahr! rechts.)

Muß da nicht die ganze Welt auch über das Saarland hinaus das Gefühl haben, hier steht eine Regierung, der der Völkerbundsrat alles und jedes bieten kann; die Hoffnung auf eine bessere Einsicht des Völkerbundrates wird diese Regierung deshalb doch nicht verlieren! (Lebhafte Zustimmung rechts.)

Nehmen Sie zu dem Jammer des Saargebiets und des Rheinlandes nun noch **Oberschlesien** hinzu, wo jetzt der polnische Adler über Gebiete und Städte hochgeht, die seit mehr als acht Jahrhunderten zu Deutschland gehören (Abg. Wels: Alles Ihre Erfolge!), dann haben Sie, ich will nicht sagen, das Ergebnis, aber die einzigen bisher greifbaren Resultate der Politik, die uns immer und immer wieder als die einzig mögliche Politik gepriesen wird (sehr richtig! rechts), als die Politik, die uns nach den Verheißungen des Herrn Reichskanzlers den „Weg ins Freie" öffnen sollte. (Lachen rechts.)

Aber, meine Damen und Herren, das Bild, das ich eben angedeutet habe, bedarf der Ergänzung durch die Vorgänge, die nicht nur die uns entrissenen oder in ihrem deutschen Bestande bedrohten und von fremder Soldateska besetzten Gebiete berühren, sondern die das deutsche Volk in seiner Gesamtheit ganz unmittelbar angehen. Damit komme ich zu den

**Abkommen von Wiesbaden, Paris und Berlin.**

Ich will diesen Punkt kurz behandeln. Mein Frak-

tionskollege Reichert hat ja die Dinge ausführlich besprochen. Ich kann nicht anerkennen, daß die Gegengründe gegen unsere Bedenken, die schon im Auswärtigen Ausschuß und auch hier von der Regierung geltend gemacht worden sind, für uns eine durchschlagende Bedeutung haben können. Es ist — das mag mir auch Herr Staatssekretär Müller nicht verübeln — auch in seiner letzten Ausführung, der ich vorhin zuhörte, doch sehr stark gegen Windmühlen gefochten worden. Kein Mensch von uns — darüber besteht volle Klarheit —, kein Mensch behauptet, daß jetzt, während des Jahres 1922, solange das vorläufige Teilmoratorium gilt, das aber auf dieses Jahr beschränkt ist, daß in diesem Zeitraum sich die nachteiligen Folgen, von denen hier die Rede ist, in vollem Umfang geltend machen werden. Das gilt namentlich für die Kredite, die wir als „Bankier Frankreichs" in Sachleistungen geben sollen. Für dieses Jahr ist das allerdings ausgeschlossen. Aber wir denken eben weiter als bis zum 31. Dezember 1922; das darf man uns nicht verübeln. (Zuruf links: Hätten Sie doch früher daran gedacht!)

Ja, da hätten andere Leute nur auf das hören sollen, was ich sagte! (Erneute Zurufe links.)

Was ich sage, scheint Ihnen sehr unangenehm zu sein, daß Sie fortwährend abzulenken suchen.

Zu der Frage der drei Abkommen möchte ich ganz kurz unsern Standpunkt folgendermaßen präzisieren: Gegen das Wiesbadener Abkommen haben wir, so wie es jetzt modifiziert ist, vor allen Dingen die Ausstellung, daß wir in der Tat für die Zeit beginnend vom 1. Januar nächsten Jahres der „Bankier Frankreichs" bleiben. Dazu sind wir nicht in der Lage. Das wird vielleicht wieder durch andere Konzessionen, aber jedenfalls nicht umsonst aus der Welt geschafft, und insofern liegt hier in der Tat eine Mehrbelastung gegenüber dem Londoner Ultimatum vor.

Gegen das Bemelmans- und Gillet-Abkommen haben wir die Einwendung, daß anstelle der Regelung auf Grund des Artikels VIII des Loner Ultimatums, von der bisher in nicht großem Umfange Gebrauch gemacht worden ist, und zwar deshalb nicht Gebrauch gemacht worden ist, weil diese Regelung

auch für die anderen Vertrags-Parteien große Schwierigkeiten im Gefolge hat, daß da eine Regelung getroffen worden ist, die es den anderen, unsern Vertragsgegnern, ermöglicht, einen großen und wesentlichen Teil unseres Exports über Reparationskonto zu verrechnen. (Hört! Hört! bei den Deutschnationalen.)

Wie viel, das ist für dieses Jahr mit den 1450 Millionen Mark für Sachleistungen bestimmt. Wie hoch der Betrag für die Sachleistungen im nächsten Jahre festgesetzt wird, weiß die Regierung genau so wenig wie ich; das steht in der Hand der sogenannten Reparationskommission. Aber wenn derselbe Betrag oder ein noch höherer festgesetzt wird, so steht nach dem Bemelmans-Abkommen jedenfalls fest, daß dann auch dieser Teil unseres freien Exports über Reparationskonto verrechnet wird.

Welches ist das Verhältnis dieser 1450 Millionen Mark zu unserm ganzen Export? Es sind mehr als 40 Prozent unseres Gesamtexports. Dieser Teil unseres Gesamtexports wird in bezug auf die Produktion von Devisen, wie ich im Auswärtigen Ausschuß ausführte, sterilisiert. Für diesen Teil unseres Gesamtexports bekommt Deutschland keine Valuta.

> **Für diesen Teil unseres Gesamtexports kann infolgedessen Deutschland weder die lebensnotwendigen Nahrungsmittel und Rohstoffe kaufen, noch kann es damit Devisen beschaffen, mit denen wir der uns auferlegten Goldzahlungspflicht genügen können. Ich möchte sagen, daß mit dem, was von unserm Export bei seinem gegenwärtigen Stande übrig bleibt, noch nicht ein Drittel unserer notwendigen Rohstoff- und Nahrungsmitteleinfuhr bezahlt werden kann.**

In dieser Sterilisierung von nahezu der Hälfte unseres Gesamtexports in bezug auf Devisen sehen wir eine **ungeheure Gefahr.** Mit dem Bemelmans- und Gillet-Abkommen ist unser Export und damit auch unsere Devisenproduktion in die Hand der Reparationskommission gegeben, die ohnedies vom deutschen Lebensschicksal mehr in der Hand liegen hat als irgendeine Macht außer dem lieben Gott im Himmel. (Sehr richtig! rechts. — Zuruf links: Durch Ihre Schuld! — Lachen rechts.)

Das sind in kurzem die Gründe, aus denen wir auch nach

den Aufklärungen, die uns in dankenswerter Weise im Auswärtigen Ausschuß und hier gegeben worden sind, die auch für mich manches Neue enthalten haben, was ich ohne weiteres zugebe, nicht in der Lage sind, diesen Abkommen zuzustimmen. Die sachlichen Gründen werden die Herren, die noch ein sachliches Urteil haben (Abg. Stampfer: Und was dann?) . . .

Ich bin Ihnen dankbar, Herr Stampfer; Sie kommen mir gerade in den Weg gelaufen! Sie haben ja die geistreiche Frage auch im Auswärtigen Ausschuß gestellt, und ich habe Ihnen darauf geantwortet: dann tritt Art. VIII des Londoner Ultimatums in Kraft. (Zuruf von den Sozialdemokraten: Und dann?)

Warten Sie doch nur ab! Genau so haben sie es im Auswärtigen Ausschuß gemacht; auch dort haben Sie diese Frage wiederholt, und darauf habe ich, da Sie mir lästig wurden, die Antwort gegeben: das wird sich entwickeln! (Große Unruhe und lebhafte Zurufe auf der Linken: Flegel!)

Ich will Ihnen noch eine andere Antwort geben. (Anhaltende Unruhe auf der Linken.)

Herr Dr. Stampfer, wir kennen uns parlamentarisch jetzt seit 1½ Jahren, und wenn Sie etwas mehr aufpaßten, hätten Sie vielleicht die Beobachtung gemacht, daß ich den Grundsatz habe, auf dumme Fragen auch dumme Antworten zu geben. (Lebhafte Zustimmung und Heiterkeit rechts. — Erneute große Unruhe und Zurufe bei den Sozialdemokraten und auf der äußersten Linken.)

Aber da ich gerade — sagen wir einmal: das Vergnügen habe, mich mit Ihnen, Herr Dr. Stampfer, zu unterhalten, so möchte ich auf eine andere Sache zurückkommen, auf eine Affäre von gestern, auf **die Angelegenheit des Herrn v. Oldenburg.** (Zuruf von den Sozialdemokraten: Auf Ihre Angelegenheit!)

Sie haben hier einen Brief des Herrn v. Oldenburg an den früheren Minister v. Loebell auf den Tisch des Hauses niedergelegt, einen temperamentvollen Brief, temperamentvoll wie Herr v. Oldenburg selbst. In Bezug auf Temperament fühle ich mich mit Herrn v. Oldenburg verwandt. (Heiterkeit und lebhafte Zurufe bei den Sozialdemokraten und auf der äußersten Linken.)

Ich darf gleich hinzusetzen, da gestern hier ein Zwischenruf aus unseren Reihen kam, der nicht auf genauer Kenntnis der Tatsache beruhte: Herr v. Oldenburg ist eingeschrie-

benes und geschätztes Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei. (Zurufe von den Sozialdemokraten: Mumm hat es geleugnet!)

Ich stelle hier namens der Partei fest, daß Herr v. Oldenburg eingeschriebenes und geschätztes Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei ist!

Der Brief enthält eine Aeußerung schweren Unmuts. Er enthält die Aeußerung, Herr v. Oldenburg werde infolge all der Scherereien, über die er sich beklagte, Scherereien infolge von Verordnungen, 500 Morgen unbestellt lassen. (Unruhe und Zurufe bei den Sozialdemokraten und auf der äußersten Linken.)

Herr Dr. Stampfer hat an diese Aeußerung unter dem Schutz der Immunität die schwersten Beleidigungen geknüpft. Er hat dem abwesenden Herrn v. Oldenburg — ich möchte Ihnen nicht raten, es ihm ins Gesicht zu sagen — (Heiterkeit und Zurufe von den Deutschnationalen: Er wird sich hüten! — Gegenrufe von den Sozialdemokraten) Schurkerei und Landesverrat vorgeworfen. (Lebhafte Zustimmung und Zurufe von den Sozialdemokraten: Das war auch ganz berechtigt!)

Ich möchte Herrn Dr. Stampfer fragen, ob er noch nie im Unmut eine Aeußerung getan hat, deren Ausführung er sich dann noch einmal zu überlegen hat. (Abgeordneter Dr. Stampfer: Das ist eine ganz klare Selbstbezichtigung!)

Ich möchte ihn weiter fragen, ob er sich vor seinen beleidigenden Aeußerungen gegenüber einem Abwesenden darüber erkundigt hat, ob die 500 Morgen des Herrn v. Oldenburg bestellt worden sind oder nicht. (Zuruf von den Sozialdemokraten: Er hat es doch gestanden, daß er es getan hat! — Lebhafter Widerspruch rechts.) Wo denn? (Erneuter Zuruf von den Sozialdemokraten: Er hat es in dem Brief gestanden! — Zuruf bei den Deutschnationalen: Sie drehen ja alles um!)

Ich möchte feststellen, daß sich also Herr Dr. Stampfer darüber nicht vergewissert hat! (Sehr gut! bei den Deutschnationalen.)

Ich möchte weiter feststellen, daß mein Fraktionskollege Herr Dr. Rösicke bereit ist, aus eigener Kenntnis zu bestätigen, daß die 500 Morgen bestellt worden sind. (Lebhaftes Hört! Hört! bei den Deutschnationalen. — Unruhe und lebhafte Zurufe bei den Sozialdemokraten.)

Ich nehme aber, meine Damen und Herren, gerne davon Kenntnis, **daß der Sprecher der Sozialdemokratie den Tatbestand des Streiks in einem lebens- und kriegswichtigen Betrieb als Schurkerei und Landesverrat abstempelt.** (Lebhafte Rufe von den Deutschnationalen: Hört! Hört! Sehr gut! — Unruhe bei den Sozialdemokraten.)

Das ist immerhin ein Fortschritt angesichts der Tatsache, daß die Sozialdemokratie bisher gegen die während des Krieges in kriegswichtigen Betrieben angezettelten Streiks (wachsende Unruhe bei den Sozialdemokraten und auf der äußersten Linken) und auch gegen die im Augenblick der beginnenden Waffenstillstandsverhandlungen angezettelte Revolution solche Bezeichnungen nicht gefunden hat. (Stürmische Zustimmung und lebhafte Rufe: Sehr gut! rechts. — Große Unruhe und erregte Zurufe bei den Sozialdemokraten und auf der äußersten Linken.)

Meine Damen und Herren! Die Verträge von Wiesbaden, Berlin und Paris — ich komme hiermit auf den sachlichen Faden zurück, dies Abschweifen war nur notwendig durch die gestrigen Vorgänge —, die Verträge von Wiesbaden, Berlin und Paris sind nur einzelne Schritte auf dem **Leidenswege der Politik der Erfüllung,** der mit der Unterwerfung unter das **Londoner Ultimatum** begonnen hat. Diese drei Abkommen sind Versuche, die Fesseln dieses Ultimatums abzustreifen oder sie wenigstens zu lockern, Versuche, die mit dem typischen Ergebnis enden, daß die Ketten nur noch fester um den deutschen Volkskörper gezogen werden. (Lebhafte Zustimmung rechts. — Zuruf links: Das sind eben die Folgen und Schandtaten Ihrer Politik! — Zurufe rechts: Das haben wir schon so oft gehört! Sagen Sie (zu den Kommunisten) endlich einmal etwas Neues!)

Lassen Sie (nach rechts) doch diese Papageien ruhig reden! (Sehr gut! rechts und Heiterkeit.)

Aber, meine Damen und Herren, nach diesen drei Abkommen standen gestern und vorgestern auf der Tagesordnung und stehen auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung das Weißbuch mit seinem Nachtrag über den **Schriftwechsel mit der Reparationskommission,** und das schließt allerdings mehr als alles

andere unser Schicksal für die nächste Zukunft ein. Da hätten wir erwartet und wir hätten es gern gesehen, wenn der Herr Reichskanzler, der über diese Frage — abgesehen von dem kurzen historischen Referat über Genua — sich seit langen Wochen nicht geäußert hat, die Gelegenheit dieser Tagesordnung ergriffen hätte, um die Stellungnahme der Regierung darzulegen und die Handlungen der Regierung, die in diesem Weißbuch umschlossen sind, vor dem Hause zu begründen. (Sehr gut! rechts.)

Das ist bisher nicht geschehen. Wir sind heute am dritten Tage dieser Erörterung. Ich bin überzeugt, die Erörterung in diesem Hause könnte nur gewonnen haben, wenn der Herr Reichskanzler mit seinen Ausführungen an die Spitze dieser Erörterungen getreten wäre. Aber der Herr Reichskanzler ist ja hier, er war auch in den letzten Tagen hier, und ich zweifle nicht daran, daß der Herr Reichskanzler die, wie ich annehme, von der großen Mehrheit gewünschte Aufklärung doch noch im Laufe dieser Debatte geben wird.

Die Politik der Erfüllung, die in dem uns vorgelegten Schriftwechsel mit der Reparationskommission ihre neueste Dokumentierung erfährt, hat uns — das will ich einmal kurz zusammenfassen — **die furchtbare Entwertung des deutschen Geldes** gebracht, hat unseren Mittelstand zermalmt, hat Tausende von Familien in Not und Elend gebracht, hat zahllose Menschen in Verzweiflung und Selbstmord getrieben, sie hat große wertvolle Teile unseres nationalen Produktiv-Kapitals dem Ausland ausgeliefert, sie hat unsere wirtschaftliche und soziale Ordnung in ihren Grundfesten erschüttert. (Abg. Hoch: Alles die Folge Eurer Politik!)

Meine Herren von der Regierung, Sie wollen heute, wo volle Klarheit und unbestrittene Klarheit über die

**Unmöglichkeit der Erfüllung des Londoner Ultimatums**

besteht, den Versuch der Erfüllung nur noch gemacht haben, um den Beweis der Unmöglichkeit der Erfüllung zu bringen. Wenn Sie wirklich sehenden Auges all das Elend und all die Zerstörung auf sich genommen haben, um unsere Gegner eines Besseren zu belehren, um unsere Gegner von unserem guten Willen zu überzeugen, dann beneide ich Sie nicht um Ihren Schlaf. (Sehr gut! bei den Deutschnationalen. — Lachen und Zurufe links.)

Wenn Sie das für sich in Anspruch nehmen, dann nehmen Sie sich selbst den einzigen mildernden Umstand, der Ihnen zur Seite steht, die mangelnde Voraussicht. (Sehr gut! bei den Deutschnationalen. — Zurufe von den Kommunisten.)

Ich muß aber aus den Vorgängen der letzten Zeit die ernstliche Befürchtung herleiten, daß Sie auch durch die bisherigen Folgen Ihrer Politik noch nicht über den Weg klar geworden sind, den Sie gehen, oder daß Ihnen der Wille oder die Kraft fehlt, die Umkehr zu gewinnen. Ich kann mich mit meinen Freunden der Befürchtung nicht verschließen, daß Sie uns mit der Politik, wie sie aus den vorgelegten Weißbüchern hervorgeht, nur noch weiter in das Verhängnis hineinführen. (Abg. Hoch: Nur die Folge Ihrer Politik!)

Es schien ja einmal oder zweimal, als wenn Sie einen Anlauf nehmen wollten, sich aus der furchtbaren Verstrickung Ihrer eigenen Politik zu befreien. Es schien namentlich so, als die **Note der Reparationskommission vom 21. März dieses Jahres** hier einging, als diese Note Sie aus allen Himmeln der Hoffnungen stürzte. Sie glauben, in London, in Paris und in Cannes soviel „Atmosphäre" geschaffen zu haben, daß jetzt die Wendung zum Besseren kommen müsse. Sie sahen es als einen großen Erfolg an, daß Ihnen die Londoner City und die Bank von England im Dezember v. J., statt Ihnen den gewünschten Erfüllungskredit zu geben, bestätigt haben, was wir Ihnen von vornherein bei der Annahme des Londoner Ultimatums voraussagten, daß unter diesen Bedingungen, unter denen das deutsche Volk nicht leben kann, es auch keinen Kredit findet.

Sie sahen es als einen großen Erfolg an, daß die Staatsmänner der Entente in Cannes sich schließlich bereit zeigten, uns für ein Jahr — für ein einziges Jahr, meine Damen und Herren! — eine teilweise Stundung der Londoner Verpflichtungen zu gewähren, eine Stundung, auf die ich das Wort des Herrn Staatssekretärs Müller von vornhin anwenden möchte: Es ist ein Schritt vom Unmöglichen zum weniger Unmöglichen. (Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Na also!)

Ja, wenn Sie mit dem weniger Unmöglichen, aber immer

noch Unmöglichen zufrieden sind, können Sie ja zugrunde gehen. (Erneute Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Der Herr Reichsminister des Auswärtigen hat uns im Auswärtigen Ausschuß bei der Erörterung anderer Fragen gesagt, es mache nichts aus, ob dies oder jenes noch zu unseren Verpflichtungen hinzukomme; denn unmöglich sei es doch, und wenn ich zum Unendlichen noch Hundert hinzufüge, bleibe die Endsumme doch unendlich. Ich möchte den Satz umkehren und sagen: wenn man wirklich vom Unendlichen Hundert hinwegnimmt, dann bleibt es unendlich; und wenn man vom Unmöglichen das hinwegnimmt, was jetzt hinweggenommen ist, dann bleibt das Unmögliche unmöglich. Es gibt relative Möglichkeiten, aber es gibt **keine relative Unmöglichkeiten.** Eine Unmöglichkeit ist immer absolut, auch nach Professor Einstein! (Große Heiterkeit und Zustimmung rechts. — Zuruf links: Nun hat Einstein auch was weg!)

Ich habe den Eindruck, meine Damen und Herren, daß die Herren von der Regierung, geblendet durch die Scheinerfolge, die sie sich zuschreiben, zu wenig auf die Bedingungen geachtet haben, unter denen allein schon in London und Cannes die alliierten Staatsmänner bereit waren, uns auch nur jene scheinbaren Erleichterungen zuzugestehen. Wir haben auf Grund der Stimmen, die von drüben schließlich auch zu uns herüberklangen, schon im Dezember und Januar aufs eindringlichste gewarnt. Wir sahen, daß es auch dieses Mal darauf angelegt war, uns neue Zugeständnisse über Versailles und über London hinaus abzupressen. Deshalb waren wir etwas erstaunt über die Ueberraschung, ja, über die panikartige Bestürzung, die die Note vom 21. März in den Kreisen der Reichsregierung auslöste, jene Note, die der Ausgangspunkt für das neueste Stadium der Kontributionsfrage und der Erfüllungspolitik überhaupt geworden ist; jene Note, in der die **Finanzkontrolle und unerhörte neue Steuern und Vermögenskonfiskationen** über das Maß des mit Ach und Weh zustandegekommenen Steuerkompromisses hinaus von uns verlangt werden.

Die Ueberraschung und Bestürzung bei den Herren von der Regierung war so stark und so nachhaltig, daß noch am 28. März, sechs volle Tage nach der Ueberreichung der Note, der Reichskanzler hier im Reichstage starke Worte der Ableh-

nung für die uns angesonnene Finanzkontrolle fand, Worte, die auch unserem Bedürfnis durchaus entsprachen und denen in einer besonderen Entschließung zuzustimmen wir unsere Bereitwilligkeit ausdrücklich erklärten. Freilich, was der Herr Reichskanzler in der gleichen Rede über die weiteren Zumutungen der Reparationskommission sagte, machte uns im Gegensatz zu einigen anderen, etwas vertrauensvolleren Gemütern stutzig. Wir sahen hier **offene Hintertüren.**

Leider haben wir darin Recht behalten. Wir können uns dem Eindruck nicht verschließen, daß es in erster Linie die damals schon im Hintergrund stehende Hoffnung auf Genua gewesen ist, die dem Kanzler Veranlassung gegeben hat — ich möchte sagen: die ihm den Mut gegeben hat —, wenigstens in der Sache der Finanzkontrolle gegen den Ententestachel zu löcken.

Der Kanzler hat damals in derselben Rede, von der ich eben sprach, hier im Reichstag ausgeführt:

> „Entweder wird Genua der große Stern sein, der über dem wiedergenesenen Europa leuchtet, oder es wird nur ein Irrlicht sein, dem die hoffenden Völker zustreben, um bald zu erkennen, daß sie nur noch tiefer in den Sumpf geraten sind."

Der Reichskanzler Dr. Wirth hat neulich hier mancherlei zum Preis von Genua gesagt. Daß es der „große Stern" geworden sei, das zu behaupten hat er selbst nicht gewagt.

Und ich sage: Wer spricht heute noch von Genua! (Sehr wahr! rechts.)

Ich will mich darauf beschränken festzustellen, daß Genua uns weder Rettung noch Erleichterung gebracht hat, daß von Genua aus der Kanzler nach der Auflehnung vom 28. März seinen Canossagang, in diesem Falle den Gang nach Paris, angetreten hat, — das heißt, um es richtig auszudrücken, er hat den Reichsfinanzminister nach Paris gehen lassen.

Dem Herrn Reichsfinanzminister ist eine Note gewissermaßen als Einführungsbrief für seine Verhandlung vorausgeschickt worden, die **Note vom 9. Mai,** eines der verhängnisvollsten Dokumente der deutschen Geschichte (sehr richtig! bei den Deutschnationalen), eine Note, auf die ich

nachher noch zu sprechen komme, die die neue Kapitulation in aller Form eingeleitet hat.

Schon diese Note enthielt im Grundsatz alle die Zugeständnisse, die später in der Note vom 28. Mai im einzelnen festgelegt und verbrieft worden sind. **In dieser Note sind ohne die Zustimmung und — das möchte ich ausdrücklich hervorheben — ohne die ausreichende Information des Parlaments und seiner für die auswärtigen Angelegenheiten bestellten Vertretung Erklärungen von der größten Tragweite abgegeben worden. Schon diese Note vom 9. Mai steht im strikteften Gegensatz zu dem Beschluß des Reichstags vom 29. März, der die damals von der Regierung eingenommene Haltung, die eindeutige Ablehnung der Finanzkontrolle und auch, so ist es im Hause verstanden worden, die Ablehnung gegenüber dem Finanzdiktat ausdrücklich gebilligt hat.** (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Die Regierung hat sich also schon mit ihrer Note vom 9. Mai außerhalb der von ihr am 28. März extrahierten Erklärung des Reichstags gestellt. Sie hat sich sogar in Gegensatz zu dieser von ihr selbst extrahierten Erklärung des Reichstags begeben.

Die Lage wurde noch schärfer akzentuiert durch das von der deutschen Regierung am 28. Mai in der bekannten großen Note niedergelegte

**Ergebnis der Pariser Verhandlungen des Herrn Reichsfinanzministers.**

Ich will mich gewiß in die inneren Verhältnisse des Reichskabinetts nicht einmischen, aber die Tatsache, daß die Zugeständnisse, auf die der Herr Reichsfinanzminister die Reichsregierung in Paris mehr oder weniger festgelegt hat, sogar dem Reichskanzler Dr. Wirth zu weit gingen, steht doch wohl einwandfrei fest. Ich wenigstens denke von den Herren zu hoch, als daß ich den nach der Rückkehr des Herrn Dr. Hermes entstandenen Konflikt auf andere als schwerwiegende sachliche Gründe zurückführen kann. **Ich bin auch überzeugt, daß der Reichskanzler mit mir anerkennt und daß er mir nicht widersprechen wird, wenn ich sage, daß die Bedeutung der in Paris getroffenen und durch die Note vom 28. Mai von der Reichsregierung formell anerkannten Ab-**

**machungen an diejenigen des Londoner Ultimatums heranreicht, ja über diejenigen des Londoner Ultimatums hinausgeht.**

Der eine Teil dieser Abmachungen ist die Festlegung unserer schwebenden Schuld auf den Stand vom 31. März 1920 als Höchstbetrag und die Verpflichtung, jede Ueberschreitung dieses Höchstbetrages in letzter Linie durch neue Steuern oder durch Vermögenskonfiskationen abzudecken.

Diese Verpflichtung ist allerdings formell an die Voraussetzung geknüpft, daß eine für die Bezahlung unserer reinen Goldverpflichtungen ausreichende auswärtige Anleihe in angemessener Zeit zustande komme. Die Anleiheverhandlungen in Paris, die dafür die Voraussetzungen liefern sollten, sind gescheitert. Ich möchte sagen: Gott sei Dank sind diese Anleiheverhandlungen gescheitert. Denn die kurzfristige kleine Anleihe, die ohne die gleichzeitige Sicherung der Endlösung **nur eine sogenannte „Atempause-Anleihe"** bedeutet, diese kurzfristige kleine Anleihe, auf die unsere Regierung im Gegensatz zu dem Rat englischer und amerikanischer Sachverständiger hingearbeitet hat, hätte uns keine Erleichterung, sie hätte uns nur eine Erschwerung unserer Lage gebracht. (Sehr richtig! rechts.)

Für diese Beurteilung kann ich mich berufen auf das einstimmige Votum — nur der Franzose hat sich ausgeschlossen — des Anleihekomitees, das sich in demselben Sinne geäußert hat, wie ich es getan habe. Das Anleihekomitee hat sich in seinem Bericht dahin ausgesprochen, daß eine solche Atempause-Anleihe, selbst wenn sie möglich wäre, was vom Komitee verneint worden ist, **„im besten Falle die Zahlung eines hohen Preises darstellen würde, nur um auf günstigere Bedingungen für eine allgemeine Regelung zu warten"**. Es hat sich dahin ausgesprochen, daß **„nur mit der wirklichen Hoffnung auf eine endgültige Regelung innerhalb angemessener Frist eine solche Interimsanleihe überhaupt in Betracht gezogen werden könne"**, nicht nur im Interesse der Geldgeber, sondern auch im Interesse Deutschlands.

Eine solche Anleihe hätte uns also — darüber kann heute garnicht mehr gestritten werden — nicht nur nichts genützt, sie hätte uns noch geschadet.

Daß sie gescheitert ist, sollte uns wenigstens den Vorteil bringen, daß uns das wenigstens von der ungeheuerlichen Verpflichtung befreit, zu der furchtbaren Steuerlast, die dem deutschen Volke bereits auferlegt ist, neue Kontributionssteuern und neue Vermögenskonfiskationen in einem Ausmaß zu beschließen, das sich auf Grund des Voranschlags, der der Reparationskommission vorgelegt worden ist, sogar für die Dauer des Teilmoratoriums auf **mindestens 100 Milliarden Mark im Jahre** beläuft und auf noch sehr viel größere Beträge, wenn es der Reparationskommission gefällt, im nächsten Jahre den Betrag, den wir in „Sachleistungen" zu bezahlen haben, zu erhöhen, wenn unsere Valuta weiter zurückgeht und dann diejenigen Ausgaben, die sich in Gold beziffern, unendlich in die Höhe schnellen. Was ist das für eine Gefahr, die da an uns vorübergegangen ist! Ich hoffe, daß die Regierung mit allem Nachdruck die Gelegenheit benutzt, um uns aus der Schlinge zu befreien, die sie selbst uns bereits um den Hals gelegt hatte. (Sehr gut! bei den Deutschnationalen.)

> **Meine Herren und Damen! Die Verpflichtung, die, wenn auch in bedingter Form, übernommen worden ist, ist nach meiner Ansicht hellichter Wahnsinn, ist mehr als das, ist ein Verbrechen. Sie ist um so unsinniger und verbrecherischer, als uns sogar das unerfüllbare Teilmoratorium nur für 1922 zugestanden worden ist und vom 1. Januar 1923 an alles in Frage steht, d. h. alles in den Händen der Reparationskommission liegt.**

Wir müssen deshalb mit allem Nachdruck verlangen, daß die Reichsregierung keine Unklarheit darüber läßt, weder gegenüber dem Reichstag und der deutschen Oeffentlichkeit, noch gegenüber dem Garantiekomitee und der Reparationskommission, daß sie mit dem Fortfall der Voraussetzung sich von dieser wahnsinnigen Verpflichtung als befreit erachtet. (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Wir müssen das umso mehr verlangen, als die Reparationskommission zwar von dem Vorbehalt der deutschen Regierung Notiz genommen, aber die sehr wichtige Erklärung hinzugefügt hat, die Reparationskommission behalte sich ausdrücklich das Recht vor,

das Teilmoratorium auch noch im Laufe des Jahres 1922 jederzeit zu widerrufen, falls Deutschland in Ermangelung der auswärtigen Anleihe die Stabilisierung der schwebenden Schuld unterlasse. Damit ist ein neues Damoklesschwert über uns aufgehängt, und ich hoffe, daß die Regierung nicht vor diesem Damoklesschwert Kotau macht. (Heiterkeit links.)

Wir müssen diese Forderung schließlich um so mehr stellen, als die von der Reichsregierung am 13. d. Mts. durch Wolff ausgegebene Erklärung besagt:

> „Die deutsche Regierung wird im Interesse der Festigung der deutschen Wirtschaftslage und des deutschen Kredits nach wie vor alles tun, um die Reichsfinanzen auf eine gesunde Grundlage zu stellen und der Vermehrung der schwebenden Schuld entgegenzuwirken, so weit dies unter den gegebenen erschwerten Verhältnissen möglich ist. In den bevorstehenden Verhandlungen mit dem Garantiekomitee wird die Gelegenheit geboten sein, der Reparationskommission die nötigen Aufschlüsse hierüber zu geben."

Wir müssen der Reichsregierung dringend empfehlen, dem Garantiekomitee reinen Wein einzuschenken und jede Festlegung irgendwelcher Verpflichtung in bezug auf neue Steuern, Zwangsanleihen und andere Eingriffe zu vermeiden. Die Regierung hat schon mit ihrer an die Voraussetzung der auswärtigen Anleihe gebundenen Zusage in der Note vom 28. Mai Dinge in Aussicht gestellt, die sie nicht in Aussicht stellen durfte. Ich komme darauf in Verbindung mit der Kontrolle noch zurück. Es handelt sich dabei auch um die Mitteilungen, die der Reparationskommission im voraus, ehe der Reichstag Stellung genommen hatte, in wichtigen Punkten hinsichtlich der Zwangsanleihe gemacht worden sind, und die selbstverständlich von der anderen Seite als eine Bindung der deutschen Regierung und, was viel schlimmer ist, des Deutschen Reiches aufgefaßt werden.

Ich stelle fest: **Die Regierung kann durch ihre bedingte Zusage, im Wege von neuen Steuern und Konfiskationen die schwebende Schuld auf einen Höchstbetrag festzulegen, den Reichstag und damit das Deutsche Reich in keiner Weise binden.** (Sehr richtig! rechts.)

**Es ist wichtig, daß man das im Reich und auch im Ausland, daß man das auch bei der Reparationskommission hört.** (Sehr richtig! rechts.)

Der Wechsel, den die Reichsregierung mit ihrer Note vom 28. Mai in diesem und in manchen anderen Punkten ausgestellt hat, ist gültig, auch wenn die Voraussetzung der auswärtigen Anleihe erfüllt ist, **nur mit der Unterschrift des Reichstags.** (Sehr richtig! rechts.)

**Diese Unterschrift ist nicht gegeben worden, sie ist von der Regierung nicht einmal verlangt worden, und sie kann auch nicht gegeben werden, wenn der Reichstag nicht an sich selbst Harakiri verüben und das Beschließen über neue Steuern der Reparationskommission überlassen will.** (Sehr wahr! rechts.)

Ich gehe weiter: Der von der Regierung geschriebene Wechsel ist vom Reichstag nicht nur nicht unterschrieben, sondern er ist von großen Teilen des Reichstags in aller Form protestiert, (sehr wahr! rechts) und er bleibt protestiert, solange nicht der Reichstag den formellen Beschluß gefaßt hat, den Blankowechsel auf neue Steuern und Vermögenskonfiskationen zu beliebiger Ausführung der Reparationskommission in die Hand zu geben. (Sehr richtig! rechts.)

Ich komme damit zu den Zugeständnissen der Reichsregierung hinsichtlich der Kontrolle, und hier bin ich genötigt, schwere Vorwürfe, ja **Anklagen gegen die Reichsregierung** zu erheben. (Zuruf von den Sozialdemokraten.)

Sie hat nicht nur gegen den von ihr selbst extrahierten Beschluß des Reichstags gehandelt, sie hat nicht nur den Reichstag und den Auswärtigen Ausschuß nicht vollständig informiert, sondern auch ihre im Auswärtigen Ausschuß gegebenen Informationen über den Inhalt der von ihr zur Absendung fertiggestellten Note waren direkt irreführend. (Lebhafte Rufe rechts: Hört! hört!)

Ich begründe das; denn der Vorwurf ist schwer.

Erstens: Man hat in uns die Vorstellung erweckt, nicht nur in der deutschnationalen Volkspartei, sondern im ganzen Auswärtigen Ausschuß, daß jede Zusage, auch die Zusage hinsichtlich der Finanzkontrolle, gebun-

denseiandasZustandekommenderauswärtigen Anleihe. (Sehr richtig! rechts.)

Das war wichtig; denn durch das Zustandekommen einer großen auswärtigen Anleihe, wie sie ja allein möglich ist, wäre möglicherweise die Frage der Kontrolle auf ein ganz neues Gebiet gekommen.

Zweitens: Man hat uns nur von Vorbehalten gesprochen, die in bezug auf die Kontrolle gemacht werden sollten, aber nicht von irgend welchen positiven Zugeständnissen (sehr richtig! rechts), die tatsächlich von der Regierung gemacht worden sind. (Hört! hört! rechts.)

Der Text der Note ergibt **die weitestgehenden positiven Zugeständnisse;** er ergibt, daß im wesentlichen alles das zugestanden worden ist, was die Reparationskommission in ihrer Note vom 21. März d. Js. verlangt hat und was damals der Reichskanzler mit so großer und in diesem Falle wirklich eindeutiger Bestimmtheit zurückgewiesen hat. (Lebhafte Rufe rechts: Hört! hört!)

Ich muß Ihnen die Worte verlesen, die der Herr Reichskanzler damals gebraucht hat, um den Gegensatz zwischen dem 28. März und heute, der inzwischen durch die Regierung geschaffenen Situation, durch die Worte des Herrn Reichskanzlers selbst in das richtige Licht zu setzen. Der Herr Reichskanzler hat damals nach dem stenographischen Bericht ausgeführt:

> Ich erachte es als mit dem Selbstbestimmungsrecht eines Volkes und mit der Ehre einer großen Nation für unvereinbar (hört! hört! rechts), daß man ihr fremde Organe zur Ueberwachung der einzelnen Zweige bestimmter ziviler Verwaltungen beigibt. (Zustimmung.) Wir haben auf dem Gebiet der Kontrollkommissionen schon so trübe Erfahrungen hinter uns (sehr wahr!), daß es niemand bei uns verstehen würde, wenn dieses schikanöse, kostspielige, gänzlich unproduktive System (lebhafte Zustimmung) auch auf die deutsche Zivilverwaltung ausgedehnt würde. (Starker Beifall und Zustimmung.)
>
> Wir haben auf Grund des Friedensvertrages schon jetzt in Deutschland eine große Anzahl von Ententesoldaten, von einfachen Soldaten, sage ich, deren Einkommen den drei-

fachen Betrag desjenigen eines hohen deutschen Ministerialbeamten ausmacht. (Lebhafte Rufe: Hört! Hört!) Wenn ich mir diese tieftraurige und doch auch wieder lächerliche Tatsache dahin ausgedehnt denke, daß nach dem Willen der Reparationskommission von nun an bei jeder größeren Steuerbehörde in Deutschland Kontrollorgane der Alliierten in Funktion treten sollen, so kann ich dies nur als eine Zumutung bezeichnen, der sich keine deutsche Regierung im Interesse unseres verarmten und notleidenden Volkes unterwerfen darf. (Stürmischer Beifall.)

(Hört! Hört! bei den Deutschnationalen.)

So hat der Herr Reichskanzler am 28. März gesprochen. Und nun, meine Damen und Herren, vergleichen Sie den Text der Note der Reparationskommission vom 21. März und den Text der Noten, die unsere Regierung am 9. Mai und am 28. Mai an die Reparationskommission geschickt hat. In bezug auf die Finanzkontrolle heißt es in der Note vom 21. März:

Die Reparationskommission wird durch Vermittlung des Garantiekomitees an den verschiedenen Stellen eine zur Genüge ausgedehnte Ueberwachung ausüben, damit man in jedem Augenblick sich genau von der Anwendung dieser Gesetzgebung, insbesondere von der Lage der Steuerveranlagung und Steuererhebung, Rechenschaft ablegen und geeignetenfalls die Mängel, welche diese Anwendung aufweisen könnte, feststellen kann. Sie wird Deutschland gegebenenfalls auffordern, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um festgestellten Mängeln abzuhelfen, und wird ihre Entschließung fassen, falls Deutschland binnen einer angemessenen Frist von ihr als ausreichend angesehene Maßnahmen nicht getroffen haben sollte.

(Hört! Hört! rechts.)

Das war einer der Sätze, auf die sich die Zurückweisung des Reichskanzler bezogen hat.

Nehmen Sie nun dagegen die Note der Reichsregierung vom 9. Mai! (Zuruf rechts: vom 28.!)

Verzeihung, zunächst die Note vom 9. Mai:

> Die deutsche Regierung nimmt gern davon Kenntnis, daß die Reparationskommission die Souveränität Deutschlands bei der Feststellung seiner öffentlichen Ausgaben, sowie in den Fragen der Besteuerung und der allgemeinen Finanzpolitik anerkennt.

Wohlgemerkt, eine schriftliche Erklärung, daß die Reparationskommission dies anerkennt, liegt nur in sehr gewundener Form vor.

Sie nimmt ferner davon Kenntnis — ich konstatiere, im französischen Text heißt es hier: „avec une égale satisfaction" — das hat man dem deutschen Publikum nicht sagen wollen, daß man von dem, was jetzt kommt, mit einer „satisfaction", Befriedigung, Kenntnis nimmt. (Zuruf bei den Kommunisten: Genugtuung, nicht Befriedigung!)

Also sagen wir „Genugtuung". (Lachen rechts. — Erneuter Zuruf bei den Kommunisten.)

Ihr Bedürfnis nach Nüancen wird noch befriedigt werden. Warten Sie nur ab! — Es heißt also,

> **daß die Regierung „avec une égale satisfaction" davon Kenntnis nimmt, daß die Reparationskommission den Wunsch hat, „die deutsche Regierung bei der Ordnung der Reichsfinanzen zu unterstützen."**

(Lebhafte Rufe hört! hört! bei den Deutschnationalen.)

Davon nimmt man mit „Befriedigung" Kenntnis, wohlgemerkt im französischen Text, im deutschen nicht.

Weiter heißt es im deutschen Text:

> **Sie wird zu diesem Zweck der Reparationskommission alle Möglichkeiten für gewünschte Auskünfte eröffnen.**

Nun kommen die Nuancen, verehrter Herr! Verzeihen Sie, wenn ich Ihren Namen nicht kenne! (Zuruf rechts: Thomas!)

Ich bitte, hier den französischen Text verlesen zu dürfen.

„Alle Möglichkeiten für gewünschte Auskünfte", darauf kommt es an. Im französischen Text heißt es:

> **A cette fin, le Gouvernement Allemand sera prêt à fournir à la Commission des Reparations tous les moyens d'enquête demandés parcelle-ci.**

Daß heißt

**„alle Mittel der Untersuchung".**

Das sind also die „gewünschten Auskünfte"! (Hört! Hört!)

Ich frage: **Welcher Text gilt, der deutsche oder der französische?** Wer ist für die Uebersetzung verantwortlich? Ich wiederhole: Der Reparationskommission, die deutsch nicht versteht, wird gesagt, daß die deutsche Regierung ihr alle Mittel der „enquête", d. h. der Untersuchung, in die Hand geben will, was deutsch dahin wieder gegeben wird, daß ihr „alle Möglichkeiten für gewünschte Auskünfte" gegeben werden sollen. (Zurufe bei den Deutschnationalen: Unerhört! Pfui Teufel!)

Das ist noch nicht alles! (Zurufe bei den Deutschnationalen: Das ist Landesverrat!)

Sie wird deshalb — heißt es im nächsten Satz —

> auch für die Dauer der Regelung ihrer Zahlungsverpflichtungen, wie sie die Entscheidung der Kommission vom 21. März 1922 vorsieht, mit der Reparationskommission über die von ihr geplanten gesetzgeberischen Schritte auf dem vorher bezeichneten Gebiete ins Benehmen treten.

„Ueber die geplanten gesetzgeberischen Schritte ins Benehmen treten."

Ueber diesen Punkt ist nun im auswärtigen Ausschuß ausdrücklich gesprochen worden. Man hat sich dort danach erkundigt, was das heißt: „ins Benehmen treten". „Ins Benehmen treten" ist ja nur ein Ausdruck, der heißt, man wird mit dem andern darüber sprechen, aber nicht etwa „sich mit ihm darüber verständigen". Das ist ganz klar und einwandfrei im auswärtigen Ausschuß besprochen worden, und der Herr Thomas hier, der so gut

französisch versteht, wird mir zugeben, daß „sich ins Benehmen setzen" heißt „se mettre en rapport".

Im französischen Text heißt es aber:

> **„le Gouvernement Allemand sera prêt à s'entendre avec celle-ci (der Reparationskommission) au sujet des projets de loi préparés par lui sur les questions financières visées ci-dessus."**

Das heißt, die deutsche Regierung hat sich nach dem französischen Text gegenüber der Reparationskommission bereit erklärt, sich mit ihr über geplante Gesetzgebungsakte nicht nur **„ins Benehmen zu setzen"**, sondern sich mit ihr darüber **„zu verständigen"**. (Stürmische Rufe: Hört, hört! rechts.)

Das ist **die schwerste Verletzung der Souveränität,** die ich mir überhaupt denken kann, wenn eine Regierung einer fremden Kommission die Zusage macht, daß sie sich mit ihr über ihre **Gesetzgebungsprojekte** verständigen will. (Erregte Rufe von den Deutschnationalen: Unerhört! Das nennt man Parlamentarismus!)

Auch in bezug auf die Ausgaben — das brauche ich hier nicht weiter zu verlesen — hat die Regierung der Reparationskommission **alle die Kontrollen zugestanden, die die Reparationskommission verlangt hat,** — alle Kontrollen restlos, es ist nicht eine einzige Ausnahme gemacht. (Hört, hört! rechts.)

Aber nun die **Vorbehalte,** und da komme ich zu einem Stück, das ebenso stark ist, wie das bisher besprochene. Es ist uns im auswärtigen Ausschuß mitgeteilt worden, daß drei Vorbehalte gemacht werden sollten.

Erstens, die Souveränität des Deutschen Reiches soll durch diese Kontrolle nicht berührt werden. Ich habe damals schon den Herrn Reichsfinanzminister gefragt: was heißt Souveränität? — Nach dem, was Sie da unterschrieben haben, gibt es keine deutsche Souveränität mehr! (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Der zweite Vorbehalt war, daß der Geschäftsgang der Steuerbehörden nicht erschwert werden sollte. In diesen beiden Punkten ist wenigstens die Uebersetzung korrekt.

Aber im dritten Punkte heißt es im deutschen Text: daß die

**Kontrollen** — deutsch ist das sehr sanft mit „Nachprüfungen" übersetzt, französisch heißt es „controles" —

> in die durch das Steuergeheimnis geschützten Vermögensverhältnisse und Angelegenheiten der einzelnen Steuerpflichtigen „nicht eindringen" dürfen,

— nicht eindringen dürfen! Der Steuerbeamte muß eindringen, aber er darf das Steuergeheimnis, das so zu seiner Kenntnis kommt, nicht verletzen. Also zwischen Eindringen in das Steuergeheimnis und ein Steuergeheimnis Verletzen ist ein großer Unterschied. (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Und wie heißt es nun im französischen Text? Da heißt es:

> . . . que ces controles
> ne violeront pas
> le secret de la fortune et des affaires individuelles des contribuables.

Es ist also im französischen Text nicht vorbehalten, daß die Kontrollen der Reparationskommission in das Steuergeheimnis nicht „eindringen" dürfen — das ist nicht ausgeschlossen —, sie dürfen Kenntnis bekommen von jeder einzelnen Steuererklärung, sie dürfen aber das Steuergeheimnis „nicht verletzen".

Meine Damen und Herren! Unterschätzen Sie nicht, um was es sich hier handelt! Die Abweichungen können kein Zufall sein! Jedenfalls kann ich nicht annehmen, daß die Reichsregierung Leute mit der Uebersetzung solch ungeheuer verantwortlicher Dokumente beschäftigt, die die französische Sprache nicht genügend beherrschen. Ich kann mir auch nicht denken, daß die sprachkundigen Herren in der deutschen Regierung die Uebersetzung der der Reparationskommission zu überreichenden Dokumente nicht geprüft haben. Ich frage also: was bedeutet die Divergenz im französischen und deutschen Text? Ich frage: Wer soll hier hinters Licht geführt werden? Ich frage: welcher Text gilt? Das ist jetzt eine Lebensfrage für uns, nachdem Sie unsere Gesetzgebung ausgeliefert haben! (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

**Ich möchte die Antwort gleich jetzt, Herr Reichskanzler! Gilt der französische oder der deutsche Text?** (Pause.)

**— Sie haben mit einem Wort die Möglichkeit, das durch einen Zwischenruf zu beantworten, welcher Text gilt.**
(Erneute Pause.)
**— Ich stelle fest, daß der Herr Reichskanzler und der Reichsminister des Auswärtigen, die beide in der Lage sein müßten,** (erregte Zurufe links), **Antwort zu geben, hier schweigen.**

(Wiederholte erregte Zurufe von der äußersten Linken. Zuruf: hauen Sie ihnen doch eine runter. — Abg. Hoffmann: Das haben Sie doch im Auswärtigen Ausschuß gesagt: Ich hau' Ihnen eine runter!" — Heiterkeit.)

So etwas tun wir nur in camera caritatis, Herr Hoffmann! (Wiederholte Zurufe von der äußersten Linken: Hier haben Sie keine Courage! — Hauen Sie uns doch eine runter!)

Bitte, Herr Hoffmann, ich lade Sie freundlichst ein hier heraufzukommen. Glauben Sie, ich bemühe mich zu Ihnen? (Andauernde Unterbrechungen rechts und links. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Ich bitte, die Plätze einzunehmen. (Andauernde erregte Zwischenrufe von rechts und links.)

Die Unruhe kommt von dort (nach rechts). Ich bitte um Ruhe! (Zurufe rechts.)

Herr Abg. Dr. Helfferich hatte Herrn Abg. Hoffmann-Berlin aufgefordert, hierher zu kommen. (Erneute Zwischenrufe von rechts und links.)

Meine Herren, ich bitte, die Plätze einzunehmen. (Abg. Hoffmann: Das ist der erste Flegel nicht, der etwas versprochen und nicht gehalten hat!)

Herr Abg. Hoffmann gehen Sie auf Ihren Platz! (Erneute Zurufe rechts und links.)

Meine Herren! Es sind eine ganze Menge unparlamentarischer Rufe gefallen. Aber nachdem der Herr Abg. Helfferich selber dem einen „Schamlosigkeit", einem anderen „dumme Frage", einem Dritten „Schämen Sie sich!" zugerufen hat, war ich nicht in der Lage, Zwischenrufe zu rügen. (Lebhafte Zustimmung links. — Zurufe rechts.)

Meine Herren, ich bitte, die Plätze einzunehmen. (Lebhafte Zurufe links.)

Ich bitte um Ruhe, Herr Abg. Stampfer!

Dr. Helfferich: Ich will keine Kritik an der Geschäftsführung des Herrn Präsidenten üben. Aber ich glaube, mich gegen den Vorwurf, daß ich unparlamentarisch gehandelt habe, verteidigen zu dürfen. Herr Präsident! Wenn ich starke Ausdrücke gebraucht habe, so lag das daran, daß ein Mitglied meiner Partei, dessen Name hier genannt worden ist, als Schurke und Landesverräter bezeichnet wurde, ohne daß mir ein Ordnungsruf zur Kenntnis kam. (Abg. Höllein: Feiger Bursche! — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abg. Höllein, ich rufe Sie für diesen letzten Zwischenruf zur Ordnung! Ich bitte jetzt um Ruhe und den Redner fortfahren zu lassen.

Dr. Helfferich: Diesen Teil meiner Ausführungen über die von der Regierung der Reparationskommission gemachten Zusagen möchte ich mit dem Satz schließen:

> **Eine deutsche Regierung, die ohne Ermächtigung des Reichstages wesentliche Bestandteile der deutschen Souveränität veräußert, gehört vor den Staatsgerichtshof!**

(Sehr wahr! bei den Deutschnationalen.)

Ich komme nun zu der Frage der sachlichen Berechtigung der von der Entente aufgestellten Kontrollforderungen.

Unsere Steuern, die die Entente kontrollieren und immer höher schrauben will, sind höher als die Steuern in irgendeinem der Länder, die das Versailler Diktat beschlossen haben. (Sehr wahr! rechts und bei der Deutschen Demokraten. — Zuruf links: Es ist nicht wahr!)

Sie können schreien, soviel Sie wollen, den Tatbestand schaffen Sie nicht aus der Welt! (Wiederholte Zurufe rechts und links. Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abg. Höllein, ich bitte, unterlassen Sie doch die Zwischenrufe! Ein Redner von Ihnen kommt nachher zum Wort und kann das widerlegen.

Dr. Helfferich: Sogar von der englischen Presse wird neuerdings anerkannt, daß die Steuern bei uns wesentlich höher sind als die Steuern in England und Frankreich. (Hört! hört! rechts.)

Was unsere Ausgaben anlangt, so sind wir die letzten, zu bestreiten, daß da und dort eine **größere Sparsamkeit** notwendig ist. Aber für größere Sparsamkeit zu sorgen ist nicht Aufgabe der Reparationskommission, sondern das ist Aufgabe des deutschen Reichstages. Das ist unsere Angelegenheit; ein Einmischen in diese Dinge darf der Reichstag nicht dulden.

Aber wenn wir in bezug auf Ersparnisse alles tun, was menschenmöglich ist, was wird dabei im Verhältnis zu den Ausgaben herauskommen, die wir gegen unseren Willen leisten müssen und auf die ich gleich zu sprechen komme?

Wir haben hier die Denkschrift, die uns vor einiger Zeit vorgelegt worden ist, über die **Kosten der Besatzung des Rheinlandes.** Danach sind bis Ende März 1921 aufgelaufen 3937 Millionen Mark Gold. Das sind monatlich 140 Millionen Mark Gold oder jährlich 1680 Millionen Mark Gold. Zum Satz von 70 auf Papiermark umgerechnet — heute wären es noch mehr — wären das 117,6 Milliarden Mark*) — allein die Goldausgaben für die Besatzung und die Rheinlandskommission! (Hört, hört! bei den Deutschnationalen.)

Dann kommen die Papierausgaben, die, in ähnlicher Weise umgerechnet, 5540 Millionen im Jahre betragen, aber offenbar viel zu niedrig veranschlagt sind. Wir kommen damit auf 123 Milliarden allein für die Besetzung des Rheinlandes und die Kosten der Rheinlandkommission. Dazu eine Milliarde Kosten der Reparationskommission, und ich glaube, ich unterschätze, wenn ich eine weitere Milliarde für alle übrigen militärischen und zivilen Kommissionen hinzu-

*) Beim gegenwärtigen Dollarkurs von etwas über 2700 Mark (Mitte Oktober 1922) ist der Entwertungsfaktor rund 640; die 1600 Millionen Goldmark stellen danach mehr als 1000 Milliarden Papiermark dar.

füge. **Da kommen wir auf 125 Milliarden Papiermark allein für die Besetzung des Rheinlandes und für Kontrollen.**

Nach den neuen Aufstellungen über unsere Reichsausgaben stellt sich das **ganze Budget des Reichs für seine innere Verwaltung**, also abgesehen von den Betriebsverwaltungen und von den Kontributionslasten, auf **123 Milliarden Papiermark.**

**Die Kosten der Rheinlandsbesatzung und der Entente-Kontrollen sind also höher als die gesamten Ausgaben der Reichsverwaltung, der Verwaltung eines Volkes von 60 Millionen*).**

Wissen Sie, wie hoch die Ausgaben für die ganze Reichswehr einschließlich der Reichsflotte sind? Nicht ganz 5 Milliarden Mark. Wenn die ganze Reichswehr gestrichen würde aus Ersparnisgründen, wie das den Herren hier (nach links) konvenieren könnte, dann wären noch keine 4 Prozent der rheinischen Besatzungskosten erspart. (Hört! Hört! bei den Deutschnationalen. — Zurufe links.)

Vergleichen Sie, bitte, die Besatzungskosten des Rheinlandes mit den Kosten des so erschrecklichen deutschen Militarismus vor dem Kriege! Die ganzen laufenden Ausgaben des deutschen Militär- und Marineetats in dem Jahr, in dem diese Ausgaben kulminierten, im letzten Friedensjahr, betrugen rund eine Milliarde Goldmark. Heute werden allein an Goldausgaben für die Rheinlandbesetzung 1680 Millionen Goldmark verausgabt, **allein für die Rheinlandbesetzung fast 70 Prozent mehr als das deutsche Heer und die deutsche Marine im Jahre der höchsten Anspannung laufend gekostet haben.**

Das sind doch geradezu erschütternde Zahlen, Zahlen, die, wie Sie mir zugeben werden, in die ganze Welt hinausgeschrien werden müssen, geradezu skandalöse Zahlen! (Lebhafte Zustimmung rechts.)

---

*) Durch die inzwischen eingetretene weitere Katastrophe der deutschen Valuta, die das Papieräquivalent für die Goldkosten der Besatzung allein auf mehr als 1000 Milliarden Mark gebracht hat, ist — wenn auch die inneren Ausgaben des Reichs sich infolge dieses Zusammenbruchs des Geldwertes gewaltig vermehrt haben — ein Zustand eingetreten, bei dem die Kosten der Besatzung ein Mehrfaches — vielleicht das Dreifache — der Gesamtkosten der inneren Reichsverwaltung betragen.

Meine Damen und Herren! Ich mache darauf aufmerksam, daß im Waffenstillstandsvertrag, wo die Frage der Besatzung zum erstenmal geregelt wurde, und der doch die Grundlage des Friedens bilden sollte, verlangt worden ist, daß wir einige strategische Punkte den anderen zur Besatzung ausliefern sollten. Aus diesen „einigen strategischen Punkten", wie es im Waffenstillstandsvertrag heißt, sind 228 Garnisonen geworden gegen 28 Garnisonen in der Vorkriegszeit.

In der Vorkriegszeit haben wir im Rheinland knapp 70 000 Mann stehen gehabt. Bei den Verhandlungen, die über das Rheinlandabkommen geführt worden sind, hat Herr Loucheur den deutschen Unterhändlern zugesagt, daß die Zahl von 70 000 Mann nicht erheblich überschritten werden sollte. „Il ne sera que legerement dépassé" lauten die mir bekannten Worte. Heute sind aus den 70 000 Mann 130 000 Mann geworden. (Hört! Hört! rechts.)

Ich weiß nicht, wie die Besoldung der Truppen ist. Aber die Reparationskommission hat selbst wenigstens die Zulagen angegeben, die in dem gegenüber den hochvalutarischen Ländern so „teuren" Deutschland ihren bei den Kommissionen angestellten Offizieren und Soldaten gegeben werden. Nach dieser Aufstellung bekommen an Zulagen, also abgesehen von dem Gehalt, das in der fremden Valuta ausgezahlt wird, der Chef, General Nollet, allein 863 000 Mark im Jahre, von denen er keine Steuern bezahlt, also mehr als der Reichspräsident; ein Oberst und ein Oberstleutnant in leitender Stellung bekommt 636 000 Mark; ein Oberstleutnant und ein Major in leitender Stellung — immer nur Zulagen — 454 000 Mark, ein gewöhnlicher Major 409000 Mark, ein Hauptmann oder Leutnant 386000 Mark, ein Unteroffizier 210 000 Mark und **der gemeine Soldat 127 000 Mark*).** (Stürmische Rufe rechts: Hört! Hört!) Deutsche Beamte in der obersten Gehaltsklasse, außer den Spezialklassen,

---

*) Inzwischen sind diese „Zulagen" mehrfach erhöht worden. Sie betragen jetzt (Oktober 1922): für den Vorsitzenden General 3 730 000 Mk. jährlich, für Generäle usw. 2 733 000 Mk. jährlich, für Obersten, Oberstleutnants, Majore 1 770 000 Mk. jährlich, für Hauptleute, Leutnants und Unterleutnants 1 680 000 Mk. jährlich, für Unteroffiziere 909 000 Mk. jährlich, für Gemeine 551 000 Mk. jährlich.

also die Beamten in Klasse XIII, unsere Ministerialdirektoren usw., bekommen als Höchstgehalt in der höchsten Altersstufe nach Abzug der Steuern noch nicht ganze 100 000 Mark. (Hört! Hört! rechts.)

**Ein deutscher Reichsminister bekommt an Gehalt abzüglich Steuern kaum mehr als ein Entente-Unteroffizier allein an Zulagen.** (Andauernde stürmische Rufe rechts: Hört! Hört! Unerhört!)

Was das bedeutet, daß wir alle diese Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten in dieser Weise besolden müssen, daß im Rheinland allein an gemeinen Soldaten 130 000 Mann stehen, die doch sicher ähnliche Bezüge haben, das will ich Ihnen an einer anderen Zahl vorführen. Ich habe die Statistik der preußischen Einkommensteuer durchgesehen und habe festgestellt, daß es vor dem Kriege in ganz Preußen nur 150 000 Zensiten mit einem Einkommen von mehr als 10 000 Mark gegeben hat. (Hört! Hört! rechts.)

Jetzt müssen wir allein im Rheinland 130 000 Mann mit Riesenbesoldungen durchfüttern, die nach dem heutigen Stand der Dinge den Einkommen von 10 000 Mark vor dem Kriege zum mindesten gleichgestellt werden können.

Das, was hier geschieht, ist die **unerhörteste Satrapenwirtschaft**, die die Welt jemals gesehen hat, die ruchloseste Ausbeutung! (Stürmische Zustimmung rechts. — Wiederholte Rufe links: Schamloser Geselle! — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abg. Horn, ich rufe Sie zur Ordnung!

(Abg. Maltzahn: Es wird nicht besser, als bis Sie und Ihre Freunde verschwinden!)

Dr. Helfferich: Ich wiederhole: **Das ist die ruchloseste Ausbeutung, die je über ein Land verhängt worden ist.** (Lebhafte Zustimmung rechts.)

Wenn die Herren, die sich einen Beruf daraus machen, gegen die „Ausbeutung" demagogische Agitation zu treiben, sich diesem Notschrei gegen die unerhörteste Ausbeutung der Welt nicht anschließen, dann scheint aus diesem Verhalten hervorzugehen (andauernde Zurufe und Unruhe links; Glocke des Präsidenten) — so scheint aus diesem Verhalten hervorzugehen, daß bei Ihnen (nach links) der Respekt vor den französischen Bajo-

netten größer ist, als der Respekt vor der Not des deutschen Vaterlandes. (Lebhafte Zustimmung rechts. — Andauernde Rufe links: Sie Heuchler. — Abg. Thomas: Herr Helfferich, Sie haben noch vor keinem Bajonett gestanden. — Abg. Crispien: Sie hetzen zum Kriege und sitzen nachher in der Etappe! — Glocke des Präsidenten!)

Präsident: Ich bitte um Ruhe und ersuche den Herrn Redner fortzufahren.

Dr. Helfferich: Meine Damen und Herren! Ich habe diese Gegenüberstellung an dieser Stelle gemacht, damit sie in der **ganzen Welt** gehört und verstanden wird. Ich habe sie gemacht, um die Forderung der Reparationskommission auf eine Finanzkontrolle, die über das Deutsche Reich errichtet werden soll, in das rechte Licht zu setzen. **Wer in dieser Weise verschwenderische Satrapenwirtschaft treibt, wer Kommandeure nach Deutschland schickt, die sich königliche und prinzliche Schlösser mit Millionen von Mark für ihre Bedürfnisse neu einrichten lassen** (Zurufe links), **der hat kein Recht, Deutschland deshalb zu kontrollieren, weil Deutschland nicht sparsam genug sei.** (Stürmische Zustimmung rechts.)

Es ist eine **Schamlosigkeit,** wenn Nationen, die für eine solche Verschwendung verantwortlich sind, von dem ausgesaugten deutschen Volke Sparsamkeit verlangen und eine Sparsamkeitskontrolle hierherschicken wollen. (Rufe rechts: Sehr richtig! — Abg. Hoffmann (Berlin): Erzählen Sie doch einmal, wo der Kronprinz seine Bordelle gehabt hat! — Rufe rechts: Pfui Teufel!)

Pfui Teufel! Herr Abg. Hoffmann! Wenn Sie sich für Bordelle interessieren, dann will ich Ihnen sagen, daß — mit auf Ihre Kosten — die französische Regierung im besetzten Gebiet eine ganze Anzahl von Bordellen unter Ausgabe von einer Million Mark eingerichtet hat. (Abg. Hoffmann (Berlin): Ihr Kronprinz hat sie eingerichtet! Es ist einer so viel wert wie der andere!) — Die Schweinerei wird nun bald doch zu groß! Da kann ich nicht mehr mit! —

Wir wünschen, daß auch die deutsche Regierung ein deutliches Wort über diese Schamlosigkeit findet, von der ich eben gesprochen habe. Wir wünschen, daß auch die deutsche Regierung dazu beitragen möge, die Welt, an deren Urteil ihr doch so viel

liegt, darüber aufzuklären, nicht nur in Denkschriften, die draußen niemand liest, sondern mit einem offenen, freien Wort aus dem Munde des höchsten Beamten des Deutschen Reiches. (Sehr richtig! rechts.)

**Wir wünschen, daß die Welt darüber aufgeklärt wird durch den deutschen Reichskanzler, wer in Deutschland verschwendet und wo in Deutschland zu sparen ist, wer von dem Mark des deutschen Volkes zehrt und wer von dem Lastier, dem man das Futter entzieht und das Blut abzapft, verlangt, daß es Lasten trägt, wie sie in der Welt noch nie gesehen worden sind.** (Lebhafte Zustimmung rechts.)

**Und wir verlangen nicht nur das Wort — wir verlangen auch die Tat.**

Ich richte an die Herren von der Regierung den Appell: Sie haben Ihre Vorbehalte sehr verwässert; aber trotzdem, Sie haben die Pflicht gegenüber dem deutschen Volke, aus dem Schemen Ihrer Vorbehalte eine Wirklichkeit zu machen. Weisen Sie kategorisch und auf jede Konsequenz hin in den Verhandlungen mit dem Garantiekomitee alles zurück, was die deutsche Souveränität beeinträchtigen kann! Halten Sie die Türen der Reichsbehörden geschlossen gegenüber einer Kontrollorganisation, einer fremden Kontrollorganisation, die unter allen Umständen „den geregelten Gang der Verwaltung stören" und „in die Steuergeheimnisse der Privaten eindringen wird!" (Sehr richtig! rechts.)

Geben Sie sich nicht damit zufrieden, daß diese Kontrollorganisation vielleicht klein und bescheiden anfängt! Aus den vier Beamten, die im Rheinlandabkommen der Rheinlandkommission zugestanden worden sind, sind nach Ihrer eigenen Denkschrift 1300 geworden. (Lebhafte Rufe rechts: Hört! Hört!)

Ich lese jetzt in den Zeitungen — in französischen Zeitungen! —, daß heute schon das Garantiekomitee, das uns als kleine und beiläufige Sache hingestellt worden ist, in **Deutschland 50 Inspektoren** beschäftigt. (Erneute Rufe: Hört! Hört! und Bewegung.)

Meine Damen und Herren! So etwas wuchert wie Pestwurz! Hüten Sie sich davor! (Lebhafte Zustimmung rechts. — Zurufe links.)

Nun komme ich zum Finanziellen.

**Die auswärtige Anleihe**

ist vorläufig erledigt. Wann das Anleihekomitee wieder zusammentritt, — kein Mensch kann es wissen: es kann bald sein, es kann aber auch länger dauern. Jedenfalls vorläufig wurde aus der Anleihe nichts: die Anleihe ist nicht da und das Anleihekomitee auch nicht mehr.

Da entsteht die Frage: was soll werden?

Die Finanzkommission der Genueser Konferenz hat erneut anerkannt, was vorher ja schon in Brüssel festgestellt worden ist und auch bei einer ganzen Anzahl von andern Gelegenheiten, daß Deutschland den ihm auferlegten Verpflichtungen auch durch die schärfste Besteuerung und Konfiskation nicht gerecht werden kann, wenn nicht die Hilfe einer auswärtigen Anleihe eintritt. Diese Hilfe ist, wie gesagt, fürs nächste erledigt. Ich sehe ganz davon ab, daß Ueberschuldung nur dann durch neue Schulden geheilt werden kann, wenn gleichzeitig die alten zusammgelegt werden. Ich sehe ganz davon ab; fürs nächste ist ja von der Anleihe nicht mehr die Rede.

**Die Hilfe der Anleihe haben wir nicht.**

**Will die Regierung unter diesen Umständen in ihrer Erfüllungspolitik fortfahren, unbekümmert um die weitere Entwertung der deutschen Valuta, die sofort nach dem Scheitern der Anleihe erneut mit Heftigkeit eingesetzt hat und die ins Ungemessene gehen wird, wenn die Regierung auch weiterhin für die Zahlung von 50 Millionen monatlich für das vorläufige Teilmoratorium, ferner von etwa 40 Millionen Goldmark für Ausgleichszahlungen und für andere Verpflichtungen mehr, auf dem Markt ausländische Devisen, vor allen Dingen amerikanische Dollar, aufkauft?**

Ich stelle diese Frage nicht leichthin. Ich weiß, was es bedeutet, wenn die Regierung der Reparationskommission oder dem Garantiekomitee mit Nachdruck und Entschlossenheit mitteilt, daß sie solche Ankäufe bei der Situation, wie sie sich jetzt gestaltet hat, weiter nicht vornehmen kann.

Wir verkennen keineswegs den **Ernst der Lage.** Wir wollen in diesen wichtigen, für die Zukunft unseres Volkes entscheidenden

Fragen nicht mit dem Kopf durch die Wand. (Lachen und Zurufe links.)

Wir sind Realpolitiker genug, um zu wissen (erneute Zurufe links), daß ein verlorener Krieg, namentlich ein verlorener Krieg von diesen Dimensionen, seine schweren und ernsten Folgen hat. (Erneuter Zuruf von den Sozialdemokraten.)

Wir haben uns gegenüber diesen Folgen niemals auf das starre Nein gestellt, — niemals! (Wiederholte Zurufe links!)

Aber wir haben zweierlei verlangt. (Abg. Dittmann: Sie haben die Folgen heraufbeschworen, Sie sind der Verantwortliche dafür! — Große Unruhe rechts und Rufe von den Deutschnationalen: Ruhe!)

Der Herr Marinerevolutionär von 1917 ist in diesen Dingen nicht für mich vorhanden! (Lebhafte Zustimmung rechts. — Lärm links.)

Der Herr Marinerevolutionär von 1917 existiert für mich in diesen Dingen nicht! (Lebhaftes Bravo rechts.)

Wir haben folgende Forderungen gestellt, und die Forderungen stellen wir auch heute:

**Wir fordern erstens, daß**

**der Makel der Schuldlüge,**

**dieser Schuldlüge, die an der Spitze der finanziellen Bestimmungen des Versailler Vertrages steht, von uns genommen wird,** (sehr gut rechts) **und wir fordern zweitens, daß die uns auferlegten materiellen Lasten unserer Leistungsfähigkeit angepaßt werden.** (Erneute Zustimmung rechts.)

Das ist ein Anspruch, den wir sogar nach dem Versailler Diktat haben.

Auch in dieser gegenwärtigen Situation haben wir Deutschnationalen durch unseren

**Gegenvorschlag zur Zwangsanleihe**

den Beweis erbracht, daß wir uns nicht auf die reine Kritik, auf die reine Negation beschränken. Aber wenn neue Opfer übernommen werden sollen, wenn ein neuer großer Eingriff in die Substanz des deutschen Volks-

vermögens gemacht werden soll, dann, meine Damen und Herren, wollen wir den Zweck dieser Opfer sehen.

Alles ist zwecklos, wenn die Entwertung der Mark in dieser Weise weitergeht. Solange dieser Entwertung nicht halt geboten wird, ist jedes Opfer, das sich Deutschland — zur Sanierung seiner Finanzen und für Kontributionszwecke — auferlegt, gänzlich umsonst. Das alles verschwindet im unersättlichen Rachen des großen Molochs der Kontributionen. Das alles schafft uns keine Erleichterung, das alles schafft uns keine Rettung, das alles entzieht uns nur Blut und Kraft und schwächt uns für die Endlösung, für die Endregelung, die doch einmal kommen muß. (Lebhafte Zustimmung bei den Deutschnationalen.)

Deshalb verlangen wir: **kein weiterer Devisenankauf darf vorgenommen werden, solange der Dollar einen bestimmten Satz überschreitet.**

Ich habe diese Forderung schon vor einiger Zeit, gleich nach dem negativen Ergebnis der Anleiheverhandlungen, in der Presse aufgestellt, und es scheint nach gewissen Verlautbarungen, als ob auch die Reichsregierung die grundsätzliche Berechtigung dieser Forderung anerkenne. Denn in der Erklärung, die der Reichskanzler am 13. Juni durch Wolff ausgegeben hat, heißt es, die Reichsregierung werde, falls es die Entwicklung der Dinge etwa erforderlich machen sollte, mit der Reparationskommission ins Benehmen treten, um durch eine vorläufige Verständigung über die weiteren Zahlungen die ungünstige Entwicklung des Markkurses zu verhüten. Es heißt in dieser Verlautbarung: „wenn es etwa erforderlich werden sollte". Ich möchte an den Herrn Reichskanzler und den Reichsfinanzminister die Frage richten, ob nicht heute schon die Entwicklung des Dollarkurses, wie wir sie seit der Zeit der Anleiheverhandlungen erlebt haben, die Aufwärtsbewegung von etwa 270 auf 330 und zeitweise darüber hinaus, solche Verhandlungen mit dem Garantiekomitee erforderlich macht. Nach unserer Ansicht ist das Erfordernis jetzt schon gegeben. Nach unserer Ansicht ist nicht nur das Erfordernis gegeben, sondern mehr als das. Es ist das Erfordernis gegeben, daß in diesen Verhandlungen die

Regierung einen Entschluß kundgibt und festhält — ich wiederhole nochmals: wie in bezug auf die Kontrolle — auf jede Konsequenz hin! (Sehr wahr! bei den Deutschnationalen.)

An der Stabilisierung der Valuta ist nicht nur Deutschland interessiert. Wir sind es in erster Linie, aber die anderen sind es auch. Alle am Welthandel beteiligten Völker sind an der Stabilisierung unsrer Valuta interessiert, und wenn Sie den Bericht des Anleihekomitees lesen, dann sehen Sie, wie dieses Interesse an der Stabilisierung der Wechselkurse geradezu der Brennpunkt des ganzen Berichts des Anleihekomitees ist. Hier hat die Regierung Gelegenheit, an ein großes solidarisches Interesse der Ententemächte, vor allem Englands und Amerikas, zu apellieren. Dieser Appell muß erfolgen! Aber selbst wenn dieser Appell auf taube Ohren stoßen sollte, — die Regierung kann nicht von der Richtlinie herunter, daß bei dieser Entwicklung der Devisenkurse keine Käufe möglich sind. Denn was soll eintreten, wenn die Regierung fortfährt, Devisen zu kaufen? Eine weitere Verschlechterung unserer Valuta, eine weitere Ruinierung unseres Budgets, eine weitere Unmöglichkeit, auch nur zum Teil die Sachleistungen zu erfüllen, die uns auferlegt sind, eine weitere Zermalmung des Mittelstandes, ein weiteres Hochschrauben der Preise, neue soziale Kämpfe, schließlich das absolute Ende!

Gewiß kann man immer wieder fragen: „Und wenn Sie das tun, was kommt dann?" Die Schicksalsfrage, wenn Sie wollen. (Zuruf von den Sozialdemokraten: Geben Sie mal darauf eine Antwort!)

Ich möchte der Ansicht sein, daß in solchen Fragen in erster Linie nötig ist, das Richtige zu tun. (Zuruf links: Und was dann?)

Ich gebe Ihnen die Frage zurück und frage Sie: **was soll werden, wenn weiter Erfüllungspolitik gemacht wird?** Ich appelliere an den Herrn, der hier in Ihrer Nähe sitzt, Herr Stampfer, an den Herrn Abgeordneten Gothein. Herr Kollege

Gothein hat vor einiger Zeit im „Acht-Uhr-Abendblatt" geschrieben:

> „Man hat es als Katastrophenpolitik bezeichnet, als weite Kreise des Reichstags das Ultimatum ablehnten ... Noch heute bin ich davon durchdrungen, daß Erfüllungspolitik Katastrophenpolitik ist."

(Lebhaftes Hört! hört! und Bravo! bei den Deutschnationalen.) Die Sache liegt so:

**die Fortsetzung der Erfüllungspolitik ist die sichere Katastrophe;**

**das Fassen eines festen Entschlusses und das Durchhalten dieses Entschlusses ist die einzige Möglichkeit, die Katastrophe abzuwenden.** (Sehr richtig! und Beifall bei den Deutschnationalen. — Zurufe von den Sozialdemokraten: Ist die sofortige Katastrophe!)

Meine Damen und Herren! Dieser feste Entschluß ist um so notwendiger, weil jede Realpolitik von einer nüchternen Betrachtung der Ziele und Mittel der Gegner ausgehen muß. Sie haben geglaubt, mit Ihrer Erfüllungspolitik, mit dem Versuch der Erfüllung, die Franzosen milder stimmen, die Franzosen gewinnen zu können. Das war eine falsche Einschätzung der Ponderabilien und Imponderabilien auf der anderen Seite. Die Ziele der Franzosen — der Franzosen, die in Frankreich Politik machen, nicht der Herren, die hierherkommen und von dieser Stelle aus Friedensreden halten — die Ziele der Franzosen, die in Frankreich Politik machen, sind heute noch dieselben wie zur Zeit Ludwig XIV. und zur Zeit Napoleons I. (Zustimmung rechts.)

Aber hinsichtlich der Mittel haben die Franzosen aus der Geschichte und namentlich aus den napoleonischen Erfahrungen einiges gelernt. Sie haben namentlich aus den napoleonischen Erfahrungen gelernt, daß es unmöglich ist, Deutschland, heute ein Land von immer noch 60 Millionen Einwohnern, mit militärischer Macht zu besetzen und dauernd niederzuhalten. Daß das nicht geht, wissen auch die Franzosen. Sie würden in Verlegenheit kommen, wenn sie dazu gezwungen werden sollten. (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Was sie mit militärischer Macht nicht voll erreichen können, dazu soll ihnen das im Versailler Diktat geschaffene

**System der finanziellen Erdrosselung**

dienen (sehr wahr! bei den Deutschnationalen); dieses System der finanziellen Erdrosselung, für das blutiger Hohn das Wort „Reparationen" erfunden hat. (Sehr wahr! rechts.)

Nur ein Volk wie das deutsche läßt sich ein solches Wort von seinen Gegnern aufreden. Wir nehmen gedankenlos — es geht fast auch unsereinem so — das Wort: „Reparationen" in den Mund, während es sich in Wirklichkeit um die Kontribution in der krassesten Form, um die **Ausplünderung Deutschlands** handelt (sehr wahr! rechts), die man uns mit der „Reparation" auferlegt hat. (Unruhe links.)

Ich will es Ihnen nicht mit meinen Worten sagen, um Ihre Unruhe nicht zu erneuern, aber ich will es Ihnen in den Worten eines Italieners sagen, Francesco Nittis, der in seiner Eigenschaft als italienischer Ministerpräsident die Verhandlungen in Versailles mitgemacht hat. Nitti charakterisiert das, was man uns auferlegt hat, folgendermaßen: Die Reparationen sind, wie Nitti schreibt, „Deutschland auferlegt worden entgegen den proklamierten Prinzipien der Entente, den 14 Punkten Wilsons, die die Grundlage des Friedens bildeten". Er stellt weiter fest:

> „daß die „Reparationen" gewollt wurden nicht so sehr eines wirtschaftlichen Vorteils wegen, sondern um Deutschland zu ersticken, es unter dem Joch einer unerträglichen Kontrolle zu demütigen und es unter dem Gewicht von Lasten zu töten, die seine Kräfte übersteigen. (Hört! hört! rechts.)

Er fügt hinzu:

> Das auf den Verträgen basierende Programm, dessen Exekutive in den Händen der Reparationskommission liegt, ist ein **Programm von Ruinen und Tod.**

(Sehr wahr! rechts. — Zuruf des Abg. Dittmann: Das hätten Sie

eher bedenken sollen! — Abg. Dr. Becker [Hessen]: Was nützt das alles, Herr Dittmann? — Abg. Dittmann: Er hat kein Recht, so zu reden, seine Politik hat uns dahin geführt! — Gegenrufe rechts.)

Dieses **Programm von Ruinen und Tod, meine Damen und Herren, war und ist nur durchführbar, wenn seine Urheber und Betreiber in Deutschland selbst Helfer finden.** (Hört, hört! rechts.)

In der Annahme des Londoner Ultimatums hat sich die Reichsregierung auf dieses Programm von Ruinen und Tod verpflichtet — gewiß nicht weil sie das Programm am deutschen Volk exekutieren wollte — diesen Vorwurf würde ich nie erheben gegen jemanden, in dem ich den deutschen Bruder achte, mag ich sonst über seine Politik und über seine Auffassungen denken, wie ich will —, es ist unmöglich und nicht denkbar, daß ein Deutscher sich auf ein solches Programm verpflichtet, um es auszuführen. Aber die deutsche Regierung hat sich darauf verpflichtet, weil sie nach eigener Aussage glaubte, durch den gutwilligen Versuch der Erfüllung diesem Programm die Spitze abzubrechen, dieses Programm aushöhlen zu können. (Zum Regierungstisch): **Das war und das ist Ihr großer Irrtum!**

Aber nun, meine Herren von der Regierung, ist es genug und übergenug! Nun müssen auch Sie eingesehen haben, daß **die Grenzen der deutschen Erfüllungsmöglichkeit erreicht und überschritten** sind (Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Was nun? Positive Vorschläge!), daß die neue Unterwerfung unter die neuen Forderungen zur Katastrophe führen muß. (Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Aufgepaßt! Jetzt kommt es!)

Nur unter einer Voraussetzung — jawohl, meine Damen und Herren (fortgesetzte Rufe links: Was nun?), nur unter der einen Voraussetzung ist in dieser schweren Lage eine Rettung möglich:

**Man muß draußen in der Welt wieder begreifen lernen, daß es für das deutsche Volk eine letzte Grenze gibt. Die sieht man heute nicht.**

**Man muß draußen begreifen lernen, daß das Wort einer deutschen Regierung seine Geltung hat. Ein Wort, wie es der Herr Reichskanzler am 28. März hier ausgesprochen hat, darf nicht zurückgenommen werden.**

**Man muß draußen im Auslande verstehen lernen, daß hinter einer Weigerung, hinter einer Ablehnung der deutschen Regierung gegenüber solchen unerhörten Forderungen die letzte Konsequenz steht.**

Was hat uns so weit herunter gebracht, was hat uns so tief gedemütigt und zu Boden geworfen? — Der Eindruck in der Welt, daß mit Drohungen von der deutschen Regierung alles zu erreichen ist.

Ich will Ihnen mitteilen, was mir von glaubwürdiger Seite erzählt worden ist über Aeußerungen des **Marschalls Foch** nach der ersten Unterhaltung mit unseren Bevollmächtigten zum Waffenstillstand. Es gibt zwei Lesarten. Die eine lautet, er habe gesagt: „Das also ist das Deutsche Reich?!" Die zweite Lesart lautet: **„Mit dem Finger am Abzug kann man von diesen Leuten alles erreichen!"** (Hört! Hört! bei den Deutschnationalen.)

Meine Damen und Herren! Solange der Eindruck in der Welt besteht, daß man mit dem Finger am Abzug von einer deutschen Regierung alles erreichen kann, so lange gibt es keine Rettung. Der Weg zur Rettung wird sich uns zeigen, wenn eine deutsche Regierung da ist, die **gegenüber dem Unerfüllbaren Rückgrat zeigt.** Die Rettung wird kommen, wenn die Welt begriffen hat, daß sie es in Deutschland wieder einmal — lassen Sie mich das mit einem Wort zusammenfassen — mit **Männern** zu tun hat! (Stürmisch anhaltender Beifall rechts. — Lärm links. — Erneuter Beifall rechts. Händeklatschen auf den Tribünen.)

Nach der Rede des Abg. Dr. Helfferich leerte sich das Haus. Auch die Mitglieder der Regierung zogen sich zurück. Es sprachen die Abgeordneten Stoecker (Kommunist), Sollmann (Mehrheitssozialist), Korrell (Demokrat). Erst nach drei Stunden erschienen der Reichskanzler Dr. Wirth und der Reichsfinanzminister Dr. Hermes wieder an der Regierungsbank.

Dr. Hermes gab nachstehende Erklärung ab:

Meine Damen und Herren! Ich muß zunächst meinem Bedauern darüber Ausdruck geben, daß ich infolge Teilnahme an dringenden Besprechungen über die Umlage verhindert war, von Anfang an den Ausfüh-

rungen des Herrn Dr. Helfferich zu folgen. Ich habe daher erst nachher von seinen ersten Ausführungen Kenntnis nehmen können und möchte mich nun zu diesen Ausführungen im einzelnen äußern.

Ich darf vorausschicken, daß die vaterländischen Besorgnisse, die in den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Dr. Helfferich zum Ausdruck gekommen sind (Lachen bei den Sozialdemokraten), wohl von allen Seiten dieses Hauses geteilt werden. Sie entziehen sich jedem parteipolitischen Kreis und erfüllen uns alle in gleicher Weise, die wir ein gemeinsames Vaterland besitzen. (Sehr gut bei der Deutschen Volkspartei.)

Aber ich meine, die Ausführungen des Herrn Abg. Dr. Helfferich sind doch weit über das Ziel hinausgegangen und haben zum Teil den Boden einer sachlichen Betrachtung verlassen. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Der Herr Abgeordnete Dr. Helfferich hat erklärt, er wolle nicht mit dem Kopf durch die Wand. Aber er wird es mir nicht verübeln, wenn ich ihm sage, daß ich den Eindruck aus seinen heutigen Ausführungen gehabt habe, daß er wirklich eine solche Prozedur betreiben wolle. Wir sind doch nun einmal — und das muß doch immer wieder mit aller Offenheit und Klarheit ausgesprochen werden — in die harte Notwendigkeit versetzt, das furchtbare Ergebnis eines verlorenen vierjährigen Krieges zu liquidieren. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Nun hat der Herr Abgeordnete Helfferich die Noten der Reichsregierung vom 9. und 28. Mai die verhängnisvollsten Schriftstücke in der deutschen Geschichte genannt. Das muß ich als eine Uebertreibung bezeichnen, die jedes Maß vermissen läßt. Unsere ganze Auseinandersetzung mit der Gegenseite seit dem Friedensvertrage ist doch eine Kette schwierigster und zum Teil äußerst drückender Etappen, und die belastendste dieser Etappen war doch das Londoner Ultimatum. Wenn man ein objektives Urteil über unsere letzten Noten fällen will, kann man sie doch nur im Zusammenhang mit der Gesamtentwicklung in der Behandlung des Reparationsproblems betrachten. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten und im Zentrum.)

Der Herr Abgeordnete Helfferich wird nicht bestreiten können, daß seit dem Londoner Ultimatum eine Entspannung der Lage und eine Erleichterung in den Leistungen eingetreten ist, die tatsächlich im Laufe des Jahres 1922 seitens Deutschlands zu erfüllen sind. Diese Erleichterung war notwendig — darin sind wir alle einig —, wenn unser Volk und unsere Wirtschaft am Leben bleiben sollte. Ich möchte aber einen Zweifel darüber aussprechen, ob es gelungen wäre, diesen Weg zu gehen mit den Methoden, die heute der Herr Abgeordnete Helfferich wiederum empfohlen hat. (Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten und im Zentrum.)

Möglich war das Begehen dieses Weges doch nur dadurch, daß die Reichsregierung unausgesetzt bemüht gewesen ist, das Urteil des Auslandes über unsere wahre Leistungsfähigkeit zu einem gerechteren und sachlicheren zu gestalten. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten und im Zentrum.)

Das ist ein äußerst schwieriges Verfahren, das große Geduld und Zähigkeit erfordert und lange Zeiträume für sein Gelingen beansprucht. Es ist unbillig und ungerecht, mit einem anderen Maßstab an diese Dinge heranzutreten. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten und im Zentrum.)

In der Grundlinie dieser politischen Auffassung haben sich auch die Pariser Verhandlungen bewegt. Voraufgegangen waren, wie den Damen und Herren bekannt ist, die Verhandlungen in der Finanzkommission auf der Konferenz in Genua. Es war nicht zuletzt durch die deutsche Mitarbeit möglich, in der Finanzkommission der Genueser Konferenz Leitsätze zur Anerkennung zu bringen, die für die Beurteilung unserer Lage von besonderer Bedeutung waren. Es ist zum erstenmal von einem großen internationalen Expertengremium anerkannt worden, daß es unter den heutigen Verhältnissen Staaten gibt, deren Passivität der Zahlungsbilanz so schwer auf ihnen lastet, daß sie nicht in der Lage sind, aus eigener Kraft ihr Budget zu balanzieren. Das war ein Fortschritt, den zu übertreiben mir vollkommen fern liegt; aber wir müssen jede auch noch so leichte Entspannung in unserer heutigen schwierigen Lage begrüßen.

Es war notwendig, diese Erkenntnis, die auf der Genueser Konferenz gewonnen war, auch in den Verhandlungen und in den Besprechungen mit den einzelnen Mitgliedern der Reparationskommission zur Anerkennung zu bringen. Das ist gelungen. Auch die Mitglieder der Reparationskommission haben sich der Notwendigkeit nicht verschließen können, diesen Verhältnissen Rechnung zu tragen. Auch das ist ein Fortschritt.

So gelang es, den Gedanken der Anleihe in den Pariser Besprechungen in den Vordergrund zu schieben. Wir haben aber nie — das darf ich einmal hier mit Nachdruck feststellen — die Anleihe um ihrer selbst willen verfolgt, sondern wir haben sie in einer Form angestrebt, daß ihr letzter Sinn und ihre letzte Wirkung darin bestehen muß, die Wiederherstellung eines gesunden wirtschaftlichen Lebens in Europa zu ermöglichen. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten und im Zentrum.)

Im Falle des Gelingens der Anleihe haben wir uns verpflichtet, gewisse Maßnahmen zur Eindämmung der schwebenden Schuld durchzuführen. Die Anleihe ist nicht zustande gekommen, und so sind die ausdrücklich vorgesehenen Voraussetzungen für unsere etwaigen Maßnahmen noch nicht erfüllt. Wir werden trotzdem jedes Mittel zur Sanierung unserer Finanzen auf seine Möglichkeit prüfen und die als möglich erkannten Mittel auch durchführen.

Nun ein kurzes Wort zu den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Helfferich über Irrtümer in den Uebersetzungen. Der Originaltext der von dem Herrn Abgeordneten Helfferich behandelten Noten ist der deutsche. Die Uebersetzung, die regelmäßig in französischer oder englischer Sprache beigegeben wird und deren Herstellung von der Kriegslastenkommission bewirkt wird, dient dazu, Mißverständnisse zu verhüten. (Lachen und Zurufe bei den Deutschnationalen.)

Ja, meine Herren, das Lachen kann ich auch in dieser Frage nicht als ein ausreichendes Argument für Sie ansehen! — Jeder, der mit Ueber-

setzungen in fremde Sprachen zu tun hat, weiß, daß es ganz unmöglich ist, eine vollkommene Uebereinstimmung eines dreisprachigen Textes herzustellen. Ich kann nicht anerkennen, daß die Bemängelungen des Herrn Abgeordneten Helfferich gegen diese Arbeit zutreffen. Ich weiß auch nicht, welches Interesse er von seinem Standpunkt hat, hier die Behauptung aufzustellen, die deutsche Regierung habe weitergehende Zusagen abgegeben, als es der deutsche Text der Noten ergibt. (Sehr gut! im Zentrum und bei d. Deutschen Demokraten. — Abg. Dr. Helfferich: Ich habe gefragt!)

Der Geist der verschiedenen Sprachen und die Ueblichkeiten in den Formen bei den verschiedenen Völkern können zu Nuancen im Ausdruck führen, die bei wörtlicher Uebersetzung Verschiedenes zu bedeuten scheinen, obwohl sie sachlich dasselbe meinen. Das ist jedem bekannt, der mit diesen Dingen zu tun gehabt hat. (Abg. Dr. Helfferich: Sie können doch französisch!)

Nun hat der Herr Abgeordnete Helfferich sich im einzelnen noch zu der Frage der Finanzkontrolle gewandt und hier schwere Vorwürfe erhoben. Er hat zunächst wenn ich nicht irre, auch den Vorwurf erhoben, es wäre über diese Frage im Auswärtigen Ausschuß unvollständig oder irreführend berichtet worden. Ich muß mich nachdrücklich gegen eine solche Behauptung wenden. Ich habe im Auswärtigen Ausschuß über diese Frage berichtet, ausdrücklich die drei Vorbehalte hervorgehoben und habe über den Sinn der Finanzkontrolle nach meiner Ueberzeugung keinen Zweifel gelassen. Ich sehe diese Dinge mit anderen Augen an als der Herr Abgeordnete Helfferich. Ich muß es mir aber versagen, im gegenwärtigen Augenblick auf Einzelheiten hier einzugehen. Nur das eine muß ich mit allem Nachdruck betonen: wir haben die drei Vorbehalte gemacht: Kein Antasten der Souveränität Deutschlands, keine Störung des geregelten Ganges der Verwaltung und keine Verletzung des Steuergeheimnisses. Diese Vorbehalte sind ausdrücklich gemacht. Wenn der Herr Abgeordnete Helfferich hier starke Zweifel an der Möglichkeit dieser Vorbehalte äußert, sie einen Schemen nennt, dann aber gleichzeitig die Erwartung ausspricht, daß die deutsche Regierung diesen Schemen zur Wirklichkeit macht, so scheint mir doch in dieser von ihm selbst ausgesprochenen Hoffnung eine gewisse Revision seiner ersten Auffassung zu liegen. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Wir werden dafür sorgen, daß diese Vorbehalte nicht auf dem Papier stehen bleiben, und ich kann nur hinzufügen, daß diese drei Vorbehalte so außerordentlich wichtig und grundsätzlicher Natur sind, daß es auf ihrer Grundlage durchaus möglich sein wird, die Verhandlungen mit dem Garantiekomitee zu einem auch für uns in jeder Weise erträglichen Ergebnis zu führen.

Ich darf schließlich noch erwähnen, daß die Verhandlungen mit dem Garantiekomitee bisher einen durchaus ruhigen und sachlichen Verlauf genommen haben. Wir werden auf der hier skizzierten Grundlage die Verhandlungen weiterführen und im übrigen fortfahren, auf dem Boden einer sachlich möglichen und positiv gerichteten Politik die wohlverstandenen Inter-

essen des Landes zu schützen und zu wahren. (Beifall im Zentrum und bei den Deutschen Demokraten.)

Nach einer Rede des Abg. Dr. Becker (Deutsche Volkspartei) antwortete Dr. Helfferich auf die Ausführungen des Reichsfinanzministers:

Dr. Helfferich: Meine Damen und Herren! Meine Freunde haben die Empfindung, daß es der Situation angemessen wäre, wenn derjenige Minister, der nach der Verfassung die Verantwortung für die Politik des Gesamtkabinetts trägt, hier zur Lage Stellung genommen hätte, und das ist der Herr Reichskanzler.

Herr Reichskanzler, wir können es offen gestanden nicht verstehen, daß Sie seit Ihren letzten Erklärungen in diesem Hause, die in einer ganz anderen Situation uns abgegeben worden sind, sich nicht bemüßigt sehen, mit Ihrer Person für die Politik, die Sie treiben, einzustehen. Das ist uns gänzlich unerklärlich. Sie können in diesen Dingen auch durch den Reichsfinanzminister, durch einen Ressortminister, nicht ersetzt werden.

Die Fragen, von denen hier die Rede war, betreffen nicht nur die Finanzen, sie betreffen auch unsere gesamte auswärtige Politik, und der einzige, der befugt ist, die Gesamtpolitik zu vertreten, ist nun einmal der Reichskanzler. Es wird auch draußen im Lande nicht verstanden werden, Herr Reichskanzler, daß Sie die Gelegenheit dieser großen Debatte nicht wahrgenommen haben, um Ihre Gesichtspunkte vor dem Hause und damit vor der Oeffentlichkeit zu entwickeln.

In den Ausführungen des Herrn Reichsfinanzministers haben wir einen erheblichen Teil von dem vermißt, was wir als Erklärung der Regierung erwartet hätten. Er hat sich sehr vorsichtig auf einzelne Punkte beschränkt, die allerdings wichtig sind. (Zuruf links.)

Ich nehme das Recht eines jeden Abgeordneten in Anspruch, an die Regierung Fragen zu stellen. Der Herr Reichsfinanzminister hat einige wichtige Punkte beantwortet, an anderen wichtigen Punkten ist er vorbeigegangen. Einen Ueberblick über die Lage der Gesamtpolitik hat er nicht gegeben; es ist das auch nicht seines Amtes und nicht seines Berufes.

Was die einzelnen Punkte seiner Ausführungen anlangt, so möchte ich zunächst mit Befriedigung feststellen, daß ich jetzt die

Antwort bekommen habe, um die ich vorhin gleich während meiner Rede gebeten habe, die Antwort auf die Frage: Gilt in dem Notenwechsel der deutsche oder der französische Text? — eine Frage, die, wie Sie alle zugeben werden, bei der vom Herrn Minister selbst anerkannten Abweichung der beiden Texte von außerordentlicher Wichtigkeit ist.

Ich muß sagen, ich bin in höchstem Maße erstaunt, daß in einer solch wichtigen Frage die Regierung nicht ohne weiteres weiß, ob der deutsche oder der französische Text gilt. Ich will offen sagen, was mich zu dieser Fragestellung veranlaßt hat. Ich habe gehört und nehme an, daß das jetzt bündig widerlegt ist, daß mit der Reparationskommission vereinbart sei, daß der Schriftwechsel von beiden Seiten in französischer Sprache geführt werde. Es ist mir ein großer Stein vom Herzen gefallen, als ich hörte, daß vom Herrn Minister in so eindeutiger Weise bestritten und klargestellt wurde, daß der deutsche Text maßgebend sei.*) Der Herr Minister hat mir einen Vorwurf gemacht, indem

---

*) Der oben abgedruckte stenographische Bericht über die Rede des Reichsfinanzministers beschränkt sich auf die Feststellung, daß der deutsche Text der Originaltext sei. Das hat der deutschnationalen Fraktion Veranlassung gegeben, folgende Anfrage an die Regierung zu richten:

**Anfrage.**

In der Reichstagssitzung vom 23. Juni d. J. hat der Abg. Dr. Helfferich an die Reichsregierung die Frage gerichtet. ob in dem Schriftwechsel der Reichsregierung mit der Reparationskommission für die von der Reichsregierung ausgehenden Noten der deutsche oder der gleichzeitig überreichte französische Text gilt. Der Reichsminister der Finanzen hat nach dem stenographischen Bericht geantwortet: der deutsche Text sei „der Originaltext". Es fehlt jedoch im stenographischen Bericht jede Feststellung, daß der „Originaltext" der allein gültige Text ist.

Wir richten an die Reichsregierung die Anfrage:

1. Aus welchen Gründen ist die Reichsregierung im Gegensatz zu den allgemeinen Gepflogenheiten des diplomatischen Schriftwechsels dazu übergegangen, der Reparationskommission gleichzeitig mit dem deutschen Text ihrer Noten fremdsprachige Uebersetzungen zu überreichen?
2. Ist gegenüber der Reparationskommission ausdrücklich und zweifelsfrei festgelegt, daß der deutsche Text der allein gültige ist, und daß die fremdsprachigen Texte unverbindlich sind?

er fragte, was ich für ein Interesse daran hätte, festzustellen, daß der französische Text gelte. Ich habe diesen Vorwurf aus seinen Worten herausgehört. Im Gegenteil, ich habe ein Interesse daran, festzustellen, daß der französische Text nicht gilt. Ich bedauere, daß die Feststellung nicht schon vorhin erfolgt ist. Ich kann aber nicht umhin, aus meiner Erfahrung als Minister und auch im diplomatischen Verkehr an die Art und Weise, wie der Schriftwechsel mit der Reparationskommission geführt worden ist, sehr erhebliche Bedenken zu knüpfen. Es gibt für eine Uebersetzung zwei Möglichkeiten, die eine Möglichkeit, daß die französische Uebersetzung von französischer Seite angefertigt ist und uns nur nachrichtlich mitgeteilt wurde; die andere Möglichkeit, daß sie von deutscher Seite angefertigt wurde. Wir hören, sie sei von der deutschen Kriegslastenkommission in Paris angefertigt und der Reparationskommission übergeben worden. Das ist ein außerordentlich bedenkliches Verfahren. Ich habe in meinem früheren Beruf einige Jahre in der Türkei zu tun gehabt. Die Türkei hat sich aus nationalen Gründen auf den Standpunkt gestellt, daß sie in ihrer Korrespondenz lediglich in türkischer Sprache korrespondiert und daß es Sache des Empfängers sei, den türkischen Text in seine Sprache zu übersetzen; aber nicht nur aus nationalen Gründen. Ich habe oft genug Gelegenheit gehabt,mich mit türkischen Staatsmännern darüber zu unterhalten, was das für eine Unbequemlichkeit im Geschäftsverkehr darstelle. Der türkische Großvesir hat mir geantwortet: „Sie können uns nicht nur aus Prestigegründen nichts anderes zumuten; bei Uebersetzungen gibt es immer Nuancen. Und da muß Wert darauf gelegt werden, daß das gilt, was in unserer Sprache gemeint ist. Für jede Uebersetzung, die wir übergeben, übernehmen wir eine Verantwortung, und das wollen wir nicht."

---

3. Wer ist für die von dem Abg. Dr. Helfferich festgestellten irreführenden Abweichungen des deutschen und der fremdsprachigen Texte der Noten vom 9. und 28. Mai d. J. verantwortlich?

4. Welche Schritte hat die Reichsregierung unternommen, um diese Abweichungen bei der Reparationskommission im Sinne des deutschen Textes richtig zu stellen?

Eine Beantwortung dieser Anfrage ist bisher nicht erfolgt.

Hier, in unserem Falle, liegt eine Gefahr darin, daß die Kriegslastenkommission die französische und englische Uebersetzungen anfertigt und sie überreicht. Das Schlimmste aber ist, daß in den uns vorgelegten französischen und englischen Uebersetzungen der Name des Unterzeichners beigefügt ist. In der Note vom 9. Mai heißt es im deutschen Text: „gez. Bauer", im französischen Text: „signé Bauer"; in der Note vom 28. Mai: „gez. Dr. Wirth", in dem französischen Text: „signé Dr. Wirth". Es ist doppelt bedenklich, wenn unter der Uebersetzung in dieser Weise auch noch der Name steht. Im übrigen möchte ich dringend bitten, daß auch der Reparationskommission gegenüber gar kein Zweifel darüber gelassen wird, daß nur der deutsche Text gilt. Denn ich halte es für durchaus möglich, daß bei dem Mangel an Sprachkenntnissen gerade gegenüber unserer Muttersprache, gegenüber der deutschen Sprache, der im Ausland vielfach besteht — ich habe in meinen Erfahrungen mit vielen hervorragenden Franzosen und Belgiern zu tun gehabt und war immer erstaunt, daß ihnen die deutsche Sprache gänzlich fremd ist — der Franzose bis zum heutigen Tag tatsächlich nur den französischen Text überhaupt kennt und unsere Erklärungen so auffaßt, wie sie im französischen Text enthalten sind. Da ergibt sich allerdings an den Punkten, von denen ich gesprochen habe, die größte Gefahr.

Wenn ich rekapituliere:

In dem einen Punkt heißt es im deutschen Text: über Gesetzentwürfe in Finanzsachen wird sich die deutsche Regierung mit der Reparationskommission „ins Benehmen setzen". Im Französischen würde das heißen: „. . . se mettra en rapport". Im französischen Text heißt es aber: „est prêt á s'entendre", das heißt, „ist bereit, sich über die Gesetzesprojekte zu verständigen". Das ist erheblich mehr. Das wäre ungeheuerlich und wäre in der Tat der schlimmste Eingriff in die Souveränität, den ich mir vorstellen kann.

Im zweiten Falle dreht es sich um die Rechte der Kontrolle. Da heißt es: die Kontrollkommission wird „alle Möglichkeiten für gewünschte Auskünfte" bekommen. Auskünfte sind „informations" im Französischen, Informationen. Im französischen Text heißt es: „que le gouvernement allemand fournira au

Comité de Garantie tous les moyens d'enquête demandés par celle-ci", das heißt, die deutsche Regierung wird der Reparationskommission alle Mittel der Untersuchung — und zwar „enquête", im strengen Wortlaut „Untersuchung mit Zeugenvernehmung" — zur Verfügung stellen. Es würde geradezu eine Ungeheuerlichkeit sein, wenn das nach dem französischen Text ausgelegt werden könnte. (Sehr richtig! rechts.)

Im dritten Fall handelt es sich um das Steuergeheimnis, schließlich auch keine gleichgültige Sache, nicht nur wegen der eigentlichen Steuerverhältnisse. Sie wissen ja, wie die Ententekontrolle heute schon benutzt wird, um in unsere ganzen Handelsverhältnisse einzudringen, um in der unerhörtesten Weise Handelsspionage zu treiben. Das ist doch bekannt. Gibt es aber ein Mittel gegen diese Handelsspionage, wenn die Kontrollkommission das Recht hat, jede einzelne Steuerveranlagung einzusehen, sich über alle Protokolle zu informieren, die über Verhandlungen mit dem Betreffenden in seinen Steuerangelegenheiten geführt worden sind? Das ist garnicht denkbar! Im deutschen Text heißt es, daß die Kontrolle nicht eindringen darf in das Steuergeheimnis. Das ist eindeutig und klar. Wenn dieser Text gilt, darf die Kontrollkommission nicht verlangen, daß ihr irgendeine Steuererklärung oder Steuerveranlagung vorgelegt wird. Im französischen Text heißt es: „que les controles ne violeront pas le secret de la fortune" usw., das heißt, daß die Kontrolle das Steuergeheimnis nicht verletzen wird. Damit ist nicht ausgeschlossen, daß sie in das Steuergeheimnis eindringt. Danach könnte die Kontrollkommission verlangen, daß ihr die einzelnen Veranlagungen gezeigt werden.

Das ganze Haus wird mir zugeben: hier handelt es sich um einen Widerspruch, nicht nur um verschiedene Nuancen. In allen drei Fällen steht im deutschen Text etwas anderes als im französischen. Ich glaube, ich verdiene keinen Vorwurf, wenn ich auf solche Dinge aufmerksam mache. Ich glaube, ich habe mir im Gegenteil ein Verdienst erworben, wenn ich das zur Klarstellung hervorhebe. (Zurufe links.)

Meine Herren! Wenn Sie meine Person nervös macht und kränkt, so haben Sie bitte soviel inneres Gefühl und Rücksicht auf

unsere deutsche Sache, daß Sie die allgemeinen Interessen über Ihre persönliche Nervosität stellen.

Im übrigen hat der Herr Reichsfinanzminister ja in bezug auf die Kontrolle sich auf diese Beantwortung meiner Frage beschränkt. Es bleibt aber bestehen, daß selbst nach dem deutschen Text die Reichsregierung ohne die Ermächtigung des Reichstags eingeholt zu haben, über die Erklärungen, die sie bisher mit Zustimmung des Reichstags abgegeben hat, erheblich hinausgegangen ist. Der ganze Inhalt der Noten vom 9. Mai und vom 28. Mai steht im strikten Widerspruch mit den Erklärungen, die der Reichskanzler hier zum letztenmal in der Kontributionsangelegenheit am 28. März abgegeben hat, und da der Reichstag noch nicht seine ausdrückliche Billigung ausgesprochen hat, hat sich die Reichsregierung von der Linie entfernt, die sie bisher in dieser Frage eingehalten hat. Die Reichsregierung ist mit ihren Noten vom 9. Mai und 28. Mai durch irgendwelche Zustimmung des Reichstages Gott sei Dank nicht gedeckt. Das stelle ich hiermit ausdrücklich fest.

Ich wende mich nach diesen Ausführungen zu dem Herrn Kollegen Korell. Es tut mir leid, das ich mich mit ihm auseinandersetzen muß; ich weiß nicht, ob er noch da ist. (Abg. Korell: Jawohl, hier bin ich!)

Ich habe die **Ausführungen des Herrn Kollegen Korell,** so oft er hier über die Zustände im besetzten Gebiet sprach, da mir selbst alle diese Dinge sehr ans Herz gehen, immer mit großer Aufmerksamkeit angehört, und ich habe mit meinem Beifall nicht zurückgehalten. Herr Kollege Korell, es macht mir eine doppelte Freude, wenn ich einem Manne aus einer andern Partei zustimmen kann. Ihnen scheint es unangenehm zu sein, wenn jemand aus einer andern Partei, oder wenigstens wenn jemand von uns Deutschnationalen, Ihnen zustimmt, oder wenn ich persönlich Ihnen zustimme. (Abg. Korell: O nein!)

Ich weiß nicht, wogegen Ihre Bemerkungen sonst gehen sollen. (Zuruf von den Deutschen Demokraten.)

Dann sagen wir: es ist Ihnen unangenehm, wenn jemand

aus der Deutschnationalen Partei hier Dinge ausspricht oder wenn ich meinetwegen persönlich Dinge ausspreche, die auch der Herr Abgeordnete Korell in seinem Herzen fühlt und denkt.

Der Herr Kollege Korell hat ja versucht, das zu begründen. Er hat sich wieder einmal darüber gewundert, daß ein Mann von meiner Vergangenheit hier auftreten könne. Gestatten Sie mir darüber ein offenes Wort. Kommen Sie mir nicht mit derartigen Vorwürfen! **Meine Vergangenheit** vertrete ich vor meinem Gewissen und vor meinem Herrgott. (Lachen und Zurufe links.)

Ich habe mich im Kriege in den Dienst der deutschen Sache gestellt. Ich habe Tag und Nacht für ein einziges Ziel gearbeitet, nämlich für das Ziel, daß Deutschland durch diesen furchtbaren Krieg in Ehren hindurchkomme. (Abg. Weiß: Das hat Korell anerkannt, das hat er nicht bestritten! — Abg. Korell: Ich habe selber davon gesprochen, daß Sie Ihre Politik im besten Willen gemacht haben!)

Nun, Sie halten mir vor allen Dingen zwei Dinge vor; zwei Dinge werden mir fortgesetzt vorgehalten, heute auch wieder. Das eine ist das Wort, die Hoffnung, die ich damals ausgesprochen habe, daß **diejenigen, die diesen Krieg angezettelt haben,** auch die **Lasten tragen** möchten. (Abgeordneter Crispien: Das waren S i e doch!)

Das ist ja unglaublich! (Zuruf von den Deutschen Demokraten: Antworten Sie doch nicht darauf!)

Ich habe damit jedenfalls die andern gemeint, und das genügt ja. — Ich habe dieses Wort ausgesprochen in meiner ersten Rede als Schatzsekretär, in der allerersten Zeit des Krieges, als die ganze Welt mit einem kurzen Krieg rechnete, als auch die Oberste Heeresleitung von damals, Herr General v. Falkenhayn, mir mitteilte, wenn gewisse Dinge, die er vorhabe, gelingen würden — und damit rechnete er sehr stark —, würde der Krieg in wenigen Monaten zu Ende sein. (Zuruf aus dem Zentrum.)

Das war in der ersten Zeit des Krieges, Herr Kollege Becker.

Aber ich werde Ihnen nun mit einem Herrn aus Ihrer Fraktion kommen. Das war ungefähr in derselben Zeit, in der der verstorbene Abgeordnete E r z b e r g e r eine Denkschrift an den Reichskanzler, an die Oberste Heeresleitung, an den Kriegs-

minister, an den Admiral von Tirpitz usw. gerichtet hat, in der er eine viel ungeheuerlichere Kriegsentschädigung verlangte, als sie mir jemals vorgeschwebt hat. (Hört! Hört! rechts. — Zuruf aus dem Zentrum: Das ist aber etwas anderes, als wenn Sie das sagen!)

Die Denkschrift ist nicht verborgen geblieben. Ich möchte Sie nun fragen: wer von den Herren, die heute Steine auf mich werfen, das deswegen Herrn Erzberger als disqualifiziert zum Abgeordneten und zum Minister angesehen? (Sehr richtig! rechts.)

Der andere Punkt betrifft den U-Bootkrieg. Ich habe über **meine Stellung zum U-Bootkrieg** im Untersuchungsausschuß des Reichstags — damals war ich noch nicht Abgeordneter — auf das ausführlichste Auskunft gegeben. Die Berichte über den Untersuchungsausschuß liegen vor. Der Sachverhalt ist, daß ich im Oktober 1916 (Abgeordneter Crispien: Von Gott verlassen war!) — nein, da waren andere von Gott verlassen —, daß ich im Oktober 1916 geradezu flehentlich im Hauptausschuß des Reichstags vor dem U-Bootkrieg gewarnt habe, (sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten) daß ich damals die Worte ausgesprochen habe: „Wenn Sie jetzt diesen Beschluß fassen wollen, bedenken Sie, daß es die letzte Karte ist, die wir auszuspielen haben; wenn diese Karte nicht sticht, dann sind wir auf Jahrhunderte verloren." (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten. — Zurufe von den Sozialdemokraten.)

Dazu bekenne ich mich. Aber was geschah im Hauptausschuß? — Von seiten aller Abgeordneten des **Zentrums**, die dem Hauptausschuß angehörten, wurde eine schriftlich und gedruckte **Erklärung** abgegeben — ich habe den Wortlaut natürlich nicht hier; aber die Herren, die dabei waren, werden die inhaltliche Richtigkeit bestätigen —, die besagte: selbstverständlich trägt der Reichskanzler für die Eröffnung des uneingeschränkten U-Bootkriegs die politische Verantwortung. (Zuruf des Abg. Petersen: Oder ein anderer Regierungsvertreter!)

Nein! Damals gab es nur einen Verantwortlichen, nämlich den Reichskanzler. Ich will mich deshalb durchaus nicht von der Verantwortung drücken; das habe ich im Untersuchungsausschuß ausdrücklich erklärt. — Die Erklärung fuhr dann ungefähr folgendermaßen fort:

Der Reichskanzler wird jedoch bei seinen Entschließungen die Forderungen der Obersten Heeresleitung zu berücksichtigen haben.

(Abgeordneter Kopsch: Sehr richtig!)

Und nun kommt der entscheidende Satz etwa folgenden Wortlauts:

Sollte die Eröffnung des uneingeschränkten U-Bootkrieges beschlossen werden, so ist der Reichstag jetzt bereits mit der Eröffnung des uneingeschränkten U-Bootkriegs einverstanden.

(Lebhafte Rufe rechts: Hört! Hört! und Sehr richtig! — Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.)

Das war eine Blankovollmacht an den Reichskanzler; ja, das war mehr als eine Blankovollmacht, das war für den Reichskanzler die Aufforderung — denn mit dem Zentrum war die große Mehrheit des Reichstags dann für diese Politik gegeben —, das war die Eröffnung an den Reichskanzler: Wenn die Oberste Heeresleitung den U-Bootkrieg verlangt, dann hast du den U-Bootkrieg zu machen! (Sehr richtig! rechts.)

Sie (zum Zentrum) haben damals der Leitung der deutschen Politik die Verantwortung gegenüber dem Reichstag im voraus abgenommen. Deswegen haben Sie kein Recht — Sie vor allem nicht! — (Zuruf von den Sozialdemokraten: Aber wir haben es!) — von Ihnen spreche ich nicht, Herr Stampfer! —, der Regierung einen Vorwurf daraus zu machen, daß sie dem Drängen der Obersten Heeresleitung nachgegeben und den U-Bootkrieg eröffnet hat.

Ich habe noch am 9. Januar 1917 — das darf ich noch hinzufügen —, an dem Tage, an dem im Großen Hauptquartier die Entscheidung gefallen ist, eine Depesche an den Reichskanzler nach dem Großen Hauptquartier geschickt, die gleichfalls dem Untersuchungsausschuß bekannt ist. In Rücksicht darauf, daß nach meinem Gefühl die Verhandlungen mit Wilson über dessen Friedensschritt noch nicht zum nötigen Abschluß gekommen waren — ich hatte allerdings keine großen Hoffnungen — habe ich den Reichskanzler angefleht, bis ein formeller Abschluß der Verhandlungen vorliege, sich auf die Eröffnung

des U-Bootkriegs nicht einzulassen. Ich war am 8. Januar bis gegen Mitternacht beim Reichskanzler, bis er zum Bahnhof fuhr. Ich habe mich dann zu Bett gelegt, bin um 4 Uhr wieder aufgestanden und habe ein langes Telegramm, in dem ich alles noch einmal zusammengefaßt habe, an den Reichskanzler geschickt. Dies Telegramm habe ich um 7 oder 8 Uhr persönlich nach der Reichskanzlei hinübergetragen, damit es durch Fernschreiber noch vor der entscheidenden Beratung an den Reichskanzler gebracht würde. Als dann der Reichskanzler am nächsten Tage aus dem Großen Hauptquartier zurückkehrte und mir durch Staatssekretär Wahnschaffe sagen ließ, der Rubikon sei überschritten, der U-Bootkrieg würde gemacht, habe ich dem Staatssekretär Wahnschaffe den Auftrag gegeben, den Reichskanzler zu bitten, mir meine Entlassung zu erwirken.

Ich habe dies Entlassungsgesuch drei Tage später zurückgenommen, nachdem die unerhörte Antwort der Entente auf das Wilsonsche Friedensangebot vorlag, jene Antwort, die den Versailler Vertrag bereits vollständig enthielt; nachdem damit jede Aussicht auch auf eine Wilsonsche Friedensvermittlung gegenstandslos geworden war.

Ich habe es mir natürlich sehr überlegt, ob und wie weit ich für den U-Bootkrieg eintreten könne. Aber nachdem der Präsident Wilson, über dessen Charakter heute wohl nirgendwo mehr ein Zweifel besteht, am 20. Januar — die Daten sind mir noch genau im Kopf; Sie können sich denken, wie mich diese Sache all die Jahre beschäftigt hat, und wie sie mich damals beschäftigte, — erst nachdem Präsident Wilson am 20. Januar die ungeheuerliche Botschaft an den amerikanischen Kongreß losgelassen hatte, in der er die unerhörte Antwort der Alliierten, die den ganzen Versailler Vertrag bereits in sich schloß, als diskutabel erklärt hat, während er über unser Friedensangebot zur Tagesordnung übergegangen ist, wie wenn es nichts wäre, — erst da war ich allerdings der Ansicht: es bleibt uns jetzt nichts anderes übrig!

Der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg hat mich unter Berufung auf eine Szene zwischen dem alten Kaiser und Bismarck, am Portepee genommen und mir in einer Unterhaltung, die ich nie vergessen werde, gesagt: „Sie sind auch nur ein Mensch. Alle,

die bisher gegen den U-Bootkrieg waren, Admiral Capelle, ich weiß nicht, wer es sonst noch war, Staatssekretär Zimmermann, alle anderen, alle, alle haben sich unter dem Druck der Tatsachen zu der Notwendigkeit des U-Bootkrieges durchgerungen. Der Feldmarschall v. Hindenburg, der General Ludendorff haben vor dem Kaiser, auch vor mir die Erklärung abgegeben, daß sie die Fortführung der Operationen nicht weiter verantworten könnten, wenn nicht der uneingeschränkte U-Bootkrieg zu Hilfe komme. Sie haben die Verantwortung übernommen für die militärischen Konsequenzen, die sich daraus etwa ergeben können. Nun stehen Sie mit Ihrem Widerstand allein! Wollen Sie mit Ihrem doch auch nur menschlichen Verstande sagen, daß Sie allein recht haben? Das wäre ja gleichgültig, wenn Sie nicht mein Stellvertreter wären. Aber was macht es für einen Eindruck, wenn Sie auf Grund dieses Beschlusses sagen: hier ist mein Portefeuille, hier ist mein Amt, ich gehe, ich spiele nicht mehr mit? Wie wirkt das auf unsere Verbündeten, wie wirkt das auf die Außenwelt, wie wirkt das auf das deutsche Volk? Jedermann wird sagen: Helfferich, der doch auch nicht der erste Beste ist, geht, er streikt, steckt seinen Degen ein und reitet nach Hause. — Das geht nicht! Ich weiß: Sie tragen das Portepee, Sie sind Offizier. Sie können jetzt den Degen nicht einstecken in der Schlacht und nach Hause reiten."

Sie können sich denken, daß ich nicht leichthin den Schritt tun konnte, aber diesen eindringlichen Worten des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg konnte und durfte ich mich nicht entziehen. Ich habe damals Bethmann Hollweg gesagt: Sie verlangen viel von mir, denn nach allem, nach meiner ganzen bisherigen Haltung, kann ich nicht dasitzen und schweigen. Das kann ich nicht! Das nimmt mir niemand ab! — Ich werde mir die Sache überlegen! Wenn ich mich entschließe, mich Ihren Argumenten zu fügen, dann werde ich nicht nur nicht meinen Abschied nehmen, sondern für den uneingeschränkten U-Bootkrieg eintreten!

Das habe ich getan! Nun werfen Sie Steine auf mich! (Stürmischer anhaltender Beifall bei den Deutschnationalen, bei der Deutschen Volkspartei und den Deutschen Demokraten.)

X.

# Rede vom 17. Juli 1922.

**Grundsätzlicher Widerspruch gegen die Zwangsanleihe. — Positive Mitarbeit an der Verbesserung der Einzelbestimmungen. — Die drohende Geldknappheit. — Geldknappheit und „Inflation". — Geldknappheit und „Ueberfremdung". — Verschärfung der Gefahren durch die Zwangsanleihe. — Der übertriebene hohe und unsoziale Tarif. — Die Zwangsanleihe als Eingriff in die Vermögenssubstanz für Kontributionszwecke. — Anträge: Kombination freiwilliger und Pflichtzeichnungen; Verbot der Devisenankäufe für Kontributionszwecke, solange der Dollarkurs einen bestimmten Satz übersteigt. Einverständnis mit Dr. Rathenau über letzteren — Das Ceterum censeo der Revision des Versailler Diktats und des Londoner Ultimatums. — Wo bleibt in dem inneren Wirrwarr die auswärtige Politik?**

## Vorbemerkung.

Das auf Grund des Steuerkompromisses im April 1922 vom Reichstag angenommene Mantelgesetz hatte zwar die Erhebung einer Zwangsanleihe im Betrag von einer Milliarde Goldmark grundsätzlich festgelegt, ein Gesetz über die Zwangsanleihe befand sich jedoch noch nicht unter den damals verabschiedeten Steuergesetzen. Der Entwurf eines Gesetzes über die Zwangsanleihe wurde vielmehr erst Ende Mai dem Reichstag vorgelegt und am 17. Juni ohne Debatte an den Steuerausschuß verwiesen. Nachdem dort der Entwurf eingehend beraten und in wesentlichen Punkten umgeändert worden war, wurde er am 17. Juli im Plenum des Reichstages zur zweiten Beratung gestellt.

* *
*

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Helfferich.

Dr. Helfferich: Meine Damen und Herren! Im Auftrage meiner Fraktion habe ich kurz unsere Stellungnahme zu dem Zwangsanleihegesetz, wie es aus den Ausschußberatungen hervorgegangen ist, darzulegen.

Dem Hohen Hause ist bekannt, daß wir sowohl bei den Beratungen über das Steuerkompromiß als auch bei der ersten Beratung über die Zwangsanleihe und bei anderen Gelegenheiten unseren **grundsätzlichen Widerspruch gegen den Gedanken der Zwangsanleihe** unter den gegenwärtigen Verhältnissen dargelegt haben. Dieser grundsätzliche Widerspruch gegen den Gedanken der Zwangsanleihe im gegenwärtigen Augenblick hat uns selbstverständlich nicht abgehalten, uns an den Ausschußberatungen in **positiver Mitarbeit** zu beteiligen und in den Ausschußberatungen das unsrige dazu beizutragen, um die allerschwersten Bedenken, die diesem Gesetz anhaften, ausräumen zu helfen. Wir haben dabei, wie ich gern feststellen kann, zusammen mit einer Anzahl der anderen Parteien, zum Teil sogar mit Einstimmigkeit — das war allerdings die Ausnahme — wesentliche Verbesserungen durchgesetzt. Die Verbesserungen, die erzielt worden sind, sehe ich vor allem in folgenden:

Einmal ist es uns gelungen, die **Verzinsung der Zwangsanleihe** wesentlich zu verbessern. Das hat den Vorteil nicht nur für die Zinsempfänger für die Dauer der Laufzeit der Anleihe, sondern hat den ganz wesentlich größeren wirtschaftlichen Vorteil, daß der Kurs der Zwangsanleihe von Anfang an wesentlich günstiger sein wird, als es auf Grund der Regierungsvorlage anzunehmen war. Wäre die Regierungsvorlage in bezug auf die Verzinsung stehen geblieben, so hätte man damit rechnen müssen, daß der Anfangskurs der Zwangsanleihe über 35 Prozent kaum hinausgegangen wäre. Jetzt, wo zwar die Zinsfreiheit für die ersten drei Jahre bestehen geblieben ist, dann aber 4 Prozent und nach weiteren fünf Jahren 5 Prozent kommen, ist damit zu rechnen, daß der Kurs wesentlich aufgebessert wird. Das ist natürlich eine ganz erhebliche Erleichterung für alle diejenigen, denen es ohnedies schon schwer genug fallen wird, das Geld für die Zwangsanleihe flüssig zu machen.

Eine zweite Verbesserung sehen wir in der Aussprache, die in dem Ausschuß über die **Bewertungsgrundsätze** stattgefunden hat. Diese Aussprache hat wesentlich zur Klärung beigetragen. Durch diese Aussprache sind, wie ich auch in diesem Falle anerkenne, wesentliche Bedenken, die wir geltend machen mußten, beseitigt worden; allerdings nicht radikal, allerdings nicht in der Weise, daß wir uns mit allem und jedem, was die Regierung in ihren Richtlinien für die Bewertung gegeben hat, einverstanden erklären könnten. Immerhin, die schwersten Steine sind aus dem Wege geschafft worden.

Den dritten Punkt, in dem eine wesentliche Verbesserung durchgeführt worden ist, sehen wir darin, daß nunmehr der **Endtermin für die Pflichteinzahlungen** auf einen Zeitpunkt gelegt ist, der n a c h dem Stichtag für die Feststellung des Vermögens liegt und nicht, wie in der ursprünglichen Regierungsvorlage, v o r dem Stichtag. Nach der Regierungsvorlage sollten die Zahlungen, und zwar in vollem Umfang, beendet sein Ende Oktober dieses Jahres, während der Stichtag für die Feststellung des zeichnungspflichtigen Vermögens der 31. Dezember war. Hier war also dem Steuerpflichtigen zugemutet, daß er mindestens zwei Monate vorher übersehen sollte, wie sich sein Vermögen am 31. Dezember 1922 stellen würde. Jetzt ist der Endtermin für die Pflichtzahlungen auf den 28. Februar 1923 erstreckt worden, und zwar muß bis dahin nicht der volle Betrag, sondern nur zwei Drittel eingezahlt sein. Also zwei Monate nach dem Stichtage und nur zwei Drittel des Betrages kommen in Frage, eine ganz wesentliche Verbesserung, die wir anerkennen müssen.

Schließlich der vierte Punkt: die **Verteilung der Einzahlungen über einen größeren Zeitraum.** Das hängt mit dem dritten Punkt eng zusammen. Nach der Regierungsvorlage war damit zu rechnen, daß bei dem Einheitskurs für die Zeichnung, bei 100 Prozent Uebernahmekurs, und bei dem Mangel an jeder Vergütung für Vorauszahlungen die Gesamtheit dieser enormen Zahlungen sich auf den einen Monat Oktober zusammengedrängt hätte. Das hätte zu einer sicheren Katastrophe für unsere Wirtschaft führen müssen. Jetzt ist wenigstens durchgesetzt worden, daß die Zahlungen verteilt werden. Um das zu bewirken, wird der Einzahlungssatz gestaffelt. Er beginnt im Juli mit 94 Prozent,

er ist im August 96 Prozent, im September 98 Prozent, kommt im Oktober und November auf 100 Prozent und steigt dann über 100 Prozent hinaus bis auf 106 Prozent im März 1923 an. Dadurch wird, wie ich hoffe, bewirkt, daß diese gewaltige deutsche Kapitalsentziehung — die größte, die die deutsche Volkswirtschaft bisher innerhalb so kurzer Zeit durchgemacht hat — von einem Monat auf eine ganze Reihe von Monaten verteilt werden wird.

Meine Damen und Herren! Das sind alles wesentliche Verbesserungen gegenüber der Regierungsvorlage. Aber auch diese wesentlichen Verbesserungen konnten uns in unseren grundsätzlichen Bedenken gegen die ganze Vorlage nicht beirren. (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Wir müssen diese grundsätzlichen Bedenken trotz dieser Verbesserungen, an denen wir gerne mitgearbeitet haben, aufrecht erhalten. Die Bedenken, die verbleiben, sind kurz die folgenden.

Das erste große Bedenken ist, daß dieser gewaltige Eingriff in die deutsche Vermögenssubstanz, der im Ausschuß auf 70 Milliarden Mark festgesetzt worden ist, in einer Zeit fortgesetzt wachsender **Geldknappheit** vor sich gehen soll. Das klingt vielleicht erstaunlich. Ich habe im Ausschuß die Beobachtung gemacht, daß die Darlegungen, die dort von einigen Mitgliedern — auch von meiner Seite — über die Tatsache dieser fortgesetzt wachsenden bedrohlichen Geldknappheit gemacht worden sind, angezweifelt wurden. Es besteht ja nicht nur bei uns im deutschen Volk, sondern noch viel mehr draußen in der Welt die Vorstellung, daß das Hauptübel, an dem wir in Deutschland leiden, die sogenannte **Inflation** sei, das heißt eine übermäßige Ausgabe von Geldzeichen. Wenn eine übermäßige Ausgabe von Geldzeichen besteht, woher soll denn die Geldknappheit kommen? Das klingt wie ein Widerspruch.

Aber, meine Damen und Herren, eine Inflation besteht bei uns überhaupt nicht, wenigstens nicht in dem Sinne, wie das Wort „Inflation" in der Wissenschaft gebraucht wird. (Hört! Hört! links.)

Nein, meine Herren, diese Inflation besteht nicht. Denn Inflation bedeutet, daß mehr Geld in Umlauf gesetzt wird, als die Volkswirtschaft aufnehmen und verdauen kann. Bei uns ist das

Gegenteil der Fall. Bei uns ist weniger Geld im Umlauf, als die Volkswirtschaft bei dem Stande der Preise, wie er sich jetzt entwickelt hat, braucht. Der Irrtum, der draußen im Ausland und auch auf dieser Seite des Hauses (nach links) besteht, ist der, daß die Vermehrung unserer Geldzeichen, die ja vorhanden ist, die Preise in die Höhe getrieben habe. Das stimmt nicht; die Preise sind infolge des Rückganges unserer Valuta in die Höhe getrieben worden, und der Valutarückgang hat mit der Vermehrung unserer Geldzeichen so gut wie garnichts zu tun, die Ursachen des Valutarückgangs liegen vielmehr in den uns aufgezwungenen Zahlungen an das Ausland und in unserer schlechten Handelsbilanz. (Sehr richtig! rechts.)

Wie liegen denn die Dinge? Ich will die Zahlen wiederholen, die ich im Ausschuß genannt habe. Sie sind einleuchtend und durchschlagend. In den Devisenkursen ist unsere Valuta heute um mehr als das Hundertfache entwertet.*) So wie es in den Dollarkursen in Erscheinung tritt, ist heute die Mark noch nicht einmal mehr einen Pfennig wert. Der Dollar steht mehr als 100mal so hoch wie die Friedensparität. Die Großhandelspreise sind heute etwa 70mal so hoch wie der Friedensstand.**) Löhne und Kleinhandelspreise sind 40- bis 50mal so hoch wie der Friedensstand. (Widerspruch links.)

Kleihandelspreise, Löhne, Mieten, — alles zusammengerechnet, was für den unmittelbaren Lebensunterhalt in Betracht kommt. Die Zahlen stimmen schon, Sie können sie nachkontrollieren.†)

Nun aber kommt die Frage der Geldvermehrung. Gewiß macht es einen geradezu erschütternden Eindruck, wenn man Woche für Woche liest, wieviel neue Noten die Reichsbank gerade während der letzten Zeit ausgeben mußte. Seitdem uns diese Vorlage beschäftigt, sind wir in Deutschland von rund 140 Milliarden auf rund 180 Milliarden Mark Geldumlauf gekommen.††) Aber auch wenn wir von 180 Milliarden ausgehen, müssen wir

---

*) Heute (Mitte Oktober 1922) um etwa das 650fache.

**) Im September 1922 war die Indexziffer der Großhandelspreise auf das 274fache des Friedensstandes gestiegen.

†) Im September war der Index der Ernährungskosten 154mal so hoch als der Friedensindex.

††) Ende September 1922 stellte sich der Papiergeldumlauf auf 331 Milliarden Mark.

zunächst abrechnen, was im Auslande und im Inlande an deutschen Noten thesauriert, aufgespeichert ist. (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Das sind 20 bis 30 Milliarden, und dann verbleibt für Deutschland heute ein Geldumlauf von 150 Milliarden gegenüber einem Friedensgeldumlauf von 6 Milliarden. Das ist also 25mal der Friedensumlauf.*)

Damit haben Sie die Kette geschlossen. Der Geldumlauf ist um das Fünfundzwanzigfache vermehrt worden. Die Kleinhandelspreise, einschließlich Mieten und Löhne, sind auf das Vierzigfache bis Fünfzigfache in die Höhe gegangen, die Großhandelspreise auf das Siebzigfache und etwas mehr, der Dollar und die anderen Gelddevisen auf das Hundertfache und mehr.**) Die Steigerung der Devisen auf das Hundertfache, die Steigerung der Großhandelspreise auf das Siebzig- bis Achtzigfache kann unmöglich von der Steigerung des Geldumlaufs auf etwa das Fünfundzwanzigfache kommen. Sie haben darin, daß die Großhandelspreise auf das Siebzig- bis Achtzigfache, die Kleinhandelspreise auf das Fünfzigfache ungefähr gestiegen sind, während der Geldumlauf nur auf etwa das Fünfundzwanzigfache vermehrt worden ist, die Erklärung für die Geldknappheit, unter der wir leiden. (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Die Symptome der Geldknappheit treten nun überall zutage. Ich darf darauf hinweisen, daß, während noch bis in das letzte Jahr hinein — der Bruch ist genau zu bezeichnen; er liegt im November des letzten Jahres — die **Aktienkurse** in „Sympathie", wie man sich an der Börse ausdrückt, mit der Valuta gestiegen sind, das seit November vorigen Jahres aufgehört hat. Die deutschen Aktienkurse sind heute im großen Durchschnitt wesentlich niedriger, als sie im November vorigen Jahres waren. Damals stand der Dollar auf 300; heute steht er auf 400 bis 500. Die Aktienkurse haben seit jener Zeit an der Steigerung der Golddevisen nicht mehr teilgenommen; sie sind nicht mehr in die Höhe gegangen. Warum nicht? Weil in Deutschland infolge der Geldknappheit, die schon damals sich zu zeigen anfing, sich keine Käufer mehr finden. (Sehr wahr! bei den Deutschnationalen.)

*) Ende September 1922 das Fünfzigfache.

**) Heute ist die Kette der Steigerungen gegenüber dem Friedensstand: Geldumlauf auf das 50fache, Großhandelspreise auf das 274fache, Devisen (auf Ende September berechnet) auf das 500fache.

Die neuen Aktien, die jetzt ausgegeben werden müssen, nicht um das Grundkapital zu verwässern, nicht um irgendwelche Konjunkturgewinne zu machen, sondern weil die Unternehmungen das Geld bitter nötig haben, (Zustimmung bei den Deutschnationalen) sind heute nicht zu placieren. Im vorigen Jahre hat man sich noch um die Bezugsrechte gerissen; heute werden sie ausgeboten wie sauer Bier, (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen) und ihre Kurse stehen wesentlich unter ihrem rechnungsmäßigen Wert. (Lebhafte Zustimmung bei den Deutschnationalen.)

Meine Damen und Herren! Die Geldknappheit drückt sich weiter aus in der **starken Anspannung unserer Banken,** in dem starken Anwachsen unserer Debitoren, in der Unmöglichkeit für unsere Banken, den Kreditansprüchen, die immer mehr an sie herantreten, gerecht zu werden. Es handelt sich dabei nicht nur um die Industrie, sondern auch um die Landwirtschaft. Auch in der Landwirtschaft, wo Düngerpreise, Löhne usw. enorm in die Höhe gegangen sind, bestehen die größten Schwierigkeiten, die notwendigen Gelder zu beschaffen, um den Anbau in vollem Umfang und voller Intensivität aufrecht zu erhalten. (Lebhafte Zustimmung bei den Deutschnationalen.)

Bei den Folgen, die auf diesem Gebiete eine Stockung haben muß, hätte die Regierung und hätte der Reichstag allen Grund, zu überlegen, wie hier gegenüber dem Fortschreiten dieser Krisis geholfen werden kann. Das nächstliegende Mittel — natürlich nicht das beste Mittel — ist eine weitere Vermehrung des Papiergeldes. Das wollen wir auch nicht; die weitere Vermehrung von Papiergeld muß so sehr wie irgend möglich hintangehalten werden. Aber es gibt einen andern Weg, und ich möchte in diesem Zusammenhang die Herren von der Regierung auf einen solchen Weg aufmerksam machen. Wir müssen dahin kommen, wozu man sich in Oesterreich unter dem Druck der Not bereits entschlossen hat, den **Depotzwang aufzuheben** und das **Bankgeheimnis** wiederherzustellen. (Lebhafte Zustimmung bei den Deutschnationalen.)

Der Depotzwang und die Beseitigung des Bankgeheimnisses sind die stärkste Veranlassung für die inländische Thesaurierung, für das inländische Hamstern von Banknoten. Die Leute fürchten, daß alles, was sie bei der Bank liegen haben, ohne weiteres der Steuerbehörde aufgedeckt wird. Da ist es nun nicht immer nur

etwa die Absicht, Steuern zu hinterziehen — das kommt gewiß vor; das will ich nicht bestreiten —, sondern das unangenehme Gefühl, das eben sehr viele haben, wenn sie alle ihre Verhältnisse einfach offenlegen müssen. Dieses Gefühl besteht; man mag es für unberechtigt halten oder nicht, es ist vorhanden, und man muß mit ihm rechnen. Weil dieses Gefühl besteht, deshalb müßte nach meiner Meinung der Depotzwang aufgehoben und das Bankgeheimnis wiederhergestellt werden, um die gehamsterten Banknoten der wirtschaftlichen Ausnutzung wieder zugänglich zu machen. (Zurufe links: Ei! Ei!)

Ihre (nach links) eigenen Parteigenossen in Oesterreich haben einen solchen Antrag, soviel ich weiß, sogar gestellt, und ich glaube nicht, daß ihnen aus Ihren Reihen ein „Ei! Ei!" zugerufen worden ist. — Die Oesterreicher sind uns in dieser verhängnisvollen Entwicklung ein Jahr voraus. Dort hat man unter dem Zwang der Not das getan, was ich, ehe der äußerste Zwang an uns herantritt, der Regierung und dem Reichstag zu tun dringend rate. Ich möchte die Herren bitten, sich das einmal frei von irgendwelcher Voreingenommenheit zu überlegen. Ich hoffe, das wir mit Ihnen zusammen dahin kommen werden, die notwendige Milderung vorzunehmen.

Was wir jetzt hier tun, meine Damen und Herren, die Beschlußfassung über diese **Zwangsanleihe** wird das Gegenteil von dem erreichen, was uns als das Gebot der Stunde erscheint. Die Zwangsanleihe wird im Laufe der nächsten Monate der deutschen Volkswirtschaft Kapitalien und Geld in einem ganz unerhörten Maße entziehen, — ich sagte vorhin schon: in einem Maße, wie es überhaupt in der deutschen Wirtschaftsgeschichte bisher nicht da war. Die Wirkung davon wird sein, daß die Geldknappheit, von der ich sprach, nicht gemildert, sondern umgekehrt erheblich verschärft wird. Die Wirkung wird sein, daß die Entwicklung der Aktienkurse, von der ich vorhin sprach, die an der Steigerung der Devisenkurse nicht mehr teilnehmen, weitergehen wird.*)

---

*) Die seither eingetretene neue Steigerung der Devisenkurse auf das 7- bis 8fache des damaligen Standes hat das Niveau der Aktienkurse nicht unberührt lassen können; gegenüber der Devisensteigerung ist die Erhöhung des Kursniveaus der Aktien jedoch nur geringfügig.

Was ist die Folge? Die Folge ist eine Verschärfung der **Ueberfremdung.** (Sehr wahr! bei den Deutschnationalen.)

Ich kann Ihnen diese Gefahr an einem Beispiel klarmachen. Berechnen Sie einmal, was bei unsern wichtigsten, das Ausland am meisten interessierenden Aktien heute in ausländischer Valuta der Kurs ist gegenüber dem Kurse in Friedenszeiten! Nehmen Sie als Beispiel die Deutsche Bank. Der Friedenskurs für eine Deutsche-Bank-Aktie, der Kurs in den Monaten vor dem Kriege, betrug etwa 260 Prozent. Das bedeutete, daß der Amerikaner etwa 650 Dollar für eine Deutsche-Bank-Aktie zu zahlen hatte. Heute notiert dieselbe Aktie etwa 500 Prozent. Bei einem Kurse des Dollars von 500 Mark heißt das, daß heute der Amerikaner zehn Dollar*) braucht, um dieselbe Aktie zu kaufen, für die er vor dem Kriege 650 Dollar zahlen mußte. (Hört! Hört! rechts.)

Man kann sagen: das Ausland ist bei dieser Entwicklung imstande, uns unsere wertvollsten Wirtschaftsunternehmungen für ein Butterbrot ohne Butter abzukaufen. (Zustimmung rechts. — Zuruf von den Sozialdemokraten: Theoretisch!)

Leider Gottes nicht nur theoretisch, sondern auch sehr praktisch, Herr Abgeordneter Kahmann. Sie sollten diese Gefahr nicht unterschätzen; denn es steht hier nicht nur das Schicksal des Kapitalisten, sondern auch das der Arbeiter auf dem Spiel. Meine Herren (nach links), durch diese Ueberfremdung setzen Sie an die Stelle des deutschen Unternehmers, der an der Entwicklung der deutschen Wirtschaft nicht nur ein Portemonnaie-Interesse, sondern auch ein vaterländisches Interesse hat, den ausländischen Unternehmer, der bei der Konjunktur, wie sie heute in der Welt besteht, ein Interesse daran haben kann, deutsche Betriebe stillzulegen. Und da frage ich: wo bleibt dann der deutsche Arbeiter? (Sehr richtig! rechts.)

Ich sage weiter: wenn die Landwirtschaft infolge der Entziehung von flüssigem Kapital durch die Zwangsanleihe verhindert wird, in dem nötigen Maße künstlichen Dünger und andere Betriebsmittel zu beschaffen, (sehr richtig! bei den Deutschnationalen) so ist die notwendige Folge ein Produktions-

*) Bei den Kursverhältnissen Mitte Oktober 1922 — Deutsche Bank 975 und Dollar etwa 2700 — kostet die Deutsche Bank-Aktie gar nur 3,6 Dollar.

rückgang an Nahrungsmitteln. Daß wir bei der Entwicklung unserer Valuta nicht imstande sind, in großem Umfange vom Auslande Ersatz zu kaufen, das liegt, glaube ich, auf der flachen Hand. (Zustimmung rechts.)

Was bewirkt also die Zwangsanleihe unter diesen Verhältnissen mit einer solchen Entziehung von Kapital? Sie bewirkt eine Verringerung der Unterhaltungsmöglichkeiten in Deutschland. (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Beides zusammen, die Entwicklung in der Industrie und in der Landwirtschaft, bedeutet für die große Masse der deutschen Bevölkerung Arbeitslosigkeit und Hunger. (Wiederholte Zustimmung bei den Deutschnationalen.)

Davor wollen wir Deutschland bewahren, und deswegen hätten wir bei dieser Lage der Verhältnisse gewünscht — dringend gewünscht, daß sich der Ausschuß auf unsern Vorschlag geeinigt hätte, zunächst einmal den Versuch mit der Freiwilligkeit zu machen, und dann unter gewissen Voraussetzungen, auf die ich dann noch zu sprechen komme, im nächsten Jahre die Pflicht zur Zeichnung zu statuieren. (Sehr richtig! rechts.)

Meine Damen und Herren! Die Gefahr, von der ich spreche, wird nun weiter dadurch vermehrt, daß es leider zu unserm großen Bedauern nicht gelungen ist, in bezug auf den **Tarif für die Zeichnungspflicht** im Ausschuß eine Aenderung der Regierungsvorlage durchzusetzen, daß also schon bei Vermögen, die eine Million übersteigen, der Höchstsatz von 10 Prozent einsetzt. Eine gewisse Abmilderung — das gebe ich zu — ist durch die Bewertungsgrundsätze herbeigeführt, aber diese Abmilderung ist nicht entfernt ausreichend. Ich habe die große Besorgnis, daß bei diesem Stande des Tarifs nicht nur die 60 oder 70 Milliarden oder die 80 Milliarden oder 100 Milliarden, die die Herren Sozialdemokraten beantragen, der Volkswirtschaft entzogen werden, sondern wesentlich mehr. Ich darf darauf hinweisen, daß die Einkommensteuer in den drei ersten Monaten dieses Rechnungsjahrs, April, Mai und Juni — ich habe mich im Reichsfinanzministerium danach erkundigt — nicht weniger als rund 16 Milliarden gebracht hat. (Hört! Hört! rechts.)

Das würde für das Jahr 64 Milliarden bedeuten. (Erneute Rufe rechts: Hört! Hört!)

Es ist gar keine Frage, daß die Sätze für die Zwangsanleihe wesentlich höher sind und, abgesehen von der unteren Schicht, die andern, die mittleren und großen Vermögen wesentlich schärfer treffen als die Einkommensteuer. Darin sehe ich eine Bestätigung der Ansicht, die ich schon hier im Hause bei anderer Gelegenheit und auch im Steuerausschuß vertreten habe, daß bei den vorgeschlagenen Tarifsätzen erheblich mehr als eine Goldmilliarde oder 60 Milliarden Papiermark aus der deutschen Volkswirtschaft herausgeholt werden wird. (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Man hat diese Bedenken im Ausschuß nicht völlig verkannt; man hat infolgedessen eine Bestimmung in das Gesetz hineingeschrieben, die ich an sich begrüße, daß nämlich am Ende des kommenden Jahres festgestellt werden soll, wie hoch die Eingänge sind, und falls diese Eingänge den Betrag von 60 Milliarden oder 70 Milliarden übersteigen, dann eine anteilige Rückerstattung erfolgen soll. Im nächsten Jahre! Wer weiß, wann! Wer weiß, ob! — Wenn in der Tat, wie ich annehmen muß, dieser Tarif eine außerordentlich viel stärkere Kapitalentziehung bringt, als das, was der Gesetzgeber beabsichtigt, so ist die **spätere Rückerstattung** nur ein ganz schwaches Entgelt. Das kommt mir vor wie die Geschichte vom Dachdecker, der vom Dach gestürzt ist und sich ein Bein gebrochen hat; man hat ihn wieder auf das Dach hinaufgesetzt und gemeint, daß das Bein wieder geheilt sei. Oder wenn jemand vom Arzt eine Hand amputiert bekommt und es stellt sich heraus, daß nur ein Finger krank war, und man will die Hand nun wieder ansetzen.

Es wird manche Existenz daran zu Grunde gehen, daß jetzt diese übertriebenen Sätze verlangt werden; und diese Existenzen machen Sie nicht wieder gesund, stellen Sie nicht wieder auf die Beine, wenn Sie nach einem oder anderthalb Jahren eine Rückerstattung vornehmen.

Wir haben auch **soziale Gründe für eine Abänderung des Tarifs.** In der Regierungsvorlage selbst ist anerkannt, daß bei Vermögen bis zu einer Million Freiheit von der Zeichnungspflicht unter bestimmten, in der Vorlage präzisierten Umständen gegeben werden muß, und gleichzeitig soll bei Vermögen von mehr als einer Million schon der Höchstsatz einsetzen. Wir sind der Ansicht, daß angesichts der Geldentwertung eine Million nicht mehr entfernt

das ist, was sie auch heute noch im Volksbewußtsein darstellt. Wir sind der Ansicht, daß der Tarif im Interesse der mittleren Vermögen auseinandergezogen werden muß. Wir haben bis zum letzten Augenblick überlegt, ob wir in der zweiten Lesung noch einmal den Antrag aufnehmen sollen, den wir im Ausschuß gestellt haben; gerade die Entwicklung, die die Steuereinnahmen in der letzten Zeit gezeigt haben, hat uns veranlaßt, diesen Antrag zu bringen, weil eben diese Eingänge unsere Auffassung von dem Ertrag der Zwangsanleihe bestätigen. Wir schlagen deshalb erneut vor, an Stelle des Tarifs der Vorlage zu beschließen, daß als Zeichnungspflicht auf die Zwangsanleihe der zehnfache Betrag der einfachen Vermögenssteuer gilt. Dann haben wir eine weiter auseinandergezogene Besteuerung; dann ist auch die Frage der Gesellschaften und ähnliches meiner Ansicht nach in einer befriedigenden Weise erledigt.

Wir standen mit diesem Antrag allein; aber ich denke, die Entwicklung, wie ich sie eben dargestellt habe, wird vielleicht doch noch den oder jenen der Herren Kollegen, die im Steuerausschuß mitgearbeitet haben und bei denen allen natürlich der beste Willen vorlag, veranlassen, noch die Zustimmung zu unserem Antrag zu geben.

Meine Damen und Herren! Wenn unsere Bedenken gegen die Erhebung der Zwangsanleihe zu einem so hohen Betrag, zu einem nach dem Tarif nahezu ungemessenen Betrag, für uns schon sehr erheblich ins Gewicht fallen, dann noch viel mehr ein anderes Bedenken. Dieses andere Bedenken ist, daß dieser **Eingriff in die deutsche Vermögenssubstanz** mit allen seinen Folgen jetzt für **Reparationszwecke** vorgenommen werden soll, für die sogenannten „inneren Reparationszwecke", für die Bezahlung von Sachlieferungen an die Ententeländer, während das Reparationsproblem immer noch in der Schwebe ist, immer noch nicht eine endgültige, der deutschen Leistungsfähigkeit angepaßte Regelung erfahren hat. Unter diesen Umständen müssen wir befürchten, daß die Erhebung der Zwangsanleihe abermals nichts weiter bedeutet, als daß wertvolle Teile der deutschen Substanz, wie ich das neulich mal ausdrückte, in den Rachen des Molochs der Reparationen hineingeworfen werden, ohne jeden Erfolg. (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Aus dieser Befürchtung heraus hatten wir den Antrag gestellt, daß eine Zeichnungspflicht erst dann eintreten soll, wenn bis zum 31. Dezember dieses Jahres eine endgültige, der deutschen Leistungsfähigkeit angepaßte Regelung der Kontributionsfrage erfolgt sei. (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Wir hatten weiter den Antrag gestellt, daß in Verbindung damit, weil die Valutafrage das Zentralproblem für alle diese Dinge ist, der Regierung untersagt werden solle, weitere **Devisenkäufe für Reparationszahlungen** vorzunehmen, solange der Dollar einen bestimmten Stand, über den man sich einigen konnte, überschreitet.

In dem letzten Punkt hat die Regierung jetzt endlich in den allerletzten Tagen unserer Forderung Rechnung getragen. Die Regierung hat jetzt endlich der Reparationskommission eröffnet, daß sie außerstande sei, über den kommenden 15. Juli hinaus für mehrere Jahre überhaupt irgendwelche Goldzahlungen zu leisten. (Hört! Hört! bei den Deutschnationalen.)

Das ist genau das, was wir schon immer verlangt haben; das ist genau das, was ich, unmittelbar nachdem die Anleiheverhandlungen gescheitert waren, in der „Deutschen Tageszeitung" verlangt habe.

Ich kann jetzt sagen, daß über diesen Punkt zwischen dem Reichsminister Dr. **Rathenau** und mir vollständige Uebereinstimmung bestanden hat. (Hört! Hört! bei den Deutschnationalen.)

In der letzten längeren Unterredung, die ich mit dem Reichsminister Dr. Rathenau wenige Tage vor der entsetzlichen Tat hatte, hat er mir gesagt, daß mein Vorschlag in der „Deutschen Tageszeitung" den Nagel auf den Kopf getroffen habe. (Hört! Hört! rechts.)

Er sei für diesen Vorschlag im Reichskabinett eingetreten. Er halte einen Schritt nach dieser Richtung für notwendig. Er hat in der Unterredung hinzugefügt, was die Herren vielleicht auch interessiert, daß er nicht nur die Berechtigung, sondern auch die **Notwendigkeit einer nationalen Opposition,** wie wir sie treiben, durchaus anerkenne. (Lebhafte Rufe bei den Deutschnationalen: Hört! Hört! — Zurufe von den Sozialdemokraten: Rathenau ist tot, da kann man das leicht sagen! — Unruhe rechts.)

Es waren Zeugen bei dieser Unterhaltung dabei; ich glaube aber, daß Sie mich auch so nicht beschuldigen wollen, daß ich hier Märchen erzähle. Dazu ist die Sache doch zu ernst, um die es sich handelt. (Sehr wahr! rechts.)

Die Regierung hat also, wie gesagt, jetzt endlich bei einem Dollarkurs von 500 der Reparationskommission die von uns verlangte Mitteilung gemacht. Es wäre uns lieber gewesen, und ich glaube, der ganzen deutschen Wirtschaft wäre wohler, wenn diese Mitteilung bei einem Dollarkurs von 300 erfolgt wäre. (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Aber wenn der Schritt auch spät erfolgt ist, so begrüßen wir ihn doch. Wir drücken nur die Hoffnung aus, daß die Regierung ihn nicht etwa wieder rückgängig machen möchte wie die Erklärungen, die der Herr Reichskanzler hier am 28. März in der Reparationsfrage abgegeben hat. (Sehr gut! bei den Deutschnationalen.)

Aber der Schritt für sich allein genügt nicht. Auch mit den Sachleistungen, die viel zu hoch bemessen und die durch das Wiesbadener Abkommen und durch das Bemelmansabkommen noch verschärft worden sind, kommen wir unweigerlich in die Brüche. Deshalb müssen wir immer und immer wieder auf unserer Forderung nach einer **Gesamtrevision des Londoner Zahlungsplans und des Versailler Diktates** bestehen. (Lebhafte Zustimmung rechts.)

Wir können uns dafür jetzt auf genug auswärtige Stimmen berufen. Sie mehren sich. Erst kürzlich habe ich eine Mitteilung von einem Amerikaner bekommen, der sagt: der Widerstand in Amerika gegen eine Hilfsaktion für Deutschland ist sehr groß, aber hauptsächlich deshalb, weil man sich bisher in Deutschland selbst über die deutsche Zahlungskraft einer Selbsttäuschung hingegeben hat. (Hört! Hört! bei den Deutschnationalen. — Zuruf von den Sozialdemokraten: Sie diskreditieren solche Forderungen, wenn Sie sie vertreten!)

Herr Abgeordneter Keil, ich glaube, wenn man von Diskreditieren sprechen will, (Zurufe von den Sozialdemokraten) — ich habe mich hier aller Vorwürfe enthalten — (Zurufe von der Deutschen Volkspartei: Sagen Sie [zu den Sozialdemokraten] das doch auch einmal! — Gegenrufe von den Sozialdemokraten: Das haben

wir oft genug gesagt! — Gegenrufe von der Deutschen Volkspartei: Niemals haben Sie [zu den Sozialdemokraten] es gesagt!) — Aber das, was am meisten diskreditiert, (Zuruf von den Sozialdemokraten: Sie unterstützen uns am besten, wenn Sie schweigen!)

Herr Abgeordneter Keil, das, was am meisten diskreditiert — wenn Sie darüber meine Meinung hören wollen —, ist, daß, wenn hier von anderer Seite, auch von meiner Seite, festgestellt wird, wie es mit der deutschen Leistungsfähigkeit in Wahrheit aussieht, dann von Ihrer Seite Widerspruch kommt, (lebhafte Zustimmung bei den Deutschnationalen) daß von Ihrer Seite immer wieder behauptet worden ist, die Steuerbelastung in Deutschland sei noch nicht schwer genug, sie könne noch größer sein. (Lebhafter Beifall bei den Deutschnationalen und bei der Deutschen Volkspartei.)

**Das diskreditiert!** (Erneuter Beifall rechts.)

Meine Damen und Herren! Wir müssen uns in diesem Augenblick, wo über die Zwangsanleihe endgültig Beschluß gefaßt worden ist, klar sein, daß all die Opfer, die jetzt hier wieder gebracht werden sollen, die von neuem dem deutschen Volke zugemutet werden, nichts nützen und zu nichts helfen, solange nicht die Entschlossenheit in dem Verlangen einer Gesamtrevision der uns auferlegten Kontributionsverpflichtungen bei der Regierung und der Mehrheit des Reichstags vorhanden ist. (Sehr richtig! rechts.)

Ich halte es für sehr bedauerlich, gerade im Interesse unserer Stellung nach außen hin, daß in der Erregung der letzten Wochen jedes Interesse des Reichstags für die **wichtigsten Fragen der auswärtigen Politik** verloren gegangen ist. (Zuruf von den Sozialdemokraten: Vollkommen falsch!)

Hier ist über diese wichtigen Dinge seit Wochen überhaupt nicht mehr gesprochen worden. (Sehr richtig! rechts.)

Ich halte es für sehr bedauerlich, daß der Reichstag auseinandergeht, ohne zu diesen Fragen Stellung zu nehmen, die weit mehr bedeuten als finanzielle Fragen, die wirtschaftliche Fragen von der größten Tragweite sind, die Sou-

veränitätsfragen und die Schicksalsfragen für das deutsche Volk sind. (Lebhafter Beifall rechts.)

Wir haben in den Dingen, die ich am 23. Juni hier anschnitt, angesichts der Unmöglichkeit, hier über solche Fragen überhaupt zu verhandeln, uns auf den Weg der sogenannten „kleinen Anfragen" gedrängt gesehen. Wir haben in dieser Materie zwei sehr wichtige Anfragen gestellt, nicht als einzelne Abgeordnete, sondern als Fraktion, in dem einzigen Bestreben, diese Dinge zu klären, ehe der Reichstag auseinandergeht. Wir würden es begrüßen, wenn jetzt noch eine Aussprache möglich wäre, sei es hier, sei es im Auswärtigen Ausschuß. Denn wir sind von der größten Sorge erfüllt, daß jetzt schon die Selbstbestimmung und Selbstverwaltung Deutschlands in weit höherem Maße kompromittiert ist, als man im Lande ahnt und als die Regierung wahr haben will. (Lebhafte Rufe rechts: Sehr wahr! Hört! Hört!)

Solange keine Klärung in der sogenannten Reparationsfrage und Kontributionsfrage vorhanden ist, solange der Boden des Danaidenfasses nicht abgedichtet ist, können wir uns nicht verantwortlich daran beteiligen, Arbeit und Produktivvermögen des deutschen Volkes zu verflüssigen und in dieses Faß zu leiten. (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Wir stimmen also für jede Verbesserung des ursprünglichen Entwurfes der Zwangsanleihe, aber wir lehnen in der Schlußabstimmung die Zwangsanleihe ab. Wir werden die Zwangsanleihe ablehnen trotz der Anträge, die hier gestellt worden sind und die die drei Gesetze, Einkommensteuer-, Erbschaftssteuer- und Zwangsanleihegesetz, miteinander verkoppeln sollen. Denn wir werden uns durch keine noch so klug ersonnene Konstruktion, die uns vor eine Zwangslage stellen soll, die uns eine Art von Gewissenszwang bei unserer Abstimmung unterwerfen will, davon abbringen lassen, bei der Schlußabstimmung unsere Stellungnahme zu den drei Finanzgesetzen klar zum Ausdruck zu bringen.

Wir stimmen mit der großen Mehrheit dieses Hauses für die Novellen zum **Einkommensteuergesetz** und zum **Erbschaftssteuergesetz**, weil wir mit der großen Mehrheit dieses Hauses der Auffassung sind, daß die Anpassung dieser Gesetze an die Geldentwer-

tung eine absolute, von der Zwangsanleihe gänzlich unabhängige Notwendigkeit ist. (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Wir stimmen gegen die Zwangsanleihe, weil wir sie im gegenwärtigen Zeitpunkt und bei dem gegenwärtigen Stand des Kontributionsproblems für schädlich halten und weil wir alle Verantwortung für die Folgen dieses Gesetzes ablehnen müssen.

Wir haben nur den einen Wunsch, daß unsere Sorgen sich nicht bewahrheiten möchten, daß die anderen Herren, die in ihrer Auffassung von der unsrigen abweichen, in der Beurteilung der Folgen ihrer Beschlüsse recht behalten möchten, gegen uns. Wir werden uns gern damit abfinden, zu schwarz gesehen zu haben. Bisher war das leider nicht der Fall. (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Wir werden uns aber gern damit abfinden, wenn nur das große Ganze vor Schaden und vor Verhängnis bewahrt wird, wenn unser gemeinschaftliches deutsches Vaterland, dem all unser Denken und Trachten, dem all unsere Sorge und Arbeit gilt, aus Not und Zwang endlich, wenn auch nur einen kleinen Schritt, herauskommt. (Beifall bei den Deutschnationalen.)

# Anhang

## Zwei Reden

vor dem parlamentarischen Untersuchungs-Ausschuß über

## den U-Bootkrieg und den Friedensschritt Wilsons.

12. und 14. November 1919.

## Rede vom 12. November 1919.

Die Frage des U-Bootkriegs keine Prinzipienfrage, sondern eine Zweckmäßigkeitsfrage der politischen und militärischen Kriegführung. — Gestaltung des Verhältnisses zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten seit Kriegsausbruch. — Die lukrativen Handelsbeziehungen zur Entente für Wilson ausschlaggebend. — Unneutrale Haltung gegen Deutschland in Sachen der Telefunken-Verbindung, der Anleihen, der Handelsbeziehungen. — Waffen- und Munitionslieferungen an die Entente: Wilson hat aus den Tränen und dem Blut Europas amerikanisches Geld gemacht. — Erregung im deutschen Volk und Heer gegen Amerika. — Realpolitische Erwägungen über die Folgen eines Eintritts Amerikas in den Krieg und über die Wirkungen des U-Bootkriegs. — Das Zentrum als ausschlaggebende Partei erteilt im Oktober 1916 dem Reichskanzler im voraus Entlastung für den Fall, daß er im Einverständnis mit der Obersten Heeresleitung den „rücksichtslosen U-Bootkrieg" eröffnen sollte. — Versagen des ersten, Anfang Februar 1915 eröffneten U-Bootkriegs. — Lusitania und Arabic. — Der „verschärfte U-Bootkrieg" gegen bewaffnete Handelsschiffe

**Anfang Februar 1916. — Zweideutige Haltung der amerikanischen Regierung. — Die Versenkung der Sussex. — Die Note vom 4. Mai 1916: Der U-Bootkrieg wird einstweilen nur noch als Kreuzerkrieg geführt in der ausgesprochenen Erwartung, daß Amerika bei England die Rückkehr zu den völkerrechtlichen Normen der Seekriegführung, also Aufhebung der rechtswidrigen Blockade, durchsetzt. — Wilson tut nach dieser Richtung nichts. — Ende August 1916 werfen Oberste Heeresleitung — jetzt Hindenburg und Ludendorff — erneut die Frage des uneingeschränkten U-Bootkriegs auf. — U-Bootkrieg und Friedensversuche. — Wilson hat schon am 11. April 1916 für den Fall der Beilegung der Sussex-Angelegenheit eine Friedens-Initiative „binnen weniger Monate" in Aussicht gestellt. — Die Sondierungen und Anfragen der deutschen Regierung. — Das ausweichende und zweideutige Verhalten Wilsons. — Die Entstehung des deutschen Friedensangebots. — Der Friedensbrief des deutschen Kaisers an den Reichskanzler am 31. Oktober 1916. — Das deutsche Friedensangebot am 12. Dezember und die Wilsonsche Friedensnote vom 21. Dezember 1916. — Die Entente lehnt unser „Angebot ohne Aufrichtigkeit und Bedeutung" am 30. Dezember 1916 mit schneidender Schärfe ab. — Die Antwort der Entente an Wilson vom 10. Januar 1917 das Modell des Versailler Diktats. — Wilsons Botschaft an den Kongreß am 22. Januar 1917 erklärt die Entente-Antwort als diskutable Grundlage für Friedensverhandlungen: das Gesicht des Wilson von Versailles entschleiert sich.**

Zeuge Staatssekretär a. D. Dr. Helfferich: Der Herr Vorsitzende hat in zutreffender Weise die beiden großen Fragenkomplexe unterschieden, auf die es bei der Stellungnahme der verantwortlichen Instanzen und Persönlichkeiten in bezug auf die Entscheidung über den rücksichtslosen U-Boot-Krieg ankommt. Das ist erstens die Wirkung des U-Boot-Krieges auf unsere Feinde, namentlich auf England, und zweitens die Wirkung des U-Boot-Krieges auf unser Verhältnis zu den Neutralen, besonders zu den Vereinigten Staaten. Um das Einschätzen und Abwägen dieser beiden Wirkungen drehten sich in der Tat die Meinungsverschiedenheiten

zwischen den einzelnen an der Entscheidung beteiligten Stellen, die sich, wie ja bekannt ist, mitunter zu recht schweren Reibungen zugespitzt haben; um das Abwägen und Einschätzen dieser beiden Wirkungen drehte sich der Kampf im Hauptausschuß des Reichstages, in der Presse und in der öffentlichen Meinung. Und ich möchte gleich hinzufügen: um dieses Einschätzen und Abwägen drehte sich auch der Kampf in der Seele eines jeden einzelnen, der an der Entscheidung über diese schwerwiegenden Fragen beteiligt war.

Die Frage des uneingeschränkten U-Boot-Krieges konnte und durfte keine Prinzipienfrage sein, konnte und durfte nicht als Prinzipienfrage behandelt und beurteilt werden. Sie war eine Frage der politischen und militärischen Kriegführung. Sie war nicht eine Frage des dogmatischen Glaubens, für den es treue Gläubiger und untreue Abtrünnige gibt, sondern eine Frage des zweckmäßigen Handelns, eines Handelns, für das nur ihrer Natur nach wechselnde Zweckmäßigkeitsgründe entscheidend sein konnten. Das Handeln hatte sich der Situation anzupassen. Wer an der Verantwortung für diese Entscheidung, von der das Schicksal unseres Vaterlandes abhing, mitzutragen hatte, mußte neben dem Für stets das Wider und neben dem Wider stets auch das Für vor Augen haben und auf das gewissenhafteste prüfen; der hatte von dem Augenblicke an, in dem die Frage des U-Boot-Krieges aufgeworfen wurde, unausgesetzt mit sich selbst zu Rate zu gehen, unausgesetzt nach der Entwicklung aller mitspielenden Faktoren, nach dem Gange der militärischen und politischen Ereignisse, nach der Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse zu Hause und draußen, bei uns und beim Feinde, nach der technischen Ausgestaltung der U-Boot-Waffe usw. seine Stellungnahme nachzuprüfen. Alles das mußte uns immer und immer wieder vor die verantwortungsvollste Frage stellen, vor die je ein Staatsmann, ein Feldherr, ein Admiral in der Weltgeschichte gestellt worden ist. Diese ungeheure Verantwortung, gleich schwer — das möchte ich betonen — für das Unterlassen wie für das Tun, lag auf allen Beratungen. Ein Vabanquespiel — der Ausdruck ist auch hier in diesem Saale gefallen — gab es nicht, für niemand. Jeder der Beteiligten war sich voll der schweren Verantwortung bewußt und trat ein für das, was er nach gewissenhafter Prüfung vor seinem Gott und seinem Volke als notwendig für die Rettung

unseres Vaterlandes ansehen mußte. Wer heute von Vabanquespiel spricht, hat keine Ahnung von dem Geiste der Pflichttreue und der Gewissenhaftigkeit, mit der alle großen Entscheidungen in diesem Kriege getroffen worden sind. Wer heute von Vabanquespiel spricht — das darf ich wohl sagen —, bringt zu den Verhandlungen des Ausschusses eine Gesinnung mit, die unfähig ist, den Beweggründen der großen Entscheidungen in diesem großen Kriege auch nur im entferntesten gerecht zu werden.

Ich komme nun zur Sache. Bei der entscheidenden Rolle, die schließlich die Vereinigten Staaten in diesem Kriege gespielt haben, lassen Sie mich zunächst unser Verhältnis zu Amerika und seine Beeinflussung durch den U-Boot-Krieg behandeln. Ich brauche kein Wort darüber zu verlieren, wie wichtig es war, Amerika nicht nur aus dem Kriege zu halten, sondern Amerika auch bei einer aufrichtigen Neutralität, die uns nicht schlechter stellte als unsere Feinde, zu halten. Sie haben durch den Grafen Bernstorff gehört, der gewiß nicht voreingenommen ist gegen Amerika und gegen den Präsidenten Wilson, in welchem Maße die Politik der Vereinigten Staaten trotz aller idealen Reden des Präsidenten Wilson durch materielle Interessen in diesem Kriege entscheidend beeinflußt worden ist. Ich darf daran erinnern, daß Herr Graf Bernstorff Ihnen mitgeteilt hat, daß nach den großen Zugeständnissen, die wir Amerika in der Sussex-Note vom 4. Mai 1916 gemacht haben, der Vertraute des Präsidenten Wilson, der Oberst House, ihm, dem Grafen Bernstorff, im Mai 1916 mitgeteilt hat: Wilson könne nichts mehr tun, um jetzt, nachdem wir auf den Boden des Völkerrechts mit dem U-Boot-Krieg zurückgekehrt wären, auch England zur Beobachtung der völkerrechtlichen Normen des Seekrieges, also zur Aufgabe der Handels- und Hungerblockade, zu veranlassen, und zwar deshalb, weil die kommerziellen und finanziellen Beziehungen zwischen den Amerikanern und den Ententeländern sich zu sehr ausgedehnt und zu lukrativ gestaltet hätten. — Das war das Bekenntnis einer schönen Seele, das festgehalten werden muß, ein Bekenntnis, das für die Beurteilung der in Rede stehenden Frage, ob eine aussichtsvolle und für uns annehmbare Friedensaktion des Präsidenten Wilson zu erwarten war, das für die Beurteilung dieser Frage wichtiger ist als alle in den langen Verhandlungen angezogenen Einzelheiten.

Wilson, der schon im Mai 1916 eingestandenermaßen die geheiligten Grundsätze des Völkerrechts und der Verträge den Handelsinteressen unterordnete, aber nach wie vor die Heiligkeit des Völkerrechts und der Verträge auf den Lippen führte, das ist der Mann, mit dem wir es zu tun hatten. Das bitte ich vor allen Dingen festzuhalten.

Die materielle Entwicklung Amerikas in der Richtung auf die Entente zu war von Anfang des Krieges an zu befürchten. Wir waren von Anfang an gegenüber der Entente schlechter gestellt. Die völkerrechtswidrige Unterbindung eines jeden Seeverkehrs zwischen Deutschland und der Außenwelt, auch des Seeverkehrs mit neutralen Staaten, auch des Verkehrs mit Waren, die nicht auf der Bannwarenliste standen, auch des Seeverkehrs von Nichtkombattanten, — alles das mußte die Entwicklung der kommerziellen und finanziellen Beziehungen in der Richtung nach den Ententestaaten zu begünstigen.

Immerhin wäre eine Gegenwirkung für uns unter der Voraussetzung möglich gewesen, daß bei den maßgebenden Persönlichkeiten der Union eine solche Gegenwirkung als erwünscht angesehen und gefördert worden wäre. Das war aber von Anfang an nicht der Fall. Versucht worden ist diese Gegenwirkung. Der Ausschuß hat die Möglichkeit, Zeugen darüber zu vernehmen. Gleich nach Kriegsbeginn ist der frühere Staatssekretär Dr. Dernburg von der Reichsleitung veranlaßt worden, nach Amerika zu reisen, gewissermaßen um dort als persönlicher Stützpunkt für unsere Interessen zu dienen, namentlich um unsere finanziellen und wirtschaftlichen Interessen dort zu vertreten; ferner ist einer der tüchtigsten Beamten des Reichsamts des Innern, Herr Albert, der jetzige Unterstaatssekretär in der Reichskanzlei, zu gleichen Zwecken hinübergeschickt worden. Aber auch große Privatunternehmungen haben solche Versuche unternommen. So hat die Deutsche Bank, deren Direktorium ich bei Kriegsausbruch noch angehört habe, auf meine Veranlassung einen der stellvertretenden Direktoren mit weitgehenden Vollmachten nach New York geschickt, um auch für den zu erwartenden Fall mangelhafter Nachrichtenverbindungen drüben aktionsfähig zu sein. Aber alle Herren stießen von Anfang an auf große Schwierigkeiten sowohl in der öffentlichen Meinung, in der allgemeinen Volksstimmung, wie auch bei den maßgebenden Kreisen.

Bezeichnend ist die Behandlung unserer Telefunkenverbindungen, die auch bereits zur Sprache gekommen sind. Graf Bernstorff hat bereits berichtet, daß wir nach unseren eigenen Funkstationen in Amerika — es waren deutsche Unternehmungen, die geringe feindliche Beteiligung ändert nichts an der Sache — nach Kriegsausbruch auf Anordnung der amerikanischen Regierung nur solche Chiffre-Telegramme schicken durften, für die die amerikanische Regierung den Schlüssel besaß. Um die Nachrichtenverbindung mit Amerika zu verbessern, habe ich mich gleich nach Kriegsausbruch mit der Telefunkengesellschaft und mit dem Auswärtigen Amt in Verbindung gesetzt wegen Schaffung von neuen Funkenverbindungen, um die zwei, die wir hatten und die nicht übermäßig leistungsfähig waren, zu ergänzen. Die Schaffung einer neuen leistungsfähigen Telefunkenverbindung wäre technisch innerhalb nicht allzu langer Zeit möglich gewesen; aber der Plan mußte infolge der unfreundlichen Haltung der amerikanischen Regierung gegenüber unseren Stationen aufgegeben werden, während die Entente auf ihren Kabeln, die doch schließlich auch auf amerikanischem Territorium gelandet waren, alles, was sie wollte, chiffriert und unchiffriert herübertelegraphieren konnte, und zwar die Regierungen sowohl wie die Privaten. Wir dagegen waren während des ganzen Krieges auf die magere und kontrollierte Verbindung dieser zwei oft versagenden Telefunkenstationen und auf gelegentliche Gefälligkeiten der amerikanischen Regierung für unseren Verkehr angewiesen, und ferner auf Umwege, die man sich mühsam und unter immer wachsenden Schwierigkeiten über das neutrale Ausland suchen mußte. Wäre Amerika von Anfang an neutral gewesen, ich frage hier, was stand dem entgegen, daß unsere Telefunkenverbindung mit Amerika sofort in größtem Maße ausgebaut wurde? Welcher völkerrechtliche Grundsatz stand dem entgegen, daß die amerikanische Regierung gestattete, eine solche Verbesserung des Konnexes zwischen Deutschland und Amerika, einem neutralen Lande, herbeizuführen?

Auch die Bemühungen, die amerikanische Geschäftswelt finanziell und wirtschaftlich für uns zu interessieren, blieben vergeblich. Man hat in der Oeffentlichkeit gelegentlich die Meinung ausgesprochen, Amerika würde sich uns gegenüber anders verhalten haben, wenn wir ebenso

wie Frankreich und England von Anfang an in Amerika — ich gebrauche den vulgären Ausdruck — „gepumpt" hätten; dazu wären wir aber in Deutschland zu stolz gewesen, wir hätten uns darauf kapriziert, alle Anleihen im Inlande aufzunehmen. Meine Damen und Herren, ich erinnere mich, daß diese Frage gelegentlich auch in der Budgetkommission des Reichstages gestreift worden ist. Ich erinnere mich, daß Anfang Mai 1916 im Hauptausschuß ein Abgeordneter mich beglückwünschte — ich war damals noch Reichsschatzsekretär —, daß ich es nicht nötig hätte wie die Engländer und Franzosen, in Amerika Geld zu suchen. Ich habe damals geantwortet, daß der Herr meine tugendhafte Enthaltsamkeit bedeutend überschätze, daß ich sehr gerne Geld von Amerika nehmen würde, wenn ich es nur bekäme. Aber das Ergebnis aller Bemühungen war kläglich. Außer einem größeren Posten von Kriegsanleihen, den eine rührige Propaganda in deutsch-amerikanischen Kreisen drüben abgesetzt hatte, gelang es nur, in einem Falle oder in zwei Fällen Schatzanweisungen des Reiches in einem lächerlichen Betrage in Amerika unterzubringen, und auch diese Schatzanweisungen mußten sehr bald wieder aus dem Markte genommen werden. Keine von den großen Banken, die sich nicht scheuten, Operationen mit der Entente zu machen, war für eine deutsche Operation zu haben. Der Abschluß dieser kleinen Operation mußte mit einer mittleren Bank gemacht werden.

Ebensowenig gelang es, die amerikanische Geschäftswelt für die Wiederbelebung der Handelsbeziehungen mit uns ernsthaft zu interessieren. Unter Aufwand der größten Mühe kamen einige Versuchssendungen von Nichtkonterbande auf neutralen Schiffen zustande, wobei das Risiko unter der Hand auf das Reich übernommen wurde. Diese Versuche scheiterten daran, daß die amerikanische Regierung gegen die völkerrechtswidrige Festhaltung und Wegnahme dieser Schiffe nichts tat und die interessierten Amerikaner sich mit der Aussicht auf Geldentschädigung durch die Engländer zufrieden gaben.

Im Sommer 1915 — das war noch zu meiner Zeit als Schatzsekretär — hatte ich die Hoffnung, die großen amerikanischen Baumwollinteressenten zu unsern Gunsten mobil machen zu können für die Verbesserung dieser Verhältnisse, die unheilvoll werden mußten. Der Ausfall des deutschen Marktes hat sich damals in

der ersten Zeit des Krieges für die amerikanische Baumwolle empfindlich fühlbar gemacht. Der Absatz der Baumwolle und die Baumwollpreise gingen zurück. Der inzwischen leider verstorbene Bremer Großkaufmann Herr Lohmann hat damals mit amerikanischen Geschäftsfreunden über den Ankauf eines gewaltigen Postens von Baumwolle zu günstigen Preisen verhandelt, unter der Bedingung der Lieferung in deutsche Häfen auf amerikanischen Schiffen oder auf neutralen Schiffen. Ich war als Schatzsekretär bereit, dieses Riesengeschäft durch die Uebernahme des Preisrisikos auf das Reich möglich zu machen. Aber der Abschluß wurde dadurch vereitelt, daß England in völkerrechtswidriger Weise die Baumwolle auf die Konterbandeliste setzte. Von den Vereinigten Staaten ist trotz ihres großen Interesses an der Baumwollausfuhr auch gegen die Aufnahme der Baumwolle in die Konterbandeliste ein Einspruch nicht erhoben worden; wenigstens damals nicht, soweit meine Kenntnis reicht.

Aber nicht nur das. Die Duldsamkeit der amerikanischer Regierung und der amerikanischen Geschäftswelt gegenüber der Entente ging noch weiter; sie erstreckte sich auch auf Uebergriffe, die sich England auf amerikanischem Boden selbst erlaubte. England nahm sich heraus, die Verschiffung von Baumwolle nach Europa nur noch solchen amerikanischen Händlern zu gestatten, die Mitglieder der Liverpooler Baumwollbörse wurden und sich verpflichteten, Deutschland auch nicht indirekt über irgendwelche Neutrale mit Baumwolle zu beliefern. Aehnlich bei der Wolle, ähnlich beim Kupfer und bei anderen Metallen.

Wenn also das materielle Interesse der amerikanischen Produzenten und Händler an Deutschland verkrüppelt ist und das materielle Interesse der amerikanischen Produzenten und Händler gegenüber der Entente sich hypertrophisch entwickelt hat, so ist das unter Duldung und Förderung der amerikanischen Regierung, der Regierung des Herrn Wilson geschehen. Die Zwangslage für Herrn Wilson, auf die Oberst House im Mai 1916 sich gegenüber dem Herrn Grafen Bernstorff berufen hat, ist also aus dem in der Sache unneutralen Verhalten der amerikanischen Regierung selbst entstanden.

Ich kann in diesem Zusammenhange die Frage der Munitionslieferung durch Amerika an unsere Feinde

nicht übergehen. Völkerrechtlich ist die Frage vielleicht zweifelhaft; nicht zweifelhaft durfte sie für Herrn Wilson selbst sein. Wilson hat, soweit ich unterrichtet bin, kurz vor Kriegsausbruch selbst einen Präzedenzfall geschaffen. Im Februar 1914, also ein halbes Jahr vor Ausbruch des großen Krieges, hat der Präsident Wilson das von der amerikanischen Regierung erlassene Verbot der Waffen- und Munitionslieferung für die beiden in Mexiko sich bekämpfenden Parteien folgendermaßen begründet:

> Da Carranza keine Häfen hat, Huerta dagegen über Häfen zur Waffeneinfuhr verfügt, ist es unsere Pflicht als Nation, beide auf gleichem Fuße zu behandeln, wenn wir den wahren Geist der Neutralität beobachten wollen und nicht eine reine Papierneutralität.

Die Konsequenz dieses Standpunktes wäre nach Ausbruch des Weltkrieges selbstverständlich der Erlaß eines Waffen- und Munitionsausfuhrverbotes nach den kriegführenden Ländern gewesen; denn der Fall lag genau wie in Mexiko; Munition konnte zur Entente gebracht werden, aber nicht zu uns. Wilson hat aber in diesem Falle, der doch wahrhaftig ein gut Stück wichtiger war als die mexikanische Angelegenheit, auf den „wahren Geist der Neutralität" verzichtet und sich für das entschlossen, was er ein halbes Jahr zuvor selbst als „reine Papierneutralität" bezeichnet hat. Diese Papierneutralität hat den Krieg um Jahre verlängert, hat Millionen von Menschen das Leben gekostet, hat Millionen zu Krüppeln gemacht, hat das Meer von Blut und Tränen ins Ungemessene anschwellen lassen. Und warum? — Oberst House hat an den Grafen Bernstorff die Antwort gegeben, eine Antwort, deren Sinn lautete: weil Herr Wilson das Geschäft nicht stören wollte oder konnte, das im Grunde darin bestand, aus den Tränen und dem Blute Europas amerikanisches Geld zu machen. (Bravo! im Zuhörerraum.)

Vorsitzender: Ich möchte nochmals dringend bitten, alle Aeußerungen des Beifalls oder des Mißfallens zurückzuhalten. Ich kann hier nicht dulden, daß solche Aeußerungen vorkommen. Ich gebe ohne weiteres zu: es mag das Bedürfnis manchmal bei dem einzelnen dafür vorhanden sein, sich bei einer Bemerkung Luft zu machen, die ihm ganz besonders zu

Herzen geht. Es ist aber nicht zu vergessen, daß wir uns hier in einer Verhandlung befinden, die nach den äußeren Formen durchaus der eines Gerichtshofes analog ist. Wie in einem Gerichtshof es ganz selbstverständlich ist, daß man alles zurückhält, was irgendwie in die Verhandlung durch einen lauten Ausdruck der Empfindung störend eingreifen könnte, ebenso muß dies auch hier gelten. Ich bitte nochmals ernstlichst, alles das zu unterlassen, was gegen diesen Grundsatz verstößt.

Abgeordneter Dr. Cohn: Herr Vorsitzender! Ich würde Wert darauf legen, wenn auch den Herren Zeugen zum Ausdruck gebracht werden könnte, daß es gut wäre, wenn sie ihre Aeußerungen in einer Form machten, die der Absicht der Wahrheitsermittelung nicht allzusehr zuwiderläuft.

Vorsitzender: Ich muß es jedem Zeugen überlassen, sich so auszudrücken, wie es ihm seine Empfindung eingibt. Soweit er sich nicht im Ton, in der Form vergreift, ist es jedem Zeugen überlassen, zu sprechen, wie er es für recht hält.

Zeuge Staatssekretär a. D. Dr. Helfferich: Das deutsche Volk hatte, — wenn ich fortfahren darf, — die Entwickelung begriffen, großenteils instinktiv begriffen. Es hat sie begriffen, bis ihm später zu seinem Verhängnis durch die Lobredner Wilsons der gesunde Sinn verwirrt worden ist. Das deutsche Volk hat in den ersten Jahren des Krieges begriffen, was ihm drüben an Verständnislosigkeit, an Unaufrichtigkeit und kaltherzigem Geschäftssinn gegenüberstand. Es ist neulich hier in diesem Ausschuß behauptet worden, die Erregung gegen Amerika sei durch eine künstliche Agitation in das Volk hineingetragen worden. Daß kann nur behaupten, wer mit dem Volk und namentlich mit dem kämpfenden Heer in der Zeit des Krieges keine Fühlung hatte. Wer von uns allen hat von unseren Feldgrauen an der Front keine Wutausbrüche gehört über die amerikanischen Granaten, über die amerikanischen Giftgase, über den amerikanischen Stacheldraht und über die amerikanischen Flieger!

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Nein! Das ist ein Irrtum, Exzellenz. Es wurde behauptet, die Leidenschaft für den U-Boot-Krieg sei zum Teil künstlich erregt worden.

Sachverständiger Dr. Schäfer: „Künstliche Provokation" ist gesagt worden!

Zeuge Staatssekretär a. D. Dr. Helfferich: Meiner Erinnerung nach ist von einer künstlichen Erregung der Stimmung gegen Amerika die Rede gewesen.

Vorsitzender: Ja, davon ist die Rede gewesen!

Zeuge Staatssekretär a. D. Dr. Helfferich: Ich möchte bemerken, daß von einer derartigen künstlichen Erregung der öffentlichen Meinung keine Rede sein kann. Die Erregung gegen Amerika war urecht und elementar und, — das sage ich heute und auch hier —: sie war berechtigt. Die amtlichen Stellen haben sie nicht aufgestachelt; sie hatten es garnicht nötig, sie aufzustacheln. Ich habe lange genug in amtlichen Stellen gearbeitet und kann sagen: wenn wir überhaupt in der Erregung des Volkes gegen Amerika etwas getan haben, so haben wir diese Erregung zu dämpfen gesucht zu gewissen Zeiten, wo es aus politischen und zwingenden Gründen notwendig und richtig erschien. Denn die Politik ist ein unsentimentales Geschäft, sie darf nicht mit Erregung gemacht werden. Die Politik kann, wenn es in ihren Kreis paßt, Massengefühle benutzen, aber sie darf sich nicht von ihnen beherrschen lassen. Sie muß, wenn es darauf ankommt, auch gegen den Strom schwimmen können. Das wußten wir alle, die wir die Geschäfte zu leiten hatten, und ich glaube, sagen zu können: in Sachen Amerikas hat die Reichsleitung nach diesen Grundsätzen gehandelt. So schwer uns die in ihrem Wesen unneutrale Haltung Amerikas in ihrem Kampf auf Leben und Tod belastete, hat die Reichsleitung sich doch ein klares Bild davon gemacht, was der Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg für uns bedeuten würde. Ich persönlich bin stets, wo sich die Gelegenheit dazu ergab, der viel verbreiteten Meinung entgegengetreten, daß die Hilfe, die das formell noch neutrale Amerika unseren Feinden gewährte, auch bei einem Eintritt Amerikas in den Krieg nicht gesteigert und übertroffen werden könnte. Ich habe das für falsch gehalten und habe das immer mit großem Nachdruck ausgeführt. Ich habe auf Grund meiner Kenntnis der amerikanischen Hilfskräfte diese Auffassung in den vertraulichen Beratungen mit der Obersten Heeresleitung und mit der Seekriegsleitung genau ebenso bekämpft wie hier in diesem Saale bei den Beratungen des Hauptausschusses des Reichstags. Ich habe schon im März 1916, als ich noch als Reichsschatzsekretär für den

damals verhinderten Staatssekretär des Innern v. Delbrück eintreten mußte, diesen Gesichtspunkt stark unterstrichen. Ich habe damals gesagt: Eigensinnig und stolz, wie der Amerikaner ist, wird er, wenn es zum Kriege kommt, auch alles daran setzen, daß der Krieg so zu Ende geführt wird, daß wir zu Boden liegen. Ich habe diesen Standpunkt auch in der Beratung vom 31. August 1916 im Großen Hauptquartier, deren Protokoll in den Händen des Ausschusses ist, nachdrücklich vertreten, ebenso in einer für die Oberste Heeresleitung bestimmten Niederschrift, in der ich ausführte:

> Die Schwierigkeiten, mit denen heute die Geldaufnahme der Entente in Amerika zu kämpfen hat,
>
> — Schwierigkeiten waren vorübergehend eingetreten —
>
> würden fallen, wenn es zum Bruch mit den Vereinigten Staaten kommt. Dann werden die Vereinigten Staaten das ganze Gewicht ihrer durch den Krieg außerordentlich gesteigerten Finanzkraft auf seiten der Entente in die Wagschale werfen. Dazu kommt, daß Amerika auch seine bisherige Munitionserzeugung zweifellos noch sehr erheblich zu steigern vermag. Einer jährlichen Flußstahlerzeugung von etwa 14 Millionen Tonnen in Deutschland steht in den Vereinigten Staaten eine solche von 40 Millionen Tonnen gegenüber. Endlich darf bei einem Krieg, in dem die zur Verfügung stehenden Menschenmassen so schwer ins Gewicht fallen, die militärische Bedeutung eines Landes von 100 Millionen Einwohnern, die einer kultivierten und kräftigen Rasse angehören, nicht außer Acht gelassen werden. Das englische Beispiel im gegenwärtigen Krieg, wie auch der Union selbst im Bürgerkrieg zeigt, was auch aus solchen ungeschulten Kräften im Ernstfall herausgeholt werden kann.

Das habe ich damals im Anschluß an die Plesser Beratung in einer Niederschrift an die Oberste Heeresleitung festgelegt.

In gleichem Sinne habe ich im Oktober des Jahres 1916 vor dem Hauptausschuß des Reichstages gesprochen; ich habe im Anschluß daran auch die Möglichkeit amerikanischer Truppentransporte gestreift und dabei ausgeführt:

Gewiß, der Transport von einer Million Mann macht ungeheure Schwierigkeiten. Das gibt uns einen Vorsprung. Ob dieser Vorsprung bei einem Krieg mit Amerika ausreicht, wenn wir nicht England in kurzer Zeit zum Frieden zwingen können, bleibt offen. Mein Optimismus geht jedenfalls nicht so weit, zu bezweifeln, daß Amerika im Kriegsfalle beträchtliche Mengen von Truppen herüberschaffen kann, auch wenn wir manchen Transportdampfer versenken. In Saloniki sollen noch 400000 Mann und mehr stehen. Diese ganze Armee ist antransportiert worden und erhält ihren Nachschub an Ersatz, Munition und Proviant, trotzdem unsere U-Boote ihre Tätigkeit im Mittelmeer ausüben. Die Truppentransportdampfer werden eben auf ihrer Fahrt viel besser gesichert als andere Dampfer.

Ich habe also die Gefahr eines Krieges mit Amerika gewiß nicht gering eingeschätzt. Ich habe damals dem Hauptausschuß des Reichstages die Worte zugerufen, die vorhin der Herr Berichterstatter zitiert hat:

> Wenn die Karte des rücksichtslosen U-Boot-Krieges ausgespielt wird und sie sticht nicht, dann sind wir verloren, dann sind wir auf Jahrhunderte hinaus verloren.

Ich habe hinzugefügt:

> Wenn die Neutralität in diesem Kriege überhaupt aufhört, dann kann dasjenige, was heute die Entente träumt, Wirklichkeit werden, nämlich der Wirtschaftskrieg nach dem Krieg; dann können wir noch für Jahre der boykottierte Hund sein, von dem kein Mensch auf der ganzen Welt noch ein Stück Brot mehr nimmt.

Ich habe immer und immer wieder auf diese Gesichtspunkte hingewiesen. Man wurde darüber im Hauptausschuß etwas ungeduldig, und dieser Ungeduld habe ich entgegengehalten:

> Wir wollen doch hier klar sehen, wir wollen doch genau wissen, wie die Dinge liegen; und sollte der U-Boot-Krieg gemacht werden, dann darf niemand da sein, der nachher, wenn die Sache etwa schief geht, sagen kann: ja, wenn man dieses oder jenes uns gesagt hätte, wenn diejenigen,

die an verantwortlicher Stelle stehen, auf dies und jenes hingewiesen hätten!

Sie sehen daraus, meine Damen und Herren, daß ich diesen Unterausschuß und gewisse Reden, die wir hier bisher gehört haben, geradezu vorausgeahnt habe.

Aber was war damals die Wirkung meiner Ausführungen und derjenigen des Herrn Reichskanzlers, die nach derselben Richtung gingen? Ich lege das Dokument auf den Tisch des Hauses nieder: die Erklärung der Zentrumsfraktion vom 7. Oktober 1916, von der Herr v. Bethmann Hollweg schon gesprochen hat. Ich muß in diesem Zusammenhange den Wortlaut noch einmal verlesen:

Namens sämtlicher

— fett gedruckt: sämtlicher! —

Fraktionsmitglieder der Zentrumsfraktion des Ausschusses für den Reichshaushalt ist folgende Erklärung abgegeben worden:

Für die politische Entscheidung über die Kriegführung ist dem Reichstage gegenüber der Reichskanzler allein verantwortlich.

— Feststellung eines Prinzips, das, wie Sie sehen werden, durch die folgenden Sätze für diesen Einzelfall aufgehoben wird! Die Erklärung fährt weiter fort:

Die Entscheidung des Reichskanzlers wird sich dabei wesentlich auf die Entschließung der Obersten Heeresleitung zu stützen haben.

Fällt die Entscheidung für die Führung des rücksichtslosen U-Boot-Krieges aus,

— also nicht etwa: einerlei, wie die Entscheidung ausfällt; sondern: „fällt die Entscheidung für die Führung des rücksichtslosen U-Boot-Krieges aus"! —

so darf der Reichskanzler des Einverständnisses des Reichstages sicher sein.

Hier liegt die Erklärung! Damit hatte die größte Fraktion des Reichstages, die Fraktion, die in der U-Boot-Frage das Zünglein

an der Wage bildete — Zünglein ist ja ein sehr bescheidener Ausdruck gegenüber dieser großen Fraktion —, erklärt, daß sie die Entscheidung über den uneingeschränkten U-Boot-Krieg in die Hände der Obersten Heeresleitung lege und den Reichskanzler, falls die Entscheidung zugunsten des rücksichtslosen U-Boot-Krieges ausfalle, im voraus von seiner politischen Verantwortlichkeit für diese Entscheidung entlastet halte. Sie hat überdies den Reichstag durch die im voraus erteilte Zustimmung zum rücksichtslosen U-Boot-Krieg, soweit es an ihm lag, für die weitere Behandlung der U-Boot-Frage im voraus ausgeschaltet. Herr v. Bethmann Hollweg hat sich damals — das kann ich bezeugen — auf den Standpunkt gestellt, daß niemand auf der ganzen Welt — auch nicht die Oberste Heeresleitung, auch nicht eine Erklärung der stärksten Reichstagsfraktion — ihm seine Verantwortlichkeit abnehmen könne: nicht seine politische — das kann der Reichstag selbstverständlich, wenn ihm der Reichstag eine Blankovollmacht gibt —, aber seine Verantwortlichkeit vor Gott, seine Verantwortlichkeit vor seinem Kaiser und dem deutschen Volke. Wenn heute unter denjenigen, die wegen der Eröffnung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges und der Folgen dieser Maßnahme gegen die damalige politische Leitung am lautesten Anklage erheben, sich Leute befinden, die damals diese Erklärung mit abgegeben haben, so würde ich im Privatleben das Gebaren dieser Leute als den Gipfelpunkt der Heuchelei bezeichnen. Ich spreche jedenfalls für meine Person denjenigen Leuten, die heute so laut Anklage erheben und sich als Richter aufspielen wollen, das Recht dazu auf Grund dieser Erklärung vollkommen ab.

Mein Standpunkt in der Sache des U-Boot-Krieges war vom ersten bis zum letzten Tage, solange um die Entscheidung gerungen wurde, der folgende — ich spreche in Anführungszeichen —:

> „Wir sind nur dann in der Lage, den uneingeschränkten U-Boot-Krieg mit Aussicht auf Erfolg einzuleiten, wenn wir imstande sind, den Schlag gegen England so sicher und schnell zu führen, daß es um Frieden bitten muß, ehe noch die Vereinigten Staaten das große Gewicht ihrer finanziellen und industriellen Kraft und ihrer Bevölkerung werden in die Wagschale werfen können."

So habe ich die wichtigste Voraussetzung für den U-Boot-Krieg in einem an den Feldmarschall v. Hindenburg bestimmten Gutachten im Herbst 1916 formuliert. Das war für mich der kardinale Punkt in der ganzen Frage, und diesen Standpunkt hat der Herr Reichskanzler geteilt. Dieser Standpunkt war nicht diktiert von Gefühlen, auch nicht von noch so berechtigten Gefühlen. Er war lediglich diktiert von den Realitäten, die über alle Gefühlsregungen hinaus in diesem Kampf auf Leben und Tod kalt und nüchtern in Rechnung gestellt werden mußten.

Unser Standpunkt war auch nicht diktiert von irgendwelchen abwegigen Spekulationen. Wenn zum Beispiel der Herr Großadmiral v. Tirpitz in seinen Erinnerungen meine Stellungnahme zum U-Boot-Krieg in Verbindung bringt mit einer angeblich von mir im Sommer 1916 den deutschen Bundesfürsten unterbreiteten Denkschrift, in der die Orientierung nach England hin empfohlen und gegen eine Verständigung mit Rußland Stimmung gemacht wird, so ist der Großadmiral falsch berichtet. Ich habe jene Denkschrift schon damals sehr energisch abgeschüttelt. Auch der Herr Reichskanzler v. Bethmann Hollweg stand dieser Denkschrift vollständig fern; er kannte sie nicht. Sie ist ihm dann — ich habe sie von dritter Seite bekommen — von mir vorgelegt worden. Auch der Herr Reichskanzler v. Bethmann Hollweg hatte mit dieser Denkschrift nicht das mindeste zu tun, und der Inhalt dieser Denkschrift ist ungefähr das Gegenteil von der damals schon von mir vertretenen Ansicht.

Aber auch meine Ueberzeugung, daß England die Seele der feindlichen Mächtekoalition war, auch mein brennender Wunsch, England an seinen Lebenswurzeln fassen zu können, vermochte mich ebensowenig der sachlichen und nüchternen Prüfung der Aussichten der U-Boots-Waffe zu entheben, wie meine Gefühle gegenüber der uns schwer schädigenden unneutralen Haltung der Vereinigten Staaten.

Ich habe damit eine kurze Darstellung meines grundsätzlichen Standpunktes gegeben und bitte darum, nun die einzelnen Phasen der tatsächlichen Entwicklung, soweit ich dabei mitzuwirken berufen war, kurz schildern zu dürfen. (Zuruf.)

Vorsitzender: Ich halte es für richtig, jetzt gleich fortzufahren.

Zeuge Staatssekretär a. D. Dr. Helfferich: Der Anfang Februar, zur Zeit meiner Berufung an die Spitze des Reichsschatzamts, eingeleitete Handels-U-Boot-Krieg, auf den auch ich zunächst große Hoffnungen gesetzt hatte, erwies sich als ein Fehlschlag. Ich weiß nicht, wie groß die Zahl der monatlich versenkten Tonnage war. Sie ist damals, glaube ich, nicht bekannt gegeben worden; ich habe jedenfalls keine Notizen darüber. Aber die Einwirkung auf die britische Einfuhr und Ausfuhr — die Zahlen wurden ja damals noch veröffentlicht — war erstaunlich gering.

Der Lusitania-Fall brachte uns dann die erste scharfe Zuspitzung unseres Verhältnisses zu den Vereinigten Staaten. Die greifbaren Erfolge des damaligen U-Boot-Krieges schienen mir das Risiko eines Bruches mit Amerika nicht zu rechtfertigen. Als Präsident Wilson Ende Juli eine Wiederholung von Handlungen deutscher U-Boote, die eine Verletzung der Rechte amerikanischer Bürger darstellen, als eine „vorsätzlich unfreundliche Handlung" bezeichnete — eine sehr deutliche Drohung —, gleichzeitig aber eine Kooperation zur Wiederherstellung der Freiheit der Meere noch während des Krieges, gegen wen es auch sei, anbot, vertrat ich die Meinung, daß der Versuch gemacht werden müsse, durch Ergreifen und Festhalten der — sei es ehrlich, sei es zum Schein — dargebotenen Hand eine klare Situation zu schaffen. Das schien mir möglich durch eine zeitweise Zurückstellung des U-Boot-Krieges, von dem ich, wie gesagt, erhebliche Resultate nach den bis dahin vorliegenden Ergebnissen ohnedies nicht erwarten konnte.

Ehe es jedoch über diese Frage zu einer Entscheidung kam, wurde nach der „Lusitania" die „Arabic" versenkt, und dabei sind abermals amerikanische Staatsangehörige ums Leben gekommen. Tatsächlich war, und zwar zum Teil schon vor der Versenkung der „Arabic", der U-Boot-Krieg damals erheblich eingeschränkt worden, insofern als Anweisung gegeben wurde, das Passagierschiffe, sogenannte „liners", nur nach vorangegangener Warnung und Rettung der Nichtkombattanten versenkt werden sollten. Die Voraussetzung für die von Wilson angebotene Kooperation zur Wiederherstellung der Freiheit der Meere war damit, wenn auf der anderen Seite der gute Wille vorlag, gegeben.

Der Präsident Wilson hat dann auch im November 1915 eine

sehr ausführlich und stellenweise sehr scharf gehaltene Note an England richten lassen, eine Note, in der er erklärte, daß die Vereinigten Staaten „ohne Zaudern die Aufgabe der Vorkämpferschaft für die Rechte der Neutralen übernehmen und der Erfüllung dieser Aufgabe ihre ganze Energie zuzuwenden entschlossen seien". Sie sehen, die Worte klingen sehr stark. Aber die Drohung, die uns gegenüber immer wieder auftauchte, die Drohung, daß man irgendwelche Handlungen unsererseits als „unfreundliche Handlungen" ansehen werde oder die diplomatischen Beziehungen abbrechen werde, — eine solche Drohung finden Sie auch in dieser sich so stark gebenden Note nicht.

Immerhin, es konnte damals scheinen, als ob die Regierung der Vereinigten Staaten tatsächlich diesen Weg, endlich einmal nicht nur dem Völkerrecht im allgemeinen, sondern auch ihren eigenen Rechten und Interessen gegenüber der Entente Geltung zu verschaffen, betreten wollte. Dafür sprach, daß am 18. Januar 1916 der Staatssekretär Lansing, der Leiter der amerikanischen auswärtigen Politik, an die Vertreter der Ententemächte in Washington jenes neulich hier bereits erwähnte Schreiben richtete, in dem er den Vorschlag machte, die U-Boote sollten sich auf die Formen des Kreuzerkrieges beschränken, dafür aber sollten die Kauffahrteischiffe der kriegführenden Staaten von jeder Bewaffnung absehen. Lansing fügte damals hinzu, seine Regierung ziehe ernstlich in Betracht, künftighin bewaffnete Handelsschiffe als Hilfskreuzer zu behandeln.

Meine Damen und Herren! Dieser Vorschlag war von einer eminenten Wichtigkeit. Die Durchführung dieses Vorschlages hätte unseren U-Boot-Krieg auf eine ganz neue, durchaus annehmbare Grundlage gestellt, auf eine Grundlage, die eine dem Charakter der U-Boot-Waffe angepaßte wirksame Kriegführung gestattet hätte, und auf eine Grundlage, die vor allem weitere Reibungen mit den Vereinigten Staaten nach menschlichem Ermessen ausgeschaltet haben würde. Das ist die garnicht hoch genug zu veranschlagende Bedeutung dieses Schreibens von Lansing an die Vertreter der Ententemächte. Aber was hat dieses Schreiben für einen weiteren Fortgang gehabt? Mit einem Male war dieses Schreiben eine private Aeußerung des Herrn Lansing. Es ereignete sich etwas ganz Merkwürdiges, etwas, was mir bisher nicht

aufgeklärt ist und über das vielleicht die Herren, die damals in Amerika waren, Aufklärung geben können. Als wir selbst ganz im Sinne der Lansingschen Anregung Anfang Februar den sogenannten verschärften U-Boot-Krieg gegen bewaffnete Handelsschiffe ankündigten, also ganz das taten, was Lansing als gerechtfertigt, als einen Ausweg für die Zukunft bezeichnet hatte, da griff der Präsident Wilson persönlich ein mit einem Brief an den Senator Stone, den Vorsitzenden des Senatsausschusses für auswärtige Angelegenheiten, in dem er sich mit großer Heftigkeit, in der schärfsten Weise gegen unsern verschärften U-Boot-Krieg wandte. Am 25. März legte die amerikanische Regierung ihren neuen Standpunkt in Sachen der bewaffneten Handelsschiffe in einem den Mächten mitgeteilten Memorandum nieder, das im Gegensatz zu dem Standpunkt, den Lansing zwei Monate zuvor eingenommen hatte, zu dem Schluß kam, die Kriegführenden müßten auf hoher See die Präsumtion gelten lassen, daß ein bewaffnetes Handelsschiff nur zu Verteidigungszwecken bewaffnet sei und infolgedessen den Charakter eines gewöhnlichen Kauffahrteischiffes habe. Nur auf Grund beweiskräftiger Evidenz der Angriffsabsicht — d. h., wenn das Ding schießt — durfte ein bewaffnetes Handelsschiff als Kriegsschiff behandelt werden!

Damit spielte die amerikanische Regierung das Spiel Englands, ohne daß England auch nur im kleinsten Punkte vorher oder nachher seine völkerrechtswidrige Kriegsführung aufgegeben hätte. Von einem amerikanischen Druck auf England zum Zweck der Wiederherstellung der Freiheit der Meere war nichts mehr zu spüren. Dagegen hat Lansing den „Lusitania"-Fall schon vor dieser Meinungsänderung erneut wieder aufgenommen, und er hat unsern Botschafter — der Fall war ja nie ganz eingeschlafen, er wurde immer in petto gehalten, um im gegebenen Augenblick hervorgeholt zu werden — mit Hartnäckigkeit und Schärfe drangsaliert, daß wir ausdrücklich die „illegality", die Ungesetzlichkeit der Versenkung der „Lusitania" zugeben und uns damit für die weitere Führung des U-Boot-Krieges einen Riegel vorschieben sollten.

Dann erfolgte am 24. März, fast zu demselben Tage, als dieses Promemoria herausging, die Versenkung der „Sussex" im Kanal. Diese Versenkung hat bekanntlich die Krisis, die sich in den vorher-

gegangenen Wochen vorbereitet hatte, zum vollen Ausbruch gebracht. Am 20. April hat der Botschafter Gerard hier dem Staatssekretär des Auswärtigen Amts die Note übergeben, in der die Regierung der Vereinigten Staaten den Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit nackten Worten androhte, falls die deutsche Regierung nicht unverzüglich ein Aufgeben ihrer Methoden des U-Boot-Krieges gegen Passagier- und Frachtschiffe erklären und bewirken sollte. Der Note wurde besonderer Nachdruck dadurch gegeben, daß der Präsident sie unmittelbar vor ihrer Uebergabe in einer von ihm, soviel ich weiß, persönlich verlesenen Botschaft dem Kongreß zur Kenntnis brachte.

Es war klar: wir standen vor dem Biegen oder Brechen.

Es ist damals vielfach die Meinung vertreten worden, und sie wird ja auch heute noch vielfach vertreten, daß wir es damals auf das Brechen hätten ankommen lassen sollen und können. Auch der Herr Admiral Koch hat, wenn ich recht verstanden habe, in der letzten oder vorletzten Sitzung dieses Ausschusses sich zu dieser Ansicht bekannt, zu der Ansicht, daß das Frühjahr 1916 der richtige Augenblick zur Eröffnung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges gewesen wäre, natürlich — ich nehme an — auch damals auf die Gefahr des Krieges mit Amerika hin.

Ich bin damals auf Grund einer eingehenden Prüfung der Sachlage zu der gegenteiligen Ansicht gekommen. Die Wiederholung des Fehlers vom Februar 1915, mit einer kaum ausreichenden Anzahl von U-Booten in den U-Boot-Krieg und aller Wahrscheinlichkeit nach in den Krieg mit Amerika hineinzugehen, konnte nach meiner Ansicht nicht verantwortet werden. Wir verfügten Anfangs 1916, wenn die Notiz, die ich mir damals gemacht habe, zutreffend ist, über nur 62 U-Boote, von denen nur ein Teil frontbereit war. Der U-Boot-Bau war, trotz aller Erörterungen, die gestern hier stattgefunden haben, in gutem Zuge. Wir hatten Monat für Monat die Ablieferung einer sehr stattlichen Zahl von U-Booten, zeitweise mehr als 10 in einem Monat, zu erwarten, U-Boote, die zudem in ihrer Leistungsfähigkeit dem größten Teil des vorhandenen Bestandes weit überlegen sein sollten. Binnen Jahresfrist sollte auf beträchtlich mehr als eine Verdoppelung gerechnet werden. Immer mit dem Vorbehalt, daß meine Notizen zutreffend sind: binnen Jahresfrist sind wir auch in der Tat von

62 auf 148 U-Boote gekommen, also auf mehr als das Doppelte, und jedenfalls auf erheblich leistungsfähigere U-Boote.

Wenn nun in der vorletzten Sitzung von Herrn Kapitän Bartenbach erwähnt wurde, die Vervollkommnung der Abwehr habe die Zunahme der U-Boote ausgeglichen, so finde ich das auch heute durch die tatsächliche Entwicklung der U-Boot-Leistungen nicht in vollem Umfange bestätigt; und auf die Leistungen kommt es schließlich doch an. Die Leistungen sind die Resultante einerseits aus der Komponente der Zahl und Leistungsfähigkeit unserer U-Boote und andererseits der Komponente der Abwehr. Und diese Leistungen sind seit dem Frühjahr 1916 doch erheblich gestiegen. Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß im Frühjahr 1916 im verschärften U-Boot-Kriege die Höchstmonatsleistung, soweit mir bekannt ist, nur etwa 225 000 Tonnen war. Im verschärften U-Boot-Kriege! Dagegen ist es uns in den letzten Monaten des Jahres 1916 mit der inzwischen wesentlich stärker und besser gewordenen U-Boot-Flotte gelungen, im Wege des an sich weniger wirksamen bloßen Kreuzerkrieges mehr als 400 000 Tonnen zu versenken. (Widerspruch des Sachverständigen Dr. Hoetzsch.)

In den letzten Monaten mehr als 400 000, das heißt im November, Dezember und Januar. (Erneuter Widerspruch.)

Dann bitte ich die Herren von der Admiralität, meine Zahlen zu kontrollieren. Nach meinen Notizen sind wir in den Monaten November, Dezember, Januar über die Zahl von 400 000 Tonnen hinausgekommen. Ich habe die Zahlen im Augenblick nicht da, sie können aber ohne weiteres durch die Admiralität kontrolliert werden.

Also abgesehen davon, daß nach meiner Ansicht im März und April 1916 unsere U-Boot-Flotte nach den früher gemachten Erfahrungen kaum ausreichend war, um das Risiko eines Krieges mit Amerika in Kauf zu nehmen, sprach nach meiner Ansicht gegen den Bruch die Tatsache, daß Englands wirtschaftliche Reserven damals als noch verhältnismäßig stark veranschlagt werden mußten, daß insbesondere Englands Getreidevorräte damals höher waren als in den Vorjahren, und daß die nächstgelegenen Bezugsländer, auf die es vor allem für die Versorgung Englands ankam, die Vereinigten Staaten und Kanada, eine Rekordernte

hinter sich hatten, eine Rekordernte, die auch beim Herunterholen zahlreicher Getreideschiffe das Entstehen einer empfindlichen Nahrungsmittelknappheit in England nicht besonders wahrscheinlich machte. Es kam schließlich auch unsere wirtschaftliche Lage hinzu. Wir waren in jener Zeit darauf angewiesen, aus dem damals noch neutralen Rumänien die großen Getreidebestände zur Ergänzung unserer eigenen Ernte hereinzubekommen, und nach meiner Ansicht konnte — die Zentral-Einkaufs-Genossenschaft war gerade beim Abtransport, der uns in der Tat über den Sommer 1916 hinweggeholfen hat — das Risiko nicht übernommen werden, daß infolge der Kriegserklärung Amerikas auch Rumänien sofort zu unseren Feinden abgeschwenkt wäre. Ob es geschehen wäre, weiß niemand. Mit der Möglichkeit, ja der Wahrscheinlichkeit, mußte, wie die Dinge lagen, gerechnet werden. Es kam schließlich die politische, militärische Lage hinzu, über die Herr v. Bethmann Hollweg neulich schon ausführlich gesprochen hat.

Die Ereignisse des Sommers 1916 haben meines Erachtens denjenigen recht gegeben, die der Ansicht waren, daß diese Lage durch den Eintritt Amerikas in den Krieg eine geradezu verhängnisvolle Erschwerung hätte erfahren müssen. Ich erinnere an die schweren Kämpfe auf den Schlachtfeldern der Somme, die wir noch im Sommer 1916 zu bestehen hatten; ich erinnere an die schwere, schwere Niederlage der Oesterreicher in Wolhynien, an die Brussilow-Offensive, die nahezu unsere ganze Ostfront zum Einsturz brachte, und ich erinnere schließlich an den rumänischen Ueberfall, der gleichfalls eine schwere Krisis dieses Krieges bedeutete. Ich bin auch heute noch der Meinung: der Bruch mit Amerika im Frühjahr 1916 hätte uns geraden Weges zur Katastrophe geführt. Aber ich gebe zu, hier steht Ansicht gegen Ansicht. Ein Beweis für oder gegen läßt sich nicht erbringen. Ich kann hier nur bezeugen, daß allen an der Entscheidung Beteiligten nur das Wohl des Vaterlandes vor Augen stand, nur die Pflicht, bei dieser Entscheidung dasjenige durchzusetzen, was sie für das Richtige und für das Notwendige in dieser schweren Lage hielten.

Wir haben damals in der Note vom 4. Mai 1916 nachgegeben. Sie können mir glauben, das ist auch denen namenlos schwer geworden, die glaubten, nach bestem Wissen und Gewissen dem Kaiser zu dieser Entscheidung raten zu müssen. In dieser

unserer Antwort haben wir zurückgegriffen auf die von Wilson im Juli 1915 ausdrücklich erklärte, bisher aber nicht betätigte Bereitschaft, mit uns zur Wiederherstellung der Freiheit der Meere noch während des Krieges zu kooperieren, und wir haben an die Mitteilung unserer Einschränkung des U-Boot-Krieges auf die Form des Kreuzerkrieges ausdrücklich die Erwartung geknüpft, daß die amerikanische Regierung nunmehr nach unserem vollständigen Nachgeben bei der britischen Regierung die Beobachtung der völkerrechtlichen Normen der Seekriegsführung verlangen und durchsetzen werde. Wir behielten uns die Freiheit der Entschließung für den Fall ausdrücklich vor, daß die Schritte der Vereinigten Staaten nicht zu dem gewollten Erfolg führen sollten. Wir haben darauf eine Antwort von Wilson bekommen. Diese Antwort des Präsidenten Wilson auf unser großes Zugeständnis — das Zugeständnis, das wir uns alle schwer vom Herzen gerungen haben —, die Note vom 10. Mai, betonte mit schneidender Schärfe, daß die amerikanische Regierung nicht gesonnen sei, Deutschland zu gestatten, sein Verhalten in Sachen des U-Boot-Krieges irgendwie abhängig zu machen von Dingen, die zwischen England und Amerika schwebten. Mit keinem Wort stellte der Präsident Wilson einen Schritt in Aussicht, um England auf den Boden des Völkerrechts zurückzuführen. Mit keinem Wort stellte er einen Schritt in Aussicht, um dem entsetzlichen und mörderischen Verfahren der Engländer, dem entsetzlichsten und mörderischsten Verbrechen dieses blutigen Krieges, der britischen Hungerblockade, ein Ende zu machen. Er hat tatsächlich, soweit mir bekannt ist, auch keinen einzigen Schritt nach dieser Richtung nach unserer Note vom 4. Mai 1916 unternommen. Er hat im Gegenteil es ruhig mit angesehen, daß England und Frankreich am 7. Juli 1916 sich von der Londoner Seerechtsdeklaration, die der Präsident selbst bei Beginn des Krieges als maßgebend für die Seekriegsführung vorgeschlagen hatte, vollständig lossagten. Sie war bisher schon durchlöchert wie ein Sieb, aber nunmehr waren England und Frankreich Amerikas so sicher, daß sie in einer öffentlichen und offiziellen Erklärung den letzten Rest der Londoner Seerechtsdeklaration einfach über Bord werfen konnten. Das war die Zeit, in der Oberst House dem Grafen Bernstorff sagte, Wilson sei durch die großen Handelsinteressen an der Entente in seiner Handlungsfreiheit gebunden.

Die U-Boots-Frage trat nun abermals für uns in ein akutes Stadium im August 1916 infolge des erneuten Antrags des Admiralstabs, der dem Reichskanzler mitteilte, daß er nach genauer Prüfung aller Verhältnisse jetzt den Zeitpunkt für Eröffnung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges für gekommen erachte. Die Beratungen über diesen Antrag fanden am 31. August in Pleß statt unter Teilnahme der gerade an die Spitze der Obersten Heeresleitung berufenen Herren, des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg und des Generals Ludendorff. Rumänien hatte wenige Tage zuvor den Krieg an Oesterreich-Ungarn erklärt und war in Siebenbürgen eingebrochen. Wir befanden uns in einer der schwersten Krisen des ganzen Krieges. Das Protokoll über die Beratung ist in den Händen des Ausschusses. Ich habe ihm nichts hinzuzufügen. Die Beratung schloß mit der Feststellung des Reichskanzlers, er werde dem Reichstag bei der nächsten Gelegenheit mitteilen, daß man im Hinblick auf die gegenwärtige Kriegslage dazu gekommen sei, die Entscheidung zu vertagen, nachdem der Feldmarschall v. Hindenburg erklärt habe, daß er zunächst die Entwicklung des rumänischen Feldzuges abwarten müsse, bevor zu der Frage des U-Boot-Krieges Stellung genommen werden könne.

Von diesem Zeitpunkt an spielt die Frage eines Friedensschrittes in die Angelegenheit des U-Boot-Krieges und unseres Verhältnisses zu den Vereinigten Staaten von Amerika mit hinein, und, meine Herren, da möchte ich etwas betonen, was, wie mir scheint, bisher der Aufmerksamkeit des hohen Ausschusses entgangen ist, etwas, was auch der Herr Berichterstatter in seinem einleitenden Referate nicht erwähnt hat. Der erste Anstoß in der Friedensfrage kam von Amerika, nicht von uns. Das dem Ausschuß vorliegende Aktenmaterial ergibt, daß schon am 11. April 1916 Graf Bernstorff telegraphierte, daß nach den Mitteilungen des Obersten House Wilson nach der Erledigung des Sussex-Falles in wenigen Monaten — ich unterstreiche diese Worte „in wenigen Monaten" — Frieden stiften möchte. Die Initiative und der erste Anstoß lag also bei Herrn Wilson.

Auf dieses Telegramm hat Graf Bernstorff von Herrn v. Jagow eine ermutigende Antwort bekommen. Herr v. Bethmann hat bereits erwähnt, daß er bei Erledigung des Sussex-Falles

im Mai gegenüber Herrn Gerard Andeutungen im gleichen Sinne gemacht habe. Aus den Akten ergibt sich, daß auch Herr Gerard darüber nach Amerika berichtet hat. Die Dinge zogen sich hin. Am 22. Juni telegraphierte Graf Bernstorff, eine Friedensvermittlung Wilsons sei im Laufe des Sommers bestimmt zu erwarten — im Laufe des Sommers! —, schon aus Wahlrücksichten. Damals war also die Wahl noch kein Hindernis, sondern ein Ansporn. In einem Berichte vom 16. August spricht Graf Bernstorff von einigen Wochen, in denen ein Friedensschritt Wilsons zu erwarten sei. Aber die Wochen und Monate vergingen, die Wochen und Monate des Ringens auf den Schlachtfeldern der Somme, Wochen und Monate, die uns Ströme des besten deutschen Blutes kosteten — und Präsident Wilson tat nichts. Weder unternahm er Schritte gegen die völkerrechtswidrige Hungerblockade, noch für die Herbeiführung von Friedensverhandlungen.

Unsere Lage spitzte sich zu. Ende August kam der rumänische Ueberfall; mit den neuen Herren der Obersten Heeresleitung fanden die Besprechungen in Pleß, die ich schon erwähnt habe, statt, die Besprechungen über unsere gesamte militärische und politische Lage. Ich habe den Eindruck damals mitgenommen, und ich glaube, dieser Eindruck bestand wohl auch bei allen, daß wir alles tun müßten, um in naher Zeit zum Frieden zu kommen, daß wir, wenn das nicht gelang, gezwungen sein würden, unsere äußerste Kraft und jedes verfügbare Mittel, auch das gewagteste, in den Endkampf um unser Dasein einzusetzen. Hinter den Beratungen von Pleß und den Friedensgesprächen, die damals zwischen Herrn v. Bethmann, Herrn v. Jagow und mir geführt wurden, stand bereits das Hilfsdienstgesetz, das heißt das letzte Aufgebot unserer Kraft im Inlande, und stand der verschärfte U-Boot-Krieg für den Fall, daß nicht Friedensverhandlungen, die eine Fortsetzung des Krieges über den Winter hinaus verhinderten, zustande kommen sollten.

Aus dieser Lage heraus ist dann die Anfrage, die Herr v. Bethmann Hollweg an den Grafen Bernstorff am 2. September gerichtet hat, entstanden, in der Herr v. Bethmann sich erkundigte, was die persönliche Meinung des Grafen Bernstorff über eine Friedensvermittlung des Präsidenten Wilson

sei. In diesem Telegramm ist schon gesagt, daß im anderen Falle der rücksichtslose U-Boot-Krieg ernst erwogen werden müsse.

Von Anfang September an war also unser Botschafter in Amerika, Graf Bernstorff, darüber im Bilde, daß, wenn die Friedensvermittlung nicht komme, nicht bald komme, der rücksichtslose U-Boot-Krieg unvermeidlich würde.

Graf Bernstorff antwortete, die Friedensaktion Wilsons — von der seit April die Rede war, von der es damals hieß, sie kommt bald, sie kommt in einigen Wochen, sie kommt in einigen Monaten — sei wegen des Eingreifens Rumänien aufgeschoben worden. Vor den Wahlen könnte Wilson nichts mehr unternehmen. Meine Herren, zu den Wahlen war noch ein langer Weg. September und Oktober und die erste Novemberwoche, neun bis zehn schwere Wochen, für die es bei uns um Kopf und Kragen ging. Das Warten war für uns keine Kleinigkeit in einer solchen Lage. Graf Bernstorff sagte in dem Telegramm weiter, es wäre seine persönliche Ansicht, im Falle seiner Wiederwahl werde der Präsident sofort seine Vermittlung eintreten lassen. Dieses „Sofort" hat Graf Bernstorff in einem zweiten Telegramm dahin eingeschränkt, er halte Wilsons Friedensvermittlung noch vor Jahresschluß — nicht etwa für sicher, sondern für „sehr aussichtsvoll". Der Kanzler drängte am 26. September aufs neue, die Wilsonsche Aktion müsse bald erfolgen, andernfalls werde die augenblicklich günstige Konjunktur für den Friedensschritt verpaßt und der rücksichtslose U-Boot-Krieg unabwendbar werden. Meine Herren, bei der mangelhaften Nachrichtenvermittlung mit Amerika und der seltenen Gelegenheit der Nachrichtenübermittlung mußte jedes Wort, das telegraphiert wurde, beachtet werden, und wenn der Reichskanzler telegraphierte, die Friedensvermittlung muß bald erfolgen, andernfalls wird die für den Friedensschritt jetzt günstige Konjunktur verpaßt und wird der rücksichtslose U-Boot-Krieg notwendig, — ich meine abermals, — unsere Vertretung in Amerika mußte im Bilde sein.

Graf Bernstorff antwortete erneut, daß Wilson erst nach seiner Wiederwahl marschieren wollte, und er fügte hinzu, der Ausgang des Wahlkampfes sei „ganz unsicher". In einem weiteren Telegramm vom 14. Oktober bezeichnet er den Ausgang der Wahl als „noch immer zweifelhaft".

In dieser Zeit ließ der Präsident Wilson in einer der, — soweit ich sehen kann und aus der Bekundung des Grafen Bernstorff entnommen habe, — ganz seltenen direkten Unterhaltungen, die er mit dem Grafen Bernstorff gehabt hat, durchblicken, daß ihm eine ausdrückliche deutsche Anregung oder Aufforderung, die Friedensvermittlung zu übernehmen, willkommen wäre. Das steht im Telegramm vom 14. Oktober. Damals hat sich also Wilson vor einer deutschen Initiative und Anregung nicht gefürchtet. Ich erwähne das ausdrücklich, weil später das alter ego des Präsidenten Wilson, der Oberst House, dem Grafen Bernstorff gegenüber in dem deutschen Friedensschritt eine Beeinträchtigung der Wilsonschen Friedensbemühungen gesehen hat, weil sie Wilson in den Verdacht gebracht hätte, prodeutsch zu sein. Graf Bernstorff hat schon von sich aus an Wilson in dieser Unterhaltung geantwortet, daß seines Erachtens keine Aussicht auf eine solche ausdrückliche Anrufung der Wilsonschen Vermittlung durch eine kriegführende Macht bestehe, und hat dafür in einem Telegramm des Kanzlers vom 14. Oktober die ausdrückliche Bestätigung erhalten. Der Kanzler hat damals telegraphiert: Lediglich ein spontaner Friedensappell Wilsons komme in Betracht, und lediglich zu einem solchen spontanen Appell solle Wilson ermutigt werden. Auch diese Nuance muß man, glaube ich, berücksichtigen, wenn man über die Frage urteilen will, ob und wieweit die deutsche Politik durch die Ermunterung des Präsidenten Wilson zu einem Friedensappell sich in ihrer eigenen Bewegungsfreiheit in bezug auf den Frieden gebunden habe.

Der 6. November hat dann die Wiederwahl Wilsons zum Präsidenten gebracht. Aus Amerika keine Nachricht über Wilsons Aktion! Nur der Botschaftsrat Herr v. Haniel berichtet am 20. November an den Gesandten v. Treutler — das steht auch in Ihren Akten —: „Was Wilson allerdings jetzt" — also nach seiner Wahl — „in der internationalen Politik tun wird, bleibt abzuwarten". Am 16. November, als immer noch keine Nachricht über Wilsons Absichten vorlag, soweit ich wenigstens sehe, drahtete Herr v. Jagow an den Grafen Bernstorff:

> Läßt sich übersehen, ob Präsident in Friedensvermittlung Schritte unternehmen will, eventuell welche und wann? Frage wichtig zur Beurteilung etwaiger anderweitiger Schritte in gleichem Sinne.

Dieser ausdrückliche Hinweis, daß wir eventuell in der Friedensfrage eigene Wege gehen würden, lag fast vier Wochen vor unserem Friedensschritte. Es vergeht eine Woche, vom Grafen Bernstorff keine Antwort! Am 22. November wird ihm zu seiner persönlichen Information mitgeteilt:

> Sofern günstige militärische Lage es uns gestattet, beabsichtigen wir, mit unseren Verbündeten demnächst Bereitwilligkeit unsererseits anzukündigen, in Friedensverhandlungen einzutreten.

Nun telegraphierte Graf Bernstorff am 25. November: Wilson habe ihn durch den Oberst House spontan wissen lassen, daß er möglichst bald in Friedensvermittlung Schritte tun wolle, „vermutlich" zwischen jetzt und Neujahr. Ich unterstreiche das „vermutlich". Aber in demselben Telegramm ist schon von den belgischen Deportationen als von einem neuen Hindernis die Rede, und in demselben Telegramm wird weiter gesagt:

> Wilson zögert noch, weil Staatsdepartement eine Ablehnung seitens unserer Feinde erwartet.

Am Tage darauf, am 26. November, schickte der Staatssekretär Zimmermann das hier vielbesprochene Telegramm, in dem er mitteilte, daß wir die Friedensaktion Wilsons unserer eigenen Aktion an sich vorziehen würden; er fügte aber hinzu: Hierfür sei es jedoch unbedingt erwünscht, daß Wilson sich zu baldigem Handeln entschließe. Ein Hinziehen bis Neujahr hat Zimmermann mit ausführlicher Begründung als untunlich bezeichnet.

Das war am 26. November. Am 7. Dezember berichtete Graf Bernstorff: Für die Friedensaktion sei alles vorbereitet, doch bleibe es bei dem unbeständigen Herrn Wilson noch immer zweifelhaft, wann er damit herauskommen werde.

Seit dem 11. April, also seit nahezu acht Monaten, war die Reichsleitung in Washington immer und immer wieder vertröstet worden. Auch Anfang Dezember bestand noch keinerlei Sicherheit, ob und wann Herr Wilson vorgehen werde. Graf Bernstorff hat noch in einem Berichte vom 14. Januar, also als die Dinge bereits über den Jahreswechsel hinausgerollt waren, in einem Bericht sich dahin ausgesprochen, Wilsons Friedensnote wäre wohl auch ohne unser Vorgehen zu Weihnachten abgeschickt worden, „obgleich dies

bei dem zaudernden Naturell des Herrn Wilson, der alle Fragen gern dilatorisch behandle, nicht so unbedingt sicher ist". Also am 14. Januar 1917 hat Graf Bernstorff immer noch Zweifel daran gehabt, ob Wilson ohne unseren Friedensvorschlag zu Weihnachten und vor Neujahr herausgekommen wäre. Einer der Sachverständigen, Herr Professor Bonn, hat in seinem Buche „Amerika als Feind" gesagt:

> Das deutsche Friedensangebot hatte nicht nur den Präsidenten zu schnellem Handeln gezwungen —

usw., zu schnellem Handeln nach acht Monaten! Also auch Professor Bonn, der hier schreibt, daß unser Friedensangebot den Präsidenten zu „schnellem Handeln" gezwungen habe, scheint bei der Abfassung seines Buches der Ansicht gewesen zu sein, daß vor unserem Friedensappell und ohne unseren Friedensappell das, was er ein schnelles Handeln nennt, von Herrn Wilson nicht so unbedingt sicher zu erwarten gewesen wäre.

Der Eindruck, daß Herr Wilson in der Tat noch Anfang Dezember gänzlich unentschlossen war, wird bestätigt durch das, was Herr Gerard — nun kommt die amerikanische Seite — in seinem Buche berichtet, das, wie ich annehme, den Mitgliedern der hohen Kommission bekannt ist; es ist sehr wichtig für die Beurteilung dieser Frage. Das Buch ist allerdings in manchen Punkten cum grano salis zu nehmen in Dingen, die ich selbst kontrollieren kann. Herr Gerard, der nach Amerika gereist war in der ausdrücklichen Absicht, die Sache des Friedens weiterzubringen, ist am 4. Dezember von New York wieder nach Europa zurückgereist. In seinem Buche — es steht auf Seite 253 — berichtet er, daß er den Präsidenten vor seiner Abreise gesprochen habe, was sich bei der Wichtigkeit der Sache eigentlich von selbst versteht. Er habe den Eindruck gehabt, fügt er hinzu, daß der Präsident vor allen Dingen wünsche, Frieden zu haben und Frieden zu machen. Den „Eindruck" hat er also gehabt.

Aber

— fügt er hinzu —

> die Frage des Friedenmachens war eine sehr heikle Sache. Ein direktes Anerbieten von unserer Seite hätte uns der gleichen Behandlung aussetzen können, die wir England

während des Bürgerkrieges haben angedeihen lassen, als England uns Eröffnungen wegen des Friedens machte und die Vereinigten Staaten eine Antwort gaben, die praktisch besagte, daß die britische Regierung sich um ihre eigenen Geschäfte kümmern möge, daß sie keine Einmischung dulde und weitere Eröffnungen als unfreundliche Handlungen ansehen würde.

Die Deutschen

— so fügt Herr Gerard weiter hinzu —

haben diesen Krieg begonnen, ohne die Vereinigten Staaten zu fragen, und schienen jetzt zu denken, daß sie ein Recht hätten, von den Vereinigten Staaten zu verlangen, daß diese für sie Frieden machten zu solchen Bedingungen und zu solcher Zeit, wie es den Deutschen gerade paßt. Andernfalls hätten sie ein begründetes Recht, alles Völkerrecht zu brechen und Bürger der Vereinigten Staaten auf hoher See zu morden. Nichtsdestoweniger

— so schließt Gerard —

glaube ich, daß die Neigung des Präsidenten Wilson in der Richtung auf Erreichung des Friedens sehr weit zu gehen scheint.

Wer diese Stellen aus dem Buche des Herrn Gerard liest, bei dem steht eines fest: Als Wilson Herrn Gerard in Abschiedsaudienz empfing — kurz vor dem 4. Dezember —, hat er ihm nicht einmal einen kleinen Fingerzeig dafür gegeben, ob und wann er nun mit irgendeiner Aktion vorgehen werde; und das ist auch der Eindruck, den ich dann nach der Rückkehr des Herrn Gerard aus persönlicher Unterhaltung mit ihm sehr deutlich empfangen habe.

Ich wiederhole: seit acht Monaten hatten Wilson und sein Vertrauensmann, der Oberst House, über die Friedensaktion hin und her geredet, und immer noch fehlte jede präzise Zusage, jede präzise Meinungsäußerung des Präsidenten, daß er eine Friedensaktion unternehmen wolle, welche Art von Friedensaktion er unternehmen wolle und wann er eine Friedensaktion unternehmen wolle. Konnte die politische Reichsleitung die Verantwortung noch länger auf diesen ewig zaudernden, ewig ver-

tröstenden, niemals auch nur mit dem kleinsten Worte sich bindenden Mann warten, wenn ihr aus der Gesamtlage heraus ein ernster Friedensversuch dringend geboten erschien?

Sie kennen die Entstehung des Verhandlungsvorschlages der Zentralmächte. Die erste Anregung zu dem Vorschlage hat Baron Burian in der Unterredung mit Herrn v. Bethmann Hollweg am 17. Oktober gegeben. Wenn der rumänische Feldzug zu einem gewissen Abschluß gekommen sein werde, müsse man den Versuch machen, ohne Preisgabe wesentlicher Lebensinteressen ein Ende des Krieges herbeizuführen. Das war der Kern der Burianschen Meinungsäußerung.

Ganz unabhängig vom Baron Burian und ohne Kenntnis seiner Anregung kam ich in einer Besprechung mit Herrn v. Bethmann Hollweg am 25. Oktober über die Rede, die Sir Edward Grey zwei Tage vorher in London gehalten hatte, zu dem gleichen Vorschlag. Der Vorschlag lag in der Luft. Es waren die Tage der Einnahme von Konstanza und Cernavoda. Der rumänische Feldzug näherte sich seinem Ende. Die Lage war für uns wieder hergestellt. Die Aussicht, uns in absehbarer Zeit und ohne weitere entsetzliche Menschenopfer niederzukämpfen, war für unsere Feinde zerronnen. Das ganze ungeheure Ereignis des Krieges drängte auf einen Haltepunkt zu. Jedes menschliche Herz in der ganzen Welt mußte fühlen: entweder bringt Weihnachten dem leidenden und blutenden Europa die Verheißung: Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen! —, oder aber die entsetzlichste Steigerung des Völkerringens zum Verzweiflungskampfe, in dem alle Mittel gelten, ja noch mehr als das: die Gefahr des Unterganges der ganzen mehrtausendjährigen europäischen Kultur. So standen die Dinge.

Noch am Nachmittag des 25. Oktober besprach der Kanzler den Friedensschritt mit dem Kaiser und reiste mit dessen Zustimmung am Abend desselben Tages nach dem Großen Hauptquartier. Auch der Feldmarschall v. Hindenburg stimmte zu, daß versucht werden müsse, jetzt zum Frieden zu kommen.

Die Verhandlungen mit Oesterreich-Ungarn und unseren anderen Bundesgenossen wurden aufgenommen. Sie waren nicht ganz leicht und haben eine gewisse Zeit beansprucht, aber sie wurden mit allem Nachdruck betrieben. Am 31. Oktober, nachdem

der Kanzler dem Kaiser über den Gang der Dinge Bericht erstattet hatte, schrieb der Kaiser an den Kanzler einen Brief — jenen Brief, der nach meiner Ansicht doch auch in die Akten dieses Untersuchungsausschusses hineingehört, und den ich mir deshalb mit Erlaubnis des Herrn Vorsitzenden gestatten werde zu verlesen. Der Kaiser schrieb damals an den Kanzler:

> Der Vorschlag, Frieden zu machen, ist eine sittliche Tat, die notwendig ist, um die Welt, auch die Neutralen, von dem auf allen lastenden Druck zu befreien. Zu einer solchen Tat gehört ein Herrscher, der ein Gewissen hat und sich Gott verantwortlich fühlt, und ein Herz für seine und die feindlichen Menschen, der unbekümmert um die eventuellen absichtlichen Mißdeutungen seines Schrittes den Willen hat, die Welt von ihren Leiden zu befreien. Ich habe den Mut dazu. Ich will es auf Gott wagen!

Ich habe die Karte, auf die der Kaiser mit Bleistift diese Worte an den Kanzler geschrieben hat, damals mit eigenen Augen gesehen. Sie hat auf mich den tiefsten Eindruck gemacht. Ich frage: gibt es hier jemanden, der an der Ehrlichkeit der Absicht, Frieden zu machen, der an dem tiefen sittlichen Ernst, der an dem christlichen und menschlichen Verantwortungsgefühl, das den deutschen Friedensschritt eingegeben hat, den leisesten Zweifel hegen kann? Darf es jemanden geben, der es in Kenntnis der wirklichen Vorgänge wagen will, Zweifel an dem Ernst, an diesem Verantwortungsgefühl in unser eigenes Volk und in die Welt hinauszutragen, in die Welt, die im Krieg unser Feind war, und die es — Gott sei es geklagt! — auch heute noch ist. Ich bekenne mich auch heute noch zu der Meinung: es wird für alle Zeiten ein Ruhmestitel des deutschen Namens sein, daß von Deutschland und seinen Verbündeten in jenem Zeitpunkt, der einen Frieden unter Gleichen gestattete, die Frage des Friedens vor der Welt aufgeworfen worden ist. Mögen Sie, meine Damen und Herren vom Ausschuß, an der taktischen Zweckmäßigkeit des Vorschlages Ausstellungen machen, mögen Sie bezweifeln, ob es nicht trotz des sieben- bis achtmonatigen Zögerns des Präsidenten richtig gewesen wäre, Herrn Wilson — um Herrn Wilson nicht zu „verstimmen" — die Vorhand zu lassen, selbst auf die Gefahr hin, daß abermals

Monate und Monate mit Strömen von Blut dahingingen. Schließlich handelte es sich doch hier nicht um taktische Finessen, nicht um Fragen der Etikette, wer den Vortritt hat, und nicht um die Tischordnung bei einem Honoratiorendiner, es handelte sich um die Menschheitsfrage des Friedens nach mehr als zweijährigem Kriege, um die Frage, ob dieser Krieg ins Ungemessene fortgesetzt und gesteigert werden solle, oder ob die menschliche Vernunft stark genug sei, das zu verhindern. Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg. Daß bei uns ein ehrlicher Wille war, der ehrliche Wille zum Frieden, wer will das bestreiten? Es hätte zum Frieden kommen müssen — müssen, unter allen Umständen zum Frieden kommen müssen, wenn ein Funke dieses ehrlichen Willens auf der Seite unserer Feinde vorhanden gewesen wäre. Ich sage weiter, es hätte zum Frieden kommen müssen, wenn auch auf der Seite der mächtigsten neutralen Macht, der Vereinigten Staaten von Amerika, und ihrer leitenden Männer der Wille zum Frieden in derselben ehrlichen, überzeugten Weise vorhanden gewesen wäre wie auf unserer Seite.

Ich gehe nicht weiter auf Einzelheiten ein, die bereits dargestellt worden sind, sondern stelle nur die wichtigsten Punkte der weiteren Entwicklung fest.

Am 12. Dezember kamen wir mit unserem Friedensangebot heraus. Es war ein vernünftiger, sachlicher Vorschlag, ein Vorschlag zum Verhandeln zwischen den Kriegführenden auf einer Grundlage, die Ehre, Dasein und Entwicklungsfreiheit unseres Volkes und der Völker unserer Verbündeten gewährleisten sollte. Ich kann bezeugen, daß den Männern, von denen dieser Schritt ausging, die Absicht der Durchkreuzung einer etwaigen Wilsonschen Friedensaktion fernlag. Ich kann es um so eher bezeugen, als ich persönlich von Anfang an einer Wilsonschen Friedensaktion skeptisch gegenübergestanden habe, als ich von Anfang an von einer Wilsonschen Friedensaktion wenig gehalten habe. Ich habe damals, als der Kanzler am 31. August 1916 in Pleß in Gegenwart des Herrn v. Jagow von einem Appell an den Präsidenten Wilson in Sachen des Friedens sprach, meine Einwendungen geltend gemacht. Ich konnte nach allen Erfahrungen, die wir bisher mit Wilson und mit Amerika gemacht hatten, kein Glück darin sehen, den amerikanischen Prä-

sidenten in die Friedensangelegenheit hineinzuziehen. Ich habe damals zur Erwägung gestellt, lieber die Verständigung mit Rußland auf Kosten Polens und nötigenfalls auch des von den Russen besetzten Ostgaliziens zu suchen.

Ich war weiterhin im einzelnen, in allen Details über den Telegrammwechsel mit dem Grafen Bernstorff natürlich nicht unterrichtet; aber das kann ich sagen, daß ich aus allen meinen Unterhaltungen mit Herrn v. Bethmann Hollweg, mit dem ich doch damals in ständiger Verbindung stand, den Eindruck gewonnen habe, daß auch Herr v. Bethmann Hollweg in der Weise, wie er es hier geschildert hat, allmählich an die ernstliche Absicht Wilsons, etwas für den Frieden zu tun, nicht mehr recht glauben wollte. Können Sie sich nach der Darstellung, die ich Ihnen gegeben habe, darüber wundern? Kann sich auch der Geduldigste darüber wundern nach allen diesen Verzögerungen, denen doch diese Friedenssache seit dem April 1916 ausgesetzt war?

Auf unser Friedensangebot wurde dann am 21. Dezember die Friedensnote des Präsidenten Wilson überreicht. Niemand kann wissen, und auch Herr Professor Bonn scheint es nicht für ausgemacht zu halten, daß sie überreicht worden wäre, wenn unser Friedensangebot nicht vorangegangen wäre. In der Sache kam das Friedensangebot Wilsons auf das gleiche Ziel hinaus wie der Vorschlag der Mittelmächte, nämlich auf einen gegenseitigen Austausch der Friedensbedingungen. Nur hatten wir für dieses Ziel einen bestimmten Weg vorgeschlagen, nämlich den alsbaldigen Eintritt der Kriegführenden in Friedensverhandlungen. Herr Wilson dagegen hatte in seiner Note den Weg ausdrücklich offen gelassen. Er hat in seiner Note ausdrücklich gesagt, daß er einen bestimmten Weg, um zu diesem Ziele zu gelangen, nicht vorgeschlagen, sondern diesen Weg den Kriegführenden überlassen wolle. Unter der Hand allerdings hat er durch den Obersten House beim Grafen Bernstorff die Idee propagiert, daß er in dieser Friedensangelegenheit — ich gebrauche denselben Ausdruck, den der Oberst House gebraucht hat — als Clearing House benutzt werden solle. Für diese Funktion als Clearing House hat sich der Präsident Wilson unter der Hand empfehlen lassen.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Darf ich bitten, diese Note vorzulesen, Exzellenz?! Der Inhalt scheint mir doch ein anderer zu sein. Es kommt darauf an, daß in dieser Note Wilson die Friedensbedingungen verlangt hat, daß er gerade positiv ersucht hat, man solle ihm die Friedensbedingungen mitteilen.

Zeuge Staatssekretär a. D. Dr. Helfferich: „Ihm" — das steht in der Note nicht drin! Es heißt in der Note ausdrücklich, daß die Friedensbedingungen öffentlich bekannt gemacht werden möchten, so daß sie miteinander verglichen und ausgeglichen werden könnten.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Jawohl!

Zeuge Staatssekretär a. D. Dr. Helfferich: Er hat aber ausdrücklich erklärt, daß er die Wege dazu den Kriegführenden offen hält. Er hat ausdrücklich, wenn ich mich recht entsinne — ich habe die Note augenblicklich nicht zur Hand —, erklärt, daß er nicht Vermittler sein und auch nicht mal einen bestimmten Vorschlag machen wolle, sondern die Art und Weise den Kriegführenden überlasse. Aber ich möchte empfehlen, die Sache vielleicht im Zusammenhang behandeln zu können.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Da ist die Note. Es fängt an mit der Bitte, die Friedensbedingungen mitzuteilen.

Zeuge Staatssekretär a. D. Dr. Helfferich: Ich bin bei der Note vom 21. Dezember.

Vorsitzender: Vielleicht kann der Herr Berichterstatter sie vorlesen, schon um Ihre Stimme zu schonen.

Zeuge Staatssekretär a. D. Dr. Helfferich: Ich habe hier die entscheidende Stelle! Der Präsident regt an, daß

> „baldigst Gelegenheit genommen werde, von allen jetzt kriegführenden Staaten ihre Ansichten über die Bedingungen zu erfahren",

— also ganz unpersönlich: daß Gelegenheit genommen werde, die Bedingungen zu erfahren —

> „unter denen der Krieg zum Abschluß gebracht werden könnte, und über die Vorkehrungen, die gegen eine Wiederholung des Krieges oder die Entfachung irgendeines ähnlichen Konflikts in der Zukunft zufriedenstellende Bürg-

schaft leisten könnten, so daß sich die Möglichkeit bietet, sie offen zu vergleichen. Dem Präsidenten ist die Wahl der zur Erreichung dieses Zieles geeigneten Mittel gleich."

— Also genau das, was ich sagte. —

„Er ist gern bereit, zur Erreichung dieses Zweckes seinerseits in jeder Weise dienlich zu sein oder sogar die Initiative zu ergreifen; er wünscht jedoch nicht, die Art und Weise und die Mittel zu bestimmen. Jeder Weg wird ihm genehm sein, wenn nur das große Ziel, das er im Auge hat, erreicht wird."

Also hier hat der Präsident seinerseits keinen bestimmten Weg empfohlen, sondern es den Kriegführenden überlassen, sich hierüber schlüssig zu werden. Unter der Hand hat er allerdings durch den Obersten House dem Grafen Bernstorff sagen lassen, er würde gern als „Clearing House" figurieren.

Nun ist für den weiteren Gang der Dinge die Tatsache wichtig, daß, schon ehe Wilson seine Friedensnote der Oeffentlichkeit übergab, die feindlichen Staatsmänner in Parlamentsreden Stellung zu unseren Friedensvorschlägen genommen haben. Am eiligsten hatten es die Franzosen. Unser Friedensangebot wurde am 12. bekanntgegeben, und schon am 13. Dezember erklärte der Ministerpräsident Briand unseren Vorschlag für ein Manöver, das bestimmt sei, unter den Verbündeten Zwietracht zu säen. Er hat es wirklich sehr eilig gehabt, Herr Briand! Die folgenden Tage brachten Erklärungen der Russen, der Italiener und Englands, alle scharf ablehnend. Am ehesten konnte man noch in der Erklärung des Herrn Sonnino — vielleicht und bei sehr, sehr gutem Willen — eine versteckte Hintertür zum Frieden finden.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Darüber lag eine besondere Note vor.

Zeuge Staatssekretär a. D. Dr. Helfferich: Ich will darauf nicht eingehen, weil es in geheimer Besprechung erörtert werden soll, ob und inwieweit bei Herrn Sonnino ein Spezialfall vorliegt, ob bei ihm damals ein Wille zum Frieden bestand. Darum sage ich: man könnte aus der Note bei sehr, sehr gutem Willen und recht versteckt vielleicht eine Hintertür zum Frieden finden.

Am 30. Dezember brachte dann die gemeinsame Antwortnote der Entente auf unseren Friedensvorschlag die offizielle Antwort. Sie lehnte die Annahme des „Angebots ohne Aufrichtigkeit und Bedeutung" mit schneidender Schärfe ab. Der Inhalt dieser Antwort, erlassen in voller Kenntnis der Wilsonschen Friedensnote, ließ bereits erwarten, daß auch der Vorschlag Wilsons von der Entente eine glatte Ablehnung erfahren würde. Vom 21. bis 30. Dezember hatte die Entente Zeit, in Kenntnis der Wilsonschen Note ihre Antwort zu formulieren, und wenn die geringste Absicht bestand, auf die Wilson-Note keine ganz ablehnende Antwort zu geben, so durfte die Friedenstür nicht so ins Schloß geworfen werden, wie es durch die Antwort vom 30. Dezember an uns geschah.

Die Wilson-Note ist bekanntlich abgelehnt worden in der gemeinsamen Note der Ententemächte, die Briand am 10. Januar 1917 in Paris dem amerikanischen Botschafter übergeben hat. Diese Note warf in den schärfsten Worten alle Verantwortlichkeit für den Krieg und für alle Ausschreitungen der Kriegführung auf die Mittelmächte. Diese Note stellte Kriegsziele auf, die nichts weiter waren und bedeuteten als die Verstümmelung und Erniedrigung Deutschlands, die Auflösung der österreichisch-ungarischen Monarchie und die Zertrümmerung der Türkei, kurz ein Programm, das dem Frieden von Versailles so ähnlich sieht wie ein Ei dem andern. Die Ententemächte verwahrten sich — und das ist auch noch ein wichtiger Punkt — in ihrer Note mit höflichen Worten — denn es ging hier gegen Wilson und nicht gegen uns —, aber doch mit hinreichend deutlichen Worten gegen jede Gleichstellung mit den Zentralmächten. Diese Verwahrung gegen die Gleichstellung mit den Zentralmächten richtete sich gegen Wilson. Die Verwahrung war eine kategorische Zurückweisung jeder Vermittlung und aller guten Dienste, die ein Dritter zur Herbeiführung einer Verständigung zwischen beiden kriegführenden Gruppen überhaupt erweisen konnte. Eine solche Vermittlung und solche guten Dienste sind überhaupt nur zwischen Gleichstehenden möglich.

Als ich damals diese Note las, sagte ich mir: dem Präsidenten Wilson ist in seinem Leben ein solcher Affront noch nicht vorgekommen; ich bin gespannt, was Präsident Wilson auf diesen

Affront — deutlich lesbar für jeden, der diplomatische Schriftstücke zu lesen versteht — antworten wird. Sie kennen ja die Antwort. Ich werde nachher darauf zurückkommen, muß aber hier eine Bemerkung dazwischenschalten.

Gegenüber dem scharfen Abschneiden einer jeden Friedensaktion, das durch keinen noch so wohlmeinenden Versuch von dritter Seite, die Dinge im milderen Lichte erscheinen zu lassen, aus der Welt geschafft werden konnte — die Tatsachen waren zu brutal —, gegenüber dem scharfen Abschneiden treten die in früheren Sitzungen des Ausschusses erwähnten eingehenden Unterhaltungen an Bedeutung zurück, in denen Oberst House den Herrn Grafen Bernstorff und durch ihn die deutsche Regierung für die Wilsonsche Idee des „Clearinghouse" zu gewinnen suchte. Die ganzen Bemühungen des Obersten House in jener Zeit gingen, soweit ich aus den Aktenstücken ersehen habe, darauf hin, die deutsche Regierung für die Idee des „Clearinghouse" zu gewinnen. Die deutsche Regierung blieb auf der mit der deutschen Heeresleitung und den Bundesgenossen vereinbarten Linie des unmittelbaren Gedankenaustausches zwischen den Kriegführenden, das heißt dem Gedankenaustausch ohne Clearinghouse, als einem geeigneten Wege, zum Frieden zu gelangen, stehen und brachte das in der Antwort auf die Wilson-Note vom 6. Dezember zum Ausdruck; sie fügte noch den Vorschlag hinzu, es möchten Delegierte der Kriegführenden alsbald an einem neutralen Orte zusammentreten. Das war ein präziserer Vorschlag als unser Angebot vom 12. Dezember, worin nur im allgemeinen vom Eintritt in Friedensverhandlungen gesprochen worden war. Jetzt schlugen wir vor, daß alsbald Delegierte aller Kriegführenden an einem neutralen Ort zu einer Aussprache über die Friedensmöglichkeiten zusammentreten möchten, um zu erwägen, wie Wilson angeregt hatte, ob ein Ausgleich der Friedensziele möglich sei.

Die deutsche Regierung hat an ihrem Standpunkt auch weiterhin festgehalten. Ich verweise auf das Telegramm des Grafen Bernstorff vom 29. Dezember, das in Berlin am 3. Januar 1917 einging und von Herrn Staatssekretär Zimmermann am 7. Januar beantwortet worden ist. Immerhin enthielt die Antwort des Herrn Staatssekretärs Zimmermann vom 7. Januar die Erklärung, daß unsere Kriegsziele im Gegensatz zu den

Kriegszielen der Entente überaus mäßig seien, und daß wir Belgien nicht annektieren wollten, eine Erklärung, die nach einer Mitteilung des Obersten House an den Grafen Bernstorff vom Präsident Wilson als „höchst wertvoll" betrachtet wurde.

Bisher, meine Damen und Herren, solange wir auf unserem Programm feststanden: unmittelbare Aussprache zwischen den Kriegführenden über die eigentliche Frage des Friedensschlusses, dann eine Konferenz unter Zuziehung der Neutralen über die allgemeinen völkerrechtlichen Fragen, die bei dem Friedensschluß geregelt werden sollten, wie Abrüstung, Schiedsgerichte, Völkerbund, — solange hatte die Frage, welche Stellung Präsident Wilson zu den Kriegszielen der einzelnen kriegführenden Gruppen materiell einnehmen werde, keine Rolle gespielt, jedenfalls keine Rolle in dem Depeschenwechsel zwischen Berlin und Washington, auch wohl keine Rolle in den Verhandlungen des Grafen Bernstorff und dem Vertrauensmanne des Präsidenten. Das wurde natürlich anders, sobald die Idee des „Clearinghouse" in Sicht trat. Wie sich derjenige, der die beiderseitigen Bedingungen entgegennimmt, materiell zu der Frage der Friedensbedingungen stellt, ist natürlich eine ganz andere Frage als die, wie derjenige sich zu den Friedensbedingungen stellt, der die beiden Parteien lediglich zusammenführt und sagt: nun bleibt allein und sprecht euch erst einmal untereinander aus.

Bisher war man also auf unserer Seite der Meinung gewesen, daß es möglich sein werde, die Mitwirkung des Präsidenten Wilson bei den eigentlichen Friedensverhandlungen darauf zu beschränken, daß es seinen guten Diensten gelingen werde, die beiden Parteien an den Verhandlungstisch zu bringen. Wenn jetzt Wilson im Anschluß an seine Friedensnote vom 21. Dezember, die anscheinend alle Wege offen ließ, die Aufgaben des „Clearinghouse" in Anspruch nahm und insistierte, daß ihm von beiden Seiten die Friedensziele mitgeteilt werden möchten, so war das ein wichtiger Schritt über den bisher vereinbarten Rahmen hinaus. Es war von da an nur noch ein einziger Schritt bis zu dem Schiedsrichter unter den kriegführenden Parteien.

Die Ententemächte hatten nun in ihrer Kollektivnote vom 10. Januar Wilson ihre Friedensziele, die bekannten exorbitanten Bedingungen, von denen ich vorhin gesprochen habe, mitgeteilt.

Jetzt mußte Klarheit werden, wohin eigentlich die Wilsonsche Friedensaktion zielte. Auch von beachtlicher neutraler Seite wurde die Meinung ausgesprochen, wenn der Präsident seinen Friedensvorschlag ernst gemeint habe, müsse er unzweideutig zum Ausdruck bringen, daß diese Antwort der Sache des Friedens nicht dienen könne, sondern den Fortgang des Krieges unvermeidbar mache. Ein Urteil von beachtlicher neutraler Seite!

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Es bestehen noch andere neutrale Stimmen.

Zeuge Staatssekretär a. D. Dr. Helfferich: Gewiß, ich habe schon erwähnt, daß noch andere neutrale Stimmen bestehen.

Vorsitzender: Das kann nur vertraulich besprochen werden. Ich würde übrigens vorschlagen, um Ihre Stimme nicht übermäßig anzustrengen, daß wir um 1 Uhr oder bei einem passenden Abschnitt, der in Ihrem Belieben steht, abbrechen. Andererseits glaube ich, daß unsere Aufmerksamkeit durch die Fülle des von Ihnen vorgetragenen Materials auf die Dauer überanstrengt wird.

Zeuge Staatssekretär a. D. Dr. Helfferich: Auf meine Stimme bitte ich keine Rücksicht zu nehmen.

Vorsitzender: Wie lange wird Ihr Vortrag noch dauern?

Zeuge Staatssekretär a. D. Dr. Helfferich: Mein Vortrag wird noch ungefähr 40 Minuten in Anspruch nehmen.

Vorsitzender: Das dürfte nun doch eine zu große Anstrengung für uns bedeuten. Ich möchte infolgedessen meinen Vorschlag wiederholen, daß Sie, Exzellenz, sobald dieser Abschnitt zu Ende ist, mit Ihrem Vortrag für heute abbrechen.

Zeuge Staatssekretär a. D. Dr. Helfferich: Wir stehen jetzt, wenn ich diesen Abschnitt vollenden darf, vor der Frage, wie Wilson zu der ungeheuerlichen Ententeantwort, die geradezu die Ankündigung des Versailler Friedens war, sich verhielt.

Wilson richtete am 22. Januar jene vielbesprochene Botschaft an den Kongreß, die am gleichen Tage den sämtlichen Kriegführenden durch die diplomatischen Vertreter offiziell übermittelt wurde. In dieser Botschaft erging sich der Präsident des langen und breiten über die ihm vorschwebende künftige Ordnung der Welt. Für die akute Friedensfrage wichtig waren folgende Punkte:

1. Die Botschaft enthielt nicht nur keine Zurückweisung der unerhörten Kriegsziele der Entente, sondern eine Zensurierung der Ausführungen der Entente und der Mittelmächte, die deutlich zugunsten der Entente ausfiel und — das stelle ich fest im Gegensatz zu einer von dem Herrn Abgeordneten Dr. Sinzheimer in der ersten Sitzung des Ausschusses versuchten Abmilderung — die für die Mittelmächte schlechthin unannehmbaren Kriegsziele der Entente als diskutabel behandelte. Der Präsident sagte in seiner Botschaft:

„Die Mittelmächte erwiderten in einer Note, die lediglich — merely heißt es im Text —

> besagte, daß sie bereit seien, mit ihren Gegnern zu einer Konferenz zusammenzutreten, um die Friedensbedingungen zu erörtern. Die Mächte der Entente haben viel ausführlicher geantwortet, und wenn auch nur in allgemeinen Umrissen, so doch mit genügender Bestimmtheit, um Einzelfragen einzubeziehen, die Vereinbarungen, Bürgschaften und Wiederherstellungen angegeben, die ihnen als die unumgänglichen Bedingungen einer befriedigenden Lösung erscheinen. Wir sind dadurch der endgültigen Erörterung des Friedens, der den gegenwärtigen Krieg beenden soll, um so viel näher gekommen.

Ich unterstreiche den letzten Satz doppelt, weil der Herr Referent ihn in seinem einleitenden Referat bei der Wiedergabe der unmittelbar vorausgehenden Sätze der Botschaft nicht mit vorgelesen hat. In diesem Satz werden die unerhörten Kriegsziele der Entente, von denen Wilson ausdrücklich mitteilt, daß sie der Entente als die unumgänglichen Bedingungen einer befriedigenden Lösung erscheinen — Bedingungen, so unerhört, daß sie für jedes nicht niedergebrochene Volk unannehmbar sein mußten —, als solche bezeichnet, durch die man der Erörterung des Friedens so viel näher gekommen sei.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Sie beziehen das — ich habe privatim mit Ihnen darüber gesprochen — nur auf den letzten Satz.

Zeuge Staatssekretär a. D. Dr. Helfferich: Ich beziehe es auf beide.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Nein. In dem folgenden Gedankengang: Die Mittelmächte haben sich zu einer Friedenskonferenz bereit erklärt, um über den Frieden zu sprechen, die Entente hat ihre Friedensbedingungen mitgeteilt, durch beide Aeußerungen sind wir dem Frieden nähergekommen, — darin liegt das Wesen der Aeußerung.

Zeuge Staatssekretär a. D. Dr. Helfferich: Die Zensur sehe ich heute und sah ich damals darin, daß der Präsident sagte: Die Zentralmächte haben „lediglich" — merely — ihre Friedensbedingungen mitgeteilt, während die anderen viel ausführlicher geantwortet haben. Darin liegt eine Zensur. (Widerspruch des Abgeordneten Dr. Sinzheimer.) — Wenn Sie ein anderes Gefühl haben, dann kann ich es nicht ändern. Mein Eindruck ist der, den ich festgestellt habe.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Das Wesentliche ist: Hat der Präsident Wilson die Bedingungen als eine Diskussionsgrundlage, als diskutabel bezeichnet?

Zeuge Staatssekretär a. D. Dr. Helfferich: Ich lese noch einmal vor:

> Die Mittelmächte erwiderten in einer Note, die lediglich besagt, daß sie bereit seien, mit ihren Gegnern zu einer Konferenz zusammenzutreten, um die Friedensbedingungen zu erörtern.

Daß das „lediglich" kein Ausdruck der Befriedigung oder Anerkennung ist, werden Sie mir zugeben. Dann heißt es:

> Die Ententemächte haben viel ausführlicher geantwortet, und, wenn auch nur in allgemeinen Umrissen, so doch mit genügender Bestimmtheit, um Einzelfragen einzubeziehen, die Vereinbarungen, Bürgschaften und Wiederherstellungen angegeben, die ihnen als die unumgänglichen Bedingungen einer befriedigenden Lösung erscheinen.

Hierauf mußte, wenn der Friede kommen sollte, der Satz folgen: Diese Bedingungen sind unmöglich, so kommen wir nicht zum Frieden. Aber statt dessen folgt der Satz:

> Wir sind dadurch

— beziehen Sie unsere Erklärung mit ein, aber wir sind durch die

unerhörte Antwort der Entente, die die Tür des Friedens für jeden, der denken konnte, zuschlug —

der endgültigen Erörterung des Friedens, der den gegenwärtigen Krieg beendigen sollte, um so viel nähergekommen.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Weil zwei Aeußerungen vorliegen!

Sachverständiger Dr. Bonn: Ich glaube, die Sache läßt sich, wenn wir alles Pathos weglassen, sehr einfach erklären. Es handelt sich um folgendes. Da ist jemand, der eine Vermittlerrolle spielen will, der die beiden Parteien zusammenführen will. Er wendet sich an beide Parteien. Die eine Partei sagt: Ich bin bereit, mich mit der anderen Partei an einen Tisch zu setzen. Das ist das, was wir gesagt haben. Die andere Partei stellt eine Anzahl von Bedingungen auf. Sie erklärt dabei ausdrücklich: Ich bin nicht bereit, den anderen als gleichberechtigt zu behandeln. Darauf sagt der Präsident Wilson, der Vermittler: Durch diese beiden Aeußerungen kommen wir einen Schritt weiter; A will sich mit B an den Tisch setzen; B sagt positiv, was er will; infolgedessen hat man eine Grundlage, (Zurufe und Unruhe) — ich bitte, mich ausreden zu lassen — infolgedessen hat man eine Grundlage, über die man reden kann. Nun wird ausgeführt: B sagt aber, daß er sich mit dem andern nicht an einen Tisch setzen will; B will, daß der andere nicht als Gleichberechtigter behandelt wird. Da setzt nun der wesentliche Sinn der ganzen Wilsonschen Aktion ein, indem Wilson erklärte, er wolle einen Frieden der Gleichberechtigten. Ich bringe das im Augenblick schon vor. Es wäre gewiß viel besser, wenn wir alle diese Erörterungen auf eine spätere Zeit verschieben würden. (Zustimmung.) Wenn aber gewertet wird, dann muß von allen Seiten gewertet werden.

Zeuge Staatssekretär a. D. Dr. Helfferich: Ich glaube, daß auch das Referat des Herrn Dr. Sinzheimer gewisse Wertungen enthalten hat; auch ich kann die Dinge hier nicht vortragen, ohne gewisse Wertungen hinzuzufügen; denn diese Wertungen geschehen jetzt nicht ex post, sondern sie geschahen damals, als es sich um die große Entscheidung handelte, die hier zur Erörterung steht. Diese Wertungen waren ausschlaggebend für meine Haltung am 31. Januar. Deswegen beanspruche ich das Recht, darüber zu

sprechen, und dieses Recht wird mir auch von dem Herrn Vorsitzenden gewährt.

Vorsitzender: Selbstverständlich haben Exzellenz dieses Recht. — Ich bitte, jetzt fortzufahren, wenn noch etwas hinzuzufügen ist.

Zeuge Staatssekretär a. D. Dr. Helfferich: Ich glaube, daß es am besten wäre, wenn die Herren mich diesen Abschnitt ohne weitere Unterbrechung kurz beendigen ließen, und wenn ich dann morgen im Anschlusse daran meine weiteren Ausführungen machen könnte.

Vorsitzender: Ich bitte also nunmehr, Exzellenz, die Ausführungen bis zu einem natürlichen Abschnitt zu Ende zu führen, und ich bitte die Herren, möglichst weitere Fragen zu unterlassen.

Zeuge Staatssekretär a. D. Dr. Helfferich: Was wir erwartet hatten und erwarten mußten, war, daß der Präsident Wilson, wenn er ehrlich den Frieden herbeiführen wollte und außerdem für dieses Geschäft das notwendige Verständnis für unsere Lebensinteressen hatte, nun der Entente zu verstehen gab, wie auch neutrale Staatsmänner angenommen haben: diese Bedingungen machen jeden Frieden unmöglich. Der Präsident war aber der Ansicht, daß wir mit durch diese Antwort der Entente dem Frieden nähergekommen seien. Daraus mußte für uns der Eindruck entstehen: Dank dem Gott, der uns vor diesem Friedensvermittler bewahrt hat. — Das ist der erste Punkt.

Ich erinnere weiter daran, daß in der Botschaft des Präsidenten Wilson der Satz vorkam:

> Ich halte es zum Beispiel

— ganz nebensächlich, wie man etwa über ein Butterbrot und ein Ei spricht —

> ich halte es zum Beispiel für ausgemacht, daß die Staatsmänner überhaupt darin übereinstimmen, daß es ein einiges, unabhängiges, selbständiges Polen geben sollte.

Gleich darauf sprach er von der Notwendigkeit, allen großen Nationen, zu denen natürlich auch die Polen gehören, einen

direkten Ausgang zur See zu geben, wo dies durch Gebietsabtretungen nicht möglich sei, durch die Neutralisierung der Zugänge unter allgemeiner internationaler Garantie, — die wir ja jetzt im Frieden von Versailles glücklich bekommen haben.

Also nicht nur, daß Wilson die unerhörten Kriegsziele der Entente allgemein als diskutabel behandelte, sie jedenfalls nicht als ein Hindernis zum Frieden ansah, — er nahm in einem für Deutschland ganz besonders empfindlichen Einzelpunkt seinerseits eine dezidierte Stellung für eine Lösung ein, die für ein nicht niedergeworfenes Deutschland schlechthin unnahmbar war. Es ist bei der Vernehmung des Grafen Bernstorff davon die Rede gewesen — Graf Bernstorff hat es ja mit einem kleinen Lächeln bestätigt —, Herr Wilson habe von den Verhältnissen in unseren Ostmarken und in Polen keine Ahnung gehabt. Ich nehme an, daß dies richtig ist. Sonst würde ich Wilson als den größten Kriegsverlängerer allein wegen dieser Aeußerung bezeichnen. Selbst wenn er keine Ahnung von den Verhältnissen hatte, über die er in einem so wichtigen Akt, wie in dieser Botschaft vom 22. Januar, über unsere Köpfe hinweg sich aussprach und festlegte, so sage ich noch einmal: Dank dem Gott, der uns vor diesem Friedensvermittler bewahrt hat.

Ich habe nie begriffen, und ich werde es nie begreifen, daß diese Senatsbotschaft Wilsons von dieser und jener Seite als eine Bekundung des guten Willens, der Unvoreingenommenheit und der Unparteilichkeit Wilsons angesehen worden ist. Für mich war sie eine Bestätigung meiner schlimmsten Befürchtungen. Für mich war sie ein Dokument, das die Unfähigkeit Wilsons, sich aus seiner Voreingenommenheit zu befreien, das seine Unkenntnis unserer Geschichte, unserer geographischen, unserer Bevölkerungsverhältnisse und unserer nationalen Lebensbedürfnisse, das sein unheilbares Vorurteil gegen Deutschland ins hellste Tageslicht stellte. Ich kann es mir auch heute noch nur durch die lange Abschnürung eines jeden unmittelbaren Verkehrs und jeder unmittelbaren Berührung mit der deutschen Heimat und nur mit der starken Suggestion der amerikanischen Umwelt erklären, wenn der Botschafter Graf Bernstorff in dieser Botschaft einen weiteren Schritt zu einem für uns annehmbaren Frieden

gesehen hat und auch nach dem 22. Januar in diesem Sinne berichtete. Hinter dieser Botschaft des Präsidenten Wilson vom 22. Januar 1917 zeigte sich bereits das Gesicht des Wilson von Versailles.

Damit möchte ich für heute schließen.

## Rede vom 14. November 1919.

**Die Oberste Heeresleitung verlangt auf Grund der ungünstigen Aufnahme des deutschen Friedensangebots die Eröffnung des uneingeschränkten U-Bootkriegs. — Aussprache in Pleß am 29. Dezember 1916. — Helfferichs Beurteilung der Wirkung des U-Bootkriegs auf England; günstige Momente: schlechte Welternte und ungünstige Entwicklung der englischen Nahrungsmittel-Versorgung, starke Vermehrung der Versenkungen im U-Boot-Kreuzerkrieg; vor Eröffnung des uneingeschränkten U-Bootkrieges jedoch klare Entscheidung der noch schwebenden Friedensfrage erforderlich. — Der Beschluß auf Eröffnung des uneingeschränkten U-Bootkriegs am 9. Januar 1917. — Helfferichs Stellungnahme zu diesem Beschluß. — Am 28. Januar neue Aussicht auf Wilsons Eingreifen zugunsten des Friedens. — Die deutsche Antwort am 29. Januar erklärt die Bereitschaft, den U-Bootkrieg einzustellen, sobald dem Friedensversuch Wilsons ein Erfolg gesichert sei. — Wilson antwortet mit Abbruch der diplomatischen Beziehungen. — Der amerikanische Botschafter Gerard und der deutsche Reichsminister Dr. David. — Von Wilson war nach dem Inhalt seiner Senatsbotschaft und anderer Aeußerungen nur eine „Vermittlung mit dem Gewehrkolben" gegen Deutschland zu erwarten. — Das Zwiegespräch Wilson—Mac Cumber. — Das deutsche Flagellantentum. — Die tatsächlichen Wirkungen des U-Bootkriegs: gewaltige Zunahme der Versenkungen. — Starke Einschränkung der englischen Getreideversorgung. — Englands technische und wirtschaftliche Gegenmaßnahmen. — Die Aneignung der neutralen Tonnage. — Die Notwendigkeit des Durchhaltens. — Der Krieg wird zur „Nervenfrage". — Der U-Bootkrieg hat nicht zum Ziel geführt, weil die U-Bootwaffe von innen heraus stumpf gemacht worden ist.**

Zeuge Staatssekretär a. D. Dr. Helfferich: Meine Damen und Herren! Ich darf kurz, um Ihre Erinnerung auf die wichtigsten Punkte meiner vorgestrigen Ausführungen zu konzentrieren, Einiges rekapitulieren.

Im Brennpunkt der Fragen, die an mich gestellt worden sind, stand diejenige, wie es sich erklärt, daß ich in dem bei den Akten des Ausschusses befindlichen Telegramm vom 9. Januar 1917 an den Herrn Reichskanzler noch Einwendungen gegen die Eröffnung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges am 1. Februar 1917 geltend gemacht habe, und daß ich dann am 31. Januar, also drei Wochen später, hier in diesem Saal vor dem Hauptausschuß des Reichstags die Eröffnung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges am 1. Februar vertreten habe. Ich habe darauf aufmerksam gemacht, daß der U-Boot-Krieg keine Glaubenssache, sondern eine politische Handlung ist, eine politische Handlung im Krieg, die sich nach den Verhältnissen zu richten hat. Ich habe ferner auf die neuen Tatsachen aufmerksam gemacht, die nach meinem Telegramm vom 9. Januar, das um 4 Uhr morgens geschrieben ist, und vor meinem Auftreten hier am 31. Januar desselben Jahres im Reichstag sich ereignet haben.

Ich rekapituliere diese Tatsachen: 1. Der am Abend des 9. Januar im Hauptquartier gefaßte, und zwar unumstößlich gefaßte Beschluß, den U-Boot-Krieg zum 1. Februar zu eröffnen. 2. Die Kollektivantwort der Ententemächte an den Präsidenten Wilson vom 10. Januar, also vom Tage darauf, die die Friedenstür geradezu schallend ins Schloß geworfen hat, die nach meiner Auffassung die Sache des Friedens für jenes Stadium des Krieges aussichtslos machte. 3. Die Senatsbotschaft des Präsidenten Wilson, die meine schlimmsten Befürchtungen in bezug auf die materielle Neutralität des Präsidenten bestätigte, die mir zeigte, daß eine Friedensvermittlung des Präsidenten Wilson, die uns einen für uns annehmbaren und erträglichen Frieden verschaffen würde, überhaupt nicht mehr zu erwarten war. Denn in dieser Botschaft hat der Präsident — das wiederhole ich — erstens unsere Antwort auf seine Note, in der wir die sofortige Beschickung einer Friedenskonferenz an einem neutralen Platze vorschlugen, einer Friedenskonferenz, zu der wir Vorschläge mit-

bringen wollten, die lediglich Ehre, Dasein und Entwicklungsfreiheit unseres Volkes sicherstellten, mit einer Zensur versehen, daß sie „lediglich" den Vorschlag des Zusammentritts einer Konferenz enthalten habe. Er hat diese Zensur ausgesprochen, obwohl ihm inzwischen durch den Grafen Bernstorff eröffnet war, daß unsere Friedensziele maßvoll seien und daß wir insbesondere Belgien nicht zu annektieren wünschten, und obwohl der Oberst House, der Vertraute des Präsidenten Wilson, in dessen Auftrag dem Grafen Bernstorff eröffnet hatte, daß der Präsident Wilson diese unsere Mitteilungen als höchst wertvoll betrachte. Dagegen hat er die unerhörte Antwort der Entente, die ja leider Gottes in dem Versailler Frieden zwei Jahre später ihre Verwirklichung gefunden hat, nicht etwa als das zurückgewiesen, was sie war, nämlich als das Ende der Friedensbestrebungen, sondern er hat diese Antwort — Herr Dr. Sinzheimer mag Einwendungen machen, soviel er will — als diskutabel behandelt.

Er hat zweitens in einem Spezialfall, der uns besonders naheging, in die materiellen Kriegsziele eingegriffen in einer für uns unerträglichen Weise, in einer Weise, die das Schlimmste für alle Zukunft befürchten lassen mußte, nämlich in der Frage Polen, wo er beiläufig erklärte, daß bei allen Staatsmännern selbstverständlich Uebereinstimmung darüber herrschte, daß es ein freies, unabhängiges Polen geben müsse. Und bald darauf folgte der Zusatz von dem freien Zugang zum Meere entweder durch territoriale Abtretung oder, wo das nicht möglich sei, durch Neutralisierung der Zufahrtstraßen unter allgemeiner internationaler Garantie. — Das sind die drei Ereignisse, die zwischen meinem Telegramm vom 9. Januar und meinem Auftreten im Hauptausschuß am 31. Januar lagen.

Ich fahre nun weiter fort. Als Herr Gerard am 22. Januar im Auswärtigen Amt einen Abdruck der Botschaft überreichte, die der Präsident Wilson im gleichen Augenblick im amerikanischen Kongreß verlas, war in der Frage des U-Boot-Krieges die Entscheidung, wie Sie wissen, bereits gefallen. Ende November oder Anfang Dezember 1916 hatte der Admiralstab auf Grund eines Spezialfalles die Wiederaufnahme des verschärften U-Boot-Krieges gegen die bewaffneten Handelsschiffe verlangt,

auf Grund eines Spezialfalles, der mir hierfür an sich eine Rechtfertigung zu geben schien. Graf Bernstorff ist davon in einem Telegramm vom 1. Dezember 1916 verständigt worden. Ueber diesen Punkt ist es zwischen der politischen Leitung einerseits, dem Admiralstab und der Obersten Heeresleitung andererseits, wie die Akten ergeben, zu sehr lebhaften Auseinandersetzungen gekommen. Ich habe dabei die Ansicht vertreten, daß, wenn ich auch den Einzelfall, der die Veranlassung zur Wiederaufnahme des verschärften U-Boot-Krieges gab, durchaus würdigte, eine Verkündigung der Wiederaufnahme des verschärften U-Boot-Krieges gegen die Handelsschiffe angesichts der von der amerikanischen Regierung in dem Memorandum vom 25. März 1916 eingenommenen Haltung die Friedensaktion kompromittieren und die Gefahr eines Bruches mit Amerika in der gleichen Weise heraufbeschwören würde, wie der uneingeschränkte U-Boot-Krieg. Herr Staatssekretär Zimmermann hat neulich hier bekundet — und das stimmt mit den Tatsachen überein —, daß er in diesem Punkt anderer Ansicht war, daß er glaubte, man würde jetzt bei der amerikanischen Regierung einiges Verständnis für den verschärften U-Boot-Krieg finden. Immerhin sind dann die Weisungen nach Washington bis in den Januar 1917 hinein verschoben worden, und diese Angelegenheit hat dann im weiteren Verlauf der Entscheidung über den unbeschränkten U-Boot-Krieg für den Gang der Dinge keine besondere Rolle mehr gespielt.

Die Erörterung über die Wiedereröffnung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges war, seit sie Anfang Oktober im Hauptausschuß des Reichstages zur Sprache gekommen war, zeitweilig durch unsere Friedensaktion vollständig in den Hintergrund gedrängt worden. Sie wurde, sobald sich das Scheitern unserer Friedensaktion annehmen ließ, erneut aufgerollt, und zwar durch das dem Ausschuß vorliegende Telegramm des Generals Ludendorff vom 20. Dezember. Das Telegramm lautet:

Nachdem Lloyd George
— der am 18. vor dem Unterhause Erklärungen abgegeben hatte —
das Friedensangebot durch seine Erklärungen im Unterhause abgelehnt hat,
— das ist in einer sehr scharfen Weise geschehen —,

bin ich auf Grund der Eindrücke, die ich an der Westfront gewonnen habe, der Ueberzeugung, daß nunmehr der U-Boot-Krieg mit aller Schärfe einsetzen muß.

Der Reichskanzler stellte dem entgegen, daß zunächst die formelle Antwort der Entente abgewartet werden müßte und daß dann der Verabredung gemäß die Frage des U-Boot-Krieges gegen bewaffnete Handelsschiffe betrieben werden sollte. In einer persönlichen Aussprache in Pleß, der auch der Staatssekretär Zimmermann und ich beiwohnten, erklärte der Reichskanzler, seine weitere Haltung zur Frage des uneingeschränkten U-Boot-Krieges von der endgültigen Stellungnahme der Entente zu unserem Friedensschritt und zu der Friedensaktion des Präsidenten Wilson und von der weiteren Entwicklung der gesamten Frage abhängig machen zu müssen. Wenn im gegebenen Moment eine Einigung zwischen ihm, der Obersten Heeresleitung und dem Admiralstabe nicht zu erzielen sei, werde die Entscheidung des Kaisers herbeigeführt werden müssen. Damit sind wir damals am 29. Dezember 1916 in Pleß auseinandergegangen. Am Tage darauf, am 30. Dezember, übergaben die Ententemächte ihre Antwortnote auf unseren Friedensvorschlag, deren Inhalt bekannt ist. Dagegen stand die Antwort der Entente auf die Friedensnote Wilsons noch aus, als am 8. Januar das gleichfalls dem Ausschuß bekannte Telegramm des Feldmarschalls v. Hindenburg in Berlin eintraf des Inhalts, daß er die Eröffnung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges zum 1. Februar aus militärischen Gründen für unbedingt geboten halte. Der Kanzler reiste nach dem Eingehen dieses Telegrammes noch am Abend des 9. Januar nach dem Großen Hauptquartier und dort ist — Herr v. Bethmann Hollweg hat das ja hier ausführlich dargestellt — am 9. Januar abends die Aufnahme des uneingeschränkten U-Boot-Krieges für den 1. Februar 1917 beschlossen worden.

Ueber meine persönliche Stellungnahme zu dieser Entscheidung möchte ich folgendes bekunden.

Zunächst über meine Beurteilung der Wirkung des U-Boot-Krieges auf England.

In einem wichtigen Punkte hatten sich gegenüber dem Frühjahr 1916 die Verhältnisse sehr erheblich zugunsten des uneinge-

schränkten U-Boot-Krieges geändert. Die Ernte in England war wesentlich schlechter ausgefallen als in dem vorigen Jahre. Vor allem aber war die Ernte des Jahres 1916 in den für die Versorgung Englands wichtigsten Bezugsgebieten, einmal in den Vereinigten Staaten und dann in Kanada, geradezu unheilvoll schlecht. Die Vereinigten Staaten und Kanada, die im abgelaufenen Erntejahr mehr als 88 Prozent der britischen Getreidezufuhr gedeckt hatten, diese beiden Gebiete sahen ihre Weizenernte von 37½ Millionen Tonnen auf 21½ Millionen Tonnen reduziert. Der Abgeordnete Gothein, Mitglied der Kommission, hat damals im Hauptausschuß gleichfalls über diese Verhältnisse ausführlich gesprochen, und er wird mir die Richtigkeit dieser Zahlen bestätigen. Die Bestände an Brotgetreide in England selbst, die während der ersten acht Monate des Jahres 1916 durchweg höher gewesen waren als in den Vorjahren, hielten sich vom September an unter dem Vorjahresstand. Auf Grund dieser Tatsachen habe ich nicht etwa erst im Januar, sondern schon im Oktober 1916 bei den Verhandlungen des Hauptausschusses ausdrücklich anerkannt — und hier zitiere ich wörtlich nach dem Stenogramm —, daß „der rücksichtslose U-Boot-Krieg heute erheblich bessere Aussichten auf eine Abschnürung Englands von der notwendigen Nahrungsmittelzufuhr haben würde als vor einem halben Jahre". Trotzdem schienen mir im Oktober 1916 auch gegenüber diesen gebesserten Aussichten die Gefahren eines Eintritts der Vereinigten Staaten in den Krieg zu überwiegen aus den Gründen, die ich vorgestern mir erlaubt habe hier im allgemeinen Teil meiner Darstellung zu entwickeln.

Die nun auf den Oktober folgenden Wochen und Monate brachten eine Bestätigung des unerhört schlechten Ernteausfalles in Nordamerika sowie Nachrichten über einen ähnlich ungünstigen Ernteausfall in Argentinien, wo der Weizenertrag auf nur 2,1 Millionen Tonnen gegen 4,7 Millionen Tonnen im Vorjahr geschätzt wurde. Ueberall zeigten sich deutliche Symptome einer starken Verknappung der Getreideversorgung. Das Wort von der „Welthungersnot" kam damals auf. Die Preise stiegen rapide. Aber trotzdem England die höchsten Preise bewilligte, sah es seine Zufuhren immer weiter hinter dem Bedarf zurückbleiben. Der Dezember 1916 brachte ihm eine Weizeneinfuhr von nur 1 410 000 Quarters gegenüber 1 955 000

Quarters im Vorjahr, und zwar mit der deutlichen Tendenz zu weiterer Verschlechterung, die dann auch eingetreten ist, soweit das die englischen Statistiken, die nach dem Bekanntwerden unseres Entschlusses zum uneingeschränkten U-Boot-Krieg nicht mehr veröffentlicht wurden, zu übersehen gestatteten. Auch die an sich großen Getreidebestände, die Amerika aus der vorjährigen Rekordernte zurückbehalten hatte, zeigten eine reißende Abnahme, sanken mehr und mehr unter den Stand des Vorjahres herab.

Dazu kam als weiteres Moment: die Erhöhung der Leistungsfähigkeit und der effektiven Leistungen unserer U-Boote. Ich habe bereits erwähnt, daß die Versenkungen, die im Frühjahr 1916 im verschärften U-Boot-Krieg mit etwa 225 000 Tonnen monatlich ihre Höchleistung erreicht hatten, in den letzten Monaten des Jahres 1916 mehr als 400 000 Tonnen auf den Meeresgrund hinabschickten. Ich weiß nicht, ob Herr Professor Hötzsch inzwischen die Zahlen kontrolliert hat; ich habe es getan, ich nehme an, daß die niedrigeren Zahlen, die Herr Professor Hötzsch angegeben hat, nur die feindlichen Schiffe, die versenkt worden sind, betreffen, nicht auch die neutralen. Die amtlich veröffentlichten Zahlen für November sind bereits etwas über 400 000 Tonnen, für den Dezember 416 000 Tonnen und für den Januar rund 440 000 Tonnen. Diese Ergebnisse im U-Boot-Kreuzerkrieg ließen erwarten, daß die früher in Aussicht gestellten, doch immerhin nicht ganz sicheren 600 000 Tonnen, die der Admiralstab für den uneingeschränkten U-Boot-Krieg in Aussicht gestellt hatte, nicht nur mit Sicherheit erreicht, sondern mit großer Wahrscheinlichkeit erheblich übertroffen werden würden. Das war eine Entwicklung, die erst seit dem Oktober zu übersehen war. Ueberhaupt machte sich die Wirkung des im Oktober in den britischen Gewässern auf Befehl des Kaisers, wie neulich festgestellt worden ist, mit Nachdruck aufgenommenen U-Boot-Kreuzerkrieges in dem Schiffsverkehr der britischen Häfen in ganz anderer Weise fühlbar als der frühere U-Boot-Krieg. Der Rauminhalt der in den britischen Häfen mit Ladung eingehenden Schiffe hatte in den Monaten Juni, Juli und August 1916, also nach der Einstellung des verschärften U-Boot-Krieges, wieder mehr als 2 700 000 Nettotonnen monatlich betragen. Im Monat Dezember 1916 waren es nur noch 2 213 000 Nettotonnen gegenüber — und das ist wichtig — einem monatlichen

Friedensdurchschnitt von 4 090 000 Tonnen im Jahre 1913. Der Eingang beladener Schiffe in britischen Häfen war also gegenüber der Friedenszeit im Dezember 1916 um nicht weniger als 45 Prozent nach der englischen Statistik selbst abgedrosselt. Von dem uneingeschränkten U-Boot-Krieg konnte man natürlich eine weitere erhebliche Einschnürung erwarten.

Diese weitere *Einschnürung* zu den 45 Prozent bereits vorhandener Abdrosselung hinzu ließ allerdings die Möglichkeit, England an den Wurzeln seiner wirtschaftlichen Kraft und seiner Kriegführung zu fassen, greifbarer erscheinen als vorher. Bei der Zusammensetzung der englischen Einfuhr mußte eine solche Einschnürung des Schiffsverkehrs Warenkategorien empfindlich treffen, die für die Volksversorgung und für die Kriegführung unentbehrlich waren, und für die England im eigenen Lande Ersatz entweder überhaupt nicht oder nur langsam oder in engen Grenzen schaffen konnte; denn von der Einfuhr des letzten Friedensjahres in Höhe von 57 Millionen Tonnen kamen in runden Zahlen allein etwa 20 Millionen Tonnen auf Nahrungs- und Genußmittel, 16 Millionen Tonnen auf Holz, das insbesondere für den britischen Kohlenbergbau und Eisenerzbergbau von großer Wichtigkeit war, 7½ Millionen Tonnen auf Eisenerze und insgesamt nur 13½ Millionen Tonnen auf alle anderen Waren, darunter auch solche kriegswichtige Warengattungen wie Metalle — vor allen Dingen Kupfer — Baumwolle, Wolle, Petroleum.

Trotzdem auch die ungünstigen Ernteverhältnisse, die bereits erzielte Abdrosselung des britischen Seeverkehrs und die gesteigerte Leistungsfähigkeit unserer U-Boote die Aussichten für den U-Bootkrieg erheblich verbessert hatten, habe ich, als im Dezember 1916 die U-Boot-Frage erneut aufgeworfen wurde, mit Entschiedenheit von der Eröffnung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges vor einer klaren Erledigung der schwebenden Friedensfragen abgeraten; — *vor einer klaren Erledigung der schwebenden Friedensfragen*, das war der Hauptgesichtspunkt dabei. Auch wenn es mir jetzt möglich schien, England durch den Druck des U-Boot-Krieges zum Frieden geneigt zu machen, ehe Amerika das volle Gewicht seiner Wirtschaftskraft und Bevölkerung gegen uns einsetzen könnte — *möglich* schien! —, so hielt ich die amerikanische Gefahr doch immer noch für so groß, daß nach

meiner Ansicht nichts versäumt werden dürfte, was auch nur die leiseste Möglichkeit geben konnte, Amerika vielleicht doch noch draußen zu halten. Von einem Losbrechen mit dem uneingeschränkten U-Boot-Krieg, ehe unsere eigene Friedensaktion und diejenige Wilsons nicht nur vor unseren eigenen Augen, sondern auch klar vor aller Welt an der Ablehnung unserer Feinde gescheitert war, fürchtete ich die Zerstörung eines vielleicht immer noch — vielleicht immer noch! — vorhandenen Restes der Möglichkeit eines U-Boot-Krieges ohne Krieg mit Amerika. Ich konnte ferner in diesen schweren Tagen die Erwägung nicht unterdrücken, daß ein solches vorzeitiges Losbrechen den falschen, grundfalschen, aber in seiner Wirkung auf die neutrale Welt vielleicht auch auf das eigene Volk bedenklichen Eindruck erwecken könnte, als sei unser Friedensschritt nicht ernst gemeint, sondern nur ein taktisches Vorspiel einer von vornherein gewollten Eröffnung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges gewesen. Diese Gefahr hielt ich für vorliegend, auch wenn der Eindruck ein falscher war. — In der Politik hat man eben auch mit falschen Eindrücken zu rechnen! — Schließlich erschien es mir nicht angezeigt, durch eine nach meiner Ansicht durch die technische Sachlage nicht unbedingt gebotene Beschleunigung der Entscheidung eine, wenn auch noch so schwache Möglichkeit, doch noch zum Frieden zu kommen, in Frage zu stellen.

Sie können sich denken, wie bei jemandem, der mitverantwortlich ist, sich jedenfalls mitverantwortlich fühlt, in solchen Zeiten, wo es um das Schicksal des eigenen Landes, des Vaterlandes geht, wo einem die Entscheidung über dieses Schicksal klar vor Augen steht, alle diese Erwägungen sich zusammendrängen.

Ich habe mich bemüht, Ihnen die Gedankengänge hier auseinanderzusetzen, aus denen heraus ich nicht gegen den U-Boot-Krieg an sich, sondern für eine kurze Vertagung der Entscheidung eintrat. Daß der U-Boot-Krieg nach dem Scheitern der Friedensbemühungen kommen müsse, darüber, meine Damen und Herren, war auch ich mir nicht im Zweifel.

Der Herr Vorsitzende hat neulich das Telegramm verlesen, das ich in dieser Frage am Vormittag des 9. Januar an Herrn v. Bethmann in das Große Hauptquartier gerichtet habe. Ich darf zu diesem Telegramm bemerken: Zusammen mit dem Staatssekretär Zimmermann habe ich mit dem Kanzler, ehe der Kanzler

am Abend des 8. Januar abreiste, die Situation lange und eingehend besprochen. Ich hatte, wenn ich mich recht erinnere, erst am Tage zuvor mit einem Schreiben des Admiralstabs, das vom 6. Januar datiert ist, die Denkschrift des Admiralstabs vom 22. Dezember bekommen. Die Arbeit auch für andere Dinge schlug mir damals über dem Kopf zusammen. Ich habe mich damals, nachdem Herr v. Bethmann im Zuge saß, die Nacht über hingesetzt und die Denkschrift des Admiralstabs, die ich vorher nur hatte flüchtig durchsehen können, aufs genaueste durchstudiert, und ich habe, wie ich vorhin schon erwähnte, morgens um 4 Uhr dieses Telegramm nach dieser Nachtarbeit geschrieben, das hier in den Akten sich befindet und hier, wie die Dinge gelaufen sind, gegen mich angeführt werden soll. In diesem Telegramm ging ich auf die Hauptpunkte der Argumentation der Denkschrift des Admiralstabs vom 22. Dezember 1916 ein. Ich wies dabei namentlich darauf hin, daß zu überstürzten Beschlüssen keine Veranlassung vorliege, machte darauf aufmerksam, daß der Januar und Februar aus natürlichen Gründen an sich ungünstige Monate für die britische Getreideeinfuhr seien. Amerikas Getreidebestände waren im wesentlichen ausgeschöpft; die argentinische Ernte war noch nicht bereit. Januar und Februar sind die natürliche Pause in der Getreidezufuhr. Die Zeit mußte also, soweit ich die Dinge von hier aus übersehen konnte, gerade in diesen Monaten nicht gegen uns, sondern für uns arbeiten und von selbst bewirken, daß die damals schon knappen Getreidebestände Englands sich noch weiter erheblich verschlechtern würden. Aus diesen Gründen kam es mir auf einen kurzen Aufschub der Entscheidung an, bis in der Friedensfrage nicht nur vor unseren Augen, sondern vor der ganzen Welt ein klareres Bild vorhanden sei. Sie wissen, daß die Entscheidung am 9. Januar 1917 im Großen Hauptquartier dahin gefallen ist, daß nicht länger zugewartet werden dürfe und zugewartet werden könne, daß der uneingeschränkte U-Boot-Krieg am 1. Februar eröffnet werden solle, und daß sofort alle Vorbereitungen dafür getroffen werden müßten.

Die Gründe für diese Entscheidung, Gründe, die man als schwerwiegender ansah als jeden Einwand, der gegen diese Entscheidung geltend gemacht werden konnte, hat Herr v. Bethmann Hollweg hier neulich ausführlich auseinandergesetzt.

Ich kann für meine Person nur bestätigen, daß er mir nach seiner Rückkehr aus Pleß, und zwar am Abend des 12. Januar, die Vorgänge in Pleß genau ebenso wie neulich hier im Untersuchungsausschuß geschildert hat, ebenso die Motive, die ihn, den Kanzler, bestimmt haben, dem Kaiser am Abend des 9. bei der entscheidenden Beratung zu sagen, er könne ihm nicht empfehlen, gegen den Antrag der Obersten Heeresleitung und des Admiralstabs zu entscheiden.

Ich habe den Verhandlungen in Pleß nicht beigewohnt. Als mir am Vormittag des 10. Januar der Chef der Reichskanzlei, der auch nicht in Pleß gewesen war, die getroffene Entscheidung kurz mitteilte, zunächst ohne Einzelheiten — er war ja dazu gar nicht in der Lage —, ich kann Ihnen nur sagen, meine Damen und Herren, ich war aufs tiefste erschüttert. Ich hielt die Entscheidung in diesem Augenblick, in dem die Friedensfrage nach außen hin nicht erledigt war, noch nicht in klarer, für alle Welt ersichtlicher Weise genügend geklärt und abgeschlossen schien, für einen Fehler, — für einen Fehler, der die ganze gute Wirkung, die unser Friedensangebot auch im Falle seiner Ablehnung ausüben sollte und mußte, in ihr Gegenteil zu verwandeln drohte.

Sie werden begreifen, daß mein erster Gedanke war, die Mitverantwortung für diese Entscheidung durch den Rücktritt von meinem Amte mit aller Deutlichkeit abzulehnen, und von diesem ersten Eindruck habe ich auch dem Chef der Reichskanzlei mit dem Ersuchen um Uebermittlung an den Reichskanzler Kenntnis gegeben.

Ich habe von diesem Entschluß Abstand genommen, nachdem mir Herr v. Bethmann Hollweg am Abend des 12. Januar die Sachlage, wie er sie in Pleß vorgefunden, und den Gang, den die Dinge in Pleß genommen hatten, dargelegt und die am 10. Dezember dem amerikanischen Botschafter in Paris überreichte Antwortnote der Entente auf die Wilsonsche Friedensnote mitgeteilt hatte. Der Text dieser Antwort ist am 12. Januar hier eingegangen. Herr v. Bethmann reichte sie mir entgegen, als ich bei ihm in das Zimmer eintrat. Das ist die Friedensnote, von der ich sagte, sie enthält in nuce den Vertrag von Versailles. Nun wußte auch ich: es gibt keinen Frieden ohne weiteren Kampf; nun nahm ich an, nicht nur das deutsche Volk, sondern die ganze Welt ein-

schließlich des Herrn Wilson sieht nun ein: auf Grund dieser Antwort gibt es keinen Frieden.

Es gab nur eine Möglichkeit, an die ich nicht glaubte, und die auch nicht eingetreten ist. Die einzige Möglichkeit, nun doch noch zum Frieden zu kommen, wäre gewesen, daß der Präsident Wilson sich zu einem sofortigen Einsetzen des stärksten Druckes auf die Entente bereit gefunden hätte. Das ist nicht geschehen. Zunächst hat der Präsident geschwiegen, und dann kam die Senatsbotschaft vom 22. Januar, die keine Zurückweisung war, sondern aus der man eher ein Gehenlassen, ein Geschehenlassen, wenn nicht gar in gewissem Umfang eine Billigung der Ententebedingungen herauslesen mußte. Ich hatte denselben Eindruck wie denjenigen, von dem neulich Herr v. Bethmann Hollweg nicht als von seinem eigenen, sondern als von dem des Herrn Scheidemann gesprochen hat. Herr v. Bethmann hat die Rede des Herrn Scheidemann zitiert. Ich habe den Text nicht hier; aber der Kern war doch wohl, daß vor uns selbst und vor aller Welt durch die Ententeantwort vom 10. Januar der uneingeschränkte U-Boot-Krieg herbeigeführt und moralisch gerechtfertigt worden sei. Es bestand immerhin eine entfernte Möglichkeit, daß dieser Umstand sogar auf das amerikanische Verhalten gegenüber dem U-Boot-Krieg nicht ganz ohne Einfluß bleiben würde.

Das war die Situation, meine Herren, in der ich mir die Frage vorzulegen hatte, ob ich durch das Bestehen auf meinen Rücktritt die Hand dazu geben sollte, den U-Boot-Krieg — den beschlossenen U-Boot-Krieg! —, noch ehe mit unseren Bundesgenossen darüber gesprochen war, noch ehe unsere Bundesgenossen für den Anschluß gewonnen waren, und noch ehe der U-Boot-Krieg begonnen hatte, — ob ich es vor mir selbst verantworten konnte, in den Augen unseres eigenen Volkes, unserer Bundesgenossen und unserer Feinde, diesen U-Boot-Krieg durch eine Demonstration zu diskreditieren, die im übrigen ganz nutzlos gewesen wäre. Ich wäre mir als Verbrecher vorgekommen, wenn ich so gehandelt hätte. Ich hätte durch ein solches Verhalten die gleiche untragbare Schuld auf mich geladen, wie ich sie neidlos den Männern überlasse, die im Juli 1917 hier in diesem Saale dem U-Boot-Krieg in den Rücken gefallen sind. (Lebhafte Bewegung. — Unruhe bei den Ausschußmitgliedern.)

Wir waren im Kriege, wir kämpften um unser Leben! Sollte ich das Beispiel zu der Disziplinlosigkeit geben, an der wir schließlich zugrunde gegangen sind?

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Ich muß um Zurücknahme dieser Aeußerung bitten!

Vorsitzender: Diese Bemerkung, Exzellenz, muß ich zurückweisen, daß hier in diesem Saale eine Stellungnahme gegen den U-Boot-Krieg geschehen sei, die sich in der Weise charakterisieren läßt, wie es Exzellenz eben getan haben.

Zeuge Staatssekretär a. D. Dr. Helfferich: Ich muß mich diesem Einspruch fügen; aber meine Ueberzeugung kann ich natürlich nicht ändern.

Die Entscheidung stand fest, sie war, wie die Dinge lagen, nicht mehr umzustoßen. Ich selbst hätte, so schwer ich auch jetzt noch die kaum abzuwendende Gefahr des Krieges mit Amerika einschätzte, angesichts des Scheiterns der Friedensbemühungen und angesichts der Erklärungen unserer Feldherrn über die militärische Zwangslage eine Möglichkeit der Vermeidung des U-Boot-Krieges nicht mehr sehen können. Nachdem die Entente nicht nur gegenüber uns, sondern auch gegenüber dem Präsidenten Wilson erklärt hatte, daß sie auf ihrem Vernichtungswillen bestehe, nachdem auf Grund aller bisherigen Erfahrungen auf einen Druck des Präsidenten Wilson auf die Entente nicht mehr gerechnet werden konnte, da hatten wir nur die Wahl, uns schmählich zu unterwerfen oder das letzte zu wagen, und da, meine Damen und Herren, hielt ich es mit Friedrich Wilhelm III., der in dem Aufruf an sein Volk vom 17. März 1813 gesagt hat:

> „Keinen anderen Ausweg gibt es, als einen ehrenvollen Frieden oder einen ruhmvollen Untergang. Auch diesem würdet ihr getrost entgegensehen, weil ehrlos der Preuße und der Deutsche nicht zu leben vermag."

So habe ich auch im Januar 1917 das deutsche Volk eingeschätzt, und so schätze ich trotz allem, was inzwischen vorgekommen ist, das deutsche Volk auch heute noch ein.

Ich möchte hier eine Feststellung einschalten. Ich wünsche in keiner Weise mich darauf zu berufen, weder hier noch vor irgendeiner anderen Instanz, daß ich am 9. Januar bei der Entscheidung

über den U-Boot-Krieg nicht mitgewirkt, ja, daß ich noch am 9. Januar der Entscheidung in diesem Augenblick durch das bekannte Telegramm widerraten habe. Ich bin der Entscheidung am 12. Januar beigetreten. Ich habe dadurch die moralische Mitverantwortung für diese Entscheidung übernommen. Ich habe in den folgenden Wochen und Monaten die Entscheidung vor dem Bundesratsausschuß für auswärtige Angelegenheiten, vor dem Hauptausschuß des Reichstags und vor der Oeffentlichkeit vertreten helfen. Ich habe dadurch auch die politische Mitverantwortlichkeit übernommen. Ich bekenne mich zu dieser Verantwortlichkeit, und ich stehe für sie ein. — Das möchte ich hier feststellen.

Wenn irgend etwas nach dem 12. Januar geeignet war, mich in meinem Eintreten für den U-Boot-Krieg zu bestärken, so waren es die weiteren Nachrichten, die aus Amerika zu uns herüberkamen, vor allem die Senatsbotschaft vom 22. Vor allem diese Senatsbotschaft hat mich in der Ueberzeugung bestärkt und mußte mich in dieser Ueberzeugung bestärken, daß auf des Präsidenten Wilson Hilfe für die Herbeiführung eines für uns annehmbaren Friedens nicht zu rechnen sei, ja sie hat mich zu der Ueberzeugung gebracht, die sich später so fürchterlich bewahrheitet hat — später, als im Oktober 1918 die Sache des Friedens in die Hände des Präsidenten Wilson gelegt wurde —, daß diese Sache in Wilsons Händen für uns zu einem Verhängnis ausschlagen müßte. Ich für meine Person bin deshalb auch gegenüber dem neuen Anerbieten des Präsidenten Wilson in der Depesche des Grafen Bernstorff vom 28. Januar skeptisch gewesen, um so mehr, als es mir gänzlich unwahrscheinlich erschien, daß der Präsident Wilson und die amerikanische Regierung damals nicht bereits über unseren Beschluß, am 1. Februar den U-Boot-Krieg zu eröffnen, unterrichtet gewesen seien. Lesen Sie, bitte, das Buch des Herrn Gerard. In diesem Buche wird ausdrücklich berichtet, daß Herr Gerard nach dem vielbesprochenen Bankett vom 6. Januar bestimmte Nachrichten darüber bekommen habe, daß der Beschluß über die Eröffnung des U-Boot-Krieges gefaßt sei, und daß er diese Nachricht nach Amerika weitergegeben habe. Das eröffnet Perspektiven, Möglichkeiten, von denen hier noch nicht die Rede war, Möglichkeiten, daß dieser Vorschlag, der am 28. Januar 1917

einging, überhaupt nicht ernst gemeint war, Möglichkeiten, daß uns hier eine Falle aufgebaut würde, Möglichkeiten, die jedenfalls von diesem Ausschuß nicht ganz ignoriert werden dürfen. Ich habe zwar dem Versuch, diesen letzten Faden aufzunehmen, nicht widersprochen. Ich kann nur sagen, daß ich Herrn v. Bethmann selten in einer solchen innerlichen Erregung gesehen habe wie am Abend des 28. Januar, als sich diese leise Aussicht eröffnete, doch noch zum Frieden zu kommen. Und das ist auch begreiflich. Derjenige, der in erster Linie die Verantwortung trug für das, was nun geschah, mußte, wenn er so ehrlich dem Frieden zustrebte, trotz aller gegenteiligen Einwände, die sich ihm schließlich auch aufdrängen mußten, — er konnte gar nicht anders, als nochmals eine Probe aufs Exempel zu machen, nochmals Gelegenheit zu geben zu einer letzten Nachprüfung, nochmals eine letzte Türe zu öffnen, um zu sehen, ob nicht gegenüber all den anderen Eindrücken dennoch die Möglichkeit bestehe, aus dem Kriege hinaus zum Frieden zu kommen.

So erklärt sich das Telegramm, das am 29. abgeschickt worden ist. Dieses Telegramm hat zu keinem Ergebnis geführt. Wir haben ja hier vorgestern am Eingang Auseinandersetzungen darüber gehört, wie der damalige Reichskanzler Herr v. Bethmann Hollweg eigentlich hätte prozedieren und eingreifen müssen. Wir haben die Frage des Herrn Professor Bonn an den Grafen Bernstorff gehört, ob, wenn Herr v. Bethmann nur einige Nuancen anders telegraphiert hätte, ob dann Wilson so oder anders geantwortet hätte.

Meine Damen und Herren, es ist sehr schwer, sich den Kopf dieses sehr komplizierten Präsidenten Wilson zu zerbrechen.

Was stand in unserer Antwort?

Erstens unsere Friedensbedingungen; unsere Friedensbedingungen, von denen jedermann anerkennt, daß sie sehr mäßige waren, daß sie gar nicht in Vergleich mit den Ententebedingungen standen, bei deren Formulierung wir auch keinen Gebrauch gemacht haben von dem Rate des Herrn Lansing: die Entente macht vielleicht einen Bluff, schlagt doch auch ganz gehörig auf! Ich hatte den Eindruck, daß dieser Rat auch hier von dem einen oder anderen Herrn klug gefunden worden ist. Aber stellen Sie sich nur vor, wenn wir in dieser Situation gesagt hätten: wir wollen

Belgien und Nordfrankreich annektieren! Dann hätten wir das Spiel Englands und vielleicht auch des Präsidenten Wilson gespielt. Das haben wir nicht getan, wir haben nicht aufgeschlagen. Ich will nicht sagen, daß wir das letzte Wort gesprochen haben, aber es war ein Wort, über das geredet werden konnte. Ueber den Vorschlag der Entente konnte nicht geredet werden.

Wir haben weiter in unser Antwort uns bereit erklärt, den U-Boot-Krieg einzustellen, sobald dem neuen Versuche des Herrn Wilson, den Frieden herbeizuführen, ein Erfolg gesichert ist. So ungefähr hieß es doch wohl in unserm Telegramm vom 29. Januar 1917.

Ja, sagt Herr Professor Bonn, wenn wir gesagt hätten: wir können die U-Boote jetzt im Augenblick nicht zurückrufen, es kann infolgedessen vorkommen, daß einige amerikanische Schiffe versenkt werden; also seid uns nicht böse, wir werden die U-Boote sobald wie möglich zurückrufen, und dann seid so gut und macht Frieden, — dann hätte Wilson, wie Herr Professor Bonn meint und wie Graf Bernstorff bestätigt hat, seine Friedensvermittlung fortgesetzt. Selbstverständlich nimmt Herr Professor Bonn an, daß es so gewesen wäre, und selbstverständlich nimmt Herr Graf Bernstorff auch an, daß es so gewesen wäre. Nun lassen Sie mich auch einmal eine Frage stellen: Wenn es dem Präsidenten Wilson Ernst mit dem Frieden war, konnte er auf diese Eröffnung von unserer Seite nicht sagen: ich begreife, daß ihr nicht sofort alle U-Boote zurückrufen könnt, und daß in der nächsten Zeit durch U-Boote noch Versenkungen vorkommen werden, daraus will ich euch also keinen Strick drehen; aber gebt wenigstens die Erklärung ab, daß ihr jetzt gleich und nicht erst dann den U-Boot-Krieg einstellen werdet, wenn der Erfolg gesichert ist, sondern wenn ich euch jetzt verspreche: ich werde den nötigen Druck zugunsten eines annehmbaren Friedens auf die anderen ausüben. Das wäre kein großer Schritt gewesen, und ich glaube, jeder, dem das Telegramm bekannt war, wie es dem Präsidenten Wilson durch den Oberst House mitgeteilt wurde, und dem die Sache des Friedens wirklich ernst am Herzen lag, der hätte wohl diesen kleinen weiteren Schritt tun müssen.

Aber was tat der Präsident Wilson?

Da müssen sie den Herrn Grafen Bernstorff fragen. Eine Antwort hat er überhaupt nicht gegeben, er hat einfach die Beziehungen abgebrochen, und in all der Zeit nachher, in der in der Welt über unsere angeblich übertriebenen Kriegsziele gesprochen worden ist, hat der Präsident Wilson die Bedingungen, die ihm von uns mitgeteilt worden waren und die so maßvoll waren, so ganz für sich behalten, daß kein Mensch und keine Seele etwas davon erfahren hat. Wir blieben die „Kriegsverlängerer", wir blieben die „Welteroberer".

Ich möchte nun ausdrücklich feststellen, daß sowohl das am 27. Januar eingegangene Telegramm des Grafen v. Bernstorff, wie auch unsere Antwort den Mitgliedern des Hauptausschusses des Reichstages in der geheimen Sitzung vom 31. Januar in seinem vollen Wortlaute mitgeteilt worden ist. Ich möchte weiter feststellen, daß die große Mehrheit sich mit der Behandlung der Angelegenheit durch die politische Leitung einverstanden erklärt hat, mit der Einschränkung, daß die Sprecher der meisten Parteien den Wunsch ausdrückten, der Herr Reichskanzler möchte, wenn es nun doch noch auf Grund unseres Telegramms zu Friedensverhandlungen kommen sollte, die jedermann wünschte, sich nicht streng an die von dem Grafen Bernstorff skizzierten mäßigen Bedingungen für gebunden halten. Das stelle ich fest; denn das ist, wie mir scheint von grundlegender Wichtigkeit für die Behandlung der ganzen Angelegenheit hier in diesem Ausschuß.

Aber, meine Damen und Herren, ich kann an dieser Tatsache nicht vorbeigehen, ohne eine Bemerkung an Sie zu knüpfen, die sich an den Reichsminister Dr. David richtet, der wohl anwesend ist. Der Herr Reichsminister Dr. David hat nach dem „Vorwärts", der wohl authentisch in diesem Falle berichtet, am letzten Sonntag in einer sozialdemokratischen Versammlung behauptet, daß nach den letzten Feststellungen — gemeint ist dieser Untersuchungsausschuß — das deutsche Volk in der U-Boot-Frage und hinsichtlich der Verhandlungen mit Wilson hinters Licht geführt worden ist; er hat hinzugefügt: während man Wilson gegenüber den plumpen Versuch machte, ihn zu betrügen, hat man dem deutschen Volke die Schwere des U-Boot-Krieges verschwiegen. — Ich glaube, die bisherigen Bekundungen haben

keinerlei Anlaß für die Behauptung des Herrn Dr. David gegeben. Daß der Reichstag über den U-Boot-Krieg und die Verhandlungen mit Wilson hinters Licht geführt worden sei, diese Behauptung wird durch die neulichen, von Herrn v. Bethmann Hollweg gemachten und heute von mir wiederholten Feststellungen doch wohl erledigt. Konnte man dem Reichstag über die amerikanische Gefahr klareren Wein einschenken, als es von mir geschehen ist zu der Zeit, ehe der Reichstag selbst die Entscheidung aus der Hand gegeben hatte?

Und nun der plumpe Betrug an Wilson aus dem Munde eines deutschen Reichsministers! Ich habe diese Dinge hier übersichtlich und wohl auch lückenlos vorgetragen. Wo ist da auf unserer Seite auch nur der Anlauf, auch nur der schüchternste Versuch, auch der leiseste Anschein zu einem betrügerischen Versuch? Der Herr Reichsminister Dr. David nehme das Zeugnis des amerikanischen Botschafters Gerard zur Hand. Herr Gerard schreibt in seinem Buch, das wohl auch Herr Dr. David kennt, über den Chef der damaligen Reichsleitung, die den plumpen Betrugsversuch gemacht haben soll, folgendes:

> Es wäre leichter für Deutschland gewesen, zum Frieden zu kommen mit Bethmann an der Spitze, denn die ganze Welt kennt und achtet ihn wegen seiner Ehrenhaftigkeit.

So der amerikanische Botschafter! — und so ein deutscher Reichsminister! (Bewegung und Zwischenrufe.)

Vorsitzender: Ich bitte, alle Schärfe der Kritik in der Form, wie sie zuletzt zum Austrag kam, doch zu unterlassen.

Zeuge Staatssekretär a. D. Dr. Helfferich: Herr Vorsitzender, ich habe kein verletzendes Wort gesprochen. Ich habe die Aeußerung des Herrn Reichsministers Dr. David und die Ausführungen des Botschafters Gerard gegenübergestellt und habe gesagt: so spricht ein amerikanischer Botschafter, und so ein deutscher Reichsminister. Ich glaube, daß das zur Sache gehört. (Wiederholte Zurufe.)

Vorsitzender: Ich bitte mich nicht zu unterbrechen. Daß das sachlich gerechtfertigt ist, bestreite ich keineswegs. Infolgedessen habe ich, wenn hier von einer maßgebenden Persönlichkeit der früheren Regierung der Vorwurf gemacht wird, einen plumpen

Betrugsversuch gemacht zu haben, es auch für angebracht gehalten, daß hierzu Stellung genommen wird. Aber, Exzellenz, der Ton ist es, der die Musik macht, und aus diesem Grunde habe ich die Bemerkung gemacht, daß alle Schärfe der Form vermieden werden möge bei allen Ausführungen, die hier zum Gegenstand gemacht werden, materiell das zurückgewiesen, was in der Oeffentlichkeit als Vorwurf gegen die alte Regierung erhoben wird.

Abgeordneter Dr. Cohn (zur Geschäftsordnung): Ich möchte nicht den Eindruck aufkommen lassen, als ob der Ausschuß damit einverstanden sei, daß die polemischen Bemerkungen des Herrn Staatssekretärs Dr. Helfferich mit dem Gegenstande der Verhandlungen etwas sachlich zu tun hätten. Herr Dr. Helfferich hat sich zu äußern über den Friedensschritt Wilsons und die Friedensversuche in der zweiten Hälfte des Jahres 1916 und die Friedensmöglichkeiten, die sich auf Grund dieser Vorgänge etwa boten. Damit hat nichts zu tun eine Aeußerung, die Dr. David vor einigen Tagen gemacht haben soll, und es haben auch weiterhin die anderen Polemiken, die Herr Dr. Helfferich über Vorgänge einer sehr viel späteren Zeit als 1916 jetzt hier vorgebracht hat, durchaus nichts mit dem Beweisthema zu tun.

Da der Herr Vorsitzende sofort eingesprungen ist und ausdrücklich betont hat, daß an und für sich die polemischen Versuche des Herrn Dr. Helfferich im Zusammenhange mit dem Beweisthema stehen, so habe ich es für meine Pflicht gehalten, dem ausdrücklich zu widersprechen.

Vorsitzender: Ich halte meine Ansicht im Gegensatz zu der Ansicht des Herrn Dr. Cohn vollkommen aufrecht.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Exzellenz haben eine Aeußerung aus dem Buche Gerards in scharf pointierter Form vorgelesen. Nun bitte ich, die Aeußerung Gerards aus dem Buche zu verlesen, die er an das Diner anknüpft, und wo er mitteilt, daß an diesem Tage noch kurz vorher die bestimmte Zusicherung gemacht worden sei, unter keinen Umständen würde der uneingeschränkte U-Boot-Krieg gemacht werden. Ich bitte Sie, auch diese Aeußerung vorzulesen. Vielleicht gründet sich die Aeußerung des Herrn Dr. David darauf.

Zeuge Staatssekretär a. D. Dr. Helfferich: Ich habe das Buch nicht hier, ich habe auch diese Aeußerung nicht so genau im

Gedächtnis. Daß Herr Gerard behauptet, es seien ihm in jener Zeit beruhigende Zusicherungen gemacht worden, das ist wohl richtig. Aber ich habe Grund, zu zweifeln, daß ihm solche Zusicherungen gegeben worden sind. — Es handelt sich für mich übrigens nur darum, daß Herr Gerard ausdrücklich die Ehrenhaftigkeit des damaligen Chefs der Reichsleitung mit den von mir angeführten Worten anerkennt.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Ich hatte Exzellenz gebeten, daß, wenn Sie in Ihrer Polemik gegen ein Wort, das draußen gefallen ist, Stellen aus einem Buch vorlesen, Sie auch die anderen Stellen vorlesen möchten. Ich stelle fest, daß das nicht geschehen ist.

Staatssekretär a. D. Dr. Helfferich: Ich stelle fest, daß ich nicht ganze Bücher verlesen kann. (Heiterkeit.)

Abgeordneter Dr. Cohn: Ich habe hier nicht das Bedürfnis nach vollständigen Zitaten aus dem Buche Gerards. Ich möchte nur den Herrn Minister Dr. Helfferich gerade im Zusammenhang mit dem Gerard-Diner bitten, seine eigene Teilnahme an diesem Diner und die Friedensrede, die er dort Herrn Gerard gehalten hat, ebenfalls hier zur Sprache zu bringen. Es ist möglich, daß Herr Gerard absichtlich das Lob der Ehrenhaftigkeit auf den Herrn Reichskanzler v. Bethmann Hollweg eingeschränkt hat.

Vorsitzender: Sind Exzellenz in der Lage, einem Wunsche, der in der Richtung der Ausführungen des Herrn Dr. Cohn liegt, jetzt nachzukommen, oder wünschen Sie, daß erst am Schlusse Ihrer Ausführungen auf diese Frage zurückgekommen wird, Sie also dann erst eine Klarstellung geben, wie sie soeben angeregt worden ist?

Zeuge Staatssekretär a. D. Dr. Helfferich: Ich möchte zunächst in meiner Darstellung fortfahren und die einzelnen Punkte, um die es sich hier handelt, auf das folgende sogenannte Kreuzverhör beschränken.

Vorsitzender: Dann bitte ich zunächst fortzufahren.

Zeuge Staatssekretär a. D. Dr. Helfferich: Meine Damen und Herren! Ehe ich fortfahre, muß ich allerdings betonen: Wenn ich mich mit einer Aeußerung des Herrn Reichsministers Dr. David befaßte, so lag für mich als hier vorgeladener Zeuge eine zwingende Veranlassung dazu vor; denn wenn von einem Herrn, der als Reichsminister an den Sitzungen des Ausschusses teilnimmt und

hier das Wort ergreift, in der Oeffentlichkeit mit deutlichem Hinweis auf diesen Untersuchungsausschuß von „festgestellten Tatsachen" in Dingen gesprochen wird, über die ich hier noch Bekundungen machen soll, so sehe ich darin ein Vorgreifen, das ich nicht ohne Widerspruch lassen kann. Aus diesem Grunde habe ich diese Angelegenheit hier zur Sprache gebracht. — Ich darf nunmehr vielleicht in der Sache fortfahren.

Reichsminister Dr. David: Darf ich dazu um das Wort bitten?

Vorsitzender: Herr Minister Dr. David, ich bitte doch, den Herrn Zeugen zunächst seine Ausführungen im Zusammenhang zu Ende bringen zu lassen und alle Bemerkungen, die sich daran knüpfen, späteren Vernehmungen vorzubehalten.

Reichsminister Dr. David: Das war auch meine Absicht. Ich will darum nicht materiell auf die Ausführungen des Herrn Zeugen in diesem Augenblicke eingehen. Da aber der Herr Zeuge hier immer und immer wieder betont, daß ich in meiner Rede am Sonntag Unzulässiges gesagt habe, so will ich jetzt nur kurz erklären, daß ich die sachliche Antwort darauf nicht schuldig bleiben werde. (Heiterkeit im Zuhörerraum.)

Vorsitzender: Ich bitte, sich aller Aeußerungen des Beifalls oder Mißfallens zu enthalten. Ich habe schon wiederholt Veranlassung genommen, dieses dringende Ersuchen auszusprechen. Ich bitte jetzt, dieses dringende Ersuchen nun auch ad notam zu nehmen. Ich würde mich sonst gezwungen sehen, soweit es sich um den Zuhörerraum handelt, den Zuhörerraum räumen zu lassen. — Ich bitte nunmehr Exzellenz, fortzufahren.

Zeuge Staatssekretär a. D. Dr. Helfferich: Zur Sache zurückkommend, möchte ich meine Meinung dahin aussprechen, daß auch ohne die Eröffnung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges der neue Friedensschritt Wilsons nicht nur zu keinem für uns annehmbaren Frieden, sondern aller Wahrscheinlichkeit nach zu einer kritischen Zuspitzung unseres Verhältnisses zu Amerika geführt hätte. Nur wenn der Präsident Wilson bereit gewesen wäre, mit dem ganzen Schwergewicht der amerikanischen Macht auf die Entente zu drücken, um sie zu einer völligen Sinnesänderung zu zwingen, und nur wenn er bei einem solchen Vorgehen die Unterstützung des amerikanischen Volkes und seiner Vertreter

gefunden hätte, wäre Aussicht gewesen, zum Frieden zu kommen. — Glaubt heute noch irgend jemand, daß Herr Wilson zu einem solchen Druck auf die Entente bereit gewesen wäre? Glaubt das heute noch irgend jemand, trotzdem er unseren Friedensvorschlag in seiner Senatsbotschaft mit einer schlechten Zensur bedacht und die Vernichtungs- und Zerstückelungsziele der Entente als diskutabel behandelt hat, trotz seiner Aeußerung über die Selbstverständlichkeit der Wiederherstellung Polens, trotzdem er sich schon im Frühjahr 1916 zu schwach gefühlt hat, um angesichts der Amerika mit der Entente verflechtenden Handelsinteressen Englands Seekriegführung auf den Boden des Völkerrechts zurückzuführen, trotzdem nach dem Zeugnis seines Staatssekretärs Lansing von den 14 Punkten, die er uns im Oktober 1918 als Grundlage des Friedens garantiert hat, dann bei seinen Beratungen mit der Entente in Paris überhaupt kaum die Rede gewesen ist? Einen Druck hätte Wilson, um zum Frieden zu kommen, allerdings vielleicht ausgeübt, aber nicht auf die Entente, sondern auf uns. Schon im Oktober 1916 hat er in einer Rede angedeutet, daß es mit dem Neutralsein bald vorüber sei, daß der Krieg einen Umfang angenommen habe, der die Stellung der Neutralen früher oder später unmöglich mache. In seiner Note vom 21. Dezember 1916 selbst fand sich der Passus, daß die Interessen der Vereinigten Staaten durch den Krieg ernstlich in Mitleidenschaft gezogen seien und daß die Vereinigten Staaten offenkundig genötigt wären, Bestimmungen über den bestmöglichen Schutz ihrer Interessen zu treffen, falls der Krieg fortdauern sollte. Am Tage der Uebergabe dieser Note vom 21. September 1916, ehe bei uns die Frage des uneingeschränkten U-Boot-Krieges überhaupt nur neu angeschnitten war, hat der Staatssekretär Lansing den Vertretern der amerikanischen Presse eine Unterredung gewährt, in der er sagte, Amerika stehe nahe am Kriege. Jedermann verstand: nahe am Kriege mit Deutschland. Er hat noch am gleichen Tage, als durch diese Aeußerung eine ziemlich große Aufregung entstand, versucht, die Aeußerung abzuschwächen, sie zu retuschieren; aber die Aeußerung ist nicht aus der Welt zu schaffen.

Aus alledem ergibt sich, wie groß ohne den U-Boot-Krieg damals die Gefahr war, das schließlich der Präsident Wilson im Fortgang der von ihm beanspruchten Rolle als Friedensvermittler

die Vermittlung mit dem Gewehrkolben besorgt hätte, und daß der Präsident Wilson im weiteren Gange seiner Vermittlung uns möglicherweise — persönlich möchte ich sogar sagen: wahrscheinlicherweise — vor die Frage gestellt hätte, entweder uns den ihm gutscheinenden Bedingungen zu unterwerfen oder die Vereinigten Staaten in die Reihe unserer Feinde eintreten zu sehen. Das ist die logische Folgerung aus den Aeußerungen Wilsons und Lansings, die ich mir erlaubt habe, soweit sie Ihnen nicht ohne dies bekannt waren, zu Ihrer Kenntnis zu bringen. Diese Beurteilung hat dann ihre Bestätigung durch das bekannte Zwiegespräch zwischen Wilson und Mac Cumber in der amerikanischen Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten gefunden. Es ist neulich über die Bedeutung dieses Zwiegespräches viel gesprochen worden. Ich glaube: nach dem, was ich eben mitgeteilt habe, wird diese Bedeutung des Zwiegespräches um eine Schattierung klarer. In diesem Zwiegespräch hat der Präsident Wilson nach mehrfachem Hin und Her schließlich zugegeben, er glaube, daß Amerika auch ohne den U-Boot-Krieg unter allen Umständen in den Krieg mit Deutschland gekommen wäre.

Es scheint allerdings, als ob es trotz alledem, auch trotz der Erfahrungen von Versailles, in Deutschland immer Leute geben wird, die Wilson als den Mann der Gerechtigkeit und des Friedens feiern und die Schuld für die Kriegsverlängerung auf das eigene Vaterland schieben werden. Das Flagellantentum, die Selbsterniedrigung ist ja zur deutschen Krankheit geworden.

Vorsitzender: Ich möchte bitten, doch möglichst bei den Tatsachen zu bleiben, die sich eigens auf die Wilsonsche Friedensvermittlungsaktion beziehen.

Zeuge Staatssekretär a. D. Dr. Helfferich: Ich möchte die Hoffnung aussprechen, daß die Bekundungen vor diesem Ausschuß und seine Feststellungen dieser unheilvollen Krankheit einigermaßen entgegenwirken werden. —

Ich habe nun die Frage des Herrn Vorsitzenden nach den tatsächlichen Wirkungen des U-Boot-Krieges zu beantworten.

Die Antwort ist nicht leicht. Das Ende sehen wir ja alle; aber darum handelt es sich nicht, sondern darum, wie es zu diesem Ende gekommen ist. Da gehen technische, wirtschaftliche, militärische und politische Wirkungen, technische, wirtschaftliche, militärische und politische Gegenwirkungen sowohl auf unserer Seite wie auf der Seite unserer Feinde durcheinander. Das schließliche Resultat, das wir alle erlebt haben, ist nur das Ergebnis dieser komplizierten Kräfte.

Eine andere Schwierigkeit ist, daß wir auch heute noch in manchen Punkten die Situation, wie sie sich bei unseren Feinden gestaltet hat, nicht klar übersehen. Die englische Statistik, die englischen Veröffentlichungen über alle wirtschaftlichen Dinge waren ausgezeichnet und lückenlos bis zum Beginn des U-Boot-Krieges. Dann wurden sie in allen interessanten Punkten eingestellt, und es ist mir bisher nicht gelungen, nachträglich eine volle Aufhellung dieser Dinge herbeizuführen.

Schon hinsichtlich der Versenkungen, also hinsichtlich der rein technischen Wirkungen, sind ja Zweifel an der Richtigkeit der von unserer Admiralität veröffentlichen Zahlen geltend gemacht worden. Der Herr Abgeordnete Gothein hat neulich den Zahlen des Admiralstabs die von der britischen Admiralität veröffentlichten Zahlen gegenübergestellt. Ich habe einen Auszug aus der Veröffentlichung des britischen Admiralstabs hier, und ich stelle aus diesem Auszug folgendes fest — es handelt sich nur um britische Schiffe, nicht um neutrale Schiffe —:

> Verloren wurden während des Krieges an britischen Handelsschiffen — einschließlich Fischerfahrzeugen, die aber keine große Rolle spielten —: 7 831 000 Tonnen, beschädigt wurden an Handelsschiffen 8 008 000 Tonnen, zusammen rund 15 839 000 Tonnen.

Also 15 839 000 Tonnen verlorene und beschädigte Schiffe auf eine Tonnage Englands, die zu Anfang des Krieges rund 20 Millionen Tonnen stark war! Der Herr Abgeordnete Gothein hat neulich, wenn ich recht gehört habe, darauf aufmerksam gemacht, es sei unverhältnismäßig viel Tonnage durch Minen verloren gegangen. Wenn ich recht gehört habe, nahm er an, es sei der größere Teil durch Minen verloren gegangen. (Abgeordneter Gothein: Das war ein Irrtum!)

Das war in der Tat ein Irrtum. Verloren gegangen sind durch Minen 673 000 Tonnen, durch U-Boote 6 635 000 Tonnen, also zehnmal so viel; beschädigt worden sind durch Minen 432 000 Tonnen, durch U-Boote 7 335 000 Tonnen, also zwanzigmal so viel.

Wenn ich nun die Veröffentlichungen unseres Admiralstabs vornehme, so errechne ich mir insgesamt auf die Welttonnage, nicht auf die britische, rund 19 Millionen Tonnen Versenkungen. — Ich weiß nicht, ob das so stimmt. Ich habe mich bemüht, die Einzelzahlen, die zu meiner Kenntnis gekommen sind, aufzuaddieren. — Davon kommen 5 Millionen Tonnen auf die Zeit vor dem 1. Februar 1917 und 14 Millionen Tonnen auf die Zeit nach dem 1. Februar 1917. Was speziell an englischen Schiffen versenkt worden ist, ist nur zeitweise veröffentlicht worden; wenn ich das sich danach ergebende Verhältnis als allgemeinen Maßstab zugrunde lege, so würde ich nach diesen Angaben auf eine englische Versenkungsziffer von 11 bis 13 Millionen Tonnen kommen gegenüber 7 bis 8 Millionen Tonnen Versenkung und 15,8 Millionen Tonnen Versenkungen und Beschädigungen nach den englischen Ziffern. Sie sehen also: die Zahlen unseres Admiralstabes liegen in der Mitte zwischen den Angaben der Engländer für versenkte Schiffe und für versenkte zuzüglich beschädigter Schiffe. Die Erklärung, die neulich hier gegeben wurde, daß ein Teil der von den Engländern als beschädigt gemeldeten Schiffe von uns als versenkte angenommen wurden, scheint hiernach zu stimmen. Jedenfalls aber steht fest, daß die 19 Millionen Tonnen Gesamtversenkungen nach unserer Statistik auf die Welttonnage von zwischen 45 und 50 Millionen Tonnen und die nach der englischen Statistik versenkten und beschädigten nahezu 16 Millionen Tonnen auf eine englische Tonnage von zirka 20 Millionen Tonnen bei Beginn des Krieges eine ganz ungeheure technische Leistung sind. Die technische Leistung erreichte nach den englischen wie nach den deutschen Zahlen ihren Höhepunkt in den Monaten April und Juli 1917. In den beiden Monaten hatten sie mehr als eine Million Tonnen nach unseren Meldungen überschritten. Vom Herbst 1917 ab ist dann ein merkbares Nachlassen eingetreten und ein stärkeres Nachlassen vom Mai 1918 an. Ich glaube, man kann sagen: in dem Nachlassen vom Herbst 1917 an ist die Steigerung der Abwehr sehr deutlich

erkennbar. Hier tritt also die technische und militärische Gegenwirkung auf der anderen Seite von diesem Zeitpunkt an deutlicher in die Erscheinung.

Nun die wirtschaftlichen Wirkungen! Sie stoßen in noch höherem Maße als die technischen Wirkungen bei ihrer Ermittlung auf die Schwierigkeit, daß von Februar 1917 an die englische Regierung die Veröffentlichung der wichtigsten statistischen Nachweise verhinderte oder einstellte, so die Statistik über den Schiffsverkehr, so die Statistik der Einfuhr der wichtigsten Einfuhrartikel, namentlich der Nahrungsmittel, so die Angaben der britischen Fachzeitschriften über die Getreidebestände, über die Zugänge und über die Abgänge. Das alles ist entweder schon vom Monat Februar an oder bald darauf verschwunden. Einen Eindruck geben die im März veröffentlichten Zahlen für eine Anzahl bekannter Einfuhrwaren. Hier zeigen sich gegenüber dem März 1916, dem Parallelmonate des Vorjahres, folgende Rückgänge: bei Wolle 33 Prozent, bei Baumwolle 53 Prozent, bei Eisen und Stahl 62 Prozent und bei Holz 64 Prozent. Für Nahrungsmittel sind leider Mengenangaben für den Februar nicht mehr erhältlich, für den März überhaupt nicht mehr.

Für die Getreideversorgung Englands und seiner Verbündeten in der kritischen Zeit ergeben sich aber gewisse Anhaltspunkte aus den Ziffern über die Getreideverschiffung der atlantischen Häfen der Vereinigten Staaten. Die Weizenverschiffung dieser Häfen hat noch im August 1916 25 Millionen Bushels gegenüber 14 Millionen im Vorjahre betragen, also nahezu doppelt soviel. Das war die Situation noch im August 1916! Im September, mit dem Hereinkommen der neuen Ernte, kam der Umschlag. Schon im September 1916 betrug die amerikanische Verschiffung 14,5 Millionen gegenüber 16,5 Millionen im Vorjahre, im Dezember 12,3 Millionen gegen 23,8 Millionen im Vorjahr; in den fünf Monaten Januar bis Mai 1917 stand die Verschiffung auf rund 17 Millionen Bushels gegenüber 120 Millionen im Vorjahre. Im Mai selbst waren es 11 Millionen gegen 22 Millionen im Vorjahre. Das ist der Eindruck, den die amerikanische Getreideverschiffungsstatistik, die nicht nur nach England, sondern nach den anderen außerdeutschen Ländern ging, für die Einschnürung der Getreideversorgung der

Entente in jener kritischen Zeit gibt. Sie werden mir zugeben, daß die Einschnürung, wie sie sich hiernach darstellt, eine sehr erhebliche ist. Der Juni hat steigende Zahlen gebracht; aber leider hören meine Nachrichten im Laufe des Juni auf. Ich habe aus anderen Quellen gelesen, daß im Juni oder Juli die Einfuhr besser gewesen sein soll als nahezu fünf Monate zusammengenommen. Amerika hat in diesem Zeitpunkte die äußersten Anstrengungen gemacht, um bei Einschnürung seines eigenen Bedarfs in diesem ganz kritischen Augenblick England zu versorgen und herauszureißen.

England tat, was es nur irgend konnte, um sich unserem Griff zu entziehen. Neben technische Gegenwirkungen, über die ich nicht zu sprechen brauche, über die ich auch nicht kompetent bin, stellte es starke wirtschaftliche Gegenwirkungen. Es verbot die Einfuhr aller irgendwie überflüssigen Dinge, es konzentrierte seine Einfuhr auf die Dinge, die für das Land und die Kriegführung absolut und in erster Linie wesentlich waren. Es hat in der kritischen Zeit zum Beispiel die Schiffe für Fleischtransport mit Gefriereinrichtungen ohne weiteres in die Getreidefahrt hineingeworfen, um das Getreide, das in England in der kritischen Zeit bis zum äußersten knapp geworden war, noch rechtzeitig heranzuschaffen. Es hat ferner die Ausnützung des Schiffsraums aufs äußerste gesteigert: teilweise durch einheitliche Kontrolle, teilweise durch stärkere Beladung. Es hat seine Schiffe aus allen nicht unmittelbar für die Versorgung Englands dienenden Linien herausgezogen, sodaß nach dem Ausspruche des britischen Handelsministers von der internationalen Schiffahrt Großbritanniens nur noch das Skelett übrig geblieben war. Die Neutralen wurden in die Schiffahrt mit England durch die stärksten Druckmittel gezwungen. Die Hungerpeitsche wurde nicht nur über uns, sondern über den Neutralen geschwungen. Die Aneignung der deutschen Tonnage überall in der Welt dadurch, daß Länder, mit denen wir nicht das geringste zu tun hatten, wie Siam und andere Staaten, in den Krieg mit uns hineingepreßt wurden, — diese Aneignung deutscher Tonnage, die man dort raubte, ist bekannt. Dazu kam die Aneignung neutraler Tonnage. Ich erinnere an den ungeheuren Druck, den England mit den Knochenfingern des Hungers auf Holland im März 1918 ausgeübt hat, wo die Situation

offenbar kritisch war, wo England nicht nur von dem jus angariae Gebrauch gemacht hat, von dem neulich Herr Professor Schücking sprach, sondern wo England Holland gezwungen hat, die auf hoher See fahrenden Schiffe auszuliefern und sogar die Schiffe aus holländischen Häfen — ich glaube, es waren 300 000 Tonnen —, der Entente zur Verfügung zu stellen. Die Holländer wehrten sich aufs äußerste, sie haben sich an uns gewendet; wenn wir ihnen damals mit Getreide hätten zu Hilfe kommen können, so hätten wir ihnen einen Widerstand möglich gemacht. Das konnten wir nicht in der Quantität, wie es von Holland verlangt wurde, und so mußte Holland sich vor dem Hungerdrucke beugen und eine unneutrale Handlung begehen, indem es aus seinen eigenen Häfen an England Schiffe auslieferte.

Dazu kamen auf längere Sicht die großartigen Bemühungen, die ich anerkenne — wie ich überhaupt den festen Sinn und die feste Organisation und die Geschlossenheit und den absoluten Willen zum Durchhalten bei den Engländern anerkenne —, die großzügigen Maßnahmen zur Hebung der Produktion im eigenen Lande, die natürlich nicht in Monaten, sondern erst im nächsten oder übernächsten Jahr wirken konnten: das große Ackerbauprogramm, verstärkter Holzschlag, verstärkte Eisenerzgewinnung und Aehnliches mehr.

Das waren in kurzen Zügen die wirtschaftlichen Gegenwirkungen, die in England versucht worden sind. Ueber all diese Dinge ist auch während des ersten Halbjahres von 1917 wiederholt in diesem Saale gesprochen worden, auch von mir, und zwar nicht schönfärberisch, wie mir später oft vorgeworfen worden ist, sondern — das glaube ich sagen zu dürfen — nüchtern und sachlich, wie sich das unter ernsten Männern geziemt.

Ich habe den Gedanken, daß der uneingeschränkte U-Boot-Krieg in wenigen Monaten zum Erfolge führen würde, nicht nur nicht verbreitet, sondern ausdrücklich zurückgewiesen. Ich habe allerdings die Hoffnung ausgesprochen, daß es uns gelingen werde, England friedensbereit zu machen, ehe Amerika in der Lage sei, effektiv in den Krieg einzugreifen; aber in bewußtem Gegensatz zu der Festsetzung, zu dem Inaussichtstellen irgendwelcher bestimmten Termine habe ich hier am 31. Januar 1917 dieser Hoff-

nung ausdrücklich den Zusatz folgen lassen: „Eine Garantie kann natürlich niemand übernehmen."

Vorsitzender: Die großzügigen Gegenwirkungen gerade in wirtschaftlicher Beziehung sind wohl auch vorgesehen worden, oder hat man sie nicht mit in die Erwägungen eingestellt, als man den rücksichtslosen U-Boot-Krieg proklamierte?

Zeuge Staatssekretär a. D. Dr. Helfferich: Man kann nicht alles voraussehen, was in der Welt geschieht.

Vorsitzender: Natürlich nicht in Einzelheiten, nur in großen Zügen!

Zeuge Staatssekretär a. D. Dr. Helfferich: Aber in großen Zügen habe ich immer erwartet, daß die Engländer sich mit der ihnen eigenen Zähigkeit aufs äußerste zur Wehr setzen werden, und ich habe auch in früheren Sitzungen des Reichstags auseinandergesetzt, ich habe auch, was Amerika anlangt, in dem Telegramm, das verlesen worden ist, ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß, wenn Amerika in den Krieg eintritt, es dazu kommen kann, daß Amerika zu einer Einschränkung seines eigenen Bedarfs greift, um die Engländer zu unterstützen, wie es auch geschehen ist.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Exzellenz, in der Denkschrift vom 22. Dezember ist die Summe all dieser Gegenwirkungen — technisch, wirtschaftlich, militärisch —, die eigentlich auf der Hand liegt, nicht berücksichtigt, und deswegen darf ich Sie vielleicht bitten, auch Ihr Urteil über die Unterlagen und die wissenschaftliche Bedeutung jener Denkschrift vom 22. Dezember, über die Sie sich ja teilweise in den Akten bereits geäußert haben, hier in diesem Zusammenhange vielleicht abzugeben.

Zeuge Staatssekretär a. D. Dr. Helfferich: Ich glaube, Herr Dr. Sinzheimer, wenn überhaupt von mir eine Kritik der Denkschrift einer anderen Behörde verlangt werden soll, so wird es sich empfehlen, das auf die Zwiesprache zu verschieben, die dann folgen wird.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Sie haben soviel Kritik geübt, Exzellenz, daß das vielleicht jetzt auch hier zur Sprache gebracht werden kann.

Zeuge Staatssekretär a. D. Dr. Helfferich: Ich kann nur sagen, daß ich nicht im stillen Kämmerlein, sondern hier im Reichstage wiederholt davon gesprochen habe, daß wir es in England mit einem zähen Gegner zu tun haben, der organisieren kann, und daß England alles tun wird, sich unserem Griff zu entwinden. Ich darf auch daran erinnern, daß ich alle die Maßnahmen, von denen ich hier sprach, im Hauptausschuß erwähnt und hervorgehoben habe.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Ich würde doch bitten, über diese Bedeutung der Denkschrift jetzt mitzusprechen. Wir hatten das auch beschlossen.

Vorsitzender: Wenn ich recht verstanden habe, Exzellenz, beabsichtigen Sie, in Ihren späteren Ausführungen das zu tun. Sie möchten aber jetzt Ihre Ausführungen zu Ende zu bringen?

Zeuge Staatssekretär a. D. Dr. Helfferich: Ich würde vorziehen, wenn der Herr Vorsitzende einverstanden ist, jetzt die Ausführungen zu Ende zu bringen.

Vorsitzender: Ich bitte dann, jetzt mit Ihren Ausführungen fortzufahren.

Zeuge Staatssekretär a. D. Dr. Helfferich: Also ich wiederhole: ich bin dem Gedanken, daß man Termine festsetzen könne und Garantien übernehmen könne, nicht etwa nur beiläufig, sondern mit klar erkennbarer Absicht in den Worten, die ich eben verlesen habe, entgegengetreten. Ich habe mich für verpflichtet gehalten, darauf hinzuweisen, wie schwer der Kampf ist, und ich habe immer und immer wieder auch auf die ideellen und sittlichen Kräfte hingewiesen, die wir brauchten, um unsere materiellen Erfolge zu dem Ziel ausreifen zu lassen, das wir in diesem Krieg erreichen mußten: zur Selbstbehauptung.

Herr Dr. Sinzheimer hat— wohl um mich in Gegensatz zu mir selbst zu stellen — einige Absätze aus einer Rede von mir vom 1. Februar 1917 verlesen. Lassen Sie mich auch eine Stelle aus dieser Rede verlesen, die Ihnen zeigt, in welchem Sinn ich mich damals im Hauptausschuß aussprach. Ich habe damals in derselben Rede gesagt:

> Der Entschluß ist gefaßt worden, weil wir die Ueberzeugung haben, daß der uneingeschränkte U-Boot-Krieg dasjenige Mittel ist, das, wie heute die Dinge liegen, allein

geeignet ist, unsere Gegner zur Vernunft zu bringen und den Krieg abzukürzen. Ich glaube, es ist unsere Pflicht, diese Ueberzeugung überall in unser Volk zu tragen. Ich wiederhole: der Würfel ist gefallen. Jetzt heißt es, die Zähne aufeinanderbeißen, alle Kräfte zusammennehmen; jetzt heißt es: festen Tritt und „durch"!

Ich glaube, auch diese Worte waren deutlich und klar genug. Sie sollten zeigen, daß allein von den materiellen Wirkungen des U-Boot-Krieges ich mir die entscheidende Wirkung nicht versprechen konnte, sondern daß dazu die Kräfte mit notwendig waren, an die ich in dieser Sitzung vom 1. Februar in diesem Saale hier appelliert habe.

Lassen Sie mich einige Monate weiter greifen! Lassen Sie mich eine Stelle aus einer Rede vom 30. April 1917 — gleichfalls in diesem Saal — verlesen. Ich habe damals gesagt:

> Wenn ich aus alledem, was ich Ihnen vorgetragen habe, das Ergebnis ziehe, daß wir mit England fertig werden,

— das war mein Eindruck damals: wir werden es schaffen —

> so müssen wir uns doch innerlich darauf einrichten, daß das alles vielleicht nicht so schnell geht, wie wir es wünschen. Das versteht sich ja von selbst!
>
> Diese Dinge machen wir aber unter uns aus; die brauchen wir nicht nach außen zu tragen. . . . Flaumacherei mache ich nicht mit! Das können wir nicht brauchen!

Das war die Situation, in der die materiellen Wirkungen des U-Boot-Krieges ihren Höhenpunkt erreichten, in der aber auch schon jene inneren Gegenwirkungen anfingen, von denen noch sehr viel zu sprechen sein wird. Nicht heute. Ich weiß, daß der Ausschuß das nicht wünscht, ich werde deshalb heute kurz darüber hinweggehen. Aber später!

Ich habe damals schon vor diesen Gegenwirkungen ernstlich gewarnt. Ich habe im unmittelbaren Anschluß an die soeben verlesenen Ausführungen gesagt, und zwar zu den Herren Sozialdemokraten gewendet, die nach Frieden riefen:

Ich möchte den Frieden sehen, den Sie uns heute bringen können. Wir müssen sehen, daß die Franzosen heute erklären, wenn sie uns Elsaß-Lothringen und womöglich das linke Rheinufer nehmen, das sei keine Annexion, denn das gehöre ihnen von Rechts wegen; daß sie eine Entschädigung aller der Schäden haben wollen, die sie durch den Krieg erlitten haben, denn das sei keine Kriegsentschädigung, sondern eine „zivilrechtliche Entschädigung". Für eine solche „zivilrechtliche Entschädigung" ist ihnen das Saarrevier gerade gut genug. Es sind französische Sozialisten, die solche Ansichten vertreten.

— Das habe ich unseren Sozialisten damals zugerufen. —

Diese Art von Frieden ohne Annexion und Entschädigung können Sie vielleicht heute haben. Aber ich mache einen sochen Frieden nicht mit; da gehe ich lieber nach Hause und traure in Sack und Asche.

Ich habe im Anschluß daran dann einen Artikel des Senators Humbert zitiert, der mir damals die Situation richtig zu beleuchten schien und den Sie heute gewiß nicht ohne Bewegung hören werden. Der Senator Humbert hat damals geschrieben:

Solchen Kriegsmethoden — wie den deutschen — muß man Friedensbedingungen entgegenstellen, die aus demselben Geist hervorgegangen und mitleidslos sind. Deutschland muß also wieder herausgeben, was es gestohlen hat; es muß alles, was es zertrümmert hat, den Wert nicht nur in Geld, sondern in natura erstatten. Deutschland muß wiedergutmachen. Seine Bergwerke, seine Fabriken, seine Werften werden uns umsonst Kohlen, Stahl, Schienen, Lokomotiven, Waggons, Maschinen liefern müssen. Es wird arbeiten, um uns die Grundlage des Wohlstandes, die es zerstören wollte, wiederzugeben. Dorthin, wo Deutschlands Heere von Plünderern ihre Verwüstungen ausübten, wird es jährlich Arbeiterkontingente senden müssen, die dort eine dem abgeschafften Militärdienst entsprechende Leistung zu vollbringen haben werden. Wir werden als Sklaven die

Rasse von Sklaven behandeln, die davon träumt, das Weltall tyrannisch zu beherrschen.

Das ist der Friede, habe ich hinzugefügt, den Sie (die Sozialdemokraten) heute haben können, und das ist der Friede, den wir nicht haben wollen.

Das war am 30. April 1917. Konnte ich ernster sprechen? Konnte ich eindringlicher sprechen? Habe ich Ihnen damals hier im Ausschuß nicht unser Schicksal vorgezeichnet, das unentrinnbar wurde, wenn wir zu wanken und zu schwanken anfingen?

Aber, meine Damen und Herren, es war ja alles in den Wind gesprochen, weil Leute, die heute von Verschweigen und Vertuschen sprechen, damals nicht hören wollten. Gerade damals — ich spreche vom 30. April — begann die Frucht des Friedens heranzureifen. Der U-Boot-Krieg wirkte fühlbar auf England. Ich habe es Ihnen ja an den Zahlen gezeigt, wie sich das steigerte. Er entlastete unser Heer. Die Herren vom Militär werden Ihnen bestätigen, daß sie uns Berichte schickten: wir merken den U-Boot-Krieg, wir spüren die Entlastung. Der Kriegsminister v. Stein hat das hier im Hauptausschuß ausdrücklich bestätigt. Der U-Boot-Krieg trug dazu bei, uns die Abwehr der gewaltigen feindlichen Offensiven möglich zu machen, vor allem die Abwehr der Champagne-Offensive des Generals Nivelle, die im Blut erstickte und die im französischen Heer schwere Meutereien auslöste. Wir konnten die politischen Wirkungen des ungeheuren Druckes unserer U-Boote in ihren Anfängen feststellen. Darüber soll ja heute nicht gesprochen werden, so sehr ja das alles zum Bilde gehört. Das Bild ist unvollständig, es ist überhaupt kein Bild, solange gerade über diese Dinge nicht sehr eingehend gesprochen wird.

Vorsitzender: Das ist vollständig berechtigt, Exzellenz. Die Sachen gehören zusammen. Trotzdem soll aber die Frage der politischen Stimmung im Sommer 1917 hier vollständig ausgeschaltet bleiben. Korrekt wäre es ja, im Rahmen unseres Themas eigentlich nur über die Berechtigung der Erwartungen zu sprechen, die der rücksichtslose U-Boot-Krieg mit sich brachte. Aber wir haben beschlossen, daß wir zwar die wirtschaftlichen und technischen Auswirkungen des U-Boot-Krieges hier zur Erörterung mit hineinziehen, aber die politischen Auswirkungen des U-Boot-

Krieges noch völlig beiseite stellen, da sie ja bei Gelegenheit der Besprechung der Friedensmöglichkeiten im Sommer 1917 zu einer eingehenden Würdigung kommen werden. Diese Debatte soll im unmittelbaren Anschluß an den Programmpunkt „Wilsonsche Friedensmöglichkeiten" erfolgen.

Zeuge Staatssekretär a. D. Dr. Helfferich: Ich füge mich selbstverständlich dieser Disposition. Ich übergehe infolgedessen die einzelnen Ausführungen, die ich zu diesem nach meiner Ansicht nicht nur wichtigen, sondern entscheidenden Punkte zu machen hätte, und beschränke mich heute darauf, festzustellen, daß hier eine Lücke bleibt, die später ausgefüllt werden muß. Ich beschränke mich darauf, festzustellen, daß im Kriege nicht nur die Masse, nicht nur die Menschenzahl, nicht nur die Technik entscheiden, daß im Kriege zu allen diesen Dingen geistige und sittliche Imponderabilien hinzukommen. Ich beschränke mich darauf, festzustellen, daß gerade in jener Zeit der Feldmarschall v. Hindenburg in seiner Aeußerung zu der unseligen Denkschrift des Grafen Czernin gesagt hat, der Ausgang des Krieges sei jetzt mehr denn je eine Nervenfrage; daß es völkerpsychologische Imponderabilien gibt, die man eben nicht wiegen kann, die aber, wenn die großen Entscheidungen der Weltgeschichte nur noch im labilen Gleichgewicht sind, den Ausschlag geben; daß die schärfste Waffe stumpf wird, wenn der Glaube an sie bei Freund und bei Feind zerstört wird.

Und, meine Damen und Herren, wenn Sie wissen wollen, was meine Ansicht ist, warum der U-Boot-Krieg nicht zur Auswirkung kam, warum er uns nicht zum Ziel geführt hat, so will ich meine Ansicht, die ja dann erst später eingehend begründet werden kann, hier wenigstens niederlegen: Der U-Boot-Krieg hat nicht zum Ziel geführt, weil die U-Boot-Waffe von innen heraus stumpf gemacht worden ist.

Buchdruckerei Gutenberg (Fr. Zillessen), Berlin C19

Wir empfehlen

folgende hervorragende, unentbehrliche Werke:

| | | |
|---|---|---|
| Helfferich, | Das Geld, 5. Auflage . . . | M. 576,— |
| Helfferich, | Die Politik der Erfüllung . . | M. 120,— |
| Helfferich, | Deutschlands Volkswohlstand 1888—1913, 7. Auflage . . . | M. 120,— |
| Helfferich, | Reden und Aufsätze aus dem Kriege . . . . . | M. 240,— |
| Helfferich, | Der Weltkrieg, 2 Bände . . | M. 1200,— |
| Helfferich, | Die deutsche Türkenpolitik . | M. 42,— |
| Helfferich, | Deutschlands Not . . . . | M. 6,— |
| Helfferich, | Die Zwangsanleihe . . . . | M. 8,— |
| Helfferich, | Steuerkompromiß und nationale Opposition . . . . . | M. 20,— |
| Helfferich, | Die Entstehung des Weltkrieges im Lichte der Veröffentlichungen der drei Verbandsmächte | M. 10,— |
| Helfferich, | Die Friedensbedingungen. Ein Wort an das deutsche Volk | M. 18,— |
| Helfferich, | Schuldknechtschaft! 155 Milliarden jährliche Reichsausgabe | M. 12,— |

Sämtliche Preise sind Richtpreise und verstehen sich zuzüglich der jeweiligen Teuerungsaufschläge und Versandkosten

Deutschnationale Schriftenvertriebsstelle G. m. b. H.
Berlin SW 11, Bernburger Str. 24 + Postscheckkonto: Berlin 37250

Karl H. (1872 - 1924)
St. Mün.
€ 140,-